Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 – 1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Einundzwanzigster Band

Erster Teil

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m.b.H.
BERLIN
1924

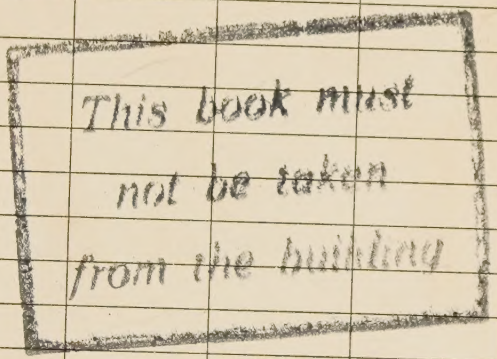
v.21 pt.1 JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278451-

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G376
v.21
pt.1

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diediplomatische0021vari

D
394
G4
.21
t.1

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

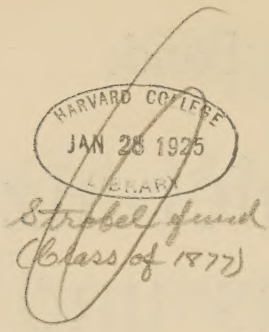
21. Band:

Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung

Erste Hälfte

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8



Strobel fund
(Class of 1877)

1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

G940.28
G37g
v.21
pt. 1

Inhaltsübersicht des einundzwanzigsten Bandes (1. Hälfte)

KAPITEL CLI

Die Vorbereitung der Konferenz 1
Anhang: Militärische Vorsichtsmaßregeln Frankreichs und Englands 69

KAPITEL CLII

Das erste Stadium der Konferenz. Januar-Februar 1906 89

KAPITEL CLIII

Das zweite Stadium der Konferenz. Österreichs Sekundantendienst. März-April 1906 221

Ein Namenverzeichnis für die Bände XIX—XXV erscheint am Schlusse des XXV. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192512

Kapitel CLI

Die Vorbereitung der Konferenz

Nr. 6889

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach, z. Z. in Fes

Konzept

Nr. A 4 Berlin, den 5. Oktober 1905
Vertraulich

Ew. pp. übersende ich mit Beziehung auf die Ihnen telegraphisch erteilte Weisung anbei ergebenst zwei Abdrücke der am 28. v. Mts. in Paris vollzogenen deutsch-französischen Verständigung* über das Programm für die demnächst vom Sultan von Marokko einzuberufende Konferenz zur Beratung von Maßnahmen, um eine Besserung der heutigen Zustände im scherifischen Reiche herbeizuführen. Der eine der beiden Abdrücke ist zu Ew. pp. Information bestimmt. Den anderen wollen Sie der dortigen Regierung unverzüglich übermitteln, sobald Sie eine dahingehende telegraphische Weisung von mir erhalten haben werden.

Diese telegraphische Weisung wird erfolgen, sobald hier die Nachricht eingeht, daß die spanische Regierung die bei ihr von Deutschland und Frankreich bereits erbetene Genehmigung dazu erteilt hat, daß die Konferenz in der spanischen Stadt Algeciras stattfindet.

An die Mitteilung hiervon wollen Ew. Exzellenz im Benehmen mit Ihrem in gleicher Art angewiesenen französischen Kollegen die Aufforderung knüpfen, daß der Sultan die Konferenz auf Grund des Programms nach Algeciras einberufen und die Einladungen dazu an sämtliche Signatarmächte der Madrider Konvention von 1880 sowie außerdem an die Kaiserlich Russische Regierung ergehen lassen möge. Zur Übermittelung der Einladungen ist die Kaiserliche Regierung auf Wunsch gern bereit.

* Siehe Bd. XX, Kap. CXLIX, Nr. 6832.

Es wird Ew. Exzellenz Aufgabe sein, vor Ihrer Abreise von Fes den Sultan durch vertrauliche Einwirkung in der Überzeugung fest zu machen, daß es in seinem und seines Landes Interesse liegt, sich der ihm zugedachten Aufgabe der formellen Einberufung der Konferenz zu unterziehen. Das Programm der Konferenz, welches wir nicht ohne Mühe durchgesetzt hätten, biete nach unserer Überzeugung ihm die Möglichkeit, auf der Konferenz die Interessen Marokkos voll wahrzunehmen und die unvermeidlich gewordene Reformaktion so gestalten zu helfen, daß sie für die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität seines Reichs keine ernsteren Gefahren mehr mit sich brächte, und daß der Ausführung der früheren französischen Pläne, die ja viel weiter gegangen wären, ein fester Riegel vorgeschoben werde. Wir würden es uns wie bisher angelegen sein lassen, dem Sultan bei der Wahrung seiner Interessen auch auf der Konferenz bestmöglichst zu helfen.

Richthofen

Nr. 6890

*Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 Fes, den 17. Oktober 1905

Ich habe mich mit meinem französischen Kollegen über den Wortlaut einer identischen Note verständigt, die unter Beifügung einer Übersetzung des gesamten Tenors der Verständigung vom 28. September gestern Ben Sliman überreicht worden ist.

Morgen werden wir einzeln vom Sultan empfangen werden. Letzterer hat sich ausgedacht [1], daß er mir seine formelle und endgültige Zustimmung zum Programm und zur Konferenzeinladung erklärt, Herrn Saint-René aber eine schriftliche Antwort in Aussicht stellen wird, die ihm indessen am gleichen Tage zugehen soll [2].

Tattenbach

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Nicht sehr glückliche Idee
[2] hoffentlich

---

* Die Telegramme aus Fes gingen zunächst nach Tanger und wurden von dort unter neuer Nummer nach Berlin weiterbefördert. Hier wird durchgehends die Originalnummer der Telegramme wiedergegeben.

Nr. 6891

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 101 Fes, den 20. Oktober 1905

Marokkanischerseits sind gegen die glatte Annahme des Programms Schwierigkeiten erhoben. Man macht geltend, daß die in unserer Note verlangte A n n a h m e des Programms den Sultan binden würde, ohne daß er zu beurteilen imstande wäre, wie weit ihn dies führen kann. Ich habe gestern eingehende Unterredungen mit dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und dem Günstling des Sultans gehabt und glaube, daß darauf hierüber glatte schriftliche Annahme erfolgen wird.

Einen Versuch, auf Tanger als Konferenzort zurückzukommen, habe ich mit Entschiedenheit und Erfolg zurückgewiesen.

Ich möchte annehmen, daß die im Dienst des Sultans stehenden Engländer, z. B. Maclean, dieser momentanen Sinnesänderung des Sultans nicht fernstehen.

Maclean hat dem Sultan angeboten, den Prätendenten lebendig oder tot beizubringen, hat aber die Antwort erhalten, daß bindende Abmachungen mit den Franzosen vorlägen, die ihn verhindern, andere Offiziere an der Grenze zu verwenden als Franzosen.

T a t t e n b a c h

Nr. 6892

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 105 Fes, den 22. Oktober 1905

Die mir heute zugestellte Antwortnote besagt, der Sultan habe die Genehmigung erteilt, daß seine Bevollmächtigten mit den Bevollmächtigten der befreundeten Staaten auf der bevorstehenden Konferenz verhandeln über die Ausgestaltung der Artikel des ihm mitgeteilten Programms, und daß das durch Stimmeneinheit erzielte Ergebnis mit seiner allerhöchsten Zustimmung in Ausführung gebracht werde.

Weiter habe der Sultan zugestimmt, daß die Konferenz in Algeciras abgehalten werde.

T a t t e n b a c h

Nr. 6893

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Ausfertigung

Nr. 56 Fes, den 23. Oktober 1905

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage Abschrift des arabischen Textes der Antwortnote nebst der deutschen Übersetzung einzureichen, durch welche der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Abdelkrim ben Sliman mir mitteilt, daß der Sultan das ihm vorgelegte Programm als Grundlage für die Beratungen der Konferenz angenommen habe, und daß die Beschlüsse, die seine Bevollmächtigten mit den Bevollmächtigten der befreundeten Regierungen über die Ausgestaltung der Programmartikel fassen würden, seitens der marokkanischen Regierung durchgeführt werden sollten. Hierbei wird ferner gesagt, daß der Sultan mit der Wahl der Stadt Algeciras als Konferenzort einverstanden sei.

Die endgültige Mitteilung des Programms hat in der Umgebung des Sultans nochmals eine Krisis des Widerstandes gegen das angesonnene Reformwerk hervorgerufen. Ich bin nicht in der Lage, alle Fragen und Einwände hier wiederzugeben, die von den Ratgebern des Sultans in den letzten Tagen an mich gelangt sind, und noch schwieriger wäre die Wiedergabe meiner Antworten und Widerlegungen, die ich in stundenlangen Auseinandersetzungen und hundertfachen Wiederholungen ins Feld führen mußte, um die zustimmende Antwort zu erlangen. Die mir gemachte Bemerkung, die Verhandlungen zwischen Berlin und Paris wären geführt worden, ohne daß der Sultan und seine Regierung im Laufe derselben auch nur einmal gefragt worden wären, habe ich zunächst damit beantwortet, daß die Kaiserliche Regierung sich mit vollem Recht als Mandatär des Sultans habe ansehen dürfen. Ich habe indessen dieses Argument stufenweise und an geeigneter Stelle zu dem Ausspruch steigern müssen, daß es besser wäre, solchen Einwand angesichts der gegenwärtigen Lage des Reiches überhaupt beiseite zu lassen. Die Macht des Sultans endige zurzeit außerhalb der Mauern von Fes, und über die Stärke und Widerstandsfähigkeit, die in den Kabylen stecke, habe er keinerlei Verfügung. Der Sultan sei, wie die Dinge liegen, tatsächlich nicht in der Lage, im Namen Marokkos zu sprechen, und müsse es als eine besondere Gnade der Vorsehung preisen, wenn er durch unsere Intervention seinen Thron und die Selbständigkeit seines Reiches sichern könne. Ich habe auch zu dutzend Malen wiederholt, daß jede Ver-

zögerung nicht bloß von Tagen, sondern von Stunden und Minuten dem Sultan gefährlich werden müsse.

Von den geltendgemachten Einwänden und Bedenken hebe ich folgendes hervor: Die Annahme des skelettartigen Programmes werde die Annahme der noch nicht feststehenden Einzelheiten nach sich ziehen. Der Sultan sei zum Beispiel mit der Errichtung von Polizeikorps durchaus einverstanden und auch damit, daß sie von fremden Offizieren befehligt würden. Würde nun die Annahme des Programms zur Folge haben, daß Marokko sich lauter französische Offiziere gefallen lassen müsse oder auch fremde, eventuell französische Unteroffiziere oder gar fremde Soldaten? Die Polizeikorps würden große Kosten verursachen. Sei nun Marokko verpflichtet, die Kosten aufzubringen, wenn „das Studium der neuen Einnahmequellen" zu keinem Ergebnis führe? Marokko müsse dann zu neuen Anleihen seine Zuflucht nehmen; dabei müsse es fürchten, ganz unter französische Knechtschaft zu fallen, weil das Prinzip des französischen Vorzugsrechtes auch durch die jüngste deutsche Anleihe noch nicht durchbrochen sei. Die Staatsbank macht den Ratgebern des Sultans und ihm selbst auch viel Kopfzerbrechen. Soll Marokko das Geld geben und die Leitung den Fremden überlassen? Soll das Kapital fremd sein, und von welcher Seite kommt es? Soll etwa Frankreich den Hauptanteil und die Leitung bekommen? etc. etc.

Ich habe alle diese Bedenken durch den Hinweis zu widerlegen gesucht, daß Frankreich sich durch den Schriftwechsel vom 8. Juli d. Js. gebunden habe, die Souveränität des Sultans und die Integrität seines Reiches aufrechtzuerhalten, daß alle anderen Signatärmächte mit der gleichen Absicht auf die Konferenz kämen, und daß Marokko vor allem auf die guten Dienste der Kaiserlichen Regierung rechnen könne, die nach wie vor unentwegt die Politik verfolge, daß die Souveränität des Sultans, die Integrität seines Reiches und die Gleichberechtigkeit der Signatärmächte im Rahmen des Rechtes, das durch die Madrider Konvention geschaffen sei, unbedingt gewahrt werden müsse.

Ich muß hier noch erwähnen, daß ich diesen letzten Kampf allein auszufechten hatte. Mein französischer Kollege hat sich ganz im Hintergrund gehalten und sich darauf beschränkt, von Zeit zu Zeit einen Beamten zu Ben Sliman mit der Anfrage zu senden, ob denn die Antwort noch immer nicht fertig sei. Ich bin weit davon entfernt, mich zu beklagen, denn seine Mitwirkung hätte nur schädlich sein können. Herrn St.-Renés Sprache kennt seit dem 28. Mai d. Js. nur Drohungen, und diese hätten im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo wir berufen waren, gemeinsam zu handeln, die Wirkung meiner eigenen Argumente paralysieren müssen.

Tattenbach

Nr. 6894

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 57 Fes, den 27. Oktober 1905

Herr Saint-René-Taillandier ist gestern nachmittag mit seinem zahlreichen Personal von hier abgereist. pp.

Herr Saint-René-Taillandier hat bis zuletzt jede Gelegenheit benutzt, um den Sultan durch hochmütige Behandlung zu kränken. Es ist zum Beispiel Sitte, bei der Abschiedsaudienz Uniform anzulegen, — der Gesandte hat dies überflüssig gefunden, er ist im Zivilanzug erschienen und hatte dem Sultan sagen lassen, seine Uniform sei bereits eingepackt.

Bei seinen Abschiedsbesuchen hat er den einzelnen Würdenträgern gesagt, sie hätten nicht nötig gehabt, sich mit uns einzulassen und so viel Umstände zu machen, — das Programm, das sie jetzt angenommen hätten, wäre s e i n Programm. Die Marokkaner wissen aber trotz aller bangen Befürchtung, mit der sie auf die Konferenz gehen, recht gut und sprechen es offen aus, daß die direkte Annahme der französischen Reformvorschläge geraden Wegs zum französischen Protektorat geführt hätte, während sie jetzt eine Regelung auf einer internationalen Basis erhoffen, die ihnen wenigstens die Gewähr für eine bedingte Selbständigkeit bietet. Die Ratgeber des Sultans geben sich auch keinen Illusionen über ihre Lage hin und sehen ein, daß die Konferenz die einzige und letzte Möglichkeit für sie ist. Keiner von ihnen will aber im entscheidenden Moment das Odium der Verantwortlichkeit auf sich nehmen. Sie haben auch jetzt, als sie vor die endgültige Annahme des Programms gestellt worden sind, samt und sonders Bedenken und Einwände erhoben, und die Besonnenen und Überzeugten unter ihnen haben schließlich meine Hülfe in Anspruch genommen, um den Widerspenstigen ins Gewissen zu reden und schließlich den Sultan zu überzeugen. Ich habe mich dieser Aufgabe unterzogen und dabei nicht verfehlt, ihnen unter Hinweis auf die innere trostlose Lage des Reiches mit allem Ernst zu sagen, daß sie von jetzt ab unseren ehrlich gemeinten Ratschlägen ohne Zögern und ohne Hintergedanken folgen und darin das einzige Mittel erblicken müßten, durch das ihnen unsere für sie wertvolle Unterstützung gesichert bliebe. Ich habe auch in allen meinen letzten Besprechungen darauf hingewiesen, daß die Wirksamkeit unserer Hülfe auf der Konferenz von dem Takt und der Geschicklichkeit der marokkanischen Bevollmächtigten abhängen werde, die immer die prekäre

Lage vor Augen haben müßten, in der sich gegenwärtig Marokko und die Dynastie befinde. Dies sei wiederum in den letzten Tagen bei Gelegenheit der Sequestrierung der englischen Offiziere nur zu klar zutage getreten.

Tattenbach

Nr. 6895

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Tanger von Kühlmann

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 190 Berlin, den 1. November 1905

Für Graf Tattenbach. Nr. 50

Falls dort mit Sultan und Ihrem französischen Kollegen nicht bereits anderweites vereinbart ist, erscheint uns als das richtigste, daß nunmehr die formellen Einladungen von Spanien als dem Hausherrn des Konferenzorts ausgehen.

Richthofen

Nr. 6896

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm, Entzifferung

Nr. 213 Washington, den 3. November 1905

Der Präsident besprach soeben mit mir in Gegenwart des Staatssekretärs Root kurz die politische Lage[1]. Nachdem ich dem Präsidenten die Grüße Seiner Majestät des Kaisers und Königs übermittelt hatte, für die er lebhaft dankte, und wobei er die Bemerkung machte, daß Seine Majestät der einzige Herrscher Europas gewesen sei, mit welchem er während der äußerst kritischen Periode des russisch-japanischen Krieges eine gemeinsame Politik hätte betreiben können[2]*, sagte er zu mir folgendes:

„Roots politische Ansichten und die meinigen decken sich ganz und gar. Root kennt genau den Inhalt der vertraulichen Korrespondenz und die langen Gespräche, welche zwischen uns stattgefunden haben. Ich bitte Sie, Root Ihr vollstes Vertrauen zu schenken und mit ihm zu reden, als ob Sie mit mir redeten.

* Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXX.

Was die Politik des Deutschen Kaisers betrifft, so kann ich Ihnen nur versichern, daß Root sie im selben Grade befürwortet wie ich. Noch mehr: Als wir unser erstes Gespräch über Marokko hatten, war ich mit Bezug auf Seiner Majestät Politik zurückhaltend; Root sah damals klarer als ich und befürwortete ein Zusammengehen mit Deutschland von Anfang an. Mir haben Sie erst allmählich die Augen geöffnet, indem Sie mich von den Machenschaften dieses unglaublichen Hallunken Delcassé [3] überzeugten, der zum Glück für die Zivilisation abgetakelt ist [4]. Erst nach der Entfernung Delcassés und den ‚Matin'-Veröffentlichungen habe ich erkannt, wie weise und fernsichtig des Kaisers Politik in Marokko war."

Ich warf hier ein, daß wir die Delcassé-Gefahr nicht für abgetan betrachteten [5]. Delcassé sei neuerdings wieder in den Vordergrund der Diskussion getreten *, und es würde uns gar nicht wundern, wenn wir ihn in einigen Monaten wieder in amtlicher Stellung sähen; eine lebhafte Agitation zu seinen Gunsten sei jetzt im Gange. Wäre Delcassé am Ruder geblieben, so würde es dem Präsidenten kaum möglich gewesen sein, den russisch-japanischen Frieden zu vermitteln [5].

Der Präsident warf hier ein, daß er auch von anderer Seite hierauf aufmerksam gemacht worden sei.

Ich fuhr fort, daß wir bestimmte Nachrichten hätten, daß an einer russisch-englischen Annäherung gearbeitet werde, und daß Frankreich der Vermittler sei. Man sei bestrebt, diese Gruppierung — auf welche Seine Majestät der Kaiser ihn während des Krieges wiederholt aufmerksam gemacht habe, und die er als den mächtigsten politischen Faktor des Erdbodens betrachte — als reine defensive hinzustellen.

Seine Majestät hätten alle Ursache, hieran zu zweifeln.

Diese Mitteilung machte auf den Präsidenten und auf Root sichtlich tiefen Eindruck, und der Präsident bemerkte:

„Dieser Mensch darf auf keinen Fall wieder ans Ruder kommen. Glauben Sie nicht," fuhr er fort, „daß Ihr Telegramm mit Bezug auf den Einfluß Delcassés und Révoils auf den Gang der Marokkofrage mir ungelegen kam. Im Gegenteil: Ich habe der französischen Regierung fast Wort für Wort den Inhalt Ihres Telegramms mitgeteilt. Obwohl ich nicht viel von einem direkten Resultat erwartete, wollte ich doch der französischen Regierung zeigen, daß ich mit Deutschland in der Frage einer Meinung sei [3]."

In den nächsten Tagen werde ich das Gespräch mit dem Präsidenten wieder aufnehmen.

Sternburg

---

* Durch die Enthüllungen des „Matin" über das englische Allianzangebot an Frankreich. Vgl. Bd. XX, Kap. CL.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr erfreulich
[2] sehr schmeichelhaft
[3] bravo!
[4] aber nicht seine Kanzelei und nicht sein System
[5] richtig

Nr. 6897

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 218 Berlin, den 7. November 1905

Antwort auf Ew. Telegramm 213**.

Zu der Bemerkung des Präsidenten, „daß Delcassé zum Glück für die Zivilisation abgetan sei", hat Seine Majestät der Kaiser am Rande geschrieben: „aber nicht seine Kanzlei und nicht sein System".

Zu Ew. Bemerkung, daß wir die Delcassé-Gefahr nicht für abgetan betrachteten, hat Seine Majestät geschrieben: „Richtig".

Seine Majestät ist dankbar für die freundliche Beurteilung der deutschen Politik seitens des Präsidenten und dankt Ew. für Ihre auch bei diesem Anlaß in die Erscheinung getretene erfolgreiche Wahrnehmung der deutschen Interessen.

Präsident Roosevelt kann sich darauf verlassen, daß Deutschland in Marokko keine Sonderinteressen verfolgt. Wir haben von Anfang an die Marokkofrage nicht als eine isolierte Klippe angesehen, sondern als Teil des Korallenriffs, welches „Delcassé-Programm" heißt. Wir nehmen an, daß, wenn die englische Regierung bemüht ist, mit Aufopferung englischer Interessen in Marokko den Franzosen Sondervorteile zu verschaffen, Frankreich dafür in anderen Weltteilen englische Wünsche fördern, z. B. eine englisch-russisch-französische Verständigung über Asien herbeiführen wird. Selbstredend betrachtet sich jedoch der Deutsche Kaiser nicht als berufen, Vorsehung für die übrigen Völker des Erdballs zu spielen. Wenn also bei der Konferenz diejenigen großen und kleinen Staaten, welchen der Ausbau des „Programm Delcassé" die gleichen Gefahren bringt wie uns, sich dagegen gleichgültig zeigen, wird das isolierte Deutschland nicht daran denken können, allgemeine Interessen zu vertreten. Wenn aber die Gleichartigkeit wirtschaftlicher Interessen die Grundlage bilden könnte für eine gemeinsame Haltung mehrerer Mächte auf

---

* Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen.
** Siehe Nr. 6896.

der Konferenz, so würde ein solches Zusammengehen auf rein wirtschaftlicher Basis auch die politischen Gefahren ausschließen, welche sonst von der Konferenz zu befürchten sind.

Bülow

Nr. 6898

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 61 Fes, den 4. November 1905

Am 31. v. Mts. hat mich der Sultan zum letztenmal in Privataudienz empfangen. Ich drückte ihm meine Freude aus, daß er dies Reformprojekt endgültig angenommen und seine Bereitwilligkeit erklärt habe, die Konferenz zu beschicken.

In sehr warmen Worten erwiderte der Sultan folgendes: Niemand in seinem Reiche, auch keiner von seinen Beamten sei so sehr von der Notwendigkeit der Reformen in seinem Reiche überzeugt, und niemand wisse die Hülfe der deutschen Regierung so nach ihrer hohen Bedeutung zu schätzen wie er selbst; er werde darum niemals die ihm von der deutschen Regierung erwiesenen Wohltaten vergessen und werde seine Dankbarkeit vor allem durch treue Hingebung an die Kaiserliche Regierung und durch volles Vertrauen in ihre Politik beweisen. Er werde sich, was auch kommen möge, bemühen, der deutschen Politik das Erreichen ihrer Absichten zu erleichtern und nicht verfehlen, auch seinerseits seine Dankbarkeit durch die Tat zu beweisen, wenn je Deutschland seine Mitwirkung in irgendeiner Weise in Anspruch nehmen wolle.

Im weiteren Lauf der Unterhaltung sagte ich dem Sultan, es käme darauf an, daß er als Delegierte zur Konferenz Männer entsende, die von der absoluten Notwendigkeit, die ihm vorgeschlagenen Reformen anzunehmen und durchzuführen, überzeugt seien, die nicht vor der Verantwortlichkeit, solchen zuzustimmen, zurückschreckten, nicht bei jeder Kleinigkeit um Instruktionen bäten und dadurch die Verhandlungen in unnützer Weise aufhielten und sich die Sympathien der übrigen Konferenzmitglieder verscherzten.

Der Sultan erwiderte darauf, daß die größte Sorgfalt auf die Auswahl der Mitglieder verwendet werde. Er bemerkte noch, daß die Klausel im Schriftenwechsel vom 8. Juli d. Js., wonach die Reformen auf eine kurze Zeitdauer beschränkt werden sollten, für ihn von großem Werte sei. Dies würde ihm ermöglichen, die reaktionären Elemente zu beschwichtigen, die dem Eindringen fremder Hülfe

feindlich gegenüberständen. Er selbst sei von der Notwendigkeit fremder Unterstützung durch ausländische Offiziere usw. ganz und gar überzeugt. Es gäbe aber unter seinen Untertanen, namentlich unter den weniger Gebildeten, Leute, die diese Notwendigkeit nicht einsähen. Im Hinblick auf die erwähnte Klausel könnte seine Regierung auf der bevorstehenden Konferenz manche Zugeständnisse machen, die ihr an und für sich recht schwer fallen würden; sie könnte aber die unzufriedenen Elemente mit dem Hinweis darauf besänftigen, daß dieses Nachgeben nur bis zum Erstarken des Reiches andauern werde.

Bezüglich der Bildung von Polizeikorps bemerkte der Sultan noch, daß es hauptsächlich darauf ankomme, daß die Offiziere nicht einer Nationalität angehören dürften, und daß ihm das Recht der Versetzung dieser Offiziere vorbehalten bleiben müsse. (?)

Als der Sultan auf die deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen kam, sagte ich ihm, daß sich unsere Beziehungen zu Frankreich in der letzten Zeit geklärt und gebessert hätten. Weder Frankreich noch Deutschland wollten den Krieg, und diese auf die Erhaltung des Friedens abzielende Haltung werde auch ihm von Nutzen sein. Frankreich werde in dem Bestreben, in Frieden mit uns zu leben, unsere und des Sultans Rechte respektieren, wie andererseits wir und der Sultan bereit seien, den besonderen, aus der Nachbarschaft entspringenden Rechten Frankreichs Rechnung zu tragen. Er könne darauf rechnen, daß daraus auf der Konferenz nur Gutes für ihn und sein Reich resultieren werde.

Schließlich drückte der Sultan mir seine Befriedigung aus über die Art und Weise, wie ich mich meiner Mission entledigt hätte, und sein Bedauern, daß er meines Rates fernerhin entbehren müsse. Ich erwiderte ihm, er solle es fernerhin ebenso halten wie sein verstorbener Vater, der Sultan Muley Hassan, der, solange ich in Tanger gewesen, in allen die äußere Politik seines Reiches berührenden Fragen an seinen Vertreter in Tanger geschrieben und ihm den Auftrag erteilt habe, den Rat „des Freundes" einzuholen. Sein Vater habe sich dabei immer gut gestanden, und auch ihm würde der Rat des Kaiserlichen Vertreters in Tanger und der Kaiserlichen Regierung immer zur Verfügung stehen [1].

Der Sultan entließ mich sehr gnädig und mit sichtlicher Bewegung und bat mich zum Schluß, Seiner Majestät dem Kaiser und Könige ein Buch zu überbringen, das er für allerhöchstdenselben habe anfertigen lassen.

In den letzten Tagen habe ich den Würdenträgern und Ratgebern des Sultans Abschiedsbesuche gemacht und mich ihnen gegenüber mit allem Freimut über die innere Lage des Landes ausgesprochen und sie unter besonderer Betonung des jüngsten Vorfalls bei Ceuta ermahnt, sich der Einsicht nicht zu verschließen, daß eine

gründliche Besserung der Zustände herbeigeführt werden müsse, und daß sie Gott danken könnten, daß durch die Intervention Seiner Majestät des Kaisers und Königs ihnen die Möglichkeit geboten sei, Marokko durch die Konferenz auf eine neue internationale Basis zu stellen und dadurch das Protektorat zu verhüten. Hierzu sei es aber nötig, daß sie mit voller Erkenntnis der Lage und gutem Willen auf die Konferenz kämen.

Tattenbach

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Bravo!
T[attenbach] hat seine Sache vortrefflich gemacht

Nr. 6899

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Paris von Flotow

Konzept

Nr. 1802 Berlin, den 11. November 1905

Zu Ew. gefälligen Information.

Den Signatarmächten der Madrider Konferenz und der russischen Regierung ist unsererseits die vereinbarte Mitteilung über das Programm und den für die Marokkokonferenz gewählten Ort gemacht worden. Bis heute haben mit Ausnahme von Rußland, Schweden und Portugal, deren Antworten noch ausstehen, alle übrigen Signatarmächte uns ihre Zustimmung erklärt.

Richthofen

Nr. 6900

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 23. November 1905

Ich bin ganz damit einverstanden, daß wir unsere Aufmerksamkeit jetzt der Marokkokonferenz zuwenden.

Unser Hauptziel muß natürlich sein, daß wir auf dieser Konferenz nicht isoliert dastehen. Wenn wir in einer Frage, in der wir uns einmal engagiert haben, die Mehrheit oder gar alle anderen gegen uns haben, so nutzen auch Forschheit und Drohungen nichts, da unsere Situation dann nach allem Vorhergegangenen etwas beinah Lächerliches haben würde.

Es frägt sich also, auf welche Punkte wir unsere Hauptaktion konzentrieren, und was wir tun, um die Unterstützung anderer Mächte für unsere Auffassung in diesen Punkten zu gewinnen.

Daß wir mit Radowitz und Tattenbach * gründliche Rücksprache nehmen, ist gewiß recht erwünscht. Die Hauptsache aber sind die Direktiven von hier aus quoad essentialia unseres Programms, allgemeines Auftreten usw.

Bülow

Nr. 6901

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 974 Paris, den 23. November 1905
Ganz vertraulich

Der am 18. d. Mts. gemeldete Artikel, in dem die „Débats" in ziemlich dreister Form eine veränderte und entgegenkommendere Haltung Deutschlands verlangen, ist nach der Stellung des Blattes in der hiesigen Publizistik an sich schon beachtenswert. Er wird es noch mehr durch die gleichzeitige Tatsache, daß dieselbe Forderung auch anderweitig an mich herantritt. Wie schon früher dem Kaiserlichen Herrn Botschafter in versteckter und diskreter Form, so ist mir jetzt durch einen Vertrauensmann des Herrn Rouvier wiederholt und dringlich zu verstehen gegeben worden, der Ministerpräsident erhoffe von Deutschland die Zusage, daß das Polizeimandat in den westlichen Teilen Marokkos auf der Konferenz an Frankreich und Spanien zugleich übertragen werde. Durch die Hinzufügung Spaniens werde für Deutschland der Schein einer einseitigen Konzession an Frankreich vermieden. Dieses Zugeständnis, v o r der Konferenz gemacht, werde uns den französischen Dank erwerben und Herrn Rouvier in seiner demnächstigen Sprache in der Kammer beeinflussen; a u f der Konferenz würden wir vielleicht in die moralische Zwangslage gebracht werden, es beispielsweise einem gleichlautenden englischen Antrage nicht verweigern zu können. Herr Rouvier werde seinem Versprechen, einen derartigen Antrag nicht zu stellen, treu bleiben; was aber eine andere Macht tun werde, sei nicht zu übersehen.

---

* Graf Tattenbach begab sich nach Vollendung seiner Mission in Fes zunächst nach Deutschland, wo er ebenso wie der in Berlin weilende bisherige Geschäftsträger von Kühlmann und der zu diesem Zweck nach Berlin beschiedene Botschafter von Radowitz bei der Feststellung der Instruktionen für die Konferenzdelegierten (siehe Nr. 6922 nebst Anlagen) mitwirkte.

Ich habe mich darauf beschränkt, diese Eröffnungen mit einigem Erstaunen anzuhören, habe aber meinem Besucher nicht in Aussicht gestellt, sie meiner Regierung übermitteln zu wollen. Im Hinblick auf die möglichen Folgen darf ich sie indessen Euerer Durchlaucht um so weniger vorenthalten, als mir kein Zweifel darüber gelassen wurde, daß der Ministerpräsident selbst der Urheber der Demarche ist.

Diese Tendenz, immer weitere Zugeständnisse von Deutschland zu fordern, entspricht der hiesigen Gesamtstimmung. Das große Entgegenkommen der Kaiserlichen Regierung, das in der jetzigen Fassung des Konferenzprogramms liegt, hat vielleicht bei Herrn Rouvier, nicht aber in der hiesigen Öffentlichkeit eine wirkliche Anerkennung gefunden. Als gleich darauf in Baden-Baden Euere Durchlaucht in zwei hervorragenden Pariser Blättern Erklärungen abgaben*, die nichts als liebenswürdige und versöhnliche Worte an die Adresse der französischen Nation enthielten, und auf die nach dem billigen Ermessen jedes Menschen ein freundliches Echo hier erwartet werden mußte, war der Lohn eine förmliche Preßhetze gegen Deutschland mit den „Enthüllungs"-Artikeln des „Matin"** an der Spitze. Trotz der Bemühungen der Botschaft und der hiesigen Regierung fand keiner der beiden soeben durch den Empfang bei Euerer Durchlaucht so sehr ausgezeichneten Journalisten den Mut, ein Wort zur Verteidigung des deutschen Standpunktes zu sagen. Charakteristisch erscheint es, daß die zum Teil unerhörten damaligen Angriffe auf Deutschland, seinen Kaiser und seine Regierung sehr erheblich verstummten, als, zu glücklicher Stunde, Seine Majestät der Kaiser und König ernste und energische Worte bei der Einweihung des Moltkedenkmals sprach***. Es wurde zeitweilig sehr viel stiller hier in der maßgebenden Presse, und erst jetzt nimmt das in der auswärtigen Politik vielfach führende „Journal des Débats" die alte Tonart wieder auf.

Diese Erfahrungen sind für weitere Zugeständnisse nicht sehr ermutigend. Es entzieht sich natürlich der hiesigen Beurteilung, wie weit die allgemeine Politik sie erforderlich macht; von hier aus wird nur pflichtgemäß darauf hinzuweisen sein, daß sie nach der hier herrschenden Stimmung der Gefahr ausgesetzt sein würden, im gegenwärtigen Moment als durch die deutsch-englischen Beziehungen motiviert zu gelten und demnach nicht genügend anerkannt zu werden. Ich habe mehr noch als aus der Presse aus der Unterhaltung mit urteilsfähigen Leuten den Eindruck, als ob die französische Liebe zu Eng-

---

* Vgl. dazu Bd. XX, Kap. CXLIX, Nr. 6834, Fußnote *.

** Vgl. dazu Bd. XX, Kap. CL, Nr. 6872 nebst Fußnote.

*** Am 26. Oktober hatte der Kaiser gelegentlich der Einweihung des Moltke-Denkmals einen Trinkspruch ausgebracht, der die Worte enthielt: „Wie es in der Welt steht mit uns, haben die Herren gesehen. Darum das Pulver trocken, das Schwert geschliffen, das Ziel erkannt, die Kräfte gespannt und die Schwarzseher verbannt!"

land nicht eigentlich zunimmt, als ob man aber doch dem englischen Liebeswerben weniger Widerstand entgegensetzt, weil man glaubt, daß Deutschland aus Besorgnis vor England jede Differenz mit Frankreich vermeiden werde.

Der unzweifelhaft große moralische Erfolg der marokkanischen Aktion könnte in Gefahr geraten, wenn diese Auffassung eine Befestigung erführe.

Wie ich höre, hat der Ministerpräsident die Debatte über die auswärtigen Angelegenheiten in der Kammer noch weiter herausgeschoben. Offenbar will er zuvor den Ausgang seiner Anregung abwarten.

Flotow

Nr. 6902

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 26. November 1905

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich alleruntertänigst zu berichten, daß nach den hier eingelaufenen Nachrichten mit dem Zusammentritt der Marokkokonferenz in Algeciras ungefähr zum 15. Dezember d. Js., dem von der spanischen Regierung vorgeschlagenen Termin, zu rechnen ist.

Die französische Regierung hat uns mitgeteilt und seither auch öffentlich bekannt gegeben, daß sie den inzwischen zum Botschafter in Bern ernannten Herrn Révoil als ihren alleinigen Vertreter auf der Konferenz ausersehen hat. Von mehreren anderen Staaten (Österreich-Ungarn, Spanien, Vereinigte Staaten von Amerika) wissen wir, daß sie je zwei Bevollmächtigte, darunter einen Botschafter bezw. eine Persönlichkeit von Botschafterrang nach Algeciras senden werden.

Unter diesen Umständen möchte ich ehrfurchtsvollst vorschlagen, daß zum ersten deutschen Vertreter auf der Konferenz Euerer Majestät Botschafter in Madrid von Radowitz bestimmt und ihm als zweiter deutscher Vertreter Euerer Majestät Gesandter in Lissabon, der nach Beendigung seiner marokkanischen Mission zurzeit hierher beurlaubte Graf von Tattenbach, beigegeben wird.

Euere Majestät darf ich alleruntertänigst bitten, durch Allergnädigste Randverfügung mich wissen lassen zu wollen, ob Euerer Majestät meine Vorschläge genehm sind.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja 27/XI 1905 W.

Nr. 6903

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 474 — Paris, den 26. November 1905 [aufgegeben am 27. November]

Der Vertrauensmann des Herrn Rouvier ist nach Rücksprache mit dem Kabinettschef Moreau erneut auf den Wunsch der hiesigen Regierung, vor der Konferenz das Versprechen der Übertragung des Polizeimandats in Westmarokko zu erhalten, zurückgekommen. Ich habe für etwaige französische Wünsche jetzt auf den Weg durch Bihourd verwiesen. Herr Moreau hat darauf zu dem Vertrauensmann geäußert, man werde nunmehr in Erwägung ziehen, ob dieser Weg zu betreten sei.

Flotow

Nr. 6904

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Paris von Flotow

Konzept

Nr. 1913 — Berlin, den 29. November 1905
Vertraulich

Die nach dem gefälligen Berichte vom 23. d. Mts. (Nr. 974)* und nach Ihrem späteren Telegramm** bei Ew. pp. von Herrn Rouvier durch seinen Vertrauensmann neuerdings gemachten wiederholten Versuche, von uns das Versprechen der Übertragung des Polizeimandats in Westmarokko zu erlangen, haben hier überrascht, nachdem wir früher stets unseren ernsten Bedenken gegen die Erteilung eines solchen Generalmandats Ausdruck gegeben und besonders auf die Schwierigkeit hingewiesen haben, in diesem Punkte vor der Konferenz eine den Beratungen derselben präjudizierende Konzession zu machen. Herr Rouvier hat dann bei den Verhandlungen mit Dr. Rosen Ende September des Jahres unserem Vertreter mündlich zugesagt, daß Frankreich auf der Konferenz kein mandat général verlangen werde, und daraufhin haben wir diese Frage für erledigt gehalten.

Angesichts des Umstandes, daß jetzt gleichwohl der französische Herr Ministerpräsident die Sache wieder aufgenommen hat, und zwar anscheinend in dringlicher Weise, hat der Herr Reichskanzler in dem

---

* Siehe Nr. 6901.
** Siehe Nr. 6903.

Wunsche, Herrn Rouvier persönlich das weitgehendste Entgegenkommen zu erweisen, sich entschlossen, die Frage einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und sie zu diesem Behufe mehreren deutschen Sachverständigen vorzulegen, welche Anfang nächster Woche hier zusammentreten werden.

Die unmittelbar nach Abschluß dieser Beratungen zu treffende Entscheidung wird dorthin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Euer pp. ersuche ich ergebenst, das Vorstehende gefälligst auf geeignetem Wege mündlich und im engsten Vertrauen zur Kenntnis des Herrn Rouvier gelangen zu lassen.

Mühlberg

Nr. 6905

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 1007 Paris, den 29. November 1905

Streng vertraulich

Der Direktor der politischen Abteilung, Herr Louis, ließ mich heute zu sich bitten und eröffnete mir mit der Bitte, es als ganz persönliche und nicht amtliche Mitteilung zu betrachten, folgendes:

Wie mir bekannt, sei durch eine Mittelsperson bei mir vertraulich in Anregung gebracht worden, daß die hiesige Regierung den Wunsch hege, die Kaiserliche Regierung möge ihr vor der Marokkokonferenz die Übertragung des Polizeimandats in Westmarokko an Frankreich und Spanien in Aussicht stellen. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß ein solcher Schritt der Kaiserlichen Regierung von der allererfreulichsten Wirkung auf die französische öffentliche Meinung begleitet sein und das ganze deutsch-französische Verhältnis auf eine bessere Basis stellen werde.

Ich hätte darauf erwidert, etwaige derartige Wünsche der französischen Regierung müsse sie auf dem Wege durch den französischen Botschafter in Berlin geltend machen. Bevor sich indessen die französische Regierung entschlösse, diesen Weg zu beschreiten, müsse sie die Gewißheit haben, daß sie sich keinem Refus aussetze. Denn es sei unzweifelhaft besser, die Frage nicht anzuschneiden und ihre Erledigung der Konferenz zu überlassen, als durch eine offene oder verhüllte Zurückweisung die deutsch-französischen Beziehungen noch weiter zu kompromittieren. Ob ich in der Lage und bereit sei, beruhigende Erklärungen in dieser Beziehung abzugeben.

Ohne Instruktion Euerer Durchlaucht über diesen Punkt, erwiderte ich, ich könne die Verantwortung für den Erfolg eines

solchen Schrittes der französischen Regierung in keiner Weise übernehmen. Ich begriffe vollkommen, daß die französische Regierung sich einer Zurückweisung nicht aussetzen könne; nichts aber berechtige mich zu der Annahme, daß die Kaiserliche Regierung auf einen solchen Vorschlag eingehen werde. Auf weiteres Drängen des Herrn Louis, wenigstens eine Vermutung über den Ausgang der Demarche auszusprechen, erwiderte ich in vorsichtiger Form, das Entgegenkommen der Kaiserlichen Regierung bei Feststellung des Konferenzprogramms sowie andere freundliche Kundgebungen derselben hätten in der hiesigen Presse eine so geringe Anerkennung gefunden, daß die Kaiserliche Regierung möglicherweise darin keine Ermutigung zu weiteren erheblichen Zugeständnissen sehen könnte. Das sei aber meine ganz persönliche und private Ansicht; ich sei ohne jede Instruktion über den Punkt, die Absichten meiner Regierung seien mir daher unbekannt.

Herr Louis bat mich darauf nochmals, die Unterredung als eine ganz persönliche zu betrachten, und deutete an, daß es ihm erwünscht sei, wenn nicht darüber nach Berlin berichtet würde.

Für ein solches Verschweigen kann ich aber wegen der möglichen Rückwirkung auf das ganze deutsch-französische Verhältnis die Verantwortung nicht tragen.

Zum Schlusse äußerte Herr Louis, der Ministerpräsident habe die Absicht, mir bei seinem Diplomatenempfange dieselben Eröffnungen zu machen. Unter diesen Umständen habe ich vermieden, Herrn Rouvier aufzusuchen, da ich es nicht für zweckmäßig hielt, ohne Instruktion noch einmal einer ähnlichen Unterhaltung ausgesetzt zu sein.

Mangels anderer Weisung Euerer Durchlaucht werde ich in dieser Haltung in den nächsten Tagen verharren, falls der Ministerpräsident mich nicht zu sich bitten läßt.

Flotow

Nr. 6906

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Mühlberg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 30. November 1905

Nach der anliegenden Aufzeichnung* wird von französischer Seite durch Herrn von Kühlmann uns der Vorschlag gemacht, mit Frank-

* Es handelt sich um eine Aufzeichnung von Kühlmanns vom 30. November 1905 über Eröffnungen, die ihm M. Vaffier-Pollet, Vertreter des Comité du Maroc in Tanger, und der frühere Geschäftsträger in Tanger Comte de Chérisey in Paris gemacht hatten, ohne daß klar wurde, wer hinter diesen Anregungen stand.

reich noch vor der Konferenz ein geheimes Abkommen zu treffen. Der Kern des Abkommens soll in folgendem bestehen: Wir sollen uns schon jetzt verpflichten, nach Ablauf von 3—4 Jahren, während deren es beim Status quo verbleibt, wenn alsdann die Zustände in Marokko sich nicht gebessert haben, gegen Erteilung des Polizeimandats für ganz Marokko an Frankreich keinen Widerspruch mehr zu erheben.

Als Gegenleistung wird uns geboten: die Offene Tür, 45prozentige Beteiligung des deutschen Kapitals an allen Regierungsunternehmungen in Marokko, endlich territoriale Kompensationen im französischen Kongogebiet und Zession des französischen Vorkaufsrechts auf den belgischen Kongo.

Es springt zunächst in die Augen, daß wir uns durch ein solches geheimes Abkommen gänzlich in die Hände der Franzosen geben würden. Eine Indiskretion darüber würde die deutsche Politik überall, zumal beim Sultan von Marokko und den übrigen Konferenzteilnehmern auf das schwerste kompromittieren. Auch in Deutschland selbst würde eine unter solchen Umständen erfolgende Auslieferung Marokkos an Frankreich schwerlich Beifall finden. Vielmehr würde der Vertrag, ähnlich dem russischen Rückversicherungsvertrag Bismarcks und seinen angeblichen Abmachungen mit Napoleon III. über Belgien, zur Waffe gegen uns benutzt werden.

Außerdem soll der Vertrag eventuell durch vorzeitige Veröffentlichung von selber null und nichtig werden. Die Franzosen hätten es also in der Hand, uns auf diese Weise um alle Vorteile aus dem Vertrage zu bringen.

Endlich würden die uns durch den Vertrag zuzusichernden territorialen Vorteile uns leicht von dritten Staaten z. B. England verlegt werden können. Die Franzosen müßten uns also, wenn der Vertrag für uns Wert haben soll, garantieren, für dessen Ausführung nötigenfalls mit ihrer ganzen Macht einzutreten.

Von wem die französischen Vorschläge persönlich gemacht wurden, ist nicht klar. Wir erfahren nur, daß Révoil sie mündlich machen sollte, sich dem aber unter einem durchsichtigen Vorwande entzogen hat, und daß vorher zwischen ihm, Etienne und dem Madrider Cambon vertrauliche Besprechungen über den Gegenstand stattgefunden haben.

Bei solcher Sachlage dürften die gefährlichen Vorschläge von uns amtlich nicht zu beachten sein. Höchstens könnte, um Klarstellung zu erreichen, durch Herrn von Kühlmann privatim und nur mündlich in Paris die Frage gestellt werden können, wie denn die Ausführung der Zusagen uns gegenüber sichergestellt werden solle.

Zweierlei dürfte immerhin aus der Aufzeichnung beachtenswert sein:

1) das offenbar aus französischem Munde stammende offene Eingeständnis, daß die französische Politik auf Marokko nicht mehr verzichten könne;

2) der Umstand, daß der vorliegende Fühler darauf hindeutet, wie die Franzosen sich des Erfolges auf der Konferenz keineswegs so sicher fühlen.

Mühlberg

Nr. 6907

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 483 Paris, den 3. Dezember 1905

Antwort auf Erlaß 1913 vom 29. November*.

Da letzte Eröffnung mir durch Herrn Louis gemacht war, habe ich durch ihn Inhalt obigen Erlasses zur Kenntnis des Herrn Rouvier gebracht. Herr Louis dankte erfreut, betonte aber stark den ganz vertraulichen Charakter der Demarche und ihre Natur als Sondierung und schien besorgt, daß nicht eine etwa ablehnende Entscheidung der Kaiserlichen Regierung in einer Form erfolge, die zu einem Refus und einer Art diplomatischer Niederlage Frankreichs würde[1]. In solchem Falle würde es besser sein, gar nicht an die Sache zu rühren.

Ich sagte ihm, in meiner Berichterstattung sei den Tatsachen entsprechend überall der inoffizielle und vertrauliche Charakter des Schrittes hervorgehoben. Auch sei die Antwort der Kaiserlichen Regierung mir mit dem Auftrage der Übermittlung „im engsten Vertrauen" zugegangen.

Herr Louis bat schließlich um möglichste Beschleunigung, da durch eine Interpellation des Abgeordneten Denys Cochin die Kammerdebatte über den Gegenstand in unmittelbare Nähe gerückt sei. Wir sind übereingekommen, dem Vertrauensmann zunächst keine Kenntnis von den letzten Vorgängen zu geben.

Flotow

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Das darf natürlich nicht geschehen! Es wäre illoyal und de mauvais goût.

---

* Siehe Nr. 6904.

Nr. 6908

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Paris von Flotow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 1951 Berlin, den 5. Dezember 1905
Geheim

Die nach dem gefälligen Bericht vom 29. v. Mts. (Nr. 1007) * von Ew. pp. eingenommene Haltung gegenüber den dortigen Versuchen, bei Ihnen etwas über unsere eventuelle Stellung zu einem französischen oder französisch-spanischen Generalmandat für die Polizei in Marokko herauszubekommen, wird hier gebilligt. Es war nur korrekt und sachgemäß, daß Sie die dortige Regierung für die Anbringung ihrer Wünsche bei uns auf den Weg durch ihren hiesigen Botschafter verwiesen haben.

Ich bitte, daß die Kaiserliche Botschaft — einschließlich des Herrn Botschafters — sich auch in Zukunft das gleiche Verfahren zur Richtschnur macht und sich nicht zur Ausführung von französischen Anliegen oder Bestellungen bei der Kaiserlichen Regierung mißbrauchen läßt.

Herr Bihourd oder wer immer Frankreich in Berlin vertritt, wird genug diplomatische Geschicklichkeit besitzen, um seine Schritte so einzurichten, daß er, wenn es ihm daran gelegen ist, einem direkten Refus aus dem Wege geht **.

Mühlberg

Nr. 6909

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Mühlberg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 11. Dezember 1905

Bisher haben wir wegen der Marokkokonferenz mit niemand Fühlung genommen. Sobald der jetzt vorgelegte Entwurf der Instruktion für die Konferenzdelegierten genehmigt ist, wird mit Wien, demnächst eventuell auch mit Washington und Rom wegen einer gleichartigen Haltung ins Benehmen getreten werden [1].

---

* Siehe Nr. 6905.

** Aus dem Schweigen der Akten darüber wird zu schließen sein, daß der Botschafter Bihourd der Angelegenheit nicht nähergetreten ist.

Eine weitere Fühlungnahme hat das Bedenken, daß unser Aktionsplan vorzeitig in Paris bekannt werden könnte[2]. Auch haben wir bisher festgehalten, daß die weitere Erörterung der Marokkofrage der Konferenz vorzubehalten ist, und uns deshalb gegen Separatverhandlungen erklärt.

Wir werden deshalb vor der Konferenz nur mit solchen Mächten reden können, bei denen wir auf einen dem unsrigen ähnlichen Standpunkt hoffen können[3].

Mühlberg

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Ganz einverstanden, das scheint mir sehr nötig.

[2] Wir sollten gar keinen „Aktionsplan" mitteilen, sondern nur unter Bezugnahme auf die zutage liegende Identität unserer Interessen auf Hand-in-Hand-Gehen unserer Delegierten hinwirken.

[3] richtig!

Nr. 6910

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 495 Paris, den 16. Dezember 1905

In heutiger Kammerdebatte verlas Rouvier Erklärung über äußere Politik. Anknüpfend an Verhandlungen mit Deutschland betonte er, daß Gelbbuch* jeden unparteiischen Geist von der Mäßigung und Legitimität der Forderungen Frankreichs überzeugen müsse. Frankreich gebe alle Bürgschaften, welche mit seiner Würde vereinbar sind. Die Reformvorschläge Frankreichs seien nie darauf gerichtet ge-

---

* Mitte Dezember war von der französischen Regierung ein Gelbbuch „Affaires du Maroc 1901—1905" ausgegeben worden. In einer Aufzeichnung des Fürsten Bülow vom 30. Dezember heißt es über dieses Gelbbuch: „Ich brauche wohl nicht besonders darauf hinzuweisen, daß das französische Gelbbuch ‚appretiert' ist, d. h. nicht nur die einzelnen Aktenstücke sind ad hoc zurechtgestutzt, sondern es sind auch ad hoc neue Piecen konfektioniert worden. Alles Unbequeme ist von den Franzosen einfach weggelassen worden." Über den Eindruck, den das geschickt redigierte französische Gelbbuch namentlich in Paris selbst hervorrief, vgl. den Brief des belgischen Gesandten in Paris A. Leghait vom 19. Dezember 1905, Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger II, 95 ff. Im Hinblick auf das französische Gelbbuch wurde von Fürst Bülow die Ausgabe eines deutschen Weißbuchs verfügt, das dann am 8. Januar 1906 unter dem Titel „Aktenstücke über Marokko" an den Reichstag ging. Es umfaßte nur 39 Seiten gegenüber 320 des französischen Gelbbuchs und sollte, wie in einem Erlaß an Fürst Radolin vom 8. Januar im Hinblick auf französische Rekriminationen wegen gekürzter Wiedergabe von Schriftstücken betont wurde, nur eine Ergänzung des Gelbbuchs sein.

wesen, in Marokko ein Regime wie in Tunis herbeizuführen, niemals sei von einem europäischen Mandat die Rede gewesen. St.-René-Taillandier habe seine Mission mit vollendeter Korrektheit erfüllt. Deutschland habe besondere Stellung Frankreichs in Marokko durch Abmachungen über Grenze anerkannt. Aber darüber hinaus habe Frankreich besondere Ansprüche, die durch seinen afrikanischen Kolonialbesitz und seine Stellung in muselmanischer Welt bedingt seien. Diese Ansprüche muß Frankreich aufrecht erhalten. Weder die Integrität des Sultans noch fremde Rechte sollten gefährdet werden.

Fest im Vertrauen auf Allianz und Freundschaft wolle Frankreich zu allen Mächten gute Beziehungen unterhalten, müsse aber laut die Wahrung seiner Rechte und die Ausübung seiner Freiheit betonen.

Stürmischer Beifall auf allen Seiten. Antrag, von Besprechung abzusehen. Jaurès protestiert: Man laufe Gefahr, von neuem in gefährliches Schweigen zu verfallen. Rede Rouviers erwecke Eindruck, als wenn er nur einseitig von Rechten Frankreichs spreche, ohne der bereits erfolgten internationalen Regelung Rechnung zu tragen.

Ribot betont unter Billigung der Rede Rouviers, man müsse überall Eindruck haben, daß Frankreich stark und einig sei.

Flotow

Nr. 6911

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 498 Paris, den 20. Dezember 1905

Am heutigen Empfangstage sagte Rouvier, er betrachte die Wahl des Konferenzortes* rein als Frage der Nützlichkeit; jeder Verdacht politischer Hintergedanken, wie er in Presse leider hervorgetreten, müsse ausscheiden. Möglichst schnelle Entscheidung sei erwünscht, um Erörterungen abzuschneiden. Frankreich wolle ehrlich die Konferenz, um Marokkofrage europäischem Areopag zu unterbreiten [1]. Er persönlich wünsche nichts mehr als „bonnes et même cordiales relations" mit Deutschland [2].

Direktor Louis fügte vertraulich hinzu, wenn materielle Verhältnisse erlaubten, gehe Frankreich ebenso gern nach Algeciras wie Madrid. Wenn etwa Angelegenheit durch erneute Verhandlungen mit

* Spanien hatte inzwischen im Hinblick auf Schwierigkeiten, die der Unterbringung der Konferenz in Algeciras entgegenstanden, ihre Verlegung nach Madrid in Anregung gebracht.

Fes verschleppt werden sollte, sei es vorzuziehen, in Algeciras zu bleiben. Schnelligkeit und möglichste Innehaltung des geplanten Termins für Konferenz seien Hauptsache. Öffentliche Meinung hier fange an, durch Hinausziehen nervös zu werden[3]. Man erwarte mit Sehnsucht Antwort aus Berlin auf Anfrage.

Rouvier geht über Weihnachten aufs Land, die hiesigen Ministerien schließen vollständig.

„Temps" angreift heute abend Sonntagsübersicht „Norddeutscher Allgemeiner Zeitung" und bestreitet von neuem Behauptung von europäischem Mandat des St.-René-Taillandier. Frankreich habe nie Hand auf Marokko legen wollen, sondern nur Reformen einführen[4].

Flotow

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Gut
[2] warum sagt er das immer nur unter 4 Augen?
[3] aha, tant mieux
[4] also nous sommes d'accord.

Nr. 6912

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 186 Berlin, den 22. Dezember 1905

Ew. pp. bitte ich, sobald die Verhältnisse es zulassen, den dortigen leitenden Ministern über unsere Ziele auf der bevorstehenden Marokkokonferenz folgendes zu sagen:

Wir verfolgen in Marokko keinerlei Sondervorteile, sondern nur Freiheit und Gleichberechtigung der wirtschaftlichen Betätigung. Die ebenso einfache wie klare Instruktion, welche unsere Konferenzdelegierten erhalten*, läßt sich dahin zusammenfassen, daß sie für die tatsächliche Durchführung der Meistbegünstigung und des Prinzips der Offenen Tür einzutreten haben. Es muß also in Marokko einerseits die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung durchgesetzt und andererseits die Etablierung eines derartig präponderierenden Einflusses irgend einer einzelnen Macht verhindert werden, daß dadurch die wirtschaftliche Gleichberechtigung beeinträchtigt wird. Innerhalb der so bezeichneten Grundlinien können die Einzelfragen als mehr technischer Natur und als Zweckmäßigkeitsfragen behandelt werden, über die bei allseitigem guten Willen eine Einigung immer zu erzielen ist. Es liegt uns fern, dabei Rechte und berechtigte Interessen anderer Mächte beeinträchtigen zu wollen.

---

* Siehe Nr. 6922 nebst Anlagen.

Ich möchte glauben, daß die so bezeichneten Ziele auch diejenigen Italiens auf der Konferenz sein müssen, und ich hoffe daher, daß die italienischen Vertreter daselbst mit den unsrigen auf gleicher Linie vorgehen und so die Intimität des Dreibundverhältnisses zum Ausdruck bringen werden*.

Es wird dem Scharfblick der leitenden dortigen Staatsmänner sicherlich nicht entgehen, daß es nicht im Interesse Italiens liegen kann, wenn jetzt etwa die marokkanische Frage definitiv zum Vorteil einer einzelnen Macht gelöst würde, während die tripolitanische Frage noch weiter offen bleibt.

Einer Meldung über die Aufnahme Ihrer Äußerungen sehe ich mit besondrem Interesse entgegen.

Bülow

Nr. 6913

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Paris von Flotow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 364 Berlin, den 23. Dezember 1905

Auf Telegramm Nr. 498** zu Ew. Information.

Auch wir betrachten die Frage des Konferenzorts lediglich als eine solche der Nützlichkeit und wünschen vor allem den Zusammentritt der Konferenz zum 5. Januar. Nur scheint es uns, daß Entschließung erst getroffen werden kann, nachdem der Sultan auf die spanische Anfrage geantwortet hat, und nachdem das Ergebnis der nochmaligen Prüfung vorliegt, welche der spanische Staatsminister*** über die Möglichkeit der Unterbringung in Algeciras zugesagt hat.

Richthofen

---

* Ähnlich hieß es in einer analogen Instruktion an den Botschafter in Wien Grafen von Wedel vom gleichen Tage (Telegramm Nr. 166) unter Bezugnahme auf Äußerungen des Grafen Goluchowski über die Identität der deutschen und österreichischen Interessen in Marokko: „Ich möchte glauben, daß danach unsere Ziele auf der Konferenz die gleichen sind wie diejenigen, welche auch die dortige Regierung verfolgt, und ich hoffe deshalb, daß unsere Konferenzvertreter bei ihrer Stellungnahme die bereitwillige Unterstützung ihrer österreichisch-ungarischen Kollegen finden werden und so die Intimität unseres Bündnisses zum vollen Ausdruck gelangt.“ Gelegentlich der Übermittelung dieser Äußerungen des Reichskanzlers an Graf Goluchowski erklärte letzterer, die österreich-ungarischen Delegierten würden in der Tat auf der Marokkokonferenz mit den deutschen Hand in Hand gehen.

** Siehe Nr. 6911.

*** Herzog von Almodóvar.

Nr. 6914

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Mühlberg

Konzept

Berlin, den 25. Dezember 1905

Der Herr Reichskanzler hat sich in der am 23. d. Mts. stattgehabten Besprechung der marokkanischen Frage, an welcher der Herr Staatssekretär Staatsminister Freiherr von Richthofen, der Herr Unterstaatssekretär von Mühlberg und der Geheime Legationsrat Klehmet teilnahmen, wie folgt ausgesprochen:

Es ließen sich drei Wege denken, auf welchen die Konferenzverhandlungen zum Schlusse gelangen könnten.

1. Man könnte sich einigen auf ein Provisorium etwa auf drei Jahre. Man könnte also etwa den Franzosen sagen, daß wir uns zurzeit, zumal im Hinblick auf unsere Verpflichtungen gegenüber dem Sultan, zu weiteren Konzessionen nicht verstehen könnten, als daß wir bereit wären, nach Ablauf der Frist die ganze Frage auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen und der dann gegebenen politischen Konstellation nochmals zu erörtern. Es sei immerhin möglich, daß wir dann zu der Überzeugung gelangten, den Franzosen größeres Entgegenkommen gewähren zu können. Irgendeine Bindung für unsere dann einzunehmende Haltung könnten wir aber heute nicht eingehen. Dies verböte die Entwicklung der Sache, wie sie bis jetzt vor sich gegangen sei, und unsere dadurch dem Sultan und den Mächten gegenüber notwendig gewordene Stellungnahme.

2. Man könnte sich eine Separatverständigung zwischen uns und Frankreich denken. Einer solchen erklärte der Herr Reichskanzler nicht von vornherein ablehnend gegenüberzustehen. Die Franzosen müßten uns aber dazu mit haltbaren Anerbietungen kommen.

3. Die letzte Möglichkeit sei ein diplomatischer Triumph der Franzosen über uns. Diese Möglichkeit sei für uns unter keinen Umständen annehmbar. Wir könnten uns dieselbe nicht gefallen lassen und würden es dann lieber auf einen Konflikt ankommen lassen. Sowenig wir die Franzosen demütigen wollten, ebensowenig sei ein Triumph der Franzosen über uns zulässig.

Auf den Weg zu 3 würde die Konferenz dann gelangen, wenn die Franzosen den Versuch machen wollten, uns ein französisches Generalmandat auch für den Westen Marokkos aufzunötigen. Ein solcher Versuch würde deshalb zum Konflikt mit uns führen, und dies müßte daher den Franzosen beizeiten klargemacht werden.

Es empfehle sich, den Fürsten Radolin darnach zu instruieren, damit er die Aktion der deutschen Konferenzdelegierten nicht störe,

sondern vielmehr durch sein gesamtes Verhalten unterstütze. Er müsse zwar ein näheres Eingehen auf die Marokkofrage vermeiden, zugleich aber durch seine ernste Haltung erkennbar machen, daß unter Umständen die Möglichkeit eines schweren Konflikts mit uns bevorsteht. Es sei seine Aufgabe, dabei den Franzosen die Idee gründlich zu nehmen, als ob es uns nicht Ernst mit der Sache sei und es uns bloß auf einen Bluff ankäme*.

Der Herr Reichskanzler führte dann noch aus, daß es uns an sich hätte gleichgültig sein können, ob die Konferenz in Algeciras oder in Madrid oder sonstwo stattfände. Es sei schon ein Fehler gewesen, daß wir uns ursprünglich auf Tanger festgelegt hätten. Nachdem die erste Konferenz in Madrid stattgefunden habe, sei damit die Möglichkeit des Zusammentritts in Madrid dargetan. Auf keinen Fall dürften wir uns dieser nebensächlichen Frage wegen isolieren lassen.

Mühlberg

Nr. 6915

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 298 Madrid, den 27. Dezember 1905

Staatsminister hat den hiesigen Vertretern mitgeteilt, daß Sultan von Marokko Konferenz in Madrid ablehne und auf Algeciras respektive auf Tanger bestände. Demzufolge werde jetzt spanische Regierung Einladung nach Algeciras erlassen. Als Termin würde der 16. Januar bestimmt werden, aber nur, wenn alle beteiligten Mächte vorher dem zustimmen[1]. Spanien wolle nicht Verantwortung für längeren Aufschub tragen, falls irgend ein Einspruch dagegen gemacht werde. Sämtliche hiesigen Vertreter glauben, daß ihre Regierungen aus Rücksicht auf Vermählungsfeier bei Hofe[2]** dieser Verschiebung zustimmen werden. Ich habe mich gemäß Weisung in Telegramm Nr. 168 ausgesprochen. Französischer Botschafter erwartete darüber die Antwort aus Paris.

Schwierigkeit für Unterkommen in Algeciras noch sehr groß; morgen wird Besprechung darüber unter den hier anwesenden Vertretern stattfinden[3].

Radowitz

---

* Vgl. die Instruktion für Fürst Radolin in Nr. 6916.

** Am 12. Januar 1906 fand in Madrid die Vermählung der Infantin Maria Theresia, Schwester König Alfons' XII., mit dem Prinzen Ferdinand von Bayern statt.

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Wir brauchen nicht zu drängen; im Gegenteil, natürlich ohne Verschleppungsabsicht durchblicken zu lassen.
[2] gewiß
[3] Vielleicht läßt sich nach und nach und mit der Zeit in Algeciras bessere Unterkunft besorgen.

Nr. 6916

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin, z. Z. in Berlin

Konzept

Geheim Berlin, den 29. Dezember 1905

Der von uns im bisherigen Verlaufe der marokkanischen Frage festgehaltene Standpunkt, nicht in Sonderverhandlungen mit Frankreich einzutreten, behält für Ew. pp. auch während der bevorstehenden Verhandlungen der Marokkokonferenz seine grundsätzliche Gültigkeit. Euere Durchlaucht werden daher in Paris vor und während der Konferenz eingehendere Erörterungen von Fragen, die mehr oder weniger in das Arbeitsgebiet der Konferenz fallen, zu vermeiden haben, und zwar eben unter Hinweis auf die Konferenz. Ihre Pflicht ist zunächst, in Paris bemerkbare Stimmungen und Bestrebungen, die für unsere Behandlung der Konferenzfragen von Bedeutung sein können, sorgsam zu beobachten und mich darüber auf dem laufenden zu halten.

Wichtiger noch ist die, ich möchte sagen, negative Seite Ihrer Aufgabe, nämlich Ihr gesamtes Auftreten in Frankreich so einzurichten, daß Sie die Tätigkeit unserer Konferenzdelegierten wirksam unterstützen.

In dieser Beziehung bemerke ich zur Regelung Ihrer Sprache und Haltung das Nachstehende:

Unser Bestreben auf der Konferenz wird dahin gerichtet sein, daß dieselbe mit einer friedlichen Verständigung abschließt, bei der beide Teile ihre Rechnung, wenigstens für jetzt, finden. Wir trachten nicht nach einem diplomatischen Siege über Frankreich. Ebensowenig aber würden wir es dulden, wenn Frankreich versuchen sollte, auf der Konferenz einen Triumph über uns davonzutragen. Wir verlangen in Marokko nichts weiter als die Offene Tür für Handel und Gewerbebetrieb aller Nationen, und wir können von diesem Verlangen nicht abgehen. Gesteht Frankreich die Offene Tür rückhaltlos zu, so ist der friedliche Ausgang der Konferenz sicher. Wenn aber Frankreich den Versuch machen sollte, die im Prinzip auch von ihm anerkannte Offene Tür direkt oder etwa irgendwie indirekt, ganz oder teilweise zu verschließen, so müßte ein Beharren Frankreichs auf solchem Wege sonder Zweifel eine sehr kritische Situation herbeiführen und einen schweren Konflikt mit uns unvermeidlich machen. Es ist von

entscheidender Wichtigkeit, daß die französischen Staatsmänner über die hiernach in der Konferenz unbedingt liegende Gefahr von vornherein völlig klar sehen.

Ew. pp. wollen deshalb, soweit Sie auf Marokko angeredet werden, sich auf geeignete Variationen der vorstehenden Leitsätze unter Vermeidung des Eingehens auf Einzelheiten beschränken, im übrigen aber durch Ihre gesamte, unsere Festigkeit und Entschlossenheit bei aller Mäßigung zum Ausdruck bringende Haltung den Ernst der Situation bemerkbar machen. Vor allem ist es an Ew. pp., nicht die Illusion aufkommen zu lassen, und wenn sie vorhanden sein sollte, die Illusion zu zerstören, als ob wir es nur auf einen Bluff abgesehen hätten, und als würde es uns an dem Entschluß fehlen, im Notfalle eher die Konsequenzen einer uns aufgenötigten Situation zu ziehen, als daß wir uns vor einem die deutsche Ehre und das deutsche Ansehen verletzenden Ansinnen beugen sollten.

Die französische Preßnachricht, daß die französische Regierung während der Konferenz Kriegsschiffe an der marokkanischen Küste stationieren wolle, halte ich für erfunden. Eine solche Demonstration würde die Lage noch bedenklicher gestalten.

Bülow

Nr. 6917

Aufzeichnung des Botschafters in Paris Fürsten von Radolin, z. Z. in Berlin

Eigenhändig

Berlin, den 29. Dezember 1905

Seine Majestät der Kaiser hat mir heute abend allerhöchstseine Intentionen in bestimmter Weise hinsichtlich der Behandlung der Marokkofrage kundgegeben.

Allerhöchstderselbe bemerkte zunächst, daß er hoffe, die Konferenz werde zu einer für alle Teile befriedigenden Erledigung der Marokkofrage führen; als eine solche würde die Erteilung eines Generalmandats an Frankreich nicht anzusehen sein, denn dieses bedeute einfach die Auslieferung Marokkos an Frankreich.

Gleichzeitig betonte Seine Majestät, daß, um Verwirrung und tendenziöse Auslegungen zu vermeiden, die Erörterung der mit der Konferenz zusammenhängenden Fragen auf die Konferenz zu beschränken sei. Ich solle daher derartige Besprechungen vor oder während der Konferenz ablehnen, beziehungsweise andeuten, daß für französische Wünsche neben der Konferenz noch die französische Botschaft in Berlin kompetent sei.

Radolin

Nr. 6918

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Konzept

Berlin, den 30. Dezember 1905

Der Schluß dieser Aufzeichnung* darf aber nicht etwa heißen, daß die Marokkofrage nur von Radowitz in Algeciras und uns in Berlin behandelt werden soll, die Pariser Botschaft aber dabei gar nicht mehr interessiert sei! So liegt die Sache nicht. Radolin soll nicht nur beobachten und uns informieren; er soll und muß vor allem dafür sorgen, daß die Franzosen in diejenige Stimmung und Gemütsverfassung gelangen, welche allein einen friedlichen, günstigen und glücklichen Ausgang der Konferenz ermöglichen kann. Insofern fällt Radolin eine wohl sehr verantwortliche, aber auch überaus bedeutsame Rolle zu. Darüber bitte ich ihm nicht den mindesten Zweifel zu lassen.

Bülow

Nr. 6919

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 296 Madrid, den 27. Dezember 1905
Vertraulich

Mit Herrn Jules Cambon, meinem französischen Kollegen, habe ich die Reise im Süd-Expreß von Paris hierher gemacht und habe mit ihm seitdem wiederholt hier gesprochen. Er ging nicht auf Details über die Marokkoangelegenheiten und die bevorstehenden Verhandlungen ein, an denen er auch nicht aktiven Anteil nehmen soll, sagte aber auf Grund der ihm in Paris gemachten Mitteilungen, daß er an eine Verständigung auf der Konferenz glaube und nicht den nervösen Pessimismus teilen könne, der jetzt überall die Presse ergriffen habe. Er sehe nicht ein, warum, bei der Voraussetzung eines aufrichtig guten Willens auf beiden Seiten, nicht zwischen Frankreich und uns über die Marokkofrage eine Verständigung erfolgen solle. Man sei nicht dazu genötigt, alle denkbaren Möglichkeiten in Zukunft schon jetzt zu erörtern und zu fixieren, es könne der weiteren Entwicklung der Dinge manches überlassen bleiben. Wenn man jetzt die Formeln fände für Aufrechterhaltung des Status quo mit den Reformen, die ihn lebensfähig machten, so sei Genügendes geleistet.

---

* Siehe Nr. 6917.

Ich habe ihm gesagt, daß wir durchaus in diesen Absichten zur Konferenz gingen, und daß sicherlich nicht die Schwierigkeiten für ein befriedigendes Ergebnis von unserer Seite kommen würden. Wir würden nicht mehr verlangen, als was zur Sicherung unserer offen liegenden Interessen in Marokko nötig sei; andere Hintergedanken, die man uns zuschreibe, beständen nur in der Phantasie der fremden Presse.

Herr Cambon scheint es zu bedauern, daß er nicht — wie alle seine hiesigen Kollegen — zur Konferenz delegiert sei und den Platz an Herrn Révoil habe abgeben müssen. Er spricht von diesem mit einem leichten Anfluge von Ironie, nennt ihn einen typischen Meridionalen, die viel rede und sich gern im Detail verliere. Er sei allerdings in marokkanischen Angelegenheiten ausnehmend bewandert und habe einige tüchtige Fachleute mit sich.

Ich gestatte mir, bei dieser Gelegenheit zu bemerken, daß ich die in einem früheren botschaftlichen Berichte angedeutete Vermutung, als wäre der gehässige und törichte Artikel, den der „Matin" Ende November gegen mich gebracht hatte, auf meinen hiesigen französischen Kollegen zurückzuführen, keineswegs teile. Es liegt nicht der geringste Grund vor, daß Herr Cambon, mit dem ich stets die besten Beziehungen unterhalten habe, gegen mich persönlich arbeiten sollte, am wenigsten in so abgeschmackter Form, wie es der „Matin"-Artikel getan hat. Dieser soll, wie mir erzählt worden, von einem Korrespondenten in Berlin herrühren.

Radowitz

Nr. 6920

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 3 Berlin, den 3. Januar 1906

Von Euerer Exzellenz Bericht Nr. 296 vom 27. v. Mts.* habe ich mit besonderem Interesse Kenntnis genommen. Alles, was sich auf die Konferenz bezieht, ist gegenwärtig hier von allergrößter Bedeutung. Möglichst ausgiebige, und zwar, soweit es sich um irgend wichtigere Vorgänge handelt, telegraphische Berichterstattung darüber ist dringend erwünscht.

Euere Exzellenz wollen mit Herrn Cambon den Faden unbedingt weiterspinnen, zumal da seine bisher von Euerer Exzellenz gemel-

* Siehe Nr. 6919.

deten Anschauungen mit den unsrigen durchaus zu harmonieren scheinen.

Wie Euere Exzellenz wissen, würde es hier nur begrüßt werden, wenn es gelänge, die auf der Konferenz zu suchende Verständigung schon vorher im Wege von Vorbesprechungen ausgiebig vorzubereiten und möglichst weitgehend sicherzustellen.

Richthofen

Nr. 6921

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 4 Rom, den 2. Januar 1906

Streng vertraulich

Unter dem 18. und 24. April v. Js.* hatte ich die Ehre, Euerer Durchlaucht von zwei Gesprächen mit den Herren von Visconti Venosta und von Rudini über die italienisch-französischen Marokkoabmachungen zu berichten. Aus den Mitteilungen jener Staatsmänner und Schlußfolgerungen daraus ergab sich schon damals, daß für Italien eine Zwangslage besteht, geschaffen durch das Viscontische Marokkoabkommen, mehr aber noch durch die von Zanardelli-Prinetti-Barrère und von Tittoni-Delcassé getroffenen Vereinbarungen. Dies wird nunmehr durch folgendes authentisch bestätigt:

Bei meinem ersten Ersehen mit dem Marquis von San Giuliano** sprach ich diesem über das, was wir auf der Konferenz von Algeciras erstreben, und wie wir bei unserer ganz uneigennützigen Haltung als sicher voraussetzen, daß uns unsere beiden Alliierten unbedingt unterstützen werden. Der Minister äußerte hierauf als verständiger Mann, er habe die Marokkoakten noch nicht lesen können. Er müsse mich daher bitten, ihm eine Antwort bis zu näherer Information zu erlassen. Im übrigen würde er natürlich allen Detailfragen seiner Politik die Dreibundeigenschaft seines Vaterlandes als Prinzip zugrunde legen.

Heute suchte mich der Marquis auf und eröffnete mir zunächst, er habe nicht geglaubt, daß der Wortlaut des Dreibundvertrages Italien so weitreichende Garantien bietet. Er hätte manches weder geschrieben noch gesprochen, wenn er sich früher klar gewesen wäre, welche großen Vorteile und welche Sicherheit die Tripelallianz ge-

---

* Siehe Bd. XX, Kap. CXLII, Nr. 6430.

** Marquis di San Giuliano nahm in dem am 27. Dezember 1905 gebildeten Ministerium Fortis das Auswärtige ein.

währt. Doch freue er sich, daß er trotz ungenügender oder falscher Informationen durch sein ganzes Leben sozusagen instinktiv ein unbedingter Anhänger der Allianz gewesen. Er bäte mich, überzeugt zu sein, daß er nur dreibundfreundliche Politik machen und die größte Offenheit den Alliierten gegenüber walten lassen werde.

Neben dem Instrument des Dreibundes habe er auch von Abmachungen mit Frankreich Kenntnis nehmen müssen. — In Klammer bemerke ich hier gehorsamst, daß der Marquis nicht undeutlich darauf anspielte, wie es sich nicht nur um das Viscontiabkommen handelte. Marquis Visconti hatte sich mir gegenüber wohl verwahrt, cf. obigen Bericht, daß er Frankreich etwas anderes wie die Räuber in den Grenzdistrikten preisgegeben. Hiermit quadrieren auch des Marquis von Rudini Mitteilungen über spätere Abmachungen, geschlossen durch die Herren Prinetti und Tittoni, die selbst noch über eine Rückversicherung gegen Österreich hinausgingen. Die von mir immer erneut vertretene Existenz jener Abmachungen wurde also, wenn auch nur indirekt, durch den jetzigen Herrn Minister des Äußern bestätigt. Trotz mehrfacher Versuche war es mir indes unmöglich, näheres über den Inhalt der Abmachungen von ihm zu erfahren. Der Minister wich nicht aus, sondern sagte mir ganz ehrlich, Italien habe sich Frankreich gegenüber zur Geheimhaltung verpflichtet, er könne diese ihm von seinen Vorgängern auferlegte Verpflichtung nicht brechen. — Er sei in diesen ersten Tagen seiner Ministerschaft wie ein gehetztes Wild und habe ganz genau den Dreibundvertrag mit den französischen Abmachungen, Blatt an Blatt gehalten, noch nicht vergleichen können. Eins habe er aber doch schon ersehen, daß seine Vorgänger absolut nichts Deutschfeindliches oder direkt gegen den Bündnisvertrag Verstoßendes unterzeichnet hätten. Andererseits aber könne er als loyaler Mann mir nicht verhehlen, daß er für seine Person die Abkommen mit Frankreich nie getroffen hätte. Seine nächste Sorge würde jetzt sein zu prüfen, wieweit der Wortlaut der französisch-italienischen Marokkoabmachungen ohne direkte Verletzung derselben eine germanophile Auslegung zulasse. Je nachdem wolle er eine Änderung der Instruktionen des Herrn Silvestrelli * verfügen.

In diese von seinem Herrn Amtsvorgänger erteilten Instruktionen habe er zunächst nur einen sehr flüchtigen Blick werfen können. Dieselben wiesen den Vertreter Italiens an, soweit als irgend möglich zu vermitteln und nach einem allseits befriedigenden Ausweg zu suchen.

Nunmehr nahm ich das Wort und dankte dem Minister zunächst für seine so loyale Aussprache. Hätte immer eine solche Aufrichtigkeit in der Konsulta gewaltet, so würden die Schwierigkeiten über-

* Der italienische Botschafter in Madrid Silvestrelli war zuletzt zum italienischen Konferenzdelegierten ausersehen, wurde dann aber durch Marquis Visconti Venosta ersetzt.

haupt nicht bestehen, an deren Forträumung wir nun gehen müßten. Ich begriffe vollständig, in wie peinlicher Situation er sich befände. Meine Regierung hätte mich indes strikte angewiesen, die Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien zu bitten, daß höchstdessen Vertreter auf der Konferenz mit den unsrigen auf durchaus gleicher Linie vorgehen und damit die Intimität des Dreibundes zum Ausdruck bringen. Eine Vermittlerrolle und selbst eine wohlwollende Neutralität könne uns nicht genügen. Aber auch abgesehen vom Bündnisstandpunkt müsse Italiens wohlverstandenes eigenes Interesse sich gegen eine Auslieferung dieses letzten, gegenwärtig noch zur Verfügung stehenden großen Stückes der nordafrikanischen Küste an Frankreich auflehnen.

Der Minister erwiderte, ich hätte vollkommen recht. Seine Gefühle und sein Verstand stellten sich auf unsere Seite. Ebenso wie der Dreibundvertrag sei ihm aber von seinen Vorgängern ein Abkommen mit Frankreich überliefert worden. Wie dort müsse er auch hier das gegebene Wort heilig halten.

Wir besprachen nunmehr akademisch den möglichen Verlauf der Konferenz. Der Minister sagte, da es auf solchen Konferenzen eine Majorisierung nicht gäbe, so genüge es ja, wenn Deutschland allein gegen die Überlieferung der Polizei in den Hafenstädten an Frankreich Protest erhöbe. Ich erwiderte, a priori müßten wir wünschen, daß die Konferenz nicht resultatlos verläuft. Frankreich und Deutschland würden dann erneut einen Weg gehen, der fortdauernd an Abgründen vorbeiführt. Bei der festgeschlossenen Phalanx unserer Gegner hätten deutsche Wünsche ferner nur dann Aussicht durchzugehen, wenn sie von anderen Großmächten, vor allem unseren Alliierten, rückhaltlos zu den ihren gemacht würden. Sodann bäte ich ihn zu bedenken, welche traurige Figur vor der Welt der Dreibund wohl machen müsse, wenn in Algeciras der eine Flügel, Italien, völlig versagt. Ein non liquet könne es in der Marokkofrage für unsere beiden Alliierten nicht geben. Der Marquis wußte dem nur entgegenzustellen, daß doch vielleicht bei besonderer Geschicklichkeit der italienische Vertreter den Kopf aus der Schlinge an Ort und Stelle ziehen könne. Er beklage es tief, daß ein Silvestrelli Italiens Stimme in Algeciras führen würde. Schon habe er hin und her überlegt, wen er vielleicht an Stelle dieses der Situation durchaus nicht gewachsenen, wenig taktvollen Mannes setzen könne. Conte Nigra sei leider gegenwärtig krank. An Staatsmännern ersten Ranges sei überhaupt in seinem Lande kein Überfluß. Er würde indes vertraulich zunächst den Marquis Visconti Venosta, dann den Marquis Rudini unter Appellierung an ihren Patriotismus sondieren lassen. Doch fürchte er, daß keiner von beiden Herren eine Mission übernimmt, aus welcher der italienische Vertreter günstigsten Falles mit einem blauen Auge herauskommen kann.

Mit allen Details unserer langen Unterredung Euerer Durchlaucht kostbare Zeit in Anspruch zu nehmen, hat keinen Zweck. Hervorheben aber möchte ich, daß der Marquis von San Giuliano bei den für ihn wahrlich recht peinlichen mir heut gemachten Eröffnungen sich als wahrer Staatsmann erzeigte. Er begreift, daß die einzige Rettung für seine Regierung aus der schwierigen, ohne seine, Giulianos, Schuld jetzt sich ergebenden Lage nur vertrauensvolle Offenheit uns gegenüber sein kann. Er betonte wiederholt, daß seine Sympathien absolut auf unserer Seite sind, daß er aber mit gebundenen Händen einer Situation gegenüberstehe, aus welcher für einen anständig und ehrlich denkenden Minister sich nur schwer ein Ausgang finden läßt. Schließlich bat mich San Giuliano noch, seine Mitteilungen als ganz vertrauliche und nicht als sein letztes Wort, auch nicht als die offizielle Antwort der italienischen Regierung auf unser amtliches Ansuchen Euerer Durchlaucht weiterzugeben. Daher bäte er ferner, einen Bericht von mir über unser Gespräch als geheim und nicht für ein eventuelles künftiges Weißbuch bestimmt anzusehen. Eine endgültige Stellungnahme resp. Änderung der Person des italienischen Vertreters und seiner Instruktionen wäre sowieso nur auf Grund eines Beschlusses des Gesamtministeriums in die Wege zu leiten. —

Der Inhalt der Erklärungen des Marchese di San Giuliano überraschte mich nur insofern, als noch nie ein italienischer aktiver Minister so offen zu mir gesprochen hat. Er tat, was Klugheit und Anstand einem gentleman in einer ihm von anderen überkommenen Zwangslage zu tun gebieten. Jedenfalls ist die klare und ehrliche Sprache auch für uns ein Vorteil; unsere Unterhändler wissen nunmehr, was ihnen ihre italienischen Kollegen bieten können, während Herr Tittoni Deutschland weiter mit Zweideutigkeiten hingehalten hätte. Ferner hoffe ich, daß des letzteren Instruktionen an die italienischen Marokkodelegierten doch einigermaßen abgeändert werden. Das praktische Schlußergebnis kann aber trotz alledem wohl nur das gleiche betrübende bleiben, daß nämlich Italien, wie ich Euerer Durchlaucht stets als meine Überzeugung ehrerbietigst gemeldet habe, für Deutschland auf der Marokkokonferenz nicht in der von uns zu fordernden und geforderten unumwundenen Weise eintreten wird. Bestenfalls wäre vielleicht zu erhoffen, daß die italienischen Bevollmächtigten bei Entwickelung besonderer Geschicklichkeit dort einen Eiertanz aufführen, der wenigstens nicht vor aller Welt den Dissens der Dreibundmächte bloßlegt.

Monts

Nr. 6922

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 19 Berlin, den 3. Januar 1906
Geheim

Euere Exzellenz erhalten anbei in Anlage I die von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige genehmigte generelle Instruktion für die deutschen Delegierten zur Marokkokonferenz sowie in Anlage II eine weitere, hier ausgearbeitete Instruktion, welche die einzelnen, nicht schon in Anlage I behandelten Punkte des Konferenzprogramms betrifft.

Für die Handhabung der Anlage II ist zu beachten, daß dabei die in Anlage I enthaltenen allgemeinen Gesichtspunkte die oberste Richtschnur bilden, daß mithin, soweit diese gewahrt bleiben, an Stelle der in Anlage II aus Zweckmäßigkeitserwägungen vorgeschlagenen Lösungen für die Einzelfragen möglicherweise auch andere Lösungen in Betracht gezogen werden können.

Die Führung der deutschen Stimme sowie die allgemeine Leitung und Vertretung der deutschen Delegation stehen Euerer Exzellenz als dem ersten deutschen Delegierten zu.

An Graf Tattenbach ergeht ein entsprechender Erlaß.

Bülow

Anlage I

*Instruktion für die deutschen Delegierten auf der Konferenz von Algeciras**

Reinschrift

Seine Majestät der Kaiser und König hat im Frühjahr 1904 in Vigo Seiner Majestät dem König von Spanien gesagt, daß allerhöchster in Marokko keine territorialen, sondern wirtschaftliche Ziele ver-

* Die Ausarbeitung der Instruktion, zu der u. a. der auf Urlaub in Deutschland weilende Geschäftsträger in Tanger von Kühlmann herangezogen wurde, war schon Anfang Dezember 1905 erfolgt. Zu dem ersten Entwurf hatte Fürst Bülow am 12. Dezember bemerkt: „Die Instruktion ist mir nicht elastisch genug. Ich habe dieselbe mehrfach modifiziert. Ich bitte auch in den mündlichen speziellen Weisungen und Instruktionen an unsere Delegierten an dem Geiste größerer Latitüde festzuhalten, in dem ich die generelle Instruktion geändert habe."

folge. In Tanger hat sich Seine Majestät dahin ausgesprochen, daß er in dem Sultan von Marokko den Herrscher eines unabhängigen Landes erblicke. Die Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans sowie die Integrität seines Landes sind übrigens auch von Frankreich in dem deutsch-französischen Abkommen vom 8. Juli 1905 ausdrücklich anerkannt worden. Endlich haben Seine Majestät bestimmt, daß Frankreich bei der Verfolgung seiner berechtigten Interessen in Marokko keine Schwierigkeiten gemacht werden sollen.

In diesen allerhöchsten Äußerungen sind die großen Linien für die von den deutschen Delegierten auf der Konferenz einzunehmende Haltung im allgemeinen angegeben. Sondervorteile irgendwelcher Art in Marokko zu erstreben, liegt außerhalb der deutschen Politik. Dagegen entspricht es den allerhöchsten Intentionen, daß für die wirtschaftliche Erschließung Marokkos der Grundsatz der Offenen Tür vollständig gewahrt bleiben muß. Die Delegierten werden daher tunlichste Bewegungsfreiheit sowie unbedingte Gleichstellung für den deutschen Handel und für die Betätigung des deutschen Gewerbefleißes zu verlangen haben und demgemäß den hierauf bezüglichen Punkten des Programms ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Eine besonders wichtige Folgerung hieraus ist, daß auf die Beseitigung des Anleihemonopols der französischen Banken, welches mit der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und der Meistbegünstigung unvereinbar ist, hingewirkt werden muß.

Vorbedingung für jede wirtschaftliche Betätigung der Fremden in Marokko ist die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Lande Deshalb ist die Organisation einer leistungsfähigen Polizei unerläßlich. Würde nun diese Polizeiorganisation im ganzen Lande an Frankreich übertragen, wozu dieses ein Generalmandat zu erhalten wünscht, so würde damit die wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle anderen Nationen in hohem Grade gefährdet werden. Darauf die Vertreter der übrigen Staaten hinzuweisen und sie für diese Anschauung zu gewinnen, ist eine Hauptaufgabe unserer Delegierten. Sie können dabei hervorheben, daß in allen orientalischen Ländern, wie dies namentlich die Erfahrungen in der Türkei beweisen, die wirtschaftlichen Beziehungen im wesentlichen von dem politischen Einfluß abhängig bleiben. Mit den neu zu schaffenden Polizeitruppen würde Frankreich die einzigen zuverlässigen Truppen Marokkos sämtlich unter seinen unmittelbaren Einfluß bringen, so daß die Polizeiorganisation einer Besetzung der wichtigsten marokkanischen Plätze durch Frankreich gleichkäme. Da hierdurch mit der Unabhängigkeit des Sultans die open door tatsächlich beseitigt werden würde, so werden unsere Delegierten einer solchen Entwicklung der Dinge vorzubeugen haben.

Frankreich beruft sich zwar darauf, daß es in dem Vertrag mit England vom 8. April 1904 die Offene Tür in Marokko zugesichert hat,

und es hat diese Zusage seitdem auch uns und anderen gegenüber mehrfach wiederholt. Daß aber eine solche Zusage nicht ohne ganz besondere Kautelen genügt, können in Marokko interessierte Mächte, insbesondere Italien, aus dem Beispiel von Biserta entnehmen. Die von der französischen Regierung im Jahre 1881 mehrfach amtlich und schriftlich abgegebenen Versprechen, jenen Hafen nicht zu befestigen, haben dieselbe nicht gehindert, seitdem aus Biserta einen formidablen Kriegshafen zu machen.

Den legitimen Interessen Frankreichs, die aus der Nachbarschaft Algeriens sich ergeben, ist in weitgehender Weise dadurch Rechnung getragen worden, daß die Organisation der Polizei in dem algerisch-marokkanischen Grenzgebiet nicht in das Programm der Konferenz aufgenommen und dieselbe somit stillschweigend der direkten Verständigung zwischen der französischen und der marokkanischen Regierung überlassen worden ist.

Hinsichtlich der Polizeiorganisation a u ß e r h a l b des Grenzgebietes, wobei also namentlich die Hafenplätze am Atlantischen Ozean in Betracht kommen, ist in dem Programm bestimmt, daß dieselbe im Wege internationaler Verständigung erfolgen soll.

Ein d e u t s c h e s Generalmandat hierfür anzustreben, ist nicht unsere Absicht, schon weil wir dann in den Verdacht geraten würden, politische Sondervorteile zu verfolgen. Andererseits können wir uns aber von der Beteiligung an der Polizeiorganisation nicht grundsätzlich ausschließen, weil eventuell unser politischer Einfluß in Marokko gefährdet und damit unsere wirtschaftliche Gleichstellung beeinträchtigt, wenn nicht beseitigt werden würde.

Als geeignete Lösung oder wenigstens als Provisorium und essai loyal für einige Jahre erscheint daher empfehlenswert, daß an der Organisation der Polizeitruppen verschiedene Mächte gleichmäßig beteiligt werden, und zwar am besten wohl in der Weise, daß jede dazu bereite Regierung die Polizeiorganisation für einen der in Betracht kommenden Plätze übernimmt. Ob zur Beteiligung alle Signatarstaaten der Madrider Konferenz — soweit Plätze vorhanden sind — oder ob nur die Großmächte oder nur kleinere Staaten heranzuziehen sind, ist eine Frage, die erst während der Konferenz zu entscheiden sein wird, je nachdem das eine oder das andere Verfahren leichter Anklang findet. Festzuhalten ist jedenfalls, daß Deutschland eventuell die Polizeiorganisation an einem den Zugang zum Innern des Landes sichernden Hafenplatze zufällt. Wir sind bereit, einer Klausel zuzustimmen, wonach keiner Macht durch solche Besetzung eines Platzes ein Vorteil entstehen soll. Unsere Delegierten werden sich dabei der Stellung eigener Anträge möglichst zu enthalten haben, um sich auf die Unterstützung entsprechender Anträge von befreundeten Mächten zu beschränken. Auch von Marokko sind solche Anträge zu erwarten, da dieses auf die Mitbeteiligung Deutschlands den größten Wert legt

und vielleicht sogar geneigt sein wird, eine solche Mitbeteiligung als conditio sine qua non aufzustellen. Natürlich würde es aber an und für sich wünschenswerter sein, daß uns Anträge, die unseren Intentionen entsprechen, von anderen Staaten gebracht werden als gerade von Marokko. Es ist daher auf möglichst enge Fühlungnahme unserer Delegierten mit den Vertretern der übrigen Signatarmächte und namentlich der uns näherstehenden Staaten besonderes Gewicht zu legen.

Zur Stellung von Initiativanträgen unsererseits werden solche Fälle sich eignen, wo anzunehmen ist, daß wir andere Regierungen auf unsrer Seite haben werden.

Dafür Sorge zu tragen, daß sich nicht die andern Staaten um Frankreich-England gruppieren und Deutschland isoliert oder allein mit der scherifischen Regierung dasteht, ist dasjenige, was Seine Majestät der Kaiser von seinen Vertretern auf der Konferenz in Algeciras in erster Linie erwartet.

Anlage II

Spezial-Instruktion für die deutschen Delegierten auf der Konferenz von Algeciras

Reinschrift

Abgesehen von der Polizeiorganisation werden die Delegierten zu den einzelnen Punkten des Konferenzprogramms folgende Stellung einzunehmen haben.

1. Waffenschmuggel.

Gegen den Waffenschmuggel werden von allen Konferenzstaaten übereinstimmende Strafvorschriften zu erlassen sein dergestalt, daß die strafbaren Handlungen und das Strafmaß in der Konferenzakte festgelegt werden, während die Einführung der Strafvorschriften in den einzelnen Staaten durch deren innere Gesetzgebung zu erfolgen hat; vgl. Artikel 1 Nr. 7, Artikel 8 bis 13 der Generalakte der Brüsseler Antisklavereikonferenz. Übrigens sind für die deutschen Konsulargerichtsbezirke in Marokko bereits im Jahre 1902 entsprechende Polizeiverordnungen ergangen, die den Waffenschmuggel mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen sowie mit Einziehung der eingeführten Waren bedrohen.

Zur Bekämpfung des Waffenschmuggels werden ferner die neu zu schaffenden Polizeitruppen der marokkanischen Regierung zur Verfügung zu stellen sein, so jedoch, daß sie nur auf Requisition der marokkanischen Behörden in Tätigkeit treten.

Ein Durchsuchungsrecht gegenüber Handelsschiffen wird weder einer einzelnen Vertragsmacht noch den Kriegsschiffen sämtlicher

Mächte einzuräumen sein, weil dadurch der legitime Handel schwer beeinträchtigt werden könnte, auch ein solches Recht der Durchsuchung auf Waffen bisher in keinem internationalen Vertrag Anerkennung gefunden hat.

2. Staatsbank.

Der internationale Charakter dieses Instituts dürfte zunächst in der Weise zu sichern sein, daß jedem Konferenzstaate mit Einschluß Marokkos das Recht eingeräumt wird, für sich oder eine Bankgruppe seines Landes je einen Geschäftsanteil von gleicher Größe zu übernehmen. Diese Geschäftsanteile, die vielleicht in Aktien zerlegt werden könnten, müßten womöglich für eine Reihe von Jahren wenigstens dem Stimmrechte nach unübertragbar sein. Die Geschäftsteilhaber hätten einen Verwaltungsrat (Conseil d'administration) und durch diesen das Bankdirektorium zu ernennen. Die Bank würde als ein internationales Rechtssubjekt zu gestalten sein, auf welches zweckmäßig die ägyptischen Codes mixtes (Code civil, Code de commerce, Code de procédure civile et commerciale) Anwendung zu finden hätten. Die Gerichtsbarkeit über die Bank würde durch einen Gerichtshof in Tanger auszuüben sein, der aus den Vorsitzenden der Konsulargerichte der beteiligten Mächte in Tanger, gegebenenfalls unter Zuziehung eines marokkanischen Delegierten, gebildet werden könnte. Dieser Gerichtshof hätte in erster und letzter Instanz zu entscheiden. Die Konzession der Bank könnte entweder ohne zeitliche Beschränkung oder wie bei der Ottomanbank auf eine bestimmte, langbemessene Frist erteilt werden.

Die Funktionen der Bank würden in erster Linie privatrechtlicher Natur sein, indem sie Bankgeschäfte jeder Art betreiben könnte. Dabei würden ihr etwa dieselben Privilegien, wie sie die Ottomanbank erhalten hat, einzuräumen sein, wogegen sie der marokkanischen Regierung einen bestimmten Kredit zu eröffnen hätte. Als solche Privilegien kämen in Betracht: Notenprivileg (Artikel 9 bis 12 der Konzessionsurkunde für die Ottomanbank), Kassenstelle für bestimmte Staatseinnahmen und -ausgaben (Artikel 13), Finanzagentur des Staates, Vorzugsrecht bei Anleihen (Artikel 15), Steuerfreiheit (Artikel 18). Durch das Vorzugsrecht bei Anleihen würde das in Artikel 33 des französisch-marokkanischen Anleihevertrags den französischen Banken eingeräumte Vorzugsrecht beseitigt werden. Dieser Artikel 33 hat indes vom internationalen Rechtsstandpunkte keinen Anspruch auf Beachtung; denn er begründet praktisch in Marokko für Anleihen ein Monopol der kontrahierenden französischen Banken, das die Unabhängigkeit des Staates gefährdet und dem in Artikel 17 der Madrider Konvention allen Konferenzmächten zuerkannten Rechte auf Meistbegünstigung zuwiderläuft.

Neben den privatrechtlichen Funktionen würde die Bank auch staatliche Aufgaben zu übernehmen haben. Als solche werden in dem

Programm erwähnt: Maßregeln zur Sanierung der Münzverhältnisse, Vermittlung der Münzprägung und Sicherstellung eines Teiles des Budgets, nämlich für die Polizeiorganisationen und für gewisse dringende öffentliche Arbeiten. Die Übertragung dieser staatlichen Aufgaben auf die Bank macht die Schaffung eines internationalen Kuratoriums notwendig, das aus den diplomatischen Vertretern der Konferenzmächte in Tanger unter Zuziehung eines marokkanischen Delegierten bestehen könnte. Dieses Organ hätte die Bank wegen Ausübung der staatlichen Funktionen mit Weisung zu versehen und daneben die erforderliche staatliche Aufsicht namentlich wegen des Notenprivilegs über sie auszuüben. Zur Sanierung der Münzverhältnisse würde sich die Einziehung des minderwertigen marokkanischen Geldes und die Schaffung einer neuen Münze, vielleicht in Anlehnung an das spanische oder französische Münzsystem, empfehlen. Die zur Durchführung der staatlichen Aufgaben erforderlichen Mittel würden von der Bank aus dem Guthaben der marokkanischen Regierung zurückzubehalten und unabhängig von deren Verfügung nach Weisung des Kuratoriums zu verwenden sein. Das Budget für die Polizeiorganisationen würde zweckmäßig von dem Kuratorium selbst festgesetzt werden, so daß auch die Kosten für die französischen Polizeiorganisationen an der Grenze, soweit sie aus diesem Budget bestritten werden sollen, auf die Bewilligung durch das Kuratorium angewiesen sein würden. Wegen der öffentlichen Arbeiten dürfte die Bestimmung an sich der marokkanischen Regierung zu überlassen und nur die Verwendung der dafür bereitzustellenden Beträge durch entsprechende Weisungen des Kuratoriums sicherzustellen sein.

3. Staatseinkünfte.

Zur Vermehrung der bestehenden Staatseinkünfte kann nicht etwa eine Erhöhung der Zölle in Frage kommen. Dagegen würde eine beträchtliche Zunahme der Zolleinkünfte durch eine bessere Kontrolle zu erreichen sein, die vielleicht durch die Vorsteher der Bankfilialen ausgeübt werden könnte.

Die Vorschläge wegen Erschließung neuer Staatseinkünfte dürften zur Vermeidung aussichtsloser Verhandlungen darauf zu beschränken sein, daß das am 23. November 1903 in Tanger gezeichnete Règlement concernant les impôts à percevoir des étrangers et des protégés in Kraft gesetzt wird. Die Einführung dieses Reglements war damals davon abhängig gemacht worden, daß es auf alle Sultansuntertanen zur Anwendung komme, was bisher wegen der herrschenden Unruhen nicht möglich war. Von einer Aufrechterhaltung dieser Klausel wird jetzt abgesehen werden können, da die aus den erwähnten neuen Abgaben zu bezahlenden Polizeiorganisationen vorzugsweise den Europäern zugute kommen werden.

4. Staatliche Dienstzweige.

Diese sollen nach dem Programm von der marokkanischen Regierung nicht zum Vorteil von Sonderinteressen aus der Hand gegeben werden. In Betracht kommen hier namentlich der Verwaltungs-, Zoll-, Steuer- und Hafendienst; dabei könnte der marokkanischen Regierung vielleicht die Verpflichtung auferlegt werden, die dringend erforderliche Verbesserung des Leichterdienstes und des Leuchtfeuerwesens durchzuführen. Unberührt bleiben nach dem Wortlaute des Programms diejenigen staatlichen Dienstzweige, welche, wie Rechtspflege und Postdienst, schon jetzt von fremden Mächten im Interesse ihrer Angehörigen wahrgenommen werden.

5. Öffentliche Arbeiten.

Der Begriff der öffentlichen Arbeiten wird in möglichst weitem Sinne festzulegen sein dergestalt, daß darunter nicht nur Staatsaufträge, sondern auch solche Unternehmungen fallen, die in Europa vielfach den Gegenstand von Staatsbetrieben bilden; insbesondere würden wir an der Aufstellung fester Regeln für die Verleihung von Eisenbahn-, Kabel- und Bergbaukonzessionen interessiert sein. Für das Verfahren könnten vielleicht die Bestimmungen der spanischen Dekrete vom 27. Februar 1852 und vom 7. Dezember 1900 in Frage kommen, die das Submissionsverfahren in Spanien eingehend regeln. Die Erteilung des Zuschlags wird nach wie vor der marokkanischen Regierung überlassen bleiben; doch wird diese vielleicht verpflichtet werden können, vorher das Gutachten des Kuratoriums der Staatsbank einzuholen.

Andere als die in dem Programm vorgesehenen Punkte dürfen auf der Konferenz von Deutschland und Frankreich nicht zur Sprache gebracht werden, da beide sich ausdrücklich auf das Konferenzprogramm festgelegt haben. Wir würden aber in dieser Beziehung unsere Handlungsfreiheit zurückerlangen, wenn etwa Frankreich neue Punkte vorbringen sollte. Marokko und die übrigen Konferenzstaaten würden an sich in der Lage sein, Zusätze zu dem Programm in Vorschlag zu bringen, wozu dann auch Deutschland und Frankreich Stellung nehmen könnten. Es würde indes theoretisch der Widerspruch einer Konferenzmacht genügen, um die nachträglich vorgebrachten Punkte von den Konferenzberatungen auszuschließen.

Marokko wünscht, soweit bekannt, insbesondere noch zwei Punkte auf die Tagesordnung zu setzen, nämlich einmal die Festlegung des Begriffs der Grenzgebiete im Sinne der Abmachung über die Polizeiorganisationen und ferner die Ordnung der französischen Protektionsrechte über die aus Algerien eingewanderten Mohammedaner. Gegen die Erörterung beider Punkte ist von Frankreich lebhafter Widerspruch zu erwarten, wobei es wegen der Grenzverhältnisse voraussichtlich darauf hinweisen wird, daß diese nur die Nachbarstaaten, nicht aber die Konferenz interessieren, auch von letzterer nicht übersehen werden können. Nach Lage der Umstände werden wir, sofern nicht noch

andere Mächte die marokkanischen Anträge unterstützen sollten, für diese Punkte mangels Aussicht auf Erfolg kaum mit Nachdruck eintreten können.

Die in der Denkschrift der Abteilung II vom August 1905 aufgeführten Punkte, die für die Wahrung der deutschen wirtschaftlichen Interessen in Marokko in Betracht kommen, sind zum großen Teil in dem Programm untergebracht worden. Keine Aufnahme haben gefunden: Ausdrückliche Anerkennung des Grundsatzes der Meistbegünstigung und der Offenen Tür, insbesondere in Ansehung der Kabotage, der Eisenbahntarife und der Fischerei; Ausdehnung der Ausfuhrerlaubnis auf alle Ausfuhrartikel; Zollermäßigung für wichtige deutsche Einfuhrwaren; Freigabe aller marokkanischen Häfen für den europäischen Handel; Schaffung einer internationalen Finanzkontrolle; deutsche Beteiligung bei Vergebung des marokkanischen Hafendienstes. Diese Punkte werden nach den vorstehenden Ausführungen nur von anderen Mächten zur Sprache gebracht werden können, in diesem Falle aber von uns im allgemeinen mitzuvertreten sein; insbesondere würden wir an der Freigabe der Kabotage und der Viehausfuhr interessiert sein. Wegen der Meistbegünstigung dürften der Artikel 17 der Madrider Konvention und der deutsch-marokkanische Handelsvertrag genügen; auch empfehlen sich grundsätzliche Erörterungen über die Meistbegünstigung nicht, weil dabei unsere Auffassung, wonach sich der Artikel 17 der Madrider Konvention auf das gesamte Maß des politischen und handelspolitischen Einflusses bezieht, in unerwünschter Weise angegriffen werden könnte. Für die Schaffung einer vollständigen Finanzkontrolle sowie für die Vergebung des marokkanischen Hafendienstes werden wir kaum mit Nachdruck eintreten können, da gegen beide Punkte Marokko lebhaften Widerspruch erheben wird, der zweite Punkt auch nicht mit dem im Programm ausgesprochenen Grundsatz über die staatlichen Dienstzweige übereinstimmt.

Nr. 6923

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Konzept *

Nr. 11 London, den 3. Januar 1906

Ich habe heute eine wichtige Unterredung mit Sir Edward Grey über Marokko gehabt. Nach meiner neulichen Besprechung mit dem Minister über diese Frage ** hatte ich mir vorgenommen, Marokko

* Der Bericht wurde in London nicht mundiert, sondern ging der Beschleunigung halber gleich als Konzept nach Berlin.
** Vgl. Bd. XX, Kap. CL, Nr. 6886.

aus eigenem Antriebe nicht mehr bei ihm zu berühren. Er kam heute von selbst darauf zurück.

Ich schicke voraus, daß Sir Edward Grey auf mich den Eindruck eines geraden, offenen Mannes macht, von dem man weiß, was man an ihm hat.

Er bemerkte, daß ihn die herannahende Marokkokonferenz mit Sorge erfülle, worauf ich erwiderte, auch ich könne mich dieses Eindrucks nicht entziehen. Seit unserer letzten Unterredung habe er sich genauer mit der Marokkofrage beschäftigt, und deshalb komme er heute auf diesen Gegenstand bei mir zurück. Die Entente mit Frankreich und die Beilegung alter Zwistigkeiten werde in England mit großer Befriedigung empfunden, und man wolle an ihr festhalten und sie nicht gefährden. Es sei hier das Gefühl allgemein vorhanden, daß England die französische Regierung nicht in einer Frage im Stiche lassen dürfe, die aus dem englisch-französischen Abkommen resultiere. Diesen Standpunkt nehme auch die englische Regierung ein, ob sie konservativ oder liberal sei. Er halte es für richtig, mir mit Offenheit seine Ansichten zu sagen, noch ehe die Konferenz zusammentrete, da sich auf ihr Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich ergeben könnten, die es auch für ihn als englischen Minister schwieriger machen würden, mit derselben Ungezwungenheit dieses Thema mit mir zu besprechen, und für mich, seine Ansichten anzuhören. Es sei sein ernster Wunsch, daß auf der Konferenz von Algeciras solche Gegensätze nicht hervortreten, und daß die Verhandlungen einen ruhigen Verlauf nehmen würden. Aber gerade weil die englische Regierung in dem Abkommen vom April 1904 die Verpflichtung übernommen hätte, Frankreich in der Ausführung dieses Abkommens zu unterstützen, und weil sie deshalb Frankreich auch auf der Konferenz von Algeciras unterstützen würde, so sähe er ihr mit Besorgnis entgegen, da England dadurch gegen seinen Wunsch in den Gegensatz zu Deutschland hineingezogen werden könne. Die englische Regierung wünsche, in ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland zu treten, sie wünsche auch, daß die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich nachlasse, und sie würde auch, soweit sie dies vermöge, dazu beitragen, wenn die Konferenz von Algeciras erst glücklich vorüber wäre. Auf ihr aber müsse sie den französischen Standpunkt vertreten.

Ich entgegnete dem Minister, daß er meine persönlichen Ansichten über die Marokkofrage aus unserer letzten Unterredung kenne. Ich hätte seit längerer Zeit keinerlei Instruktionen über diese Frage erhalten, und was ich darüber sage, möge er daher nur als meine persönliche Auffassung betrachten. Ebenso wie er hätten auch wir den Wunsch, daß die Marokkokonferenz glatt verlaufe. Wir hätten ferner den ernstlichen Wunsch, in keine Verwicklungen mit Frank-

reich zu geraten. Wir würden auch, davon sei ich überzeugt, so versöhnlich wie möglich in Algeciras auftreten. Wir wendeten uns nicht gegen das englisch-französische Abkommen, wohl aber gegen die Auslegung und Ausführung, die ihm die Franzosen gegeben hätten. Wir erkennten nicht an, daß Frankreich ein Recht auf die Monopolisierung Marokkos habe, und wir erkennten nicht an, daß Frankreich aus dem Abkommen mit England die Schlußfolgerung ziehen dürfe, sich über die Rechte und Interessen Dritter hinwegzusetzen. Das englisch-französische Abkommen über Marokko könne unsere Stellung dort nicht berühren. Es handele sich darum, auf der Konferenz festzulegen, daß die für notwendig erachteten Reformen auf internationaler, nicht auf rein französischer Grundlage eingeführt und unter internationaler, nicht unter rein französischer Kontrolle ausgeführt würden. Nur hierin erblickten wir die Sicherung unserer wirtschaftlichen Interessen in Marokko. Die Polizei, mit Ausnahme des Grenzgebietes, und die Finanzen müßten unter internationaler Kontrolle stehen.

Als Sir Edward Grey bemerkte, daß die wirtschaftliche Gleichberechtigung schon in dem französischen Abkommen stipuliert sei, und daß daher ein Zustand des wirtschaftlichen Ausschlusses wie in Tunis und Madagaskar, wo die Verträge mit andern Mächten aufgehoben seien, nicht eintreten könnte, erwiderte ich, daß erstlich in dem Abkommen vom April 1904 die Handelsfreiheit nur auf 30 Jahre vorgesehen sei, daß aber diese begrenzte Zusicherung des Prinzips der Offenen Türe nicht die gesamte wirtschaftliche Gleichberechtigung umfasse. Es handele sich in einem Lande wie Marokko nicht allein um die Einführung von Waren unter gleichen Bedingungen für alle, sondern vielleicht in noch höherem Maße um den freien Mitbewerb für staatliche Konzessionen oder Anleihen. Wenn aber eine einzige Macht die Polizei und die Finanzen kontrolliere, so müsse Marokko das tun, was dieser einzelnen Macht passe, und von einem freien Mitbewerb für andere könne dann keine Rede mehr sein.

Der Minister erwiderte, soviel er wisse, habe die französische Regierung in ihrem Spezialabkommen mit Deutschland über das Konferenzprogramm schon zugestanden, daß bei der zu errichtenden Staatsbank für Marokko, welche die finanzielle Kontrolle über Marokko ausüben solle, neben Frankreich auch Deutschland beteiligt werde. Hierauf erwiderte ich, ich glaubte nicht, daß die finanzielle Reform für Marokko, wenn sie unter internationale Kontrolle gestellt würde, auf der Konferenz ernstliche Schwierigkeiten hervorrufen würde.

Im Laufe der Unterredung bemerkte Sir Edward Grey, er habe in den Aufzeichnungen seines Vorgängers eine Unterredung mit mir aus dem vorigen Sommer gefunden, wo Lord Lansdowne darauf hingewiesen habe, daß, wenn es zu einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland wegen Marokkos käme, die öffentliche Meinung

Englands die englische Regierung dazu drängen könne, Frankreich bewaffnete Hülfe zu leisten. Er, Sir Edward Grey, glaube, daß auch immer noch das englische Volk es nicht dulden würde, wenn Frankreich wegen des englisch-französischen Abkommens in einen Krieg mit Deutschland verwickelt würde, und daß es in dem Falle jede englische Regierung, ob konservativ oder liberal, dazu zwingen würde, Frankreich Hülfe zu leisten*.

---

* Deutlicher noch als gegen Graf Metternich hatte sich Sir E. Grey nach einem Berichte des belgischen Geschäftsträgers in London E. van Grootven vom 14. Januar 1906 zu anderen Botschaftern geäußert, in erster Linie also wohl zu dem französischen: „Dans ces derniers temps le Ministre des Affaires Étrangères a répété à plusieurs reprises aux différents ambassadeurs accrédités à Londres que la Grande-Bretagne était engagée vis-à-vis de la France en ce qui concerne le Maroc, et qu'elle remplirait ses engagements jusqu'au bout même en cas d'une guerre franco-allemande, et quoi qu'il pût lui en coûter." Belgische Aktenstücke 1905—1914. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt, S. 18. Daß die englische Regierung in der Tat am Vorabend der Konferenz von Algeciras schwerwiegende moralische Verpflichtungen gegen Frankreich eingegangen ist, die auch in das militärische Gebiet hinüberspielten, hat kein geringerer als Sir E. Grey in seiner berühmten Parlamentsrede vom 3. August 1914 zugegeben. Er sagte damals nach dem amtlichen Parlamentsbericht (Parliamentary Debates 1914, Vol. VIII, p. 1811 f.) wörtlich:

„I must go back to the first Moroccan crisis of 1906. That was the time of the Algeciras Conference, and it came at a time of very great difficulty to His Majesty's Government when a General Election was in progress, and Ministers were scattered over the country, and I — spending three days a week in my constituency and three days at the Foreign Office — was asked the question whether if that crisis developed into war between France and Germany we would give armed support. I said then that I could promise nothing to any foreign Power unless it was subsequently to receive the whole-hearted support of public opinion here if the occasion arose. I said, in my opinion, if war was forced upon France then on the question of Morocco — a question which had just been the subject of agreement between this country and France, an agreement exceedingly popular on both sides — that if out of that agreement war was forced on France at that time, in my view public opinion in this country would have rallied to the material support of France. I gave no promise, but I expressed that opinion during the crisis as far as I remember, almost in the same words, to the French Ambassador and the German Ambassador at the time. I made no promise, and I used no threats; but I expressed that opinion. That position was accepted by the French Government, but they said to me at the time — and I think very reasonably — ‚If you think it possible that the public opinion of Great Britain might, should a sudden crisis arise, justify you in giving to France the armed support which you cannot promise in advance, you will not be able to give that support, even if you wish to give it, when the time comes, unless some „conversations have already taken place between naval and military experts.'" There was force in that. I agreed to it, and authorised those conversations to take place, but on the distinct understanding that nothing which passed between military or naval experts should bind either Government or restrict in any way their freedom to make a decision as to whether or not they would give that support when the time arose.
As I have told the House, upon that occasion a General Election was in

Ich erwiderte, Lord Lansdowne hätte mir dieses allerdings im Sommer gesagt, aber mit dem Zusatze: „im Falle eines unprovozierten

prospect. I had to take the responsibility of doing that without the Cabinet. It could not be summoned. An answer had to be given. I consulted Sir Henry Campbell-Bannerman, the Prime Minister; I consulted, I remember, Lord Haldane, who was then Secretary of State for War, and the present Prime Minister, who was then Chancellor of the Exchequer. That was the most I could do, and they authorised that on the distinct understanding that it left the hands of the Government free whenever the crisis arose. The fact that conversations between military and naval experts took place was later on — I think much later on, because that crisis passed, and the thing ceased to be of importance — but later on it was brought to the knowledge of the Cabinet."

Der genauere Verlauf und auch die genauen Daten der Besprechungen zwischen Sir E. Grey und dem französischen Botschafter Cambon ergeben sich jetzt aus den bei J. A. Spender, The Life of the Right Hon. Sir Henry Campbell-Bannerman I, 249 ff., veröffentlichten Schriftstücken, insbesondere den dem englischen Botschafter in Paris Sir F. Bertie erteilten Instruktionen. Danach haben drei Besprechungen zwischen Sir E. Grey und Cambon stattgefunden, am 10., 15. und 31. Januar 1906. Für Grey ist es charakteristisch, daß er gleich in der ersten Unterredung in seinen Zusagen am weitesten ging, dann aber, zurückgehalten offenbar durch den friedliebenden Premier Sir H. Campbell-Bannerman, einen Schritt zurückzog. Am 10. Januar sprach Sir E. Grey seine persönliche Überzeugung dahin aus, „that if France were to be attacked by Germany in consequence of a question arising out of the Agreement which our predecessors had recently concluded with the French Government public opinion in England would be strongly moved in favour of France." Als Cambon den britischen Staatssekretär dann in der letzten Unterredung vom 31. Januar auf diesen Ausspruch festzunageln suchte, drückte sich derselbe wesentlich unbestimmter aus. „I said that I had used this expression to Count Metternich first, and not to him, because, supposing it appeared that I had overestimated the strength of feeling of my countrymen, there could be no disappointment in Germany, but I could not express so decidedly my personal opinion to France because a personal opinion was not a thing upon which, in so serious a matter, a policy could be founded. In speaking to him therefore, I must keep well within the mark. Much would depend as to the manner in which war broke out between Germany and France." Die Blankovollmacht also, die Cambon gleich anfangs von Sir E. Grey bezüglich des französischen Vorgehens in Marokko verlangte — er beanspruchte im voraus ein Hilfsversprechen für alle Konsequenzen, die sich aus „some necessary action on the part of France for the protection of her Algerian frontier or on some other ground which justified such action" ergeben würden —, hat er nicht erhalten. Aber schließlich war es dem französischen Botschafter auch weniger um den Abschluß einer förmlichen Allianz als um eine militärische Verständigung für den Kriegsfall zu tun. Wie sich aus Cambons Mitteilungen an Sir E. Grey vom 10. und 15. Januar ergibt, waren die militärischen „Kommunikationen" damals bereits über den Kopf des Kabinetts hinweg eingeleitet worden, einerseits zwischen dem Ersten englischen Seelord Sir John Fisher und dem französischen Marineattaché, andererseits zwischen dem von dem War Office als Mittelsmann benutzten militärischen Sachverständigen der „Times", Oberst Repington, und dem französischen Militärattaché. Für Sir E. Grey ist es wiederum charakteristisch, daß er an diesen Kommunikationen keinen Anstoß nahm, sondern sie von sich aus guthieß, während Sir Henry Campbell-Bannerman sich der Besorgnis nicht zu erwehren vermochte, daß sie verhängnisvolle Folgen

deutschen Angriffs auf Frankreich". Ein unprovozierter Angriff Deutschlands auf Frankreich sei undenkbar. Ich hätte mich dagegen persönlich im vergangenen Sommer nicht der geringsten Täuschung darüber hingegeben, daß jede deutsch-französische Verwicklung nach vierundzwanzig Stunden hier als von Deutschland provoziert hingestellt worden wäre, auch wenn die Franzosen plötzlich zuerst die deutsche Grenze überschritten hätten. Dieser Zustand sei natürlich sehr gefährlich. Je mehr die öffentliche Meinung in Deutschland bemerke, daß England über seine vertragsmäßig übernommene diplomatische Unterstützung hinaus bereit sei, den Franzosen bewaffnete Hülfe zu leisten, um so stärker werde sie darauf drängen, die unberechtigten französischen Ansprüche zurückzuweisen. Nach deutscher Auffassung handele es sich um die Verteidigung unserer Rechte. Die Marokkofrage habe sich außerdem leider auch zu einer Prestigefrage aufgebauscht. Wenn die Marokkofrage wiederum den Anschein gewinnen sollte, daß Frankreich im Verein mit England es beim Austragen dieser Frage auf die Waffen ankommen lassen wolle, so würden wir unbedingt genötigt sein, um so schroffer den französischen Ansprüchen entgegenzutreten. Wir könnten Frankreich allein gegenüber gewisse Konzessionen machen, wir fühlten uns aber als Nation zu stark, um unsere Rechte in Marokko Frankreichs und Englands wegen aufzugeben. Je stärker die englische Hülfe in die Erscheinung trete, um so stärker werde der deutsche Widerstand.

Der Minister entgegnete, die Stimmung in England sei Deutschland gegenüber nicht feindselig. Es sei nur der Wunsch vorhanden, Frankreich beizustehen, wenn es wegen seines Abkommens mit England in Schwierigkeiten gerate. Hieraus erkläre sich auch die Haltung eines Teils der englischen Presse, welche in der Marokkofrage gegen Deutschland Partei ergreife. Wäre die Konferenz erst glücklich überwunden, ohne starke Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zutage zu fördern, so würde in der öffentlichen Meinung Englands, und er glaube auch in der Presse, eine entschiedene Be-

---

haben könnten. „I do not like the stress laid upon joint preparations. It comes very close to an honourable undertaking and it will be known on both sides of the Rhine" schrieb er mit Bezug darauf am 2. Februar an Lord Ripon. Er sollte in seinen Ahnungen nur zu sehr recht behalten. Über die große Tragweite der seit Anfang 1906 in Gang gekommenen „Konversationen" zwischen den englischen und französischen Generalstäben vgl. Winston S. Churchill, The World Crisis 1911—1914 (1923), p. 32: „This was a step of profound significance and of far-reaching reactions. Henceforward the relations of the two Staffs became increasingly intimate and confidential. The minds of our military men were definitely turned into a particular channel. Mutual trust grew continually in one set of military relationships, mutual precautions in the other. However explicitly the two Governments might agree and affirm to each other that no national or political engagement was involved in these technical discussions, the fact remained that they constituted an exceedingly potent tie."

ruhigung eintreten. Ich hätte ihm neulich davon gesprochen, daß die englische Regierung eine versöhnende Haltung zwischen Frankreich und Deutschland einnehmen sollte. Es sei dies auch sein und der englischen Regierung Wunsch. Aber sie sei verpflichtet, die französische Regierung auf Grundlage des deutsch-französischen Konferenzprogrammes in Algeciras zu unterstützen, und nur deshalb habe er auf die möglichen Gefahren hingewiesen, die auch für England aus dieser Lage entstehen könnten. Wenn erst die Konferenz vorüber sei, so werde er an der weiteren Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland aufrichtig mitarbeiten. Es sei sein und der englischen Regierung Wunsch und das Interesse Englands, den deutsch-französischen Gegensatz zu beseitigen schon deshalb, weil dann die englisch-französische Entente auf eine ruhigere und sicherere Grundlage gestellt sei. Wenn erst die Konferenz glücklich vorüber sei, so werde er auch an der Aussöhnung der öffentlichen Meinungen zwischen England und Deutschland mitarbeiten. Er wisse, daß wir uns in Berlin über die englische Presse beschwerten. Die hiesige Regierung habe keine Macht über die Presse. Er glaube aber, daß, wenn der Auswärtige Minister Englands in öffentlicher Rede freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und England befürworte, dies auch auf die hiesige Presse Eindruck machen würde. Er sei hierzu bereit, aber erst nach der Konferenz; vorher seien ihm die Hände gebunden.

Ich sagte dem Minister, eine offene Meinungsaussprache sei immer nützlich, auch wenn dabei entgegengesetzte Ansichten zutage träten. Ich erkennte es daher mit Dank an, daß er in voller Offenheit mit mir gesprochen hätte.

Von einem gemeinsamen Bekannten höre ich, daß Sir Arthur Nicolson, der englische Vertreter in Algeciras, sich dahin geäußert hat, daß die Konferenz den Plan einer internationalen Kontrolle für die Zolleinnahmen in den Häfen Marokkos ausarbeiten solle, womit ein wichtiger Anfang der Reformarbeiten geschaffen würde. Wenn sie das zuwege brächte, hätte sie einen erheblichen Erfolg aufzuweisen. Allzuviel solle man nicht auf einmal in einem Lande wie Marokko reformieren und einführen.

P. Metternich

Nr. 6924

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 14 London, den 4. Januar 1906

pp. Um auf meinen gestrigen Bericht über Marokko* zurückzukommen, den ich in großer Eile vor Abgang des Feldjägers diktieren

* Siehe Nr. 6923.

mußte, da ich den Minister erst spät nachmittags sprach, so möchte ich meine Schlußfolgerungen aus den Äußerungen Sir Edward Greys kurz dahin zusammenfassen:

Entschluß, das französische Programm in Algeciras zu unterstützen, Besorgnis, daß England auch weiter als diplomatisch in den deutsch-französischen Gegensatz wegen Marokkos hineingezogen werden könne, Eingeständnis, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich wegen des englisch-französischen Marokkoabkommens auch England zum Kriege treiben könne und zwar auf Seiten Frankreichs, ehrlicher Wunsch, daß alle Beteiligten über den Marokko-Berg glücklich hinüberkommen und, wenn sich dies ermöglichen lasse, Versprechen der ehrlichen und tatkräftigen Mithülfe an dem Versöhnungswerke zwischen England und Deutschland und zwischen Frankreich und Deutschland.

Die Marokkofrage wird hier allgemein als eine Kraftprobe auf die englisch-französische Entente aufgefaßt und unsere Marokkopolitik als ein Versuch, sie zu sprengen. Daher hier der energische und feste Widerstand. Ich betone aber mit absoluter Bestimmtheit, daß die hiesige Regierung nicht den Wunsch hegt, die Marokkofrage oder -konferenz dazu zu benutzen, um den Unfrieden zwischen Deutschland und Frankreich zu befestigen oder zu verschärfen. Im Gegenteil, sie befürchtet mehr als alles andere, in die deutsch-französischen Verwicklungen hineingezogen zu werden. Sie setzt sich aber trotzdem lieber dieser Gefahr aus, als durch Preisgabe der französischen Ansprüche die Entente zu opfern, und wählt daher zwischen zwei Übeln das ihr geringer scheinende. Wir hingegen wollen, wenn ich unsere Politik, soweit es mir gestattet war, sie bis Ende September vorigen Jahres zu verfolgen, richtig beurteile, unsere Interessen in Marokko dem englisch-französischen Abkommen, und was daraus entstanden ist, nicht opfern. Die Gefahr liegt augenblicklich nicht hier, sondern in Frankreich, wo die unversöhnliche, kriegerische und allen Zugeständnissen abgeneigte Stimmung von Woche zu Woche zuzunehmen scheint. Der praktische Ausweg aus diesem Dilemma liegt, wie mir scheint, in der richtigen Ausnutzung des Grundsatzes von give and take auf der Konferenz von Algeciras. Je weniger wir aber im voraus unsere Neigung zum give zeigen, um so stärker ist unsere Position auf der Konferenz.

Ich sehe am nächsten Mittwoch, also am 10. d. Mts., nochmals Sir Edward Grey. Ich wäre dankbar für eine Mitteilung, ob ich in meinen Ausführungen über Marokko, die ich dem Minister gegenüber als meine persönlichen Ansichten bezeichnet habe, und die ich daher, wenn ich amtlich eines Besseren belehrt werde, auch stets richtigstellen kann, den Intentionen der Kaiserlichen Regierung, die mir seit Ende September v. Js. unbekannt geblieben sind, entsprochen habe.

P. Metternich

Nr. 6925

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 1 Berlin, den 5. Januar 1906

Ich begrüße die Entsendung des Marquis Visconti Venosta zur Marokkokonferenz mit Freude nicht nur wegen der zwischen uns bestehenden freundschaftlichen und vertrauensvollen persönlichen Beziehungen, sondern auch weil die reiche diplomatische Erfahrung und große Umsicht dieses hervorragenden Staatsmanns mich hoffen lassen, daß er zu einem glücklichen und friedlichen Ausgang der Konferenz wesentlich beitragen wird. Ich würde es für sehr nützlich halten, daß Euer pp. umgehend mit Herrn Visconti Venosta Rücksprache nehmen und ihn über die von uns auf der Konferenz beabsichtigte Haltung in voller Offenheit informieren.

Euer pp. können dabei von meinem Telegramm Nr. 186* ausgehen, in welchem ich die Grundzüge der den deutschen Delegierten erteilten Instruktionen klargelegt habe. Herr Visconti Venosta wird daraus ersehen, daß wir in Marokko, weit entfernt davon Sondervorteile anzustreben, vielmehr nur die Offene Tür, d. h. also die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle Nationen beanspruchen. Schon daraus geht hervor, daß wir keinen Konflikt mit Frankreich wünschen, und daß uns auch die Absicht fern liegt, Frankreich gegenüber schroff aufzutreten.

Das Prinzip der Offenen Tür für Marokko wird von Frankreich nicht bestritten. Damit ist jede Konfliktsmöglichkeit von vornherein ausgeschlossen, sofern Frankreich es mit dem Prinzip der Offenen Tür ernst nimmt und loyal an diesem Prinzip festhält. Die einzige Frage, die auf der Konferenz Schwierigkeiten bereiten und Verwicklungen gefährlicherer Natur hervorrufen könnte, ist diejenige der Polizeiorganisationen. Bezüglich dieser haben wir bereits den hauptsächlichsten Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt, indem wir zugestanden haben, daß die Polizei in den Grenzgebieten gegen Algier aus dem Konferenzprogramm ausgeschlossen ist und somit direkter Regelung zwischen Marokko und Frankreich anheimfällt. Darüber hinaus Frankreich auch ein Mandat für Errichtung der Polizei im Westen zu geben, würde das Prinzip der Offenen Tür praktisch und in Wirklichkeit vollkommen illusorisch machen. Denn mit der Polizei bekäme Frankreich die gesamte Verwaltung tatsächlich in seine Hand, und jede Erteilung einer Konzession, selbst jeder Geschäfts- oder Gewerbebetrieb wäre von französischer Genehmigung

* Siehe Nr. 6912.

abhängig. Dies kann den Interessen Italiens so wenig wie denjenigen der anderen Marokkomächte entsprechen. Es wird daher nur übrigbleiben, die Polizei im Westen entweder an verschiedene Mächte einschließlich Frankreichs, Spaniens, Italiens, Deutschlands oder aber einer dritten Macht, d. h. weder an Deutschland noch Frankreich, zu übertragen. Wir unsererseits würden es z. B. als eine glückliche Lösung betrachten, wenn Italien das Mandat erhielte.

Frankreich ist über unsere vorstehenden Gesichtspunkte informiert, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß auf der Konferenz ein Antrag auf ein französisches Generalmandat von keiner Seite gestellt werden wird. Ich zweifle nicht daran, daß es Ew. gelingen wird, Herrn Visconti Venosta an der Hand der vorstehenden Gesichtspunkte davon zu überzeugen, daß von unserer Seite einem für alle Teile zufriedenstellenden und den europäischen Frieden sichernden Ergebnis der Konferenz ein Hindernis nicht im Wege stehe.

Herr Visconti Venosta wird sich auch sagen müssen, daß Italien sich in Marokko nicht alle Aussichten auf künftige Handelsvorteile versperren lassen kann, und ferner, daß die von Herrn Tittoni mir gegenüber in Baden-Baden zum Ausdruck gebrachte Besorgnis, ein aus Marokko verdrängtes Frankreich könnte sich als Entschädigung Tripolis nehmen, bei unserem Standpunkte grundlos ist. Frankreich wird schon wegen seines Verhältnisses zu England nicht der Nachbar Ägyptens werden wollen. Und endlich ist es durchaus nicht unser Ziel, Frankreich aus Marokko zu verdrängen, wo wir ihm gern diejenigen Rechte einräumen, die seiner Grenzstellung entsprechen und sich mit einer ehrlichen open-door- und fair-trade-Politik vertragen.

Bülow

Nr. 6926

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zahn

Nr. 2 Berlin, den 6. Januar 1906

Preßmeldungen zufolge scheint die amerikanische Regierung der marokkanischen Frage augenblicklich ein größeres Interesse entgegenzubringen als bisher.

Ich nehme daraus Veranlassung, Ew. pp. unsere Ziele auf der Marokkokonferenz zu Ihrer Information darzulegen, damit Sie Ihre Sprache bei Unterhaltungen über die marokkanische Frage danach einrichten können.

Wir verfolgen in Marokko keinerlei Sondervorteile, sondern nur Freiheit und Gleichberechtigung in wirtschaftlicher Betätigung. Die ebenso einfache wie klare Instruktion, die unsere Konferenzdele-

gierten erhalten*, läßt sich dahin zusammenfassen, daß sie für die tatsächliche Durchführung der Meistbegünstigung und des Prinzips der Offenen Tür einzutreten haben. Es wird also in Marokko einerseits die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung durchzuführen und andererseits die Etablierung eines derartig präponderierenden Einflusses irgendeiner einzelnen Macht zu verhindern sein, daß dadurch die wirtschaftliche Gleichberechtigung beeinträchtigt wird. Innerhalb der so bezeichneten Grundlinien können die Einzelfragen als mehr technischer Natur und als Zweckmäßigkeitsfragen behandelt werden, über die bei allseitigem guten Willen eine Einigung immer zu erzielen ist. Es liegt uns fern, dabei die Rechte und berechtigten Interessen anderer Mächte irgendwie beschränken zu wollen. Schon daraus, daß wir in Marokko keine Sondervorteile anstreben, vielmehr nur die Offene Tür, d. h. also die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle Nationen beanspruchen, geht hervor, daß wir keinen Konflikt mit Frankreich wünschen, und daß wir keineswegs beabsichtigen, Frankreich gegenüber schroff aufzutreten. Das Prinzip der Offenen Tür für Marokko wird von Frankreich nicht bestritten. Damit ist jede Konfliktsmöglichkeit von vornherein ausgeschlossen, sofern Frankreich es mit dem Prinzip der offenen Tür ernst nimmt und loyal an diesem Prinzip festhält. Die einzige Frage, die auf der Konferenz Schwierigkeiten und Verwickelungen gefährlicherer Natur hervorrufen könnte, ist diejenige der Polizeiorganisationen. Bezüglich dieser haben wir bereits den hauptsächlichsten Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt, indem wir zugestanden haben, daß die Polizei in den Grenzgebieten gegen Algier aus dem Konferenzprogramm ausgeschlossen ist und somit direkter Regelung zwischen Marokko und Frankreich anheimfällt. Darüber hinaus Frankreich auch ein Mandat für Einrichtung der Polizei im ganzen marokkanischen Reich zu geben, würde das Prinzip der Offenen Tür praktisch und in der Wirklichkeit vollkommen illusorisch machen. Denn mit der Polizei bekäme Frankreich die gesamte Verwaltung tatsächlich in seine Hand und jede Erteilung einer Konzession, selbst jeder Geschäfts- oder Gewerbebetrieb wäre von französischer Genehmigung abhängig. Dies entspricht dem Interesse keiner anderen in Marokko kommerziell interessierten Macht. Es wird daher nur übrigbleiben, die Polizei außerhalb des Grenzgebietes gleichzeitig an mehrere Mächte oder aber an einen einzigen größeren oder kleineren Staat zu übertragen, wobei außer Deutschland und Frankreich jeder andere an der Konferenz beteiligte Staat in Frage kommen könnte.

Frankreich ist über unsere vorstehenden Gesichtspunkte informiert, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß auf der Konferenz ein Antrag auf ein französisches Generalmandat von keiner Seite gestellt werden wird.

Bülow

* Vgl. Nr. 6922, Anlagen.

Nr. 6927

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Madrid, den 5. Januar 1906

Ich suche weiter durch ganz vertrauliche Vorbesprechung mit den zur Konferenz delegierten Kollegen Verständigung über die einzelnen Fragen des Programms vorzubereiten. Herr Révoil soll am 10. hier eintreffen. Der italienische Botschafter, der besonders gewünscht hatte, mit mir im Gedankenaustausch zu bleiben, ist durch Ernennung von Marquis Visconti Venosta an seine Stelle überrascht worden. Hat dies wirklich, wie hier angenommen wird, eine für Frankreich günstigere Bedeutung?

Am meisten wirbt jetzt Herr Nicolson* im Sinne der Unterstützung für Frankreich und namentlich gegen internationale Organisation der Polizei in Marokko. Diese Frage wird immer mehr als die eigentliche Schwierigkeit für Verständigung betont. Herr Cambon soll sich aber weniger schroff ablehnend darüber äußern wie Nicolson. Meinerseits bezeichne ich es als ausgeschlossen, daß wir einseitiges Mandat zulassen könnten; . . .** dabei Erwartung aus, daß sich eine Formulierung für anderweitige Regelung finden werde. Diese Hoffnung teilen auch Spanier.

Radowitz

Nr. 6928

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 10 Rom, den 6. Januar 1906

Der Marquis Visconti Venosta beehrte mich heute mit einem Abschiedsbesuch.

Es sei ihm nicht leicht geworden, die Vertretung Italiens in Algeciras zu übernehmen. Sein hohes Alter, die Rücksichten auf seine Familie, die weite Reise und die winterliche Jahreszeit wären ebensoviel Gründe gewesen, um ihn das Mandat ablehnen zu lassen. Seine Majestät der König Viktor Emanuel habe indes an seinen Patrio-

---

* Englischer Botschafter in Madrid.
** Zifferngruppe unverständlich.

tismus appelliert und ausgeführt, daß höchstihm keine andere Persönlichkeit zur Verfügung stände, welche der Schwierigkeit der Lage Italiens auf der Konferenz gewachsen wäre. Diesen Argumenten hätte er nachgeben müssen, zumal tatsächlich seine Gesundheit zurzeit nichts zu wünschen übrig läßt. Aber leichten Herzens ginge er nicht nach Algeciras, denn für ihn würde dort die Situation très délicate sein.

Ich sagte hierauf zunächst, mit welcher Freude Euere Durchlaucht seine Ernennung begrüßt haben, und welches Vertrauen ihm von unserer Seite entgegengebracht wird. Dann ging ich ins Detail der mir von Euerer Durchlaucht gegebenen Instruktionen ein. Der Marquis erwiderte, ein Scheitern der Konferenz müsse von vornherein als ausgeschlossen gelten. Nachdem die öffentliche Meinung der ganzen Welt durch neun Monate sozusagen in Atem gehalten worden, und nachdem auch namentlich das englisch-französische Marokkoabkommen geschlossen, wäre eine Rückkehr auf den Status quo ante politisch nicht denkbar. Von uns wäre es durchaus richtig, daß wir den Madrider Vertrag als point de départ annehmen. De facto hätten wir dadurch zunächst erreicht, daß Frankreich sich eines großen Teiles seiner Prätensionen begäbe und vor allem auch anerkannt hätte, wie die europäische Sanktion seinem Vorgehen in Marokko unentbehrlich ist. Die Konferenz fände insofern ein gut vorbereitetes Terrain, als über eine Reihe der wichtigsten Sachen ein Einvernehmen zwischen uns und Frankreich erzielt ist. Soweit er sähe, wäre der Hauptdifferenzpunkt die Frage der Polizei. Man müsse da wohl die Organisation der Exekutivorgane von der eigentlichen oberen Leitung des Sicherheits- und Zolldienstes unterscheiden. So könnte man vielleicht auch die Polizeifrage wieder in technische Unterfragen spalten, über die leichter eine Einigung zu erzielen, als wie wenn man die Prinzipien schroff gegenüberstellt.

Ich ging nun nochmals auf die Polizeifrage näher ein und hob hervor, daß Deutschland schon ein sehr großes Entgegenkommen gezeigt, indem es ohne weiteres den Franzosen die Polizei in den algerischen Grenzprovinzen und implizite diese selbst überlieferte. Wenn aber Frankreich auch noch die Polizei im Westen und im Litoral erhalte, so sei es der tatsächliche Herr von Marokko. Dies Resultat hätten wir auch ohne die mühe- und gefahrvolle Marokkokampagne erreichen können. Denn sicherlich habe Frankreich es dann jeden Moment in der Hand, das im Prinzip gewährte Offene Tor in praxi durch die lokalen von ihm allein abhängigen Organe geschlossen zu halten.

Der Marquis entgegnete, meine Ausführungen wären durchaus richtig. Diejenigen Mächte, welche nicht durch Sonderabkommen mit Frankreich sich gebunden hätten, würden auch sicher die in aller

Interesse liegende gemeinsame Polizei beantragen. Eventuell wäre auch ein Mandat an eine gewisse Anzahl von Mächten zu erteilen, ja selbst einer einzigen Macht mit Ausnahme von Frankreich und Deutschland die Exekutive zu übertragen. Italiens Hände aber wären leider gebunden.

In näherer Ausführung dieser Situation ging der Marquis zunächst auf das von ihm zur Zeit des Ministeriums Pelloux geschlossene Abkommen ein, welches im Grunde seinem Vaterlande keinerlei Fesseln auferlegt hätte. Leider nur wären seine Amtsnachfolger sehr viel weiter gegangen, so daß sein Abkommen jetzt lediglich historischen Wert hat. In die Details dieser neuen Verpflichtungen hätte er noch keine Zeit gehabt einzudringen, abgesehen davon, daß nur der Minister des Auswärtigen berechtigt sei, ihre Einzelheiten mir mitzuteilen. Immerhin hätte er genug gesehen, um zu begreifen, daß er sich auf sehr schwierigem Terrain, zwischen Deutschland und Frankreich, zu bewegen habe.

Wir besprachen darauf nochmals eingehend, ich immer an der Hand der Instruktionen Euerer Durchlaucht, die auf der Konferenz möglichen Eventualitäten. Vornehmlich müsse vermieden werden, daß eine Disharmonie zwischen uns und unserem italienischen Verbündeten in Erscheinung tritt. Daher will der Marquis unter allen Umständen Abstimmungen auszuschließen bestrebt sein. Eine Majorisierung gäbe es ja sowieso auf solchen internationalen Konferenzen nicht. Weiter bemerkte Herr von Visconti, daß Englands Haltung für Italien in mancher Hinsicht von großer Bedeutung sein würde. Er glaube nicht, daß die jetzige liberale Regierung sich besonders für Frankreichs Forderungen einsetzen wird.

Es führte zu weit, auf weitere Details einzugehen, immer aber wieder leuchtete auch beim Marquis Visconti das alte Axiom der Italiener durch, nach dem wir uns mit Frankreich verständigen und ihnen eine Stellungnahme ersparen sollten.

Als Gesamteindruck meiner eineinhalbstündigen Unterhaltung mit Marquis Visconti möchte ich folgendes ehrerbietigst hervorheben:

Eine aktive Unterstützung haben wir von Italien auf der Konferenz nicht zu erwarten. Der sehr geschickte Unterhändler wird alles tun, um auch Frankreich nicht unterstützen zu müssen. Im inneren Grunde seines Herzens sieht der Marquis ein, daß wir das Interesse aller, also auch das italienische verfechten. Wenn es daher unter der Hand und von Frankreich unbemerkt möglich sein sollte, dürfte er dessen Expansivbestrebungen Hindernisse in den Weg legen. Schließlich wird er schon seines persönlichen Ansehens halber alles tun, damit die Konferenz nicht im Sande verläuft.

Monts

Nr. 6929

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 9 Berlin, den 8. Januar 1906

Auf Telegramm Nr. 6*.

Ich würde es für sehr nützlich halten, wenn Ew. Exzellenz es sich angelegen sein ließen, mit dem Marquis Visconti Venosta von vornherein enge Fühlung zu nehmen. Ein Schüler Cavours und mit einer Nichte desselben, einer Alfieri verheiratet, gehört Marquis Visconti nach Erziehung und Lebensgewohnheiten mehr der französischen Schule an. Aber er betrachtet den Dreibund als eine Notwendigkeit für Italien. Auch ist er nicht antiösterreichisch. Visconti Venosta ist in seinem Wesen eher zurückhaltend, etwas steif, dabei nicht ohne Empfindlichkeit und vor allem vorsichtig. Bei ruhiger und freundlicher Behandlung läßt sich aber, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, das Vertrauen dieses erfahrenen, gewiegten und klugen Staatsmannes erwerben.

Es kommt darauf an, Herrn Visconti Venosta für die Gesichtspunkte unserer Marokkopolitik zu gewinnen, wie sie in den Euerer Exzellenz erteilten Instruktionen enthalten sind. Dabei ist zu beachten, daß er vor allem keinen Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich wünscht, weil dabei die Lage Italiens eine sehr schwierige werden würde.

Bei dem hohen Alter Visconti Venostas, er zählt jetzt 76 Jahre, ist es wahrscheinlich, daß die Konferenz seine letzte politische Aktion bilden wird. Er wird schon deshalb wünschen, daß die Konferenz nicht resultatlos verläuft und er und sein Land dabei gut abschneiden. Bei Ihren Bemühungen, Marquis Venosta über unsere Konferenzhaltung aufzuklären, werden Ew. Exzellenz den Inhalt der Ihnen gleichzeitig zugehenden, von mir an den Kaiserlichen Botschafter in Rom erteilten Weisung geeignet verwerten können.

Ich zweifle nicht, daß es Euerer Exzellenz gelingen wird, darnach den italienischen Delegierten für unseren Standpunkt zu gewinnen. Sie brauchen ihm keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Inaussichtnahme eines französischen Generalmandats für die Polizei in ganz Marokko das Scheitern der Konferenz bedeuten würde, da ein solches Generalmandat eben auf nichts anderes hinauslaufen würde, als die auch von Frankreich prinzipiell angenommene Offene Tür hinterdrein wieder völlig illusorisch zu machen.

Bülow

---

* Siehe Nr. 6927.

Nr. 6930

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 10 Berlin, den 8. Januar 1906

Im Anschluß an Telegramm Nr. 9*.

Gegenüber der von Ew. Exzellenz in Telegramm Nr. 6** gekennzeichneten Wirksamkeit Sir Arthur Nicolsons halte ich für erforderlich, daß Sie Ihrem französischen Kollegen alsbald keinen Zweifel darüber lassen, daß nach Ihrer festen persönlichen Überzeugung die Annahme des Generalmandats durch die Konferenz gleichbedeutend sein würde mit Sprengung der Konferenz, da ein solches Generalmandat eben nichts anderes bedeuten würde als die tatsächliche Eliminierung des auch von Frankreich anerkannten Prinzips der Offenen Tür. Euere Exzellenz wollen aber hinzufügen, wir glaubten bestimmt, daß man bei beiderseitigem guten Willen eine Formel finden würde, um die französischen Wünsche mit den Interessen aller anderen handeltreibenden Nationen zu vereinigen. Ihre Darlegungen dabei werden von einseitiger Schroffheit oder gar Drohung völlig fern bleiben, vielmehr im Tone freundschaftlicher Konversation gemacht werden müssen. Von einer solchen Konversation direkt mit Herrn Cambon verspreche ich mir noch mehr als von einer Aussprache bloß mit Ihrem englischen Kollegen.

Von hoher Wichtigkeit ist es, den spanischen Staatsmännern klarzumachen, daß die Übertragung des Generalmandats an Frankreich den völligen Ausschluß Spaniens aus Marokko unweigerlich nach sich ziehen würde. Anerbietungen von Sondervorteilen, die Frankreich etwa Spanien machen könnte, würden daran natürlich nichts ändern, sondern immer nur auf dem Papier bleiben.

Bülow

Nr. 6931

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 26 Paris, den 8. Januar 1906

Bei meiner Rückkehr nach Paris fand ich hier eine Stimmung vor, die die ernste Besorgnis vor der Möglichkeit einer kriegerischen

* Siehe Nr. 6929.
** Siehe Nr. 6927.

Verwickelung verrät*. In Presse und Publikum heißt es, Deutschland wolle den Krieg[1]. Frankreich hätte in allen Punkten den deutschen Forderungen nachgegeben[2], das genüge aber Deutschland nicht. Auf der Konferenz würden Frankreich Zumutungen gemacht werden[3], die seiner Würde und seiner traditionellen Politik in Marokko zuwider seien. Es müsse sich verteidigen und sich auf alle Eventualitäten vorbereiten. Der frühere Kriegsminister André hätte in unverantwortlicher Weise den Verteidigungszustand des Landes vernachlässigt. Den Warnungen des Generals Négrier müsse Rechnung getragen und das Versäumte an der Ostgrenze nachgeholt werden[4]. Deutschland mache kein Hehl aus seinen Rüstungen[5], und so wäre es für Frankreich eine gebieterische Pflicht, sein Pulver ebenfalls trocken zu halten. Es wird mir sogar zugetragen, daß der jetzige Kriegsminister Etienne und der Marineminister Thomson sich besorgt ausgesprochen hätten[6]**.

Wie mir gesagt wurde, wäre von den verschiedensten Seiten die Nachricht verbreitet worden, ich würde am 1. Januar beim Empfang im Elysée nicht erscheinen, um die Mißstimmung Deutschlands zu markieren[7].

Als ich nun doch am Neujahrstage im Elysée erschien, begrüßten mich der Präsident der Republik ebenso wie der Ministerpräsident Rouvier und alle Minister mit besonderer Liebenswürdigkeit und sprachen ihre Befriedigung aus über meine Rückkehr.

Ich benutze die Zeit, um die Stimmung bei den maßgebenden Persönlichkeiten zu studieren, und suche die in der Tat sehr nervös gewordenen Gemüter zu beruhigen.

Erfreulich war es mir, daß ich bei Herrn Jean Dupuy[8] eine gerechte Würdigung unserer Politik konstatieren konnte, und hat er mir in Aussicht gestellt, in diesem Sinne bei seinen heißblütigen Landsleuten, die leicht von einem Extrem ins andere fallen, zu wirken.

Radolin

---

* Die französische Besorgnis vor einer kriegerischen Verwicklung war, wenn nicht überhaupt künstlich zu dem Zwecke erzeugt, um eine Basis für den Appell an Englands Waffenhilfe (vgl. Nr. 6923, S. 48, Fußnote *) zu gewinnen, so doch durch nichts gerechtfertigt, da Deutschland mit den friedfertigsten Absichten zur Konferenz ging und sich auf die diplomatische Auseinandersetzung nur diplomatisch, keineswegs aber wie Frankreich und England militärisch vorbereitete und rüstete. Daß in Wahrheit die leitenden französischen Staatsmänner sich keinen übertriebenen Besorgnissen wegen Deutschlands Haltung in Algeciras hingaben, erhellt unter anderem auch aus einem Bericht des belgischen Gesandten in Paris A. Leghait vom 11. Januar 1906, in dem es heißt: „M. Rouvier lui-même quoiqu'il dise ignorer avec quelles instructions les plénipotentiaires allemands vont à Algésiras, ne croit pas que l'Allemagne y présentera des prétentions qui sortiraient du programme ébauché le 28 Septembre et qui seraient irréalisables." Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger II, 99. Vgl. auch das folgende Schriftstück.

** Vgl. über die militärischen Rüstungen Frankreichs den Anhang.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 ! ! !
2 ?
3 Hat ihnen London eingebildet
4 ist bereits mit Hülfe von 200 Mill[ionen] erfolgt
5 aus welchen?
6 !
7 ! !
8 einer meiner Botschaftskandidaten

Nr. 6932

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zahn

Nr. 9 Berlin, den 9. Januar 1906

Ew. pp. werden aus meinem Telegramm Nr. 7* bereits ersehen haben, daß Ihre Äußerungen in der Marokkofrage Sir Edward Grey gegenüber mit dem Standpunkt der Kaiserlichen Regierung durchaus im Einklang stehen.

Unsere Marokkopolitik ist durchaus kein Versuch, die englisch-französische Entente zu sprengen. Die ganze Marokkofrage ist überhaupt nicht von solcher eminenten Wichtigkeit, als daß wir daraus vorzüglich eine Frage unseres Prestiges machten. Wir haben den aufrichtigen Wunsch, bei aller Wahrung unserer Würde wie der Frankreichs aus der Marokkokonferenz so herauszukommen, daß es weder einen Besiegten noch einen Sieger gibt. Für unseren konzilianten Sinn zeugt neben der Haltung unserer offiziösen Presse das soeben erschienene Weißbuch**, zu dessen Veröffentlichung wir nur durch die Herausgabe des einseitig-französischen Gelbbuchs*** veranlaßt worden sind, in dem wir uns aber bemüht haben, jede Aggressive oder Schärfe gegen die französische Regierung zu vermeiden, ein Bestreben, das, soweit französische Preßäußerungen mir bisher bekannt geworden sind, selbst von der französischen Presse anerkannt wird.

Auf eine gewisse Besorgnis in englischen Kreisen deutet auch eine Demarche des Barons Alfred Rothschild bei dem hiesigen Bankier

---

* Durch Telegramm Nr. 7 vom 7. Januar war dem Londoner Botschafter Kenntnis von Telegramm Nr. 2 nach Washington (siehe Nr. 6926) gegeben worden.
** „Aktenstücke über Marokko“ (Reichstagsdrucksachen. Session 1905/06, Nr. 158).
*** „Affaires du Maroc 1901—1905.“

Paul Schwabach. Rothschild geht davon aus, daß der politische Horizont augenblicklich wenn nicht düster, so doch getrübt sei, und meint, die neue englische Regierung sehe nichts lieber als das Entstehen besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sowohl als zwischen Deutschland und England, und daß zur Annäherung der beiden letzten Länder nichts mehr beitragen könne wie die Befestigung der Beziehungen der beiden ersten. Rothschild hält die Gelegenheit für ausgezeichnet für ein Hinarbeiten Deutschlands und Englands auf ein gemeinsames Ziel, und er sei sicher, daß die Franzosen eine deutsch-englische Annäherung gutheißen würden, wenn ihre eigene Empfindlichkeit in Rechnung gezogen und ihre Interessen gewahrt würden. Rothschild fragt an, ob die Kaiserliche Regierung etwa irgend eine Botschaft für die britische Regierung hätte oder von dieser irgend eine Aufklärung wünsche.

Ich habe Rothschild durch Schwabach zunächst mitteilen lassen, daß ich sehr bereit sei, ihm in ganz vertraulicher Weise und im Vertrauen auf seine uns freundlichen Intentionen meine Auffassung der gegenwärtigen Sachlage mitzuteilen. Die Voraussetzung hierfür sei jedoch, daß eine Lösung angestrebt werde, durch die nicht bloß „die Interessen der Franzosen gewahrt werden", sondern auch die Interessen aller in Marokko handeltreibenden Staaten in gerechte Berücksichtigung gezogen werden, mit denen das deutsche Interesse identisch sei.

Ich erwarte noch die Rückäußerung Rothschilds. Bitte aber mit Rücksicht auf Ihre Abreise* schon jetzt Ihre Ansicht. Vielleicht übersehen Sie, wer hinter Rothschild steckt, und vielleicht halten Sie es mit mir für nützlich, daß Sie selbst noch vor ihrer Abreise Rothschild aufsuchen und die Lage mit ihm in meinem Sinn besprechen, womit ich ganz einverstanden sein würde. Oder wäre es indizierter, Schwabachs Vermittelung weiter zu benutzen?

Bülow

---

* Graf Metternich beabsichtigte am 10. Januar nach Deutschland abzureisen. Am 2. Januar hatte ihm Freiherr von Richthofen geschrieben: „Wir verfolgen ohne Sanguinismus, aber mit Genugtuung die Anzeichen einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, um die Sie sich so verdient gemacht. Die dadurch immerhin gegen früher etwas modifizierte Weltlage würde der Reichskanzler (und auch ich) gern mündlich mit Ihnen besprechen, insbesondere im Hinblick auf die Konferenz von Algeciras, in der wir selbstverständlich nicht etwa, wie man uns imputiert, auf dem Kriegspfade zu wandeln beabsichtigen. Könnten Sie, ohne daß es Aufsehen macht, eine kurze Reise nach Deutschland machen und dabei Berlin streifen? Sofort brauchte dies nicht zu sein, aber doch je eher desto besser."

Nr. 6933

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 London, den 10. Januar 1906

Telegramme Nr. 7* und 9 ** heute teilweise im Gespräch bei Sir E. Grey verwertet. Er wiederholte nochmals seine Euerer Durchlaucht aus meiner früheren Berichterstattung bekannte Stellungnahme. Er betonte wieder seinen Wunsch, nach glücklicher Überwindung der Marokkoschwierigkeiten an der Wiederherstellung freundlicher Beziehungen zu Deutschland mitzuwirken.

Hinter Alfred Rothschild steht in diesem Falle nur seine Ängstlichkeit. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob es bei der hiesigen Regierung einen guten Eindruck machen würde, wenn sie durch Rothschild ...*** ein Exposé unserer Marokkopolitik erhielte. Ich möchte daher befürworten, Rothschild freundlich, aber nur allgemein zu antworten und ihn in diesem Falle nicht als Sprachrohr für die hiesige Regierung zu gebrauchen. Vielleicht können Euere Durchlaucht die Antwort an Herrn Schwabach noch einige Tage aufschieben, bis ich Gelegenheit habe, mündlich Vortrag zu halten. Ich habe Rothschild heute vor meiner Abreise nicht mehr aufgesucht, kann dies aber bei Rückkehr nach London tun, falls Euere Durchlaucht dies wünschen.

Metternich

Randbemerkung von Mühlbergs:
Soll ich Schwabach, der sich heut bei mir angemeldet, im Sinne Metternichs instruieren? Es dürfte nach den Auslassungen des Botschafters wohl das richtige sein.
Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
Einverstanden. B. 11./I.

Nr. 6934

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Paris, den 10. Januar 1906

Herr Jean Dupuy, den ich wiederholt sehe, sagte mir gestern, er habe dieser Tage eine längere Unterhaltung mit dem Ministerpräsi-

---

* Vgl. Nr. 6932, Fußnote *.
** Siehe Nr. 6932.
*** Zifferngruppe unverständlich.

denten Rouvier gehabt und ihn in der versöhnlichsten Stimmung gefunden, wie ich dies übrigens bei meiner neulichen Begegnung mit ihm konstatieren konnte. Dupuy meint — wie er vertraulich bemerkte — mit Rouvier einig zu sein, daß die beste Lösung der Konferenz von Algeciras wäre, wenn der politische Status quo zunächst aufrechterhalten bliebe, hinsichtlich der Polizeireform aber nur ein Provisorium geschaffen würde. Um jedoch mit einem anscheinend greifbaren Resultat aufwarten zu können, würde die Regelung der Finanzfrage und der auszuführenden öffentlichen Arbeiten zu empfehlen sein. Rouvier möchte aber am Prinzip festhalten: pas de vainqueur, pas de vaincu. Die Befürchtung Dupuys und wohl auch Rouviers ist, daß die verschiedenen Vertreter, um einen persönlichen Erfolg zu verzeichnen, sich auf irgendeine definitive Lösung der heiklen Frage versteifen. Der Erfolg des einen müsse den Mißerfolg des anderen involvieren und könnte somit die Empfindlichkeit des von ihm vertretenen Staates nach sich ziehen. Die Delegierten sollten von vornherein nicht als Gegner in die Verhandlungen treten, sondern uneigennützig bestrebt sein, das gemeinsame Ziel der befriedigenden friedlichen Verständigung zu verfolgen. Nicht ohne Besorgnis lasse ihn, Dupuy, die Frage, ob nicht England auf eigene Initiative einen Antrag stellt, der die Gegensätze verschärfen müsse. Dem wäre es notwendig dadurch vorzubeugen, daß man versucht, die englischen Delegierten zu bewegen, keinen Antrag zu stellen, ohne sich vorher mit den beteiligten Mächten darüber zu verständigen, ob und wieweit derselbe Aussicht auf Annahme hätte. Hierzu wäre die Herstellung freundschaftlicherer Beziehungen zwischen England und Deutschland wesentlich und erwünscht. Aus den vertraulichen Andeutungen Dupuys entnehme ich, daß Rouvier, der aufrichtig die Verständigung mit Deutschland anstrebt, weit davon entfernt ist, der uneigennützigen Freundschaft Englands zu trauen, und in der englischen Politik das Bestreben sieht, Unfrieden zwischen Frankreich und Deutschland zu säen.

Dupuy verhehlte nicht, daß in dieser günstigen Stimmung der französischen Regierung der kleine Zwischenfall mit dem Weißbuch* eine Störung bedeute, hofft aber, daß die Wirkung eine vorübergehende sein werde. Er fügt hinzu, er bemühe sich in seinem Blatt, versöhnlich in der Marokkofrage zu wirken, müsse aber mit Vorsicht arbeiten, da bei der herrschenden Stimmung eine Übertreibung leicht das Gegenteil des Erstrebten hervorrufen könnte.

Radolin

---

* Vgl. Nr. 6910, Fußnote.

Nr. 6935

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Paris, den 12. Januar 1906

Marquis Visconti Venosta, den ich seit sehr vielen Jahren zu kennen die Ehre habe, und den ich auf seiner Durchreise nach Spanien sah, vertraute mir an, seine Rolle auf der Konferenz sei zwar eine begrenzte, er werde aber bemüht sein, versöhnend zu wirken und besonders zu verhindern suchen, daß die verschiedenen Delegierten sich in zwei Lager trennen, und daß etwaige Differenzen vor das Plenum zur Diskussion kommen[1]. Man müsse trachten, sich über die einzelnen Punkte vorher vertraulich zu verständigen, und erst nach völliger Verständigung[2] mit denselben vor die Konferenz treten. Er sei sich wohl bewußt von den Pflichten Italiens dem Dreibund und Deutschland gegenüber und werde seine Haltung auf der Konferenz dementsprechend einrichten, ohne dabei die guten Beziehungen mit Frankreich irgendwie aus dem Auge zu lassen. Ebenso wie Österreich neben seiner Verpflichtung zum Dreibund mit Rußland einseitig zusammenwirken könne, stände für Italien seiner Ansicht nach nichts im Wege, mit Frankreich auf dem besten Fuß zu sein. Er hoffe daher im versöhnlichen Sinne nach beiden Seiten hin in Algeciras zu wirken. Er wisse, daß Deutschland nichts anderes im Auge habe als die Offene Tür für alle beteiligten Mächte. Am klügsten wäre es, pour réserver l'avenir à la France, auf der Konferenz ein Definitivum zu vermeiden, sondern nur ein Provisorium von vorübergehender Dauer zu schaffen*.

Der Marquis schien sich der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß es im Interesse Italiens nicht liegen könne, Marokko eine definitive Neugestaltung zu geben, bevor nicht die tripolitanische Frage einigermaßen geklärt sei.

---

* In ähnlichem Sinne, immerhin etwas positiver äußerte sich der italienische Botschafter Graf Lanza am 15. Januar gegenüber Fürst Bülow. In einer Aufzeichnung des Reichskanzlers vom 15. heißt es darüber: „Lanza war eben bei mir. Seiner langen Rede kurzer Sinn war, daß Italien auf der Konferenz keinenfalls für das französische Generalpolizeimandat stimmen werde; daß es Italien im Hinblick auf seine früheren Abmachungen mit Frankreich nicht angenehm sein würde, sich gegen einen diesbezüglichen französischen Antrag direkt auszusprechen; daß Visconti deshalb tun würde, was er könne, damit ein solcher Antrag überhaupt nicht gestellt werde oder gestellt ohne Abstimmung begraben werde."

Von Herrn Rouvier, den er unmittelbar vorher gesprochen, und seiner Ansicht hat Marquis Visconti Venosta, wie er mir sagte, den besten Eindruck erhalten*.

Radolin

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr gut
[2] sehr richtig

Nr. 6936

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 19 Berlin, den 16. Januar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 16**.

Die Anregung des Herrn Dupuy, hinsichtlich der Polizeireform ein Provisorium unter möglichster Aufrechterhaltung des politischen Status quo zu schaffen, erscheint beachtenswert und könnte unter Umständen zu einer Verständigung über den wichtigsten Punkt des Konferenzprogramms führen. Es wäre daher erwünscht zu erfahren, wie Herr Dupuy und Herr Rouvier sich ein solches Provisorium denken, wobei selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß dasselbe nicht etwa auf eine einseitige Begünstigung Frankreichs hinauslaufen dürfte.

Euerer pp. stelle ich anheim, Herrn Dupuy in diesem Sinne zu sondieren, jedoch nur dann, wenn es Ihnen möglich scheint, Ihre Frage als eine von Ihnen persönlich ausgehende, unbefohlene glaubhaft zu machen.

Bülow

* Vgl. auch die Äußerungen Visconti Venostas zu dem italienischen Botschafter in Paris Grafen Tornielli, mitgeteilt in dem Bericht des belgischen Gesandten in Paris A. Leghait vom 16. Januar 1906. Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger II, 101 ff.
** Siehe Nr. 6934.

Anhang

Militärische Vorsichtsmaßregeln Frankreichs und Englands

Nr. 6937

Das Generalkommando des XVI. Armeekorps an den Chef des Generalstabs der Armee Generalleutnant von Moltke

Telegramm. Abschrift von der Hand des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Geheim Metz, den 6. Januar 1906

Nach Meldung des Grenzpolizeikommissars in Avricourt ist französischerseits für 7. d. Mts. Probemobilmachung der Truppen längs der Grenze gegenüber diesseitigem 15. und 16. Korps unter Einziehung von Reservisten beabsichtigt. Schreiben folgt.

Generalkommando 16

Nr. 6938

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Unsignierter, nicht zur Absendung gelangter Entwurf

Berlin, den 7. Januar 1906

Nach einer Meldung des Kommandierenden Generals in Metz* ist französischerseits für den heutigen Tag der Beginn einer Probemobilmachung der Truppen längs der deutsch-französischen Grenze unter Einziehung von Reservisten beabsichtigt.

Euere Durchlaucht bitte ich, sich sofort zu Herrn Rouvier und, wenn es Ihnen dann noch nötig erscheint, auch zum Herrn Präsidenten der Republik zu begeben und diesen gegenüber in ganz vertraulicher Form und ohne Drohung, aber offen und ruhig darauf hinzuweisen, wie sehr durch eine derartige militärische Maßnahme die gegenwärtige politische Situation verschärft werden würde. Und zwar würde dies geschehen ohne jeden ernstlichen Anlaß, da alles, was über eine deutsche Absicht, Frankreich anzugreifen, verbreitet wird, glatt erlogen ist. Auch die Nachricht von einer kriegerischen Rede, welche Seine Majestät der Kaiser am Neujahrstage an die versammelte Generalität gehalten haben solle, ist Erfindung. Unserer friedlichen Politik entsprechend sind deutscherseits besondere militärische Maßnahmen bisher in keiner Weise angeordnet worden, wie dies dem französischen Generalstab sicher genau bekannt sein wird.

* Vgl. Nr. 6937.

Wenn aber in Frankreich gerade an unserer Grenze eine Probemobilmachung ins Werk gesetzt wird, so wird eine Erregung der öffentlichen Meinung auch in Deutschland die unvermeidliche Folge sein, und wir können dann nicht übersehen, ob nicht militärische Gegenmaßregeln sich uns gebieterisch aufdrängen würden. Am Vorabend der Konferenz von Algeciras, von der wir hoffen, daß sie zu einer allgemeinen politischen Beruhigung führen wird, und an der in diesem Sinne mitzuwirken wir entschlossen sind, erscheint es uns doppelt bedauerlich, wenn durch Maßnahmen, wie die uns gemeldete, die Lage kompliziert und die Gefahr einer großen Krisis ohne Notwendigkeit erhöht und näher gerückt wird. Es ist nach unserer Auffassung in hohem Grade wünschenswert, daß besonders auf militärischem Gebiete alles vermieden wird, was diese Wirkung herbeizuführen und die Fortdauer friedlicher Verhältnisse irgendwie in Frage zu stellen geeignet ist.

Euere Durchlaucht wollen das Ergebnis Ihrer Schritte sowie die Rückäußerungen der französischen maßgebenden Stellen mit größter Beschleunigung telegraphisch hierher melden.

Nr. 6939

Der Chef des Generalstabs der Armee Generalleutnant von Moltke an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

Ganz vertraulich — Berlin, den 8. Januar 1906

Euer Durchlaucht darf ich sehr gehorsamst melden, daß die Nachrichten, wie sie bis heute morgen vorliegen, keine Bestätigung der Alarmdepesche bringen.

Es liegt in keiner Weise Veranlassung zu einem diplomatischen Schritt vor.

Ich werde Ew. Durchlaucht dauernd orientiert halten.

An Seine Majestät berichte ich in gleichem beruhigendem Sinn.

v. Moltke

Nr. 6940

*Der Stellvertretende Staatssekretär von Mühlberg an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zahn

Nr. 83 — Berlin, den 16. Januar 1906

Geheim

Nach Meldungen der Grenzpolizei sollte französischerseits für den 7. d. Mts. der Beginn einer Probemobilmachung der Truppen

* Hier des Zusammenhangs wegen eingereiht.

längs der deutsch-französischen Grenze unter Einziehung von Reservisten beabsichtigt gewesen sein. Wenn sich diese Meldung als zutreffend herausgestellt hätte, würden Ew. pp. mit einer vertraulichen diplomatischen Demarche beauftragt worden sein, da sich an eine derartige militärische Maßnahme Frankreichs notwendig eine Reihe weiterer Vorgänge hätte knüpfen müssen.

Die Meldung hat sich nicht bestätigt, wie General von Moltke mir mitteilt. Gleichwohl habe ich nicht unterlassen wollen, Ew. pp. streng vertraulich zu informieren.

Mühlberg

Nr. 6941

Bericht des Militärattachés in Paris Hauptmanns von Mutius

Abschrift

Paris, den 6. Januar 1906

Es unterligt keinem Zweifel, daß die französische Heeresverwaltung sich in jeder Richtung auf den Krieg vorbereitet und die im vorigen Sommer hervorgetretenen angeblich größeren Mängel der Kriegsrüstung beseitigt.

Die Zeitungen sind voll solcher Nachrichten. Dieselben lassen sich im einzelnen meist nicht auf ihre Richtigkeit prüfen, immerhin geht aus der Summe derselben hervor, daß an den Festungen der Ostgrenze Verstärkungsarbeiten ausgeführt wurden, und daß für Vermehrung des Materials, speziell der Munition gesorgt ist*.

Mir ist übrigens von verständiger Seite die Ansicht ausgesprochen worden, daß diese Mängel tatsächlich nicht so erheblich gewesen seien, als man nach dem Zeitungslärm glauben könnte.

Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß etwa vorhandene Lücken jetzt ausgefüllt sind.

Die Anlage** bringt einige bezügliche Preßäußerungen der letzten Zeit.

Die in den untergeordneten Zeitungen vielleicht übertriebenen Nachrichten finden eine gewisse Bestätigung darin, daß auch in Re-

---

* Unrichtig ist die Angabe bei J. Haller, Die Ära Bülow, S. 24: „Die Einleitung zu den Verhandlungen in Algeciras bildete im Dezember eine große Rüstungsvorlage, die Rouvier selbst mit Nachdruck vertrat, und die von der Kammer am 29. Dezember mit großer Mehrheit angenommen wurde.“ Eine Rüstungsvorlage hat der französischen Kammer im Dezember 1905 gar nicht vorgelegen; am 29. Dezember hat überhaupt keine Sitzung der französischen Deputiertenkammer stattgefunden.

** Nicht bei den Akten.

gierungsblättern wie „Temps“ und „France militaire“ sich ähnliche Andeutungen finden.

Bezüglich der Arbeiten an dem Fort Frouard ist allerdings zu bemerken, daß dieselben noch gute Weile haben. Die Angebote der Unternehmer sind erst vor einigen Tagen eingefordert worden. Die Fertigstellung soll bis spätestens 1910 erfolgen.

Die alarmierenden Artikel der „Libre Parole“ und des „Intransigeant“ über Finanzmaßnahmen, welche auf die bevorstehende Mobilmachung hinweisen sollten, müssen wohl so verstanden werden, daß man auch in dieser Richtung sich für alle Fälle vorbereitet. —

In der Truppe selbst tritt ebenfalls, wie man mir sagt, in weit höherem Grade als sonst das Bestreben hervor, sich kriegsbereit zu halten. Die Ansprachen der Kommandeure gelegentlich der présentations du drapeau ermangeln neben chauvinistischen Bemerkungen über den deutschen Nachbar fast nie eines solchen Hinweises.

Meine Kollegen, die schon längere Zeit die französische Armee beobachten, bestätigen mir, daß die Ausbildung der Rekruten dieses Jahr auffallend vorwärts getrieben wird. Letztere haben bereits an den Probemobilmachungen und zahlreichen Winterübungen der Garnisonen teilgenommen, welche allenthalben und, wie man mir sagt, in größerem Umfange als sonst stattgefunden haben.

Im Kriegsministerium herrscht, wie ich aus französischer Quelle höre, außergewöhnliche Tätigkeit.

Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß der Weihnachts- und Neujahrsurlaub mit Rücksicht auf angebliche Kriegsgefahr eingeschränkt worden sei, entbehrt jedoch anscheinend der Begründung.

Jedenfalls haben umfangreiche Beurlaubungen stattgefunden, auch in den Grenzgarnisonen, wie ich mich zum Teil persönlich habe überzeugen können.

(gez.) von Mutius

Nr. 6942

Der Chef des Generalstabs der Armee Generalleutnant von Moltke an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 748 II
Persönlich

Berlin, den 23. Januar 1906

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, meine Ansicht über die von den Franzosen in der letzten Zeit getroffenen militärischen Maßnahmen ganz ergebenst zu unterbreiten.

Die in der Presse verbreiteten, alarmierenden Gerüchte über Mobilmachungsvorbereitungen in Frankreich haben sich als falsch oder doch stark übertrieben herausgestellt. Insbesondere hat eine Einziehung von mehreren Jahrgängen der Reserve, wie sie das Telegramm des XVI. Korps meldete, nicht stattgefunden, ebensowenig sind die Armeekorps des Grenzgebietes durch geschlossene Truppenverbände aus dem Innern verstärkt worden.

Tatsächlich werden in Frankreich folgende Maßnahmen getroffen:

Die Festungen an der Ostgrenze werden verstärkt und in einen verteidigungsfähigeren Zustand gesetzt. Ihre Vorräte an Munition und Lebensmitteln werden aufgefüllt. Die Stärken der Grenzschutztruppen sind anscheinend durch Abgabe von Mannschaften der Truppenteile des Inneren annähernd auf den gesetzlichen Friedensfuß gebracht. Ferner sind Reservisten zur Ableistung ihrer gesetzlichen Übung hier und da in geringer Stärke eingezogen.

Die Ausbildung und Bereitschaft der Truppen an der Grenze wird in jeder Weise gefördert. Dazu finden garnisonweise zahlreiche Probemobilmachungen und Übungen der Grenzschutztruppen bei Tag und Nacht statt.

Alle diese Vorbereitungen sind aber nicht anzusehen als Vorbereitungen für eine beabsichtigte Mobilmachung, sondern nur als Vorsichtsmaßnahmen, die sich leicht erklären lassen.

Meiner Ansicht nach halten die Franzosen jetzt ein weiteres Zurückweichen in der Marokkofrage nicht mit der Würde ihres Landes vereinbar, nachdem sie bereits einmal nachgegeben und den Minister Delcassé fallen gelassen haben.

Sie befürchten indessen, daß infolge ihres festen Auftretens die Konferenz nicht nur ergebnislos verlaufen, sondern sogar zu kriegerischen Verwicklungen führen könnte. Sie selbst wünschen keinen Krieg und denken ihrerseits auch an keinen Angriff. Sie wollen aber gegen einen Angriff Deutschlands gerüstet sein.

Tatsächlich war Frankreich bisher auf einen Krieg mit Deutschland nicht genügend vorbereitet. Es ist jetzt bekannt geworden, daß durch eine parlamentarische Kommission im Sommer vorigen Jahres der Zustand und die Bestände der Ostfestungen geprüft und hierbei erhebliche Lücken festgestellt worden sind.

Die Stärke der Truppen an der Grenze blieb stets hinter der gesetzlichen Friedensstärke zurück und wurde durch zahlreiche Beurlaubungen aus Ersparnisrücksichten noch weiter andauernd geschwächt.

Auf Grund des Gutachtens der Kommission sind dem Kriegsminister im Sommer vorigen Jahres zur Abstellung der vorhandenen Mängel besondere Geldmittel (200 Millionen) zur Verfügung gestellt worden.

Die zur Beseitigung dieser Mängel getroffenen Maßnahmen sind bisher noch nicht zum Abschluß gelangt.

Gleichzeitig beehre ich mich, Euerer Durchlaucht ganz ergebenst zur Kenntnis zu bringen, daß durch die Erörterungen in der französischen Presse über die augenblickliche Lage und durch vertrauliche Mitteilungen die finanziellen Vorbereitungen Frankreichs für einen Krieg bekannt geworden sind.

Die „Banque de France" soll bei einer Mobilmachung der Regierung die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stellen. Hierüber ist zwischen der Regierung und der Bank ein geheimer Vertrag abgeschlossen worden. Die Hauptpunkte in diesem Vertrage sind nach einer Agentenmeldung vom Jahre 1897 folgende:

1. Sofortige Zahlung von 25 Millionen frcs in bar an die Regierung bei Ausbruch eines Krieges.

2. Bereitstellung von täglich 5 Millionen frcs vom 1. bis 21. Mobilmachungstage in den Bankstellen der Provinz auf Grund einer besonderen Bedarfsnachweisung.

3. Dieses Darlehn von 130 Millionen frcs ist unverzinslich.

4. Die Bank ist zur Leistung von Vorschüssen auf die vom Parlamente zu genehmigenden Kriegsanleihen an die Regierung verpflichtet. Die vorzuschießende Summe soll 300 Millionen frcs nicht übersteigen. Tatsächlich hat aber die Bank der Regierung während des Krieges 1870/71 Vorschüsse im Betrage von rund $1^1/_2$ Milliarden geleistet.

In den letzten Jahren hat die „Banque de France" ihre Barbestände dauernd erhöht. Am 4. Januar 1906 waren rund

2,85 Milliarden frcs in Gold
1,07 „ „ „ Silber

vorhanden, wozu der Wechselbestand mit rund

1,2 Milliarden frcs

hinzuzurechnen ist.

Bei einer Mobilmachung erhalten, wie dies auch 1870/71 geschehen, die ausgegebenen Banknoten Zwangskurs, um den Barbestand der Bank zu sichern. Gleichzeitig soll zur Unterstützung dieser Maßnahme die Ausgabe kleinerer Banknoten, „20-Francsnoten", erfolgen.

Die Zwanzig-Francsnoten sollen auf Grund des deutsch-französischen Zwischenfalls 1905 neugedruckt und in der Bank zur Ausgabe bereitgelegt worden sein.

Zusammenfassend darf ich somit bemerken, daß sich Frankreich sowohl in militärischer wie in finanzieller Beziehung in sorgfältigster Weise auf einen Krieg vorbereitet. Doch deuten keine Anzeichen darauf, daß dies zu offensiven Zwecken geschieht, vielmehr bereitet sich Frankreich anscheinend zunächst auf die Verteidigung vor*.

v. Moltke

---

* Zu ganz ähnlichen Schlüssen gelangt der belgische Gesandte in Paris A. Leghait in seinem Bericht vom 16. Januar 1906: „Du côté français on a naturellement pris sur toute la frontière des mesures de précaution, mais

Nr. 6943

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Chef des Generalstabs der Armee Generalleutnant von Moltke

Konzept

Nr. 1062 Berlin, den 24. Januar 1906

Euer Exzellenz danke ich verbindlich für die sehr interessante geheime Mitteilung vom 23. d. Mts. betreffend die Stellung Frankreichs zu einer Kriegseventualität*. Im vorigen Juni, zur Zeit der Beseitigung von Delcassé, sprachen die französischen Zeitungen nationalistischer Färbung es offen aus, daß Frankreich unter dem derzeitigen demokratisch-sozialistischen Regime und insbesondere durch den Kriegsminister André allmählich wehrlos gemacht worden sei. Die seitherigen Rüstungen Frankreichs betrachte ich daher in der Hauptsache als eine innerpolitische Maßnahme. Das Kabinett Rouvier will einer Wiederholung jener Anschuldigungen vorbeugen.

Für die Frage, ob Krieg, ob Frieden, sind in nächster Zukunft Frankreichs eigene Rüstungen weniger maßgebend als die Aussichten auf bewaffnete Unterstützung Frankreichs seitens einer anderen Großmacht im Kriegsfalle. Wenn die Marokkokonferenz ergebnislos verläuft, dann sollte völkerrechtlich der Status quo ante, so wie er durch den Madrider Vertrag sanktioniert ist, bestehen bleiben. Hier liegt alsdann die Möglichkeit vor, daß Frankreich sich selber Recht zu verschaffen sucht und mit bewaffneter Hand an die Eroberung Marokkos geht. Frankreichs gegenwärtige Regierung wird sich auf ein solches weitaussehendes, gefahrvolles Unternehmen nur dann einlassen, wenn sie jetzt, wo Rußland selbst beim besten Willen kaum in Betracht kommen würde, sich der Unterstützung Englands zu Wasser und zu Lande ganz sicher fühlt. Daß die frühere englische Regierung Hoffnungen in dieser Richtung erweckt hatte, wußten wir schon vor den Enthüllungen des Herrn Delcassé. Die heutigen englischen Minister aber sind durch die Wahlen belehrt worden, daß die größte Mehrheit des englischen Volkes keine weiteren Kriegskosten zahlen will, sondern an denen des Burenkrieges genug hat. Daß vernichtende französische Niederlagen — gesetzt den Fall, daß Marokko in dem Kriege nicht isoliert bliebe — das englische Volk kriegslustig stimmen könnten, ist nicht ausgeschlossen, aber auf diese Ungewißheit hin wird Frankreich schwerlich den Krieg gegen Marokko wagen, sondern es wird dann schon auf der Konferenz seine Politik versöhnlich orientieren.

---

qui n'ont aucun caractère agressif et sont purement défensives. On assure que 270 millions ont été consacrés à cette réorganisation et que l'or est peu à peu retiré de la circulation pour constituer un trésor de guerre." Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger II, 103.

* Siehe Nr. 6942.

Ministerpräsident Rouvier hat uns die ausdrückliche, wenn auch nur mündliche Zusicherung gegeben, daß Frankreich für sich kein Generalmandat beantragen werde. Indessen ist es offenes Geheimnis, daß die französische Regierung verschiedenen Kabinetten den Gedanken nahegelegt hat, sie ihrerseits möchten das Generalmandat für Frankreich beantragen. Hierzu hat sich bis jetzt niemand bereit finden lassen, mehrere Mächte haben im Gegenteil schon zu erkennen gegeben, daß sie ein französisches Generalmandat als eine Gefährdung sämtlicher nichtfranzösischen Handelsinteressen betrachten würden. Am wichtigsten wird, wie ich schon vorher bemerkte, die Stellungnahme der englischen Regierung sein. Das neue Kabinett erklärt, „daß es sich der Erfüllung seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht entziehen kann". Diese sind aber ausschließlich diplomatischer Natur. Artikel 9 des englisch-französischen Marokkovertrags besagt, „daß die beiden Regierungen für die Ausführung des Vertrags sich gegenseitig diplomatische Unterstützung gewähren werden". Falls aber auf diplomatischem Wege das Generalmandat nicht zu erreichen ist, werden die Franzosen etwas weiteres nicht unternehmen ohne die Gewißheit, daß England ihnen mit Flotte und Heer den Rücken deckt. Eine diesen Punkt klarstellende französische Anfrage in London wird jeder kriegerischen Aktion Frankreichs gegen Marokko sicherlich vorhergehen. Daß von englischer Seite darauf eine bejahende Antwort erfolgen sollte, halte ich nach dem Ergebnis der englischen Wahlen für unwahrscheinlich. In dieser Ansicht wurde ich noch bestärkt, als ich in den letzten Tagen erfuhr, König Eduard habe sich gegenüber einer politischen Persönlichkeit, die nach Algeciras abreiste, in friedlichem Sinne ausgesprochen und den Wunsch nach einer Versöhnung der Gegensätze zu erkennen gegeben *. König Eduard war bekanntlich nicht immer dieser Ansicht, er hat aber einen feinen Instinkt für die englische Volksstimmung. Ein friedlicher Rat von ihm wird auch in Paris sehr wirksam sein. Ich glaube unter diesen Umständen mich für die Wahrscheinlichkeit eines befriedigenden Ausgangs der Konferenz — d. h. kein französisches Generalmandat und dauernde Erhaltung der Offenen Tür — aussprechen zu können. Sollten dunkle Punkte dennoch auftauchen, werde ich nicht unterlassen, die Aufmerksamkeit Ew. Exzellenz alsbald darauf zu lenken, und werde dankbar sein, wenn auch Sie Ihrerseits Kenntnis geben wollen von etwaigen wichtigen militärischen Nachrichten.

Ich benutze diesen Anlaß, um Ew. Exzellenz einen Brief des Botschafters Grafen Wedel** zu vertraulicher Kenntnisnahme und unter

---

* Gemeint ist der Spezialvertreter der „Times" Sir Donald Mackenzie Wallace. Vgl. Kap. CLII, Nr. 6951.

** Der Privatbrief Graf Wedels vom 22. Januar behandelt neben der Frage einer Einladung des Kaisers Franz Joseph zu den Kaisermanövern des Jahres

Rückerbittung zu übersenden, welcher die Einladung des Kaisers Franz Joseph zu den diesjährigen Manövern behandelt.

Bülow

Nr. 6944

Der Chef des Generalstabs der Armee Generalleutnant von Moltke an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

Berlin, den 26. Januar 1906

Euer Durchlaucht bitte ich meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu dürfen für das sehr geneigte Schreiben vom 24. d. Mts.* Ich werde nicht verfehlen, Euer Durchlaucht zu orientieren, sobald auf militärischem Gebiet Neues zu berichten ist.

Den Brief des Botschafters Grafen Wedel beehre ich mich wieder beizufügen. Ich hatte gestern abend Gelegenheit, Seiner Majestät meine Ansicht dahin auszusprechen, daß ich es für wünschenswert halte, meine in Aussicht genommene Reise nach Wien bis nach Abschluß der Algeciraskonferenz zu vertagen, um keine politischen Kombinationen zu erwecken, die grade jetzt vielleicht nicht wünschenswert sind. Seine Majestät waren einverstanden**.

v. Moltke

Nr. 6945

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow****

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 4. Februar 1906

pp. Von den Aufzeichnungen Captain Allenbys † über die Audienz bei Seiner Majestät teilte mir der König einiges im Vertrauen mit:

1906 noch den Gedanken einer Entsendung des Generalstabschefs von Moltke nach Wien, um sich bei Kaiser Franz Joseph in seiner neuen Stellung zu melden.

* Siehe Nr. 6943.

** Der Besuch General von Moltkes in Wien zwecks Meldung bei Kaiser Franz Joseph fand am 25. Mai statt.

*** Aus dem Metternichschen Privatbriefe, der einen eingehenden Bericht über eine Audienz bei König Eduard VII. vom 4. Februar 1906 gibt, wird hier nur derjenige Teil wiedergegeben, der sich auf die gegenseitigen deutschen und französischen Rüstungen bezieht.

† Bisheriger englischer Marineattaché in Berlin, der kurz zuvor von Kaiser Wilhelm II. in Abschiedsaudienz empfangen war.

Seine Majestät der Kaiser habe dem Kapitän über französische Kriegsvorbereitungen gesprochen. Der König meinte, man dürfe nach den Erfahrungen [1], die die Franzosen während des letzten Jahres gemacht hätten, sich wohl kaum darüber wundern, wenn sie sich militärisch vorzubereiten suchten.

Ich möchte hier einschalten, daß Sir Edward Grey mir kürzlich gesprächsweise bemerkte, er höre aus verschiedenen Quellen vieles über military preparations, die wir machten [2]. Er nehme diese Mitteilungen sehr gelassen hin und setze an Stelle von „preparations" das Wort „precautions". Zu diesen sei jeder Staat berechtigt, um für unvorhergesehene Fälle vorbereitet zu sein*. Ich erwiderte dem Minister, mir sei von besonderen militärischen Vorbereitungen unsererseits nichts bekannt. Wir seien aber stets vorbereitet. Für ein stehendes Heer von 500 000 Mann seien Anschaffungen von Kriegsmaterial im großen Maßstab jahraus jahrein erforderlich. Da unser Heer stets schlagfertig sei, so brauchten wir auch keine plötzlichen Vorbereitungen zu treffen. Dagegen hätte ich meinerseits gehört, daß die Franzosen seit dem Sommer vorigen Jahres stark rüsteten [3]. Sir Edward Grey erwiderte, das deutsche Heer genieße allerdings den Ruf, stets kriegsbereit zu sein. pp.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Welche? Fashoda ist doch zu lange her
[2] falsch! Frankreich macht preparations, und wir nicht mal precautions
[3] für über 200 Mill Mk

---

* Derartige „precautions" wurden auch in England im Hinblick auf die mögliche Zuspitzung der Marokkofrage in Algeciras und auf die Frankreich gegebenen Eventualzusagen (vgl. Nr. 6923, S. 48, Fußnote *) getroffen; ja sie nahmen hier den Umfang einer neuen Organisation des Mobilmachungswesens und des ganzen Armeewesens an. Vgl. Nr. 6946 nebst Anlage und Viscount Haldane, Before the war, p. 21 ff. Lord Haldane gibt zu, daß er von seinem Amtsantritt als Staatssekretär des Krieges (Dezember 1905) an sein möglichstes getan habe, um England militärisch für alle Eventualitäten vorzubereiten. „During the first of the above periods (i. e. 1905—1912) it fell to me to work out the military organisation, that would be required to insure as far as was practicable, against risk, should those strenuous efforts fail into which Sir Edward Grey had thrown his strength. He was endeavouring with all his might to guard the peace of Europe of danger."

Nr. 6946

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 145 London, den 9. Februar 1906
Geheim

Mit Bezug auf den Militärbericht Nr. 40 vom 31. v. Mts. betreffend die Mobilmachung der englischen Armee, von dem ich der erteilten Weisung gemäß eine Abschrift hier beizufügen mich beehre *.

Euere Durchlaucht wissen aus meiner Berichterstattung, daß Lord Lansdowne mir im vorigen Sommer gesprächsweise sagte, im Falle eines unprovozierten deutschen Angriffs auf Frankreich würde die hiesige öffentliche Meinung so erregt sein und sich so sehr auf die französische Seite stellen, daß man nicht wissen könne, wohin die englische Regierung dann getrieben würde **. Der damalige Minister des Äußern fügte diplomatischerweise hinzu, die Frage habe keine praktische Bedeutung, da ein unprovozierter Angriff Deutschlands auf Frankreich bei der Friedensliebe der deutschen Politik ganz außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liege. Der jetzige Minister des Äußern Sir Edward Grey sagte mir, wie Euere Durchlaucht ebenfalls aus meinen Berichten entnommen haben werden, gleich in unserer ersten Unterredung Ähnliches ***. In England habe sich die öffentliche Meinung so sehr mit der französischen Marokkopolitik identifiziert, daß bei einem deutsch-französischen Kriege wegen Marokkos sie unbedingt auf Seiten Frankreichs stehen werde. Er ließ also ebenfalls durchblicken, daß England sich in dem Falle auf der Seite Frankreichs befinden werde. Er fügte zugleich hinzu und betonte wiederholt, daß die englische Regierung dringend wünsche, nicht in einen Konflikt mit Deutschland wegen Frankreichs hineingezogen zu werden. Er fuhr fort, daß, wenn die Marokkoangelegenheit erst glücklich überwunden sei, er und die jetzige Regierung tatkräftig an einem besseren Verhältnis zwischen Deutschland und England mitarbeiten und ebenfalls bessere deutsch-französische Beziehungen zu fördern bestrebt sein würden.

Es ist bekannt, daß die englische öffentliche Meinung in der Marokkofrage auf der Seite Frankreichs stand und in überwiegender Mehrheit noch steht. Ich habe stets berichtet und wiederhole es, daß weder die englische Regierung noch das englische Volk einen Krieg

---

* Siehe Anlage.
** Vgl. Bd. XX, Kap. CL, Nr. 6860.
*** Vgl. Nr. 6923.

mit Deutschland herbeizuführen suchen. Ein Krieg mit Deutschland wäre den Engländern, auch mit Frankreich als Bundesgenossen, im höchsten Grade unerwünscht. Sie wissen, daß sie sich durch einen Krieg selbst schaden, daß ihr blühender Handel mit Deutschland zugrunde gerichtet, und daß andere daraus Vorteil ziehen würden. Trotzdem ist es aber sehr wahrscheinlich, daß England im Falle eines deutsch-französischen Krieges, den es nicht wünscht, nicht neutral bleiben würde. Die englische Politik, welche lange gezögert hat, und das englische Volk haben sich vom Dreibund ab- und Frankreich zugewandt. Wo Rußland darniederliegt, würde eine Vernichtung Frankreichs durch Deutschland die deutsche Macht so sehr in Europa in den Vordergrund drängen, daß die Stellung Englands nach Ansicht der Engländer darunter leiden würde. Die entente cordiale verdichtet sich und wird für lange Zeit ein wichtiger Faktor in der europäischen Politik bleiben. Angriffsabsichten hat England aber nicht.

P. Metternich

Anlage

Bericht des Militärattachés in London Rittmeisters Grafen von der Schulenburg

Abschrift *

London, den 31. Januar 1906

Geheim

Anliegend überreiche ich die Kriegsgliederung für die im Vereinigten Königreich zu mobilisierenden Truppen. Die diesjährigen „Field Army Tables" sind mir nicht zugänglich gemacht; es war deshalb namentlich bei den neuorganisierten Truppenkörpern nicht überall möglich genau festzustellen, von welchen Truppenteilen sie mobil gemacht werden, und wo das Kriegsmaterial für sie lagert.

Jedenfalls ist aber die Zusammenstellung in den mobilen Truppenverbänden bis auf einige zweifelhafte, aber unwesentliche Punkte richtig.

England macht nach der Kriegsgliederung einer Feldarmee mobil:

73 Bataillone, 4 Bataillone Mounted Infantry, 48 Escadrons, 60 Batterien (360 Geschütze), 167 Maschinengewehre, 17 Pompoms, 13 Pionier Kompagnien, 3 Batterien schwere Artillerie (12 4,7zöllige Schnellfeuergeschütze), im ganzen rund 116 700 Mann.

Das vom Defence Committee aufgestellte und von der Regierung angenommene Programm geht dahin, England auch militärisch bündnisfähig zu machen, d. h. das Heer qualitativ und quantitativ so zu heben, daß sein Miteinsatz für einen Bundesgenossen von Wert ist.

* Das Schriftstück trägt die eigenhändige Unterschrift des Militärattachés.

Zunächst hat man sich als Ziel gesetzt, eine Feldarmee von 150 000 Mann mobil machen zu können, die so ausgebildet und ausgerüstet ist, daß sie an einem Kampf gegen eine europäische Großmacht teilnehmen kann. Die Zahl von 150 000 Mann ist vorläufig noch nicht erreicht, man muß aber mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß England die in meiner Kriegsgliederung aufgeführten Truppen in der Zahl von rund 116 700 Mann augenblicklich mobil machen und den Abgang an Toten, Verwundeten und Kranken während eines Feldzuges auch wieder ergänzen kann. Daß hierbei namentlich für die Nachschübe auf die Miliz, Volunteers und Yeomen zurückgegriffen wird, ist natürlich.

Die englische Heeresleitung ist auch seit Jahren eifrig bemüht, die Mobilmachung der Armee besser vorzubereiten, als wie es beim Ausbruch des Burenkrieges der Fall war. Sowohl Brodrick* wie Arnold-Forster** haben unablässig daran gearbeitet, das nötige Kriegsmaterial schon im Frieden zu beschaffen und bereitzustellen. Wenn diese Arbeit auch nicht beendet ist, so kommt man doch in jedem Jahr damit einen Schritt vorwärts.

Natürlich werden bei der Mobilmachung vielerlei Friktionen vorkommen; die vorgeschriebene Zeit wird nicht immer eingehalten werden, und der Pferdeersatz wird große Schwierigkeiten machen. Bei der Mobilmachung müssen für die Armee 102 000 Pferde neu beschafft werden, die im Inlande nicht mehr sicher zu stellen sind, seitdem das Automobil für alle Verwendungen das Pferd mehr und mehr verdrängt. Ich nehme daher an, daß man alle für Trains und Kolonnen nötigen Pferde im Ausland, wahrscheinlich in Holland und Belgien kauft, die nicht nach England, sondern direkt dorthin dirigiert werden, wo sie von der englischen Armee gebraucht werden.

Die seit Monaten so viel besprochene Frage „Wird in einem deutsch-französischen Kriege England mitmachen und auch seine Armee gegen Deutschland verwenden?“ bejahe ich.

Die Annäherung an Frankreich ist hier in England populär und wird es auch in der neuen liberalen Ära bleiben.

Bei Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges wird sich ganz England auf Frankreichs Seite stellen, und der Haß gegen Deutschland wird dabei wieder zu den hellsten Flammen auflodern — mit dem wahrscheinlichen Ende, daß England sich ebenfalls an dem Kriege beteiligt. Es ist doch auch kaum anders denkbar. Seit Jahren sieht England mit neidischen, scheelen Augen zu, wie Deutschlands Industrie und Welthandel sich immer blühender entfalten, und wie seine Weltmacht-

---

* Staatssekretär des Krieges in den Kabinetten Lord Salisbury und Balfour 1900—1903.

** Nachfolger Brodricks als Staatssekretär des Krieges im Kabinett Balfour seit 1903.

stellung durch die stetig anwachsende Flotte auf immer festere Füße gestellt wird. Sollte England da die günstige Gelegenheit versäumen, wo es mit einem anderen zusammen mit dem lästigen Konkurrenten abrechnen kann? Weiß es ferner doch zu genau, daß Deutschland aus einem Duell mit Frankreich nach aller Voraussicht noch mächtiger und stärker hervorgehen würde, als es vordem war. Alle diese Erwägungen werden voraussichtlich England dann dazu treiben, den Krieg zu Wasser und zu Lande mitzumachen, um Deutschland nach Möglichkeit zu schwächen, seine Flotte zu vernichten und seinen Welthandel wieder an sich zu reißen.

Wohl ist es möglich, ja sehr wahrscheinlich, daß sich unter dem jetzigen Ministerium die Beziehungen zu Deutschland wieder freundschaftlicher gestalten. Das kann uns aber nicht abhalten, für alle Fälle unsere Vorbereitungen zu treffen.

Denn auch die englische Admiralität und der englische Generalstab werden sich hierdurch in ihren Mobilmachungsarbeiten gegen Deutschland nicht stören lassen.

Wo kann das englische Landungskorps nun erscheinen?

Es gibt drei Wege: über Calais und Dünkirchen, über Antwerpen-Belgien und schließlich durch die Nordsee.

Der erste ist nicht wahrscheinlich, denn er führt vor die deutsche Front und wäre uns der angenehmste. Der dritte durch die Nordsee nach Schleswig-Holstein ist sehr kühn, aber mit vielen Schwierigkeiten verknüpft und wenig Erfolg versprechend. Auf die sichere Mitwirkung Dänemarks ist nicht zu rechnen, und man ist räumlich sehr weit von seinem Bundesgenossen entfernt und ganz auf sich selbst angewiesen. Nach meiner Ansicht wird nur dann eine Landung in unserem Norden zu gewärtigen sein, wenn Frankreich im Verein mit dem englischen ein Landungskorps dorthin schickt. Ob Frankreich hierzu die Truppen hat, entzieht sich meiner Beurteilung, ich möchte es aber bezweifeln.

Mutmaßlich werden sich die Engländer für eine Landung in Belgien entscheiden, um gegen unsere Flanke vorzugehen. Sie bietet den Vorteil, als Basis den befestigten Abschnitt von Antwerpen zu haben, hinter den man sich bei unglücklichem Ausgange des Unternehmens zurückziehen kann. Die rückwärtige Verbindung nach England ist nicht so weit, und der Bundesgenosse ist in erreichbarer Nähe. Schließlich ist auch noch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß man das belgische und holländische Heer zum Mitmachen zwingen kann. Bezeichnend in dieser Beziehung ist der von mir am 23. Januar übersandte Artikel der „Times“ über die Stellung Belgiens und der Niederlande in einem deutsch-französischen Kriege*.

---

* Der Artikel der „Times“ vom 23. Januar 1906 „The Low Countries“ faßt für den Fall, daß in einem künftigen deutsch-französischen Kriege Deutsch-

Überraschend wird das englische Landungskorps auf keinen Fall auftreten können, denn seine Mobilmachung ist bei den vielseitigen europäischen Nachrichtenverbindungen nicht geheimzuhalten, und es kann nicht von heute auf morgen in Deutschland erscheinen. Nach den bis jetzt geltenden Mobilmachungsvorschriften sollen die englischen Truppen am 12. Mobilmachungstage in ihren Garnisonen marschbereit sein.

Zum Transport werden ungefähr 120 große Dampfer nötig sein. Beginnt nun die Einschiffung am 13. Mobilmachungstage, so kann sie mit allen Kolonnen und Trains nicht vor vier Tagen beendet sein. Am 17. Mobilmachungstage kann also frühestens die Abfahrt beginnen. Auf die Überfahrt sind mindestens 24 Stunden zu rechnen. Die Ausschiffung könnte also am 18. Mobilmachungstage ihren Anfang nehmen. Sie wird sich mindestens auf sechs Tage hinziehen, da man nicht ohne Trains und Kolonnen losmarschieren kann. Man wird also damit rechnen können, daß das englische Landungskorps zirka vom 22. Mobilmachungstage ab auf dem Kontinent verwendungsbereit sein kann. Bei dieser Berechnung habe ich die für England allergünstigsten Zahlen angenommen. Aller Voraussicht nach wird die englische Mobilmachung wesentlich langsamer vor sich gehen; sie werden sich auch nicht zu sehr beeilen, um in ihrem laurigen Charakter erst mal zu sehen, wie der Hase läuft, und die ersten Entscheidungen zwischen Frankreich und Deutschland abzuwarten.

Der voraussichtliche Führer des Landungskorps wird zur Zeit General French sein. Er ist kein bedeutender Stratege, aber ein praktischer Kriegssoldat mit gesundem Menschenverstand und entschieden ein Mann des Wagens und Draufgehens.

Sein Chef des Stabes wird voraussichtlich General Grierson sein, der, ein fleißiger Arbeiter, aber Pedant, als Generalstabsoffizier nicht zu brauchen ist. Seine diesbezüglichen Leistungen sind aus meinen Manöverberichten 1903 zu beurteilen. Als Kavallerieführer werden General Rimington und Scobell in Frage kommen, beides frische und unternehmende Leute, von denen Rimington der Tüchtigere ist.

Über die übrigen zurzeit in maßgebenden Stellen befindlichen Generale habe ich mich in meinem Bericht vom 20. Juli 1905 J.-Nr. 448 ausgesprochen.

Bei meinen mehrjährigen Beobachtungen bin ich vielfach bei den englischen Führern auf den Fehler gestoßen, daß sie eine bestimmte und vorgefaßte Meinung über die Absichten und Entschlüsse des

---

land die Neutralität Belgiens verletzen sollte, ein Zusammengehen Englands, Frankreichs, Belgiens und Hollands ins Auge und richtet für diesen Fall die Mahnung an die belgische und die holländische Adresse, sich auf das äußerste zu wappnen und eventuell zu wehren.

Gegners haben und dann leicht den Kopf verlieren, wenn es anders kommt. Große strategische Leistungen sind von keinem zu erwarten, wohl aber von allen die Anwendung kleiner Kriegslisten, nächtliche Unternehmungen und Überrumpelungen, Angriffe in der Morgen- und Abenddämmerung usw. Über die Fechtweise der englischen Truppen habe ich mich wiederholt in meinen Manöverberichten ausgesprochen. Hervorheben möchte ich, daß die schwache Seite ihres Angriffs in geöffneten Linien — in der Flanke liegt. In der Verteidigung lieben sie den Spaten und wenden vielfach Masken an, um den Gegner über die richtige Lage der Schützengräben zu täuschen. Die Kavallerie beschränkt sich in der Hauptsache auf Fußgefecht. Durch die Beigabe der vier Bataillone Mounted Infantry und zahlreiche Maschinengewehre ist ihre Gefechtskraft bedeutend erhöht. Die Pompoms haben nach den Erfahrungen des Burenkrieges mehr einen moralischen wie taktischen Wert, außerdem sind die Regimenter damit nicht eingeschossen. Ich weise besonders darauf hin, daß jedes englische Infanteriebataillon mit zwei Maschinengewehren ausgerüstet ist. Die Artillerie ist schwerfällig und ungewandt in der Ausnutzung des Geländes, alle Kanoniere sind mit Gewehren bewaffnet.

Es ist Grundsatz, vor einem zu erwartenden Gefecht jedem Mann so viel Patronen über die vorschriftsmäßigen hinaus zu geben, wie er nur irgend in seinen Taschen usw. mit sich schleppen kann.

Die braungrüne Uniformfarbe verwischt sich auf weitere Entfernungen fast ganz mit jeder Bodenschattierung. Die Offiziere sind in den Schützenlinien von den Mannschaften nur dadurch zu unterscheiden, daß sie einen Handstock tragen.

In ihrer Selbstüberhebung fühlen sich die Engländer einem Kampf mit den „schwerfälligen und veralteten“ deutschen Truppen natürlich gewachsen, in der Annahme, daß die deutsche Heeresleitung nicht imstande sein wird, ihnen ein starkes Heer gegenüberzustellen. Je mehr sie sich in diesen Glauben hineinreden und je schwächer sie uns halten, um so besser ist es.

Der Sieg über sie ist uns sicher, vorausgesetzt, daß wir sie nicht mit unterlegenen Kräften angreifen. In allem müssen wir ihnen überlegen sein, in allem ihnen zuvorkommen und ihnen einen Empfang bereiten, an den sie noch Jahrhunderte zurückdenken werden. Gerade die kleinen Kriegslisten, mit denen sie uns überraschen wollen, müssen wir gegen sie anwenden, ihre Nerven mürbe machen, sie bei Tag und bei Nacht nicht zu Atem und zur Ruhe kommen lassen, von Falle zu Falle locken und sie zum Schluß in einem Hauptstreich vernichten. Hierzu gehört ein in der Hauptsache aus aktiven Truppen bestehendes und numerisch stärkeres Heer, dessen Kavallerie mit starker Artillerie und Maschinengewehren so überlegen sein muß, daß sie die englische Kavallerie zusammenhaut und dann noch imstande ist, einen dauernden Kampf gegen die rückwärtigen Verbin-

dungen, die Kolonnen und Trains zu führen, für die die Engländer besonders nervös sein werden. Je eher wir mit den Engländern aufgeräumt haben, um so eher werden die ihnen gegenübergestellten Truppen wieder für den französischen Kriegsschauplatz verwendbar. Wird der Kampf nicht gleich zu Anfang entschieden und zieht sich hin- und herschwankend längere Zeit hin, so besteht die Gefahr, daß die Engländer allmählich auf den Gedanken kommen, das Landungskorps bedeutend zu verstärken. Daß sie hierzu imstande sind, hat der Burenkrieg gezeigt, wohin sie mit der Zeit 470 000 Mann ins Feld gestellt haben. Deshalb muß der erste Schlag gleich der letzte sein und das englische Heer in einer schweren entscheidenden Niederlage aufgerieben werden, so daß ihnen jede Lust vergeht, das Kunststück noch einmal zu wiederholen.

Die hiesige Stimmung ist zurzeit keineswegs bedrohlich, im Gegenteil ist die öffentliche Meinung und Presse milder und versöhnlicher gegen Deutschland gestimmt wie seit langen Zeiten. Trotzdem habe ich es für meine Pflicht gehalten, diese Frage eingehend zu berühren, weil die Landung einer englischen Armee während eines deutsch-französischen Krieges in den Mobilmachungsvorarbeiten berücksichtigt werden muß.

Die Kriegsgliederung und das Vademecum of Organisation sind für den Großen Generalstab bestimmt.

Grf. v. d. Schulenburg

Kapitel CLII

Das erste Stadium der Konferenz Januar—Februar 1906

Nr. 6947

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Madrid, den 12. Januar 1906

Vertraulich

Auf Grund unserer vertraulichen Rücksprachen will Herzog von Almodóvar*, als Präsident der Konferenz, in folgender Weise Verhandlung leiten:

An Spitze stellen Erklärung über Souveränität des Sultans, Integrität seines Reichs (entsprechend Meinungsaustausch in Paris vom 8. Juli).

Nach Ansicht des spanischen Ministers, die ich möglichst unterstützt habe, müssen von vornherein die marokkanischen Delegierten gut behandelt, ihr Vertrauen erworben werden[1].

Sodann Erklärung der Konferenz über die wirtschaftliche Freiheit in Marokko ohne jede Ungleichheit[2]. Politik der Offenen Tür.

(In diesen Hauptpunkten würde schon die volle Sanktion des deutschen Eintretens in die Marokkopolitik liegen[3]).

Danach übergehend zu den weiteren Kapiteln des Programms, diejenigen zuerst, welche voraussichtlich geringe Meinungsverschiedenheiten bieten würden: Maßregeln gegen Schmuggler, öffentliche Arbeiten, Staatseinkommen, Bankfrage. Zum Schluß die Polizeiorganisation.

Herzog von Almodóvar wird darüber mit französischem Delegierten sprechen, sobald dieser eingetroffen.

Wir reisen am Sonntag nachmittag 3,50 Uhr nach Algeciras ab.

Radowitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Gut

[2] sehr richtig

[3] das muß — wenn es so weit ist — in der Presse hervorgehoben werden.

* Spanischer Staatsminister (Minister des Äußern).

Nr. 6948

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zahn

Nr. 2 Berlin, den 15. Januar 1906

Auf Telegramm 18*.

Mit Ew. pp. bin ich durchaus darin einverstanden, daß die marokkanischen Delegierten von vornherein gut behandelt werden müssen, damit sie Vertrauen fassen. Es scheint mir schon deswegen gut, die Konferenzverhandlungen, wie der Herzog von Almodóvar will, mit einer Erklärung über die Souveränität des Sultans und die Integrität seines Reichs zu beginnen. Auch scheint mir nützlich, daran sofort die sehr wichtige Erklärung über die Fortdauer der wirtschaftlichen Freiheit in Marokko ohne jede Ungleichheit — Offene Tür — zu knüpfen.

Im übrigen glaube ich mit Ew. pp. darin einig zu sein, daß es es sich empfehlen wird, die spanische Geschäftsordnung und überhaupt solche Anträge neutraler Staaten, welche nicht mit unseren Interessen kollidieren, freundlich zu unterstützen.

Bülow

Nr. 6949

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Algeciras, den 16. Januar 1906

Erste Sitzung** hat heute nachmittag stattgefunden. Begrüßung der Delegierten durch spanischen Staatsminister. Wahl des Herzogs von Almodóvar zum Präsidenten auf meinen Antrag. Bildung des Sekretariats, dem französischer Botschaftssekretär für Hülfe in Protokoll-

* Siehe Nr. 6947.

** Es liegen Protokolle über die 18 Hauptsitzungen und 12 Komiteesitzungen der Konferenz vor, die aber nicht veröffentlicht worden sind. Die Beschlüsse der Konferenz sind mit eindringendem Kommentar zusammengestellt bei G. von Rüdiger, „Die Bedeutung der Algeciras-Konferenz“ (1920). Die eingehendste Darstellung der Konferenz bildet noch immer das Werk A. Tardieus, „La Conférence d'Algésiras“ (1907), dem zahlreiche Artikel des gleichen Verfassers im „Temps“ und ein größerer Aufsatz „A Algésiras, la crise décisive“ in

führung beigegeben. Herzog von Almodóvar hielt Ansprache mit Darlegung des Konferenzprogramms; stellte in Spitze „le triple principe de la souveraineté du Sultan, de l'intégrité de ses Etats et de l'égalité de traitement en matière commerciale c'est à dire la ‚porte ouverte' ". Gleich danach erklärte der französische Bevollmächtigte seine Übereinstimmung mit diesen Prinzipien, die auch seine Regierung als die Basis aller weiteren Reformbestrebungen für Marokko anerkenne. Darauf habe ich dieselbe Erklärung abgegeben, hinzugefügt, daß wir uns glücklich schätzen würden, auf dieser Grundlage zur befriedigenden Regelung der marokkanischen Angelegenheit beitragen zu können. Von allen übrigen Vertretern wurde dem beigestimmt. Auf Tagesordnung für nächste, noch nicht anberaumte Sitzung ist die Unterdrückung des Waffenschmuggels gesetzt. Bisher liegen dafür keine formulierten Anträge vor, die von französischer Seite erwartet wurden.

Der Eindruck der heutigen ersten Sitzung ist durchweg ein günstiger. Herzog von Almodóvar hat die mit mir vorher vertraulich besprochene Prozedur genau eingehalten. Die Marokkaner waren sehr befriedigt von der nunmehr formell und feierlich garantierten Integrität und Unabhängigkeit des scherifischen Reiches. Die allgemeine ...* der „Offenen Tür" kann nur als ein Erfolg unserer Politik angesehen werden; das haben mir namentlich Marquis Visconti Venosta und der Amerikaner White offen und beglückwünschend ausgesprochen. Die Marokkaner wollen eine längere Erklärung über ihren Standpunkt abgeben, haben es aber auf nächste Sitzung verschoben, um zuvor die Redaktion zu verbessern, wobei Graf Tattenbach ihnen behülflich ist.

Radowitz

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Sehr erfreulich

---

der „Revue des Deux Mondes", März 1907, voraufgegangen waren. Dem Buch Tardieus, das fast auf allen Seiten und selbst bei den französischen Staatsmännern heftige Klagen wegen taktloser Indiskretionen hervorrief, kann trotz zahlreicher Irrtümer und falscher Kombinationen eine große Vertrautheit mit den Dingen und den Persönlichkeiten nicht abgesprochen werden; ebenso augenfällig ist aber auch die Tendenz, Deutschland zu verdächtigen. Mit Recht bemerkte Botschafter von Schoen in einem Gespräch mit Iswolsky, der gleichfalls auf das peinlichste von den Indiskretionen Tardieus berührt war: Die Angaben Tardieus zeugten von überraschenden Kenntnissen, manches sei auch zutreffend, dagegen so ziemlich alles, was sich auf Deutschlands Verhalten beziehe, tendenziös zurechtgemacht und entstellt. Bericht Schoens Nr. 79 vom 5. März 1907. Eine eingehende Kritik der Tardieuschen Geschichtsschreibung findet sich in zwei „Um Algeciras" betitelten Aufsätzen in den „Grenzboten", Jg. 1907, S. 12, sowie in der „Kölnischen Zeitung" vom 30. März 1907, die beide von dem damaligen Dezernenten des Pressereferats Otto Hammann herrühren.

* Zifferngruppe fehlt.

Nr. 6950

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 8 Berlin, den 17. Januar 1906

Telegramm Nr. 3* eingegangen.

Herr Révoil, wie wir ihn kennen, wird sein Ziel — Tunisierung Marokkos — nicht leicht aufgeben. Sein sanfter Anfang ist vielleicht taktisches Manöver, vielleicht aber auch Folge einer Enttäuschung von London her. Am Sonnabend war dem englischen Botschafter hier gesagt worden, der Gang der Konferenz werde davon abhängen, ob Frankreich für eine militärische Aktion gegen Marokko auf die Unterstützung der englischen Land- und Seemacht hoffen könne oder nicht. Wenn nicht, dann werde die französische Regierung von Hause aus eine ruhige Politik machen, und das Ergebnis der Konferenz werde peace with honour für alle Teile sein. Der Botschafter hatte dies nach Hause telegraphiert und hat darauf gestern die folgende Antwort des Ministers Grey hier abgegeben: „We cannot deprecate any action which would come within the terms of the arrangement of 1904."

Diese Erklärung ist trotz der zurückhaltenden Form ganz unzweideutig, weil der Wortlaut des angezogenen Artikel 9 des Marokkovertrags ebenfalls unzweideutig ist und nur von diplomatischer Unterstützung spricht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Franzosen schon zu der Ansicht gelangt sind, von England her sei jetzt nichts weiter zu gewärtigen als die vertragsmäßige diplomatische Leistung, und daß hierdurch Herr Révoil vorsichtig gemacht ist. Das wird sich bald zeigen.

In unserem Interesse liegt es, daß in weitesten Kreisen der Diplomatie und der Presse der Gedanke Gemeingut werde: „Wenn England sich auf die vertragsmäßige diplomatische Unterstützung französischer Ansprüche beschränkt, sind Friede und dauernde Offene Tür gesichert. Sobald aber Frankreich Anlaß hat, für die Eroberung Marokkos und deren etwaige Folgen auf die bewaffnete Hilfe Englands zu rechnen, ist beides, Friede wie Offene Tür, in Frage gestellt." Dies wird namentlich auch Mr. Roberts (Associated Press) und den Vertretern liberaler englischer Zeitungen („Daily News", „Tribune", „Westminister Gazette") klarzumachen sein.

Bülow

---

* Siehe Nr. 6949.

Nr. 6951

Der Geschäftsträger in London Graf von Bernstorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 London, den 16. Januar 1906

Wie ich aus guter Quelle höre, ist Sir Donald Mackenzie Wallace, der als Spezialvertreter der „Times" nach Algeciras entsendet wurde, vor seiner Abreise von Seiner Majestät dem Könige Eduard empfangen und von höchstdemselben dahin instruiert worden, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die zwischen Deutschland und Frankreich vorhandenen Differenzen zu überbrücken *.

Mackenzie Wallaces erste hierher gelangte Telegramme sind entschieden versöhnlich gehalten.

Bernstorff

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Das ist die direkte Folge:

1) der großen Niederlage der Unionisten bei den Wahlen **. H[is] M[ajesty] erfährt am eigenen Leibe, daß die Jingo-Politik mit milit[ärischer] Spitze geeignet zum hineintreiben in Zusammenstöße mit Continentalmächten, nicht nach dem Geschmack der Nation ist. Seine Durchsteckereien mit Delcassé werden damit scharf verurtheilt! Ebenso der Schutzzoll Versuch Chamberlains! H[is] M[ajesty], einer Wetterfahne gleich, merkt den Umschwung der öffentl[ichen] Meinung, welche nicht gegen uns fechten will, und schwapp hat er auch schon die andre Seite ergriffen. Vor 14 Tagen wäre solche Instruktion ausgeschloßen gewesen.

2) des Besuches von Beit bei mir *** der anscheinend sehr brav, und ehrlich alles rapportirt hat, was ich ihm gesagt, und sich anstrengt, die Dinge wieder in das normale Fahrwasser zu bringen.
Es ist die wichtigste Nachricht für uns seit den Enthüllungen von Delcassé. nun glaube ich bestimmt, daß ein Einvernehmen zustande kommen kann! Wallace ist, sehr klug, gerissen, — Jude natürlich — intimus von H[is] M[ajesty] und wird gewiß den Auftrag geschickt ausführen. Unsre Herren sofort informiren, und sollen mit ihm in Verbindung treten. Ich war zuletzt in Sandringham mit Wallace zusammen und kenne ihn gut.
Die Gallier werden nette Gesichter machen!

---

* Laut einem Telegramm Radowitz' vom 21. Januar (Nr. 7) hätte Wallace ihm bestätigt, daß König Eduard VII., den er in friedlicher und „balancierter" Auffassung der Weltlage gefunden, sich für ein friedliches Ergebnis der Konferenz ausgesprochen habe. Daß König Eduard VII. eben damals von friedlichen Dispositionen erfüllt war, ergibt sich auch aus seinem Streben, mit Kaiser Wilhelm II. wieder persönlich auf einen guten Fuß zu gelangen. Vgl. Nr. 6960 ff.

** Die im Januar stattfindenden englischen Neuwahlen ergaben eine unerwartet große Niederlage der Unionisten und damit eine Befestigung des schon vorher (4. Dezember 1905) zustande gekommenen liberalen Kabinetts.

*** Vgl. Bd. XX, Kap. CL, Nr. 6887.

Nr. 6952

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Algeciras, den 17. Januar 1906

Privat für Baron von Holstein

Danke für Telegramm mit wertvoller Orientierung. Der hiesige Anfang war befriedigend. Die sachlichen Schwierigkeiten werden nun in Einzelfragen beginnen. Französische Vertreter uns gegenüber bisher sehr höfliches Entgegenkommen, aber keinerlei Tendenz zu geheimer Verständigung à la Kühlmann*. Marokkaner zeigen großes Vertrauen. Schlimm sind die zahllosen Journalisten, denen man im engen Raum nicht entgehen kann. Wir sprechen nur solche, die persönlich empfohlen sind.

Radowitz

Nr. 6953

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Unsigniert

Berlin, den 18. Januar 1906

Die englische fast mehr noch als die französische Preßkampagne in der Marokkofrage beweist, was im Entstellen der Wahrheit geleistet werden kann. Die wahre Sachlage in Marokko ist die folgende: England hat den größeren Teil seiner marokkanischen Interessen gegen vollgültige Entschädigung an Frankreich abgetreten. Von heute ab in 28 Jahren — eine kurze Spanne Zeit im Leben der Völker — erlischt Englands Recht auf „Offene Tür". Die gleiche Zumutung, sich innerhalb einer gegebenen Frist aus Marokko wirtschaftlich verdrängen zu lassen, wie das bereits in Tunis und Madagaskar geschehen ist, wird jetzt von seiten Frankreichs an die übrigen marokkanischen Vertragsstaaten gestellt. Das ist des Pudels Kern bei der Konferenz.

Das Ergebnis der Konferenz hängt davon ab, in welcher Weise Frankreich dabei von England unterstützt wird. Das englisch-französische Abkommen vom April 1904 stipuliert nur diplomatische Unterstützung. Lord Lansdowne aber hat dem Grafen Metternich seinerzeit gesagt, daß im Falle eines deutsch-französischen Krieges das englische Volk schwerlich zu hindern sein werde, den Franzosen auch kriegerische Hülfe zu leisten.

* Vgl. Kap. CLI, Nr. 6906.

Deutschland steht auf dem Standpunkt, daß für uns kein Grund vorliegt, die wirtschaftlichen Interessen und Aussichten, welche wir bisher in Marokko hatten, ohne weiteres den Franzosen zu opfern. Wir haben auch Grund anzunehmen, daß andere Vertragsstaaten in gleicher Lage ebenso denken wie wir.

England ist, wie gesagt, vertragsmäßig zu diplomatischer Unterstützung Frankreichs verpflichtet. Diplomatie bedeutet Überredung. Wird England sich mit der Erfüllung seiner Vertragspflicht begnügen? oder wird es Frankreich bei der Eroberung Marokkos und den daran sich etwa knüpfenden Verwickelungen mit bewaffneter Hand den Rücken decken? Das würde also heißen, daß England, welches für seinen marokkanischen Verzicht entschädigt wurde, nun mit Frankreich zusammen die übrigen Vertragsstaaten vergewaltigt, um deren Verzicht ohne entsprechende Entschädigung zu erzwingen. Wer ist dann der angreifende Teil? Damit soll nicht etwa gesagt werden, daß Deutschland eine politische Entschädigung verlangt, wie sie England von Frankreich zuteil geworden ist. Seine Majestät der Kaiser hat bereits im April 1904 dem König von Spanien in Vigo erklärt, daß er kein Stück marokkanischen Gebiets, groß oder klein, beansprucht, daß er aber für die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko eintreten, d. h. die dauernde Sicherung der „Offenen Tür" sich angelegen sein lassen wird. Wenn England sich auf die vertragsmäßige diplomatische Rolle beschränkt, wird auch Frankreich eine ruhige Politik machen, und die Konferenz wird mit peace with honour für alle Teile enden. Stellt aber England seine bewaffnete Unterstützung in Aussicht, dann läßt sich nicht vorher sagen, ob Frankreich der dadurch gebotenen Versuchung, die Welt einmal wieder auf den Kopf zu stellen, widerstehen wird. Es gibt Elemente, z. B. die Afrikander in Südafrika, welche mit der heutigen Weltlage unzufrieden sind und deshalb eine solche Katastrophe herbeiwünschen, aber ich sehe nicht, daß für England, Deutschland oder selbst Frankreich le jeu vaudrait la chandelle. Admiral Sir John Fisher würde vielleicht Pair und ein zweiter Nelson werden, aber ein Dutzend schneller deutscher Kreuzer würde genügen, um dem englischen Handel das Schicksal zu bereiten, welches seinerzeit der amerikanischen Reederei durch die „Alabama" und „Florida" widerfuhr. Amerika würde der einzig gewinnende Teil sein, und es ist ein weiterer Beweis für die hohen Gesichtspunkte des Präsidenten Roosevelt, daß er trotzdem nie aufgehört hat, sich für eine Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen zu bemühen. Er mußte es aber erleben, daß ihm vor etwa Jahresfrist, noch zur Zeit des Herrn Delcassé, die englische Regierung durch den Botschafter Durand sagen ließ, sie wünsche keine Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen*.

---

* Vgl. Bd. XX, Kap. CL, Nr. 6865.

Nr. 6954

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow für den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Konzept

Berlin, den 18. Januar 1906

Besten Dank für freundliche Mitteilungen! Ich habe mich soeben gegenüber Herrn Speyer* im Sinne des wieder beigeschlossenen Promemorias** ausgesprochen.

Speyer sagte mir in nuce: „Die Liberalen werden fünf bis sechs Jahr am Ruder bleiben. Grey will natürlich die entente cordiale nicht preisgeben. Er will auch nicht so aussehen, als ob er gegenüber Frankreich nicht ganz fair wäre. Aber er will sicher keinen Krieg, weder einen englisch-deutschen noch einen französisch-deutschen."

Ich würde es für nützlich halten, wenn wir Ihr anliegendes Promemoria** an Metternich mitteilten mit dem Anheimstellen, daraus gegenüber Grey oder sonstwie zu verwerten, was ihm nützlich erscheine***.

Das Privattelegramm von Radowitz† füge ich auch wieder bei.

Ich finde es sehr richtig, daß Sie den langen Erlaß A 1146†† durch Kurier und nicht in Ziffern abgehen lassen. Hoffentlich ist dieses Intermezzo damit erledigt. Wir können in diesem Augenblick keine Streitigkeiten wegen Formfragen mit den Franzosen brauchen.

Den interessanten Radolinschen Bericht über Buneau††† möchte ich gern gelegentlich mit Ihnen besprechen.

Bülow

Wollen wir aus den gestrigen allerhöchsten Marginalien über Wallace usw. einiges an Radowitz mitteilen?

---

* Dem englischen Staatssekretär Sir Edward Grey nahestehender Londoner Bankier, mit dem Fürst Bülow am 18. Januar die Marokkofrage besprach.
** Siehe Nr. 6953.
*** Es geschah durch Telegramm Nr. 99 vom 19. Januar.
† Siehe Nr. 6952.
†† Er betraf die Veröffentlichung des deutschen Weißbuchs „Aktenstücke über Marokko", das der französischen Regierung Anlaß zu allerhand Rekriminationen gegeben hatte.
††† Siehe Bd. XX, Kap. CL, Nr. 6888.

Nr. 6955

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Algeciras, den 18. Januar 1906

Ich habe Gelegenheit gehabt, im Sinne der hohen Instruktion vertraulich mit Kollegen zu sprechen, speziell mit Marquis Visconti Venosta, White, Graf von Cassini*, die darin übereinstimmen, daß der ministerielle Umschwung in England zunächst Förderung des Friedens und Vermehrung der Chancen für befriedigenden Ausgang der Konferenz bedeute. Die bisherige Haltung von Révoil zeigt keine Tendenz zum eventuellen Bruch mit Marokko, er wirkt mit scheinbarem Eifer in vermittelndem Sinne. Freilich muß er erst bei der Polizeifrage erwartet werden. Auch Sir A. Nicolson ist seit den letzten Tagen traitabeler geworden.

Radowitz

Nr. 6956

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 17 Berlin, den 20. Januar 1906
[abgegangen am 21. Januar]

Wegen der Organisation der marokkanischen Polizei sind Euerer Exzellenz bereits unsere allgemeinen Gesichtspunkte in dem Telegramm Nr. 2** mitgeteilt worden. Diese Organisation bildet den wichtigsten Punkt des Konferenzprogramms; denn es handelt sich dabei um die Neubildung der bewaffneten Macht Marokkos unter europäischer Leitung, dergestalt daß die neu auszubildenden Polizeitruppen voraussichtlich die einzige zuverlässige Stütze der Staatsgewalt sein werden.

Um die Konferenz überhaupt zu ermöglichen, welche sonst von Frankreich abgelehnt sein würde, hat sich Deutschland für seinen Teil bereit erklärt anzuerkennen, daß in einer nicht näher bezeichneten Grenzregion Frankreich sich allein mit dem Sultan ohne Betei-

---

* Russischer Botschafter in Madrid, erster Konferenzdelegierter Rußlands in Algeciras.

** Telegramm Nr. 2 vom 6. Januar 1906 hatte Freiherrn von Sternburg im allgemeinen über Deutschlands Ziele auf der Marokkokonferenz unterrichtet, „damit Sie Ihre Sprache bei Unterhaltungen über die marokkanische Frage danach einrichten können".

ligung der übrigen Vertragsstaaten verständigen könne. Damit ist den Interessen Frankreichs als Nachbarstaats in vollem Maße Rechnung getragen worden. Sollte Frankreich nunmehr auch ein Generalmandat für die Polizeiorganisation im übrigen Marokko erhalten, so würde es die zuverlässigen Truppen Marokkos sämtlich unter seinen unmittelbaren Einfluß bringen, so daß die Polizeiorganisation einer Besetzung der wichtigsten marokkanischen Plätze durch französische Truppen gleichkommen würde. Auf diese Weise erhielte Frankreich im scherifischen Reiche eine Stellung, welche nicht nur die Unabhängigkeit des Sultans tatsächlich beseitigen, sondern auch gleichzeitig die Offene Tür sowie die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller übrigen Mächte illusorisch machen würde. Denn wie auch die wirtschaftlichen Fragen auf der Konferenz geregelt werden mögen, so bleiben doch in allen Ländern, namentlich aber in orientalischen, die wirtschaftlichen Beziehungen im wesentlichen von dem politischen Einfluß abhängig, da sich nach diesem Einfluß erfahrungsgemäß die staatlichen Entschließungen auf einer Reihe wirtschaftlicher Gebiete, insbesondere soweit es sich um Konzessionen handelt, bemessen.

Zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen aller in Marokko beteiligten Nationen erscheint es daher dringend wünschenswert, daß die Polizeiorganisation außerhalb des Grenzgebiets, also insbesondere in den Hafenplätzen am Atlantischen Ozean, auf internationaler Grundlage erfolgt, dergestalt daß daran keine Macht mit politischen Aspirationen in überwiegender Weise beteiligt werden darf. Soweit dieser Grundsatz beachtet wird, würde Deutschland mit jeder Lösung einverstanden sein, da es selbst schlechterdings keine politischen Sondervorteile in Marokko, sondern nur die Herstellung eines billigen Gleichgewichts erstrebt. Zu einer befriedigenden Regelung in dem angedeuteten Sinne könnten folgende Wege in Frage kommen.

1. Die einzelnen Konferenzmächte werden an der Organisation der Polizeitruppen gleichmäßig beteiligt, dergestalt daß jede dazu bereite Macht die Organisation für einen der in Betracht kommenden Plätze übernimmt. Da es sich nach Ansicht unserer Sachverständigen etwa um acht Plätze handelt und außer Marokko zwölf Mächte auf der Konferenz vertreten sind, so würde voraussichtlich jeder bereiten Macht ein Mandat zufallen; andernfalls würde naturgemäß den Großmächten der Vorzug gebühren. Eine derartige Beteiligung würde sich für keine Macht als ein politischer Sondervorteil darstellen, da sich alle Mächte in gleicher Lage befänden. Um die Unabhängigkeit des Sultans so wenig wie möglich zu gefährden und gleich die Rückkehr zu normalen Zuständen ins Auge zu fassen, würden die Mandate lediglich auf eine für die Ausbildung der neuen Polizeitruppen erforderliche, kurz bemessene Zeit (etwa drei bis fünf Jahre) zu erteilen sein. Auch könnte durch besondere Erklärung von vornherein

die Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß dieser zeitweise Besitz durch Verjährung einen dauernden Charakter annähme. Gegen die in Rede stehende Regelung ließe sich vielleicht einwenden, daß darunter die Einheitlichkeit der neu zu schaffenden bewaffneten Macht Marokkos leiden würde. Indes könnte diesen Bedenken wohl durch Bestimmungen über einheitliche Bewaffnung, Exerzierreglements usw. begegnet werden.

2. Das Mandat zur Organisation der Polizei wird einer oder mehreren kleineren Mächten, und zwar ebenfalls als Provisorium auf eine kurz bemessene Zeit erteilt. In diesem Falle würde vor allem die Schweiz in Frage kommen, da sie so gut wie keine Interessen in Marokko verfolgt, auch voraussichtlich über ein geeignetes Personal verfügt. Ebensowenig würden wir gegen die Niederlande, Schweden, Norwegen oder Dänemark Bedenken zu erheben haben, während Belgien wegen seiner Abhängigkeit von Frankreich und Portugal wegen der Nähe seiner Lage weniger geeignet erscheint. Die Verteilung der Mandate auf mehrere kleinere Mächte würde sich vielleicht im Hinblick auf die unter 1 angedeuteten Bedenken wegen der Einheitlichkeit weniger empfehlen; auch dürften von dem Generalmandat an eine kleinere Macht politische Aspirationen wenigstens unmittelbar nicht zu befürchten sein. Das Hauptbedenken gegen den zweiten Weg würde darin bestehen, daß die in Betracht kommenden kleineren Mächte zur Durchführung des Mandats Marokko gegenüber nicht mit dem nötigen Nachdruck auftreten könnten und daher unter Umständen genötigt sein würden, auf die Unterstützung einer oder mehrerer Großmächte zurückzugreifen.

3. Die Konferenz sieht von der Erteilung eines Mandats ab und legt nur dem Sultan die Verpflichtung auf, an bestimmten Plätzen seines Reichs Polizeitruppen in einer Mindeststärke zu unterhalten und diese durch fremdes Personal schulen und befehligen zu lassen. Dabei könnte die Wahl dieses Personals entweder dem Sultan vollständig überlassen bleiben oder auf bestimmte Nationalitäten, vielleicht die kleineren Mächte, beschränkt werden. Diese Regelung hätte den Vorzug, daß sie die Unabhängigkeit des Sultans am wenigsten berühren und daher den marokkanischen Wünschen wohl am meisten entsprechen würde. Andererseits könnte es zweifelhaft sein, ob der Sultan ohne starken Druck die ihm hiernach obliegenden Verpflichtungen erfüllen würde.

Euerer pp. stelle ich anheim, diese verschiedenen Möglichkeiten mit dem Staatssekretär Root zu besprechen. Dabei würde nochmals zu betonen sein, daß wir auch jede andere Lösung, die etwa von der amerikanischen Regierung vorgezogen werden sollte, gern in Erwägung nehmen würden, da wir nichts weiter erzielen wollen als die dauernde Sicherung der Offenen Tür gegen unerwartete politische Überraschungen.

Bülow

Nr. 6957

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Algeciras, den 21. Januar 1906

Wie in Bericht Nr. 7 vom 19. gemeldet, bin ich von vornherein mit Marquis Visconti Venosta in engen vertraulichen Verkehr getreten und habe bei ihm die ausgesprochene Tendenz gefunden, durch seine Mitwirkung die Konferenz zu einem für uns befriedigenden Ergebnis zu führen. Im wesentlichen ist wohl die Annahme in Telegramm Nr. 15* über den Weg, den er dabei für den richtigen hält, zutreffend. Doch rechnet er bisher noch mit überwiegender Wahrscheinlichkeit der Einigung über die Hauptpunkte. Vor allem sucht er jetzt vertraulich zu sondieren, wie die Franzosen eine Polizeiorganisation im Westen sich möglich denken könnten, nachdem ich ihm wiederholt das Generalmandat als völlig ausgeschlossen bezeichnet habe[1].

Der amerikanische Botschafter White hat mir erklärt, er halte unseren Standpunkt in der Mandatsfrage für den allein richtigen und werde seine Bemühungen mit denen von Marquis Visconti Venosta vereinigen, um einen vernünftigen Kompromiß mit den Franzosen darüber zustande zu bringen.

Radowitz

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Gut

Nr. 6958

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Washington, den 23. Januar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 17 vom 20. d. Mts.**

Nach eingehender Besprechung der Frage der Polizeiorganisation betonte Staatssekretär, daß Vereinigte Staaten nicht daran teilnehmen

* Durch Telegramm Nr. 15 vom 20. Januar waren Radowitz Äußerungen des Marquis di San Giuliano über die Konferenztaktik des Marquis Visconti Venosta mitgeteilt worden. Danach wollte dieser unter allen Umständen einen resultatlosen Verlauf der Konferenz verhindern; bei Meinungsverschiedenheiten würde er zunächst bestrebt sein, alle diejenigen Punkte zu fixieren, über die ein Einvernehmen erreichbar sei; blieben aber schließlich Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten übrig, so sollten diese aus dem Programm der Konferenz ausgeschaltet werden.
** Vgl. Nr. 6956.

könnten; er wäre aber in der Frage interessiert, da Vereinigte Staaten für Offene Tür und Gleichstellung aller Nationen in Marokko einträten. Staatssekretär bemerkte dann, daß auf den ersten Blick der in 3 enthaltene Vorschlag* ihm als der wichtigste** und klügste erscheine. Er halte es für ein höchst bedenkliches Unternehmen, daß christliche Nationen in einem muhamedanischen Staat, dessen Einwohner kriegerisch und fanatisch seien, die Aufrechterhaltung der Ordnung übernähmen. Dies könne bedenkliche Folgen nach sich ziehen. Obwohl er kein Fachmann in marokkanischen Verhältnissen sei, so erscheine ihm doch der Modus, der dem Sultan die Verantwortlichkeit für die innere Sicherheit des Landes und für die Handhabung der Polizeitruppen in die Hand lege, der einzig richtige. Staatssekretär wird Frage mit Präsident besprechen; ob er seinen Vertretern Instruktionen erteilen kann, wird von Resultat der Besprechung abhängen. Berührte unauffällig auch Inhalt von Telegramm Nr. 21 vom 22. Januar***. Als Staatssekretär antwortete, daß Spanien eine friedliebende Nation sei, die kaum aggressiv auftreten würde, betonte ich, daß Spanien finanziell und auch nach anderer Richtung fast gänzlich von Frankreich abhängig und seine Wirtschaftspolitik noch fremdenfeindlicher als die Frankreichs sei; mehr zu sagen hielt ich nicht für klug.

Sternburg

Nr. 6959

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zahn

Nr. 25 Berlin, den 24. Januar 1906

Auf Telegramm Nr. 13†.

Botschafter London telegraphiert unter dem 23.:

„Ich habe heute die Marokkofrage nochmals ausführlich mit Sir E. Grey nach Maßgabe der Anlage des Erlasses Nr. 99 und des Schlußpassus von Telegramm Nr. 18†† besprochen. Der Minister

---

* Siehe S. 101.

** richtigste?

*** Telegramm Nr. 21 vom 22. Januar behandelte die Möglichkeit, daß Spanien auf der Konferenz von Algeciras den Antrag auf Erteilung eines Generalmandats an Frankreich und eventuell an Spanien einbringen würde.

† Siehe Nr. 6958.

†† Erlaß Nr. 99 vom 19. Januar, der den Botschafter Graf Metternich über die Unterredung Fürst Bülows mit dem Bankier E. Speyer orientierte, hatte

drückte wiederholt die Hoffnung aus, daß in Anbetracht der friedlichen Dispositionen aller Beteiligten die Konferenz von Algeciras einen günstigen Verlauf nehmen werde. Ich erwiderte, die versöhnliche Gesinnung der Teilnehmer sei zwar viel wert, sie allein helfe aber nicht über die etwa auftauchenden Gegensätze hinweg. Mehr noch komme es auf die Instruktionen an, welche nach Algeciras gesandt wurden. Nach meinem Eindruck hänge es hauptsächlich von England ab, ob die Konferenz einen befriedigenden Verlauf nehme oder nicht. Werde z. B. für Frankreich oder für Frankreich und Spanien zusammen ein Generalmandat zur Ausführung der Reformen beantragt, so würden wir diesen Antrag ablehnen, und das Konferenzwerk würde gefährdet sein. Verliefe wider Erwarten und Hoffen die Konferenz ohne Resultat, so würde der Zustand der Spannung, der nun seit einem Jahre vorhanden sei, weiter fortbestehen. Wenn England über seine vertragsmäßige diplomatische Unterstützung hinaus in Frankreich den Glauben erwecke, daß es auch die bewaffnete Unterstützung Englands haben würde, so sei allerdings die Versuchung für die Franzosen groß, den marokkanischen Knoten durch einen Einmarsch in Marokko mit dem Schwert zu lösen. Dies würde natürlich eine ernste Gefährdung des Weltfriedens bedeuten. Bei der lediglich diplomatischen Unterstützung Englands würde Frankreich vor der Herbeiführung einer solchen Katastrophe zurückschrecken.

Der Minister blieb eine direkte Antwort auf diese Auseinandersetzung schuldig und verschanzte sich hinter die öffentliche Meinung Englands, die in der Marokkofrage auf Seiten Frankreichs stehe, und die in dem Vorgehen Deutschlands im vorigen Sommer einen Angriff auf die entente cordiale erblickt hätte. In Artikel II des englisch-französischen Abkommens habe die englische Regierung Frankreich ‚a special position' in Marokko zuerkannt.

Ich erwiderte, hier läge trotz aller guten Intentionen schon eine gegensätzliche Auffassung vor. Nach unserer Ansicht habe England nicht das Recht, an Frankreich eine besondere Stellung in Marokko zu verleihen, die mit den Interessen und Vertragsrechten anderer nicht zu vereinbaren sei. Wir forderten nichts als unser Recht, das heißt die Gewährleistung der gleichen Handelsberechtigung für alle.

---

aus dessen Äußerungen den Schluß gezogen, daß England ein gewaltsames Vordringen Frankreichs in Marokko nicht ermutigen werde. Der Schlußpassus von Telegramm Nr. 18 vom 17. Januar besagte: „Wenn England sich auf die vertragsmäßige diplomatische Unterstützung französischer Ansprüche beschränkt, ist der Friede und die dauernde Offene Tür gesichert. Sobald aber Frankreich Anlaß hat, für die Eroberung Marokkos und deren etwaige Folgen auf die bewaffnete Hülfe Englands zu hoffen, ist beides, Friede wie Offene Tür, in Frage gestellt."

Als der Minister bemerkte, diese habe sich England auch ausbedungen, und sie sei außerdem auch noch durch die Bestimmung der Aufrechterhaltung des Status quo gewährleistet, erwiderte ich, Status quo, Integrität des Sultans, open door — allerdings nur mehr für 28 Jahre — ständen im Gegensatz zu der von Frankreich erstrebten Vorherrschaft in Marokko und seien, wenn es zur französischen Vorherrschaft käme, auch illusorisch in Anbetracht der in den französischen Kolonien von anderen gemachten Erfahrungen und in Anbetracht der ökonomischen Schwäche Frankreichs, die kein open door vertrage. Wenn Frankreich die Vormachtstellung in Marokko, die es nicht besitze, und für die es keine Rechtstitel habe, mit Gewalt erringen, also nach dem Grundsatz ‚La force supprime le droit' handeln wollte und damit unstreitig zum aggressiven Teile würde, so erscheine es mir sehr fraglich, ob die öffentliche Meinung in England, hierüber aufgeklärt, auf die Unterstützung Frankreichs mit den Waffen dringen werde.

Sir Grey ging diesen allgemeinen Erörterungen aus dem Wege und wiederholte, daß nach seinem Eindruck auf der Konferenz das Bestreben vorherrschend sei, auftauchende Gegensätze auszugleichen, anstatt zu verschärfen. Er halte es daher auch für richtig abzuwarten, was die Konferenz brächte, und zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, je nachdem sie in Algeciras zur Sprache kämen. Daher glaube er auch nicht schon im voraus allgemeine Erklärungen abgeben zu können."

Danach nimmt zwar die englische Regierung den Standpunkt der vorigen Regierung hinsichtlich einer eventuellen kriegerischen Unterstützung Frankreichs nicht auf, aber sie hält es doch offenbar für dem Interesse der englischen Weltpolitik entsprechend, den Franzosen möglichst viel Sondervorteile in Marokko zu verschaffen. Um so wichtiger ist für uns, daß Amerika sich für die Gestaltung einer Polizeiorganisation in Marokko interessiert, die die Offene Tür und die Gleichstellung aller Nationen dort sicher stellt. Wie bereits in Telegramm 17* ausgeführt, sind wir mit jeder Lösung einverstanden, die diesem Grundsatz Rechnung trägt, und mit dieser Maßgabe daher gern bereit, uns jedem Wunsche Amerikas anzuschließen.

Auf die zwischen der Verfolgung der eigenen Interessen in Marokko und dem Bestreben, Frankreich Freundlichkeiten zu erweisen, hin und her schwankende Haltung von England wird die Stellungnahme Amerikas in dieser Frage nicht ohne Einfluß bleiben.

Bülow

---

* Siehe Nr. 6956.

Nr. 6960

*Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow**

Konzept

Berlin, den 25. Januar 1906

Der englische Botschafter sagte mir gestern abend nach einem Diner in seinem Hause, er habe von dem Lord in Waiting des Königs Eduard Hon. Sidney R. Greville, einem Vertrauensmann des Königs, ein Privattelegramm bekommen, wonach König Eduard dem deutschen Botschafter „beachtenswerte Eröffnungen" über höchstsein Verhältnis zu seinem kaiserlichen Neffen gemacht hätte. Der Botschafter fügte hinzu: „Der König ist jetzt wirklich von dem Wunsche erfüllt, wieder in bessere Beziehungen zum Deutschen Kaiser zu kommen**. Es hat keinen Zweck, sich darüber zu streiten, wer in jedem der einzelnen Differenzpunkte recht und wer unrecht hatte. Rekriminationen führen zu nichts; Rechthaberei wäre vom Übel. Mit Versöhnlichkeit, gutem Willen und vor allem mit Takt auf beiden Seiten läßt sich, wie die Dinge heute liegen, ein befriedigendes Verhältnis zwischen den beiden Monarchen herstellen. Es wäre ein großes Glück, wenn wir die störenden und vergiftenden persönlichen Reibereien zwischen den beiden Fürsten aus den großen politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ausschalten könnten."

Im Anschluß hieran kam Sir Frank auf diese politischen Beziehungen zu sprechen. Er hätte hier schlimme Jahre durchgemacht. Die Mißverständnisse auf beiden Seiten hätten allmählich eine solche Höhe erreicht, daß er schließlich fast an einem guten Ausgang gezweifelt hätte. Die Haltung der deutschen öffentlichen Meinung während des Burenkriegs hätte in England tief verstimmt. Andererseits sei der Engländer nachträgerisch und, einmal verletzt, sehr schwer wieder zu beruhigen. Gewiß hätte das englische Volk seiner auch durch andere Umstände, Vorgänge und Gründe genährten Verstimmung gegen Deutschland seinerseits zu bitteren und intensiven Ausdruck gegeben. Er sei aber überzeugt, daß der Höhepunkt der Mißverständnisse, der Entfremdung und der Gefahr seit einigen Wochen oder vielmehr seit einigen Monaten überschritten sei. Er sehe wieder Land vor sich, was ihn aufrichtig freue, denn er würde eine dauernde Spaltung und Unversöhnlichkeit zwischen Deutschland und England für ein großes Unglück halten, nicht nur weil er als englischer Botschafter in Berlin zur Pflege der Freundschaft zwischen beiden Völkern berufen sei, sondern auch vom Standpunkt seiner mir seit

---

* Die Aufzeichnung wurde durch Telegramm Nr. 19 vom 26. an Radowitz, durch Erlaß Nr. 137 vom gleichen Tage an Graf Metternich mitgeteilt.
** Vgl. auch die folgenden Stücke.

30 Jahren bekannten politischen Gesamtauffassung. Das einzige Hindernis, welches noch einer allmählichen, aber sicheren politischen Wiederannäherung zwischen Deutschland und England im Wege stehe, sei die Marokkofrage. Leider sei in Berlin, in London und in Paris noch viel gegenseitiges Mißtrauen vorhanden. Ich könne mich darauf verlassen, daß Sir Edward Grey Deutschland und Frankreich nicht zu verhetzen, sondern zwischen Deutschland und Frankreich eine „détente" herbeizuführen wünschte. Die gegenwärtigen englischen Minister wünschten nicht den Krieg, sondern den Frieden. Sie könnten aber in der Marokkofrage Frankreich nicht im Stich lassen. Das ganze englische Volk, Liberale wie Konservative, wolle die „entente cordiale" nicht gefährden lassen. In dieser Beziehung verbände sich das politische Interesse, welches ganz England an der Entente mit Frankreich habe, mit sehr prononcierten Gefühlsmotiven. Das englische Volk würde es auch nicht für „fair" halten, Frankreich in Marokko leer ausgehen zu lassen, nachdem dieses England für Marokko so große Zugeständnisse gemacht habe. Sei die Marokkofrage erst in einigermaßen befriedigender Weise beigelegt und damit zwischen Deutschland und Frankreich wieder der normale, friedliche und ruhige modus vivendi von früher eingetreten, so würde zwischen dem englischen und dem deutschen Volk die Versöhnung und gegenseitige Verständigung rascher vor sich gehen, als es heute manchem möglich scheine. Der Botschafter sprach mit großem Ernst, aber zweifellos aufrichtig und überzeugt von der Richtigkeit seiner Auffassung.

Während Sir Frank mit mir sprach, wurde ihm ein Telegramm des englischen Vertreters in Algeciras an Sir Edward Grey vorgelegt, welches ihm letzterer „zu seiner persönlichen Kenntnis" sofort gedrahtet hatte. Obwohl hierzu nicht ausdrücklich ermächtigt, gab mir Sir Frank das Telegramm ganz vertraulich zu lesen. Es behandelte vier Punkte: 1.) Es scheine, daß die deutschen Delegierten in Algeciras keine Neigung hätten, in einen direkten Gedankenaustausch über die hauptsächlichsten Differenzpunkte mit ihren französischen Kollegen einzutreten. 2.) Es scheine auch, als ob sie keine Lust hätten, andere zwischen sich und ihren französischen Kollegen vermitteln zu lassen. 3.) Es scheine, als ob sie von den französischen Delegierten verlangten, daß diese den französischen Standpunkt hinsichtlich der hauptsächlichsten Streitpunkte vor der Konferenz ohne vorherige private Besprechungen darlegen sollten. 4.) Die deutschen Delegierten schienen nicht gewillt, Frankreich für einen Verzicht auf das Generalmandat auf finanziellem Gebiet Konzessionen zu machen. — Ich habe erwidert: ad 1) Ich glaubte nicht, daß unsere Delegierten eine vertrauliche Aussprache mit ihren französischen Kollegen grundsätzlich ablehnten. ad 2) Ich glaubte, daß die Vermittelung Dritter — Engländer, Italiener, Amerikaner —

von unseren Delegierten nicht zurückgewiesen würde. ad 3) Ich glaubte nicht, daß unsere Delegierten Frankreich in der angedeuteten Weise au pied du mur setzen wollten. ad 4) Über technische Einzelfragen könne ich mich nicht wohl aussprechen, da wir in dieser Richtung unseren Delegierten freie Hand ließen. Die Instruktion, welche unsere Delegierten erhalten hätten, könne ich dahin zusammenfassen: friedliche Lösung der Marokkostreitfrage ohne Verletzung der Rechte, der Interessen und der Würde der einen wie der anderen und zu diesem Zweck möglichstes Entgegenkommen, soweit dies unser Standpunkt zulasse, welcher nur eine dauernde und ehrliche open door und Gleichheit der wirtschaftlichen Bedingungen für die in Marokko interessierten Mächte fordere. — Beiläufig und ebenfalls ganz vertraulich bemerkte Sir Frank, Herr Révoil werde ihm als ein Mann geschildert, der versuchen werde, soviel als möglich zu erlangen, und zu diesem Zweck zunächst viel fordere, bei geschickter und freundlicher Behandlung aber auch für einen Kompromiß zu haben sein würde. Die Franzosen dächten nicht daran, uns anzugreifen. Sie hätten auch gar keine Lust, es auf einen Krieg mit uns ankommen zu lassen. Es gäbe aber für jede französische Regierung eine Linie der Würde, des Prestige und der Empfindlichkeit, über die sie sich nicht hinausdrängen lassen könne, wenn sie nicht gestürzt werden wolle, und am Ruder zu bleiben sei schon im Hinblick auf die in Frankreich bevorstehenden allgemeinen Wahlen für die in Frankreich jetzt am Ruder befindlichen Politiker eine Lebensfrage.

Bülow

Nr. 6961

*König Eduard VII. von England, z. Z. in Windsor Castle, an Kaiser Wilhelm II.**

Privatbrief. Abschrift

Windsor Castle, January 23. 1906

My dear William,

As in a few days you are celebrating the anniversary of your birthday—I write these lines to offer my sincerest congratulations in which aunt Alix and Victoria beg to join me. —

---

* Von dem Schreiben erhielt Graf Metternich zu seiner persönlichen Information Abschrift, nachdem ihm bereits am 31. durch Telegramm Nr. 39 von dem Eingang Mitteilung gemacht war: „Seine Majestät der Kaiser erhielt zu allerhöchstseinem Geburtstag von Seiner Majestät dem König Eduard einen versöhnlich, friedlich und freundschaftlich gehaltenen Brief. Unser allergnädigster Herr, erfreut durch dieses Schreiben, betrachtet alle persönlichen Mißverständnisse als beseitigt und wird in demselben Ton antworten. Abschrift beider Briefe werde ich Ew. demnächst mitteilen."

I am not sending you a gift now as I am anxious to do so on the occasion of your „Silver Wedding" next month. — I have begged Uncle Holstein * to represent me on the occasion as I have no other member of my Family to send as they are all in different parts of the world!

We have now entered a new year—and I am sure you share my feelings that it is to be hoped that it will be a peaceful and prosperous one for all Nations! Above all I am most desirous that the feeling between our two countries may be on the best footing.

We are—my dear William—such old friends and near relations that I feel sure that the affectionate feelings which have always existed may invariably continue. Most deeply do I deplore the uncalled for expressions made use of in the Press concerning our two countries and most ardently do I trust that they will cease—but in my country we do not possess either the power or the means of preventing the expression of so called public opinion!

I regret that many statements have been made to you which are not based on any true foundation. Count Metternich has been staying here for a few days and I have had the opportunity of having several conversations with him on the subject and he will I hope convey my views to you. I am well aware how anxious you are that the Conference at Algeciras may pass off well—and that no unpleasant subjects may be detected. — I entirely share these views and feel convinced that good may accrue from it—above all that a friendly feeling may exist between Germany, France and England. — Be assured that this country has never had any aggressive feelings towards yours and the idle gossip and silly „tittle tattle" on the subject emanates from mischief makers and ought never to be listened to. —

Forgive this long letter—but I was anxious to make these statements and trusting that it may not be too long and I have the great pleasure of seeing you again

Believe me,
my dear William,
with renewed good wishes for
the 27th
Your very affectionate Uncle
(signed) Edward R.

---

* Prinz Christian zu Schleswig-Holstein, Schwager König Eduards VII.

Nr. 6962

*Kaiser Wilhelm II. an König Eduard VII. von England**

Privatbrief. Unsignierte Abschrift

[pr. 1. Februar 1906]

My dear Uncle,

Let me thank you most sincerely for the kind letter you sent me, which was handed to me by your ambassador on my birthday. The whole letter breathed such an atmosphere of kindness and warm sympathetic friendship, that it constituted the most cherished gift among presents.

There is no denying the fact that the political relations between the two countries had little by little become charged with electrical fluid to an extent, that its discharge might have created endless woe to both.

In both countries newspapers as well as individuals, some actuated by political, some by personal motives, worked the public feeling to such a degree that both nations began to mistrust eachother, thereby causing an immense amount of mischief, and the seeds of discord to grow. Cui bono? Who was to benefit by this nefarious work? Certainly, as far as I can see, neither of our two countries has gained even the slightest advantage by this! And as for us two?! What concerns me, this state of affairs has deeply grieved me as my life's endeavour and ideal was, to bring the two nations to work of a common accord in mutual good understanding for the peace and wellbeing of their people and of the whole world. However, according to the British proverb, "it's no use to cry over spilt milk!" So let by-gones be by-gones.

You just extended your cordial hospitality to my ambassador Count Metternich on the memorable day of dear Grandmama's death. Let us rather remember the silent hours when we watched and prayed at her bedside, and when the spirit of that great Sovereign-Lady passed away, as she drew her last breath in my arms. I feel sure that from the home of Eternal Light she is now looking down upon us, and will rejoice in seeing our hands clasped in cordial and loyal friendship.

My policy with respect to Peace is as clear as crystal and to mistake it ought to be impossible. Yet with pleasure I seize this opportunity once more to repeat solemnly and I hope you will believe me, that it is my most earnest endeavour and wish to remain in Peace with a l l C o u n t r i e s, especially my neighbours!

---

* Hier nebst dem folgenden Stück des Zusammenhangs wegen eingereiht. Das Schreiben wurde am 4. Februar vom Botschafter Grafen von Metternich dem König Eduard in London überreicht.

The German Program adopted for its Moroccan policy and communicated to the Conference at Algeciras is: Maintenance of the open door—i. e. equal rights for the trade of all Powers concerned —and recognition of the exceptional position and rights of France on the whole of her borders with Morocco. This program is eminently peaceful, practical and international and seems to have been received with almost universal approval; it represented the base of our pourparlers with France upon which we both agreed to go to the conference. The reports I get from my representatives at Algeciras are favourable, the same I hear is the case in Paris, Petersburg, London. So that a satisfactory settlement may be hoped for. This hope is enhanced by your kind letter which confirms that it is also your earnest wish that the conference may come to a satisfactory solution guaranteeing Peace and fair treatment to everybody. I will not hesitate in affirming that this is the most important and valuable information I hitherto received. It was an invaluable birthday gift for which once more my cordial thanks. I may add that Radowitz is in constant touch with Sir D. Wallace, so that you should be kept well informed about our views.

How deeply do I deplore your beloved old father-in-law's sudden departure from life*! It seemed though he was so aged, as if he never could be ill or be taken from us. One was so accustomed to count on his fine constitution! And yet what a lovely and peaceful end! It was that of a patriarch! Poor aunt Alix how she must feel the blow, to lose such a loving, adored, chivalrous, warm hearted, noble father! Perhaps possibly we may meet at the funeral, as I am going to Kopenhagen myself. I trust that in the course of the year we shall be able to meet eachother, an incident to which I shall look forward with great pleasure.

Nr. 6963

König Eduard VII. von England an Kaiser Wilhelm II.

Privatbrief. Abschrift

Buckingham Palace, February 5, 06

My dear William,

As Commander Dumas leaves this evening for Berlin to take up his new post there as Naval Attaché in succession to Captain Allenby, I send this letter by him to thank you for yours of 1st inst.**, which was delivered into my hands by Count Metternich yesterday.

---

* König Christian IX. von Dänemark † 29. Januar 1906.
** Siehe Nr. 6962.

Your kind words have touched me deeply and nobody is more convinced than I am that you are as anxious now as you have ever been since ascending the throne to maintain peace above all things.

As regards the results to be attained from the Algeciras Conference I cannot help thinking that it might perfectly be settled in an amicable way between Herr von Radowitz and M. Révoil through private conversations and then they might bring forward the results before all the members of the Conference. Germany and France should each state exactly what they want and with a certain amount of "give and take" matters would assume a permanent shape.

Many thanks for your kind sympathy on the occasion of the loss of my beloved and excellent Father-in-law King Christian. All you say about him is so true and not only will he be greatly missed and regretted by his whole Family who loved him so dearly but by his whole Country and all who knew him.

It is a very kind attention on your part—not being a Relation to intend being present at the Funeral! I regret deeply not being able to attend, but Aunt would not hear of my going as I had a very bad attack of bronchitis just a year ago and Laking* forbids it. I am besides very lame still and walk but little and with considerable difficulty. I have also to open the new Liberal Parliament and have a great deal of work with my new Ministers.

It is doubly annoying for me not to have the opportunity of meeting you at Copenhagen but in the course of the spring I hope we shall be able to meet somewhere during our yachting cruises.

With best love to Dona and your children

Believe me,
my dear William,
Your very affectionate Uncle
(signed) E d w a r d R.

Nr. 6964

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Algeciras, den 25. Januar 1906

Mit Herrn Révoil habe ich nunmehr, nachdem wir uns durch bisherige gemeinsame und erfolgreiche Arbeit an den Konferenz-

* Leibarzt König Eduards VII.

aufgaben persönlich nähergetreten, eine direkte vertrauliche Aussprache über unsere weitere Haltung in den wichtigen, noch ausstehenden Fragen herbeigeführt. Ich habe ihm bestimmt erklärt, daß die Erteilung des Generalmandats an Frankreich ganz aus dem Programm ausscheiden und eine andere Kombination gefunden werden müsse, wobei wir gern jedes mögliche und sachlich haltbare Entgegenkommen zeigen würden. Bezüglich der Bank- und Finanzfrage wünschten wir uns gleichfalls vertraulich mit ihm vor den Konferenzverhandlungen zu verständigen. Herr Révoil ging bereitwillig darauf ein und stellte mir gegenüber das Generalmandat nicht als Forderung auf, erklärte sich bereit, in Unterredungen über unsere eventuellen anderweitigen Vorschläge betreffend Polizeiorganisation einzutreten. Über die marokkanische Finanzfrage werden zwischen Grafen Tattenbach und Geheimen Rat Klehmet einerseits, den französischen technischen Delegierten andererseits private Vorbesprechungen stattfinden.

Ich möchte für Polizei in erster Linie Kombination Frankreich-Spanien-Italien-Deutschland stellen. Eventuell Mandat an Italien — gemäß Telegramm Nr. 11 vom 8. d. Mts.* —, wofür auch der amerikanische Botschafter White plädiert und Marquis Visconti Venosta zu gewinnen wäre.

Nur Frankreich und Spanien habe ich hier bisher für ebensowenig zulässig erklärt wie Frankreich allein. Ich habe — wie ich auf Telegramm Nr. 16 vom 22. cr. bemerke — kein Anzeichen dafür, daß Spanien für Mandat an Frankreich oder ein gemeinsames . . .** die Initiative nehmen wolle.

Marquis Visconti Venosta und White fahren fort, bei den Franzosen auf Verständigung mit uns in Polizeifrage zu wirken, und beide behaupten, daß jetzt auch Sir A. Nicolson dasselbe tue. Wenigstens scheint er nicht dagegen zu arbeiten.

Radowitz

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ich bitte, Sir Frank Lascelles mit meinen Grüßen zu sagen, daß Herr von Radowitz, dem ich von unserer vorgestrigen Unterredung noch nichts mitgeteilt hatte, heute meldet, er habe mit Herrn Révoil eine vertrauliche Aussprache gehabt. Radowitz äußert sich befriedigt über den Gang der Konferenz.
B. 26/1.

---

* Inhaltlich identisch mit Telegramm Nr. 1 nach Rom vom 5. Januar 1906, siehe Kap. CLI, Nr. 6925. Der dort vertretene Standpunkt, daß man in einer Erteilung des Mandats an Italien eine glückliche Lösung sehen werde, war inzwischen aufgegeben, weil die Besorgnis überhand gewann, daß Italien im psychologischen Moment ein Tauschgeschäft mit Frankreich eingehen könnte, indem es Marokko Frankreich überlasse und dagegen dessen Unterstützung zur Erwerbung von Tripolis erhalte. Privattelegramm Holsteins an Freiherrn Speck von Sternburg vom 26. Januar 1906.

** Zifferngruppe unverständlich.

Nr. 6965

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 20 Berlin, den 26. Januar 1906

Ew. Telegramm Nr. 13* mit Dank erhalten. Dasselbe bestätigt meine Vermutung, daß die Konferenz, was Gruppierung und allgemeinen Verlauf betrifft, sich günstig für uns gestaltet.

Hinsichtlich des modus procedendi habe ich natürlich nichts gegen direkte Besprechung mit Herrn Révoil, sobald Ew. dieselben für zweckentsprechend erachten. Die Übernahme der Vermittlerrolle durch England erscheint prima vista als eine der für uns unerwünschteren Eventualitäten. Es ist nur natürlich, daß England aus Gründen praktischer Nützlichkeit bestrebt ist, sich als den Beschützer und einflußreichen Freund Frankreichs hinzustellen; wir haben aber an der weiteren Befestigung der entente cordiale kein Interesse. Am günstigsten wäre es vom deutschen Standpunkte aus, Amerika für die Vermittlerrolle zu gewinnen. Vielleicht gelingt es allmählich, White dadurch heranzuziehen, daß Ew. da, wo in einer Einzelfrage eine Konzession Ihnen richtig erscheint, dieselbe nicht direkt machen, sondern durch White vermitteln lassen.

Zur Sache bemerke ich, daß durch die Übertragung des Generalmandats an Italien wir unserm Dreibundfreunde die Möglichkeit eröffnen, später im geeigneten Augenblick sich den Erwerb von Tripolis dadurch zu erleichtern, daß der französischen pénétration pacifique Vorschub geleistet wird, wogegen Frankreich Italien zur Erwerbung von Tripolis behülflich ist. Aus Dreibundrücksichten müssen wir es vermeiden, dieser Kombination in einer irgendwie bemerkbaren Weise entgegenzuarbeiten; ich kann mir aber andere denken, die für unsere Interessen günstiger wären. Zunächst möchte ich nicht, daß Ew. sich auf diesen oder einen andern Modus der Polizeireform schon jetzt festlegen. Ganz vertraulich und nur für Ew. bemerke ich nämlich, daß das Kabinett von Washington, mit dem wir in geheimen Sonderverhandlungen** stehen, vorläufig noch seine Stellungnahme erwägt. Nach den bisherigen Meldungen des Kaiserlichen Botschafters in Washington möchte ich annehmen, daß die amerikanische Regierung derjenigen Lösung zuneigen wird, welche die Autorität des Sultans nach außen hin möglichst intakt läßt. In diesem Sinne hat der Präsident Roosevelt sich bereits im vorigen Sommer aus-

* Siehe Nr. 6964.
** Vgl. Nr. 6958, 6959.

gesprochen. Demnach würde Amerika wahrscheinlich vorziehen, daß der Sultan die mit der Polizeireform zu betrauenden Fremden in seinen Dienst nimmt. Wir werden, falls das Kabinett von Washington sich in diesem Sinne ausspricht, uns alsdann jedenfalls anschließen. Ich bitte, von Vorstehendem keine Andeutung an irgend jemand, insbesondere nicht an Herrn White, zu machen. Letzterer steht naturgemäß unter dem Einfluß Visconti Venostas und würde diesem vielleicht einen vorzeitigen Wink geben. Mir wäre aber im deutschen Interesse die letzterwähnte Art von Polizeireform lieber als ein italienisches Generalmandat.

In betreff der Finanzfrage wird Ew. innerhalb zwei Tagen ein detailliertes Promemoria als Unterlage der Besprechungen zugehen *.

Bülow

Nr. 6966

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 24 Berlin, den 27. Januar 1906

Nach dem bisherigen Gange der Konferenzverhandlungen dürfte es für die deutschen Delegierten von Wert sein, unsere in der Spezialinstruktion vom 3. Januar aufgestellten Vorschläge über die Staatsbank als den nächst der Polizeiorganisation wichtigsten und schwierigsten Punkt des Konferenzprogramms unter Umständen formuliert vorlegen zu können. Zu diesem Zwecke übersende ich Euerer pp. eine solche Formulierung mit dem Bemerken, daß es Ihnen und dem Grafen Tattenbach selbstverständlich überlassen bleibt, davon nach Ihrem Ermessen Gebrauch zu machen.

Die Formulierung ist vom Reichsjustizamt und dem Geheimen Kommerzienrat von Mendelssohn, der die Bildung der deutschen Bankgruppe übernehmen würde, geprüft und nach der juristischen und banktechnsichen Seite hin als sachgemäß bezeichnet worden. Die einzelnen Bestimmungen entsprechen dem Grundsatze der Offenen Tür und der völligen Gleichberechtigung aller Nationen, so daß sie nach dieser Richtung für die Konferenzstaaten durchaus annehmbar sein dürften. Die Formulierung der in den Artikeln 10 bis 15 enthaltenen privatrechtlichen Funktionen der Bank ist nur angedeutet worden, weil hier in erster Linie das Vorbild der Ottomanbank in

* Siehe Nr. 6966.

Betracht kommt, auch von hier aus Einzelvorschläge nicht wohl gemacht werden können.

Die Formulierung lautet:

Staatsbank von Marokko.

Artikel 1.

Zur finanziellen Unterstützung des Machsen wird in Marokko eine Bank errichtet, die von Seiner Majestät dem Sultan auf Grund der nachstehenden Bestimmungen zunächst auf fünfzig Jahre von dem Inkrafttreten dieser Konferenzakte an konzessioniert wird und den Namen „Staatsbank von Marokko" führt.

Die Bank hat ihren Sitz in Tanger und kann, soweit dies erforderlich ist, Sukkursalen und Agenturen an allen anderen Plätzen des scherifischen Reichs errichten.

Artikel 2.

Das Kapital der Bank wird vorläufig auf..... Millionen Pesetas festgesetzt.

Die Aufbringung dieses Kapitals erfolgt durch die Konferenzstaaten oder die von ihnen zu bezeichnenden Banken, dergestalt daß jedem hierzu bereiten Staate das Recht zusteht, für sich oder eine Bank oder Bankgruppe seines Landes je einen Geschäftsanteil von gleicher Größe zu übernehmen. Diejenigen Staaten, die von diesem Rechte Gebrauch machen wollen, haben innerhalb vier Wochen von dem Inkrafttreten dieser Konferenzakte an der Königlich Spanischen Regierung eine entsprechende Mitteilung zu machen. Mit dem Ablaufe dieser Frist gilt die Bank nach Maßgabe der eingegangenen Mitteilungen als gegründet.

Artikel 3.

Die Bank gilt in jedem der Konferenzstaaten als rechtsfähig.

In Marokko finden auf ihre Rechtsverhältnisse und ihre Rechtsbeziehungen zu anderen die Vorschriften der für die gemischten Prozesse in Ägypten unter den Titeln Code civil und Code de Commerce eingeführten Gesetzbücher Anwendung, derart daß auch für Prozesse, in denen die Bank als Klägerin auftritt, diese Vorschriften an Stelle des nationalen Rechtes des Beklagten maßgebend sind.

Artikel 4.

In Marokko wird die Gerichtsbarkeit über die Bank, wenn sie als Beklagte auftritt, und zwar auch in Immobiliarprozessen, durch einen Gerichtshof in Tanger ausgeübt, der aus den Vorsitzenden der dortigen Konsulargerichte der an der Bank beteiligten Mächte unter Zuziehung eines marokkanischen Delegierten gebildet wird. Dieser Gerichtshof entscheidet in erster und letzter Instanz. Im übrigen ist er ermächtigt, seine Organisation mit Einschluß der Verhältnisse der greffiers, huissiers und avocats, der Grundsätze über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Gerichtssprache und die Zwangsvollstreckung

sowie der Kosten des Verfahrens durch ein von ihm aufzustellendes Reglement zu ordnen. Auf das Verfahren selbst finden die Vorschriften des für die gemischten Prozesse in Ägypten eingeführten Code de Procédure civile et commerciale Anwendung.

Tritt die Bank in Marokko als Klägerin auf, so bestimmt sich die Gerichtsbarkeit nach den dort sonst geltenden Grundsätzen.

Artikel 5.

Die Bank bildet eine Aktiengesellschaft. Ihr Kapital wird in ..... auf den Inhaber lautende Aktien zu je 500 Pesetas zerlegt; es kann durch die Schaffung und Ausgabe neuer Aktien vermehrt werden.

Die Bank untersteht einem Kuratorium. Ihre Organe sind der Verwaltungsrat und das Direktorium.

Artikel 6.

Das Kuratorium besteht aus den diplomatischen Vertretern der Konferenzmächte in Tanger unter Zuziehung eines marokkanischen Delegierten. Es ist ermächtigt, seine Geschäftsordnung selbst aufzustellen.

Das Kuratorium ist berechtigt, von der Geschäftsführung der Bank jederzeit selbst oder durch Kommissare Kenntnis zu nehmen und die genaue Ausführung der für die Verfassung und den Geschäftsbereich der Bank maßgebenden Bestimmungen zu überwachen. Es hat sich jedoch jeder Einmischung in den Gang der Bankgeschäfte zu enthalten, soweit ihm nicht in den Artikeln 16 und 17 besondere Obliegenheiten übertragen sind.

Artikel 7.

Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus je zwei Delegierten der Staaten, Banken oder Bankgruppen, welche die Bank durch Übernahme eines Geschäftsanteils gegründet haben und sich im Besitze von mindestens einem Viertel ihres ursprünglichen Anteils am Aktienkapitale befinden. Dabei können jedoch an Stelle der Banken eines Landes andere Banken desselben Landes mit Genehmigung von dessen Regierung treten.

Der Verwaltungsrat beaufsichtigt den Gang der Bankgeschäfte; er ist berechtigt, das Direktorium mit Weisungen zu versehen, soweit dies nicht dem Kuratorium vorbehalten ist.

Die Geschäftsordnung und die einzelnen Befugnisse des Verwaltungsrats werden durch die Statuten der Bank geregelt.

Artikel 8.

Das Direktorium wird von dem Verwaltungsrat ernannt.

Es führt die Geschäfte der Bank und vertritt die Bank gerichtlich und außergerichtlich.

Die Organisation und die einzelnen Befugnisse des Direktoriums werden durch die Statuten der Bank geregelt.

Artikel 9.

Die Statuten der Bank werden auf Grund der Bestimmungen dieser Konferenzakte von dem Verwaltungsrat entworfen, der zu diesem Zwecke so bald wie möglich in Tanger zusammentritt. Die Statuten bedürfen der Genehmigung des Kuratoriums.

Das Gleiche gilt für eine etwaige Abänderung der Statuten.

Artikel 10.

Betreibung von Bankgeschäften jeder Art — etwa wie Artikel 8 der Konzessionsurkunde für die Ottomanbank.

Artikel 11.

Notenprivileg — etwa wie Artikel 9 bis 12 der erwähnten Konzessionsurkunde, wobei indes den Sukkursalen ein Emissionsrecht nicht einzuräumen und der Artikel 10 den Verhältnissen entsprechend zu ändern wäre.

Artikel 12.

Kassenstelle für bestimmte Staatseinnahmen und Ausgaben auf Grund eines zwischen dem Machsen und der Bank zu vereinbarenden Reglements — zu vergleichen Artikel 13, 14 der Konzessionsurkunde.

Von den Staatseinnahmen dürften der Bank jedenfalls die Zolleinkünfte, vielleicht nach Abzug der für die französische Anleihe erforderlichen Beträge, sowie die durch die Konferenz zu schaffenden neuen Einnahmen zu überweisen sein. Dabei könnte den Organen der Bank eine wirksame Kontrolle über die richtige Erhebung der Zölle eingeräumt werden.

Von den Staatsausgaben wird die Bank gemäß Artikel 17 jedenfalls diejenigen für die Polizeiorganisation und für gewisse dringende öffentliche Arbeiten zu bewirken haben. Erwünscht wäre es, wenn ihr auch der Schuldendienst, insbesondere für die französische Anleihe und den deutschen Vorschuß übertragen werden könnte.

Für ihre Tätigkeit als Kassenstelle ist der Bank eine Kommission zu gewähren — zu vergleichen Artikel 14, Abs. 5 der Konzessionsurkunde.

Artikel 13.

Finanzagentur des Staates, insbesondere Vorzugsrecht bei Anleihen — etwa wie Artikel 15, Abs. 1 der Konzessionsurkunde.

Artikel 14.

Eröffnung eines bestimmten Kredits für den Machsen — zu vergleichen Artikel 16 der Konzessionsurkunde.

Artikel 15.

Steuerfreiheit — etwa wie Artikel 18, Satz 1 der Konzessionsurkunde.

Artikel 16.

Die Bank wird nach Weisung des Kuratoriums die Sanierung der marokkanischen Münzverhältnisse in die Hand nehmen, indem sie das minderwertige marokkanische Geld einzieht, eine neue marokkanische Münze in Anlehnung an ein europäisches Münzsystem schafft und die Prägung dieser Münze vermittelt. Der bei der Münzprägung sich ergebende Gewinn fällt dem Machsen zu.

Artikel 17.

Die Bank wird nach Weisung des Kuratoriums die zur Durchführung der Polizeiorganisation sowie zur Herstellung dringender öffentlicher Arbeiten erforderlichen Mittel aus dem Guthaben des Machsen zurückbehalten und unabhängig von dessen Verfügung verwenden.

Das Budget für die Polizeiorganisation wird von dem Kuratorium festgesetzt.

Die Entscheidung über die Herstellung der öffentlichen Arbeiten erfolgt durch den Machsen, der dabei insbesondere auf die Verbesserung der Häfen und ihrer Anlagen Bedacht nehmen wird. Das Kuratorium ist befugt, dem Machsen sachdienliche Vorschläge zu machen.

Bülow

Nr. 6967

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 15 Algeciras, den 26. Januar 1906

Die Konferenz von Algeciras hat nun die erste Woche ihrer Arbeit hinter sich und in dieser Zeit das geleistet, was billigerweise bis jetzt von ihr erwartet werden konnte. Der Anfang wurde gemacht durch die Erklärung der Grundprinzipien für jede fernere internationale Verhandlung über Marokko: Integrität des scherifianischen Reichsgebietes, Unabhängigkeit des Sultans, völlige Freiheit für Handel und Wandel — Politik der Offenen Tür. Daß diese Punkte als die verbindlichen Grundsätze proklamiert werden konnten, hat der Konferenz von vorneherein ihren Charakter gegeben.

Man hat sich dann der Bearbeitung der Einzelfragen zugewendet, in die das marokkanische Problem zerfällt, und von deren mehr oder minder gründlichen Regelung es abhängen wird, ob die Ordnung im nordafrikanischen Gebiete aufrechtzuerhalten ist. Zu beginnen war mit den Materien, bei deren Erörterung unter den Mitgliedern

der Konferenz voraussichtlich die wenigste Meinungsverschiedenheit zutage treten würde. Als Regel wurde allseitig angenommen, daß jede der Konferenz vorzulegende Angelegenheit möglichst zuerst in vertraulichen Vorbesprechungen behandelt und in den formellen Sitzungen eingebracht werden solle, nachdem eine allgemeine Übereinstimmung für die Art der Erledigung gesichert erscheine.

Von seiten aller Vertreter ist dementsprechend bei den bisherigen Erörterungen die Tendenz gezeigt worden, die aufgeworfenen Fragen ohne überflüssige Diskussion zu erledigen. Das ziemlich umfangreiche Reglement für Unterdrückung des Waffenschmuggels konnte in zwei Sitzungen, denen die Vorbesprechungen vorausgingen, genehmigt werden, obschon es einzelne Punkte enthielt, über die erst die Einigung unter verschiedenen Ansichten herbeizuführen war. Das nächste, schwierigere Kapitel der Maßregeln zur Hebung und Reform der Staatseinkünfte hat seitdem die Konferenz beschäftigt und wickelt sich gleichfalls jetzt mit Übereinstimmung aller ab.

Es treten dann die Fragen heran, die für gemeinsame Entscheidung die größten Schwierigkeiten bereiten werden: Die Einsetzung und Kompetenz einer Staatsbank und die Organisation der Polizei. Hier wird der maßgebende Umstand das engere Einverständnis sein, das zwischen uns und den Franzosen erzielt werden muß. Da das allen übrigen Vertretern bekannt ist, richtet sich ihre ganze Aufmerksamkeit der Möglichkeit zu, ob und wie dieses Einverständnis sich vollziehen werde. Die Empfindung ist allgemein, daß ohne dem das Werk der Konferenz trotz des bisherigen guten Verlaufes ein unfertiges und ungenügendes bliebe.

Unter den fremden Delegationen hatten zum Beginn wohl die Zweifel daran überwogen, daß das Ganze mit wirklichem Erfolge endigen könne. Die französische und englische Presse, dazu ein großer Teil der deutschen gab dem ebenfalls Ausdruck, vielfach im feindlichen Sinne gegen Deutschland, dem von vornherein der Vorwurf gemacht wurde, durch die schroffe Abweisung des französischen Mandatsverlangens die Verständigung zu vereiteln. Man setzte dabei voraus, daß Frankreich seinerseits an dem Generalmandat festhalten werde und müsse, um sein Prestige in Nordafrika zu wahren. Seitdem die Arbeiten der Konferenz sich ruhig und in Eintracht erledigen, ist man von der pessimistischen Auffassung abgekommen, und wenigstens unter den hiesigen Mitgliedern der Konferenz setzt sich immer mehr die Erwartung fest, daß auch die erwähnten Hauptfragen im Wege der ausgleichenden Verhandlungen gelöst werden können. Daß die Hetzpresse, namentlich die Pariser, nach wie vor die Uneinigkeit zu schüren sucht, ist selbstverständlich.

Die französische Delegation, an deren Spitze Herr Révoil steht, hat von Anfang an sich sichtlich bestrebt, mit uns auf den Fuß höflicher, persönlicher Beziehungen zu gelangen, und sie hat in der bis-

herigen Besprechung der schwebenden Fragen scheinbar Wert darauf gelegt, mit uns in Übereinstimmung zu bleiben. Selbstredend ist das von unserer Seite nach jeder Richtung erwidert worden. Wir haben daher in allen Punkten uns mit den französischen Kollegen im Einklang gefunden. Ich habe bereits Euerer Durchlaucht gemeldet, daß nun auch bei Beginn der Erörterung von ernsterer Bedeutung eine vertrauliche Aussprache zwischen mir und Herrn Révoil stattgefunden hat, infolge deren wir über alle weiteren Fragen zunächst durch privaten Meinungsaustausch uns zu verständigen suchen wollen, um in der Konferenz möglichst jeden Antagonismus zu vermeiden. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß daraus ein schließlicher Kompromiß in annehmbarer Form hervorgehen werde. Daß Herr Révoil es eventuell absichtlich in der Konferenz zum Bruche treiben wolle, um einen Vorwand zum Einschreiten gegen Marokko zu gewinnen, kann ich nach den jetzigen Eindrücken nicht annehmen. Es wird sich im Verhalten bei der Polizeifrage herausstellen müssen. Einstweilen werde ich in der weiteren Verhandlung auf der anderen Seite dieselbe bonne foi voraussetzen, die wir dabei mitbringen.

Die marokkanischen Delegierten, an der Spitze der greise Mohammed Tores und El Mokri, machen einen würdigen und sympathischen Eindruck. Sie zeigen sich zugänglich für die Mitwirkung an den Aufgaben der Konferenz und haben offenbar von vornherein durch die feierliche Anerkennung der Integrität und Unabhängigkeit ihres Landes und ihres Sultans Vertrauen in die hiesigen Vorgänge gefaßt. Für uns zeigen sie besonderes Zutrauen, sind dankbar für jeden guten Rat und sehen namentlich in Graf Tattenbach einen sicheren erprobten Freund. Das hindert alles nicht, daß sie durch die üblichen Rückfragen in Fes die Verhandlungen in die Länge ziehen. Während der Sitzung wird jede Rücksicht auf sie genommen, und der Gang der Debatten immer so lange unterbrochen, bis ihnen das Wesentliche davon hat übersetzt werden können.

Von den übrigen fremden Vertretungen in der Konferenz kann ich die österreichische (Graf Welsersheimb und Graf Koziebrodzki) als solche nennen, die sich im engeren Einvernehmen mit uns zu bewegen wünscht. Ich habe meinem österreichischen Kollegen vertraulich von meinen Instruktionen in den einzelnen Fragen Kenntnis gegeben und denke, daß er überall, wo es nötig wäre, sich dem anzuschließen suchen werde. Ebenso zeigt, wie ich schon Euer Durchlaucht gemeldet habe, der amerikanische Botschafter White bisher das Bestreben, sich im vollen Einverständnis mit uns zu erhalten. Er drückt sich darin noch bestimmter aus wie der Marquis Visconti Venosta, der zwar jede Gelegenheit wahrnimmt, um uns seine Symphathie zu bezeigen, und uns für alleTransaktionen in vermittelndem Sinne seine Unterstützung sichert, aber doch, wenn in der Konferenz ein offener Gegensatz zwischen unserer und der fran-

zösischen Auffassung zutage träte, sich lieber der Äußerung enthalten als wie für unseren Standpunkt Partei nehmen würde. Dies ist speziell der Fall in der Polizeifrage, für die Marquis Visconti Venosta zunächst noch eifrig nach einem Kompromisse sucht.

Die russischen Vertreter (Graf Cassini und Herr von Bacheracht) beteiligen sich wenig an der Verhandlung. Sie stehen am meisten auf französischer Seite, erklären aber, daß sie angewiesen sind, für Vermeidung von Uneinigkeit zu wirken, und daß sie in den entscheidenden Fragen dem Ausgleich zwischen uns und den Franzosen das Wort reden würden.

Sir Arthur Nicolson, der allein ohne andere Delegierte seine Regierung vertritt, war bekanntlich von Anfang an ein Gegner der Konferenzidee und faßte es ganz persönlich auf, daß diese sich trotz seines Widerstandes verwirklichte. Er ist sicher zunächst in der Absicht hierher gekommen, durch dick und dünn mit den Franzosen zu gehen, auch wenn diese es auf Sprengung der Konferenz ankommen lassen wollten. Ich muß nach seinem Auftreten in den letzten Sitzungen und nach den Äußerungen einiger Kollegen, die mit ihm in intimem Verkehr stehen, annehmen, daß Sir Arthur neuerdings darin zahmer geworden ist und vielleicht jetzt selbst wünscht, daß die Konferenz ein für Deutschland wie für Frankreich genügendes Ergebnis finde[1]. Bei den Verhandlungen über Detailfragen zeigt er sich — da er zehn Jahre Gesandter in Tanger war — von großer Sachkenntnis.

Die Stellung, die Spanien auf der Konferenz einnimmt, wird einerseits durch die ihm obliegenden Präsidialpflichten, welche auf eine gewisse Neutralität hinweisen, andererseits durch die früheren Abmachungen mit Frankreich bestimmt. Der Herzog von Almodóvar versichert mich aber ausdrücklich, daß er für alle spanischen Interessen, die nicht direkt durch das französische Abkommen berührt würden, völlig freie Hand habe und darin sich nicht durch etwaige französische Sonderwünsche würde beeinflussen lassen. In der Polizeifrage, erklärte er mir, habe Spanien k e i n e r l e i Versprechen gegeben zur Unterstützung des französischen Generalmandats. Auch zu den Finanz- und Bankangelegenheiten werde Spanien nur nach seinen eigenen Interessen sich stellen, jedenfalls darüber wie wir im Wege vertraulicher Vorbesprechungen mit allen Beteiligten seine Meinung festsetzen.

Unter den anderen Staaten, deren Delegierte an der Konferenz teilnehmen, (Belgien, Holland, Portugal, Schweden) scheint hauptsächlich Belgien größeres Interesse für die Sache zu hegen. Für den Waffenhandel ist der Gesandte Baron Joostens lebhaft eingetreten, und an der Erörterung über die Bank will er sich nicht minder beteiligen. Er zeigt — ebenso wie der Gesandte von Holland — offenbar mehr Neigung für Anschluß an unsere Haltung wie an die

französische, auch in der Polizeifrage. Der Portugiese hat sich bisher überhaupt nicht vernehmen lassen, ebensowenig auch der Schwede.

Aus dem Vorangegangenen ergibt sich aber schon zur Genüge, daß die frohe Zuversicht in der französischen und englischen Presse, Deutschland werde in der Algeciraskonferenz ganz isoliert dastehen, sich keineswegs erfüllt hat. Es dürfte nach dem Bilde, das gegenwärtig die hiesige Versammlung bietet, wohl niemand mehr darüber im Zweifel sein, daß unser Bestreben, das Vertrauen aller der Mächte zu gewinnen, die für gleiches Recht und Wahrung gemeinsamer Interessen in Marokko eintreten, von Erfolg gewesen ist.

Radowitz

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wallace macht sich fühlbar*
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 6968

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 38 Berlin, den 27. Januar 1906

Die Anzeichen mehren sich, daß die französische Regierung sich an den Gedanken gewöhnt, die Konferenz werde ein französisches Generalmandat für Marokko eventuell zurückweisen. Eine Andeutung, welche mir der englische Botschafter kürzlich machte, und eine Meldung der Bevollmächtigten in Algeciras stimmen darin überein, daß man auf französischer Seite jetzt nach Mitteln sucht, um Frankreich für das ihm entgehende Generalmandat tunlichst schadlos zu halten. Unter den Preßstimmen, welche sich mit dieser Frage beschäftigen, erscheint als besonders beachtenswert ein Artikel des bekannten Kolonialpolitikers de Lanessan im „Siècle" vom 24. d. Mts. Derselbe legt dar, daß und weshalb das Generalmandat aussichtslos und auch nicht einmal wünschenswert für Frankreich sei. Ebenso wird auch die Einrichtung eines internationalen Polizeikorps als unerwünscht bezeichnet. Sonach bleibe nur übrig, dem Sultan die Organisation der Polizei in seinem Reiche zu übertragen, ihm dafür bestimmte Mittel anzuweisen und eine internationale Kontrolle einzurichten über die Verwendung jener Mittel und die ganze Durchführung des Plans. Frankreich werde sich Sympathien erwerben, wenn es diesen Plan in Algeciras spontan anrege.

---

* Vgl. Nr. 6951.

Ew. sind ermächtigt, dort zu erklären, daß die deutsche Regierung ihrerseits kein Bedenken haben würde, einen dahin gehenden Vorschlag zu unterstützen, welcher uns für die dauernde Wahrung der Offenen Tür eine erheblich größere Garantie zu bieten scheint als manche andere Auskunftsmittel, die in Algeciras jetzt erörtert werden. Falls indessen der Vorschlag von Frankreich ausgeht, wird derselbe voraussichtlich so formuliert sein, daß, wenn auch die Kontrollkommission einen gewissen internationalen Charakter bekommt, doch die Organisation selber ausschließlich an Franzosen übertragen werden wird. Tatsächlich hätten wir also dann ein französisches Generalmandat.

Dieser Gefahr wäre vorgebeugt, wenn der Vorschlag von einer neutralen Macht ausginge und gleich so formuliert wäre, daß die Zusammensetzung nicht nur der Kontrollbehörde, sondern auch der unter Oberhoheit und Leitung des Sultans zu organisierenden Polizei das Überwiegen einer einzelnen Macht ausschlösse*. Deutschlands Stellung ist nicht neutral genug für einen solchen Antrag. Es ist aber wahrscheinlich, daß die eine oder andre uns befreundete europäische Regierung zur Einbringung bereit sein würde. Wir möchten jedoch keinen Schritt in dieser Richtung tun, solange die Möglichkeit besteht, daß Amerika den Antrag stellt.

Von dem Zeitpunkte an, wo Präsident Roosevelt zu erkennen gab, daß er mit Deutschland in vertrauensvolle Beziehungen einzutreten wünsche, hat die Regierung Seiner Majestät des Kaisers unentwegt die Aufgabe im Auge behalten, bei großen schwebenden Fragen der hohen Politik an Amerika mit solchen Vorschlägen — und nur mit solchen — heranzutreten, welche gleichmäßig im Interesse beider Völker zu liegen schienen. Ich erinnere an die Neutralisierung Chinas und an die chinesischen Uneigennützigkeitserklärungen der Mächte**. Ebenso war Deutschland auch bereit, in der Frage der russisch-japanischen Friedensvermittlung Amerika zu unterstützen***. Dies sind Tatsachen, welche heute der Geschichte angehören, und auf welche beide Regierungen und Völker mit Befriedigung zurückblicken können. Dieser Rückblick berechtigt mich zu der Erwartung, Präsident Roosevelt werde auch unsern jetzigen Vorschlag erwägen mit der Überzeugung, daß wir ihn nicht gemacht haben würden, wenn wir nicht nach Prüfung der Verhältnisse zu der festen Ansicht gelangt wären, daß die Lage für denselben reif ist, und daß das Endergebnis geeignet sein wird, das beiderseitige Vertrauen noch zu befestigen. Denn die gleichzeitige Erhaltung des Friedens und

---

* Damit würde auch der Gedanke der Erteilung eines Generalmandats an Italien beseitigt worden sein. Vgl. dazu Nr. 6964, Seite 113, Fußnote*.
** Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXX.
*** Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXIX.

Sicherung der Offenen Tür muß allgemeine Befriedigung nicht nur in Amerika und Deutschland, sondern auch in der übrigen Welt hervorrufen.

Ew. wollen den vorstehend entwickelten Gedanken vertraulich mit dem Präsidenten oder dem Staatssekretär Root, bezw. mit beiden baldmöglichst erörtern. Es handelt sich dabei nicht um einen Eintagserfolg mit bitterm Nachgeschmack für einen der beiden Teile, sondern um einen Schritt, dessen dauernde und allseitig wohltätige Wirkung ihn hoch über alle Kritik erhebt.

Bülow

Nr. 6969

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 St. Petersburg, den 28. Januar 1906

Seine Majestät der Kaiser sagte mir gestern im Laufe eines Gesprächs nach Frühstückstafel, er habe von Cassini gute Nachrichten aus Algeciras. Eine befriedigende Lösung der Polizeifrage scheine sich anzubahnen. Er, der Kaiser, erachte unseren Standpunkt des Verlangens der Offenen Tür als den einzig richtigen und unterstützungswerten. Bei unseren loyalen Absichten sei das Mißtrauen und die Nervosität der Franzosen * gegenstandslos und unverständlich. Er vertraue indessen in den gesunden Sinn Rouviers.

Schoen

---

* Dieser „Nervosität" der Franzosen hatte der Zar auch in seinem Brief an Kaiser Wilhelm II. vom 8./21. Januar 1906 gedacht: „Kokovzeff" — der russische Finanzminister a. D. war am 15. Januar auf der Rückreise von Paris von dem Kaiser empfangen worden — „told You about the French ne[r]vousness on account of the Morocco conference. This was the reason why our loan could not be concluded at the present moment — not the interior situation of Russia." Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II. in einem Schreiben an Fürst Bülow vom 23. Januar 1906: „Großartig ist auch die Behauptung von Kokowzew, daß die Marokkoangelegenheit allein den Hinderungsgrund bildet gegen die Gewährung einer Anleihe seitens der Gallier! Nicht die Inner-Russischen Zustände! Also m[it] a[nderen] W[orten] wir sind die Schuld daran, daß Russland kein Geld kriegt, nicht die Revolution, die Mordbrenner, Bombenschmeißer pp.!" In seinem Antwortschreiben an den Zaren vom 29. Januar (Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, ed. W. Goetz, p. 386 ff.) suchte der Kaiser diesem eine richtigere Auffassung über die Marokkofrage beizubringen: „The Moroccan business will as far as I can see come out all right without war. The decisive point is that hitherto no

Nr. 6970

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Rom, den 28. Januar 1906

Minister des Äußern wird Marquis Visconti Venosta benachrichtigen, daß Deutschland zur Unterstützung des im Lanessanschen Artikel enthaltenen Gedankens* bereit sein würde. Minister bezeichnet diesen Vorschlag als versöhnlich. Er teilte streng vertraulich Telegramm Marquis Visconti Venostas vom 26. mit. Nachdem weder deutsche noch französische Delegierte betreffs Polizei- und Bankfrage aus ihrer Reserve heraustreten und Verhandlungen so nicht vorwärts gehen konnten, habe er — Marquis Visconti Venosta —, um Verständigung anzubahnen, Terrain sondiert und gefunden, daß französischer Delegierter geneigt sein würde, wegen Polizeimandat französischen Standpunkt zu verlassen und dafür Kompensationen in Bankfrage zu suchen. Polizei- und Bankfrage würden gemeinsam zu behandeln sein. Marquis Visconti Venosta habe darauf private Besprechung zwischen Herrn von Radowitz und Herrn Révoil vermittelt.

Monts

Nr. 6971

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Washington, den 29. Januar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 38 vom 27. d. Mts.**
Nach eingehender Besprechung des Inhalts äußerte Staatssekretär

---

other Power has shown any disposition for eventually lending France armed support, in case she wants to invade Morocco. Without the certainty of armed support France is not likely to risk such an invasion. Some arrangement will ultimately be agreed upon ensuring Peace for all parties concerned with honour assuring at the same time for the trade of the whole world the maintenance of the open door in Morocco. That the French refused a loan to Russia now, has not so much to do with the Moroccan Affair, as she has much calmed down since the opening of the Conference of Algesiras, but to the reports of the Jews from Russia — who are the leaders of the Revolt — to their kinsmen in France who have the whole Press under their nefarious influence."

* Vgl. Nr. 6968.

** Siehe Nr. 6968.

Bedenken, daß, falls White Antrag stellen sollte, Präsident in Verwickelungen geraten könnte. Ich bemerkte, daß dieses Bedenken zu beseitigen sei, falls Botschafter White Auftrag erhielte, erst vertraulich Ansichten der Regierungen zu sondieren. Staatssekretär wird Frage mit Präsident besprechen und dann im vorgenannten Sinne an White drahten.

Sternburg

Nr. 6972

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 40 Berlin, den 30. Januar 1906

Antwort auf Telegramm 26*.

Ew. können dem Staatssekretär Root mitteilen, daß das Wiener Kabinett seine Bevollmächtigten jetzt im Sinne des Lanessanschen Vorschlags instruiert hat. Ebenso hat der italienische Minister des Auswärtigen — wenn ihm auch vielleicht ein andres Auskunftsmittel lieber gewesen wäre — jenen Antrag als „versöhnlich" bezeichnet**.

Streng vertraulich können Ew. auch dem Staatssekretär und dem Präsidenten sagen, daß der Zar persönlich sich vor drei Tagen gegenüber dem deutschen Botschafter rückhaltlos zugunsten des deutschen Standpunkts und insbesondere zugunsten unsres Eintretens für die Offene Tür ausgesprochen hat***. Ich muß für die russische Mitteilung um absolute Diskretion bitten, weil es sonst aussehen würde, als wollte ich Paris gegen Petersburg aufreizen. Außer an Ew. ist die Äußerung des Zaren nur noch streng vertraulich an Herrn von Radowitz mitgeteilt.

Bei der Sachlage, wie sie sich hiernach darstellt, riskiert also Amerika nichts mit einem Antrage.

Bülow

---

* Siehe Nr. 6971.
** Vgl. Nr. 6970.
*** Vgl. Nr. 6969.

Nr. 6973

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 30 Berlin, den 30. Januar 1906

Nach meinem Telegramm Nr. 19* hatte Sir Arthur Nicolson berichtet, daß die deutschen Delegierten nicht gewillt schienen, Frankreich für einen Verzicht auf das Generalmandat Konzessionen auf finanziellem Gebiete zu machen. Nunmehr hat auch italienischer Minister des Äußern unserm Botschafter streng vertraulich ein Telegramm des Marquis Visconti Venosta mitgeteilt, wonach französischer Delegierter geneigt sein würde, wegen Polizeimandats französischen Standpunkt zu verlassen und dafür Kompensation in Bankfrage zu suchen, weshalb Polizei- und Bankfrage gemeinsam zu behandeln sein würden**.

Diese Kompensationsidee erscheint wenig glücklich. Den französischen Interessen auf dem Gebiete der Polizei ist durch Überlassung einer Grenzregion vollständig Rechnung getragen, so daß Frankreich einen Anspruch auf das Generalmandat nicht zu begründen vermag, mithin auch nicht in der Lage ist, daraus ein Kompensationsobjekt abzuleiten. Die Gewährung von Konzessionen in der Bankfrage erscheint aber besonders deshalb bedenklich, weil die Bank selbstverständlich auf längere Zeit begründet werden muß und es sich demgemäß um Einrichtungen handelt, die auch nach Wegfall der Polizeimandate bestehen bleiben und damit Frankreich dauernd einen überwiegenden wirtschaftlichen Einfluß in ganz Marokko sichern würden.

Bülow

Nr. 6974

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Algeciras, den 29. Januar 1906
[aufgegeben am 30. Januar]

Graf von Tattenbach nebst Geheimem Rat Klehmet hatten am 29. d. Mts. mit französischem Spezialisten Regnault eine erste, ganz private Besprechung über Bank- und Münzfrage.

---

* Vgl. Nr. 6960, Fußnote *.
** Vgl. Nr. 6970.

Regnault begann mit Darlegung der Maßnahmen, die nach französischer Ansicht zur Sanierung des marokkanischen Münzsystems notwendig seien, nämlich:

1. Die zu gründende Bank gibt über bei ihr zu hinterlegende Landesmünze (Hassani) Zertifikate aus. Diese Zertifikate sollen den Effektivtransport von Landesmünze ersetzen und insoweit als Geldsurrogat funktionieren; jedoch nur im Lande selbst.

2. Die Bank soll Noten ausgeben, die in Gold einlösbar sind und auf eine Rechnungsmünze, und zwar den alten Piaster in Gold, lauten. Anscheinend ist dabei an volle Deckung in Gold oder nach dem Kurs umzurechnenden Münzen gedacht.

Herr Regnault hofft, daß durch diese beiden Maßnahmen der Kurs der marokkanischen Münze so gehoben wird, daß eine Einziehung der älteren minderwertigen Hassani und zugleich die Zurückdrängung der im Lande verbreiteten spanischen Pesetas sich ermöglichen läßt. Er versichert, daß Spanien mit den Maßnahmen bereits einverstanden sei.

Unsererseits ist eine nähere Prüfung vorbehalten worden. Indes möchten wir annehmen, daß besondere politische oder handelspolitische Bedenken gegen die französische Anregung in diesem Punkt nicht zu erheben sind.

In der dann zur Erörterung gelangenden Frage der Bankgesuche versuchte Herr Regnault von dem Satz auszugehen, daß die präponderierenden französischen Wirtschaftsinteressen in Marokko dabei zum Ausdruck gelangen müßten. Er zitierte dabei zwei angebliche Aussprüche Révoils, nämlich daß es sich handele um die „porte ouverte sans niveller des intérêts acquis" und ferner „la porte ouverte ne signifie pas que ceux qui sont dans la maison en sortent".

Aus diesen Vordersätzen folgert er:

1. Die Forderung französischen Rechts und ausschließlich französischer Gerichtsbarkeit (durch die Gerichte in Frankreich) für die Bank.

2. Folgende Verteilung des Aktienkapitals der Bank: Frankreich 27%, Spanien 23%, England 20%, Deutschland 20%, Italien 10%.

3. Organisation: Verwaltungsrat (Administrateurs statutaires) zehn Mitglieder, von den Aktionären nach Nationen gewählt; Direktorium ernannt vom Verwaltungsrat, ferner ein Comité d'Escompte in Tanger aus dortigen Aktionären zur Bestimmung des Kurses und der Höhe der von der Bank zu gewährenden Kredite, endlich ein Comité d'Etudes nommé par les futurs souscripteurs.

4. Ausgleichanleihevorrecht der französischen Banken, welches kein Monopol sei, müsse bestehen bleiben.

Unsererseits ist der Ausgangspunkt Regnaults, nämlich das Prädominium der französischen Interessen, natürlich entschieden bestritten worden, jedoch unter Vermeidung unfruchtbaren Streits darüber. Das

Verlangen nach Unterstellung der Bank unter französisches Recht und französische Gerichtsbarkeit lehnte Graf Tattenbach als völlig unannehmbar ab und forderte instruktionsgemäß die Durchführung der Internationalisierung mit den ägyptischen Codes mixtes. Das Anleiherecht der französischen Banken wurde ebenfalls auf Grund des Artikels 17 der Madrider Konvention abgelehnt. Schließlich sagte Regnault: er wolle eventuell versuchen, die Aufgabe des Anleiherechts zu erwirken, jedoch nur gegen Erhöhung des französischen Aktienkapitals. Zum Schluß betonte Regnault nochmals emphatisch den ernstlichen Wunsch seiner Regierung, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen.

Unser Gesamteindruck ist, daß es Regnault hiermit doch wohl ehrlich meint, und daß mit der Zeit nach einigem Kampf eine Einigung vielleicht zu erreichen ist etwa mit dem Ziel: die Franzosen verzichten auf Anleihemonopol, wir konzedieren dafür Erhöhung des französischen Aktienanteils auf 27 Prozent. Den französischen Gerichten können wir natürlich die Bank nicht ausliefern, aber den schweizer Gerichten? Das neutrale französische Recht zu konzedieren, möchte dagegen nötigenfalls nicht völlig ausgeschlossen sein.

Regnault deduzierte, daß in Ermangelung eines bereits vorhandenen Gerichtshofes die französischen Gerichte das gegebene Auskunftsmittel seien. Die konsularischen Richter in Tanger erklärte er für nicht genügend vorgebildet. Da würde er lieber die Bildung eines eigenen Gerichtshofes in Marokko ungeachtet der Kosten annehmen.

Kann auf diesen letzteren Gedanken eventuell eingegangen werden? Da dem zu bildenden gemischten Gericht notwendigerweise auch alle anderen Streitigkeiten von Fremden mit Marokkanern zugewiesen werden müßten, könnte dies für die Lage der Fremden nur von Vorteil sein.

Dürfen die Besprechungen nach Maßgabe des Vorstehenden fortgesetzt werden?

Radowitz

Nr. 6975

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Algeciras, den 31. Januar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 30 vom 30. d. Mts.*

Marquis Visconti Venosta und White heben immer die Notwendigkeit für uns hervor, den Franzosen in Bankfrage „Konzessionen“

* Siehe Nr. 6973.

zu machen, um zur Verständigung über Polizei zu gelangen. Wir haben demgegenüber daran festgehalten, daß diese Fragen unabhängig voneinander behandelt werden müssen, daß wir in Bankangelegenheit überhaupt nicht für uns allein, sondern für Ansprüche aller beteiligten und berechtigten Fremden einträten, und daß wir hofften, auf der Basis richtiger Verteilung der materiellen Interessen uns auch mit den Franzosen darin zu verständigen. Die Polizeifrage sei dann ein anderer Punkt für freundliche Auseinandersetzung.

Inzwischen habe ich durch Telegramm Nr. 22* das Ergebnis der ersten Vorbesprechung, betreffend Finanzen, gemeldet. Uns erscheint Verständigung nicht unmöglich; den Franzosen wird das Geschäft einigermaßen erschwert durch die fortgesetzte Einmischung der hier vertretenen Pariser Hetzpresse.

Radowitz

Nr. 6976

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 44 Berlin, den 1. Februar 1906

Bei einer privaten Besprechung zwischen den deutschen und französischen Delegierten in Algeciras über die zu gründende marokkanische Staatsbank** ist französischerseits vorgeschlagen, das Aktienkapital der Bank unter Frankreich (27%), Spanien (23%), England (20%), Deutschland (20%) und Italien (10%) zu verteilen und die Bank selbst dem französischen Rechte und der ausschließlichen französischen Gerichtsbarkeit zu unterstellen.

Diese Vorschläge entfernen sich vollständig von dem von der Konferenz angenommenen Grundsatze der Offenen Tür und der Gleichberechtigung aller Nationen. Denn sie würden die Mehrzahl der Konferenzstaaten, darunter insbesondere auch die Vereinigten Staaten von Amerika, von der Beteiligung an der Bank ohne weiteres ausschließen, während nach den deutschen Vorschlägen die Beteiligung jedem Konferenzstaate, der darauf Wert legt, offen gehalten werden soll. Überdies würde durch die Auswahl der Bankmächte und die Unterstellung der Bank unter die französische Gerichtsbarkeit das Unternehmen sich im wesentlichen als ein französisches Finanzinstitut darstellen, so daß Frankreich für alle Zukunft der maßgebende wirtschaftliche Einfluß in ganz Marokko gesichert wäre.

---

* Siehe Nr. 6974.
** Vgl. Nr. 6974.

Euere Exzellenz bitte ich, vorstehende Gesichtspunkte sobald als möglich mit Herrn Root vertraulich zu besprechen und mir seine Auffassung mitzuteilen.

Bülow

Nr. 6977

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 38 Berlin, den 2. Februar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 22*.

Die französischen Vorschläge zur Sanierung des marokkanischen Münzsystems erscheinen vom politischen Standpunkt unbedenklich. Dagegen lassen sie sich nach Ansicht der Reichsbank und des Geheimrats von Mendelssohn vom handelspolitischen und banktechnischen Standpunkt ohne genauere Formulierung nicht genügend übersehen; insbesondere ist nicht ersichtlich, inwiefern sie zur Hebung des Kurses der marokkanischen Münze beitragen würden. Es wäre daher erwünscht, zunächst eine Formulierung der in Aussicht genommenen Maßnahmen zu erhalten. Auch dürfte zu erwägen sein, ob es sich nicht zur Entlastung der Konferenz von technischer Detailarbeit empfiehlt, die Einzelheiten, wie dies in Artikel 16 des mit meinem Telegramm Nr. 24** mitgeteilten Entwurfs geschehen ist, der Bank oder deren Aufsichtsbehörde zu überlassen.

Zu den französischen Vorschlägen wegen Gestaltung der Bank ist folgendes zu bemerken:

1. Frankreich will das Aktienkapital unter fünf Mächte verteilen. Damit würden die übrigen Konferenzstaaten von der Beteiligung ohne weiteres ausgeschlossen sein. Ein solches Verfahren entspricht nicht dem von der Konferenz angenommenen Grundsatze der Offenen Tür und der Gleichberechtigung aller Nationen. Diesem Grundsatze der Offenen Tür entspräche mehr der in Artikel 2, Absatz 2 unsers Entwurfs ausgesprochene Gedanke, daß die Beteiligung an der Bank jedem Konferenzstaate, der darauf Wert legt, offen gehalten werden soll. Überdies würde die von Frankreich getroffene Auswahl der fünf Bankmächte, auch abgesehen von der vorgeschlagenen prozentualen

---

* Siehe Nr. 6974.
** Siehe Nr. 6966.

Verteilung des Aktienkapitals, unseren wie auch den Interessen der Allgemeinheit nicht entsprechen, vielmehr Frankreich einen derartig überwiegenden Einfluß auf die Leitung der Bank einräumen, daß der durch die deutsche Bankgruppe auszuübende handelspolitische Einfluß nicht genügend sicher gestellt wäre. Schon aus diesem Grunde legen wir erheblichen Wert darauf, daß sich auch andere Bankgruppen, insbesondere amerikanische, österreichisch-ungarische und niederländische, an der Gründung der Bank beteiligen. In diesem Sinne wird von Geheimrat von Mendelssohn auf die in Betracht kommenden Finanzkreise und von unserer Seite auf deren Regierungen hingewirkt.

2. Frankreich will die Bank dem französischen Rechte und der französischen Gerichtsbarkeit unterstellen. Bei dem internationalen Charakter der Bank erscheint zunächst die Einführung des nationalen Rechtes einer einzelnen Konferenzmacht nicht gerechtfertigt, zumal da ein bewährtes internationales Recht in den ägyptischen Codes mixtes zur Verfügung steht. Auch würden die elastischeren Vorschriften dieses Rechtes für die Bildung der Bank geeigneter sein als die für ganz andere Verhältnisse berechneten detaillierten Vorschriften des französischen Aktienrechts.

Die Unterstellung der Bank unter die französische Gerichtsbarkeit würde das Institut und seine ganze Tätigkeit der französischen Staatshoheit unterstellen und ihm damit an Stelle des internationalen Charakters einen spezifisch französischen verleihen. Dazu kommt, daß die Gerichtsbarkeit über eine Bank bei der eigenartigen Gestaltung ihrer Geschäfte an Ort und Stelle ausgeübt werden muß. Dieser Gesichtspunkt würde auch der Einführung einer neutralen Gerichtsbarkeit wie der schweizerischen entgegenstehen. Die Schaffung eines Gerichtshofs in Marokko mit eigenen Richtern würde an sich keinem Bedenken unterliegen; doch würde dieser Gerichtshof, wenn sich seine Zuständigkeit auf Klagen gegen die Bank beschränkt, so gut wie unbeschäftigt sein und ganz unverhältnismäßige Kosten verursachen. Die Übertragung einer weiteren Zuständigkeit aber an diesen Gerichtshof, wie sie in dem dortigen Telegramm angedeutet wird, würde der Konferenz neue weittragende Aufgaben zuweisen und dadurch die schon vorhandenen Schwierigkeiten noch vermehren. Hiernach dürfte der einfachste Weg nach wie vor die Schaffung eines Gerichtshofes nach Maßgabe des Vorschlags in Artikel 4, Absatz 1 unsers Entwurfs sein. Der französische Einwand, daß die konsularischen Richter in Tanger nicht genügend vorgebildet seien, würde jeder Art von Konsulargerichtsbarkeit, die sich häufig mit viel schwierigeren Fragen zu beschäftigen hat, entgegengehalten werden können.

3. Nach den französischen Vorschlägen soll der Verwaltungsrat von den Aktionären gewählt werden. Da mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die Mehrheit der Aktien früher oder später

in die Hände von Interessenten einer einzigen Macht, z. B. Frankreichs, gelangt, so könnte einer solchen Macht bei Annahme des französischen Vorschlags ein überwiegender Einfluß auf die Leitung der Bank zufallen. Gegen diese Gefahr würde nicht etwa die von französischer Seite vorgeschlagene Wahl des Verwaltungsrats nach Nationen schützen, da die Mehrheit der Aktionäre, sofern sie den Interessen einer Macht dient, in der Lage wäre, unter den Angehörigen anderer Nationen lediglich Strohmänner auszuwählen. Dagegen würde unser Vorschlag in Artikel 7, Absatz 1 des Entwurfs Abhilfe gewähren, weil danach das Wahlrecht den Gründern der Bank erhalten bleibt, solange sie sich im Besitz eines gewissen Mindestanteils an ihrem ursprünglichen Aktienkapitale befinden.

Die von französischer Seite empfohlene Schaffung eines Comité d'Escompte und eines Comité d'Etudes erscheint nach Ansicht unserer Sachverständigen überflüssig und würde nur zur Erschwerung der Bankgeschäfte führen. Dagegen fehlt in dem französischen Organisationsplane die in Artikel 6 unsers Entwurfs vorgesehene Aufsichtsbehörde (Kuratorium), deren Schaffung uns im Hinblick auf die Übertragung staatlicher Aufgaben an die Bank sowie zur Wahrung unsers Einflusses auf deren Geschäftsführung schwer entbehrlich erscheint.

4. Wenn Frankreich als Kompensation für die von ihm erstrebten Sonderrechte die Aufgabe des seinen Banken eingeräumten Anleihevorrechts zugunsten der neuen Bank anbietet, so kann hierin ein Zugeständnis schon deshalb nicht gefunden werden, weil die neue Bank, sofern sie unter französischen Einfluß gerät, das ihr zufallende Anleihemonopol doch im wesentlichen im französischen Interesse nutzbar machen würde.

In seiner bisherigen Formulierung läuft der französische Vorschlag darauf hinaus, die zu gründende marokkanische Staatsbank tatsächlich zu einem französischen Finanzinstitute zu machen und auf diese Weise Frankreich in ganz Marokko das Übergewicht auf finanziellem und damit überhaupt auf wirtschaftlichem Gebiete zu verschaffen, wogegen der Einfluß aller übrigen in Marokko wirtschaftlich interessierten Mächte so gut wie völlig ausgeschaltet sein würde. Um eine ehrliche Durchführung der „open door" zu ermöglichen, an welcher alle Teilnehmer der Konferenz interessiert sind, hoffe ich, daß es Ew. gelingen wird, eine Lösung der Bank- und Finanzfrage zu erreichen, welche den berechtigten Ansprüchen der Gesamtheit in wesentlich höherm Grade Rechnung trägt, als dies in den jetzt vorliegenden französischen Vorschlägen der Fall ist.

Bülow

Nr. 6978

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Algeciras, den 31. Januar 1906

Artikel von Lanessan* ist nun allen Delegierten hier bekannt und macht sichtlich Eindruck. White sagt mir, er sei die beste Vorbereitung auf schließliche Lösung der Polizeifrage. Mein amerikanischer Kollege hat die in Telegramm Nr. 26** angekündigte Mitteilung erhalten und mit mir vertraulich und eingehend besprochen. Er ist noch nicht förmlich beauftragt, eventuell eine Vermittlung zu übernehmen, sagt aber, daß er persönlich dazu zu geeigneter Zeit ganz bereit wäre. Fürs erste rät er mir an, hier noch mit niemand über die ins Auge gefaßte Kombination für Polizei zu sprechen. Er werde zunächst aus sich heraus den Gedanken lanzieren. Er wiederholte, daß die Franzosen erst wissen wollten, wie wir uns zu den Finanzfragen stellten. Die Einigung darüber werde seiner Ansicht nach unzweifelhaft auch die über Polizei zur Folge haben. Ich habe geantwortet wie vorher, daß wir mit bester Absicht auf Verständigung über die Finanzfrage in private Erörterung mit den Franzosen eingetreten seien und diese nur nach Maßgabe der darin enthaltenen Interessen fortsetzen würden.

In Polizeifrage glaube ich, daß es jetzt richtig ist, abzuwarten, welche weiteren Eindrücke White darüber gewinnen wird.

Radowitz

Nr. 6979

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Algeciras, den 2. Februar 1906

Der Artikel von Lanessan über Polizeimandat hat jetzt erst einen Sturm von Widerspruch in der . . .*** Presse und, wie es scheint, Weisungen an Herrn Révoil hervorgerufen, infolge deren er verlangt, daß ich vor allem mit ihm direkt über die Polizeifrage verhandeln möge. Die eingeleitete vertrauliche Besprechung der Finanz- und Banksachen wünscht er inzwischen zu unterbrechen. Auch Marquis

---

* Vgl. Nr. 6968 ff.
** Siehe Nr. 6971.
*** Zifferngruppe unverständlich.

Visconti Venosta und White sagen mir, daß bei der neuerlichen Erregung in der französischen Presse und deren Rückwirkung auf die hiesige französische Delegation die Erörterung der Polizeifrage nicht mehr aufzuschieben sei. Ich werde morgen nachmittag mit Herrn Révoil direkt konferieren und zunächst feststellen, was er in der Sache will.

Radowitz

Nr. 6980

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Algeciras, den 3. Februar 1906
[aufgegeben am 4. Februar]

In Verfolg von Telegramm Nr. 29*.

In heutiger Unterredung mit Révoil habe ich hauptsächlich gesucht, ihn über seinen Standpunkt sprechen zu lassen.

Generalmandat hat er nicht zur Erörterung gestellt; ich brauchte deshalb nicht auf die früheren Zusagen zurückzukommen.

Er erklärte dann die von Lanessan angeregte Lösung für nicht annehmbar, weil Sultan allein nie wirkliche Autorität noch hinreichende mode de procédure besitzen werde zur Beschaffung der Truppe und der Offiziere.

Allerdings müsse durchaus das Prinzip der Souveränität des Sultans gewahrt werden; aber um etwas Praktisches zu schaffen, wie es bei jetzigen Zuständen dringend nötig sei, bedürfe es daneben eines Mandats der Konferenz. Da dieses nicht an Frankreich allein gegeben werden solle, wäre vorzuschlagen, es an Frankreich und Spanien zusammen zu erteilen, die dazu durch ihre nordafrikanische Stellung am meisten berufen seien. Über Form, Ausdehnung, Kontrolle des Mandats könnten alle wünschenswerten internationalen Abmachungen getroffen werden. Ebenso seien alle zu verlangenden Garantien dafür festzulegen, daß aus der Polizeiorganisation kein anderes Recht hergeleitet, völlige Gleichheit auf Verkehrsgebiet nicht berührt werden könne.

Ich habe Révoil geantwortet, daß das französisch-spanische Mandat mir einstweilen ebensowenig annehmbar schiene wie das französische allein.

Wir könnten in Marokko französische Präponderanz als mit den allgemeinen Interessen unvereinbar nicht anerkennen und deswegen

---

* Siehe Nr. 6979.

nur Institutionen zustimmen, die gegen diese Tendenz gesichert seien. Er kam infolgedessen immer darauf zurück, daß Frankreich dort keine politischen Sonderzwecke verfolge, was auch sein bisheriges Verhalten auf der Konferen beweise, aber es müsse umsomehr verlangen, in der Proportion seiner überwiegenden dortigen materiellen Interessen geschützt zu werden. Nur damit könne es von der Konferenz zurückkehren. Er hoffe, wir würden dem Rechnung tragen, damit die Konferenz so befriedigend auslaufe, wie sie es bisher gewesen sei.

Aus ganz vertraulichen Äußerungen des französischen technischen Delegierten gegenüber Graf von Tattenbach wissen wir, daß Révoil eventuell auch Hinzuziehung einer dritten Macht „zur Kontrolle" der Mandatsausführung einräumen würde vorbehaltlich genauerer Abmachung. Mir hat er noch nichts davon gesagt.

Vorläufig habe ich von Marquis Visconti Venosta, Mr. White und Graf Welsersheimb die vertrauliche Zusage, daß sie, sobald es erwünscht sein könne, zu einer Vermittelung in der Frage bereit seien.

Radowitz

Nr. 6981

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 25 Berlin, den 4. Februar 1906

Radowitz drahtet des weiteren, daß Österreicher und Italiener ihm ihre Vermittelung für Vorschlag von Révoil angeboten haben. Schleunige Instruierung des Österreichers angezeigt, um Verwirrung zu vermeiden.

Holstein

Nr. 6982

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Kriege

Reinschrift

Berlin, den 4. Februar 1906

Dem mir erteilten Auftrage gemäß bin ich am 2. d. Mts. abends nach Wien abgereist und dort am 3. d. Mts. morgens eingetroffen. Ich habe zunächst den Kaiserlichen Botschafter Grafen von Wedel aufgesucht und diesem die unsern Delegierten in Algeciras unterm

3. v. Mts. (A. 29)* mitgeteilten beiden Instruktionen sowie die in je einem Abdruck anliegenden drei Schriftstücke über die Polizeiorganisation in Marokko (Auszug aus dem Telegramm Nr. 17 an den Kaiserlichen Botschafter in Washington vom 20. v. Mts., A. 1504**), über die Staatsbank von Marokko (Telegramm Nr. 24 an den Kaiserlichen Botschafter von Radowitz vom 27. v. Mts., A. 1978***) und über die wirtschaftlichen Grundsätze des Konferenzprogramms (Auszug aus der Spezialinstruktion an unsere Delegierten vom 3. v. Mts. †) übergeben. An der Hand dieser Schriftstücke habe ich ihn eingehend über unsere Stellung zu den einzelnen Punkten des Konferenzprogramms informiert. Der Herr Botschafter war mit der von uns in Aussicht genommenen Lösung ganz einverstanden und hielt es für durchaus erwünscht, daß ich deswegen auch mit dem Referenten im dortigen Ministerium des Äußern Hof- und Ministerialrat Freiherrn von Biegeleben in Verbindung träte, wozu er bereits die vorbereitenden Schritte getan hatte. Er stellte durch eine mündliche Anfrage fest, daß dem Minister Grafen von Goluchowski eine solche Besprechung sehr genehm sei, worauf am Nachmittage zwischen mir und dem Baron von Biegeleben im Beisein des Herrn Botschafters eine etwa dreistündige Unterredung über alle in Betracht kommenden Fragen stattfand.

Baron von Biegeleben ist nach Mitteilung des Herrn Botschafters ultraklerikal und nicht besonders deutschfreundlich, dabei aber, wie auch die mit ihm geführte Unterhaltung ergab, ein guter Sachkenner und entschieden gewillt, den österreichischen Interessen nichts zu vergeben. Meine Ausführungen erfolgten auf Grund der anliegenden drei Schriftstücke, die ich Herrn von Biegeleben weisungsgemäß zur vertraulichen Kenntnis für seine Regierung mitteilte. Ich bemerkte dabei, daß wir bisher mit eigenen Vorschlägen nicht hervorgetreten seien, weil wir zunächst die französischen Vorschläge hätten abwarten und auf ihre Annehmbarkeit prüfen wollen. Nachdem die französischen Intentionen uns nunmehr durch mündliche Besprechungen der beiderseitigen Delegierten bekannt geworden seien und den von der Konferenz angenommenen Grundsätzen der Offenen Tür und der Gleichberechtigung aller Nationen wenig entsprächen, hätten wir die aus den Anlagen ersichtlichen eigenen Vorschläge entworfen, die wir, ohne uns darauf festlegen zu wollen, der befreundeten österreichisch-ungarischen Regierung zur Prüfung zu unterbreiten wünschten. Baron von Biegeleben hörte meinen Ausführungen mit Interesse zu und dankte wiederholt für die eingehende Orientierung, auf die seine Regierung großen Wert lege. Er faßte seinen persönlichen

---

* Siehe Kap. CLI, Nr. 6922 nebst Anlagen.
** Siehe Nr. 6956.
*** Siehe Nr. 6966.
† Siehe Kap. CLI, Nr. 6922, Anlage II.

Standpunkt dahin zusammen, daß unsere Vorschläge mit dem auch von seiner Regierung vertretenen Standpunkte der Offenen Tür völlig übereinstimmten und ihm nach ihrem ersten Eindruck in allen Einzelheiten sachgemäß und ausführbar erschienen.

Zu den Vorschlägen über die Polizeiorganisation bemerkte er, daß ihm der unter Nr. 3 der Aufzeichnung vorgesehene Weg*, wonach von der Erteilung jedes Mandats abgesehen und dem Sultan nur die Verpflichtung zur Unterhaltung von Polizeitruppen und deren Ausbildung durch fremdes Personal auferlegt werden solle, als der geeignetste erschiene, da auf diese Weise die Unabhängigkeit des Sultans am wenigsten berührt, auch am wenigsten Grund zu Eifersucht unter den Mächten gegeben werde. Aus demselben Grunde halte er es für richtig, daß der Sultan bei der Heranziehung des Ausbildungspersonals auf die kleineren Mächte beschränkt werde. Wegen der erforderlichen Kontrolle war er mit uns der Meinung, daß eine solche durch das diplomatische Korps in Tanger ausgeübt werden könne, wenn diesem das Recht eingeräumt werde, sich durch Delegierte oder Kommissare (höhere Offiziere) von der Ausführung der Konferenzbestimmungen zu überzeugen. Endlich erklärte er, sich unserer Auffassung auch dahin anschließen zu müssen, daß ein an Frankreich allein oder an Frankreich und dessen Freunde erteiltes Mandat diesem Staate den überwiegenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Marokko verschaffen werde und daher mit dem Grundsatze der Offenen Tür nicht im Einklange stehe.

Die französischen Vorschläge über die Staatsbank, wie sie in dem Telegramm Nr. 22 des Kaiserlichen Botschafters von Radowitz vom 29. v. Mts., A. 2114** enthalten sind, bezeichnete Baron von Biegeleben in scharfen Ausdrücken als für Österreich-Ungarn völlig unannehmbar; insbesondere sprach er sein Befremden darüber aus, daß die Mehrzahl der Konferenzstaaten von der Beteiligung an der Bank ohne weiteres ausgeschlossen werden solle. Seine Regierung werde sich das Recht auf eine solche Beteiligung keinesfalls nehmen lassen, wenn er auch zurzeit noch nicht sicher sei, ob die österreichischen Banken von diesem Rechte Gebrauch machen würden; übrigens seien österreichische Banken bereits auf die zu gründende marokkanische Staatsbank aufmerksam geworden und hätten sich deswegen mit der Regierung in Verbindung gesetzt. Im Gegensatze zu den französischen Vorschlägen seien die deutschen durchaus loyal gehalten und, soweit er es übersehen könne, in allen Punkten annehmbar.

Herr Baron von Biegeleben schloß seine Bemerkungen mit der Erklärung, daß er im vorstehenden Sinne seinem Minister Vortrag halten werde und auf dessen Zustimmung so gut wie sicher rechnen

* Vgl. Nr. 6956.
** Siehe Nr. 6974.

könne; er nehme an, daß alsdann die österreichischen Delegierten in Algeciras angewiesen werden würden, in allen diesen Fragen mit unsern Delegierten Hand in Hand zu gehen. Der Herr Botschafter war gleichfalls der Meinung, daß Baron von Biegeleben bei seiner Stellung im Ministerium eine entsprechende Entschließung seiner Regierung herbeiführen werde. Er will diese Entschließung möglichst zu beschleunigen suchen und uns das Ergebnis telegraphisch mitteilen.

Kriege

Nr. 6983

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Wien, den 5. Februar 1906

Ich habe soeben nach Anhalt der mir gestern und heute zugegangenen Telegramme eingehend mit dem Grafen Goluchowski gesprochen. Derselbe erklärte mir, Österreich-Ungarn werde mit uns in der Bankfrage und in der Frage der Organisation der Polizei, in welch letzterer er den Punkt drei für allein durchführbar erachtete, „durch dick und dünn" gehen. Was die Freigabe der Kabotage und der Häfen betreffe, so wolle er, wenn bezügliche Anträge von dritter Seite gestellt würden, für dieselben eintreten, doch erachte er es nicht für zweckmäßig, solche Anträge österreichisch-ungarischerseits stellen zu lassen, schon um nicht den Verdacht zu erwecken, daß Deutschland hinter denselben stehe. Die Frage der Grenzzone könne man vielleicht derartig regeln, daß man von der Küste aus eine Linie bezeichne, die jene Zone begrenze.

Der Minister sagte mir endlich, Graf Welsersheimb sei bereits mit Instruktionen versehen, doch werde er demselben noch heute weitere präzise Weisungen zugehen lassen.

Wedel

Nr. 6984

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 Algeciras, den 5. Februar 1906

Zur Charakteristik der hiesigen Stimmung.

Alle Kollegen sind ausschließlich mit Polizeifrage beschäftigt und überzeugt, daß der ganze Erfolg der Konferenz davon abhänge.

Natürlich deswegen auf Kompromiß Drängen. Marquis Visconti Venosta und White raten, aber nur als persönliche Meinung, zu Entgegenkommen bezüglich Organisation durch französische und spanische Offiziere, etwa mit Beteiligung einer dritten Macht als Kontrollinstanz, was genauer zu bestimmen bleibe. Außerdem mit allen erforderlichen Garantien für Wahrung der allgemeinen Rechte. Souveränität des Sultans möglichst in den Vordergrund zu stellen, Ausdruck „Mandat" vielleicht ganz zu vermeiden. Von allen Seiten wird baldige Beschaffung einer faktisch leistungsfähigen Polizeitruppe verlangt, um für Sicherheit der Fremden zu sorgen.

Wenn Zugeständnis für Beschränkung auf französische und spanische Polizeioffiziere überhaupt in Frage käme, würden wir unbedingt erforderlich erachten, daß Verteilung in einzelnen Häfen vorher nach Verständigung mit uns dahin geregelt werde, daß einige Plätze am Atlantischen Ozean jedenfalls den Spaniern zufallen.

Vorbesprechung über Finanzbank, deren weiterer Verlauf nicht ungünstig war, ist von den Franzosen bis zur prinzipiellen Einigung in Polizeisache ausgesetzt.

Radowitz

Nr. 6985

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 Algeciras, den 6. Februar 1906

In Anschluß an Telegramm Nr. 31, 32*.

Bisher hält, wie ich von meinen Kollegen höre, Herr Révoil an dem Doppelmandat als einzige für Frankreich annehmbare Lösung fest. Ich habe keine neue Unterredung mit ihm gehabt, die nun aber unvermeidlich wird. Die weitere Tätigkeit der Konferenz wird von der prinzipiellen Einigung über Polizeifrage abhängen. Könnte ich als letzten Versuch zur direkten Verständigung mit Herrn Révoil folgende Punkte ihm anbieten:

1. Frankreich erhält Polizeiorganisation da, wo es jetzt Instruktionsoffiziere besitzt (Tanger, Rabat, Casablanca).

2. Spanien erhält gleiche Polizeirechte in einigen südlichen Häfen (Mogador, Saffi).

3. In den übrigen Häfen wird die Polizei international organisiert.

---

* Siehe Nr. 6980, 6984.

4. Zur Erhaltung der Einheitlichkeit der Organisation für alle mit fremder Polizei versehenen Häfen wird eine Oberinspektion eingesetzt, die einer dritten Macht, also weder Frankreich noch Spanien noch Deutschland zufällt?

Frankreich würde damit, neben der ihm verbleibenden Militärmission in Fes und abgesehen von der Polizei an der algerischen Grenze, alles erhalten, was es billigerweise verlangen kann. Wenn es ablehnt, nimmt es die Verantwortung für die Erschwerung der ganzen Lage auf sich.

Ich werde vor allen weiteren Schritten Euerer Durchlaucht Weisung abwarten.

Radowitz

Nr. 6986

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Algeciras, den 6. Februar 1906

Auf Grund unserer hier gemachten Wahrnehmungen möchten wir Euerer Durchlaucht hochgeneigter Erwägung anheimstellen, ob es nicht an der Zeit wäre, dem Sultan in Fes durch Dr. Vassel etwa folgendes bestellen zu lassen:

Wir empfehlen dringend, daß der Sultan sich um den Gang der Konferenzverhandlungen so eingehend wie möglich kümmere. Von Berlin aus sei es ja [nicht] möglich, in allen Einzelfragen im voraus rechtzeitig Ratschläge nach Fes gelangen zu lassen. Als allgemeine Richtschnur aber könnte dem Sultan nachstehendes dienen: Er möge sich nur solchen Konferenzbeschlüssen gegenüber ablehnend verhalten, die anzunehmen ihm ernstlich unmöglich sei; in anderen Punkten aber sei es ratsam, den Beschlüssen der Konferenz nachzugeben und über Kleinigkeiten hinwegzusehen, wenn darin auch die durch die Konferenz beschlossene Regelung nicht ganz seinen Wünschen entspreche. Der Sultan solle sich stets vor Augen halten, daß die von der Konferenz bereits angenommene und im Schlußprotokoll nochmals feierlich zu bekräftigende Anerkennung der damit zur internationalen Rechtsnorm werdenden Grundsätze der Integrität und Unabhängigkeit Marokkos von dem allergrößten Wert sei für die Erhaltung seines Thrones und seiner Dynastie.

Radowitz

Nr. 6987

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 47 Berlin, den 7. Februar 1906
[abgegangen am 8. Februar]

Antwort auf Telegramme Nr. 31, 32, 33*.

Der französische Vorschlag wegen Erteilung eines Doppelmandats an Frankreich und Spanien würde denselben Bedenken unterliegen wie ein französisches Generalmandat. Denn auch diese Lösung der Polizeifrage würde Frankreich das Übergewicht in Marokko auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete verschaffen und daher mit den von der Konferenz angenommenen Grundsätzen der Unabhängigkeit des Sultans sowie der Offenen Tür und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Nationen nicht im Einklange stehen. Die Anregung des französischen technischen Delegierten wegen Heranziehung einer dritten Macht „zur Kontrolle" ist nicht ohne weiteres verständlich. Handelt es sich dabei gleichfalls um eine in der Marokkofrage grundsätzlich oder vertragsmäßig mit Frankreich zusammengehende Macht, so würde an der Sachlage nichts geändert werden. Aber selbst wenn eine neutrale Macht gewählt werden sollte, würde das Übergewicht Frankreichs, namentlich unter Berücksichtigung der ihm bereits überlassenen Polizeiorganisation an der Grenze, immer noch ein so großes sein, daß ihm dadurch mit dem politischen auch der wirtschaftliche maßgebende Einfluß in Marokko zufallen würde.

Der von dem italienischen und dem amerikanischen Delegierten persönlich empfohlene Kompromiß dürfte sich von dem französischen Vorschlage kaum unterscheiden. Denn selbst wenn Frankreich und Spanien ein Mandat im eigentlichen Sinne nicht erhielten, so würde doch der Sultan schon durch die ihm auferlegte Verpflichtung, für die Polizeiorganisation lediglich französische und spanische Offiziere zu verwenden, in völlige Abhängigkeit von diesen beiden Mächten geraten, da die Offiziere selbstverständlich im Interesse ihrer Regierungen tätig sein würden, auch ohne deren Einwilligung schwerlich entfernt werden könnten.

Die von Euerer Exzellenz angedeutete Möglichkeit, die Polizeiorganisation in bestimmten Häfen am Atlantischen Ozean an Frankreich und Spanien zu überlassen und die Polizei im übrigen international zu gestalten, erscheint gleichfalls wenig befriedigend. Denn

* Siehe Nr. 6980, 6984, 6985.

da diese Häfen die wichtigsten Plätze im scherifischen Reiche sind, so würde damit das Übergewicht Frankreichs wie im Osten so auch im Westen hergestellt sein, auch durch etwaige Kautelen schwerlich paralysiert werden können. Aus dem Umstande, daß sich an den für Frankreich zu reservierenden Plätzen bereits französische Instrukteure befinden, dürfte diese Macht Ansprüche nicht herleiten können, da, soweit hier bekannt, die Instrukteure lediglich auf Grund privater Abmachungen mit dem Sultan angestellt sind und daher keine international geregelten Befugnisse besitzen.

Gegenüber den vorstehend erörterten Lösungen erscheint es mir richtig, an dem von Lanessan empfohlenen Auswege, der sich mit dem Vorschlage 3 in meinem Telegramm Nr. 26* deckt, bis auf weiteres festzuhalten. Dieser Vorschlag hat zunächst den Vorteil, daß er die Unabhängigkeit des Sultans am wenigsten berührt und daher den marokkanischen Wünschen wie den von der Konferenz aufgestellten Grundsätzen am meisten entspricht. Ferner gibt er am wenigsten Grund zur Eifersucht unter den Mächten, namentlich wenn, wie sich dies nach Lage der Umstände entschieden empfiehlt, der Sultan bei der Heranziehung des Ausbildungspersonals auf die Angehörigen kleinerer Mächte, also auf die Schweiz, die Niederlande, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Portugal beschränkt wird. Endlich werden wir durch die Vertretung dieses Vorschlags am besten die Verdächtigung widerlegen, als ob wir für uns Sondervorteile irgendwelcher Art erstreben wollten.

Im Hinblick auf diese unleugbaren Vorteile können die von Herrn Révoil erhobenen Bedenken nicht ins Gewicht fallen, zumal da sich der Vorschlag sehr wohl in einer Weise ausgestalten läßt, daß auf seine wirksame Durchführung gerechnet werden kann. Was zunächst die Beschaffung der Truppen und ihrer Offiziere betrifft, so wird sich geeignetes Personal unschwer finden lassen, wenn dessen ausreichende Bezahlung sichergestellt ist. Dafür soll aber nach dem Konferenzprogramm durch die neu zu gründende Staatsbank Sorge getragen werden, wie dies auch in dem mit meinem Telegramm Nr. 24 mitgeteilten Entwurf über die Staatsbank (vergleiche Artikel 17) geschehen ist. Das erforderliche fremde Personal wird sich der Sultan voraussichtlich dadurch beschaffen können, daß er die Regierungen der kleineren Mächte um Bezeichnung geeigneter Offiziere und Unteroffiziere ihrer Nationalität bittet. Eine wirksame Kontrolle endlich würde durch das diplomatische Korps in Tanger ausgeübt werden können, wenn diesem das Recht eingeräumt wird, durch Delegierte oder Kommissare die Ausführung der Konferenz-

* Telegramm Nr. 26 vom 28. Januar unterrichtete den Botschafter von Radowitz über die am 20. Freiherrn von Sternburg erteilte Instruktion in der Polizeifrage (siehe Nr. 6956) und dessen Antwort vom 23. Januar (siehe Nr. 6958).

bestimmungen zu überwachen. Beispielsweise wäre es möglich, daß von dem diplomatischen Korps als ständiger Kommissar ein höherer Offizier einer kleineren Macht ausgewählt und beauftragt würde, sich an Ort und Stelle von der richtigen Durchführung der Polizeiorganisation zu überzeugen und dem diplomatischen Korps über seine Beobachtungen Bericht zu erstatten.

Wie Euerer Exzellenz aus meinem Telegramm Nr. 26 bekannt ist, hat sich der Staatssekretär Root im Sinne des vorliegenden Vorschlags ausgesprochen. Auch in Rom und Madrid ist derselbe als versöhnlich und maßvoll bezeichnet worden; vergleiche mein Telegramm Nr. 34* und den dorthin mitgeteilten Bericht Nr. 27 aus Madrid**. Vor allem aber hat inzwischen Graf Goluchowski, den wir über unsere Stellung zu den einzelnen Punkten des Konferenzprogramms eingehend orientiert haben, unserm Botschafter gegenüber erklärt, Österreich-Ungarn werde in der Polizeifrage, in der er den Vorschlag 3 für allein durchführbar erachte, und ebenso in der Bankfrage mit uns „durch dick und dünn" gehen***; die österreichisch-ungarischen Delegierten haben entsprechende Weisungen erhalten.

Bei dieser Sachlage dürfte es den besten Erfolg versprechen und für den Ausgang der Konferenz von entscheidender Bedeutung sein, wenn die österreichisch-ungarischen und amerikanischen Delegierten, eventuell im Verein mit dem italienischen Vertreter, ihre Vermittelung auf Grund des Vorschlags 3 eintreten lassen wollten. Eine solche Vermittelung ist bereits von hier aus in Wien und Washington angeregt worden. Da mit Entschließungen der italienischen Regierung zurzeit nicht gerechnet werden kann, darf ich dem Ermessen Euerer Exzellenz anheimstellen, ob Sie sich zu dem gleichen Zwecke mit dem Marquis Visconti Venosta in Verbindung setzen wollen. Es bedarf kaum der Erwähnung und wird namentlich dem staatsmännischen Blicke des Marquis Visconti Venosta nicht entgangen sein, daß, falls die Ansprüche Frankreichs eine Regelung der marokkanischen Frage auf dem Wege der Konferenz vereitelten, damit auch ipso iure unsere Konzession hinsichtlich der Grenzzone hinfällig würde, die seinerzeit lediglich unter der Voraussetzung und zur Ermöglichung einer solchen Regelung gemacht worden war.

Was die Bankfrage betrifft, so sind die in Betracht kommenden Finanzkreise Österreich-Ungarns, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Niederlande durch den Geheimrat von Mendelssohn auf eine etwaige Beteiligung an der zu gründenden Staatsbank aufmerksam ge-

---

* Telegramm Nr. 34 vom 31. Januar setzte Radowitz von der sympathischen Aufnahme in Kenntnis, die der Lanessansche Plan in Wien und Rom gefunden hatte.

** Bericht Nr. 27 aus Madrid behandelte die persönliche Stellung des Unterstaatssekretärs im spanischen Außenministerium de Ojeda zur Polizeifrage.

*** Vgl. Nr. 6983.

macht worden und haben sich deswegen bereits mit ihren Regierungen in Verbindung gesetzt. Die österreichisch-ungarische Regierung hat sich mit allen Einzelheiten unsers ihr mitgeteilten Entwurfs einverstanden erklärt und sich gleichzeitig dahin ausgesprochen, daß sie sich das Recht auf eine Beteiligung keinesfalls nehmen lassen werde, wenn es auch noch nicht feststehe, ob ihre Banken davon Gebrauch machen würden. Die amerikanische Regierung wird ihre Entschließung voraussichtlich von den Wünschen ihrer Banken abhängig machen, die dem Unternehmen offenbar Interesse entgegenbringen. Dasselbe ist bei den niederländischen Banken der Fall, mit deren Regierung demnächst von hier aus in Verbindung getreten werden soll. Wir werden nach alledem auch in der Bankfrage auf die Unterstützung der neutralen Mächte rechnen können.

Euere Exzellenz haben bisher den Gang der Verhandlungen in einer Weise geregelt, die meine volle Billigung gefunden hat, und mit der auch Seine Majestät der Kaiser allerhöchstsich einverstanden erklärt haben. Um so mehr hoffe ich, daß Sie jetzt, wo wir keine Isolierung mehr zu befürchten haben, bei den herannahenden großen Entscheidungen diejenigen der Würde des Reichs entsprechenden Lösungen erreichen werden, welche Seine Majestät zuerst in Vigo und später in Tanger vorgeschrieben haben, nämlich die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller in Marokko interessierten Mächte und die Verhinderung der Präponderanz einer einzelnen Macht in Fragen, wo eine solche Präponderanz jene wirtschaftliche Gleichberechtigung tatsächlich illusorisch machen würde.

Bülow

Nr. 6988

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin**

Konzept

Nr. 220 Berlin, den 7. Februar 1906

Ew. erhalten anbei eine Abschrift der letzten, an die deutschen Konferenzbevollmächtigten gerichteten Instruktion**. Die Konferenz hat in ihrem bisherigen Verlauf uns den Vorteil gebracht, die Welt darüber aufzuklären, daß Deutschland keine Hintergedanken hat, und daß die von uns vertretenen Interessen identisch sind mit denjenigen fast sämtlicher Vertragsstaaten. Indessen scheint es nicht sicher, daß Frankreich bisher die Absicht aufgegeben hat, sich im ganzen marokkanischen Gebiete einen überwiegenden Einfluß zu sichern, sei es allein, sei es mit Spanien zusammen, entweder durch Beherrschung der Bank- und Finanztätigkeit oder durch ein Polizeimandat. Diese

* Der gleiche Erlaß erging nach Petersburg, London, Rom und dem Haag.
** Siehe Nr. 6987.

Ziele sind unvereinbar mit dem Grundsatze der Offenen Tür, den die Mehrzahl der Konferenzmächte vertritt. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß es der Konferenz nicht gelingt, diese Gegensätze auszugleichen. Wir haben der französischen Forderung auf Anerkennung der Ausnahmestellung Frankreichs als marokkanischer Grenzmacht entsprochen, indem wir einwilligten, daß der der französischen Grenze zunächstliegende marokkanische Gebietsteil als „Grenzzone" von den Konferenzberatungen ausgeschlossen und den direkten Abmachungen zwischen Frankreich und dem Sultan überlassen werde. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß diese Konzession lediglich unter der Voraussetzung gemacht worden ist, die marokkanische Frage als Ganzes werde im Wege der Konferenz geregelt werden, und daß mit der Voraussetzung auch die Konzession hinfällig wird. Wenn die Konferenz keinen neuen verbesserten Rechtszustand schaffen kann, bleibt der alte vertragsmäßige Zustand von 1880 zu Recht bestehen. Indem wir ohne jede Gegenleistung oder auch nur die Erwartung einer solchen uns mit der Hineinziehung einer unbestimmten Anzahl von Tausenden von Quadratkilometern marokkanischen Gebiets in die französische Einflußsphäre im voraus einverstanden erklärten unter der alleinigen Voraussetzung, daß der Rest der marokkanischen Frage nach Zustimmung und Interesse der Gesamtheit der Vertragsmächte geregelt werde, glauben wir Frankreich ein Entgegenkommen gezeigt zu haben, welches um so höher zu bewerten ist, weil es uneigennützig und unerzwungen war. Für die noch übrige marokkanische Angelegenheit aber stehen wir jetzt auf dem Boden der Gleichberechtigung aller. Wir halten uns nicht für berechtigt, die deutschen wirtschaftlichen Interessen im ganzen marokkanischen Gebiete zu opfern oder andere Vertragsstaaten, welche die Übereinstimmung ihrer Interessen mit den unsrigen konstatiert haben, im Stich zu lassen.

Ew. Ermessen darf ich es überlassen, wie Sie den deutschen Standpunkt vertreten wollen. Am besten warten Sie wohl eine Initiative von geeigneter Stelle ab.

Bülow

Nr. 6989

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Washington, den 8. Februar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 49 vom 6. d. Mts.*

Nach eingehender Besprechung der Frage der Polizeiorganisation und des Vorschlags 3 in dortigem Telegramm Nr. 17** ersuchte ich

* Telegramm Nr. 49 vom 6. Februar hatte das Radowitzsche Telegramm Nr. 31 (siehe Nr. 6980) nach Washington mitgeteilt.

** Siehe Nr. 6956.

Staatssekretär, Botschafter White zu veranlassen, auf Grund dieses Vorschlags seine Vermittlung eintreten zu lassen, wobei ich bemerkte, daß dies im Verein mit österreichisch-ungarischen Delegierten, vielleicht im Verein mit dem italienischen Vertreter geschehen könnte. Staatssekretär bemerkte, daß, bevor er zu einem Entschluß kommen könne, er das bezügliche Aktenmaterial einer genauen Prüfung unterwerfen und mit dem Präsidenten reden werde. Da Amerika an der Marokkofrage von allen Mächten das geringste Interesse habe, möchte er jeden Schritt vermeiden, der als aufdringlich gedeutet werden könnte. Er würde den Schritt nicht unternehmen, falls er, anstatt ein bestimmtes Resultat, nur Diskussionen nach sich ziehen würde. Als ich die Mächte nannte, die dem Vorschlag sympathisch gegenüberstehen, fragte Staatssekretär, wie England sich dazu verhielte.

Ich habe in New York Bankfrage mit einigen leitenden Finanzmännern besprochen und Wichtigkeit derselben betont. Nach ihren Äußerungen erwarte ich bestimmt, daß hiesige Finanzkreise in unserem Sinne an Staatssekretär berichten werden.

Sternburg

Nr. 6990

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 Algeciras, den 9. Februar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 47*.

Zunächst habe ich heute mit meinen Kollegen von Amerika, Italien, Österreich die Sachlage, wie sie hier erkennbar ist, vertraulich und eingehend besprochen.

Mr. White erklärt mir nach Kenntnis unseres jetzigen Vorschlags, er habe nach seinen wiederholten und eindringlichen Unterredungen mit Herrn Révoil die absolute Sicherheit, daß unser Standpunkt in der gegenwärtigen Formulierung von den Franzosen rund abgelehnt werden und daher jede Vermittlung auf dieser Basis aussichtslos sein würde. Nach seiner Instruktion könne er zur Vermittlung nur mitwirken, wenn eine gemeinsame Basis für beide Teile gegeben sei, die aber gänzlich fehle, wenn wir die Ausschließung französischer Offiziere von der Polizeitruppe verlangten. Wir können[1] nur wiederholt und dringend raten, die Möglichkeit zu lassen zur Einigung über eine Organisation mit Beteiligung von französischen und spanischen Offizieren, im übrigen mit allen Garantien für Souveränität des Sul-

* Siehe Nr. 6987.

tans und allgemeiner Gleichberechtigung. White ist überzeugt, daß Konferenz sonst an diesem Punkte scheitern müsse, ein Ergebnis, das seiner Regierung höchst unerwünscht sein würde.

Ganz im gleichen Sinne spricht Marquis Visconti Venosta. Er erklärt namentlich die Beschränkung der Offiziere auf die kleinen Mächte als einen für die Franzosen unannehmbaren Punkt, glaubt, für Wahrung der Sultanssouveränität und alles übrige würde sich jedenfalls ein Arrangement finden. Auch er sagt, daß nur dann eine Vermittelung Zweck habe, wenn vorher sicher sei, daß kein unüberwindlicher Gegensatz vorhanden. Das Scheitern der Konferenz, wenn wir nicht glaubten, mehr einlenken zu können, hält Marquis Visconti Venosta für sicher.

Graf Welsersheimb hat die Weisung, sich uns anzuschließen, steht aber persönlich auch auf dem Standpunkt der beiden anderen. Sein Eintreten allein würde keinen großen Effekt machen.

Ich habe in Übereinstimmung mit Graf Tattenbach und Geheimrat Klehmet für meine Pflicht gehalten, erst das Terrain durch diese Besprechungen zu erkunden und Euerer Durchlaucht das Ergebnis zu melden vor weiteren direkten Unterredungen mit Herrn Révoil. Stelle gehorsamst anheim, was ich nun ihm sagen kann. Daß er den Vorschlag der neutralen Offiziere a limine abweisen wird, ist mir unzweifelhaft.

Könnte eventuell von uns auf Anregung in Instruktion vom 3. Januar cr. zurückgegriffen werden, wonach auch für Deutschland Polizeiorganisation in einem Hafenplatz in Betracht kommen sollte?

Radowitz

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Heißt es „Wir können" oder „White könne nur" ? ? B.

Nr. 6991

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 48 Berlin, den 9. Februar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 30*.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß der Vorschlag 3 in meinem Telegramm Nr. 26** aus den in meinem Telegramm Nr. 47***

---

* Wohl verschrieben für 39; siehe Nr. 6990.
** Vgl. Nr. 6987, S. 144, Fußnote.
*** Siehe Nr. 6987.

angeführten Gründen der geeignetste ist. Inzwischen wollte Graf Goluchowski die österreichisch-ungarischen Delegierten anweisen, mit ihren amerikanischen und italienischen Kollegen dahin in Verbindung zu treten, daß sie ihre gemeinsame Vermittelung auf Grund dieses Vorschlags eintreten lassen. Staatssekretär Root hat sich seine endgültige Antwort noch vorbehalten, dabei aber erklärt, daß er den Schritt nicht unternehmen werde, falls dieser nicht ein bestimmtes Resultat, sondern nur Diskussionen nach sich ziehen würde. Von den kleineren Mächten würden die Niederlande bereit sein, geeignete Offiziere und Unteroffiziere zum Zwecke der Polizeiorganisation zu beurlauben. Die Schweiz scheint neuerdings einer Mitwirkung auch weniger abgeneigt zu sein. Daß Belgien sich ebenso stellen wird, kann nach den bisherigen Erfahrungen ohne weiteres angenommen werden. Die Möglichkeit, geeignetes fremdes Personal zu beschaffen, dürfte hiernach unzweifelhaft gegeben sein.

Euere Exzellenz bitte ich, nunmehr den Vorschlag 3 mit allen Einzelheiten, wie sie sich aus meinem Telegramm Nr. 47 und dem gegenwärtigen Telegramm ergeben, mit den in Betracht kommenden Delegierten zu besprechen und, falls die in Aussicht genommene Vermittelung der österreichisch-ungarischen, amerikanischen und italienischen Delegierten nicht zustande kommt, ihn unmittelbar mit Herrn Révoil eingehend zu erörtern. Sollte ihn dieser nach wie vor für unannehmbar erachten, so würde ihm anheimzustellen sein, seinerseits Vorschläge zu machen, die mit dem von der Konferenz angenommenen Grundsatze der allgemeinen Gleichberechtigung aller Nationen im Einklange stehen. Die von ihm bisher vorgelegten Vorschläge stimmen mit diesem Grundsatze nicht überein und erscheinen daher aus den in meinem Telegramm Nr. 47 angeführten Gründen nicht annehmbar. Ihre Annahme würde die Präponderanz Frankreichs derart in die Erscheinung treten lassen, daß der internationale Charakter, für den Deutschland eintritt, vollkommen verloren ginge und diese Lösung daher auch nach außen hin den Eindruck einer Niederlage Deutschlands hervorrufen müßte.

Was die in der Instruktion vom 3. Januar angeregte Lösung betrifft, die sich im wesentlichen mit dem Vorschlag 1 in meinem Telegramm Nr. 26 deckt, so erscheint uns diese selbstverständlich an sich durchaus annehmbar. Auf eine solche Lösung würde daher vielleicht zurückgegriffen werden können, wenn unser Prinzipalvorschlag am Widerstande Frankreichs scheitern und letzteres nicht selbst anderweitige annehmbare Vorschläge machen sollte. Diese Lösung würde auch die Bedenken Whites gegen die Ausschließung französischer Offiziere beheben, da alsdann Frankreich wie jede andere hierzu bereite Macht ein Mandat erhalten würde. Es dürfte sich indes empfehlen, teils um jeden Schein eines Strebens nach Sondervorteilen

zu vermeiden, teils um Österreich-Ungarn an unserer Seite festzuhalten, daß wir diesen Vorschlag nicht selbst bringen, sondern ihn an uns herankommen und uns dadurch eine etwaige Beteiligung an der Polizeiorganisation gewissermaßen aufoktroyieren lassen.

Bülow

Nr. 6992

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40 Algeciras, den 9. Februar 1906

Sir Donald Wallace sagt mir folgendes: Als aufmerksamer Beobachter der Situation finde er, das baldigst prinzipielle Einigung über Polizeifrage eintreten müsse, sonst sei die Konferenz nicht mehr zusammen zu halten. Er wisse, daß die Franzosen nicht über eine bestimmte Linie hinausgehen, eher die Konferenz aufgeben und sich dann vom Standpunkte der patriotischen Pflichterfüllung vor ihrem Publikum rechtfertigen würden. In letzter Zeit würden sie durch die Presse in diesem Sinne weiter gedrängt; die hiesigen Delegierten hätten auch damit übereinstimmende Weisungen aus Paris, Rouvier würde aber einen schweren Stand haben, sich nach dem Fehlschlagen der Konferenz zu halten.

Wallace persönlich rate zum Kompromiß über Beteiligung von französischen und spanischen Elementen mit entsprechenden Garantien für alle übrigen Interessen[1] (im Sinne der Anregungen in Telegramm Nr. 32 und 33*). Er sei gegen größere Internationalisierung der Polizei, die praktisch nicht durchführbar, und jetzt komme es vor allem auf praktischen Schutz der Fremden in Marokko an. Ich habe ihm wiederholt unseren jetzigen Standpunkt klargelegt, den er im wesentlichen teilt; nur meint er, es sei für uns leichter, in Polizeifrage weniger scharf auf allen Punkten zu bestehen, da es sich doch nur um Experiment für einige Jahre handele, während Bank- und Finanzfrage dauernde und größere Bedeutung behielten. Von Sir A. Nicolson sagt er, was dieser selbst ausspricht, er werde in Polizeifrage lediglich französische Wünsche unterstützen. White, den er täglich sieht, findet er neuerdings sehr geneigt zur Schonung für amour propre der Franzosen.

Radowitz

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Welche?

* Siehe Nr. 6984, 6985.

Nr. 6993

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 45 Berlin, den 10. Februar 1906

Zu Ew. Bericht Nr. 128*.

Mit Ew. stimme ich darin überein, daß der „Temps"-Artikel vom 9. d. Mts. nichts gemein hat mit den Ansichten, welche Herr Rouvier Ihnen und Herrn Rosen gegenüber aussprach**. Wahrscheinlich ist es, daß die ganze Preßkampagne gegen Deutschland von Algeciras aus dirigiert wird. Daß Herr Révoil auf einen Bruch hinarbeite, wird unter den Journalisten in Algeciras allgemein angenommen. Die patriotische Disziplin der französischen Presse macht es indessen dem Ministerpräsidenten leicht, dieser Mobilmachung gegen Deutschland von einem Tage zum andern Einhalt zu tun. Wenn er das unterläßt, dann müssen wir daraus den Schluß ziehen, daß Herr Rouvier sich mit dem Gedanken ausgesöhnt hat, die Verantwortung für die Folgen dieser Aktion zu tragen. Ew. stelle ich anheim, dies an geeigneter Stelle zu sagen***.

Bülow

Nr. 6994

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Privat Berlin, den 10. Februar 1906

Antwort auf Brief vom 9.†

Ein zuverlässiger nichtdeutscher Preßmann, von Algeciras zurück, berichtet: Anfangs waren die Franzosen vorsichtig, fast scheu, erst

---

* Bericht Nr. 128 des Fürsten Radolin vom 8. Februar hatte gelegentlich der Erörterung eines scharfen „Temps"-Artikels Tardieus die Frage erwogen, wie sich Rouvier zu der neuerlichen französischen Preßkampagne gegen Deutschland verhalte. „Hier wird vielfach die Ansicht laut, daß Herr Révoil auf dem Wege seiner Privatbeziehungen zur Presse der Anstifter dieser Kampagne sei, und daß Herr Rouvier im Grunde mehr zu der von Clemenceau, Lanessan u. A. vertretenen Ansicht zuneige, wonach ‚das Polizeimandat eigentlich ein Danaërgeschenk für Frankreich sein würde, das man besser vermeide'."

** Rouvier hatte, wie Radolin in seinem Berichte Nr. 128 vom 8. Februar nochmals konstatierte, sich Ende September ihm sowie dem Gesandten Rosen gegenüber ausdrücklich dahin festgelegt, daß er den Antrag auf Übertragung des Mandats an Frankreich auf der Konferenz nicht stellen werde.

*** Vgl. Nr. 7001.

† Nicht bei den Akten.

allmählich entwickelte Herr Révoil seine schroffen Gesichtspunkte, weil er aus irgendeinem Grunde zu der Ansicht gekommen war, Deutschland werde schließlich um des lieben Friedens willen auf alle Bedingungen eingehen, gleichviel welche. Nach der Überzeugung des Gewährsmanns hat Nicolson in diesem Sinne auf Révoil eingewirkt; indessen bitte ich, mit Hineinziehung von Nicolson vorsichtig zu sein, damit es nicht aussieht, als wollten wir Frankreich und England verhetzen. Tatsache ist, daß Révoil jetzt glaubt, daß wir uns seinen großen Forderungen auf polizeiliche oder finanzielle Beherrschung Marokkos fügen werden. Der Kaiser soll sich desavouieren. Das wird er nicht tun. Seine Stimmung ist ersichtlich aus der Ablehnung, mit Courcel zu verhandeln*. In letzter Zeit haben wiederholt nichtamtliche Persönlichkeiten den Gedanken befürwortet, die wirtschaftliche Gleichberechtigung in Marokko nicht zu opfern.

Der Reichskanzler, welcher eine Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich von jeher wünschte, wird jetzt genötigt, mit den Verhältnissen, wie sie sind, zu rechnen. Von kompetenter publizistischer Seite wird dem Fürsten Bülow bestätigt, daß das deutsche Publikum ein Scheitern der Konferenz weniger ungünstig aufnehmen würde als einen Konferenzabschluß mit Tunisierung Marokkos und Verleugnung der Kaiserworte.

Das Scheitern der Konferenz wird unvermeidlich eine unsichere Lage schaffen, für welche man in Frankreich, wenn nicht die Vorzeichen trügen, Rouvier zum Sündenbock machen wird. Jaurès hat allerdings nicht unrecht, wenn er Rouvier vorwirft, die von Révoil und Konsorten angeregte Preßhetze geduldet zu haben. Der obenerwähnte Preßmann hob hervor, die Art, wie de Billy** die Korrespondenten in Algeciras fortlaufend über den französischen Standpunkt orientiert gehalten habe, sei eine geradezu glänzende technische Leistung. Ich fürchte aber, an dieser glänzenden Leistung und an dem Einfluß von Révoil auf die französische Politik wird Rouvier zugrunde gehen.

* Der frühere französische Botschafter in Berlin und London Baron de Courcel, der von der französischen Regierung dazu ausersehen war, sein Land bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 29. Januar verstorbenen König Christian IX. von Dänemark in Kopenhagen zu vertreten, hatte dem Fürsten Radolin erklärt, daß „er seinen Entschluß davon abhängig machen werde, ob er hoffen dürfe, von Seiner Majestät in Kopenhagen empfangen zu werden". Kaiser Wilhelm II. bemerkte dazu, „er werde Baron de Courcel gerade so empfangen wie die Abgesandten anderer Länder. Über geschäftliche Angelegenheiten werde er aber bei diesem Anlaß mit Baron Courcel ebensowenig sprechen wie mit anderen Delegierten. Insbesondere sei er nicht in der Lage, sich mit Baron Courcel über die Konferenz von Algeciras und die damit zusammenhängenden Fragen zu unterhalten, da die Behandlung dieser Angelegenheiten lediglich Sache unserer diplomatischen Vertreter sei". Aufzeichnung Fürst Bülows vom 9. Februar 1906.

** Pressechef der französischen Delegation in Algeciras.

Kannst Du nicht noch in letzter Stunde ein vernünftiges Wort mit Dupuy oder mit Rouvier selbst reden und ihn daran erinnern, daß er Dir wiederholt gesagt hat: „Ich werde mich wohl hüten, Vorschläge zu machen, die abgelehnt werden". Offenbar ist Rouvier inzwischen von irgendeiner Seite zu dem Glauben veranlaßt worden, Deutschland werde nachgeben. Es ist vielleicht noch Zeit, ihn zu warnen und das Scheitern der Konferenz zu verhindern. Wer würde denn davon und von der Unsicherheit der deutsch-französischen Beziehungen Vorteil ziehen? Frankreich nicht und Deutschland nicht, wohl aber Dritte.

Holstein

Nr. 6995

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 27 Berlin, den 10. Februar 1906

Nach den Berichten unserer Delegierten in Algeciras hat sich der Marquis Visconti Venosta in der Polizeifrage, also in dem wichtigsten Punkte des Konferenzprogramms, ganz auf den französischen Standpunkt gestellt. Er identifiziert sich mit dem französischen Vorschlag wegen Erteilung eines Doppelmandats an Frankreich und Spanien und zeigt gegenüber unserm Prinzipalvorschlage wegen internationaler Gestaltung der Polizei keinerlei Entgegenkommen. Nähere Mitteilungen über die Sachlage gehen Ihnen heute zu.

Ich bedauere lebhaft diese Haltung des italienischen Bevollmächtigten, da sie ein Scheitern der Konferenz wahrscheinlich macht. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers vermag, nachdem sie Frankreich schon die große Konzession gemacht hat, das ganze algerisch-marokkanische Grenzgebiet der französischen Machtsphäre zuzurechnen, für das übrige Marokko nur solchen Vorschlägen, französischen oder anderen, zuzustimmen, welche mit dem von der Konferenz angenommenen Grundsatze der allgemeinen Gleichberechtigung aller Nationen im Einklang stehen.

Ew. bitte ich im Hinblick auf den Ernst und die Dringlichkeit der Lage, sich in diesem Sinne baldmöglichst gegenüber Graf Guicciardini* und Herrn Sonnino auszusprechen.

Bülow

---

* Nachdem am 1. Februar das Kabinett Fortis seine Demission gegeben hatte, war am 8. Februar ein Kabinett Sonnino mit dem Grafen Guicciardini als Minister des Äußeren zustande gekommen.

Nr. 6996

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 43 Algeciras, den 10. Februar 1906

White sagte mir heute, er könne bei keiner Vermittlung mitwirken, die Ausschluß französischer Offiziere von Polizeitruppe einbegreife. Dasselbe wird sicherlich Marquis Visconti Venosta sagen. Graf Welsersheimb hatte noch nicht die in Telegramm Nr. 48* vorausgesetzte neuere Instruktion **.

Inzwischen erbitte in folgendem Punkt Weisung. Im Telegramm Nr. 26, auf das in Telegramm Nr. 48 verwiesen wird, ist bei Vorschlag drei gesagt: „Dabei könnte die Wahl dieses Personals entweder dem Sultan vollständig überlassen bleiben oder auf bestimmte Nationalitäten, vielleicht die kleineren Mächte beschränkt werden." Telegramm Nr. 47 *** erwähnt nur zweiten Teil der Alternative, von dem jetzt schon bestimmt angenommen werden kann, daß er Vermittelung ausschließt und von Franzosen gleich abgewiesen werden wird. Ist nun der erste Teil sauf conduit, nämlich daß die Wahl dem Sultan überlassen bleibe, nicht mehr anzuregen, etwa so, daß über Vorschläge an Sultan wegen Auswahl vorher Verständigung stattfinden müsse? Der Sultan würde dann unzweifelhaft selbst die deutsche Beteiligung fordern.

Radowitz

Nr. 6997

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 54 Berlin, den 12. Februar 1906

Antwort auf Telegramme Nr. 43, 44 †.

Unser Prinzipalvorschlag, wonach der Sultan bei der Heranziehung des Ausbildungspersonals für die Polizei auf die Angehörigen

---

* Siehe Nr. 6991.

** Sie traf nach einem weiteren Telegramm Radowitz' Nr. 44 vom 10. Februar im Laufe dieses Tages ein.

*** Siehe Nr. 6987.

† Siehe Nr. 6996 nebst Fußnote **.

kleinerer Mächte beschränkt werden sollte, enthielt keineswegs eine Spitze gegen Frankreich. Denn er schloß nicht nur französische Offiziere, sondern die Offiziere aller Großmächte aus, so daß Offiziere anderer Großmächte überhaupt nicht in Marokko tätig sein würden, während die Grenzregion voraussichtlich ohne weiteres in die Hände französischer Offiziere gelangen wird. Die Beschränkung auf Offiziere kleinerer Mächte erschien uns deshalb praktisch, weil dadurch die Rivalität der Großmächte am besten vermieden würde, und weil diese Lösung auch der österreichisch-ungarischen Regierung am genehmsten war.

Immerhin würden wir, wenn unser Vorschlag 3 in dieser Form nicht Anklang findet, auch mit dem ersten Teile der im Telegramm Nr. 26* erwähnten Alternative einverstanden sein, und zwar in der Gestalt, daß dem Sultan die Wahl des Personals vollständig überlassen bliebe. Die in Ihrem Telegramm Nr. 43 angeregte Modifikation, daß über Vorschläge an Sultan wegen Auswahl vorher Verständigung stattfinden müsse, dürfte sich weniger empfehlen, weil es, von hier aus betrachtet, scheint, daß eine solche Verständigung wie generell so auch im Einzelfalle schwer zu erzielen sein würde.

Sollte die in Aussicht genommene Vermittelung auf ungefähr vorstehender Grundlage erfolgen können, so bitte ich diese herbeizuführen. Andernfalls wollen Euere Exzellenz unsern Vorschlag 3 mit Herrn Révoil unmittelbar erörtern, und zwar zunächst auf Grund des zweiten Teiles und sodann auf Grund des ersten Teiles unserer Alternative. Sollte Herr Révoil beide Alternativen für unannehmbar erachten, so würde nach Maßgabe meines Telegramms Nr. 48** weiter zu verfahren sein.

Bülow

Nr. 6998

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 St. Petersburg, den 12. Februar 1906

Graf Lamsdorff, mit dem ich die Marokkofrage eingehend besprochen, sagt, seinen Nachrichten zufolge würde unser Vorschlag der Übertragung der Polizei an Sultan mit Instrukteuren aus kleinen Staaten nur bei wenigen Mächten Zustimmung finden, während der französische Vorschlag der Polizeiorganisation gemeinsam mit Spanien ziemlich allgemeiner Unterstützung sicher scheine und sich unter praktischen Gesichtspunkten namentlich dann empfehle, wenn aus-

* Vgl. Nr. 6987, S. 144, Fußnote und Nr. 6956.
** Siehe Nr. 6991.

reichende Garantien für nicht allein prinzipielle, sondern auch tatsächliche Offene Tür gegeben würden, wozu die Franzosen gewiß bereit sein werden.

Ihm scheine eine Lösung, welche die Franzosen befriedige, besonders unter höheren politischen Gesichtspunkten überhaupt erwünscht. Frankreich habe durch Opferung Delcassés und Eingehen auf den Konferenzgedanken Konzessionen gemacht, die angesichts der französischen Eigenliebe hoch einzuschätzen seien. Auch die Heranziehung Spaniens beweise entgegenkommenden Sinn. Unsere Einräumung der Aktionsfreiheit an der Grenze sei im Grunde weniger eine Konzession wie die Anerkennung eines faktischen Zustandes. Er meine, daß, wenn wir nun ein Opfer von weniger praktischer wie prinzipieller Bedeutung bringen wollten, eine Errungenschaft von unschätzbarem Werte erreicht werden würde. Frankreich werde in die ihm gereichte Freundeshand mit freudigem Danke einschlagen, die beiderseits gewünschte Annäherung würde sich mit Aussicht auf Dauer vollziehen, und es würde sich ohne Schwierigkeit das von den beiden hohen Monarchen vereinbarte Programm eines größeren Friedensbundes verwirklichen lassen. Ein Scheitern der Konferenz jedoch würde, wenn auch nicht gerade unmittelbar kriegerische Verwickelungen heraufbeschwören, so doch die Fortdauer und Vertiefung der Spannung mit sich bringen, unter welcher alle europäischen Nationen und in besonderem Maße Rußland schwer leiden. Er befinde sich in Übereinstimmung mit den Ansichten seines kaiserlichen Herrn, wenn er unter diesen Umständen eine baldige Lösung der Marokkofrage durch generöses Entgegenkommen unsererseits warm befürwortete. Ganz vertraulich fügte Graf Lamsdorff noch hinzu, der allgemeine Eindruck auf der Konferenz scheine der zu sein, daß unsere Delegierten unter dem Banne von unbegründetem Mißtrauen in die Absichten der Franzosen stehen; ebenso allgemein sei die Hoffnung, daß die gespannte Lage in Algeciras durch ein versöhnliches „Machtwort" aus Berlin gelöst werde.

Schoen

Nr. 6999

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 Wien, den 12. Februar 1906

Ich habe soeben nach Anhalt Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 30* und unter Verwertung des Erlasses Nr. 206 mit dem Grafen

* Durch Telegramm Nr. 30 vom 10. Februar war Telegramm Nr. 48 von Radowitz (siehe Nr. 6991) an Graf Wedel mitgeteilt worden.

Goluchowski eingehend gesprochen. Was die eventuelle österreichisch-ungarische, amerikanische, italienische Vermittelung in betreff des Punktes 3 unseres Polizeiorganisationsvorschlags angeht, so hat Graf Welsersheimb bereits gemeldet, daß Herr von Radowitz mit dem amerikanischen und italienischen Delegierten gesprochen habe, beide aber einen solchen Vermittelungsvorschlag für aussichtslos erklärt hätten.

Ich habe mit dem Minister erwogen, ob nicht der Punkt 3 in seiner ursprünglichen Fassung zur Annahme gelangen könnte, indem dem Sultan freigestellt würde, das Instruktorenpersonal auch aus den Armeen der Großmächte zu rekrutieren und damit auch französischen Offizieren und Unteroffizieren den Eintritt in die Polizeitruppe zu eröffnen. Behufs Aufrechterhaltung des internationalen Charakters müßte die Kontrolle dann allerdings dem diplomatischen Korps in Tanger zufallen.

Das in Punkt 1 in Aussicht genommene Sektorensystem hält Graf Goluchowski für keine einheitliche Lösung; er erwartet schon aus der eventuellen Verteilung der Sektoren ernste Schwierigkeiten und betrachtet den Plan als hoffnungslos. Der Graf äußerte, er könne sich nicht erklären, auf welche Umstände sich die Schwenkung in der Haltung Frankreichs zurückführe, da ja Révoil anfangs das Lanessansche Projekt Herrn von Radowitz gegenüber als diskutabel bezeichnet und Rouvier früher erklärt habe, Frankreich werde kein Generalmandat verlangen. Ganz vertraulich bemerkte der Minister hierzu, er fürchte, daß England dahinter stehe, auch glaube er nicht, daß Italien, das vielleicht durch geheime Abmachungen mit der Nachbarrepublik gebunden sei, ein ganz ehrliches Spiel treibe.

Graf Goluchowski, der die Lage als ziemlich ernst auffaßt, gab der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß man eine Formel für einen Ausgleich finden werde, weil Marokko doch keinen Krieg wert sei. Im Notfall würde es noch am besten sein, wenn die Konferenz ergebnislos auseinandergehe und alles beim alten bleibe. Nach einer solchen Wendung bleibe freilich die Gefahr bestehen, daß Frankreich irgendeinen Anlaß benutzen würde, um mit Heeresmacht in das scherifische Reich einzufallen und sich dasselbe zu unterwerfen, woraus dann noch leicht ein europäischer Konflikt entstehen könne.

Ich habe dem Minister gegenüber unter Hinweis auf die fast freche und provokatorische Sprache der französischen Presse, die insonderheit in den von den heutigen Abendblättern publizierten langen „Havas"-Telegrammen aus Algeciras Ausdruck findet, betont, daß die französische öffentliche Meinung scheinbar aufgereizt werden solle, und daß auch ich darin eine nicht abzuleugnende ernste Gefahr erblicke. Auch sei es mir auffallend, daß ....* französischerseits plötz-

* Zifferngruppe unverständlich.

lich die Polizeifrage, an der die neutralen Mächte ein weniger direktes Interesse nähmen, in den Vordergrund geschoben hätte, während die Bankfrage, bei der jene Mächte wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung voraussichtlich den internationalen und damit unseren Standpunkt vertreten würden, beiseite geschoben sei.

Persönlich habe ich die Überzeugung, daß Österreich-Ungarn fest an unsrer Seite bleiben wird; doch dürfen wir uns nicht verhehlen, daß die Doppelmonarchie angesichts ihrer momentanen traurigen inneren Lage und ihrer an Material und Mannschaftsstand immerhin reduzierten Schlagfertigkeit zu kriegerischen Aktionen weder besondere Neigung noch Eignung besitzt. Populär würde hier nur ein Krieg gegen Italien sein, und damit wäre uns nicht nur nicht genützt, sondern es wäre das sogar eine Schwächung unserer gesamten Position.

Wedel

Nr. 7000

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 31 Berlin, den 13. Februar 1906

Ew. bitte ich, dem Baron Sonnino für seine freundliche Begrüßung meinen herzlichen Dank zu übermitteln. Unser Verkehr aus früherer Zeit ist mir in sympathischer Erinnerung. Der Eindruck, welchen ich davon behalten habe, läßt es mich als eine günstige Fügung betrachten, daß gerade dieser Staatsmann jetzt berufen ist, die Frage zu entscheiden, wieweit — um mit Marquis San Giuliano zu reden — der Wortlaut der französisch-italienischen Marokkoabmachungen noch eine germanophile Auslegung derselben zuläßt, oder wieweit durch sie die Dreibundverträge tatsächlich außer Wirksamkeit gesetzt sind.

Den deutschen Standpunkt in der Marokkofrage fasse ich nochmals kurz dahin zusammen, daß, falls die ganze Polizeigewalt oder die ganze Finanzgewalt in französischer Hand vereinigt ist, damit der wirtschaftlichen Gleichberechtigung oder, um mich des amerikanischen Ausdrucks zu bedienen, der Offenen Tür ein Ende gemacht wird. Es gibt Beispiele genug in Afrika, welche dartun, daß in solchen Fällen vertragsmäßige Zusicherungen allmählich in desuetudinem geraten. Deutschland und die mit ihm gleichartig interessierten Staaten befinden sich in der Defensive. Man verlangt von ihnen, daß sie Frankreich Platz machen. Die Ansprüche Frankreichs

auf eine bevorrechtigte Stellung im Grenzgebiete haben wir trotz ihrer anfechtbaren Rechtsbasis unter der Voraussetzung anerkannt, daß dadurch eine Regelung der übrigen marokkanischen Frage auf der Grundlage der Gleichberechtigung ermöglicht werde. Für weiteres Zurückweichen liegt kein Anlaß vor. Der Grundsatz, eigene Interessen zu opfern, lediglich weil sie einer anderen Macht den Weg versperren, könnte zu Konsequenzen führen, die so bedenklich sind, daß wir im Vergleich damit die Eventualität eines Scheiterns der Marokkokonferenz als das geringere Übel betrachten*.

Bülow

Nr. 7001

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55 Paris, den 13. Februar 1906

Rouvier, den ich heute im Sinne des Erlasses Nr. 220** und der Telegramme Nr. 44*** und 45† gesprochen, verwahrte sich zunächst gegen die Meinung, als könne er irgendeinen Einfluß auf die Presse üben, und gab aufs lebhafteste seinem Bedauern Ausdruck über die vom „Temps" eingeleitete Kampagne, die ohne irgendwelche amtliche Inspiration von Tardieu eingeleitet wäre. Er habe Tardieu seit vier Wochen überhaupt nicht und vorher nur ganz flüchtig gesehen und ihm auch indirekt keine Weisung zugehen lassen; wenn man hier das Gegenteil behauptet, so sei das falsch. Der Minister versicherte mir, daß er nach wie vor an dem ernstesten Wunsch festhalte, in der Konferenz zu einer Verständigung zu gelangen. Er betonte, daß er an dem von ihm seinerzeit aufgestellten Grundsatze festhalte: pas de vainqueur, pas de vaincu, daß er demzufolge auch kein Generalmandat habe stellen lassen, von dem er wußte, daß Deutschland sein Veto einlegen würde. Die von Radowitz eingeleitete Unterhaltung mit Révoil, welche wegen angeblich mangelnder Instruktion des ersteren unterbrochen worden sei, ginge nach heutigem Telegramm zwischen beiden in scheinbar befriedigender Weise wieder

---

* Absatz 2 des Telegramms wurde auch nach Wien (Nr. 34), Washington (Nr. 55) und London (Nr. 61) mitgeteilt. In gleichem Sinne wurde der Botschafter von Schoen auf sein Telegramm Nr. 61 vom 12. Februar (siehe Nr. 6998) beschieden.

** Siehe Nr. 6988.

*** Telegramm Nr. 44 vom 10. Februar gab Telegramm Nr. 39 nach Washington (siehe Nr. 6990) nach Paris weiter.

† Siehe Nr. 6993.

weiter. Révoil habe trotz meiner aufgeworfenen Einwendungen das beste Bestreben und die Instruktion, die Konferenz zu einem befriedigenden Ende zu führen und sie nicht zum Scheitern kommen zu lassen. Der Gedanke bezüglich der Beteiligung Spaniens, den er Herrn von Radowitz gemacht, sei kein definitiver Vorschlag, sondern nur eine ihm praktisch scheinende Form der Lösung; wenn dieser Vorschlag uns nicht annehmbar erscheine, könne er durch einen anderen ersetzt werden und gebe Raum zu weiteren Diskussionen. Er wolle ja jedes Arrangement annehmen, welches der Würde und den Interessen unserer beiden Länder entspreche.

Ein Generalmandat, welches Rouvier — wie er mir seinerzeit gesagt — nicht beantragen wolle, habe Révoil keineswegs gefordert, wie wir zu glauben schienen. Nur glaube er, daß, um Ordnung in den vier einzelnen Hafenplätzen zu halten, Frankreich und Spanien die geeignetsten Mächte seien.

Er sei gern bereit, alle möglichen sonstigen Kombinationen zu prüfen, nur scheine ihm der Lanessansche Vorschlag schon deshalb unannehmbar, weil er nur die Heranziehung schwacher Mächte ins Auge faßt, die Orientalen bekanntlich aber nur vor der Macht Respekt hätten.

Weiteres darf ich mir in Bericht vorbehalten.

Radolin

Nr. 7002

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 Rom, den 13. Februar 1906

Minister Luzzati*, von mir über ernste Lage und Möglichkeit Scheiterns der Konferenz sowie bedenkliche Folgen dieses Ereignisses für Geldmarkt und Unternehmungen eingehend informiert, bemerkte, Stimmung in Frankreich namentlich durch Preßmache momentan sehr kriegerisch. Luzzati fürchtet, daß Frankreich Polizeivermittlungsvorschläge, wie sie Italien und Österreich machen werden, nicht annimmt, meint, daß es vor allem darauf ankommt, Zeit zu gewinnen, damit Franzosen sich wieder etwas beruhigten.

Im Ministerrat von heute abend will Luzzati zur Sprache bringen, daß Italien, falls alle Polizeivermittlungsversuche fehlschlagen, proponiert, natürlich nur, wenn Euere Durchlaucht hiermit einverstanden, daß Konferenz die ganze Polizeisache in Hände von Deutschland

* Minister des Schatzes im Kabinett Sonnino.

und Frankreich, beiden carte blanche gebend, lege und alles andere feststellt.

Erbitte Antwort, ob eventuell Luzzatis Idee Euerer Durchlaucht genehm.

Monts

Nr. 7003

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 33 Berlin, den 14. Februar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 25*.

Der Gedanke, daß Frankreich und Deutschland die schwierigste Frage der Konferenz Mann gegen Mann austragen sollen, während die übrigen Teilnehmer schweigend assistieren, ist wohl gut gemeint, könnte aber eine sehr kritische Lage schaffen, deren Rückwirkung sich auch über Frankreich und Deutschland hinaus fühlbar machen würde**.

Bülow

Nr. 7004

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 Algeciras, den 13. Februar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 54***.

Zunächst habe ich mit meinen Kollegen von Österreich, Italien, Amerika gesprochen. Graf Welsersheimb stellt sich in allem auf unsere Seite. Er hält aber für die jetzige hiesige Situation nur den ersten Teil der Alternative angezeigt. Ebenso Marquis Visconti Venosta, der im übrigen den Prinzipien unseres Vorschlages zustimmt und sich für ermächtigt hält, dies hier auszusprechen. Dazu erklärt White nicht genügend autorisiert zu sein, wenn er auch persönlich

---

* Siehe Nr. 7002.

** Laut Telegramm Nr. 30 aus Rom vom 14. Februar zog Schatzminister Luzzati nach Rücksprache mit seinen Kollegen seine Anregung selbst wieder zurück.

*** Siehe Nr. 6997.

weiter mit auf Ausgleich hinwirken wolle. Alle drei haben mich aufgefordert, nun zunächst mit Révoil zu reden. Sie würden dann nach meiner Besprechung Révoil aufsuchen und ihm möglichstes Entgegenkommen anraten. Marquis Visconti Venosta und Graf Welsersheimb mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie unsere Ansicht bezüglich Betätigung der Souveränität des Sultans bei Organisation der Polizei teilten.

Dann habe ich mit Révoil gesprochen. Ich habe als die Ausgangspunkte, die wir allein für zulässig hielten, Souveränität des Sultans und allgemeine wirtschaftliche Gleichberechtigung hingestellt, wodurch alle Sondermandate ausgeschlossen seien, dann die Einzelheiten unserer Vorschläge entwickelt. Gleich ablehnend war er dabei nur bei Beschränkung der Polizeioffiziere auf kleinere Staaten. Ich bin deswegen bei dem ersten Teil der Alternative (freie Wahl des Sultans) verblieben. Herr Révoil hörte im übrigen alles ohne Diskussion an und erklärte, er sei heute nicht in der Lage, sich weiter zu äußern, müsse das Weitere ganz seiner Regierung überlassen, an die er zunächst berichten werde. Er bat mich um eine ganz persönliche Notiz für ihn als Aide-mémoire, die ich ihm in folgender Form gegeben habe unter ausdrücklichem Vorbehalt, daß dies nicht wie ein verbindliches Schriftstück betrachtet werden dürfe:

„Il serait à proposer que la conférence demandait au Sultan de se charger de l'organisation de la police. Il aura le devoir d'entretenir, dans des places déterminées, une troupe de police laquelle serait formée et commandée par des officiers étrangers, choisis librement par le Sultan. Les fonds nécessaires pour l'entretien de la troupe seraient mis à la disposition du Sultan par la nouvelle Banque d'Etat. Le corps diplomatique à Tanger aura à exercer le contrôle de l'exécution de cette organisation; un officier supérieur étranger appartenant à l'une des puissances secondaires pourrait être chargé de l'inspection et en rendre compte au corps diplomatique à Tanger.

Toute cette institution serait faite à titre d'essai, pour une durée de trois à cinq ans."

Radowitz

Nr. 7005

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 58 Berlin, den 14. Februar 1906

Die heutigen Nachrichten von verschiedenen Seiten über Stand der Konferenzverhandlungen lauten günstiger. Die gestrige, an alle großen

Kabinette gemachte Mitteilung, daß Rücksichten, welche für uns wichtiger sind als die Marokkofrage, es uns unmöglich machen, auf unsere marokkanischen Interessen lediglich deshalb zu verzichten, weil sie Frankreich im Wege sind*, scheint verstanden und gewürdigt worden zu sein. Die Vermittler sehen ein, daß es sich nicht bloß darum handelt, Frankreich zufrieden zu stellen.

Die heutigen Telegramme von „Havas" und großen englischen Blättern lassen erkennen, daß man nunmehr bestrebt ist, den amerikanischen Delegierten in den Vordergrund zu schieben, offenbar in der Idee, daß Deutschland gegenüber Amerika besonders nachgiebig sein oder aber daß eine deutsche Ablehnung das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika hoffentlich stören würde. Ich stelle deshalb Ew. zur Erwägung, ob Sie es praktisch halten anzuregen, daß Herr White für seine etwaigen Vermittelungsverschläge in den beiden Hauptfragen — Polizei und Bank — zuvor Genehmigung in Washington einholt. Herrn Roots Gedanke, daß dem Sultan überlassen werden möge, die Polizeireform selber durchzuführen, jedoch unter internationaler Kontrolle, scheint nach erster schroffer Ablehnung durch Frankreich jetzt wieder aufgenommen zu werden. Eine stärkere Hineinziehung von Root wäre daher aus sachlichen Gründen erwünscht. Ob sie ihm selber konvenieren würde, läßt sich von hier aus nicht beurteilen.

Bülow

Nr. 7006

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 58 London, den 14. Februar 1906

Ich habe den Inhalt des Telegramms Nr. 34 seinerzeit und den Inhalt von Erlaß Nr. 227 und von Telegrammen Nr. 59 und 61** heute mit Sir E. Grey eingehend besprochen. Bei Telegramm Nr. 61 habe ich nicht erwähnt, daß es unsere Instruktion nach Rom enthält. Der Minister blieb trotz aller gegenteiligen Argumente bei der Ansicht, daß die französischen Ansprüche maßvoll seien. Die Übertragung der Polizeiorganisation in einzelnen Küstenplätzen Marokkos an Frankreich und Spanien schließe keine Bedrohung ökonomischer Interessen

* Vgl. Nr. 7000.

** Inhaltlich identisch mit Telegramm Nr. 31 nach Rom (siehe Nr. 7000). Die übrigen angezogenen Schriftstücke hatten Graf Metternich über den Gang der Angelegenheiten in Algeciras auf dem laufenden gehalten.

anderer Mächte in sich, da Frankreich bereit sei, Garantien im Sinne der open door von neuem zu gewähren. Frankreich und Spanien hätten als Nachbarländer das geeignetste Material für Polizeiinstrukteure in Marokko. Ein internationales Polizeikorps würde, nach dem Vorgang von Mazedonien zu urteilen, keine Gewähr für erfolgreiche Tätigkeit bieten. Frankreich habe infolge seiner geographischen Lage und der ausgedehnten Grenze mit Marokko ein weitaus größeres Interesse als irgendeine andere Macht daran, daß in Marokko geordnete Zustände herrschten; es habe ebenfalls weitaus größere Handelsinteressen als irgendeine andere Macht. Daher sei auch der Wunsch Frankreichs, durch Reorganisation der Polizei selbst Ordnung zu schaffen, verständlich und in Anbetracht der gegebenen Verhältnisse auch maßvoll. Er verstehe nicht, weshalb allein Deutschland unter den Mächten, welches weit geringere politische und Handelsinteressen als Frankreich in Marokko habe, sich der Schaffung von Ordnung in Marokko durch Frankreich widersetze, besonders dann, wenn die Konferenzmächte bereit seien, die Polizei in einzelnen Hafenstädten an Frankreich zu übertragen.

Ich erwiderte, daß die Konferenzmächte meines Wissens bisher diese Bereitwilligkeit nicht in höherem Maße gezeigt hätten als die Bereitwilligkeit, auch dem deutschen Plane zuzustimmen. Sodann müsse ich immer wieder darauf zurückkommen, daß, wenn eine Großmacht in einem Lande wie Marokko über Polizei und Finanzen oder über eines von beiden verfüge, sie mit der Zeit über das ganze Land verfügen werde, und daß unsere Politik von Anfang an gerade darauf gerichtet sei, dies zu verhindern. Nachdem wir an der algerischen Grenze große Zugeständnisse gemacht hätten, müßten wir darauf bestehen, daß der Rest von Marokko nicht unter ausschließlich französischen Einfluß gerate. Unsere materiellen Interessen seien jetzt schon genügend groß, um diesen Standpunkt zu verfechten. Sie würden in Zukunft voraussichtlich noch bedeutend größer werden. Sodann hätten wir die Rechtsbasis für uns. Die Franzosen sprächen in der letzten Zeit sehr viel von ihren droits sacrés. Damit sei es aber nicht weit her. Wir hätten das Recht, die Franzosen aber nur ihre Interessen. Unser Recht plus Interessen lediglich für französische Interessen ohne französische Rechte zu opfern, dafür läge kein Grund vor. Wenn die Franzosen an diesem Standpunkt festhielten, so würde, so sehr wir dies bedauerten, die Konferenz wohl unverrichteter Dinge wieder auseinandergehen. Dann würde der Status quo von 1880 weiter fortbestehen und damit die Vorzugsstellung, die wir Frankreich an der algerischen Grenze eingeräumt hätten, wieder fortfallen, da wir diese nur anerkennen könnten, wenn Frankreich seine Ansprüche auf den Rest von Marokko fallen ließe.

Ich sprach sodann von der plötzlich inszenierten offiziösen französischen Preßkampagne. Dies gebe den Verdacht ein, daß das

offizielle Frankreich durch Aufregung der öffentlichen Meinung auf den Zusammenbruch der Konferenz hinwirke. Es sei auch die Ansicht der fremden Korrespondenten in Algeciras, daß Herr Révoil dieses Ziel verfolge.

Sir E. Grey widersprach dem. Frankreich habe kein Interesse an dem Scheitern der Konferenz. Nach allen seinen Nachrichten sei das Auftreten des Herrn Révoil den anderen und besonders auch den deutschen Delegierten gegenüber durchaus maßvoll. Auch er selbst, der Minister, gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß die Gegensätze auf der Konferenz sich versöhnen ließen, oder wenigstens, daß ein gemeinsames Werk ohne Scheitern der Konferenz zustandekomme. Sir A. Nicolson habe niemals, wie dem Botschafter dies vorgeworfen worden sei, die französischen Delegierten in ihrem Widerstand gegen die deutschen Anschauungen angetrieben. Dagegen unterstütze Sir A. Nicolson die französischen Forderungen gemäß seinen Instruktionen und gemäß der vertragsmäßig übernommenen Verpflichtung Englands.

Auch ich betonte nochmals den Wunsch der Kaiserlichen Regierung auf Gelingen des Konferenzwerkes, allerdings ohne Auslieferung Marokkos an Frankreich.

Metternich

Nr. 7007

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 Wien, den 14. Februar 1906

Graf Goluchowski hat den Grafen Welsersheimb angewiesen, für unsere Eventualvorschläge zu Punkt 3 einzutreten, bezw. zu vermitteln. Heute hat der Minister auch französischen Botschafter empfangen, der ihm gesagt hat, Frankreich erstrebe kein Generalmandat, und die Entsendung von vielleicht 20 Offizieren und einer entsprechenden Zahl von Unteroffizieren als Instrukteuren habe doch keine Bedeutung. Der Graf hat erwidert, darüber, daß dem Sultan die freie Wahl der Instrukteure überlassen werde, könne man reden, unbedingt aber müsse er an dem internationalen Charakter der Polizeiorganisation und der durch das diplomatische Korps in Tanger zu übenden Kontrolle über dieselbe festhalten.

Marquis de Reverseaux hat demnächst bemerkt, die Zurückstellung der Bankfrage sei auf einen von Herrn von Radowitz ge-

äußerten Wunsch zurückzuführen, der Herrn Révoil von dritter Seite übermittelt worden wäre.

Graf Goluchowski las mir dann aus einem Telegramm des Grafen Welsersheimb den Text des Vorschlags vor, den unser erster Delegierter seinem französischen Kollegen übergab, den letzterer als unannehmbar bezeichnete, sich dabei indessen bereit erklärte, ihn zur Kenntnis seiner Regierung zu bringen.

Bei der längeren Erörterung, die sich hieran schloß, entwickelte der Minister folgende Gedanken:

Ein Kompromiß muß gesucht werden. Wir halten streng an dem internationalen Charakter der Polizeiorganisation fest. Da wir indessen bereit sind, dem Sultan eventuell die freie Wahl der Instruktoren zu überlassen, würde derselbe in der Lage sein, diese Instruktoren auch aus Frankreich und Spanien zu beziehen. Bei der verhältnismäßig geringen Zahl dieser Instruktoren ist die Gefahr der Französierung der Polizei bei unbedingter Aufrechterhaltung der internationalen Kontrolle seitens des diplomatischen Korps in Tanger, dessen Organ ein höherer Offizier einer neutralen Macht sein könnte, keine nennenswerte, ein möglicher Einfluß der französischen Regierung auf die Polizei wäre damit beseitigt. Unter diesen Verhältnissen könnte man Sultan sogar die Wahl französischer und spanischer Instruktoren nahelegen und damit der französischen Eigenliebe eine billige Konzession machen. Eine technische Rechtfertigung fände eine solche Lösung in dem Umstande, daß nur Franzosen und Spanier das Land kennen und seiner Sprache mächtig sind. Taktisch aber würde man den Vorteil gewinnen, daß, wenn Frankreich ein solches unter der Hand zu stellendes Anerbieten ablehnte, es seine wahren Absichten dekuvrieren und sich damit direkt bloßstellen würde. Einer solchen Scheinkonzession gegenüber müsse man dann um so fester an dem rein internationalen Charakter der Staatsbank und der Beteiligung aller Mächte an deren Errichtung festhalten. Die Bank habe nicht nur einen rein wirtschaftlichen Charakter und erwecke daher bei den Neutralen größere Interessen, sondern sie sei auch eine dauernde Institution, während die Polizeiorganisation zeitlich begrenzt bleibe. Zudem spiele das Geld in solchen Fragen schließlich immer die Hauptrolle.

Die Durchführung von Reformen in Marokko sei ja für alle Beteiligten erwünscht, weil sonst der Stoff zu Reklamationen und damit zu Konflikten, und zwar von den verschiedensten Seiten, nicht aus der Welt geschaffen werde.

Wedel

Nr. 7008

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 71 Rom, den 13. Februar 1906

Das neue italienische Ministerium fand sich in der auswärtigen Politik sofort einer von ihm a priori kaum in Rechnung gezogenen Schwierigkeit gegenüber. Sowohl Baron Sonnino wie Graf Guicciardini hegen, gleich überhaupt allen Italienern, das größte Zutrauen zu der Befähigung und dem Takt des Marquis Visconti. Sie waren, natürlich ohne genauere Kenntnis der Konferenzvorgänge, der Meinung, daß in Algeciras die Sachen trotz der sich allmählich schärfer gestaltenden Sprache der französischen Presse doch einem befriedigenden Ausgang zuneigten. Was man hofft, glaubt man gerne, und durch die mannigfachsten Einwirkungen war hier eine Art von communis opinio entstanden. Man meinte in römischen politischen Kreisen, wir würden schließlich nachgeben[1], und fand diese Ansicht durch die mehrfachen durch geschäftige Telegraphenagenturen verbreiteten neulichen Friedensreden verschiedener deutscher Botschafter bestätigt. Ohne direkten Auftrag hätten diese Herren doch kaum reden dürfen, und es erhelle, daß Deutschland auf eine möglichst anständige Weise aus der Sackgasse der Konferenz herauszukommen bestrebt sei. Auch Marquis San Giuliano hielt, wie ich Euerer Durchlaucht zu melden mich beehrte, das französisch-spanische Polizeimandat zwar nicht von vornherein für akzeptabel, aber doch für geeignet, um als Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen zu dienen. Immerhin hatte derselbe meine damals lediglich als private Ansicht ihm gemachte Äußerung, daß Spanien zu sehr in der Hand von Frankreich und das sogenannte Doppelmandat der Sache nach mit dem französischen Generalmandat identisch sei, dem Grafen Guicciardini gemeldet. Derselbe sagte mir daher schon bei unserer ersten Zusammenkunft, er begreife, wie wir diesen Vorschlag nicht annehmen könnten.

So ungefähr war der Ideenkreis, in dem sich die Männer um Herrn Sonnino bewegten, als sie ihres Königs Vertrauen in das neue Ministerium berief. Obgleich sie selbstredend alle Hände voll zu tun hatten mit Geschäftsübernahme, Meldungen, Vorstellungen, Preßaktion, Konferenzen und dergleichen mehr, versagten sie sich mir keinen Augenblick, als ich in Ausrichtung der Befehle Euerer Durchlaucht ihre Zeit in Anspruch nehmen mußte. Die Frage der Stellungnahme Italiens in Algeciras sei eine so vitale, daß alle anderen Sorgen zurücktreten müßten.

Keinenfalls hätte ein in die Geschäfte eingelebtes Kabinett rascher handeln können als wie das neue Ministerium. Ob aber der molluskenartige Fortis und der verschlagene San Giuliano, um gar nicht der nie ganz durchsichtig gewesenen Herren Giolitti und Tittoni zu gedenken[2], so unumwunden Farbe bekannt hätten, möchte ich bezweifeln. Der Ministerwechsel kam daher recht à propos, und mit großer Freude erfüllt es mich, daß Baron Sonnino, den ich als den deutschfreundlichsten unter den Staatsmännern ersten Ranges in Italien Euerer Durchlaucht neulich erst bezeichnete, das von mir in ihn gesetzte Vertrauen gerechtfertigt und die Vermittlerrolle, so wie Hochdieselben sie telegraphisch vorzeichneten, alsbald übernommen hat. Auch Graf Guicciardini erzeigte sich als klarer, ernster und loyaler Mann, der notabene vollständig die Tragweite des heute von ihm und dem Kabinettschef gefaßten Entschlusses Frankreich gegenüber begreift. Selbst Principe di Scaléa*, der erst vorgestern abend sein neues Amt in der Konsulta übernommen, hat sich vollständig und ohne die sonst üblichen Klauseln und Vorbehalte auf unsere Seite gestellt. Über Herrn Luzzati werde ich die Ehre haben besonders zu berichten.

Etwas zweifelhaft bleibt nur die Haltung des Marquis Visconti[3]. Indes hat selbst dieser inzwischen schon von sich aus Remedur eintreten lassen. Die dem Marquis von hier nunmehr zugehenden Direktiven werden hoffentlich auch seine letzten Zweifel beheben.

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] So ! ! ?
[2] gut
[3] Franzose!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Bravo! Monts!

Nr. 7009

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Kriege***

Konzept

Berlin, den 16. Februar 1906

Aus den Äußerungen des Herrn Grafen Goluchowski hat die Kaiserliche Regierung mit besonderer Befriedigung ersehen, daß dieser

---

* Unterstaatssekretär im italienischen Ministerium des Äußern unter Graf Guicciardini.

** Die Aufzeichnung wurde dem Grafen Wedel mit Erlaß Nr. 229 vom 16. Februar zur Mitteilung an Graf Goluchowski übersandt.

unter allen Umständen an dem internationalen Charakter der Polizeiorganisation festhalten will.

Diesem Charakter entspricht der von der Kaiserlichen Regierung aufgestellte und vom Herrn Grafen Goluchowski gebilligte Vorschlag, wonach dem Sultan die freie Wahl des Ausbildungspersonals für die Polizeitruppen überlassen werden soll. Wenn der Sultan daraufhin aus freien Stücken französische und spanische Instrukteure auswählt, so würde hiergegen von keiner Seite etwas einzuwenden sein, ebensowenig wie wenn er Instrukteure anderer Nationalität wählte. Sobald aber die Konferenz in irgendeiner Form — sei es unmittelbar durch die Konferenzakte, oder mittelbar durch eine dahin gehende Empfehlung — dem Sultan die Wahl französischer und spanischer Offiziere auferlegte, der Sultan also auf Offiziere dieser Nationalitäten angewiesen wäre, so würde er damit tatsächlich in Abhängigkeit von Frankreich und Spanien geraten. Denn die Offiziere würden selbstverständlich im Interesse ihrer Regierung tätig sein und naturgemäß nicht umhin können, ihre Aufgaben mehr national als international zu fassen. Abhilfe dagegen ließe sich auch durch Personenwechsel nicht schaffen, solange der Sultan an dieselben Nationalitäten gebunden wäre. Die ganze Einrichtung würde daher nach wie vor auf ein französisch-spanisches Doppelmandat, also auf die Präponderanz Frankreichs mit Ausschluß der anderen Nationen hinauslaufen.

Ob einer solchen Gestaltung gegenüber der internationale Charakter der Polizeiorganisation durch eine Kontrolle des diplomatischen Korps in Tanger, wie sie dem Herrn Grafen Goluchowski vorschwebt, ausreichend gewahrt werden könnte, erscheint zweifelhaft. Nach unsern Vorschlägen sollte die Kontrolle lediglich darin bestehen, daß der vom diplomatischen Korps ernannte Kommissar, nämlich ein höherer Offizier einer kleineren Macht, sich an Ort und Stelle von der richtigen Durchführung der Organisation zu überzeugen und dem diplomatischen Korps über seine Beobachtungen Bericht zu erstatten hätte. Dagegen sollte diesem Kommissar eine unmittelbare Einwirkung auf die Polizeitruppen nicht zustehen, so daß er sie weder mit Weisungen versehen noch sonst eine Befehlsgewalt über sie ausüben könnte.

Eine derartige Kontrolle würde dem deutscherseits verfolgten Zwecke, nämlich die Ausführungen der Konferenzbestimmungen durch den Sultan sicherzustellen, entsprochen haben. Sie würde aber nicht genügen, wenn es sich darum handelt, gegenüber nationalen Übergriffen der mit der Polizeiorganisation beauftragten Offiziere den internationalen Charakter der Organisation festzuhalten. Zu diesem Zwecke müßte der als Kommissar des diplomatischen Korps auftretende Offizier mit Kommandogewalt bekleidet werden, also das Oberkommando über sämtliche Polizeitruppen führen. Ein solches vom diplomatischen Korps ausgehendes Oberkommando würde aber

aus dem auch von Österreich-Ungarn gebilligten System herausfallen, wonach dem Sultan mit der Wahl der Offiziere die Kommandogewalt über die Polizeitruppen verbleiben soll. Überdies würde schon die bloße Tatsache, daß die Polizeiorganisation im großen und ganzen in französischen Händen wäre, eine Wirkung haben, die mit der internationalen Gestaltung der Organisation und der Gleichberechtigung aller Nationen nicht vereinbar wäre.

Zur Wahrung dieser Gleichberechtigung würde daher die Kaiserliche Regierung den größten Wert darauf legen, daß die K. und K. Österreichisch-Ungarische Regierung an dem Vorschlage, wie er von dem ersten deutschen Delegierten in Algeciras seinem französischen Kollegen übergeben worden ist, mit der Kaiserlichen Regierung festhält.

Kriege

Nr. 7010

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 Paris, den 15. Februar 1906

Herr Rouvier überreichte mir beim Ministerempfang nachstehende Notiz mit der Bitte, sie Euerer Durchlaucht zu übermitteln, nachdem er mir gesagt, daß er dasselbe Schriftstück Herrn Bihourd zur Kenntnisnahme der Kaiserlichen Regierung habe zustellen lassen.

Ich akzeptierte das Schriftstück lediglich als Wiederholung der Instruktion an den französischen Botschafter mit dem Vorbehalt, daß mir der Inhalt nicht ganz im Einklang zu stehen scheine mit den bisherigen Erklärungen des Ministerpräsidenten über die Frage des Polizeimandats.

Auf meine energischen Einwendungen bemerkte Herr Rouvier, es handle sich nicht um ein Generalmandat für ganz Marokko, sondern nur um die Ausführung eines Spezialmandats in einigen wenigen Hafenplätzen, in denen europäische, besonders spanische Interessen zu schützen seien.

Übrigens werde die Polizei im Namen des Sultans und im Auftrage der Mächte, die mit uns beiden befreundet seien, ausgeübt. Der internationale Charakter wäre durch die Zuziehung Spaniens gewahrt.

„Le Gouvernement Allemand sait que si M. Rouvier a accepté en juillet dernier que la solution de la question Marocaine * fût internationale dans son principe à savoir la conférence, il n'a pas été d'avis qu'elle pût l'être dans son exécution. En ce qui concerne

* Laut Telegramm Radolins Nr. 62 vom 15. Februar hätte Rouvier ihm nachträglich mitgeteilt, daß die Worte „question Marocaine" durch die Worte „question de la police au Maroc" zu ersetzen seien.

le mandat pour la police, à aucun moment le Gouvernement Français n'a pris l'engagement de ne pas le demander. Les documents insérés au livre jaune sous les numéros 349 et 350 en font foi.

Il ne s'agit point d'ailleurs d'organiser la police en dehors des villes de la côte, et il a toujours été entendu qu'elle aurait pour principale mission de veiller à la sécurité des étrangers.

D'un autre côté, on a émis l'idée que le mandat pourrait être exercé dans certains ports par l'Espagne, dans les autres par la France. Il a été en outre suggéré que l'exercice de ce mandat pourrait être entouré de certaines garanties si la conférence en reconnaissait l'utilité.

Mais c'est à Algésiras que les propositions doivent être examinées, la France ayant accepté, à la demande de l'Allemagne, de les soumettre à la conférence.

Le Gouvernement de la République a donné ses instructions à son représentant, tous les délégués des autres puissances ont dû également recevoir les leurs. Il n'y a donc qu'à laisser aux plénipotentiaires réunis à Algésiras le soin de trouver la solution."

Radolin

Nr. 7011

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Algeciras, den 16. Februar 1906

Die mir heute abend elf Uhr von Révoil mitgeteilte Antwort auf mein Aide-mémoire vom 13. d. Mts.* lautet folgendermaßen:

„Il n'y a pas d'opposition à l'organisation de la police par le Sultan dans les ports, ni au payement des troupes et des officiers par la Banque d'Etat, ni [à] la courte durée de cette institution, mais sous la condition que les officiers étrangers choisis par Sa Majesté Chérifienne soient des officiers français et espagnols.

Le point de la proposition allemande relative à une surveillance de l'exécution de cette organisation pourrait être examiné si la question de la nationalité des officiers avait été résolu comme il est indiqué ci-dessus."

Révoil sagte dabei, vorläufig habe er nichts dem hinzuzufügen als wie den Ausdruck des lebhaften Wunsches seiner Regierung, daß unsere hiesige Verhandlung zu einem Einverständnis führen möge. Sobald dies im Prinzip gesichert erscheine, würden die weiteren Besprechungen mit beschleunigtem Tempo fortgesetzt werden können.

Radowitz

* Vgl. Nr. 7004.

Nr. 7012

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Algeciras, den 17. Februar 1906

Herr Révoil hat seine Antwort* den Kollegen von Österreich, Amerika, Italien vertraulich mitgeteilt. Graf Welsersheimb und Mr. White kamen danach zu mir, um ihre persönliche Ansicht dahin auszusprechen, daß sie in der Fassung der französischen Äußerung einen erheblichen Erfolg für uns und Fortschritt zur Verständigung erblickten, einmal weil das Prinzip der Souveränität des Sultans voll anerkannt und statt des Mandats der Konferenz zum Ausgangspunkt gemacht, ferner weil ebenso im Prinzip die Einrichtung einer Kontrollinstanz über die zur Ausübung der Polizei berufenen fremden Offiziere eingeräumt sei. Für Ausbildung dieser Kontrolle durch eine dritte Macht würde sicherlich Frankreich noch alle weiteren Garantien zugestehen. Marquis Visconti Venosta kann ich erst später heute sprechen; Mr. White sagt mir, er stimme ganz mit ihm überein.

Auf alles dies habe geantwortet, daß ich die französische Mitteilung Euerer Durchlaucht eingereicht hätte, persönlich aber noch keineswegs erwarten könnte, daß der Vorschlag bezüglich der Wahl der Polizeioffiziere für uns annehmbar sei.

Radowitz

Nr. 7013

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 71 Berlin, den 18. Februar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 62**.

Die französischerseits an die Annahme unsers Vorschlags geknüpfte Bedingung, wonach der Sultan als Instrukteure für die Polizeitruppen nur französische und spanische Offiziere wählen darf, erscheint uns nicht annehmbar, da eine solche Bedingung den internationalen Charakter der Polizeiorganisation völlig beseitigen würde.

Dieser internationale Charakter wird bei dem von uns aufgestellten Vorschlage gerade dadurch gewährleistet, daß dem Sultan die freie

---

* Vgl. Nr. 7011.
** Siehe Nr. 7011.

Wahl des Ausbildungspersonals aus den verschiedenen Nationalitäten überlassen bleiben soll. Sobald aber die Konferenz dem Sultan die Wahl französischer und spanischer Offiziere auferlegt, der Sultan also auf Offiziere dieser Nationalitäten angewiesen ist, so würde er damit tatsächlich in Abhängigkeit von Frankreich und Spanien geraten. Denn die französischen und spanischen Offiziere würden selbstverständlich im Interesse ihrer Regierungen tätig sein und naturgemäß nicht umhin können, ihre Aufgaben mehr national als international zu fassen. Abhilfe dagegen ließe sich auch durch Personenwechsel nicht schaffen, solange der Sultan an dieselben Nationalitäten gebunden wäre. Die ganze Einrichtung würde daher nach wie vor auf ein französisch-spanisches Doppelmandat, also auf die Präponderanz Frankreichs mit Ausschluß der anderen Nationen hinauslaufen.

Einer solchen Gestaltung gegenüber würde der internationale Charakter der Polizeiorganisation auch durch eine Kontrolle des diplomatischen Korps in Tanger, wie sie von uns in Aussicht genommen ist, nicht gewahrt werden können. Nach unsern Vorschlägen sollte diese Kontrolle darin bestehen, daß der vom diplomatischen Korps ernannte Kommissar, das heißt ein höherer Offizier einer kleineren Macht, sich an Ort und Stelle von der richtigen Durchführung der Organisation zu überzeugen und dem diplomatischen Korps über seine Beobachtungen Bericht zu erstatten hätte. Dagegen würde diesem Kommissar eine unmittelbare Einwirkung auf die Polizeitruppen nicht zustehen, so daß er sie weder mit Weisungen versehen noch sonst eine Befehlsgewalt über sie ausüben könnte. Eine derartige Kontrolle würde dem von uns verfolgten Zwecke, nämlich die Ausführung der Konferenzbestimmungen durch den Sultan sicherzustellen, entsprochen haben. Sie würde indes nicht genügen, wenn es sich darum handelte, gegenüber nationalen Übergriffen der mit der Organisation beauftragten Offiziere deren internationalen Charakter festzuhalten. Wie aber auch immer die Kontrolle des diplomatischen Korps gestaltet werden möchte, so dürfte doch schon die bloße Tatsache, daß die Polizeiorganisation im großen und ganzen in französischen Händen wäre, eine Wirkung haben, die mit der internationalen Gestaltung der Organisation und der Gleichberechtigung aller Nationen nicht vereinbar wäre.

Hiernach glauben wir zur Wahrung dieser Gleichberechtigung an unserm Vorschlage, wie er von Euerer pp. formuliert worden ist, festhalten zu sollen. Ich bitte daher, Herrn Révoil, sofern er nicht die von ihm aufgestellte Bedingung fallen läßt, anheimzugeben, nunmehr seinerseits Vorschläge zu machen, die mit dem von der Konferenz angenommenen Grundsatze der allgemeinen Gleichberechtigung aller Nationen im Einklange stehen. Auch würden die in Betracht kommenden Delegierten von unserer Auffassung in Kenntnis zu setzen sein.

Bülow

Nr. 7014

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 41 Wien, den 18. Februar 1906

Ich habe gestern mit dem Grafen Goluchowski die mir von Euerer Durchlaucht übersandte Aufzeichnung* besprochen und ihm ein Exemplar derselben überlassen. Der Minister, der ja zu Punkt 3 unseres Vorschlags den Grafen Welsersheimb bereits früher mit Weisung versehen hatte, war der Ansicht, man müsse jetzt zunächst die Antwort des Herrn Révoil auf den Radowitzschen Vorschlag abwarten. Soeben las mir nun der Graf jene ihm durch den ersten österreichisch-ungarischen Delegierten telegraphierte Antwort vor. Letzterer meldet dazu, Marquis Visconti Venosta halte den französischen Gegenvorschlag für akzeptabel, und ergänzt diese Meldung in einem zweiten Telegramm durch die Mitteilung, daß Herr White denselben Standpunkt vertrete.

Der Minister des Äußern schloß hieran die Bemerkung, er würde natürlich die Annahme einer der Alternativen des Punkts 3 vorziehen, doch erblicke er in der französischen Gegenproposition, besonders in der Anerkennung der Kommandogewalt des Sultans und in der zeitlichen Begrenzung der Instruktorentätigkeit einen weiteren Schritt des Entgegenkommens. Die von Révoil verfolgte Diskutierbarkeit der Frage einer internationalen Kontrolle werde selbstredend vorher dahin zu regeln sein, daß diese Kontrolle zur Bedingung gemacht werde.

Graf Goluchowski glaubt, daß eine solche Regelung tatsächlich Garantien enthalte. Wähle der Sultan, was ja möglich, aus freien Stücken französische und spanische Offiziere, so werde deren Wirksamkeit, gestützt auf diese Wahl, leicht einen viel nationaleren Charakter annehmen, als wenn dieselben gewissermaßen als internationale Organe fungierten. An eine Kommandogewalt des dem diplomatischen Korps in Tanger eventuell als Inspektor beizugebenden höheren Offiziers eines kleineren Staats habe er natürlich nicht gedacht, es solle durch denselben vielmehr nur das internationale Aufsichtsrecht zum Ausdruck gebracht werden. Der Minister ist der Ansicht, daß es weder uns noch Österreich-Ungarn erwünscht sein könne, Instruktionsoffiziere nach Marokko zu entsenden, da wir über ein geeignetes, des Landes und der Sprache kundiges Personal nicht verfügten. Auch würde eine solche Wahl voraussichtlich einem all-

* Siehe Nr. 7009.

gemeineren Widerspruch begegnen als die von französischen und spanischen Offizieren. Er ist nach wie vor der Meinung, daß eine zeitlich begrenzte Tätigkeit einer doch nur geringen Anzahl von Offizieren kaum ernstere Gefahr bergen könne, und fürchtet, daß eine direkte Ablehnung des französischen Gegenvorschlages die Konferenz sprengen und uns ins Unrecht setzen werde. Er erblickt einen Erfolg darin, wenn Frankreich seine dem Sultan zur Verfügung gestellten Instruktoren der internationalen Kontrolle unterwerfe, und meint, daß die französische Regierung durch die Entsendung von Instruktionspersonal sich gegen eine fernere Unterstützung des marokkanischen Prätendenten moralisch verpflichte und materiell binde.

Mit um so größerer Bestimmtheit müsse man auf einer völligen Gleichberechtigung aller Konferenzteilnehmer bei der Gründung der Staatsbank bestehen. Im Geld liege immer die Hauptmacht, und die Bank bilde eine dauernde und keine vorübergehende Institution wie das Polizeiorganisationswerk.

Wedel

Nr. 7015

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 Algeciras, den 19. Februar 1906

Um es den Franzosen zu erschweren, die Schuld an der Verzögerung der Konferenzarbeit uns zuzuschieben, hat Graf Tattenbach Herrn Regnault heute gefragt, ob er bereit sei zur Fortsetzung der Bankverhandlungen. Auf Regnaults Erklärung, er erwarte noch Mitteilungen aus Paris, legte ihm Graf Tattenbach unsere inzwischen ins Französische übersetzten Vorschläge* vor. Nach erfolgter Durchsicht äußerte Regnault, daß die deutschen Vorschläge hinsichtlich der Verteilung des Grundkapitals, des Rechts und der Gerichtsbarkeit, der Zusammensetzung des Verwaltungsrats und insbesondere der Beteiligung des diplomatischen Korps als Aufsichtsbehörde unannehmbar seien; gleichzeitig vermisse er Vorschläge in betreff des Überganges, beziehungsweise der Ablösung der Rechte, die dem französischen Bankkonsortium aus dem Anleihevertrag von 1904 zustehen, nämlich des Vorzugsrechts auf künftige Anleihen und des Kontrollrechts. Unsere Vorschläge liefen auf Gründung einer politischen Bank hinaus, was den französischen Interessen zuwiderlaufe. Frankreich verlange für Überlassung seiner finanziellen Sonderrechte

* Siehe Nr. 6966.

eine größere Beteiligung am Kapital, nämlich 40 Prozent, während 60 Prozent den übrigen Teilnehmern zufallen sollten.

Graf Tattenbach erwiderte, daß es sich nach dem Konferenzprogramm um Schaffung einer marokkanischen Staatsbank nach dem Grundsatz völliger Gleichberechtigung handele, dies bedinge gleiche Beteiligung für alle. Der Übergang der sogenannten französischen Vorzugsrechte, die überdies rechtlich anfechtbar seien, dürfe und könne nicht zur Schaffung einer französischen Interessenbank führen. Wir könnten nicht zustimmen, daß eine so gestaltete Bank mit staatlichen Monopolen ausgestattet und hierdurch die ökonomische Bewegungsfreiheit unserer deutschen Interessenten beschränkt werde; angesichts solcher Aspiration wäre es vorzuziehen, die aus dem französischen Anleihevertrag hervorgehenden Rechte bei Gründung der Bank beiseite zu lassen und sie nebenher weiter bestehen zu lassen. Der französische Delegierte erwiderte darauf, daß davon keine Rede sein könne, denn die Staatsbank würde sich in der Praxis zu einer Konkurrenzbank zum Nachteil der durch die französische Bankgruppe begründeten Interessen ausgestalten. Regnaults Sprache war heute erregt und durchaus verschieden von dem ruhigen, sachlichen Ton, mit dem er bisher diese Frage behandelte. Tattenbach hat nicht verfehlt, ihm zu sagen, daß das Bekanntwerden seiner Argumentation in Deutschland nur Entrüstung hervorrufen könnte, und daß im Falle des Andauerns einer solchen „disposition d'esprit" die weiteren Besprechungen wenig Aussicht auf Verständigung bieten.

Graf Tattenbach hat auf meinen Wunsch zunächst Mr. White vertraulich Mitteilung von seiner Unterredung gemacht, weil dieser sich bisher besonders für eine Verständigung in der Bankfrage interessiert und darin auf die Franzosen einzuwirken gesucht hat.

Radowitz

Nr. 7016

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 Algeciras, den 19. Februar 1906

Habe heute nachmittag Révoil die vorgeschriebene Mitteilung gemacht.

Nach mündlicher Darlegung unseres Standpunktes gemäß der Weisung in Telegramm Nr. 71* habe ich mich dahin resümiert: La

* Siehe Nr. 7013.

condition que les officiers étrangers choisis par Sa Majesté Chérifienne soient des officiers français et espagnols ne paraît pas compatible avec le caractère international de l'organisation de la police. Nous désirons donc maintenir nos propositions, en nous déclarant prêts à examiner toute autre qui aurait comme point de départ le principe de l'égalité des droits pour tous, accepté par la conférence.

Révoil hat erklärt, die Mitteilung ad referendum für seine Regierung entgegenzunehmen und so bald als möglich mir die Antwort darauf zukommen lassen zu wollen. Persönlich fügte er hinzu, er bedauere lebhaft, daß trotz aller Mühe wir noch nicht einander in dieser Frage näher gekommen seien. Prinzipielle Erörterungen könnten nun nicht mehr weiter führen, nur die Gegensätze verschärfen. Ich entgegnete ihm, daß ich noch sehr auf seine Mitwirkung rechne, um zu einem annehmbaren Abschluß zu gelangen.

Die Delegierten von Amerika, Österreich und Italien, mit denen ich dann gesprochen habe, glauben übereinstimmend, daß man auf französischer Seite keine weiteren Vorschläge machen, sondern diese uns überlassen werde. Sie hoffen noch auf Möglichkeit der Verständigung und wollen in diesem Sinne hier auch ferner einwirken. Ebenso sind sie darin einig, die Bankfrage als die wichtigste zu betrachten und zu wünschen, daß diese nun baldigst, auch ohne vorherige Einigung zwischen uns und den Franzosen, vor die Konferenz gebracht werde. Der spanische Staatsminister als Präsident will das morgen anregen, weil sonst kein Stoff mehr zur Beratung vorliege.

Radowitz

Nr. 7017

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 St. Petersburg, den 19. Februar 1906

Habe dem Grafen Lamsdorff die neueste Phase der marokkanischen Polizeifrage und die Gründe, aus welchen wir dem französischen Vorschlag nicht zustimmen können, unter Befolgung der Weisungen und Verwertung des Materials eingehend dargelegt. Die Schlußbemerkung, daß Seine Majestät der Kaiser auf dem bereits manche Etappen zählenden Wege des Entgegenkommens an Frankreich nicht weiter gehen werde, machte starken Eindruck. Graf Lamsdorff kommt immer wieder auf die offenbar durch Graf von Cassini genährte Ansicht zurück, daß Frankreich vor und auf der Konferenz beachtenswerte Konzessionen gemacht habe, während von

unserer Seite in diesem Sinne nichts Wesentliches erfolgt sei. Auf meine Bemerkung, daß nicht Deutschland, sondern lediglich Frankreich versucht habe, eigenmächtig in die international geregelten Verhältnisse Marokkos einzugreifen, daß es daher an ihm sei, diesen Verstoß wieder gutzumachen und Bürgschaft gegen seine Wiederholung zu geben, erwiderte der Minister, ihm scheine dem Prinzip der internationalen Regelung der Marokkofrage durch den Zusammentritt der Konferenz und durch die maßvollen französischen Absichten genügend Rechnung getragen. Er fürchte, daß wir mit Bekämpfung des französischen, praktisch am leichtesten ausführbaren, daher empfehlenswerten Vorschlags ziemlich isoliert stehen würden und damit Gefahr laufen, in der öffentlichen Meinung das Odium des Scheiterns der Konferenz und die Verantwortung für die Fortdauer der auf Europa lastenden politischen und geschäftlichen Spannung auf uns zu laden. Namentlich in Rußland würde diese Anschauung leicht Platz greifen. Er würde einen solchen Ausgang deshalb besonders schmerzlich beklagen, weil er eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland verhinderte und somit auch der Verwirklichung der edlen Pläne der hohen Monarchen im Wege stehen würde. Er sei nach wie vor der Ansicht, daß vor den Erfordernissen der höheren Politik die Sorge um Erhaltung eines Prinzips in Afrika, das im Grunde weit weniger bedroht sein dürfte, als es uns scheine, in den Hintergrund treten könnte.

Er wird morgen Gelegenheit haben, seinem kaiserlichen Herrn Vortrag über die Sachlage zu halten.

Schoen

Nr. 7018

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 London, den 19. Februar 1906

Inhalt von Telegramm Nr. 66* Sir E. Grey heute mündlich mitgeteilt. Der Minister erwiderte, er könne nicht einsehen, daß französische und spanische Polizeioffiziere in einigen marokkanischen Hafenstädten unter dem Befehle des Sultans und mit der beschränkten Aufgabe, lediglich den Schutz der dort lebenden Europäer zu übernehmen, eine Gefahr für das open door und die ökonomische Gleichberechtigung aller bilden. Er könne nur wiederholen,

* Telegramm Nr. 66 vom 18. Februar orientierte den Grafen Metternich über die neuesten Verhandlungen in Algeciras bezüglich der Polizeifrage.

daß in Anbetracht der geographischen Lage, die Frankreich eine besondere Stellung in Marokko tatsächlich zuweise, der französische Vorschlag äußerst mäßig sei, besonders da die Franzosen zugegeben hätten, daß die Staatsbank international werden sollte. Eine internationale Polizei aber würde nach seiner Auffassung nichts Ersprießliches leisten können.

Ich erwiderte, wenn der französische Anspruch für Polizeioffiziere wirklich so geringfügiger Natur sei, wie er, der Minister, ihn mir geschildert habe, so würden die Franzosen nicht mit solcher Zähigkeit an ihm festhalten und das Werk der Konferenz gefährden. Wer die Polizeigewalt habe, habe Marokko, und das Prinzip der Gleichberechtigung sei dann durchbrochen.

Der Minister befürchtete, daß die Verhandlungen an dem toten Punkte angelangt seien. Er würde den Abbruch der Verhandlungen auf das tiefste bedauern. England sei durch sein Abkommen mit Frankreich in seiner Marokkopolitik gebunden. Bei der Ausgestaltung und Erstarkung der entente cordiale in der letzten Zeit würde nach seiner persönlichen Auffassung die öffentliche Meinung Englands bei einem ernsten Zerwürfnis zwischen Frankreich und Deutschland auf Seiten Frankreichs stehen und auch der englischen Politik ihren Weg weisen. Es würde bei einem ungünstigen Ausgang der Marokkoverhandlungen zu seinem größten Bedauern auch der Annäherungsprozeß zwischen England und Deutschland aufgehalten werden.

Ich bemerkte, wenn unser Preis für die englische Freundschaft darin bestehen solle, jeden französischen Prätensionen, die etwa aus der entente cordiale entsprängen, England zuliebe nachzugeben, so sei, wie ich fürchtete, dieser Preis zu hoch. Es würde dann aber mit der Zeit unausbleiblich das deutsche Volk sich an den Gedanken gewöhnen, in England seinen hauptsächlichsten Gegner zu erblicken.

Der Minister entgegnete, er habe mir bei unserer ersten Unterredung gesagt, und er wiederhole jetzt das Versprechen, daß, sobald die Marokkoschwierigkeit beseitigt sei, die entente cordiale nicht gegen Deutschland gerichtet werden würde, daß im Gegenteil er und die jetzige Regierung bestrebt sein würden, das Verhältnis zu Deutschland zu bessern. Wenn aber durch die Marokkofrage auf und besonders nach der Konferenz der deutsch-französische Gegensatz sich verschärfe, so würde es bei der Stimmung im englischen Volk, welches Deutschland für das Scheitern der Konferenz verantwortlich halten würde, für ihn, den Minister, garnicht möglich sein, mit Nutzen für ein besseres Verhältnis zwischen England und Deutschland zu wirken. Gerade weil er voraussehe, daß England in der vorliegenden Marokkofrage bei einem Bruch zwischen Deutschland und Frankreich für Frankreich wählen würde, wünsche er einen solchen Bruch zu verhüten, damit England nicht in den deutsch-französischen Gegensatz mit hineingezogen würde. Er halte es nun für keineswegs

notwendig oder wahrscheinlich, daß selbst bei dem Abbruch der Konferenz ernste Verwickelungen zwischen Deutschland und Frankreich entständen. Der Knoten werde dann aber fester zugezogen sein. Er hoffe aber, daß auch in dem Falle die Zeit ihren beruhigenden Einfluß in der Marokkofrage ausüben werde. Er müsse dann nur seinen Wunsch, für die Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen einzutreten, auf einen günstigeren Zeitpunkt verschieben. Obwohl er jetzt hier in Anbetracht der an Herrn von Radowitz erteilten Instruktionen keinen Ausweg sähe, so wolle er doch noch nicht die Hoffnung aufgeben, daß die Konferenz an Ort und Stelle zu einem Kompromiß gelange.

Ich habe hier nur das Wichtigste aus meiner sehr langen Unterredung mit dem Minister wiedergegeben und füge nur noch hinzu, daß sie auf beiden Seiten mit vollkommener Ruhe und wenn auch mit Offenheit, so doch in dem Bestreben, die Gegensätze zu mildern, geführt wurde.

Gestern abend besuchte mich der Kriegsminister, Herr Haldane, der intimste persönliche Freund Sir E. Greys. Der Kriegsminister ist durchaus deutschfreundlicher Gesinnung. Ich fand ihn über die Marokkofrage sehr genau informiert, und obwohl er den englischen Standpunkt vertritt, beklagte er tief die gegensätzlichen Auffassungen. Da die beiden Auffassungen über französische oder internationale Polizei sich schroff gegenüberständen, so hoffe er, daß die Prinzipienfrage jetzt auf der Konferenz fallen gelassen werde, daß aber dafür dort Versuche gemacht würden, praktische Garantien für die dauernde Offene Tür zu schaffen, die auch uns befriedigen könnten.

Metternich

Nr. 7019

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55 Washington, den 19. Februar 1906

Ich besprach heute früh Inhalt von Telegramm privat vom 19. d. Mts. und auch Inhalt von Telegramm Nr. 64 vom 18. d. Mts.* mit Staatssekretär. Er ist der Ansicht, daß, falls Deutschland auf Punkt 3 verharrt, die Konferenz sicher scheitert. Er sagte, er würde Lage in Algeciras mit dem Präsidenten besprechen und versuchen,

* Telegramm Nr. 64 vom 18. Februar orientierte Freiherrn von Sternburg über die neueste Phase der Polizeifrage. Das Privattelegramm von Holsteins vom 19. Februar ist nicht bei den Akten.

ein für Frankreich annehmbares Kompromiß zu schaffen. Nach Rücksprache mit dem Präsidenten übergab er mir eine Note folgenden Inhalts:

„The President has been keeping in mind the suggestion of your memorandum of January 29th * that the United States should propose, to entrust the Sultan of Morocco with the organization of the police forces within his domains and to allow him certain funds, and to establish an international control with regard to the management of these funds, and the carrying out of the whole plan'.

Our advices from Algeciras indicate that the time had been reached when such a proposal should be made, if at all, and also that to be effective it should now be somewhat more specific in regard to the nature of the international control.

If it is acceptable to Germany the President will make the proposal suggested with the following details which should perhaps be called modification but which he does not consider to interfere with the accomplishment of the end Germany had in view in securing the conference. He will propose:

1. That the organization and maintenance of police force in all the ports be entrusted to the Sultan, the men and officers to be Moors.

2. That the money to maintain the force be furnished by the proposed international bank, the stock of which should be allotted to all the powers in equal shares (except for some small preference claimed by France, which he considers immaterial).

3. That duties of instruction, discipline, pay and assisting in management and control be entrusted to French and Spanish officers and non-commissioned officers to be appointed by the Sultan on presentation of names by their legations.

That the senior French and Spanish instructing officers report annually to the Government of Morocco and to the Government of Italy, the other Mediterranean power, which shall have the right of inspection and verification and to demand further reports on behalf of and for the information of the powers. The expense of such inspection etc. etc. to be deemed a part of the cost of police maintenance.

4. That full assurances be given by France und Spain and made obligatory upon all their officers who shall be appointed by the Sultan, for the open door, both as to trade, equal treatment and opportunity in competing for public works and concessions.

The foregoing draft has been carefully framed with reference to the existing situation at Algeciras, so as to give it a form which would make concessions from the French position as easy as possible,

---

* Vgl. Nr. 6968, 6971.

and the President thinks that it conserves the principle of the open door without unduly recognising the claimes which rest upon proximity and preponderance of trade interests. He thinks it is fair and earnestly hopes that it may receive the Emperors approval."

Sternburg

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ich halte bei der besonderen Wichtigkeit der amerikanischen Stellungnahme wie im Hinblick auf die guten Absichten von Roosevelt eine **schleunige** Antwort, die natürlich sehr freundlich zu halten ist, für geboten. B. 20/2.

Nr. 7020

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 70 Berlin, den 21. Februar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 55*.

Euere Exzellenz bitte ich, dem Präsidenten Roosevelt für die von ihm in Aussicht genommene Vermittelung in der Marokkofrage den wärmsten Dank der Kaiserlichen Regierung auszusprechen. Insbesondere haben wir es voll und dankbar gewürdigt, daß der Präsident seine Vermittelung nur im Einverständnisse mit uns eintreten lassen will.

Zu den Einzelheiten des Rooseveltschen Vermittelungsvorschlags bitte ich nachstehendes auszuführen:

Mit den unter 1, 2 und 4 aufgeführten Punkten können wir uns durchaus einverstanden erklären. Namentlich erscheint es auch uns als ein gesunder Gedanke, daß das Geld für den Unterhalt der Polizeitruppe von der neu zu bildenden marokkanischen Staatsbank hergegeben werden soll, und daß sich an dieser Bank alle Mächte in gleicher Weise beteiligen können, wobei eine unwesentliche Bevorzugung Frankreichs diskutabel wäre.

Nach Punkt 3 sollen zu Instrukteuren lediglich französische und spanische Offiziere und Unteroffiziere genommen werden. Dieser Vorschlag stimmt im wesentlichen mit dem letzten französischen Vorschlag überein. Wenngleich wir diesen bereits als nicht annehmbar haben bezeichnen müssen, so haben wir ihn doch im Rahmen des gesamten amerikanischen Vermittelungsvorschlags einer nochmaligen eingehenden Prüfung unterzogen. Dabei haben wir indes nicht

---

* Siehe Nr. 7019.

die Überzeugung gewinnen können, daß eine solche Regelung mit dem von der Konferenz angenommenen Grundsatze der Gleichberechtigung aller Nationen im Einklange stehen würde. Nach dem Vorschlage sollen die französischen und spanischen Offiziere nicht vom Sultan frei gewählt, sondern diesem von ihren Gesandtschaften benannt werden. Sie sollen die Instruktion, die Disziplin und die Bezahlung der marokkanischen Polizeitruppe sowie die Beihilfe zu deren Leitung und Kontrolle übernehmen und würden infolgedessen diese Truppen vollständig in der Hand haben. Hieran würde auch durch die vorgeschlagenen Aufsichtsmaßregeln bei ihrer vorwiegend informatorischen Natur nichts geändert werden. Die Polizeiorganisation würde daher nach wie vor auf ein französisch-spanisches Doppelmandat und somit bei dem Verhältnisse Frankreichs zu Spanien auf eine französische Monopolstellung hinauslaufen, welche die politische und damit auch die wirtschaftliche Stellung der anderen Nationen schwer beeinträchtigen würde.

Wir glauben hiernach daran festhalten zu sollen, daß der Sultan nicht auf französische und spanische Instrukteure beschränkt werden kann, sondern daß ihm grundsätzlich die freie Wahl unter den verschiedenen Nationalitäten zustehen muß. Dabei könnten indes gewisse, aus praktischen Gründen empfehlenswerte Modifikationen vereinbart werden. So wäre es beispielsweise möglich, den Sultan auf Offiziere der Mächte zu beschränken, die sich an der neuen Staatsbank beteiligen und dadurch ihr Interesse an dem Lande betätigen. Auch könnte, sofern Frankreich etwa befürchten sollte, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Sultan vorzugsweise deutsche Offiziere heranziehen werde, ausgemacht werden, daß er mindestens vier verschiedene Nationalitäten in annähernd gleicher Weise berücksichtigen müsse. Äußersten Falles könnte noch in Frage kommen, der besonderen Stellung Frankreichs in Marokko in der Art Rechnung zu tragen, daß der Sultan in Tanger und vielleicht noch in einem andern Hafen die Polizei durch französische Offiziere allein organisieren ließe, während in jedem der übrigen Häfen Offiziere verschiedener Nationalität zusammenwirkten. Die Einheitlichkeit der gesamten Polizeitruppe würde sich sehr wohl durch Bestimmungen über gleichmäßige Organisation und Bewaffnung sicherstellen lassen.

Sofern der amerikanische Vermittelungsvorschlag im Sinne der vorstehenden Ausführungen weiter ausgebildet werden könnte, würden wir zu Verhandlungen auf dieser Grundlage gern bereit sein. Wir wären daher dem Präsidenten Roosevelt zu Danke verpflichtet, wenn er es angängig finden sollte, hiernach seine Vermittelung eintreten zu lassen.

Bülow

Nr. 7021

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 London, den 20. Februar 1906

Im Anschluß an Telegramm Nr. 62*.

Bei Besprechung der Gleichberechtigung des Handels für alle in Marokko erwähnte Sir E. Grey, er habe Grund anzunehmen, daß, falls Deutschland die im englisch-französischen Abkommen vorgesehenen 30 Jahre nicht genügend erschienen, Frankreich weitergehende Garantien bieten würde.

Wir besprachen auch eingehend die deutsch-englischen Beziehungen. Anknüpfend an die Bemerkung des Ministers, daß die entente cordiale in der letzten Zeit sich verdichtet habe — Besuch des County Council in Paris** usw. —, und daß er deshalb, auch abgesehen von der vertragsmäßigen Verpflichtung aus dem Abkommen, mit der populären Strömung zu rechnen habe, bemerkte ich, es sei nicht zu verwundern, daß die englischen Beziehungen zu Frankreich gute wären, da in England seit zwei Jahren die größten Anstrengungen gemacht worden seien, um sie herbeizuführen. Ebensowenig sei zu verwundern, daß die englischen Beziehungen zu Deutschland schlechte seien, da seit Jahren durch die englische Presse, in Revuen oder in politischen Reden das englische Volk gegen Deutschland aufgestachelt worden sei, während niemand in England dieser Vergiftung der öffentlichen Meinung entgegengearbeitet habe. Wenn er mir entgegenhalte, daß auch in Deutschland Mitglieder des Flottenvereins, Admirale a. D., Schriftsteller und andere die Feindschaft gegen England schürten, so sei dem entgegenzuhalten, daß ein Volk von 60 Millionen für die unverantwortlichen Äußerungen einzelner weder verantwortlich gemacht werden dürfe noch seine Stimmung widerspiegele. Auf die isolierten freundschaftlichen Kundgebungen einiger Friedensfreunde unter Lord Avebury*** hätten in allen Teilen des Deutschen Reiches Versammlungen stattgefunden, besucht aus allen Klassen der Bevölkerung, um England die Hand der Versöhnung entgegenzureichen. Hierauf sei bisher in England nichts erfolgt.

Der Minister entgegnete, niemand bedauere mehr wie er die Haltung eines Teils der englischen Presse gegen Deutschland. Er

---

* Siehe Nr. 7018.

** Am 8. Februar wurden Mitglieder des Londoner Grafschaftsrats in Paris vom Präsidenten Loubet empfangen, wobei gegenseitige Sympathiekundgebungen stattfanden.

*** Vgl. Bd. XX, Kap. CL, Nr. 6882.

sei aber überzeugt, daß nach Beilegung des Marokkostreits auch hierin ein Umschwung eintreten werde. Die englische Regierung wünsche freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland. Er glaube auch, daß, wenn er öffentlich für sie eintrete, dies eine beruhigende und aussöhnende Wirkung auf die hiesige öffentliche Meinung haben werde, und daß dann auch aus dem englischen Volk eine Antwort auf die deutschen Kundgebungen der letzten Zeit erfolgen werde. Solange aber hier infolge der Marokkoaffäre das Gefühl herrsche, daß wir die Franzosen wegen der entente cordiale und wegen ihres Abkommens mit England bedrängten, würde eine Einwirkung seinerseits auf die öffentliche Meinung im Sinne einer Annäherung an Deutschland eine gänzlich aussichtslose Unternehmung sein. Er müsse hierfür den günstigen Zeitpunkt abwarten, der nach glücklichem Abschluß der Konferenz bald oder anderenfalls hoffentlich später eintreten werde, nachdem die Zeit ihre heilende Wirkung ausgeübt habe.

Ich erwiderte, daß nach meinen Wahrnehmungen die an dem Marokkohandel beteiligten englischen Kreise auf unserer Seite ständen, da sie wüßten, daß der französische Einfluß die Handelstür zuschließen würde. Der breiten Masse des englischen Volkes sei es aber wohl ziemlich gleichgültig, wie die Polizeifrage geregelt werde, ob im deutschen oder französischen Sinne, wenn sie überhaupt nur geregelt werde. Man wolle endlich Ruhe vor Marokko haben. Eine besonders bittere Stimmung in England wegen unserer Haltung auf der Konferenz sei bis jetzt, abgesehen von einigen grundsätzlich antideutschen Zeitungen, nicht zu erkennen.

Dies ist richtig, aber ebenso auch, was der Minister sagte. Beides zusammen gibt ein ziemlich vollständiges Bild der hiesigen Stimmung. Das akute Übelwollen gegen uns, wie es noch vor sechs Monaten herrschte, ist verschwunden, kann aber bei Zunahme des Marokkostreites auch plötzlich wieder eintreten. Ebenso wie der hiesige Markt sich abwartend verhält, bis die Marokkolage sich klärt, so bleibt auch die hiesige Stimmung zurückhaltend gegen uns und in der Reserve, bis Marokko erledigt ist und die deutsch-französische Spannung nachläßt. Bei Zunahme derselben wird die öffentliche Meinung aber wieder heftig gegen uns auftreten, da sie nicht begreifen will, que le jeu vaut la chandelle, und da sie uns deshalb als Querulanten betrachtet.

Der Minister stellte unter anderem die Frage, weshalb allein Deutschland die Handelsfreiheit in Marokko für gefährdet erachte, während alle anderen auf der Konferenz vertretenen Länder den französischen Polizeivorschlag ohne den Widerstand Deutschlands ohne weiteres annehmen würden und ihn als ihre Handelsinteressen nicht gefährdend betrachteten. Unsere Haltung scheine daher nicht nur

auf der Wahrung der Handelsfreiheit, sondern hauptsächlich auch auf rein politischen Motiven zu beruhen.

Ich erwiderte, Frankreich habe mit einigen Staaten Abkommen über Marokko getroffen, die dafür anderweitig abgefunden worden seien. Nach meinen Informationen seien aber die meisten Staaten im Grunde recht erfreut darüber, daß wir zur Wahrung der Gleichberechtigung aller in die Bresche gesprungen seien. Der Fehler der französischen Politik räche sich nun, die geglaubt habe, ohne uns über Marokko bestimmen und Deutschland als quantité négligeable behandeln zu können.

Der Minister entgegnete, bei der gegenwärtigen Weltlage werde es wohl niemand in den Sinn kommen, Deutschland als quantité négligeable behandeln zu wollen.

Bei der ersten gestrigen Parlamentssitzung ist im Ober- und Unterhaus von allen Rednern, die Marokko berührten, die englische Unterstützung Frankreichs in Algeciras befürwortet worden.

Metternich

Nr. 7022

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 London, den 20. Februar 1906
Streng vertraulich

Herr Edgar Speyer sagte mir, er habe auf einem Diner eine Unterredung mit dem Kriegs- und dem Marineminister gehabt, wobei die Marokkofrage berührt wurde. Mr. Haldane hätte betont, daß die englische Regierung unbedingt auf dem französischen Standpunkte stehe und die Ansprüche Frankreichs maßvoll findet[1]. Deutschland sollte doch endlich mit seinen Forderungen hervortreten, denn daß solche im Hintergrund wären, erscheine ihm — Mr. Haldane — als wahrscheinlich. Wenn Deutschland dieselben offen ausspräche, so werde man gewiß leicht zu einer Verständigung gelangen.

Lord Tweedmouth* hätte hier eingeworfen, Deutschland wolle sich gewiß an der atlantischen Küste Marokkos festsetzen und dort in den Besitz einer Kohlenstation oder eines Hafens gelangen.

Die englische Regierung würde sich dem gegebenenfalls wohl nicht widersetzen. Er — Lord Tweedmouth — habe diese Frage kürzlich mit Admiral Sir John Fisher besprochen. Letzterer hätte gemeint, er habe keine Bedenken gegen die Erwerbung eines Hafens

* Erster Lord der Admiralität.

an der atlantischen Küste Marokkos durch Deutschland. Der Admiral hätte hinzugefügt: „If we really ever had a war with Germany, we would have something to bombard.“ [2] Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr Britisch!
[2] echt Fischer!

Nr. 7023

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 London, den 20. Februar 1906

Ich habe heute die Rothschilds gesprochen. Der Lord sagte, er wisse bestimmt aus Paris, daß die Franzosen unter keinen Umständen eine internationale Polizei für Marokko annehmen würden. In der Bankfrage würden sie nachgiebiger sein. Wenn die Bank international sei, so sei keine Gefahr mehr für Bedrohung der Handelsfreiheit durch französischen Einfluß. Herrn Rouviers Stellung in der Kammer sei erschüttert. Wenn er die internationale Polizei zugebe, so werde er in 48 Stunden fallen und vielleicht dann Delcassé wieder herankommen [1].

Ich ließ mich durch diesen Schreckschuß nicht beeindrucken, sondern erwiderte, nachdem ich ihm die ganze Lage auseinandergesetzt hatte, daß wir daran festhalten müßten, daß die Polizei nicht französisch würde. Es wäre ...* möglich, daß Delcassé wieder herankäme; dann würde die Lage voraussichtlich auch wieder akut werden, während jetzt noch Aussicht auf einen Ausgleich vorhanden sei. Baron Alfred Rothschild war weniger schroff und bot mir seine Dienste als offiziöser Vermittler an. Ich konnte aus den Äußerungen beider Herren entnehmen, daß keiner von ihnen über die Haltung Sir E. Greys genau informiert ist, und da ich nicht in Zweifel bin, daß es eher einen nachteiligen Einfluß haben würde, wenn ich versuchte, durch die Rothschilds auf die hiesige Regierung einzuwirken, so sagte ich ihm, es würde nützlich sein, wenn er seinen und seines Hauses Einfluß in Paris für Nachgiebigkeit in der Polizeifrage geltend mache [2]. Beide Herren sind erfreut über den Besuch des Barons de Courcel in Berlin ** und haben in dem Sinne ihrem dortigen Vertreter telegraphiert.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Schadet nichts! um so klarer wird die Lage Es ist besser Delcassé macht seine Politik selbst, als daß sie von Rouvier gemacht wird! Ich bleibe fest auf meinem Standpunkt!
[2] das einzig mögliche.

* Zifferngruppe unverständlich.
** Vgl. Nr. 7034, Fußnote.

Nr. 7024

Der Geschäftsträger in Madrid Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 50 Madrid, den 20. Februar 1906

Ganz geheim

Der Unterstaatssekretär* sprach es mir heute als seine rein persönliche Ansicht aus, daß eine völlige Internationalisierung der Polizei in Marokko den spanischen Interessen nicht entsprechen würde, da Spanien es nicht erwünscht sein könne, in einem Gebiet, in dem es in so hervorragendem Maße interessiert sei, plötzlich noch beliebige andere, bis dahin dort völlig unbeteiligte Mächte Fuß fassen zu sehen [1]. Ich erwiderte Herrn Ojeda, meiner ganz objektiven Meinung zufolge habe Spanien das allergrößte Interesse daran, in Marokko nicht allein mit Frankreich zu sein, da über das Endergebnis eines solchen tête-à-tête wohl kaum ein Zweifel bestehen könne. Ich bäte ihn aber zu erwägen, welche Macht in Europa wohl außer Deutschland gegebenenfalls imstande und gewillt sein würde, Spanien vor einer Vergewaltigung durch Frankreich zu schützen.

Der Unterstaatssekretär sagte mir darauf, daß er meiner Auffassung vollkommen zustimme, und daß er gern diesen Anlaß benutze, um mir ganz offen seine Ansicht über die politische Lage Spaniens auseinanderzusetzen.

„Spanien", so sagte mir Herr Ojeda, „befindet sich in einer äußerst schwierigen Situation. Dem französischen Terrorismus ausgesetzt, ist es ein willenloses Werkzeug in der Hand Frankreichs [2]. Die Karlistenkriege, die republikanischen Bestrebungen, die katalanische Bewegung sind stets von Frankreich dazu ausgenutzt worden, um uns durch Drohungen seinem Willen gefügig zu machen. In Marokko erfahren wir die peinlichsten Demütigungen von seiten Frankreichs. Ich sehe daher mit der größten Besorgnis dem Zusammensein mit Frankreich entgegen und bedauere auf das lebhafteste die Bande, die uns an dasselbe knüpfen [3]."

Was nun die Frage der Anlehnung an Deutschland betreffe, fuhr der Unterstaatssekretär fort, so habe er immer wieder die Beobachtung machen müssen, daß zwischen Berlin und Madrid von Zeit zu Zeit Mißverständnisse entständen, die er sich lange nicht habe erklären können. Er sei auf Grund reiflicher Überlegung und seiner genauen Kenntnis der politischen Entwickelung zu folgendem Ergebnis gelangt. Die wiederholten Sondierungen, ob Spanien auf eine Unterstützung Deutschlands im Falle eines Zusammenstoßes mit Frankreich rechnen

---

* de Ojeda.

könne[4], hätten von deutscher Seite immer nur vage Zusicherungen zur Folge gehabt, sich aber niemals zu einer bindenden Zusage[5] verdichtet, wie sie in früherer Zeit in Form des anfangs der neunziger Jahre nicht mehr erneuerten Mittelmeerabkommens mit Deutschland, England und Italien* bestanden habe. Auch anläßlich des Besuches Seiner Majestät des Königs in Berlin habe Seine Majestät der Kaiser die Frage eines engeren Anschlusses Spaniens an Deutschland angeregt[6]. Der König aber und ebenso die Königin, die mit ihm im strengsten Vertrauen über diese Unterredung gesprochen hätten, hätten ihm ihre Enttäuschung darüber nicht verhehlt, daß Seine Majestät der Kaiser augenscheinlich nicht in der Lage gewesen sei, bezüglich des Spanien von deutscher Seite zu gewährenden Beistandes bestimmte Aussichten zu eröffnen[7]. Die Haltung Seiner Majestät des Kaisers stimme in diesem Falle durchaus mit dem Rat überein, den er seinerzeit in Vigo dem Könige, soviel er wisse, erteilt habe, sich mit Frankreich gütlich auseinanderzusetzen, da Spanien sonst allein stehen werde und von niemandem in Europa Hülfe zu erwarten habe[8]. Die Folge sei damals gewesen, daß Spanien auf die ihm von Frankreich und England unter dem Motto: „C'est à prendre ou à laisser" gemachten Anerbietungen habe eingehen müssen[9]. Er verurteile trotzdem die von der vorigen Regierung getroffenen Abmachungen[10] auf das entschiedenste, da sie zur Folge hätten, daß Spanien jetzt mit gebundenen Armen sich auf der Konferenz befinde. Ihm sei es indessen vollkommen klar, und er habe dies auch dem Könige auseinandergesetzt, daß Deutschland eine andere Haltung nicht einnehmen könne. Solange die deutsche Flotte nicht stark genug sei, um mit einiger Aussicht auf Erfolg der englischen Flotte entgegentreten zu können, könne ein engeres Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Spanien nicht in Frage kommen[11]. Spanien werde für Deutschland erst dann bündnisfähig werden, wenn letzteres Aussicht haben werde, die als Äquivalent für den gegen Frankreich zu gewährenden Schutz ihm als Stützpunkte für seine Flotte zur Verfügung zu stellenden spanischen Häfen mit Erfolg zu verwerten[12]. Das sei offenbar der Gedanke, der Seiner Majestät dem Kaiser vorschwebe, und so denke er sich die Gestaltung der deutsch-spanischen Beziehungen in der Zukunft. Er bedauere lebhaft, Seiner Majestät dem Kaiser seine Ansichten nicht persönlich unterbreiten zu können, da er sicher sei, bei allerhöchstdemselben volles Verständnis zu finden; er bitte mich aber, diese zur Kenntnis Seiner Majestät zu bringen.

In Ergänzung und zur Erläuterung der vorstehenden Ausführungen des Unterstaatssekretärs darf ich erwähnen, daß derselbe mir vom Beginn meiner geschäftlichen Beziehungen zu ihm an wiederholt seinen Besorgnissen über die aus den französisch-spanischen Ab-

---

* Vgl. dazu Bd. VII, Kap. XLV, Nr. 1394, Fußnote **.

machungen [13] für Spanien sich ergebenden Gefahren Ausdruck gegeben hat. Was die Haltung Spaniens auf der Konferenz betrifft, so lautet seine Auffassung stets unter dem Ausdrucke des Bedauerns: „Nous sommes entre l'enclume et le marteau", und mit Bitterkeit spricht er mir von den Vorwürfen, mit denen ihn Herr Cambon über die laue Haltung Spaniens überschüttet. Durch den Ausspruch: „Nous ne pouvons pas aller contre la France" kennzeichnet Herr Ojeda meines Erachtens ganz zutreffend die Haltung der spanischen Regierung, indem er gleichzeitig auf die mit Frankreich getroffenen Abmachungen hindeutet, die Spanien in seiner Aktionsfreiheit hemmen. Wenn ich alles zusammenfasse, was der Unterstaatssekretär mir im Laufe unserer häufigen Unterredungen gesagt hat, wenn ich mich der Äußerungen des Ministerpräsidenten erinnere, wenn ich mir die mir vorgelesenen Berichte des Herzogs von Almodóvar vergegenwärtige, so gewinne ich den Eindruck, daß, wenn es auf der Konferenz zu einer entscheidenden Abstimmung kommt, Spanien jeder Lösung zustimmen wird, gegen die nicht Frankreich auf Grund des spanisch-französischen Abkommens Einspruch erheben kann [14]. Welcher Art diese Abmachungen sind, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis. Es liegt aber nahe zu vermuten, daß sie die Aktionsfreiheit Spaniens auch in der Polizeifrage in bestimmter Weise beschränken.

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Aha! da kommt es heraus! die haben mit Gallien zusammen sich in Marocco schon getheilt

[2] richtig! Gut daß es mal gesagt wird

[3] aha! also Bündnißverpflichtungen

[4] bei mir ist so eine Sondierung noch niemals erfolgt!

[5] wie soll sie auch?

[6] ja

[7] unerhörte Frechheit! ich habe dem König, das Abkommen mit seinem Vater wieder aufleben zu lassen, vorgeschlagen und eine Verabredung, behufs gemeinsamen Handelns unsrer Armeen! worauf der König sagte, er wisse davon gar nichts, werde sich aber nach seiner Rückkehr erkundigen.

[8] ach so! Nun sind wir diejenigen die ihm das gerathen haben!

[9] also unsere Schuld!

[10] die der König uns verheimlicht

[11] dann müßen wir darauf verzichten! denn das wird niemals der Fall sein.

[12] bis dahin werden die Engländer diese Stützpunkte haben

[13] warum hat der König sich geweigert sie uns mitzutheilen

[14] das wird es wohl fast immer können

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr richtig! Endlich kann man doch klar sehen! Da Spanien dergestalt an Frankreich und England bereits gefesselt ist, so ist ein Besuch meinerseits nicht angängig, da er als Einbruch in ihre berechtigte Sphäre von den beiden bekämpft werden würde. Wir sollen also Spanien schützen gegen die Engl[ische] Flotte und Frankreich, sobald wir stark genug sind, ab[er] die Spanier wollen selbst gar nichts dazu thun! und haben sich beiden gegenüber festgelegt! Feine Situation! Und dabei wollen die Kerls nicht mal gestehen was sie mit dem „Teufel" für einen Pakt eingegangen sind!

Nr. 7025

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 St. Petersburg, den 20. Februar 1906

Im Anschluß an Telegramm Nr. 67*.

Graf Witte** sprach mich bei gelegentlicher Begegnung auf Marokkofrage an und brachte dieselben Argumente vor wie Graf Lamsdorff, nur betonte er offener und nachdrücklicher die überaus schwierige Lage Rußlands bei Fortdauer der Spannung und daraus resultierender Zurückhaltung der Bankwelt[1]. Angesichts der hohen Pläne und versöhnlichen Absichten, von denen Seine Majestät der Kaiser und König ihm in Rominten zu sprechen die Gnade gehabt***, überrasche es ihn, daß wir bei Marokkofrage den in Opferung Delcassés und Annahme der Konferenz liegenden französischen Konzessionen so wenig[2] Rechnung tragen und die ebenfalls entgegenkommenden Vorschläge Frankreichs in Polizeifrage als ungenügend erachten. Unsere Politik erwecke den Anschein, eine Demütigung Frankreichs zu beabsichtigen[3].

Ich erwiderte, der Fall Delcassés sei eine interne französische Angelegenheit, welche ebenso wie die angeblichen Konzessionen Frankreichs für unsere Stellung zur Marokkofrage so lange belanglos bleibe, als Frankreich in Marokko bei einer die Gleichberechtigung[4] verletzenden Politik verharrt. Daß wir in Marokko keinerlei Sondervorteile erstreben und keinerlei Hintergedanken hegen, liegt jetzt offen zutage. Wir treten lediglich für das von andern verletzte internationale Recht ein. Die Politik Seiner Majestät des Kaisers und Königs sei wie seither auf Frieden, Eintracht und Vertrauen gerichtet. Daraus folge für uns nicht Veranlassung zur Preisgabe wohlbegründeter Rechte und Interessen, die von anderen bedroht. Das Scheitern der Konferenz mit seinen unerwünschten Folgen werde unschwer vermieden, wenn Frankreich sich zu Vorschlägen bequemen wolle, die dem internationalen Recht genügend Rechnung tragen[5].

Schoen

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Dann soll er doch die französische Regierung zu einer etwas weniger intransigenten und etwas mehr ihren früheren Zusagen entsprechenden Haltung bewegen!

[2] ?

---

* Siehe Nr. 7017.

** Vgl. auch Graf Witte, Erinnerungen, ins Deutsche übertragen von H. v. Hoerner, S. 453 f., wo sowohl das Telegramm Schoens wie die Antwort Fürst Bülows vom 21. Februar abgedruckt ist.

*** Vgl. Bd. XIX, Kap. CXXXVIII.

[3] ??
[4] gänzlich
[5] id est nicht so völlig widersprechen wie seine derzeitigen Propositionen

Nr. 7026

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 46 Berlin, den 21. Februar 1906

Antwort auf Telegramme Nr. 67* und 69**.

Graf Witte hat bei seiner Besprechung mit Euerer Exzellenz die Behauptung aufgestellt, daß wir bei der Marokkofrage den in der „Opferung" Delcassés und der Annahme der Konferenz liegenden französischen Konzessionen zu wenig Rechnung trügen.

Die „Opferung" Delcassés war, wie Euere Exzellenz mit Recht hervorgehoben haben, lediglich ein Akt innerer französischer Politik, und sie ist auch damals von Herrn Rouvier ausdrücklich als solcher bezeichnet worden. Wenn Frankreich heute nachträglich behauptet, daß Delcassé aus Rücksicht für Deutschland geopfert worden sei, und daß Deutschland dies als vollständige Gegenleistung für den Erwerb von Marokko zu betrachten habe, so entspricht diese Auffassung den bekannten Vorgängen von 1870, wo Frankreich jeden Kriegsgrund und jede eigene Schuld mit der Beseitigung Napoleons für gehoben hielt. Die Annahme der Konferenz durch Frankreich bedeutete nur ein Einlenken auf das internationale Prinzip, wie es sich aus Artikel 17 der Madrider Konvention ergibt.

Die Annahme der Konferenz berechtigte zu der Hoffnung, daß Frankreich sich mehr auf den internationalen Standpunkt stellen werde. Seine letzten Vorschläge in der Polizei- wie in der Bankfrage zeigen aber, daß es im Gegenteil exzessive Prätentionen erhebt, und man kann in diesen Vorschlägen, wonach Frankreich eine exklusive Stellung in Marokko in Anspruch nimmt, kein Entgegenkommen erblicken. Unerfindlich ist es, wie Frankreich eine Demütigung daraus ableiten will, daß es einer internationalen Gestaltung der Polizei seine Zustimmung erteilt. Dagegen würde die von ihm erstrebte Monopolstellung in dieser Frage eine Niederlage Deutschlands bedeuten.

Wenn Graf Witte auf die russischen Interessen hinweist, die durch eine Verlängerung der Spannung in der Marokkofrage leiden würden, so dürfte es sich dringend empfehlen, daß er die französische Regierung zu einer etwas weniger intransigenten und einer etwas mehr ihren früheren Zusagen entsprechenden Haltung zu bewegen sucht.

Euere Exzellenz ersuche ich, vorstehende Gesichtspunkte dem Grafen Lamsdorff und dem Grafen Witte gegenüber zu verwerten.

Bülow

* Siehe Nr. 7017.
** Siehe Nr. 7025.

Nr. 7027

*Der Botschafter z. D. Fürst zu Eulenburg, z. Z. in Halle, an Kaiser Wilhelm II.**

Eigenhändiger Privatbrief

Halle, den 22. Februar 1906

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß mir soeben ein von Graf Witte aus Petersburg zugeschickter Kurier den beiliegenden Brief** überbrachte. Er soll auch meine Antwort zurückbringen.

Ich bin — auf dem Rückweg nach Liebenberg — zu einem kurzen Besuch bei Büdi*** und Marie. Der Kurier reiste mir entgegen.

Ew. Majestät darf ich alleruntertänigst daran erinnern, daß Witte mich bat, in ganz besonders wichtigen Fragen eine direkte Verbindung mit Ew. Majestät herzustellen †. Ich erfülle diese Bitte und unterbreite Ew. Majestät Kenntnis das Schreiben, aus welchem die Verlegenheit hervorgeht, in der sich Rußland angesichts einer drohenden Kriegsgefahr (Deutschland-Frankreich) befindet.

Ich stehe nach wie vor mit Ew. Majestät und Witte auf dem Standpunkt, daß eine Verbindung mit Frankreich und Rußland ein logisches Ziel ist, das allerdings momentan einigermaßen vergiftet ist. Die russischen Interessen sind vital durch diese Vergiftung berührt, und es spricht eine Verlegenheit aus Wittes Zeilen, — die man vielleicht in der Lage wäre sich nutzbar zu machen. Was könnte Rußland Ew. Majestät für die Gefälligkeit von der Größe, wie sie Wittes Wunsch darstellt, bieten? Pour les beaux yeux de M. Witte werden Ew. Majestät nichts tun. Aber es gibt manches, was Ew. Majestät sehr nützlich sein könnte.

Unleugbar sind die von dem klugen Mann angeführten Argumente richtig — so richtig wie seine Exekutionen, die im Begriff sind, die Ordnung wieder herzustellen.

Ew. Majestät werden wohl mit Bernhard beraten und haben die Gnade, mir eine Instruktion über meine Antwort zugehen zu lassen. Ich werde mich übermorgen (Sonnabend) mittag in Berlin bei Cuno †† einfinden, und vielleicht haben Ew. Majestät die Gnade, mir morgen (Freitag) abend nach Liebenberg telegraphieren zu lassen, falls Ew. Majestät mich in der Sache Sonnabend mittag oder nachmittag sehen wollen.

Philipp Eulenburg

---

* Hier nebst den folgenden Stücken des Zusammenhangs wegen angeschlossen.
** Siehe Anlage. Vgl. auch Graf Witte, Erinnerungen, S. 452 ff.
*** Ältester Sohn des Fürsten Philipp zu Eulenburg, Graf Friedrich Wend zu Eulenburg, vermählt mit Marie Freiin Mayr von Melnhof.
† Vgl. Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6250.
†† Generalleutnant Graf Kuno von Moltke, Kommandant von Berlin.

Anlage

*Der russische Ministerpräsident Graf Witte an den Botschafter z. D. Fürsten zu Eulenburg**

Eigenhändiger Privatbrief

St. Pétersbourg, 20 février 1906

Votre Altesse sera-t-elle assez bonne pour nous accorder son concours dans une affaire aussi grave qu'urgente? A la fin du mois d'avril aura lieu l'ouverture de la Douma et du Conseil (réorganisé) de l'Empire, c'est à dire de notre Chambre basse et de notre Chambre haute. Nous commençons une vie nouvelle, inévitable mais encore mal définie. D'autre part, il nous faut, en dehors des ressources budgétaires, un capital considérable pour la liquidation des dépenses de la guerre. Votre Altesse comprendra que si le gouvernement, dès l'ouverture des Chambres, leur demandait immédiatement des fonds, il se mettrait ainsi dans une situation éminemment incommode, étant donné qu'il se trouvera d'abord en face d'une foule peu disciplinée et sans éducation politique. Dans ces conditions il nous importe à un haut degré de conclure l'emprunt de liquidation à très bref délai, soit dans le cours des six semaines qui vont s'écouler. C'est là une question capitale. Nous avons tout lieu d'admettre qu'un emprunt, tant en France que sur le marché international, a pour condition sine qua non la solution préalable des difficultés soumises à l'examen de la Conférence d'Algésiras. Tel est l'avis formel des banquiers français avec lesquels je suis en correspondance. Tel est aussi l'avis de M. Rouvier. Je sais que les Israélites sont et ne cesseront d'être hostiles à un emprunt russe. Mais il n'est pas dans nos intentions de recourir à l'entremise des banquiers israélites. Nous négocions avec des maisons chrétiennes. Comme le font très justement observer les Français, l'hostilité des Israélites ne saurait empêcher l'emprunt d'être souscrit par le public; tout ce qu'elle pourra faire sera de rendre les conditions de l'emprunt plus onéreuses pour la Russie.

---

* Nach Tardieu, La Conférence d'Algésiras (1907), p. 246, wäre der Brief Wittes auf französische Veranlassung geschrieben worden. Tardieu zeigt sich über die Witteschen Schritte so genau orientiert, daß er seine Unterlagen von dem russischen Ministerpräsidenten selbst oder doch aus dessen Umgebung erhalten haben muß. Diesen Schluß zog auch laut einem Bericht des Botschafters von Schoen vom 5. März 1907 der russische Minister des Äußern Iswolsky, der sich durch die Indiskretionen Witte-Tardieus auf das peinlichste berührt zeigte und eine Untersuchung deshalb anordnen wollte. Auch die französischen Staatsmänner verurteilten die Tardieuschen Enthüllungen durchaus. Der Botschafter Jules Cambon in Madrid nannte sie im Gespräch mit Radowitz eine „vraie calamité" und fügte hinzu: „Das Auswärtige Ministerium in Paris sei davon peinlich berührt und gegen Tardieu aufgebracht. Dieser sei ein eiteler und gefährlicher Mensch, der nur Effekt suche und sich nichts sagen lasse." Telegramm Radowitz' vom 8. März 1907.

En effet, si les maisons israélites ne participent pas officiellement à l'émission de l'emprunt, les Juifs envisagés individuellement ne manqueront pas de souscrire des titres, pourvu que l'opération leur promette un gros bénéfice. Pour le Juif, la soif de gain prime toute autre considération, tout autre sentiment. Ce qui précède montre combien il est important pour nous que la Conférence d'Algésiras ait une issue favorable et que les questions principales soient résolues le plus tôt possible, l'opinion publique demandant à être tranquillisée avant qu'il soit possible de lancer un emprunt. Sans doute, les gens sérieux comprennent tous parfaitement qu'il ne saurait y avoir de guerre à propos du Maroc, mais le public, celui de la Bourse surtout, a sa psychologie à lui. Il se dit: il y a de l'électricité dans l'air; attendons ce qui en résultera. Dans cette situation, toute grande opération de crédit est impossible. S'il est infiniment désirable pour la Russie, au point de vue spécial de ses intérêts pécuniaires, que la Conférence d'Algésiras entre en bref délai dans une voie qui fasse espérer une issue favorable, il me semble que cet état de choses est réclamé plus impérieusement encore par la politique générale que l'Allemagne et la Russie se sont imposée.

Votre Altesse sait combien je suis pénétré de la conviction que l'avenir de l'Europe repose sur l'établissement d'une alliance continentale. Si nous continuons à nous tracasser mutuellement nous ne faisons ainsi que diminuer les forces morales et matérielles de l'Europe. Et nos éléments de faiblesse seront toujours mis à profit pour les puissances maritimes. Elles grandiront à nos dépens. Si ces considérations sont exactes, si nous devons nous serrer les uns contre les autres et trendre à unir nos forces, je me permets de croire que pour atteindre ce résultat, il est avant tout nécessaire d'établir de bonnes relations entre l'Allemagne et la France. Il me semble que cette histoire du Maroc n'a pas une importance essentielle pour l'Allemagne et qu'elle offre précisément une occasion de témoigner du désir qu'a l'Allemagne de se mettre sur un pied de bonne entente avec la France. Il me semble encore que ce serait là pour le gouvernement allemand une occasion de faire preuve de générosité politique. Enfin, je suis convaincu que les anarchistes et, en général, les révolutionnaires ont choisi la Russie pour y expérimenter les ressources de leur tactique et de leur stratégie et que, s'ils ne subissent pas ici un fiasco absolu, le flot de la révolution se répandra au delà de nos frontières. Rappelez-vous la marche de la révolution française. Aussi est-il à souhaiter, dans l'intérêt des pays à traditions monarchiques, que le calme se rétablisse le plus tôt possible en Russie. Or le rétablissement définitif du calme suppose la liquidation préalable de la guerre que nous venons de subir, et cette liquidation exige la conclusion d'un emprunt qui doit être émis avant la réunion des Chambres, c'est à dire dans quelques semaines au plus tard.

J'ai exposé franchement à Votre Altesse l'état des choses et ce que j'en pense, dans l'espoir qu'elle ne me refuserait pas son concours. En secondant mes vues, Votre Altesse se créera des droits à ma profonde gratitude.

Le porteur de cette lettre restera à Berlin aussi longtemps qu'il conviendra pour attendre Votre réponse, qui, aussitôt reçue, me sera immédiatement apportée par lui.

Comte Witte

Nr. 7028

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Konzept

Berlin, den 23. Februar 1906

Je lebhafter der Wunsch der Russen ist, vor Zusammentritt der Duma eine Anleihe aufzunehmen, die ihrerseits wieder eine Verständigung in Algeciras voraussetzt, um so mehr haben wir die Möglichkeit, durch Rußland und Witte auf Rouvier und die Franzosen zu drücken.

Sobald wir den Brief von Witte* kennen, muß für Eulenburg eine Antwort aufgesetzt und von ihm baldmöglichst abgesandt werden. Sie muß, dem Charakter von Witte entsprechend, klar, deutlich, bestimmt, ohne Eingehen auf zuviel Details die Gedanken variieren: Wir wünschen kein Scheitern der Konferenz; Seine Majestät kann sich aber nicht lächerlich machen und demütigen lassen. Wir gestehen Frankreich in Marokko une situation priviligée zu (Belege dafür! Grenzzone, mögliche Konzessionen auf anderen Gebieten); aber nicht une situation exclusive, welche in der Polizei- und in der Finanzfrage open door und wirtschaftliche Gleichberechtigung ganz illusorisch machen würde. Ehe er durch ein solches kaudinisches Joch geht, wird Seine Majestät es allerdings lieber auf ein Scheitern der Konferenz ankommen lassen.

Das Unglück ist, daß die französischen Delegierten Révoil und Regnault, von den französischen Journalisten in Algeciras unterstützt, als Helden und Triumphatoren aus der Konferenz hervorgehen wollen, um sich dadurch für sich selbst eine glänzende persönliche Karriere zu verschaffen. Will Witte, daß die Konferenz nicht mit einem Fiasko endigt, das allerdings einen längeren Zustand von Unsicherheit und Unruhe hervorrufen könnte, so muß er Rouvier und Fallières veranlassen, daß sie, entsprechend ihren früheren Zusagen und der

* Siehe Nr. 7027, Anlage.

zwischen uns und Frankreich vereinbarten Losung: Ni vainqueur ni vaincu, die französischen Delegierten zum Einlenken bringen und damit einen für Seine Majestät und Deutschland annehmbaren Kompromiß ermöglichen.

Bülow

Nr. 7029

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 80 St. Petersburg, den 24. Februar 1906

Die Äußerungen des Grafen Witte in meiner gestrigen Unterredung mit ihm über Marokko* bieten im einzelnen so viel Interessantes und Originelles, daß ich es nicht unterlassen möchte, meine telegraphische Berichterstattung durch eine eingehendere Darstellung zu ergänzen.

Nachdem ich die Marokkofrage historisch entwickelt und unseren Standpunkt im ganzen und in den Einzelfragen dargelegt, äußerte Graf Witte folgendes:

Bei allen politischen Fragen sei es seiner Ansicht nach unerläßlich, stets die großen Linien der Politik vor Augen zu behalten. Wie er vor einigen Jahren unserem allergnädigsten Kaiser und Herrn bei allerhöchstdessen Besuch in Rußland freimütig darzulegen die Ehre gehabt, drohe den europäischen Mächten eine große politische und wirtschaftliche Gefahr in dem empordrängenden, mit gewaltigen Machtmitteln und skrupelloser Brutalität seine Ziele verfolgenden Amerika. Zur Abwehr dieser Gefahr müßten die kontinentalen Mächte sich eng aneinander schließen und ihre Differenzen begraben[1], und zwar möglichst gründlich und rasch, damit der richtige Zeitpunkt, der beinahe schon versäumt, nicht vorübergehe. Europa zeige schon jetzt im Vergleich zu Amerika die Züge eines alten Weibes; zögere es noch lange mit einer verjüngenden Kräfteauffrischung, so werde es bald zu einer kläglichen Jammergestalt heruntersinken. Der unverschämten Monroedoktrin, die jede Einmischung europäischer Mächte in angeblich ausschließlich amerikanische Interessen abweise, die Amerikaner aber keineswegs von anmaßenden Einmischungen in europäische Dinge abhalte, müsse ein fester europäischer Bund entgegengesetzt werden[2]. Andernfalls sei der Tag nicht fern, wo es beispielsweise einem amerikanischen Botschafter beifallen könnte, Erklärungen von einem europäischen Staatsmann darüber zu verlangen,

* Vgl. Nr. 7026.

daß er es wage, Zigaretten aus Tabak des eigenen Landes, nicht aus amerikanischem zu rauchen. Demgegenüber sei es wünschenswert, dahin zu gelangen, daß man Herrn Roosevelt gelegentlich darüber zur Rede stellen könnte, daß er sich erlaube, ein amerikanisches und nicht etwa ein deutsches[3] Pferd zu reiten. Die amerikanischen Anmaßungen seien schon jetzt unerträglich und würden bei weiterem Zusehen ins Unermeßliche steigen[4].

Aber nicht allein Amerika habe das uneinige und schwache Europa so weit emporkommen lassen, sondern neuerdings auch Japan. Dies scheine ganz dem amerikanischen Beispiel folgen zu wollen, geleitet und unterstützt von dem über das kontinentale Europa hohnlächelnden England[5].

Das sei das beschämende Bild der Weltlage, das sich aus der Uneinigkeit der kontinentalen Mächte entwickele[6].

Wenn er nun dieser Aussicht und der sich ergebenden dringenden Notwendigkeit eines kontinentalen Zusammenschlusses gegenüber die kleinen Interessenfragen betrachte, deren Zwiespalt Deutschland und Frankreich auf lange Zeit hinaus zu verfeinden und damit den europäischen Bund zu verhindern drohe, so könne er nur sagen, daß sie unbedingt in einen entfernten Hintergrund treten sollten. Er wolle die Marokkofrage daher im einzelnen nicht kritisch prüfen. Er gebe zu, daß Frankreich zu Zeiten Delcassés inkorrekt gehandelt und mit Recht unseren Unmut hervorgerufen habe, doch sei zu beachten, daß es seitdem bessere Wege eingeschlagen habe[7]. Rouvier, den er genau kenne, sei von bestem Willen erfüllt. Auch die französische Präsidentenwahl* bekunde einen friedlichen und versöhnlichen Geist[8]. Schließlich sei nicht zu verkennen, daß Frankreich am meisten Interesse an Herstellung von Ordnung in Marokko habe und praktisch mehr wie irgendeine andere Nation zur Herbeiführung derselben befähigt sei[9]. Er verkenne auch keineswegs, daß wir mit unserer Berufung auf die vertraglich festgelegte Gleichberechtigung und mit unserem Einspruch gegen Verletzung dieses Grundsatzes theoretisch vollkommen im Recht sein können. Freilich gingen wir seiner Ansicht nach zu weit, wenn wir dieses Prinzip außer im eigenen gewissermaßen auch im Namen Europas verteidigen wollten, denn die meisten Mächte seien eben bereit, es fallen zu lassen[10]. Er würde nur dazu raten können, uns in der jetzigen Marokkofrage nicht zu versteifen, eine Sprengung des englisch-französischen Abkommens würden wir damit doch nicht erreichen. Dagegen würden wir durch ein kleines Opfer in Marokko Frankreich, das doch im ganzen von dem Verlangen nach freundschaftlichem Verhältnis zu uns[11] durchdrungen sei, dauernd an uns heranziehen und damit der Verwirk-

---

* Am 17. Januar war der Senatspräsident Fallières zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

lichung der großen Gedanken nahe kommen, deren Träger nicht etwa er allein sei, sondern die in enger, aufrichtiger Freundschaft stehenden und zu erhabenen Zielen vereinten beiden hohen Monarchen. Aber selbst angenommen, wir ließen um dieser großen politischen Gedanken willen den Franzosen freie Hand in Marokko, so würde dies nach seiner Überzeugung keineswegs eine Schädigung unserer dortigen wirtschaftlichen Interessen nach sich ziehen. Im Gegenteil würden die Franzosen alsdann darauf bedacht sein, den Vorwurf zu vermeiden, das auch von ihnen proklamierte Prinzip der Gleichberechtigung und der Offenen Tür in praxi nicht gebührend zu wahren [12].

Auf meine Bemerkung, daß Graf Lamsdorff wegen eines etwaigen Scheiterns der Algeciraskonferenz von Pessimismus erfüllt scheine und mir und manchen Kollegen von der drohenden Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen gesprochen habe, erging sich Graf Witte zunächst in Lobeserhebungen über „seinen langjährigen Freund“ [13]. Graf Lamsdorff, der trotz mancher persönlicher Schwächen ein vortrefflicher Mensch und kluger Kopf — der einzige unter seinen Mitarbeitern — sei, stehe ganz auf dem gleichen politischen Boden wie er, auf dem Programm russisch-deutsch-französischer Freundschaft [14]. In der Befürchtung kriegerischer Verwickelungen nach etwaigem Scheitern der Konferenz könne er allerdings Lamsdorff nicht folgen. So schlimm ständen die Dinge nicht; niemand denke daran, England die Schadenfreude eines kontinentalen Krieges zu bereiten. Aber eine Spannung bleibe freilich bestehen, die namentlich in wirtschaftlicher Beziehung eine drückende und lähmende sein und Zustände zeitigen würde, die auch auf Deutschland schädlich zurückwirken würden. Rußland brauche bekanntlich Geld zur Liquidation des Krieges und für seine Reformen [15]. Es wünsche eine internationale Anleihe aufzunehmen, aber angesichts der politischen Spannnug blieben die Geldmärkte ablehnend. Schließlich werde Rußland nichts anderes als seine Zuflucht zum Zwangskurs übrigbleiben. Rußland selbst, das im Aufblühen begriffen, werde den Schaden bald wieder einholen, Frankreich, das nur an pünktlicher Zahlung der Coupons, die ungefährdet sei, interessiert, werde nicht geschädigt, dagegen werde Deutschland mit seinem umfangreichen Handelsverkehr mit Rußland und durch die Schwächung der russischen Kaufkraft schwer in Mitleidenschaft gezogen werden [16], so sehr diese Wirkung auch unerwünscht und unbeabsichtigt wäre.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus erscheine ihm ein guter Ausgang der Algeciraskonferenz, selbst mit einem kleinen Opfer [17] unsererseits, dringend empfehlenswert.

Übrigens, fuhr Graf Witte auf eine Anregung meinerseits fort, habe er nicht versäumt, in Paris wiederholt zum Entgegenkommen zu raten, schon im vorigen Herbst bei seiner Durchreise und auch

seitdem. Noch gestern habe er ein langes Telegramm an Rouvier gerichtet, worin er ihm möglichste[18] Kulanz dringend ans Herz gelegt[19].

Wenn er, Witte, das Glück hätte, seinem längst gehegten Wunsche entsprechend, Botschafter in Paris zu sein — von den derzeitigen russischen Diplomaten draußen auf wichtigen Posten sei kaum einer, der seine Aufgabe richtig erfasse —, er machte sich anheischig, die Franzosen in sechs Monaten Deutschland in die Arme zu führen[20].

Ihm sei wiederholt, schloß der Ministerpräsident, das große Glück zuteil geworden, Einsicht in die hohe Weisheit, die erhabenen Ziele und die Tatkraft Seiner Majestät des Kaisers und Königs nehmen zu dürfen, er zweifle nicht, daß die Entschlüsse Seiner Majestät wie immer, so auch in jetziger kritischer Zeit im Geiste des Friedens und der Freundschaft fallen würden[21].

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Dieses Thema habe ich daraufhin in Europa zu verwirklichen versucht, bin bei allen Ländern zumal Gallien und Russland abgeblizt, und von ihnen gemeinsam mit Amerika bekämpft worden!

2 Jawohl! aber mit England!!

3 französisches oder Englisches!

4 das klingt ganz wie der Satz von der „outrecuidance anglaise" im Entwurfe vom Winter '04—'05!!

5 jawohl da liegt es!

6 Er soll doch den Galliern rathen sich schleunigst mit uns zu vertragen und zu einigen

7 alle Wetter! Wo denn?

8 aber die Bureaux sind voll von Delcassé's Kerls! Und die pfeifen auf Rouvier

9 !!?

10 sie denken nicht daran

11 !!

12 wie die Conzessionen in Casablanca zeigen!

13 !!

14 unter der Bedingung daß Deutsch[land] nichts zu sagen hat, und das thun muß, was die beiden andren wollen

15 nun kommt die Hauptsache!

16 !

17 !

18 !

19 dieser Rath wird eben nicht befolgt, da Russland kein Gewicht hat! England zieht besser und räth das genaue Gegentheil!

20 er würde wohl in Englischen Armen aufwachen!

21 richtig! Aber seine Logik ist nicht die von Witte!

Nr. 7030

*Der Botschafter z. D. Fürst zu Eulenburg an den russischen Ministerpräsidenten Grafen Witte**

Privatbrief. Unsigniertes Reinkonzept*

Liebenberg, den 27. Februar 1906

Verzeihen Sie mir die Verzögerung, welche in meiner Beantwortung Ihres interessanten, mich sehr erfreuenden Briefes** eintrat. Ich war verreist, als Ihr Kurier anlangte, und vermochte nach meiner Rückkehr in dem Trubel der Festtage nicht sogleich in eingehender Weise die zur Beantwortung Ihrer Äußerungen nötigen Informationen einzuziehen.

Wenn ich Ihnen nun mit der gleichen Offenheit antworte — und zwar in meiner Muttersprache, um meine Gedanken präzis zum Ausdruck bringen zu können —, glaube ich Ihren Wünschen entgegenzukommen.

Ich habe in Berlin überall Ihre Ansicht geteilt gefunden, daß das Scheitern der Konferenz in Algeciras auf längere Zeit hinaus einen Zustand der Unruhe und Unsicherheit in Europa im Gefolge haben werde. Schon darum wäre auch uns ein Mißerfolg der Konferenz unerwünscht, und wir waren ehrlich bestrebt, zum glücklichen Gelingen der Verhandlungen das möglichste beizutragen. Es gibt für uns aber eine Grenze, die zu überschreiten meinem allerhöchsten Herrn nicht zugemutet werden kann, weil er dadurch in eine demütigende, um nicht zu sagen lächerliche Stellung gebracht würde. Diese Grenze möchte ich in dem Unterschiede finden zwischen jener Sonderstellung, die wir Frankreich als Nachbarstaat Marokkos zugestehen, und einer Exklusivstellung, wie sie Frankreich für sich in Marokko jetzt in Anspruch nimmt.

Deutschland hat Frankreich bereits bei den Verhandlungen über die Festsetzung des Konferenzprogramms eingeräumt, daß es die Organisation der Polizei in den marokkanischen Gebieten an der algerischen Grenze allein mit dem Sultan von Marokko vereinbart. Bei dem unbestimmten Begriff der région frontière in der Tat ein Zugeständnis von größter Bedeutung! Es handelt sich da um Zehntausende von Quadratkilometern marokkanischen Territoriums. Deutschland ist aber auch bereit, Frankreichs besonderer Stellung noch weiter Rechnung zu tragen sowohl in der Polizeifrage etwa durch Überlassung eines Hafens, vielleicht desjenigen von Tanger, zur selbständigen und ausschließlichen Einrichtung der Polizei unter der formalen Autorität des Sultans, als auch in der

---

* Der Entwurf zu dem Konzept ist im Auswärtigen Amt hergestellt; Fürst Eulenburg hat lediglich die ersten Sätze umgeformt.
** Siehe Nr. 7027, Anlage.

Bankfrage durch eine Bevorzugung bei der Verteilung des Aktienkapitals. Dagegen zielen die Vorschläge, die Frankreich seinerseits in der Polizei- wie in der Bankfrage bisher gemacht hat, darauf ab, der Republik eine exklusive Stellung in Marokko zu verschaffen, exklusiv in dem Sinne, daß damit die politische und wirtschaftliche Beteiligung anderer Mächte in Marokko ausgeschlossen, also die Gleichberechtigung aller Mächte und open door illusorisch gemacht wird.

Bevor unser Kaiser durch ein solches kaudinisches Joch geht, wird er es — dessen glaube ich ganz sicher zu sein — allerdings lieber auf ein Scheitern der Konferenz ankommen lassen. Seine Majestät der Kaiser wird und kann sich um so weniger vor so exzessiven französichen Forderungen beugen, je maßloser und drohender im Gegensatz zu der ruhigen Haltung der deutschen Presse die Sprache der Pariser Zeitungen geworden ist. Wenn wir vor einem derartigen Druck zurückwichen, so würde dieselbe Methode bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wieder angewandt werden. Unsere jetzige Nachgiebigkeit würde uns für die Zukunft gefährliche Situationen zuziehen können, mit denen verglichen das Scheitern der Marokkokonferenz als das geringere Übel erscheint. Euere Exzellenz sind in die politischen Anschauungen und Ziele meines Kaisers eingeweiht und haben richtig angedeutet, was not tut. Aber auch den Erwägungen allgemeiner Weltpolitik gegenüber ist das Wie? des Ausgangs der Konferenz für Deutschland keineswegs eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Sie hat zu große Folgen, als daß sie allein durch politische Generosität gelöst werden könnte.

Euere Exzellenz wissen, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich aus mancherlei Gründen uns sehr erwünscht sein würde. Wenn Euere Exzellenz hervorheben, daß eine solche Annäherung auch im Interesse Rußlands liegt, so hoffe ich mit meinem kaiserlichen Herrn, daß Sie zur Erreichung dieses Zieles Ihres großen Einfluß in Paris gebrauchen werden, damit die Konferenz nicht scheitert.

Wenn wir auf der Konferenz noch nicht weiter gekommen sind, so wird dies übrigens wohl mit Recht besonders dem unglücklichen Umstand zugeschrieben, daß die französischen Konferenzdelegierten Révoil und Regnault, von den französischen Journalisten in Algeciras unterstützt, als Helden und Triumphatoren aus der Konferenz hervorgehen wollen, um sich dadurch für sich selbst eine glänzende persönliche Karriere zu sichern. Nach meiner Auffassung wäre hier der Punkt, wo Euere Exzellenz für den glücklichen Ausgang der Konferenz, der ja dem Interesse aller Länder entspricht, Ihrerseits mit Erfolg vermitteln und allseitigen Dank dafür ernten könnten. Euerer Exzellenz gewichtiger Stimme würden sich weder der Präsident Fallières noch Herr Rouvier verschließen, wenn Sie sie bewegen wollten, ent-

sprechend früheren Zusagen und der vereinbarten Losung: Ni vainqueur ni vaincu, auch ihrerseits einzulenken und damit einen für Seine Majestät den Kaiser und Deutschland annehmbaren Kompromiß zu ermöglichen.

Nr. 7031

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 73 Algeciras, den 20. Februar 1906

In heutiger Komiteesitzung der Konferenz ist unser Bankprojekt* zuerst verlesen worden, dann französisches, das erst kurz vor der Sitzung aufgesetzt worden war. Text folgt, ebenso per Post Abdruck unseres Projekts in französischer Übersetzung. Révoil hielt eine Ansprache zur Darlegung des allgemeinen französischen Standpunkts und der Berechtigung französischer Ansprüche, gegründet auf stärkere materielle Interessen und frühere Anleihen in Marokko. Danach ohne Diskussion die Vorbereitung für weitere Verhandlung im Plenum an eine Kommission übertragen, die zunächst auf Grund eines von dem Präsidium aufgestellten Fragebogens die verschiedenen Bestimmungen aus den beiden Projekten zusammenstellen soll. Fortsetzung der Komiteebesprechung Donnerstag.

Radowitz

Nr. 7032

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 Algeciras, den 21. Februar 1906

In der Bankfrage sind mehr oder minder ausgesprochen auf unserer Seite die Vertreter von Österreich, Italien, Amerika, Holland und die Marokkaner. Mit uns übereinstimmend Belgien, darf sich aber nicht offen darüber aussprechen. Ebenso Schweden, das an keiner Stellungnahme gegen Frankreich sich beteiligen soll. Ganz auf französischem Standpunkt der englische Vertreter, der russische, portugiesische. Spanien hält Meinung zurück. Am stärksten für Frankreich arbeitet Sir A. Nicolson. Marquis Visconti Venosta und White raten dringend zu Konzessionen, wo wir solche machen könnten,

* Vgl. Nr. 6966.

was sich bei der bevorstehenden Konferenzbesprechung über die beiderseitigen Projekte näher übersehen lassen werde. Antwort auf meine letzte Mitteilung an Révoil über Polizeiorganisation ist mir noch nicht zugegangen.

Radowitz

Nr. 7033

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Algeciras, den 22. Februar 1906

In heutiger Komiteesitzung wurde mit gleichzeitiger Beratung des deutschen und des französischen Bankentwurfs an Hand des von den Spaniern aufgestellten Fragebogens begonnen.

Es bestand grundsätzlich Einigkeit über die privatgeschäftlichen Aufgaben der Bank (Artikel 10 des deutschen Entwurfs) sowie über Gewährung ausschließlichen Notenprivilegs (Artikel 11 daselbst), ferner darüber, daß Bank als Finanzagent des marokkanischen Staats fungieren, dessen Kasse und Schatz verwalten soll (Artikel 15 und 12).

Hinsichtlich Münzwesens war insoweit Einigkeit, daß dessen Regelung und Leitung von der Bank zum Vorteil des marokkanischen Staats erfolgen solle.

Die Frage des Anleihevorrechts blieb vorbehalten, ebenso die Frage der Übernahme des Schuldendienstes für die bisherigen Anleihen, wobei Révoil erklärte, daß der Dienst der französischen Anleihe in den Subskriptionsbedingungen geregelt sei und schon darum nicht geändert werden könne, und daß überhaupt die Rechte des französischen Anleihekonsortiums gewahrt bleiben müßten, wogegen Graf von Tattenbach auf den illusorischen Wert des Anleihevorrechts hinwies, anscheinend nicht ohne damit Eindruck zu machen. Der englische und auch der spanische Vertreter benutzten die Gelegenheit, um sich in dieser Frage ausdrücklich auf den französischen Standpunkt zu stellen.

Von Aufsicht durch diplomatisches Korps will Révoil nichts wissen, den Verwaltungsrat nach unserem Vorschlag (Artikel 5) lehnt er unter Hinweis auf zu große Mitgliederzahl ab. Amerika und Rußland sowie sämtliche kleineren Staaten beteiligten sich nicht an der Diskussion, Marquis Visconti Venosta nur insofern, als er Verweisung der streitigen Punkte an Redaktionskommission empfahl. Letztere wird zusammentreten, sobald, voraussichtlich diesen Sonnabend, die Beratung zu Ende ist.

Radowitz

Nr. 7034

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Konzept

Berlin, den 22. Februar 1906

Baron Courcel* hat sich zu der Zeit, als er Botschafter in Berlin war, ein großes Verdienst um sein Vaterland erworben, indem er den Fürsten Bismarck bewog, den Frieden zwischen Frankreich und China zu vermitteln. Baron Courcel stellte dem deutschen Reichskanzler vor, daß, falls der deutsche Reichskanzler Frankreich aus der Klemme helfe, das französische Volk, généreux und impulsiv wie es sei, durch die Dankbarkeit zu Deutschland hingezogen werden würde.

Die Lage Frankreichs war gerade damals im Frühjahr 1885 eine schwierige, sogar gefährliche. Der chinesische Konflikt nahm bedeutende französische Land- und Seestreitkräfte in Anspruch, und hinter China stand England, welches diplomatisch bereits in Aktion getreten war, indem es den Franzosen das Recht bestritt, Reis als Kriegskonterbande zu behandeln. Auch hatten die Franzosen eben eine kleine Niederlage erlitten, bei welcher General de Négrier verwundet worden war.

Unter diesen Umständen war es für Frankreich von der größten Wichtigkeit, daß Fürst Bismarck auf Zureden von Courcel die Friedensvermittelung sowohl in Peking durch Herrn von Brandt wie hier

---

* Nach der Beisetzung König Christians IX. von Dänemark in Kopenhagen (18. Februar 1906), an der der frühere französische Botschafter in Berlin und London Baron de Courcel als Vertreter der Republik teilgenommen hatte (vgl. Nr. 6994, Fußnote), reiste dieser über Berlin nach Frankreich zurück. In Berlin hatte er nicht weniger wie drei Unterredungen mit Holstein über die Marokkofrage. Eine Aufzeichnung Holsteins über die erste Unterredung vom 20. Februar ist nach einer Aktennotiz am 21. an den Staatssekretär von Tschirschky gegeben worden, aber nicht zurückgelangt. Nach einem Journalauszug hätte Holstein in dieser ersten Unterredung eindringlich für den deutschen Vorschlag einer Internationalisierung der Polizei auf 4—5 Jahre plädiert. Nach dieser Zeit könnten sich Deutschland und Frankreich ohne Konferenz über Marokko neu verständigen, und es sei nicht ausgeschlossen, daß Deutschland dann Marokko gegen andere Konzessionen ganz an Frankreich überlasse. Der Kaiser werde jedenfalls nie ein Stück von Marokko verlangen. Courcel sprach sich seinerseits geringschätzig über den Wert Marokkos aus; um so deutlicher klang aus seinen Darlegungen die Besorgnis, daß Deutschland in Zukunft Frankreich von England abdrängen möchte. Über die zweite Unterredung Courcels mit Holstein liegt keine Aufzeichnung des letzteren vor, wohl aber über die dritte; vgl. das folgende Schriftstück. Eingehende Mitteilungen über die Berliner Mission Baron Courcels gibt auch A. Tardieu in seinem Buche „La Conférence d'Algésiras", p. 241 ss.

durch den Grafen Hatzfeldt einleitete und zu einem erfolgreichen Ende führte. Kaum aber war der Friede gesichert, als der Ministerpräsident Ferry mit Schimpf und Schande weggejagt wurde, weil man ihm vorwarf, sich mit Bismarck eingelassen zu haben. Clemenceau führte den Angriff. Auf die Bemerkung eines hiesigen Politikers, daß dies nicht das Ergebnis sei, welches Courcel vorausgesagt habe, erwiderte Courcel lächelnd:

„Ja, ich wundere mich selber darüber. Aber ich erkläre mir die Sache so, daß der Franzose ein großer Freund der Schönheit ist (très ami du beau). Nun ist Ferry einer der häßlichsten Menschen, die man sehen kann. Nach meiner Überzeugung hat seine Häßlichkeit eine große Rolle gespielt bei dem allgemeinen Wunsche, ihn zu beseitigen."

Das einzige Ergebnis der deutschen Intervention zugunsten Frankreichs war, daß die Chinesen darnach die Franzosen besser, die Deutschen schlechter als vorher behandelten.

Die deutsche Verwendung hatte bei den Chinesen den Glauben erweckt, Frankreich müsse trotz des unglücklichen deutschen Krieges doch wohl schon wieder der Stärkere von beiden sein, da Deutschland sich bestrebt zeige, Frankreichs Wohlwollen zu gewinnen.

Baron Courcel war später als französischer Botschafter in London der besondere Vertrauensmann von Lord und Lady Salisbury. Es dürfte unvergessen sein, daß Courcel kurz nach dem Krüger-Telegramm dem englischen Premierminister sagte: „Frankreich hat nur einen Feind, das ist Deutschland. Danach können Sie Ihre Politik einrichten." Dies erfuhren wir im Februar oder März 1896 vertraulich auf dem Umwege über Kopenhagen.

Seine Vergangenheit macht den Baron Courcel zum Vertrauensmann beider Regierungen, der französischen wie der englischen. Es lag daher nahe, daß man ihn aussuchte, um in der Marokkofrage, welches eine französisch-englische Frage ist, auf einen französisch-englischen Erfolg hinzuwirken.

Man sagt im allgemeinen dem älteren Franzosen nach, daß er in seinen späteren Lebensjahren sein pantalon à succès beibehält, d. h. den Schnitt und die Farbe aus seiner jugendlichen Glanzzeit. Ebenso wird auch Baron Courcel, falls er die Gelegenheit dazu findet, sein argument à succès wieder zum Vorschein bringen, daß nämlich das französische Volk, edelmütig und impulsiv wie es ist, durch einen Akt der générosité des deutschen Kaisers unfehlbar gewonnen werden könne. Baron Courcel handelt, wenn er das sagt, nach dem alten englischen Spruch „a diplomatist is a man sent abroad to lie for the good of his country", denn er weiß ganz genau, daß das französische Volk sich heute für einen Erfolg der französischen Marokkopolitik nicht bei Deutschland, sondern bei England bedanken würde. Die Annäherung Frankreichs an England be-

gann gleich nach Faschoda, als die Franzosen sahen, daß sie gegen England nichts erreichen konnten. Ebenso werden die Franzosen dem Gedanken einer Annäherung an Deutschland erst nähertreten, wenn sie gesehen haben werden, daß die englische Freundschaft — welche nach dem letzten Wahlergebnis immer nur eine platonische wird sein können — nicht genügt, um Deutschlands Zustimmung zur französischen Besitznahme von Marokko zu erlangen, sondern daß Deutschland um seiner selbst willen geliebt sein will.

Holstein

Nr. 7035

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 22. Februar 1906

In der heutigen, dritten, sehr langen Besprechung mit Baron Courcel wiederholten wir beide eine Menge alter Argumente; ich fasse daher nur den kurzen Inhalt zusammen.

Ich sagte: Deutschland kann zugeben, daß Frankreich in Anerkennung seiner privilegierten Stellung das Recht zugestanden wird, einen Hafen allein mit französischen Offizieren polizeilich zu organisieren. In den übrigen Häfen wird die Polizeiorganisation vorgenommen durch Offiziere einer Anzahl verschiedener Staaten, darunter jedenfalls deutsche und — da Courcel dies ausdrücklich verlangte — auch französische. Keine Macht außer Frankreich darf eine bevorzugte Sonderstellung einnehmen, denn Deutschland kann allenfalls in die zweite, aber keinenfalls in die dritte Stellung zurücktreten. Deshalb liefert auch jeder der beteiligten Staaten die gleiche Anzahl Offiziere zu dieser Macédoine. Grundsätzlich müssen, abgesehen von der einen zugunsten Frankreichs zu machenden Ausnahme, in jeder Polizeistation Offiziere mehrerer Nationalitäten zusammenwirken. Als Ausgleichung für die Bevorzugung Frankreichs in der Polizeifrage müssen wir dann darauf bestehen, daß in der Bankfrage an dem Prinzip der Gleichberechtigung festgehalten werde. Tatsächlich würden wir auch da uns vielleicht mit einer kleinen Begünstigung Frankreichs aussöhnen können.

Baron Courcel hatte damit angefangen, daß er sagte, er sei sehr entmutigt, man habe ihm — sowohl die Herren der hiesigen Botschaft als auch die Herren seiner Begleitung — gesagt, die öffentliche Meinung Frankreichs werde sich niemals dazu verstehen, so weit zurückzuweichen. Es sei ein Unglück, daß Révoil und Regnault sich

so weit avanciert hätten, aber jetzt würde es peinlich sein, sie zu desavouieren. Ich erwiderte, für uns sei das kein Argument, wir würden dann eben eher die Konferenz scheitern lassen. Ich glaubte auch, daß Baron Courcel die Schwierigkeiten, die einer vernünftigen Behandlung der Marokkofrage entgegenständen, sich zu schwarz ausmale. Die paar Pariser Zeitungen, die von Algeciras aus inspiriert seien, fingen bereits an, Widerspruch in der Provinzpresse zu erwecken. Auch sei es nicht wahrscheinlich, daß die Neutralen aus Rücksicht für die Herrn Révoil und Regnault gern bereit sein würden, die wirtschaftlichen Nachteile auf sich zu nehmen, welche der Abbruch der Konferenz zur Folge haben müsse. Vielmehr hätte ich Grund anzunehmen, daß, um diesen Nachteilen zu entgehen, die Neutralen nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich zum Entgegenkommen raten würden. Für die deutsch-französischen Beziehungen erschiene es mir aber besser, daß Deutschland und Frankreich direkt und ohne Vermittelung einen marokkanischen modus vivendi fänden. Courcel stimmte diesem Gedanken nachdrücklich zu und erklärte schließlich, er für seine Person halte unsere Vorschläge nicht für unannehmbar, es handele sich aber nicht um seine, sondern um Herrn Rouviers Auffassung. Je suis arrivé à Berlin comme Ambassadeur de France, je pars comme Ambassadeur d'Allemagne.

Baron Courcel war einverstanden damit, daß ich das Preßbüro angewiesen hatte, unsere Besprechungen totzuschweigen.

Holstein

Nr. 7036

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 66 Berlin, den 22. Februar 1906
[abgegangen am 23. Februar]

Mit dem Baron Courcel ist hier die Polizeifrage ziemlich eingehend und die Bankfrage in den Grundzügen besprochen worden. Hinsichtlich der Polizeifrage wurde ihm gesagt, Deutschland sei bereit, Frankreich eine privilegierte Stellung zuzuerkennen, könne sich selber jedoch nicht ganz ausschließen lassen. Deshalb werde vorgeschlagen, daß Frankreich in einem beliebigen Hafen die Polizei ausschließlich durch französische Offiziere organisieren lasse. In den übrigen atlantischen Häfen werde die Polizei organisiert durch Offiziere verschiedener Nationen, darunter Deutschland und wiederum auch Frankreich unter folgenden Modalitäten:

1. In jedem einzelnen Hafen funktionieren Offiziere verschiedener Nationalitäten, so daß eine nationale Einwirkung seitens einer Nation ausgeschlossen ist.

2. Abgesehen von Frankreich, dem, wie gesagt, ein Hafen zugewiesen wird, erhält keine Macht Sondervorteile, da Deutschland allenfalls in die zweite, nicht aber in die dritte Reihe zurücktreten kann; deshalb auch

3. stellen alle beteiligten Nationen für diese gemischte Organisation die gleiche Anzahl von Offizieren.

Daß Deutschland für sich selbst auf eine Polizeistation verzichtet, eine solche aber an Frankreich konzediert, ist ein äußerstes Zugeständnis, welches wir nur machen können unter der Voraussetzung, daß in der Bankfrage der Grundsatz der Internationalität und der Gleichberechtigung aller — mit vielleicht einem kleinen Vorsprung für Frankreich — beibehalten wird.

Baron Courcel hatte von Hause aus eine ausschließlich deutsche Polizeistation für undiskutierbar erklärt. Auch hinsichtlich der Annehmbarkeit deutscher Beteiligung bei einer gemischten Organisation verhielt er sich anfangs ablehnend, bis ihm gesagt wurde, daß wir dann die Konferenz scheitern lassen müßten. Baron Courcel ging daraufhin auf die Diskussion obiger Punkte ein unter dem Vorbehalt, daß dadurch selbstredend nicht auf den Standpunkt des Herrn Rouvier und der französischen Regierung zurückgeschlossen werden könne. Als persönliche Ansicht äußerte er, daß er es für nützlich halten würde, wenn deutsche und französische Offiziere auf den Stationen in direkte Fühlung kämen. Er sei überzeugt, sie würden sich gut vertragen und dadurch zu ihrem Teile zur Besserung der deutsch-französischen Beziehungen mitwirken.

Ganz geheim und nur für Ew. bemerke ich, daß Baron Courcel am Schlusse der Besprechungen sagte, falls er in die Lage käme, werde er nicht zögern, eine Abmachung, welcher die obigen Gesichtspunkte zugrunde gelegt seien, im Senate zu vertreten, obgleich er kein Redner sei. Von Einfluß auf seine Stellungnahme war auch die Aussicht, daß nach Ablauf eines mehrjährigen Provisoriums Deutschland und Frankreich direkt ohne Zwischenpersonen über die marokkanische Frage von neuem verhandeln würden. Andrerseits wurden ihm zu seiner vollständigen Orientierung Randvermerke Seiner Majestät zu einem Londoner Telegramm gezeigt, welche keinen Zweifel darüber ließen, daß Seine Majestät die jetzigen französischen Vorschläge in der Polizei- und der Bankfrage lediglich als Programm Delcassé und als unannehmbar betrachtet.

In betreff der weiteren technischen Behandlung der Sache im einzelnen riet Baron Courcel, daß wenigstens die Bankfrage in Paris durchgesprochen werde; Rouvier sei ein ruhiger Mann, Regnault ein Hitzkopf, der sich festgefahren zu haben scheine.

Alles Vorstehende ist zunächst für Ew. ganz vertrauliche Orientierung bestimmt. Baron Courcel wird voraussichtlich mit Ihnen darüber sprechen. Sie werden ihn dann auch darauf hinzuweisen haben, daß Sie nach der in Ihrem Telegramm Nr. 59* mitgeteilten Erklärung des Ministerpräsidenten auf Konferenzfragen nicht ohne dessen Aufforderung zurückkommen könnten und diese daher abwarteten. Vor allen Dingen wird abzuwarten sein, welche Aufnahme die Mitteilungen des Baron Courcel beim Ministerpräsidenten finden.

Ich bemerke schon im voraus, daß, falls es zu Finanzverhandlungen in Paris kommen sollte, der Geheimrat von Glasenapp von der Reichsbank, welcher gegenwärtig als Spezialist in Algeciras weilt, von dort vielleicht zurückgerufen werden und sich kurze Zeit zu Ew. Verfügung halten könnte.

Bülow

Nr. 7037

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 St. Petersburg, den 23. Februar 1906

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 46**.

Habe heute in Unterredung mit Graf Lamsdorff die Marokkofrage nochmals ab ovo dargelegt und betont, daß wir für das durch Frankreichs Vorgehen verletzte, auf Madrider Konvention beruhende internationale Recht im eigenen und im allgemeinen Interesse eintreten. Die angeblichen französischen Konzessionen könnten wir als solche nicht betrachten, da Frankreichs Forderungen in Polizei- und Bankfrage auf eine mit Gleichberechtigung und Offener Tür nicht vereinbarliche Präponderanz hinauslaufen[1].

Graf Lamsdorff anerkennt, daß wir mit Verlangen einer internationalen Regelung der Marokkofrage formal im Recht waren. Diesem Verlangen habe aber Frankreich durch Zustimmung zur Konferenz Rechnung getragen und damit amende honorable gemacht. Weitergehende Zusagen in bezug auf Zusammensetzung der Polizei seien aus dem Abkommen vom 28. September nicht herzuleiten, denn es spreche nur von Einsetzung von Polizei mittelst accord international, auch lasse die in Nummer 348 des Gelbbuchs wiedergegebene Ansicht Rouviers keinen Zweifel, daß er sich in allen Punkten Aktionsfreiheit vorbehält[2].

Es sei schwer verständlich, daß wir auf der Konferenz in der Polizeifrage so hartnäckig für ein internationales Recht eintreten, das alle[3] anderen Mächte angesichts der praktischen Lösung, welche

* Siehe Nr. 7010.

** Siehe Nr. 7026.

der französische Vorschlag biete[4], aufzugeben bereit seien. Es habe sich auf der Konferenz allgemein der pessimistische Eindruck eingenistet, daß wir auf Scheitern einer Verständigung hinarbeiten.

Die Folgen eines Scheiterns wären unberechenbar. In Frankreich, wo die Geister schon jetzt sehr erhitzt seien und Herr Rouvier zu großer Nachgiebigkeit geziehen werde, würde eine Krisis mit Sturz Rouviers und Ersetzung durch eine intransigente Persönlichkeit kaum zu vermeiden sein. Die fortbestehende Anarchie in Marokko könne jeden Augenblick kriegerische Verwickelungen hervorrufen, bei denen England sicher an die Seite Frankreichs treten werde, während Rußland untätiger Zuschauer bleiben müßte, aber auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen würde. Ein europäischer Krieg werde neue revolutionäre Ausbrüche entflammen lassen, die auch Deutschland schwere Zeiten bereiten würden. Das betrübendste aber wäre, daß dem von den beiden hohen Monarchen vereinbarten Friedensprogramm der Boden entzogen und dasselbe somit hinfällig werden würde.

Ich erwiderte, den Pessimismus hinsichtlich der Folgen eines unbefriedigenden Ausgangs der Konferenz könne ich nicht teilen, mit Nachdruck aber müsse ich der Auffassung entgegentreten, daß das Kaiserprogramm hinfällig werde, wenn ein Teil desselben zeitweilig unausführbar erscheine. Wenn die nur in Aussicht genommene, tatsächlich aber noch nicht verwirklichte Hereinziehung eines Dritten in den Bund einen weiteren Aufschub erleide, so bleibe immer der feierlich vereinbarte Bund der beiden ersten Vertragschließenden bestehen. An dem, was die beiden Monarchen unterzeichnet, sei nicht zu rütteln und zu rühren. Graf Lamsdorff äußerte darauf, seine ganze Politik sei in Übereinstimmung mit dem Willen seines kaiserlichen Herrn auf Freundschaft mit Deutschland und Aussöhnung dieses mit Frankreich gerichtet, andererseits sei der Kaiser an die von seinem Herrn Vater geschlossenen Abmachungen mit Frankreich gebunden. Werde Frankreich mit uns in einen Krieg verwickelt, so falle das Hauptziel, der integrierende Teil der Zwei-Kaiser-Vereinbarung hinweg und damit diese selbst zusammen. Eine neue Lage würde alsdann eine neue Vereinbarung erfordern.

Auf meine Bemerkung, wenn ihm so viel an gutem Ausgang der Konferenz gelegen, so ...* er doch die Franzosen zu größerem Entgegenkommen bewegen, da wir nicht weiter gehen könnten, sagte der Minister, er habe in dieser Beziehung noch bis in die letzten Tage das menschenmögliche getan, doch habe er sich überzeugen müssen, daß die Franzosen in dem Bewußtsein, bereits bedeutende Konzessionen gemacht zu haben, keinen Schritt weiter gehen würden[5]. Vielleicht, meint Graf Lamsdorff, wäre ein Ausweg aus dem schweren Dilemma in dem Sinne noch möglich, daß wir im Hinblick auf den

* Zifferngruppe fehlt.

großen Gewinn, den eine Beilegung des Streits über kleine Dinge bringen würde, ebenso wie die anderen Mächte die französisch-spanische Polizei für kurze Zeit annehmen, aber ausdrücklich alle unsere Rechte im Prinzip wahren.

Ich hoffe, morgen noch Graf Witte zu sprechen.

Schoen

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Auf mehr als das, auf völlige politische und wirtschaftliche Absorbtion, auf „une situation exclusive".

[2] ? Und die bestimmten, bindenden Zusagen von Rouvier an Rosen und Radolin!!!

[3] ?

[4] die bisherigen französischen Vorschläge — nein!!

[5] ?? Ohne gegenseitiges und beiderseitiges Entgegenkommen ist keine Verständigung möglich.

Nr. 7038

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Washington, den 23. Februar 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 70 vom 21. Februar*.

Habe gestern Inhalt mit Präsidenten besprochen. Er bemerkte, daß er nicht wisse, ob Frankreich seinen Vermittlungsvorschlag annehmen würde; es erscheine ihm höchst unwahrscheinlich, daß Frankreich einen im Sinne der im eingangs erwähnten Telegramm aufgeführten Ausführungen ausgebildeten Vermittelungsvorschlag annehmen würde; er werde Ausführungen mit Staatssekretär besprechen.

Staatssekretär teilt mir soeben mit, daß er es für sicher halte, daß ein Vermittelungsvorschlag im vorerwähnten Sinne aussichtslos sein und nur reizbare Diskussionen nach sich ziehen würde. Er habe geglaubt, daß durch die in dem hiesigen Vermittlungsvorschlag angeregte Hinzuziehung Italien einen zu überwiegend französischen Einfluß verhindert haben würde.

Sternburg

Nr. 7039

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Konzept

Berlin, den 24. Februar 1906

Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph ließ den Kaiserlichen Botschafter in Wien gestern zu sich bitten, um ihm nachstehendes

---

* Siehe Nr. 7020.

zu sagen: 1.) Österreich werde in Algeciras mit uns gehen und stimmen. 2.) Nach den in Wien aus Algeciras wie aus allen Hauptstädten eingegangenen Nachrichten würden sich bei der Abstimmung über die Polizeifrage England, Spanien, Rußland und wahrscheinlich auch Amerika auf den französischen Standpunkt stellen; Italien bestenfalls sich der Abstimmung enthalten. Eine solche Isolierung sei weder für Österreich-Ungarn noch für Deutschland angenehm. 3.) Weit bedenklicher noch sei, daß [sich] aus einer solchen Abstimmung und dem sich an sie anschließenden Scheitern der Konferenz eine neue Gruppierung der Mächte entwickeln würde, die Rußland von den beiden anderen Kaisermächten trennen und mit England und Frankreich zusammenschließen würde. Es sei dringend zu wünschen, daß eine solche Wendung vermieden würde, deren Folgen nicht abzusehen wären.

Bülow

Nr. 7040

Der Geschäftsträger in Wien Graf von Schwerin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46 Wien, den 24. Februar 1906

Mit dem Grafen Goluchowski habe ich die der Marokkokonferenz vorgelegten französischen Bankvorschläge in befohlenem Sinne besprochen. Graf Goluchowski bat mich, Euerer Durchlaucht seinen Dank für die Mitteilung der interessanten Ausführungen auszusprechen, die er bezüglich Punkt zwei über die rechtliche Stellung und bezüglich Punkt drei über die Organisation der Staatsbank vollkommen teile. Auf Details wolle er sich nicht einlassen, da etwaige Modifikationen sich vielleicht noch als wünschenswert herausstellen und in Algeciras beraten werden könnten; das Prinzip jedoch, die Bank nicht zu einem französischen Rechtssubjekt werden zu lassen, vielmehr in dieser Richtung dem bewährten ägyptischen Beispiel zu folgen, und ferner die Bank einer internationalen Kontrollbehörde zu unterstellen, müsse unbedingt aufrechterhalten werden.

Was die Zusammensetzung des Kapitals, Punkt eins, betreffe, so halte er es zwar für wünschenswert, daß das Kapital zu gleichen Teilen unter die Konferenzmächte repartiert werde; falls aber auf Frankreichs Anteil einige Millionen mehr entfielen, so erscheine ihm das nicht als ein so großes Übel, um daran eventuell den ganzen Plan scheitern zu lassen.

Schließlich wiederholte Graf Goluchowski seine Euerer Durchlaucht bekannte Auffassung, daß ein resultatloses Auseinandergehen

der Konferenz zwar nicht sofort bedrohlich sein, aber für die Zukunft stets Verwickelungen befürchten lassen werde. Vorteile würde aus einem Scheitern nur der Sultan ziehen. Es könnte sich daher unter Umständen empfehlen, die Konferenz auf einige Monate zu vertagen und während dieser Zeit von Kabinett zu Kabinett zu verhandeln.

Schwerin

Nr. 7041

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 Algeciras, den 24. Februar 1906

Der österreichische Vertreter hat vertraulich Weisung erhalten, falls der Abbruch der Konferenzverhandlungen unvermeidlich erscheine, dahin zu wirken, daß nicht die Form eines Schlusses, sondern die der Vertagung gewählt werde. Ebenso solle er zu verhindern suchen, daß, wie es nach französischen Preßäußerungen beabsichtigt sein könnte, nicht die Polizeifrage ohne vorherige prinzipielle Einigung der Konferenz eventuell zur Abstimmung vorgelegt werde. Graf Goluchowski nehme als sicher an, daß in dieser Frage für die französische Forderung in der Konferenz eine Majorität sich bilden würde, was zu vermeiden wäre. Graf Welsersheimb hat geantwortet, nach seinem Eindruck sei vorderhand die Aussicht auf Verständigung in der Bankfrage nicht ausgeschlossen, von Abbruch sei jetzt hier noch nicht die Rede.

Bezüglich der Polizeifrage wird, wie ich ganz vertraulich höre, von den Kollegen von Italien und Österreich ein Vermittelungsvorschlag erwogen, wenn nicht demnächst eine französische Rückäußerung auf meine letzte Mitteilung an Révoil erfolgen sollte.

Radowitz

Nr. 7042

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 81 Algeciras, den 26. Februar 1906

Herr Révoil hat mir heute die Rückäußerung seiner Regierung auf die ihm am 19. d. Mts. von mir gemachte Mitteilung (Tel. Nr. 70*) übergeben. Sie lautet:

---

* Siehe Nr. 7016.

„Le principe de l'égalité pour tous en matière économique, auquel se réfère la proposition allemande, a été accepté par nous sans aucune réserve. Nous sommes convaincus que rien n'y saurait porter atteinte dans la proposition que nous avons formulée pour l'organisation de la police. Mais si la conférence reconnaît, au point de vue d'une égalité de triatement économique, l'utilité de nouvelles garanties, nous ne nous refuserons pas à les examiner. C'est à la conférence qu'il appartient, conformément à l'accord du 8 juillet, de déterminer la solution."

Auf meine Frage, ob damit gesagt sein soll, daß über Polizeiorganisation künftig nur noch in der Konferenz verhandelt werden solle, erwiderte er, das sei ihm nicht ausdrücklich von seiner Regierung gesagt, es sei die Lösung der Frage der Konferenz vorbehalten. Zu weiteren Unterredungen mit mir sei er natürlich immer bereit.

Radowitz

Nr. 7043

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 82 Rom, den 24. Februar 1906

Graf Guicciardini stellte mir gestern abend den Brief des Herrn Cambon, Marokko betreffend*, mit dem Bemerken wieder zu, daß auch nach seiner Überzeugung die französische Politik von langer Hand auf völlige Aufsaugung dieses Landes hinarbeitet. Es sei nicht zu verkennen, daß alle französischen Polizeivorschläge unentwegt dieses Endziel im Auge hätten. Wir dagegen verteidigten eigentlich das Interesse der Allgemeinheit, ohne aber die anderen Interessenten an unserer Seite zu sehen. Speziell Italiens Marokkopolitik wäre gebunden durch sein Abkommen mit Frankreich. Zu aktiver Unterstützung Frankreichs nach englischer Weise seien sie

* Es handelt sich um einen eigenhändigen Brief des früheren französischen Botschafters in Madrid Paul Cambon aus dem März 1887, den Botschafter von Radowitz am 9. Mai 1905 einzureichen in der Lage gewesen war, und der im Februar 1906 dem Botschafter Grafen Monts zur Verwertung gegenüber der Konsulta zugestellt war. In diesem an einen Mitarbeiter der „Revue Britannique" gerichteten Briefe, der die Ideen des Verfassers über die Ziele der französischen Marokkopolitik enthüllte, hieß es wörtlich: „Si le Maroc doit appartenir à une nation européenne c'est à la France, sans partage, de façon que l'île immense, entourée par le Sahara et la Méditerranée qu'on appelle la Barbarie soit tout entière à nous; je n'ai pas besoin d'insister sur les raisons politiques, stratégiques etc., qui éloignent toute idée de partage."

glücklicherweise nicht verpflichtet, wohl aber wäre er, der Minister, verhindert, sich, wie er wünsche, als Bundesgenosse offen auf unsere Seite zu stellen. Der Konflikt, in den Italien hineingeraten, würde natürlich offenkundig werden, wenn es zur Abstimmung käme, auf die Frankreich und England hinzuarbeiten schienen. Daher würde Marquis Visconti Venosta nur dann zur Abgabe seiner Stimme bereit sein, wenn Deutschland und Frankreich für dieselbe Sache stimmen. Wenn indes die Gegensätze zwischen beiden nicht zu überbrücken, wird der italienische Vertreter erklären, daß das Einsammeln von Stimmen überflüssig ist. Da die Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müßten, um Giltigkeit zu erlangen, ein Dissens aber vorliege, könne Italien nichts anderes tun, als sich der Stimme zu enthalten. Im übrigen, so fuhr der Minister fort, bliebe es natürlich bei der Vermittlerrolle. Marquis Visconti Venosta sei nach wie vor sehr sparsam mit Telegrammen, neuerlich hätte er nur gemeldet, daß er und der Vertreter Österreich-Ungarns bisher noch nicht Gelegenheit gehabt, direkt einzugreifen.

Aus allen Äußerungen des italienischen Herrn Ministers ging hervor, daß er sich in den Marokkostreit schon ziemlich eingearbeitet und auch über Vermittlungsmöglichkeiten nachgedacht hat. Namentlich die Polizeifrage beherrscht der Graf jetzt schon so ziemlich und begreift ganz klar, wohin trotz allen Geschreis und aller journalistischen Fälschungen Frankreich in Marokko eigentlich steuert.

Die Bankfrage dagegen hat der Graf noch nicht in den Kreis seiner Studien gezogen, sodaß ich ihm über dieselbe gestern einen eingehenden Vortrag hielt. An der Hand einer kleinen, gleichzeitig von mir ihm zu seiner privaten Informierung übergebenen Ausarbeitung dürfte er die auch in dieser Frage die beiden Parteien leitenden Gesichtspunkte — Internationalisierung und Angliederung — unschwer erkennen.

Monts

Nr. 7044

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 35 Algeciras, den 26. Februar 1906

Wie Euere Durchlaucht aus den telegraphischen Meldungen von hier hochgeneigtest haben entnehmen wollen, ist allmählich die Lage der Konferenzverhandlungen auf den Punkt gekommen, daß es sich nun entscheiden muß, ob Einigung über die Hauptfragen überhaupt

noch möglich sei. Es war immer vorauszusehen, daß die großen sachlichen Schwierigkeiten erst bei der Beratung über Bank- und Polizeiorganisation beginnen mußten. Deshalb waren alle anderen Materien der Verhandlung vorweggenommen und nach Beseitigung mancher Meinungsverschiedenheiten im einzelnen zur Erledigung gebracht worden. Neben dieser in Plenar- und Kommissionssitzungen geleisteten Arbeit gingen seit Beginn dieses Monats vertrauliche Besprechungen zum Zwecke des weiteren, vorbereitenden Einvernehmens zwischen den Franzosen und uns, das allein das Gelingen der ganzen Konferenzaufgabe sichern konnte. Von Anfang an ergab sich dabei eine Verschiedenheit der Gesichtspunkte, die nur durch konsequentes Festhalten an dem prinzipiell für richtig Erkannten, andererseits mit gegenseitigem Entgegenkommen in den Grenzen des Zulässigen überwindbar schien.

Wäre diese Vorarbeit ausschließlich von den Bemühungen der dafür verantwortlichen Personen abhängig geblieben, so hätte sie schon früher zu einem ausgleichenden Abschlusse führen können. Sie ist aber durch das Dazwischentreten der Presse derartig beeinflußt und gehindert worden, daß das Problem jetzt fast unlösbar wird.

Den überwiegenden Anteil an dem störenden Eingreifen in die geschäftsmäßige Tätigkeit der Konferenz hat die französische Presse, die sowohl durch ihre zahllosen Korrespondenten in Algeciras wie durch die Redaktionen in Paris beflissen gewesen ist, die hiesigen Vorgänge tendenziös auszubeuten. In den ersten Wochen wurde die Konferenz noch mehr als ein Stoff für feuilletonistische Verwertung betrachtet, dann hat man sich ihrer zur politischen Hetzerei gegen Deutschland bemächtigt, um eine öffentliche Meinung hervorzurufen, die den französischen Konferenzmitgliedern die Richtung vorschreiben solle.

Diese Strömung in der französischen Presse fing an nach dem Erscheinen des Lanessanschen Artikels im „Siècle“ unter Führung des „Temps“, der dann jede weitere Phase der hiesigen Verhandlung in seinen Leitartikeln mit feindlichen Auslassungen und Verdächtigungen gegen die deutsche Politik begleitet hat. Es war bald erkennbar, wie davon die französischen Konferenzdelegierten beeinflußt wurden. Seit dem Beginn der Polemik, die an dem erwähnten Artikel von Lanessan anknüpfte, hat sich ihre Sprache und ihre Haltung uns gegenüber geändert. Sie suchten immer mehr erkennen zu lassen, daß hinter ihnen jetzt eine Macht der patriotischen Überzeugung stehe, mit der sie in erster Linie rechnen müßten.

Wir haben dem gegenüber nach wie vor ohne Phrasen die hiesige Aufgabe in sachlichen und geschäftlichen Formen behandelt und sind dabei mit den französischen Kollegen auf dem Fuße vollster persönlicher Höflichkeit geblieben.

Ich darf hinzufügen, daß wir im Laufe der letzten Wochen, in denen unser Gegensatz zu den französischen Anschauungen mehr zutage getreten ist, bei den übrigen hiesigen Kollegen — trotzdem die französischen Reporter stets das Gegenteil melden — nicht an Terrain verloren haben. Eine Isolierung ist für uns auch jetzt ausgeschlossen[1]. Allerdings gestaltet sich das Verhältnis bei den beiden Hauptfragen verschieden: In der Bankfrage haben wir überhaupt die größere Zahl der Konferenzmitglieder auf unserer Seite, bezüglich der Polizeiorganisation halten sich jetzt mehrere auf dem Standpunkt, daß die Teilung zwischen französischen und spanischen Offizieren[2] mit Garantien für Kontrolle durch eine neutrale Macht genügen könne, um den Ausgleich herbeizuführen.

Wie sich nun das Schicksal der Konferenz weiter entwickeln werde, wir glauben die ehrerbietige Versicherung abgeben zu können, daß wir bei den hiesigen Verhandlungen unentwegt, Euerer Durchlaucht hohen Weisungen (zuletzt im Telegramm Nr. 47 vom 7. d. Mts. *) entsprechend, nur solche Entscheidungen im Auge behalten haben, die auf wirtschaftliche Gleichberechtigung aller in Marokko interessierten Mächte gegründet und mit der Würde des Reiches vereinbar waren. Diese Arbeit wird für die Zukunft keinenfalls eine vergebliche gewesen sein[3].

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Na? Na? nous verrons schadet aber gar nichts!
[2] Nein!
[3] gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
All right!
Einverstanden

---

* Siehe Nr. 6987.

Kapitel CLIII

Das zweite Stadium der Konferenz Österreichs Sekundantendienst. März—April 1906

Nr. 7045

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Algeciras, den 26. Februar 1906

Graf Welsersheimb teilt mir ganz vertraulich Entwurf eines Vorschlags mit, der allenfalls zur Vermittlung in Polizeifrage gemacht werden könnte, wie er glaubt als äußerstes, was von den Franzosen zu erlangen wäre. Marquis Visconti Venosta stimme dem bei.

Wir sind ebenfalls der Ansicht, daß mehr keinesfalls jetzt zu haben wäre.

Der Entwurf ist rein persönlicher Natur, mit niemand hier darüber gesprochen worden. Wann eventuell damit hervorzutreten ist, vorbehalte, da namentlich Marquis Visconti Venosta jetzt erst auf prinzipielle Verständigung* in Bankfrage drängt.

Der Vorschlag lautet:

„1. Le Sultan aura le commandement suprême de la troupe de police.

2. Le Sultan chargera des officiers français de l'organisation et du commandement de la troupe de police à Tanger, Larache et Radic**.

3. Le Sultan chargera des officiers espagnols de l'organisation et du commandement de la troupe de police à Tétuan et dans trois ports du sud.

4. Le Sultan nommera . . .*** un officier supérieur en rang qui sera chargé de l'organisation et du commandement de la troupe de police à Casablanca et qui en même temps fera fonction d'inspecteur général de toutes les troupes de police. Le Sultan le choisira librement parmi les officiers que lui présenterait, au nombre de trois et avec l'assentiment des puissances signataires, le Gouvernement, soit de la Suisse, soit des Pays-Bas, soit de la Belgique.

5. Les cadres de la troupe de police seront marocains.

---

* In der Entzifferung steht, jedenfalls irrtümlich, „Verständlichkeit".
** Gemeint ist wohl die Stadt Rabat.
*** Zifferngruppe fehlt.

6. L'administration et notamment la paie de la troupe s'effectuera par les employés européens, moyennant des fonds qui seront mis à leur disposition par la Banque d'Etat.

7. L'inspecteur général rendra compte de ses fonctions au corps diplomatique à Tanger qui aura à contrôler l'exécution de l'organisation policière."

Radowitz

Nr. 7046

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 82 Berlin, den 28. Februar 1906

Euerer pp. Telegramm Nr. 82* ist unsern Botschaftern in Wien und Rom mit folgenden Bemerkungen mitgeteilt worden:

„Wir sind bereit, den Vorschlag des Grafen Welsersheimb weiteren Verhandlungen zugrunde zu legen, wenn er in einigen Punkten entgegenkommender und präziser gefaßt wird. Um dem internationalen Charakter der Polizeiorganisation mehr Rechnung zu tragen, würde sich folgende Modifikation empfehlen: An der Organisation könnten neben den französischen und spanischen Instrukteuren auch österreichisch-ungarische, italienische und deutsche beteiligt werden, — in welchen Häfen und in welcher Weise, würde näherer Besprechung vorbehalten bleiben. Eine andere Kombination wäre, daß der Sultan in Tanger oder einem andern Hafen nach Wahl Frankreichs die Polizei ausschließlich durch französische Offiziere organisieren ließe, während in den übrigen Häfen Offiziere verschiedener Nationalitäten, darunter auch deutsche, zusammenwirkten."

Die Botschafter werden die Angelegenheit im vorstehenden Sinne mit der österreichisch-ungarischen und der italienischen Regierung besprechen und darauf hinwirken, daß deren Vertreter in Algeciras mit entsprechender Weisung versehen werden. Auch werden sie der Erwartung Ausdruck geben, daß die Vertreter keinesfalls mit Vorschlägen hervortreten werden, bevor sie sich darüber mit unsern Delegierten verständigt haben.

Euere pp. bitte ich, hiernach den Faden mit dem Grafen Welsersheimb und dem Marquis Visconti Venosta von sich aus weiterzuspinnen, ohne einen amtlichen Auftrag dazu durchblicken zu lassen.

---

* Siehe Nr. 7045.

Ferner bitte ich den Grafen Tattenbach mit Rücksicht auf seine Vertrautheit mit marokkanischen Verhältnissen sich persönlich über etwaige sonstige Vorschläge in der Polizeifrage zu äußern, deren Annahme uns eine ehrenvolle Verständigung ermöglichen würde.

Abgesehen von den vorstehend erwähnten Weisungen an unsere Botschafter in Wien und Rom ist auch sonst in den letzten Tagen von hier aus ein starker Druck auf Petersburg, Wien und Rom ausgeübt worden, so daß wir hoffen können, noch bessere Bedingungen zu erlangen. Damit unsere Demarchen Zeit haben zu wirken, erscheint es wünschenswert, die Beratung durch die allgemeine Versammlung etwas hinauszuschieben. Nur für Ew. persönliche und ganz vertrauliche Orientierung bemerke ich, daß es nicht in unserm Interesse liegt, wenn vor einer Einigung in der Polizeifrage diese im Plenum verhandelt und zur Abstimmung gebracht wird.

Bülow

Nr. 7047

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Paris, den 27. Februar 1906

Baron de Courcel* besuchte mich soeben, um mir mitzuteilen, daß er den Ministerpräsidenten noch nicht habe eingehend sprechen können, daß aber seine ersten Eindrücke im Ministerium und im politischen Kreise keine günstigen seien. Die Furcht, bei einer weiteren Internationalisierung das Prestige zu verlieren, scheine der leitende Gedanke zu sein. Baron de Courcel fügte hinzu, daß er den uns freundlichen Standpunkt, welchen er bei Euerer Durchlaucht eingenommen, aufs wärmste hier vertreten und immer noch eine leise Hoffnung habe, bis zu einem gewissen Grade Verständigung zu finden. Er bestätigte mir, daß der Minister wohl gegen seine innere Überzeugung von kurzsichtigen feindlichen Strömungen fortgerissen werde, die täglich wachsen.

Radolin

---

* Vgl. Kap. CLII, Nr. 7034—7036.

Nr. 7048

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 Algeciras, den 27. Februar 1906
[abgegangen am 28. Februar]

Nach dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen und vertraulichen Besprechungen erscheint uns eine Lösung der Bankfrage bei unverändertem Festhalten unseres Entwurfs ausgeschlossen.

Dagegen erachten wir eine Verständigung auf nachstehender Grundlage nicht für unmöglich.

1. Die Wahl des Verwaltungsrats erfolgt durch die Generalversammlung der Aktionäre, die jedoch gebunden ist an das Präsentationsrecht derjenigen bei der Gründung beteiligten Bankgruppen, welche sich noch im Besitz von mehr als der Hälfte des ursprünglichen Geschäftsanteils befinden. Die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrats entspricht der Zahl der Geschäftsanteile.

2. Die marokkanische Regierung ernennt einen Oberkommissar, der die Geschäftsführung der Bank und die Handhabung des Notenprivilegs, und einen Spezialkommissar, der die Geschäfte des Staatsschatzes mit der Bank kontrolliert.

3. Die diplomatischen Vertreter der Konferenzmächte in Tanger wählen aus ihrer Mitte drei Censeurs, welche den Conseil de surveillance bilden, der im wesentlichen die von unserem Entwurf vorgesehenen Befugnisse haben würde.

4. Die Gerichtsbarkeit über die Bank als Beklagte übt in Marokko ein ungefähr nach Artikel 4 unseres Entwurfs gebildeter Gerichtshof, gegen dessen Urteile bei größeren Streitobjekten, etwa über 10 000 frcs, Revision an das Schweizer Bundesgericht zulässig ist. Letzteres entscheidet auch zwischen der Bank und der marokkanischen Regierung über Rechtsstreitigkeiten und über Meinungsverschiedenheiten betreffend den Inhalt der Konzession.

5. Jeder Konferenzstaat kann sich mit einem Geschäftsteil beteiligen. Den von Marokko ohne Aussicht auf Erfolg erhobenen Anspruch auf zwei Geschäftsanteile haben wir unterstützt.

Das französische Bankkonsortium tritt die Rechte aus Artikel 33 des Anleihevertrags vom 12. Juni 1904 an die Staatsbank ab und erhält dafür das Recht, einen Geschäftsanteil zu übernehmen. Wir haben die Rechtsgültigkeit und die tatsächliche Bedeutung dieser Rechte bisher entschieden bestritten, halten unsere Stellung aber nicht für unanfechtbar und möchten zu einer Konzession raten. Tritt das Konsortium auch die politisch wichtigeren und nicht anzufechtenden

Rechte aus Artikel 32 des Vertrags ab, so würde die Überlassung von zwei Geschäftsanteilen zu rechtfertigen sein.

6. Dauer des Privilegiums 40 Jahre. Unseres Erachtens haben wir nur darauf Wert zu legen, daß das Privileg über die Maximaldauer des Vertrags vom 12. Juni 1904 hinaus reicht.

7. Die Höhe des Grundkapitals beträgt mindestens 15 Millionen frcs, nähere Bemessung bleibt in Ermangelung bestimmter Anhaltspunkte vorbehalten. Die Festsetzung erfolgt nicht in Peseten, sondern in Gold, was bankmäßig den Vorzug verdienen dürfte.

8. An Stelle des Artikels 16, Satz 1 unseres Entwurfs tritt die Fassung des Konferenzprogramms II, Satz 2. Spanien widerruft den Hinweis auf die Schaffung einer neuen marokkanischen Münze. Es möchte seinen Pesetaumlauf in Marokko erhalten und verlangt deshalb die Aufnahme einer Vorschrift, nach welcher die Bank verpflichtet sein soll, spanische Peseten zum Tageskurs in Zahlung zu nehmen. Dieses Verlangen haben wir vorerst zurückgewiesen, um der Münzreform nicht Hindernisse zu bereiten.

9. Schaffung einer Commission d'escompte in Tanger, die wir nicht für notwendig halten, die aber unter Umständen nützlich sein kann, und auf die Italien Wert zu legen scheint.

10. Sitz der Bank in Tanger. Wo die Generalversammlung und der Verwaltungsrat tagen, wird durch Beschluß der Generalversammlung festgestellt.

11. Möglichst gleichmäßige Berücksichtigung der verschiedenen Nationalitäten bei Besetzung der Bankstellen soll der Verwaltung zur Pflicht gemacht werden. Um in dieser Hinsicht eine gewisse Garantie zu schaffen, erfolgt nicht nur die Wahl der Direktoren, sondern auch die der Vorstände der Sukkursalen und Agenturen durch den Verwaltungsrat.

12. Die in Artikel 17 unseres Entwurfs vorgesehenen Bestimmungen über Polizeiorganisation und dringende öffentliche Arbeiten sind in diesem Zusammenhang noch nicht erörtert worden. Diese Vorschriften, die nicht eigentlich zum Bankwesen gehören, dürften, da sie für die jetzt von uns vorgeschlagene Gestalt der Aufsichtsinstanz nicht mehr ganz passend, um so eher hier fortzulassen und in angemessen veränderter Gestalt an anderer Stelle des Schlußprotokolls nachzuholen sein.

13. Die Kosten der Polizeiorganisation dürften erst bei Erörterung des Polizeireglements zu ordnen sein. Diejenigen für die öffentlichen Arbeiten werden in den für die Caisse spéciale vereinbarten Festsetzungen (§ 8 des projet de déclaration concernant les impôts) sicherzustellen sein. In beiden Punkten läßt sich vielleicht eine entscheidende Mitwirkung des gesamten diplomatischen Korps erreichen.

Eine Regelung der Bankfrage auf der vorbezeichneten Grundlage würde, wie uns scheint, trotz mancher Konzessionen unsere grund-

werden könnte, wobei ich persönlich für den Modus eintrat, daß womöglich nur Offiziere von je zwei Nationen in einer Truppe wirkten, weil sich meiner Ansicht nach dadurch Gruppenbildungen und Reibungen leichter vermeiden lassen. Ich habe dem Grafen Goluchowski anheimgegeben, diesen Punkt in seinem Vorschlag eventuell zu berücksichtigen, dabei aber gleichzeitig der Meinung Ausdruck gegeben, daß diese Details sich nach Annahme der Prinzipienfrage vielleicht am besten in Algeciras würden regeln lassen.

Der Minister gab demnächst in meiner Gegenwart dem Baron von Biegeleben den Auftrag, sofort die nötigen Telegramme abzufassen, die den Grafen Lützow wegen Besprechung mit Graf Guicciardini und Baron Sonnino mit Weisung versehen, den ersten Delegierten in Algeciras vorläufig orientieren und den Grafen von Khevenhüller anweisen, einen Druck auf die französische Regierung zu üben.

Sowie der K. und K. Botschafter in Rom antworte, daß das römische Kabinett den Marquis Visconti Venosta instruiere, im Sinne unseres Vorschlags seine Vermittelungsaktion einzuleiten, werde Graf Welsersheimb angewiesen werden, im Verein mit seinem italienischen Kollegen vorzugehen.

Ich habe dem Grafen für sein Entgegenkommen gedankt und ihm sowohl wie dem Baron von Biegeleben ans Herz gelegt, daß es mir für das Gelingen der Aktion erforderlich erscheine, wenn Österreich-Ungarn aus seiner bisher scheinbar in Algeciras beobachteten Reserve heraustrete und keinen Zweifel darüber lasse, daß es rückhaltlos auf der Seite der Internationalisierung des Reformwerks stehe.

Wedel

Nr. 7050

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 86 Rom, den 27. Februar 1906

Marquis Rudini suchte mich heute nachmittag auf, um mir die Gefühle hoher Verehrung für unsere allergnädigsten Majestäten und seine Glückwünsche zu dem heutigen Doppelfeste* auszusprechen. Er würde auch abends, trotzdem er fast nie spät ausgehe, erscheinen, um gerade in der heutigen kritischen Zeit seine unbedingte Deutschfreundlichkeit zu affichieren.

---

* An die Feier der Silbernen Hochzeit des deutschen Kaiserpaares (25./27. Februar) schloß sich am 27. die Vermählung des Prinzen Eitel Friedrich mit der Herzogin Sophie Charlotte von Oldenburg.

Das Gespräch lenkte sich alsbald auf Algeciras. Herr von Rudini beurteilt die Sachlage sehr ungünstig. Er meint, es wäre am besten, wenn die Konferenz sich so bald als möglich vertagt, damit nicht protokollarisch die Differenzpunkte zwischen uns einerseits, Frankreich und England andererseits verewigt werden. Sei erst einmal vor aller Welt der Désaccord verbrieft und offenkundig geworden, so würde ein späterer Vergleich schon deshalb höchst schwierig sein.

Sein Vaterland sei bei der Angelegenheit nicht ohne die Schuld der italienischen Staatsmänner ernsthaft engagiert. Er müsse es wiederholen, daß die Arrangements mit Frankreich dem Geiste des Dreibundes widersprächen. Wäre er Conseil-Präsident, so würde er je eher je lieber diese Abmachungen kündigen. Er kenne ihren Inhalt nicht genau, doch wisse er, daß der Souverän seine Unterschrift nicht unter dieselben gesetzt hat. Somit läge glücklicherweise nur ein Notenaustausch oder eine ministerielle Vereinbarung vor. Nach strengem, konstitutionellem Brauche wäre also ein neues Ministerium nicht unbedingt gebunden. Jedenfalls hätte man gut getan, uns den Wortlaut dieser Abmachungen zu unterbreiten, damit wir entscheiden könnten, ob Italien dieselben kündigen soll. Dann hätte Marquis Visconti Venosta in Algeciras offen Farbe bekennen können und nicht nötig, die jetzige peinliche Rolle zu spielen.

So einfach wie mit Frankreich lägen die Dinge für Italien mit England leider nicht. Als Herr Mancini seinerzeit die Tripelallianz abgeschlossen, sei bekanntlich England der Zutritt zu derselben vorbehalten worden. Als er, Rudini, zum erstenmal den Vertrag erneuert, hätte er Marquis Salisbury befragt, wie man in England über diesen Vorbehalt denke. Der englische Premier hätte erwidert, es wäre nicht nötig, auf jenen Vorbehalt expressis verbis zurückzukommen, da in der politischen Lage sich nichts geändert habe. Der zweiten Erneuerung der Tripelallianz sei das Telegramm Seiner Majestät des Kaisers und Königs an den Präsidenten Krüger etwa ein Jahr voraufgegangen. Infolgedessen hätte er damals Euerer Durchlaucht als hiesigem Botschafter erklärt, daß die Allianz Italien zu keinem bewaffneten Eintreten gegen England verpflichten dürfe. Nur unter dieser Voraussetzung erneuere er den Dreibundvertrag. Denn Italien könne bei seiner ungedeckten langgestreckten Küste und den unzureichenden Seestreitkräften der Alliierten sich nicht dem Angriff übermächtiger Flotten aussetzen. Zu einer schriftlichen Festsetzung sei es indes nicht gekommen. Doch wären wir unzweideutig und loyal von ihm über den casus impotentiae England gegenüber aufgeklärt worden. — Wie ich in Parenthese gehorsamst bemerken darf, decken sich des Marquis Äußerungen so ziemlich mit den hiesigen Akten. — Seiner Ansicht nach sei es Pflicht der italienischen Regierung, das Berliner Kabinett auf die damalige Erklärung und auf die Lage der Dinge in Italien aufmerksam zu machen. Ein kriegerischer Konflikt

mit Frankreich würde Italien, wenn das Kabinett einigermaßen seine Schuldigkeit tut, an unserer Seite sehen. Wenn aber England mit Frankreich gemeinsame Sache gegen uns macht, so würde keine Regierung stark genug sein, eine geordnete Mobilmachung durchzusetzen. Wir wären immer gute und aufrichtige Freunde Italiens gewesen, wir würden daher nicht verlangen, daß Italien eine Last auf sich nehme, die dasselbe erdrücken müßte, und die es tatsächlich nicht tragen kann. Das Land und seine vielen offenen Küstenplätze wären schutzlos einem seegewaltigen Gegner gegenüber, wenn die Regierung, was bei der Volksstimmung notabene ganz ausgeschlossen, für uns die Waffen ergreift. Er bedauere, daß nicht schon längst die italienische Regierung, als die ersten Marokkowolken sich zeigten, oder lieber noch vorher, als sich zusehends die deutsch-englischen Beziehungen verschlechterten, uns ganz offen die Zwangslage Italiens auseinandergesetzt habe. Von Frankreich könne und müsse man sich losmachen. Ein englisch-deutscher Konflikt aber versetze sein Vaterland in die Unmöglichkeit, einen Allianztraktat zu halten, dessen Prämisse die Freundschaft des britischen Reiches zu den Dreibundstaaten gewesen ist. Der Dreibund habe überhaupt mehr eine kontinentale Bedeutung. Dadurch aber, daß wir als einziger der Dreibundstaaten seit kurzer Zeit durch unseren Handel und unsere Industrie sowie durch die wachsende Zahl unserer Einwohner notgedrungen in eine Weltpolitik gedrängt worden, hätte sich die Basis der Allianz etwas verschoben.

Marquis Rudini fügte seinen Auseinandersetzungen noch bei, daß seine Beurteilung der Lage sich ziemlich mit der von Baron Sonnino decke. Letzterer habe wirkliches Verständnis für die Beziehungen von Nationen untereinander, was er von dessen Vorgängern im Präsidium des Conseils und den letzten Ministern des Äußern leider nicht behaupten könne. Dieselben hätten nur von der Hand in den Mund gelebt und die ernsten Zeichen der Zeit nicht verstanden.

Auf meine Bemerkung, daß im jetzigen Ministerium nach allgemeinem Urteil ein ziemlich starker frankophiler Einschlag wäre, lachte Marquis Rudini. Baron Sonnino und Graf Guicciardini seien nicht die Männer, um sich die Butter vom Brot nehmen zu lassen. Übrigens habe er gestern eine lange Konversation mit Herrn Luzzati gehabt. Wir schienen demselben tüchtig eingeheizt zu haben, denn momentan schwöre er auf Deutschland. Das hindere aber nicht, daß er nach Empfang französischer Briefe und nach Bearbeitung durch Herrn Barrère wieder mehr nach der andern Seite neige. Indessen müsse ihn die Sorge für seine Finanzen und die Rentenkonvertierung immer wieder zu uns treiben. Außerdem wäre es seinem klaren Verstande nicht entgangen, daß wir in Wahrheit die Verteidiger des Friedens und des europäischen Status quo sind.

Monts

Nr. 7051

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 89 Algeciras, den 3. März 1906

In heutiger Plenarsitzung wurde der gesamte, aus den Erörterungen der Redaktionskommission hervorgegangene Entwurf des Staatsbankprojekts durchberaten.

Es ergab sich Einverständnis über Errichtung der Staatsbank (Artikel 1), deren Ausstattung mit dem ausschließlichen Notenrecht unter näherer Regelung des Einlösungsfonds und dem Recht, alle Arten von Bankgeschäften zu betreiben ([Artikel] 2), ihre Betrauung mit den Funktionen einer Staatskasse (Artikel 3), über Staatsschutz und Steuerfreiheit der Bank (Artikel 10 und 11), über Einsetzung eines marokkanischen haut commissaire und dessen Befugnisse (Artikel 12), über Ausarbeitung der Statuten durch ein Spezialkomitee, welches von den beteiligten Staaten oder Banken ernannt wird (Artikel 16), über Bildung des Verwaltungsrats aus den von den Gründern zu bezeichnenden Persönlichkeiten (Artikel 19) und endlich über grundsätzlich gleiche Verteilung des Grundkapitals unter die Konferenzmächte (einschließlich Marokko). Die Erörterung des Anspruchs auf vier Parten für die französischen Banken wurde zurückgestellt.

Über die übrigen, in der Kommission streitig gebliebenen Hauptpunkte kam im wesentlichen noch keine weitere Einigung zustande.

Genehmigt wurde zwar die Errichtung eines Kollegiums von drei Zensoren, die über die legale Beobachtung des Statuts wachen sollen (Artikel 20, Absatz 1). Gegen die Entnahme dieser Zensoren aus dem diplomatischen Korps erhob aber unter Hinweis auf dessen mangelnde Sachkunde Frankreich entschiedenen Widerspruch, und diesem schlossen sich die Vertreter von England, Rußland und Spanien an.

Dieselben drei Vertreter befürworteten auch den französischen Antrag auf Übertragung der Rechtsprechung in Prozessen gegen die Bank an französische Gerichte. Nur für Prozesse des Machsen gegen die Bank und allenfalls auch für Prozesse der Aktionäre gegen die Bank wollte bisher Révoil das Lausanner Bundesgericht annehmen.

Ebenso scheiterte unser Versuch, die programmäßige Sanierung der marokkanischen Münze vor Gefährdung durch Rücksichtnahme auf die spanischen Münzinteressen zu schützen, an dem Widerspruch der genannten vier Mächte, denen sich diesmal auch Amerika anschloß[1].

Unser Eindruck von der heutigen Sitzung ist kein günstiger.

Zum ersten Male eigentlich trat uns eine feste französische, englische, russische, spanische Gruppe entgegen*. In solchen Fällen ver-

* In einem Berichte vom 9. März (Nr. 38), dem das provisorische Protokoll der Sitzung vom 3. März beigefügt war, bemerkte Radowitz bezüglich dieser

mied Marquis Visconti Venosta entsprechend seinen bisherigen Instruktionen möglichst eine direkte Stellungnahme, ebenso White. Die kleineren Staaten griffen wie auch bisher schon in die Verhandlung meistens überhaupt nicht ein. Nur Österreich-Ungarn hielt fest zu uns.

Die Erörterung der Bankfrage wird Dienstag, den 6. d. Mts., in Plenarsitzung fortgeführt.

Radowitz

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Wenig erfreulich! B. 4/3
Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Tun wir gut daran, uns auf solche Detailpunkte zu versteifen?

Nr. 7052

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 St. Petersburg, den 3. März 1906

Regierungsorgan bringt in gestriger offiziöser Abendausgabe ausführlichen Artikel über Marokkoangelegenheit, worin es heißt, allein Deutschland widersetze sich dem Bestreben Frankreichs, zusammen mit Spanien für die Ordnung in Marokko zu sorgen. Rußland erkenne an, daß die Vorschläge des treuen Bundesgenossen maßvoll seien.

Gruppenbildung noch: „Wie aus dem Protokoll ersichtlich, war am Schlusse dieser Sitzung die Frage angeregt worden, ob es zweckmäßiger sei, erst möglichst die Frage der marokkanischen Staatsbank zum Austrag zu bringen oder gleich mit Besprechung der Polizeifrage vorzugehen. In vorangegangenem Gedankenaustausch darüber mit einigen Kollegen, namentlich mit Marquis Visconti Venosta, war die Meinung vorherrschend geblieben, daß es besser sei, die Erörterung der Polizeifrage noch einige Tage aufzuschieben und indessen sich mehr mit der Bank zu beschäftigen. Bei der Festsetzung der nächsten Tagesordnung regte dann Sir Arthur Nicolson in der Sitzung an, jedenfalls zunächst über die Polizeiorganisation sich zu äußern. Als der Präsident darüber die Meinungen der verschiedenen Delegierten einholte, blieb ich bei der jüngst ausgesprochenen Ansicht, aber die meisten anderen gaben nun dem Wunsche nach, beide Fragen nebeneinander zu behandeln. Marquis Visconti Venosta änderte also seine Meinung. Schließlich hatte die Sache an sich nur eine ganz untergeordnete Bedeutung als Frage der Prozedur, wie ähnliche wiederholt in der Konferenz vorgekommen und nach Ansicht der Mehrheit bestimmt worden sind. Um so abgeschmackter und unmotivierter ist es, daß die französische Presse auf Grund der von hier erstatteten Meldungen ihrer Reporter daraus gesucht hat, ein großes politisches Ereignis zu machen und über die Niederlage Deutschlands Lärm zu schlagen. Die Artikel darüber, die erst jetzt hier bekannt geworden sind, zum Beispiel im „Matin", „Figaro", „Echo de Paris" und „Temps", sind für jeden, dem die hiesigen Vorgänge bekannt, lächerlich, aber auf Wirkung für das draußen stehende Publikum berechnet. Wenn Frankreich nicht andere „grandes victoires" erringen kann als diese, so sind die gallischen Ansprüche recht heruntergegangen." Vgl. dazu auch Tardieu, La Conférence d'Algésiras, p. 278 ss.

Die deutsche Diplomatie möge ihren Zweifeln und ihrem Mißtrauen entsagen, zumal ja Deutschland bekanntermaßen keinen Bruch mit Frankreich herbeiführen wolle. Bei seiner Friedensliebe werde Deutschland gewiß versöhnliche Vorschläge zu finden wissen, um die Streitpunkte zu beseitigen. Hierdurch werde es sich ein Verdienst um das Wohl Europas erwerben. Deutschland möge den französischen Vorschlag wegen der gemeinsamen Verwaltung der marokkanischen Polizei durch Frankreich und Spanien im Prinzip annehmen, worauf die weiteren Verhandlungen sich darauf zu erstrecken hätten, Garantien für die berechtigten Interessen Deutschlands zu schaffen.

Der Wortlaut dieses Artikels deckt sich dem Sinne nach völlig mit den von dem Grafen Lamsdorff und dem Grafen Witte zu mir gemachten Äußerungen. Es muß nur auffallen, daß die russische Regierung zur öffentlichen Darlegung ihres Standpunkts in diesem Augenblick der Verhandlungen schritt, ohne sich um den Eindruck zu bekümmern, welchen der Artikel in Deutschland hervorruft.

Auch sonst ist in hiesigen diplomatischen Kreisen die Ansicht verbreitet, Rußland habe sehr nachdrücklich der Kaiserlichen Regierung zum Nachgeben geraten.

Augenscheinlich will die russische Regierung sich den französischen Geldmarkt günstig stimmen und ein eventuelles Entgegenkommen Deutschlands in erster Linie sich selbst zum Verdienst anrechnen.

Nicht ausgeschlossen scheint mir, daß Rußland mit seinen Vorstellungen an unsere Adresse auf Druck Frankreichs handelt, das nur unter der Bedingung der dringenden Geldnot Rußlands entgegenzukommen bereit sein dürfte, daß Rußland in Marokkofrage offen auf seine Seite tritt und uns in Hinsicht auf kriegerische Verwickelungen unsere Isolierung vor Augen hält.

Schoen

Bemerkung von Tschirschkys am Kopf des Schriftstücks:
Ich habe ernste Bedenken, dieses Telegramm ohne jeden Kommentar Seiner Majestät vorzulegen. Vielleicht nehmen Euere Durchlaucht morgen früh Gelegenheit, Seine Majestät mündlich davon in geeigneter Weise zu unterrichten.
Ty.

Bemerkung des Fürsten von Bülow zu Tschirschkys Bemerkung:
Einverstanden. B.

Nr. 7053

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 90 Algeciras, den 3. März 1906

Graf Welsersheimb und Marquis Visconti Venosta haben die Mitteilungen ihrer Regierungen in Polizeifrage erhalten. Mit beiden habe

ich eingehend darüber gesprochen. Sie sind übereinstimmend der Ansicht, daß eine Mediation auf den ihnen durch die neueste Weisung vorgeschriebenen Grundlagen bei den Franzosen jetzt absolut aussichtslos sein würde. Sie haben ebenso wie White die Überzeugung, daß der Druck der öffentlichen Meinung in Frankreich zu stark geworden sei, so große Konzessionen im Sinne der Internationalität der Marokkopolizei noch zu ermöglichen. Marquis Visconti Venosta äußert als seinen ganz persönlichen Eindruck, daß die Franzosen den jetzigen Vorschlag für weniger annehmbar erachten müßten als wie den unserigen vom 13. Februar. Auch meinte er, er glaube kaum, daß italienische Polizeioffiziere für Marokko sich finden würden.

In heutiger Sitzung ist — obschon wir uns dagegen ...* — auf Verlangen der meisten anderen Delegierten abgemacht worden, daß am Montag nachmittag eine vorläufige Besprechung im Komitee der Konferenz über die Polizeifrage stattfinden soll, bei der es aber weder zu Beschlußfassung noch zu Abstimmung kommen kann. Graf Welsersheimb und Marquis Visconti Venosta wollen jedenfalls Ergebnis davon abwarten vor weiteren Schritten. Der französische Standpunkt wird sich danach wohl besser beurteilen lassen.

Graf von Tattenbach behält sich in Antwort auf Telegramm Nr. 82** besondere Berichterstattung vor.

Radowitz

Nr. 7054

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 92 Algeciras, den 4. März 1906

Im Anschluß an Telegramm Nr. 89***.

Nach der Sitzung fand gestern abend noch zwischen Graf Tattenbach und Herrn Révoil eine private eingehende Erörterung der streitig gebliebenen Punkte in der Bankfrage statt, durch die anscheinend die Chancen der Verständigung sich wesentlich verbessert haben.

Radowitz

---

* Zifferngruppe unverständlich.
** Siehe Nr. 7046.
*** Siehe Nr. 7051.

Nr. 7055

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Privat Berlin, den 4. März 1906

Radowitz drahtet*, daß gestern abend nach der Sitzung zwischen Tattenbach und Révoil eine private eingehende Erörterung der streitigen Punkte in der Bankfrage stattfand, durch welche, wie Radowitz glaubt, die Chancen der Verständigung sich wesentlich gebessert haben.

Ich bitte vorstehendes an Baron Courcel mitzuteilen und ihn daran zu erinnern, daß wir beiden hier darüber einig waren, wieviel besser eine direkte Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich sein würde als eine solche durch Vermittelung Dritter. Von diesen ehrlichen Maklern gibt es zwei Kategorien: Die einen möchten sich Frankreich verpflichten, indem sie der deutschen Regierung mit allgemeinen Redensarten zur Nachgiebigkeit raten. Die zweite, gefährlichere Kategorie wartet den geeigneten Augenblick ab, um alsdann mit Vorschlägen zu kommen, welche darauf berechnet sind, die Gereiztheit zwischen Frankreich und Deutschland noch zu verschärfen. Die Vorteile, welche Deutschland bestenfalls dadurch erlangen könnte, würden meines Erachtens außer Verhältnis stehen mit der vermehrten Belastung durch französische Eifersucht.

Auf Courcel ist es natürlich zurückzuführen, wenn Révoil in der Bankfrage halbwegs annehmbare Vorschläge macht. Gerade weil Courcel nach außen hin nichts von sich merken läßt, bin ich überzeugt, daß er in der Stille weiter arbeitet. Sag' ihm, er soll versuchen, ob nicht in der Polizeifrage auch etwas halbwegs Annehmbares direkt zuwege zu bringen sein würde. Ich bekomme mehr und mehr die Überzeugung, daß die Neutralen ziemlich ohne Ausnahme die Gelegenheit benutzen möchten, um ihre eigenen Interessen verschiedenster Art zu fördern. Eine direkte Verständigung zwischen uns und Frankreich würde ich für besser halten als den Abbruch oder die Vertagung der Konferenz. Letztere wird von einzelnen Neutralen gewünscht, ich würde aber eine Verständigung vorziehen, die den Anstand rettet und uns über die nächsten Jahre hinweghilft. Es kommt also drauf an, daß während dieser Übergangszeit Frankreich nicht allein oder mit seinem spanischen Vasallen die marokkanische Verwaltung tatsächlich in der Hand hat. Die Rolle der Kleinstaaten — eines oder mehrerer — müßte vergrößert werden. Warum hat Frankreich dagegen eine solche Abneigung? Besprich dies alles mit Courcel. Antwort privat oder amtlich nach Belieben. Die kommende Woche dürfte entscheidend werden.

Holstein

---

* Vgl. Nr. 7054.

Nr. 7056

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 Wien, den 4. März 1906

Da Graf Goluchowski seit einigen Tagen wegen Heiserkeit fast völlig stimmlos ist, schickte er mir vorhin den Baron von Biegeleben, der mir ein sehr pessimistisch gehaltenes Telegramm des Grafen Welsersheimb über den Verlauf der gestrigen Sitzung vorlas. Letzterer erklärt, daß er seinen nach unseren Wünschen modifizierten Vermittelungsvorschlag nach der gestrigen Fahnenflucht des Marquis Visconti Venosta und nach der Stellungnahme auch der kleineren Staaten gegen uns für hoffnungslos halte und es deshalb für zweckmäßig erachte, denselben gar nicht einzubringen. Baron von Biegeleben stellte im Auftrage seines Ministers die Frage an mich, ob wir bei dieser Sachlage nicht geneigt sein würden, auf den ursprünglichen Graf Welsersheimbschen Vorschlag unter verschärfter internationaler Kontrolle zurückzukommen, und ob es nicht angezeigt sei, daß man von hier aus eine diesbezügliche direkte Demarche in Berlin mache. Ich habe erstere als nach meiner Überzeugung ausgeschlossen bezeichnet, von letzterer aber als nutzlos abgeraten. Der Hofrat fragte darnach, ob ich entgegen den Bedenken seines Chefs die Einbringung des Vermittelungsvorschlags dennoch für erwünscht halte, was ich unter Appell an die Bundesfreundschaft entschieden bejahte.

Ich habe mich hierauf sofort zu dem Grafen Goluchowski begeben, der unter dem Eindruck des italienischen Abfalls stand, den er für um so ernster und bedeutungsvoller hält, als derselbe ohne jeden zwingenden Grund in einer die italienischen Interessen gar nicht berührenden Formfrage erfolgt sei. Der Graf erklärte mir, er könne unter diesen Verhältnissen einen Antrag nicht stellen, der von Haus aus, weil hoffnungslos, des Charakters einer Vermittelung entkleidet sein und der daher unfehlbar zu einem diplomatischen Echec führen würde. Ich habe den Minister in eindringlicher und ernster Weise darauf hingewiesen, daß ein solcher Entschluß gleichbedeutend mit einer Waffenstreckung vor unberechtigten französischen Prätensionen sei, und von ihm schließlich das Versprechen erhalten, den ersten Delegierten anzuweisen, den Vermittelungsvorschlag nach dessen Ermessen im geeigneten Moment und für den Fall einzubringen, daß sein italienischer Kollege sich ihm anschließt und der Aktion damit das nötige Gewicht verleihe.

Eben nun, während ich dieses Telegramm schrieb, erschien Baron von Biegeleben abermals bei mir, um mir ein gerade eingegangenes weiteres Telegramm aus Algeciras vorzulesen. Graf Welsersheimb

meldet darin, daß Marquis Visconti Venosta den ihm von seiner Regierung hinsichtlich des Vermittelungsvorschlages erteilten Auftrag als durchaus hoffnungslos abgelehnt habe. Der Marquis hat seine gestrige Abstimmung seinem österreichischen Kollegen gegenüber dahin motiviert, daß die Bankfrage zunächst in der Kommission weiter gefördert werden müsse, und daß er daher die vertrauliche Erörterung der Polizeifrage für angezeigt erachtet habe.

Im Anschluß hieran ließ Graf Goluchowski mir sagen, er stehe nunmehr davon ab, den Grafen Welsersheimb, der den Vermittelungsvorschlag seinerzeit auch in dem letzten Telegramm als völlig hoffnungslos bezeichnete, zur Einbringung desselben anzuweisen. Im übrigen aber stelle er uns seine Vermittelung in völlig loyaler Weise dahin zur Verfügung, daß er entweder den ursprünglichen Graf Welsersheimbschen Vorschlag an die Konferenz bringe oder aber den mir seinerzeit mitgeteilten Gedanken zu einem Antrag formuliere, daß man nämlich nach Punkt 3 unserer Anträge dem Sultan die Wahl der Staaten, aus denen die Offiziere zu wählen seien, überlasse, demselben aber gleichzeitig ohne Aufnahme in die Konferenzakten empfehle, die Offiziere der französischen und spanischen Armee zu entnehmen.

Ich habe dem Hofrat gesagt, ich würde diese Mitteilungen Euerer Durchlaucht melden, doch sei ich von Haus aus überzeugt, daß das Anerbieten auf keine Annahme rechnen könne, und daß wir uns eher auf den Status quo, d. h. die Madrider Konvention, zurückziehen würden.

Wedel

Nr. 7057

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 55 Berlin, den 5. März 1906

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 52*.

Zu Euerer Exzellenz ganz vertraulicher Orientierung.

Nach heute eingegangenen zuverlässigen Nachrichten scheint man in Paris jetzt geneigter, uns in der Polizeifrage hinsichtlich der Offenen Tür und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung die erforderlichen Garantien zuzugestehen. Gegenüber dieser Sachlage können wir auch den Welsersheimbschen Vorschlag akzeptieren, insofern die in Punkt 4 und 7 gegebenen Voraussetzungen Berücksichtigung finden.

Bülow

---

* Siehe Nr. 7056.

Nr. 7058

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 88 Berlin, den 5. März 1906

Einverstanden mit Privattelegramm von Baron Holstein von gestern abend*. Wir müssen aber, da Gefahr im Verzuge, bis morgen, Dienstag, vormittag Klarheit darüber haben, ob und unter welchen Bedingungen durch Baron Courcel und auf dem Wege einer direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich etwas zu erreichen ist. Natürlich kann es sich nur um Skizzierung der Hauptpunkte handeln.

Bülow

Nr. 7059

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 83 Paris, den 5. März 1906
[aufgegeben am 6. März]

Antwort auf Telegramm Nr. 88** und Privattelegramm von Exzellenz Holstein***.

Ich habe sofort Baron de Courcel gesprochen und ihm Inhalt Privattelegramms mitgeteilt, mit dem er in allen Punkten einverstanden ist. Auch er hält direkte Verständigung für bestes Mittel[1], ist aber überzeugt, daß Einräumung einer größeren Rolle an Kleinstaaten hier unannehmbar sein würde. Vielleicht, meint er, könne äußersten Falles (wiewohl er auch dies in jetziger Stunde[2] für kaum erreichbar ansieht), wenn es sich nur um einen Kleinstaat handelt (wie im Privattelegramm steht), dies noch in Erwägung gezogen werden.

Baron de Courcel ist gleich ins Auswärtige Amt gefahren, um im gewünschten Sinne zu sprechen; er verreist leider gleich darauf heute abend auf zwei Tage[3]. Ich hoffe vorher ein Wort von ihm über das Ergebnis seiner Besprechung zu bekommen, wiewohl er es mir nicht versprechen konnte[3]. Baron de Courcel hatte gestern längere Unterredung mit König von England†, den er versöhnlich fand, und der der Hoffnung Ausdruck gab, daß man schließlich noch bei gutem Willen zu einer Verständigung kommen würde. Der König hätte, wie Baron de Courcel mir sagte, mich gern sprechen wollen, er habe es

* Siehe Nr. 7055.
** Siehe Nr. 7058.
*** Siehe Nr. 7055.
† Am 3. März hatte König Eduard VII. auf der Durchreise nach Biarritz sich einen Tag in Paris aufgehalten und bei dieser Gelegenheit nicht nur den

aber unterlassen müssen, weil er sonst gezwungen gewesen wäre, alle Botschafter zu empfangen.

Baron de Courcel sagte mir vertraulich als persönliche Ansicht, daß, wenn wir Frankreich irgend eine Zusicherung geben könnten, daß nach Ablauf der Übergangsperiode wir die „martingale" nicht anziehen, d. h. keine Kompensation oder marché für Marokko verlangen würden, um den Franzosen ihren Einfluß dort dann streitig zu machen, er die Hoffnung habe, daß man sich über die Polizeifrage vorläufig verständigen könnte. Die sonstigen Geschäfte, die wir mit Frankreich haben, würden in sich genügend Kompensation finden; das gegenseitige Vertrauen würde unzweifelhaft wiederkehren und für uns einen größeren, nachhaltigeren Vorteil bieten, als was wir je in Marokko finden könnten[4].

Die Algecirasabstimmung hat sich, wie Baron de Courcel von Herrn Rouvier hörte, von selbst ergeben und wäre durchaus nicht als Sieg Frankreichs anzusehen. Dieselbe böte vielmehr für Deutschland eine Gelegenheit, den Wünschen der meisten Mächte Rechnung zu tragen, ohne sich dabei etwas zu vergeben. Radolin

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Ist österreichische (italienische) Vermittlung nicht besser?
[2] !!
[3] !
[4] Sollen wir das tun?

Nr. 7060

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 Algeciras, den 5. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 82 vom 28. v. Mts.*

Gutachten des Grafen Tattenbach:

I. Die Internationalisierung der Polizeiorganisation ist grund-

Präsidenten Fallières aufgesucht, sondern auch mit Delcassé konferiert. Der belgische Gesandte A. Leghait nennt die Zusammenkunft des englischen Königs mit Delcassé in einem Bericht vom 6. März (Zur Europäischen Politik 1897 bis 1914, ed. B. Schwertfeger II, 105) „une démonstration très significative qui déconcerte par l'étendue et la gravité des conséquences qu'elle peut avoir". Des weiteren bemerkt Leghait: „En appellant à lui, celui dont l'Allemagne a exigé la retraite, il a donné une consécration nouvelle à l'accord du 8 avril 1904 et sanctionné une politique contre laquelle l'Allemagne proteste et que la France elle-même a répudiée. — Si quelques doutes pouvaient subsister encore sur les intentions de la Grande-Bretagne, ils sont dissipés; mais on se demande quelle est la portée réelle de cette démonstration et l'on hésite à en comprendre l'utilité et même la prudence dans les circonstances actuelles où les difficultés s'accumulent pour l'Allemagne . . . On craint en somme d'avoir vu se manifester ici un symptôme du désir que pourrait avoir l'Angleterre d'envenimer la situation au point de rendre la guerre inévitable."

* Siehe Nr. 7046.

sätzlich gewährleistet, wenn in einem Hafen, und zwar in Casablanca, die Polizeitruppe unter Ausschluß spanischer und französischer Elemente von den übrigen Mächten streng international ausgestaltet würde. Alle Mächte mit Ausschluß Frankreichs und Spaniens würden einzuladen sein, dabei mitzuwirken, — tatsächlich würden nur Österreich, die Niederlande und Deutschland, vielleicht noch Belgien zur Mitwirkung bereit sein.

Für die übrigen Häfen könnte der Sultan spanische und französische Offiziere anstellen unter folgenden Garantien:

1. Die Offiziere sind nur Instrukteure mit möglichst beschränkter Disziplinargewalt.

2. Das diplomatische Korps in Tanger wacht darüber, daß das von der Konferenz festzustellende generelle Polizeireglement ausgeführt wird, es entscheidet im Benehmen mit dem Vertreter des Sultans für Auswärtige Angelegenheiten alle die Polizeikorps berührenden Angelegenheiten, stellt das Budget fest und regelt die Bezahlung.

3. Ein Oberinspektor besichtigt und kontrolliert die Polizeikorps und berichtet darüber dem diplomatischen Korps bezw. dem Sultan.

4. Der Sultan kann die Abberufung oder die Versetzung einzelner Offiziere aus besonderen Gründen verlangen.

5. Die Rekrutierung erfolgt durch die marokkanische Regierung, jedoch kann der Kommandant untaugliche Leute zurückweisen.

6. Die Verteilung der spanischen und französischen Offiziere wäre folgende:

Die Franzosen: Tanger, Tetuan, Rabat und Saffi.

Die Spanier: Larache, Masagan und Mogador.

7. Die Regierungen erklären ausdrücklich, daß ihnen durch die Beteiligung an der Organisation keinerlei Vorteile oder Anspruch entstehen kann.

II. Der internationale Charakter der Polizei wäre auch noch gewahrt durch einen Oberinspektor einer kleinen Macht (Schweizer oder Holländer), der aber, um sein Ansehen zu erhöhen, die Polizeitruppe in Casablanca befehligen müßte. Die Wahl seiner Offiziere müßte ihm freistehen, könnte äußerstenfalls auf Offiziere seiner Nationalität beschränkt werden.

III. Ein Inspektorat ohne gleichzeitigen Befehl über ein Polizeikorps wäre, wenn auch mit allen Garantien unter Nr. I umgeben, nur im äußersten Fall annehmbar.

IV. Die Frage könnte unter Vertagung der Konferenz offen gelassen und das diplomatische Korps in Tanger beauftragt werden, die Frage zu studieren und den Mächten Vorschläge zu machen.

Die Chancen, zu einer Lösung zu gelangen, die den in der Abmachung vom 8. Juli niedergelegten Grundsätzen in vollem Maße entspräche, haben sich verringert. Die Kollegen sagen uns, Frankreich habe schon viel Konzessionen gemacht, wir hätten schon viel

erreicht; der Mikrob der Internationalisierung, den wir gezüchtet, genügt, um ein französisches Protektorat zu verhindern; sie machen uns den Vorwurf zu geringer Nachgiebigkeit. Der Marquis Visconti Venosta zum Beispiel ist zwar jetzt bestrebt, im italienischen Interesse eine Verständigung über die Bankfrage herbeizuführen, läßt aber den Mut sinken betreffs Lösung der Polizeifrage und mißbilligt aktive eventuelle Beteiligung Italiens an der Organisation. Er hat sich auch gegen seine eigene Überzeugung von Révoil verführen lassen, die Polizeidiskussion der Erledigung der Bankfrage vorangehen zu zu lassen und dadurch beide Fragen zu verquicken.

Wir dürfen uns übrigens nicht verhehlen, daß Vertagung der Konferenz unter Aufschub der Polizeifrage für die Franzosen vorteilhaft sein würde, wenn wir nicht von vornherein entschlossen sind, mit allen Mitteln für den Status quo von 1880 einzutreten. Der Sultan würde angesichts der ihm vom Prätendenten drohenden Gefahren gezwungen sein, den Franzosen die Armeeorganisation im Inneren und an der Ostgrenze zu übertragen und damit ein gefügiges Werkzeug für die französischen Pläne zu werden. An der Küste würden die Franzosen ihren sogenannten Besitzstand in Tanger, Rabat und Casablanca behalten und ausgestalten. Wenn wir also keinen Vorteil darin sehen, den Absichten der Franzosen — der sogenannten pénétration pacifique — dauernd entgegenzutreten, so wäre eine Einigung auf Grund der obigen Nummer II der Offenlassung der Polizeifrage vorzuziehen, weil die internationale Abmachung die Verantwortung auf verschiedene Schultern verteilt und wir mehr Freiheit bewahren.

Radowitz

Nr. 7061

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 96 Algeciras, den 5. März 1906

Im Anschluß an Telegramm Nr. 95 vom 5. d. Mts.*

Den Ausführungen des Grafen Tattenbach, über die wir eingehend uns besprochen haben, schließe ich mich in allem an. Am meisten möchte ich zum Versuch der Lösung im Sinne des Vorschlags II raten. Graf Welsersheimb sagt mir, daß in Wien Vermittelungsvorschlag im Sinne von Telegramm Nr. 82** als aussichtslos zurückgezogen werde, aber österreichische Regierung nach wie vor bereit sei, auf Grund

* Siehe Nr. 7060.
** Siehe Nr. 7046.

anderer Basis hier vermittelnd einzutreten. Eindruck aus eben beendeter Komiteesitzung, über die ausführliche Meldung folgt, ist ganz überwiegende Stimmung für Überlassung der Polizei an Frankreich und Spanien, eventuell mit Kontrolle und Garantie für die Rechte der übrigen. Am Donnerstag vormittag soll Komiteebesprechung fortgesetzt werden. Kann ich bis dahin erfahren, ob und wie weit wir mehr Entgegenkommen zeigen können?

Radowitz

Nr. 7062

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 Algeciras, den 5. März 1906

Die heutige Komiteesitzung gestaltete sich entsprechend zuvor getroffener Vereinbarung zum vorläufigen allgemeinen Gedankenaustausch über die Polizeifrage unter Vermeidung des Eingehens auf Einzelheiten und ohne Vorlegung bestimmter Anträge.

Nach einleitenden Bemerkungen des Herzogs von Almodóvar über die Notwendigkeit der Organisation der Polizei verlas der zweite russische Delegierte, Herr von Bacheracht, eine längere Rede, welche darin gipfelte, daß die Frage der Polizei „prime toutes les autres", daß ein mandat collectif zu nichts führen könne, wie dies die Erfahrungen, namentlich auch mit dem Conseil sanitaire in Tanger bewiesen, und daß deshalb nur übrig bleibe, das Polizeimandat den beiden dazu am besten geeigneten Nachbarmächten Frankreich und Spanien zu übertragen.

Ich legte darauf unseren allgemeinen Standpunkt in folgender Erklärung dar:

„L'une des bases pour les travaux de ce congrès est le principe de la liberté économique dans le Maroc sans aucune inégalité.

Or, cette liberté économique et le développement des intérêts commerciaux au Maroc dépend, en premier lieu, du maintien de l'ordre et de la sécurité dans l'Empire Chérifien.

Le Sultan du Maroc, dans l'exercice de sa souveraineté, aura à prendre les mesures nécessaires pour la sécurité des personnes et des biens des étrangers. La nécessité s'impose aux Puissances signataires de lui venir en aide par l'organisation d'une troupe de police suffisante à établir dans des places déterminées.

Les Puissances signataires étant également intéressées à cette organisation devront être appelées à y prendre part." Zum Schluß sprach ich unsere Bereitwilligkeit aus, jeden Vorschlag zu prüfen, der diesen Prinzipien Rechnung trüge.

Herr Révoil suchte nachzuweisen, daß diesen beiden Prinzipien der französische Standpunkt entspräche, und betonte, daß man in der Polizeifrage Marokko helfen müsse, da dieses die Sache allein nicht machen könne. Frankreich und Spanien seien dazu am besten vorbereitet, ihrer Aktion würden keine Rechte anderer Nationen im Wege stehen.

Spanien, England und Portugal traten Herrn Révoil bei. Herr Perez Caballero* führte in längerer Rede aus, daß es falsch sein würde, in Marokko eine künstliche Gleichheit herstellen zu wollen, daß durch die französisch-spanische Polizei die ökonomische Freiheit und Gleichheit nicht bedroht würden, indem es sich nicht um die Verwaltung, sondern ausschließlich um Sicherheitspolizei handele.

Er wendet sich dabei speziell gegen die deutsche Auffassung in dieser Frage.

Ich habe mir ein Eingehen auf die vorgebrachten Einzelheiten für die Spezialberatung vorbehalten. Es wurde beschlossen, Donnerstag, den 8., früh, in offizieller Sitzung zunächst die Bankfrage weiter zu beraten und im Anschluß daran in der Komiteebesprechung der Polizeifrage fortzufahren.

Unsere Auffassung in der Polizeifrage wurde heute nur von uns allein verteidigt. Herr Révoil bemühte sich sichtlich, maßvoll zu bleiben und für die Einigung noch Raum zu lassen.

Radowitz

Nr. 7063

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 99 Berlin, den 6. März 1906

Antwort auf Telegramme Nr. 95, 96, 97**.

Einverstanden damit, daß eine Lösung der Polizeifrage nach Maßgabe des Vorschlags II des Grafen Tattenbach versucht wird. Es ist sehr erwünscht, daß ein entsprechender österreichisch-italienischer Vermittelungsvorschlag am nächsten Donnerstag in Algeciras eingebracht wird. Ew. bitte ich, die Vertreter Österreich-Ungarns und Italiens, mit deren Regierungen ich in demselben Sinne in Verbindung getreten bin, zur Stellung eines solchen Antrags zu veranlassen. Eventuell könnte der Antrag auch allein von Österreich-Ungarn gestellt werden.

---

* Zweiter spanischer Vertreter auf der Konferenz von Algeciras.

** Siehe Nr. 7060—7062.

Bei dem großen Entgegenkommen, zu dem wir hiernach in der Polizeifrage bereit sind, setzen wir voraus, daß in der Bankfrage außer bei der Verteilung des Kapitals und bei der Festsetzung der Gerichtsbarkeit unserer Stellung auch bei der Wahl der Zensoren (Vorschlag 3 des dortigen Telegramms Nr. 84*) nach Möglichkeit Rechnung getragen wird**.

Bülow

Nr. 7064

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 88 Rom, den 3. März 1906

Der italienische Botschafter in London war hierher zitiert worden, um Auskunft über die Dispositionen des dortigen Kabinetts in der Marokkofrage pp. zu geben. Herr Pansa, seit 30 Jahren in guten Beziehungen mit Baron Sonnino stehend, hat namentlich mit diesem mehrfach eingehend konferiert. Es gelang mir gestern des Botschafters, eines alten Kollegen von mir, mit dem ich mich auch später hin und wieder gesehen hatte, habhaft zu werden. Der allgemeine Eindruck eines etwa anderthalbstündigen Gespräches war, daß England auf ihn stark abgefärbt hat. Es versteht sich von selbst, daß ich seinen Behauptungen mit Gegenargumenten diente. Da sich diese im Rahmen meiner Instruktionen hielten, kann ich sie füglich fortlassen. Ich hebe daher nur Pansas wichtigste Äußerungen hervor, schon weil sein Rat für die Politik Italiens nicht ganz belanglos sein dürfte. Übrigens konnte ich dem zuerst sehr zugeknöpften Botschafter seine Äußerungen nur allmählich herausziehen, und möchte ich auf deren rein persönlichen, streng vertraulichen Charakter hinweisen.

In England ist man sich der Macht und der Schwäche des Weltreiches wohl bewußt. Hieraus geht das System der Freundschaften und Bündnisse hervor, die das jetzige England entgegen früheren politischen Prinzipien sich zurecht gelegt hat, für den Osten Japan, für das atlantische Gebiet und die freie Zufuhr von Lebensmitteln

---

* Siehe Nr. 7048.

** Nachträglich bemerkte Fürst Bülow noch durch Telegramm Nr. 104 vom 7. März 1906: „In Ergänzung meines Telegramms Nr. 99 bemerke ich, daß der Vorschlag II des Grafen Tattenbach die äußerste Konzession ist, die wir machen können. Ich setze voraus, daß der Oberinspektor seine Offiziere für Casablanca nicht aus Franzosen oder Spaniern wählen könnte, sondern Offiziere anderer Nationalität (eventuell seiner eigenen) nehmen müßte. Auch legen wir entscheidenden Wert auf die Kommandogewalt des Oberinspektors über die Polizeitruppe in Casablanca, weil sonst seine Stellung eine leere Attrappe sein würde."

die Vereinigten Staaten, für den Kontinent Frankreich. Die englisch-französische Entente ist nicht als etwas Vorübergehendes anzusehen. Die Engländer wenigstens haben sie in der Absicht abgeschlossen, daß sie mindestens für ein Menschenalter ihre Nachwirkung äußert[1]. Herr Cambon, der ein ganz hervorragender, wohl der beste der lebenden französischen Diplomaten ist, arbeitet unablässig und mit viel Geschick an Vertiefung dieses Verhältnisses. Wäre Graf Hatzfeldt noch am Leben[2], so sei es vielleicht weder zu der großen Entfremdung zwischen Deutschland und England noch zu der Intimität zwischen England und Frankreich gekommen. Übrigens hegt in England, jene kleine Blennerhasset-Clique ausgenommen, niemand aggressive Absichten gegen uns, wohl aber glauben viele Politiker aus allerhand Reden und Zeitungsartikeln schließen zu müssen, daß Deutschland nach dem Dreizack greifen will[3].

Der Wechsel im englischen Ministerium wird von uns nicht richtig beurteilt. Die Herren Grey und Campbell-Bannerman machen genau dieselbe Politik wie Lord Lansdowne und Balfour[4], nur ohne deren Schärfe. Letztere haben so mancherlei mit uns erlebt, und so ist ein persönliches Moment in die Politik gekommen, welches jetzt erfreulicherweise fortfällt. Da England loyal an seinen Arrangements mit Frankreich festhält, wird es auch durch dick und dünn Frankreichs Marokkopolitik verteidigen[5]. Ein geheimer Vertrag zwischen beiden Staaten bezüglich eventuellen aktiven Vorgehens existiert nicht. In London herrscht nur ein Wunsch, daß die Konferenz möglichst bald zu einem befriedigenden Ergebnis kommt, auf welcher Basis ist gleichgültig. Die City und die Industrie will Geschäfte machen; solange aber der Marokkozwischenfall nicht beglichen, sind allen Geschäftsleuten mehr oder weniger die Hände gebunden. Als sehr annehmbaren Ausgleich in der Polizeifrage betrachtet Herr Pansa die Überlieferung der Polizei an Spanien und Frankreich[6] unter Einsetzung eines einer dritten Macht entnommenen Oberkommandierenden. In der Bankfrage muß Deutschland Frankreichs Forderungen erfüllen. Deutschland kann zufrieden sein, daß es die ihm so wünschenswert erschienene Konferenz durchgesetzt hat und die Annahme der open door durch alle Mächte[7].

Italien befindet sich durch sein Marokkoarrangement mit Frankreich jetzt selbstredend in der peinlichsten Lage[8]. Frankreich wird immer ein wichtiger Faktor für Italiens auswärtige Politik sein. Herr Pansa exemplifizierte auf den Rückversicherungsvertrag des Fürsten Bismarck. Wie uns der Dreibund nicht verhindert hat, die durchaus richtigen, aus der Nachbarschaft Rußlands sich ergebenden speziellen Abmachungen mit dieser Macht zu schließen, so kann auch sein Vaterland unbeschadet seiner Bündnistreue mit Frankreich gewisse Verabredungen treffen. Die beiden Systeme Zweibund und Dreibund sowie die neben diesen laufenden speziellen Ab-

machungen haben bisher der Welt den Frieden erhalten. Weshalb soll es nicht auch ferner so sein?

An England ist Italien durch alle Traditionen und langjährige Freundschaft gebunden. Außerdem muß ein Küstenland κατ' ἐξοχήν Rücksicht auf die größte Seemacht der Welt nehmen. Eine feindliche Haltung seines Vaterlandes gegen England ist schon deshalb unmöglich. Herr Pansa erklärte sich ferner als absoluten Gegner jeder italienischen Expansivpolitik im Mittelmeer. Der Türke wird noch lange leben, und Italien ist ein Land erst fernerer Zukunft. Ganz töricht ist der italienische Irredentismus. Österreich ist eine Notwendigkeit für Deutschland und für Italien. Das mächtige Deutsche Reich muß häufig die Augen zumachen, wenn die minderwertigen Tschechen und Magyaren 12 Millionen Deutsche mißhandeln; umsomehr muß sein Vaterland 600 000 Italiener opfern zur Erhaltung des unbedingt notwendigen Donaureiches.

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Also für meine Generation ist eine Beziehung zu Gallien nicht mehr zu erhoffen
2 au! armer Metternich
3 ist schon dabei
4 richtig
5 richtig
6 nein!
7 ist bisher völlig illusorisch.
8 natürlich! da der Betrug herausgekommen
Schlußbemerkung des Kaisers:
Das ist nicht schmeichelhaft für unsere Botschaft in London, und bestätigt meine Privatnachrichten vom Oktober vorigen Jahres darüber, die ich S. Durchlaucht mitgetheilt.
sehr gut! und absolut Richtig! England ist mit Frankreich von der Deutschen Presse „zusammengeschimpft" worden und nun sind sie zusammen und Gallien unter Eng.[ischem] Einfluß; das ist uns für das erste verloren. Italien hält sich dazu — Krimkrieg-Coalition — und wir haben das nachsehen

Nr. 7065

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel**

Telegramm. Konzept

Nr. 57 Berlin, den 6. März 1906

Unsere Delegierten in Algeciras empfehlen in der Polizeifrage einen Kompromiß auf nachstehender Grundlage**:

---

* Ein gleichlautendes Telegramm ging an den Botschafter in Rom Grafen Monts (Nr. 56).
** Vgl. Nr. 7060 und 7061.

1. Der Sultan stellt in allen Häfen mit Ausnahme von Casablanca französische und spanische Offiziere an, und zwar:
Franzosen in Tanger, Tetuan, Rabat und Saffi;
Spanier in Larache, Masagan und Mogador.

2. Das diplomatische Korps in Tanger wacht darüber, daß das von der Konferenz festzustellende generelle Polizeireglement ausgeführt wird.

3. Ein Oberinspektor, der einer kleineren Macht (der Schweiz oder den Niederlanden) angehören muß, besichtigt und kontrolliert die Polizeikorps und berichtet darüber dem diplomatischen Korps bezw. dem Sultan. Er befehligt zugleich die Polizeitruppe in Casablanca. Die Wahl seiner Offiziere steht ihm frei, könnte aber äußerstenfalls auf Offiziere seiner Nationalität beschränkt werden.

Dieser Vorschlag, der sich mit dem den französischen Wünschen weit entgegenkommenden Vermittelungsvorschlage des Grafen Welsersheimb fast vollständig deckt, erscheint uns annehmbar, wobei wir allerdings voraussetzen, daß wir bei den Franzosen in der Bankfrage gleiches Entgegenkommen finden. Da es sehr erwünscht wäre, wenn ein entsprechender österreichisch-italienischer Vermittelungsvorschlag am nächsten Donnerstag in Algeciras eingebracht würde, habe ich unsere Delegierten angewiesen, in diesem Sinne mit den Vertretern Österreich-Ungarns und Italiens in Verbindung zu treten.

Euere pp. bitte ich, unverzüglich bei der dortigen Regierung mit vollem Nachdruck dahin wirken zu wollen, daß ihr Vertreter hiernach alsbald mit bestimmter Instruktion versehen wird.

Bülow

Nr. 7066

Der Geschäftsträger in Madrid Wilhelm von Stumm an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 Madrid, den 6. März 1906

Der Ministerpräsident* faßte mir gegenüber vor einigen Tagen seine Auffassung über den Ausgang der Konferenz dahin zusammen, daß unter Stimmenthaltung aller übrigen Mächte[1] Deutschland und Österreich einerseits, Frankreich und England andererseits sich gegenüberstehen würden, und daß Spanien gezwungen sein werde, sich letzterer Gruppe anzuschließen. Ich sagte heute Herrn de Ojeda, es sei im Interesse Spaniens dringend zu wünschen, daß es eine Formel finden möge, die ihm eine so demonstrative Stellungnahme

* Moret.

zugunsten einer uns feindlichen Gruppe ersparen würde. Der Unterstaatssekretär erwiderte mir, daß er als entschiedener Gegner Frankreichs eine solche Formel gern benutzen würde, er sehe aber keine Möglichkeit eines mit den spanisch-französischen Abmachungen in Einklang zu bringenden Auswegs. Er könne übrigens die aus dieser Sachlage sich ergebenden Konsequenzen nicht so ernst auffassen, da, wie er mir auf das bestimmteste versichern könne, Spanien in keiner Weise die geringste Verpflichtung übernommen habe, England und Frankreich bei einem eventuellen Versuch zu unterstützen, ihre Politik in Marokko gewaltsam durchzuführen. Scheitere die Konferenz, so seien seiner persönlichen Ansicht nach, von der er allerdings nicht verbürgen könne, daß sie von den jeweilig maßgebenden Persönlichkeiten der Regierung werde geteilt werden, die gesamten Abmachungen mit Frankreich und England null und nichtig, da diese Mächte es nicht vermocht hätten, denselben die Sanktion Europas zu verschaffen. Es trete somit der Status quo, wie er vor diesen Abmachungen bestanden habe, wieder ein, und er werde dafür sein, diese Auffassung sofort geltend zu machen.

Herr de Ojeda bestätigte mir weiter, daß die Verhandlungen zwischen Herrn Cambon und Herrn Montero Rios* im vergangenen Sommer zu einem den Vertrag von 1904 ergänzenden Kodizill geführt hätten, in dem dieser die im Hinblick auf die Konferenz notwendig gewordenen Ergänzungen erhalten habe.

Stumm

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Russland? Portugal?

Nr. 7067

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 Paris, den 6. März 1906

Wiewohl der Ministerpräsident durch innere Angelegenheiten gänzlich absorbiert ist, ließ er mich heute abend auf einen Augenblick zu sich bitten und erwähnte die Unterhaltung, welche Baron de Courcel auf meine Initiative (nach Inhalt des Privattelegramms vom 4. d. Mts.** und des Telegramms Nr. 88***) gestern abend mit Louis gehabt, da er selbst nicht zu sprechen gewesen. Der Minister gab mir hierauf

---

* Vorgänger Morets als Ministerpräsident.
** Siehe Nr. 7055.
*** Siehe Nr. 7058.

zu verstehen, daß zu einer direkten Verständigung es . . . .* einer neuen und positiven formule fehle, und teilte mir wörtlich mit, was Louis dem Baron de Courcel erwiderte: „La question n'est plus entière puisque la question de la police a été présentée le jour même à la conférence." Herr Rouvier hob mir gegenüber hervor, daß er mir am 14. Februar eine Note zur Mitteilung nach Berlin übergeben hätte, wonach die bewußten Fragen auf der Konferenz in Algeciras zu verhandeln wären, da seiner Ansicht nach parallele Verhandlungen an zwei Stellen, Paris und Algeciras, zu Mißverständnissen und froissements führen könnten. Seitdem habe er, Rouvier, am 26. Februar durch Herrn Révoil an Herrn von Radowitz die französische Antwort auf die letzte deutsche Note übergeben** und außerdem Herrn Révoil konziliante Instruktionen zugehen lassen, um die Verhandlungen wegen der Bank zu erleichtern. Bezüglich der Polizei bemerkte Herr Rouvier, sei es ihm unmöglich de se départir des termes de la note du 26 février, welche seitens der Kaiserlichen Regierung gut aufgenommen worden sei.

Ich habe den Eindruck, daß Herr Rouvier, der überarbeitet ist und sich in unerfreulicher Lage in der Kammer befindet, die Verhandlungen in der Marokkofrage auf Herrn Révoil abwälzen möchte.

Radolin

Nr. 7068

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 87 St. Petersburg, den 4. März 1906

Die Haltung Rußlands in der Marokkofrage ist lehrreich in Hinsicht auf das Maß von praktischer Freundschaft[1], auf das wir bei diesem Staate zu rechnen haben.

Während Graf Lamsdorff in den vielfachen Gesprächen, die ich mit ihm gehabt, über die Marokkofrage anfänglich überhaupt eine eigene Meinung nicht äußern wollte und damit der Annahme einer neutralen Haltung um so mehr Vorschub leistete, als er Zuversicht auf einen befriedigenden Ausgang der Konferenz zeigte, ist er späterhin in dem Maße, in dem wir unsere Auffassung präzisierten und der russischen Regierung zur Kenntnis brachten, offen und entschieden auf die französische Seite getreten. Ja noch mehr, die russische Regierung hat es für gut befunden, ihre Parteinahme urbi et orbi durch

* Zifferngruppe fehlt.
** Vgl. Kap. CLII, Nr. 7042.

das seit kurzem bestehende offiziöse Organ „Russkoje Gossudarstwo" bekannt zu geben*. Daneben hat sie, wohl geflissentlich, durchsickern lassen, daß sie in Berlin eindringlich zur Nachgiebigkeit gegenüber den Franzosen geraten habe. Daß das erwünschte Resultat einer Verständignug in Algeciras auch durch französische Konzessionen an das Internationalitätsprinzip erreicht werden konnte, an diesen Gedanken enthält jene offiziöse Veröffentlichung nicht die geringste Andeutung.

Angesichts der Geringfügigkeit der praktischen Interessen Rußlands in Marokko liegt es auf der Hand, daß für seine Stellungnahme lediglich Erwägungen der allgemeinen Politik maßgebend sind. Rußland wäre dank der interessierten Freundschaft, die es an Frankreich fesselt, und der moralischen Freundschaft, die es mit uns verbindet, in erster Linie berufen gewesen, in der Marokkofrage eine ausgleichende, zum mindesten aber eine neutrale Rolle zu übernehmen[2]. Es hat es vorgezogen, nach einigem verdächtigen Abwarten ohne Rückhalt auf die Seite unserer Gegner zu treten und diese Parteinahme überdies öffentlich zu unterstreichen.

Forscht man nach den Gründen dieses russischen Kurses und seiner weithin sichtbaren Signalisierung, so drängt sich der Gedanke auf, daß die russische Diplomatie die Gelegenheit für günstig erachtete, Rußlands geschädigtes Prestige durch Spielen einer mehr gebietenden wie vermittelnden Rolle zu heben[3], oder aber daß Rußlands finanzielle Notlage eine derart drückende ist, daß es sich willenlos dem französischen Freund und Helfer überliefern mußte[4]. Ich neige mehr der letzteren Auffassung zu, um so mehr als in den Äußerungen, denen ich beim Grafen Lamsdorff sowohl wie beim Grafen Witte begegnete, die verzweifelte Lage Rußlands[5] im Falle des Scheiterns der Konferenz oder noch schlimmer bei kriegerischen Aussichten den Grundton bildete. Verschiedentliche in der hiesigen Bankwelt verbreitete und auch in der ausländischen Presse hervorgetretene Gerüchte, daß Frankreich für weitere russische Anleihen gewisse Bedingungen im Sinne eines schärferen Betonens des Zweibundes stelle, bestärken mich in der Vermutung, daß Frankreich seine weitere Geldhilfe nur für eine russische Gegenleistung gewähren will, darin bestehend, daß Rußland in der Marokkofrage nicht nur klipp und klar zu Frankreich hält, sondern auch uns durch die Aussicht zum Nachgeben zwingt, daß bei etwaiger kriegerischer Verwickelung Rußland ausschließlich als Bundesgenosse Frankreichs[6] gefunden werden würde.

Die russische Logik läuft also darauf hinaus, daß wir in der Marokkofrage den Rückzug antreten sollen, damit Rußland nicht noch tiefer in die Not gerät[7], in die es durch den infolge seiner

---

* Vgl. Nr. 7052.

Unfähigkeit verlorenen Krieg und die durch seine Mißwirtschaft verursachte Revolution gebracht ist.

Nicht ausgeschlossen scheint mir, daß in der russischen Politik auch persönliche Empfindlichkeit des Grafen Lambsdorff mitbestimmend wirkt, dessen Eitelkeit in dem Entwickelungsgang der deutsch-russischen Beziehungen nicht immer die von ihm beanspruchte Befriedigung gefunden hat.

Stellt man der Haltung der russischen Regierung in der Marokkofrage noch die kühle Art zur Seite, mit der sie unsere dringlichen Anträge auf Fristgewährung für unseren durch die Unzulänglichkeit der russischen Einrichtungen aufgehaltenen Import abwies, sowie manche andere Hartnäckigkeiten in Angelegenheiten geringerer Bedeutung, erinnert man sich der unfreundlichen Engherzigkeit bei Dekorierung meines von hier scheidenden Herrn Amtsvorgängers*, gedenkt man des Planes, unserem Militärbevollmächtigten beim hiesigen Hofe ein französisches Gegenstück zu geben**, so ergibt sich ein Gesamtbild, das wenig der Vorstellung entspricht, die wir von der russischen Freundschaft[8] zu fassen berechtigt waren, nachdem wir dem Nachbar während des japanischen Krieges bei den Friedensverhandlungen und aus Anlaß der Unruhen unschätzbare Dienste, Rücksichten und Gefälligkeiten erwiesen haben[9].

Dabei ist Rußland seinerseits keineswegs in Verlegenheit, uns um weitere Gefälligkeiten zu ersuchen wie um das Verbot der Waffenausfuhr, um gemeinsame Bekämpfung der sozialdemokratischen Gefahr und nun um Verzicht auf unsere Marokkoaktion.

In meiner Auffassung, daß es gewagt wäre, auf Rußlands loyale Dankbarkeit zu bauen[10], bestärken mich, abgesehen von dem Erwähnten, auch allgemeine Eindrücke.

Seine Majestät der Kaiser persönlich ist von den Gefühlen aufrichtiger Freundschaft und tiefer Dankbarkeit für unseren allergnädigsten Herrn durchdrungen — daran ist nicht zu zweifeln. Allein Seiner Majestät fehlt die Festigkeit des Charakters und die willensstarke Tatkraft, um die Konsequenzen aus diesen Gefühlen zu ziehen[11], geschweige denn sie über Hindernisse hinweg durchzuführen. Es fehlt, abgesehen von der Marokkosache, nicht an Euerer

---

* Bei der Abberufung des Botschafters Grafen Alvensleben Ende 1905 war ihm nur der Newski-Orden mit Brillanten anstatt des höheren Andreasordens, den u. a. der französische Botschafter Graf Montebello bei seinem Scheiden aus Petersburg erhalten hatte, verliehen worden. Ein Bericht des ersten Sekretärs der Botschaft in Petersburg von Miquel vom 19. Dezember 1905 (Nr. 1173) bemerkt dazu: „Der vorliegende Fall ist ein weiteres Glied in der Kette der Behandlung, welche sich die russische Regierung Deutschland gegenüber erlaubt, und die bei Gelegenheiten wie der jetzigen besonders öffentlich zutage tritt."

** Vgl. darüber den Brief Kaiser Wilhelms II. an den Zaren vom 29. Januar 1906. Briefe Wilhelms II. an den Zaren, ed. W. Goetz, p. 386.

Durchlaucht bekannten Beispielen, welche beweisen, daß der Kaiser unter dem Einflusse seiner Ratgeber Entschlüsse faßt, die mit früheren persönlichen Willensäußerungen, ja sogar mit feierlichen Versprechungen schlechterdings nicht oder nur in kasuistischer Auslegung in Einklang zu bringen sind.

Was die Minister betrifft, so hätte es des Marokkobeispiels nicht bedurft, um Graf Lamsdorff als einen Mann erscheinen zu lassen, der klingende Worte von schönen Traditionen, von intimen Beziehungen der Höfe, von monarchischer Solidarität und Disziplinierung der Republiken im Munde führt[12], aber der erste ist, die ihm vorgeblich so teure deutsche Freundschaft um französisches Gold zu verleugnen.

Graf Witte ist schlichter und offener und hat freundschaftliche Gefühle für Deutschland; aber auch er ist vor allem Opportunist, der je nach Bedürfnis das deutsche oder das französische Register zieht, um schließlich diejenige Weise zu spielen, die ihm zum Übertönen des revolutionären Brausens und zur Verherrlichung des eigenen Systems am geeignetsten dünkt.

Außer einigen wenigen Würdenträgern von vornehmer Gesinnung, meist deutschen Blutes, bin ich hier noch kaum einer namhaften Persönlichkeit begegnet, welche unbefangen genug wäre, unter Würdigung unserer Haltung während des Krieges und der Unruhen von Verpflichtung Rußlands zu Dank zu sprechen. Die gleiche Erfahrung haben die längere Zeit als ich hier anwesenden Mitglieder der Kaiserlichen Botschaft gemacht. Auch in der Presse findet man selten einen Gedankengang, der auf derartige Erkenntnis schließen ließe, während Ausführungen häufig sind, die zwar von Freundschaft mit Deutschland reden, aber in einem Tone, der mehr an eine von Rußland gewährte Gnade wie an eine dankbar von ihm anzunehmende Gabe gemahnt.

Es entspricht offenbar dem russischen Nationalcharakter wenig, sich in eine Vorstellung zu finden, welche auch nur entfernt an ein moralisches Abhängigkeitsverhältnis gegenüber einem Nachbarstaate erinnert, dessen loyale und vornehme Haltung eben ein schwer faßbarer Begriff für Menschen von niederem Kulturniveau bildet[13]. Undank und Hochmut, so sehr ihnen auch der berechtigende Boden entzogen ist, sind nach wie vor Hauptcharakterzüge des Russen. Dazu kommt das durch die konstitutionelle Bewegung gestärkte Nationalbewußtsein, die Rassenabneigung der Slawen gegen die Germanen, der Haß der Freiheitsstürmer gegen das als Hort der Reaktion geltende Deutschland, allgemein der Argwohn gegen seine immer mehr erstarkende Macht, der Neid ob seines Siegeszuges auf den weiten Bahnen des Handels und der Kultur.

Frankreich gegenüber fühlt sich der Durchschnittsrusse nicht in beschämender Inferiorität und Abhängigkeit ungeachtet der offen-

kundigen Tatsachen, welche das Gegenteil erwarten lassen sollten. Er betrachtet Frankreich als eine Art von Vasallenstaat, als ein Land, in dem sich die Großfürsten amüsieren, das Sprachlehrer und Coiffeure, Modistinnen und Kokotten hierher liefert, und das eine willig und unerschöpflich fließende Quelle des russischen Geldbedarfes ist, für dessen Befriedigung man mäßige Zinsen, aber nicht Dank schuldet. Achtung für die Franzosen findet man hier kaum, dahingegen fürchtet und achtet der Russe die Engländer, so wenig er sie auch liebt. Der Russe, hoch und niedrig, scheint für gute Behandlung wenig Verständnis zu haben, nur auf herrisches Wesen und Grobheit[14] zeigt sich der Tschinownik und der Muschik gefügig. Das haben sich die Engländer reichlich zu nutze gemacht. Von alters her die verbissensten Gegner Rußlands, haben sie keine Gelegenheit im Großen und im Kleinen versäumt, die Wege der russischen Politik an allen Punkten zu kreuzen, den Gegner zu schädigen, zu ärgern und zu provozieren. Noch bis in die jüngsten Zeiten ist die Sprache der britischen Diplomatie hier von einer an Brutalität grenzenden Deutlichkeit gewesen, so zwar, daß man zu der Frage gedrängt ist, ob diese aggressive Politik nicht den mit dem russischen Nationalcharakter rechnenden Kalkül in sich schließt, die Russen durch unausgesetzte Unfreundlichkeiten mürbe und zum Eingehen auf eine friedliche für England vorteilhafte Verständigung reif zu machen[15].

Wie dem auch sei, jedenfalls ist zu bemerken, daß der von der englischen Presse und den in englischem Sold stehenden russischen Blättern geschäftig behandelte Gedanke einer russisch-englischen Verständigung in der hiesigen unabhängigen Presse nicht diejenige entrüstete Abweisung findet, die man nach westeuropäischen Begriffen als Frucht der britischen Unfreundlichkeiten erwarten sollte.

Die Gesamtheit all dieser Erfahrungen legt den Gedanken nahe, ob wir unserem Ziele eines guten fruchtbringenden Verhältnisses zum russischen Nachbar nicht näherkommen, wenn wir ihm den Wert unserer Freundschaft bei allen geeigneten Gelegenheiten mit derjenigen Deutlichkeit zu Gemüte führen, welche allein auf Verständnis bei der hiesigen hochmütigen Schwerfälligkeit rechnen kann[16].

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gleich Null!
[2] ja
[3] auch das
[4] so ist es in der Hauptsache
[5] schadet nichts! Die haben lange genug auf unsere Kosten Fett angesetzt
[6] ja! Trotz B[jörkoe]
[7] richtig

[8] die giebt es für uns nicht!
[9] einfach insolent!
[10] thun wir auch nicht
[11] kann er gar nicht
[12] das weiß der Teufel
[13] bravo! Gut gesagt!
[14] werden wir wieder anwenden müßen
[15] natürlich
[16] unbedingt die höchste Zeit dazu!!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Hervorragend geschrieben! und endlich mal wahr! ohne Tünche oder Gejammer über vergangene Zeiten!

Nr. 7069

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 7. März 1906

Ich bin mit dem Herrn Staatssekretär der Ansicht, daß die Marginalien Seiner Majestät auf Seite 4 des Berichts Nr. 35 aus Algeciras* sofort an Radowitz gegeben werden sollten. Es kommt darauf an, ihm jetzt vor den entscheidenden Sitzungen der Konferenz Mut zu machen.

Meines Erachtens wäre es weiter nützlich, daß wir gleichzeitig Radowitz auf die besondere Bedeutung der Neutralisierung von Casablanca hinweisen. Würden auch in Casablanca Franzosen oder Spanier einziehen, so wäre der Generalinspektor eine leere Attrappe und der ganze Vorschlag für uns nicht annehmbar.

Vielleicht sollten wir dasselbe nach Wien und Rom geben und dabei sagen, daß die Überlassung eines Hafens an ein neutrales Kommando für uns eine conditio sine qua non sei. Hieran könnten wir die Bemerkung knüpfen, daß Seine Majestät in aufrichtiger Friedensliebe bis zur äußersten Grenze des ihm möglichen Entgegenkommens gegangen sei, jetzt aber auch auf kräftige Unterstützung durch seine Alliierten rechne.

Ich stelle anheim, ob wir jetzt schon auch nach London, St. Petersburg, Washington und Paris sagen wollen, daß eine Verständigung über die Polizei- und Bankfrage auf der Basis des österreichischen Vermittelungsvorschlags möglich sei, wir über diese Linie aber nicht hinausgehen könnten.

Bülow

---

* Siehe Kap. CLII, Nr. 7044.

Nr. 7070

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42 Rom, den 7. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 56*.

Graf Guicciardini bezeichnet Kompromißvorschlag als sehr weitgehendes Entgegenkommen, ja Opferung unseres bisherigen prinzipiellen Standpunktes, da Spanien identisch mit Frankreich sei.

Auf meine nunmehrige Bitte, Marquis Visconti Venosta anzuweisen, morgen dieses Kompromiß gemeinsam mit Österreich einzubringen, erwiderte Minister, einen direkten Befehl an Visconti Venosta könne er trotz meines Drängens, und trotzdem die Konferenz jetzt sozusagen in extremis, nicht geben, weil der Marquis unter ausdrücklicher Zusage vollständig freier Hand nach Marokko gegangen. Als allgemeine Richtschnur seines Verhaltens hätten ihm zu dienen Zugehörigkeit Italiens zum Dreibund und Mittelmeerabmachungen mit Frankreich. Letztere verpflichten Italien nicht zu aktivem Handeln, machen es aber unmöglich, französischer Marokkopolitik in den Weg zu treten. Vermittelung also nur tunlich, wenn Frankreich einverstanden.

Herr Guicciardini wird Marquis Visconti Venosta demgemäß telegraphieren, daß wir dringend Einbringung jenes Kompromisses von italienisch-österreichischer Seite wünschen, daß er, wenn irgend tunlich, Erfüllung dieses Wunsches anheimgibt, und daß nach Ansicht hiesiger Regierung das Kompromiß im Grunde französischen Forderungen entspricht.

Monts

Nr. 7071

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 Algeciras, den 7. März 1906

Wie ich eben sicher höre, drängt Sir A. Nicolson stark auf Abbruch der Konferenz am Sonnabend unter Benutzung des Umstandes, daß der Präsident Herzog von Almodóvar wegen des portugiesischen Königsbesuchs am 11. für acht Tage nach Madrid

* Vgl. Nr. 7065, Fußnote *.

fahren muß. Selbstverständlich könnte er ganz gut währenddessen hier (etwa durch Marquis Visconti Venosta) im Präsidium vertreten werden. Ich glaube, daß Sir A. Nicolson deswegen jetzt vorgeht, weil er ein Zustandekommen unseres Einvernehmens mit Frankreich fürchtet.

Herr Révoil hat für morgen eine Proposition in Polizeifrage angekündigt, über die ich heute noch Näheres zu erfahren hoffe. Graf Welsersheimb bereitet seinerseits Vorschlag vor.

Es wird, um die Konferenz überhaupt noch zusammenzuhalten, darauf ankommen, daß morgen in Bank und Polizei genügend Entgegenkommen gezeigt werden könne, um die schließliche Einigung möglich zu machen. Radowitz

Nr. 7072

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 101 Algeciras, den 7. März 1906

Herr Révoil hat demonstrativ Marquis Visconti Venosta und Mr. White ersucht, zwischen ihm und uns noch einmal zu vermitteln über die Bedingungen, die ihm Graf Tattenbach als letzte und endgültige bezüglich der Regelung des Bankstatuts mitgeteilt hatte.

Beide Delegierte haben sich dieser Aufgabe mit Eifer und Hingebung unterzogen und Herrn Révoil keinen Zweifel gelassen, daß von uns weitere erhebliche Zugeständnisse nicht zu erwarten seien.

Als Hauptstreitpunkt bleibt die Beteiligung der französischen Gruppe am Gründungskapital übrig. Wir bitten um Instruktion, ob alleräußerstenfalls den Franzosen eine über die drei bereits zugestandenen Anteile (einer für Frankreich, zwei für die Gruppe) hinausgehende Kapitalbeteiligung ohne weitere Stimmberechtigung für diese weitere Beteiligung zugestanden werden kann? Radowitz

Nr. 7073

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Tschirschky

Nr. 108 Berlin, den 8. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 101*.

Daß den Franzosen mehr wie drei Geschäftsanteile an der Staats-

* Siehe Nr. 7072.

bank von Marokko zugestanden werden, kann nur dann in Frage kommen, wenn diese Mehrbeteiligung eine Vermehrung des französischen Einflusses auf die Bankverwaltung nicht zur Folge hat. Die Mehrbeteiligung der Franzosen dürfte weder ein Vorschlagsrecht zum Verwaltungsrat noch ein Stimmrecht in der Generalversammlung gewähren. Auch unter dieser Voraussetzung erscheint eine solche neue Konzession nur dann indiziert, wenn damit das letzte Hindernis für eine Verständigung sowohl in der Bankfrage wie in der Polizeifrage beseitigt wird.

Es muß auch damit gerechnet werden, daß durch die Überlassung von drei Geschäftsanteilen an die Franzosen der Verwaltungsrat von vornherein einen französischen Charakter erhält. Um so wünschenswerter ist es, daß das Zensorenkollegium gemäß dem Vorschlage 3 in dem dortigen Telegramm Nr. 84 gewählt wird.

Bülow

Nr. 7074

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 Washington, den 7. März 1906

Staatssekretär sendet mir soeben folgende Note:

„May I ask you to transmit to the German Emperor message from the President which is as follows:

„I have given most earnest thought to your Majesty's comments on the suggestion contained in Mr. Root's letter of February 19th *, but I cannot bring myself to feel that I ought to ask France to make further concessions than the arrangement suggested in that letter would require. This being so, I would gladly drop the subject in which our traditional policy of abstention from the political affairs of Europe forbids the United States to take sides. I feel, however, that the events which led to the conference at Algeciras forbid me to omit any effort within my power to promote a settlement of differences.

By the request of Germany I urged France to consent to the conference, giving her very strong assurances of my belief that a decision would be reached, consonant with an impartial view of what is most fair and most practical. The nature, the strength and the justification of these assurances may be realized by referring to the terms of Baron Sternburg's letter to me of June 28, 1905 **,

* Vgl. Kap. CLII, Nr. 7019 und 7020.
** Vgl. Bd. XX, Kap. CXLVIII, Nr. 6744.

which said: ‚The Emperor has requested me to tell you that in case, during the coming conference, differences of opinion should arise between France and Germany, he, in every case, will be ready to back up the decision which you should consider to be the most fair and the most practical. In doing this, he wants to prove that the assistance which you have rendered to Germany has been rendered in the interest of peace alone, and without any selfish motives.'

„Under these circumstances, I feel bound to state to Your Majesty that I think the arrangement indicated in the above mentioned letter of February 19 is a reasonable one, and most earnestly to urge Your Majesty to accept it. I do not know whether France would accept it or not. I think she ought to do so, I do not think that she ought to be expected to go further; if that arrangement is made, the conference will have resulted in an abandonment by France of her claim to the right of sole control in Morocco, answerable only to the two powers with whom she had made treaties and without responsibility to the rest of the world, and she will have accepted jointly with Spain a mandate from all the powers, under responsibility to all of them for the maintenance of equal rights and opportunities. And the due observance of these obligations will be safeguarded by having vested in another representative of all the powers a right, to have in their behalf full and complete reports of the performance of the trust, with the further right of verification and inspection.

I feel that if this arrangement be made, Germany will have accomplished the declared object for her intervention in the affairs of Morocco and for the Conference. I feel such arrangement would be in very fact the evidence of the triumph of German diplomacy in this matter. Looking at the subject as I do, from the standpoint of an observer friendly to both parties and having no possible interest in the result, except the interest of peace, I see grave reason to apprehend that if the Conference should fail because of Germany's insisting upon pressing France beyond the measure of concession described in this proposed arrangement, the general opinion of Europe and America would be unfavorable, and Germany would lose that increase of credit and moral power that the making of this arrangement would secure to her, and might be held responsible, probably far beyond the limits of reason, for all the evils that may come in the train of the disturbed condition of affairs in Europe.

As a rule, parties to a past controversy looking back can see that they have ascribed undue importance to matters of difference which were really unimportant. A disinterested spectator is often able to take such a view at the time. I believe that I am taking such a view that, if the suggested arrangement can be made, none of

the matters, which Germany will not have scheduled by that are of any real importance to her, and I most sincerely hope that Your Majesty may take this view and throw upon France the responsibility for rejecting, if it is to be rejected, the suggested arrangement."

Wegen des vorstehend erwähnten Briefes Roots vom 19. Februar siehe mein Telegramm 55 von demselben Tage*. Wegen meines angezogenen Schreibens an Präsidenten vom 28. Juni v. Js. siehe dortseitiges Telegramm 155 vom 27. Juni v. Js.

Sternburg

Nr. 7075

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 103 Algeciras, den 8. März 1906

In heutiger Sitzung für Bank und Polizei hat auf allen Seiten konziliante Stimmung vorgeherrscht. Genaue Meldung über die Vorgänge folgt. Eindruck, daß schließlich Verständigung über die weiter reservierten Punkte möglich ist; Herr Révoil erwartet noch Instruktion für Frage der Bankanteile, hat in Polizeisache seinen Antrag eingebracht und den von Graf Welsersheimb ad referendum genommen. Die Bemühungen, Konferenz jetzt zum Schluß zu bringen, scheinen keinen Erfolg zu haben. Sir A. Nicolson lenkte sichtlich in der Sitzung wieder ein.

Radowitz

Nr. 7076

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 104 Algeciras, den 8. März 1906

In heutiger Sitzung habe ich nachstehende Erklärung gemacht:

„Nous sommes d'accord avec les opinions énoncées dans la dernière séance du comité et prouvant la nécessité de l'organisation au Maroc d'une police placée sous l'autorité souveraine de Sa Majesté Chérifienne nous apprécions les raisons qui recommandent d'avoir recours pour une participation efficace dans cette organi-

* Siehe Kap. CLII, Nr. 7019.

sation à des officiers choisis en France et en Espagne, mais nous ne saurions admettre qu'une pareille coopération fût limitée à ces deux nations sans autre contrôle ni garantie de surveillance internationale. Il est évident, que dans un pays dans l'état de culture du Maroc l'exercice de la seule force réelle, capable de maintenir l'ordre et de garantir la sécurité publique, donnerait aux deux puissances qui en auraient le privilège exclusif une position exceptionnelle, laquelle se ferait sentir sur le terrain des intérêts matériels et porterait atteinte au principe de la liberté économique pour tous. Il serait en effet à prévoir que le Maroc tomberait dans une dépendance de ces deux états dont résulterait une inégalité de situation inacceptable pour les autres nations. Les intérêts de l'Europe au Maroc demandent des garanties plus fortes. Protéger et développer ces intérêts communs par une action commune tel est le principe pratiqué avec succès en d'autres circonstances internationales. Il suffit de rappeler les résultats obtenus en Macédoine et en Chine par les efforts collectifs des puissances. Nous demandons donc pour l'organisation de la police marocaine une coopération étrangère qui assure à toutes les nations intéressées l'égalité au traitement économique et la politique de la porte ouverte; nous examinerons chaque proposition faite dans ce sens avec le plus vif désir de voir la conférence aboutir à une entente en cette importante matière."

Radowitz

Nr. 7077

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 105 Algeciras, den 8. März 1906

Wortlaut des von Graf Welsersheimb heute eingebrachten Vorschlags: 1. Le Sultan aura le commandement suprême de la troupe de police. 2. Le Sultan chargera des officiers français de l'organisation de la troupe de police à Tanger, Saffi, Rabat et Tétouan. 3. Le Sultan chargera des officiers espagnols de l'organisation de la troupe de police à Mogador, Larache et Mazagan. 4. Le Sultan nommera en outre un officier supérieur en rang qui sera chargé de l'organisation de la troupe de police à Casablanca et qui en même temps fera fonction d'inspecteur général de toutes les troupes de police. Le Sultan le choisira librement parmi les officiers que lui présentera au nombre de trois et avec l'assentiment des puissances signataires ou le gouvernement de la Suisse ou celui des Pays-Bas. 5. Les cadres de la troupe de police seront marocains. 6. L'administration

et notamment la paie de la troupe s'effectuera par les employés européens moyennant des fonds qui seront mis à leur disposition par la Banque d'Etat. 7. L'inspecteur général rendra compte de ses fonctions au corps diplomatique à Tanger qui aura à contrôler l'exécution de l'organisation policière. 8. Cette organisation sera instituée à titre d'essai pour la durée de cinq ans.

Radowitz

Nr. 7078

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 Algeciras, den 8. März 1906

In heutiger elfter Plenarsitzung wurde der größte Teil des Bankentwurfs nochmals durchberaten, wobei die Marokkaner zu verschiedenen Artikeln neue Anträge stellten, die zunächst der Redaktionskommission überwiesen wurden.

Zu Artikel VII (Münzreform) erklärte Graf von Tattenbach, daß die Zirkulation der spanischen Münzen in Marokko eine Tatsache sei, während ihre force libératoire in bestehenden Verträgen auch in unserem Handelsvertrage anerkannt werde. Es werde der Redaktionskommission gewiß gelingen, eine Formel zu finden, die dieser Tatsache einerseits und den Interessen der marokkanischen Münzreform andererseits in billiger Weise gerecht würde.

Diese Erklärung wurde allgemein, insbesondere auch spanischerseits, mit Befriedigung aufgenommen.

In der Frage der Gerichtsbarkeit kam es zu einer prinzipiellen Einigung dahin, daß als zweite Instanz Lausanne angenommen wird, während für die erste Instanz in allen Fällen von Prozessen gegen die Bank eine konsularische Rechtsprechung in Tanger in einer von der Redaktionskommission noch zu formulierenden Weise einzutreten hat.

Betreffs der Überwachung regte Graf von Tattenbach (lediglich zur Erwägung) an, ob vielleicht je ein Zensor von der deutschen Reichsbank, der französischen Staatsbank, der Bank of England und dem Banco de Espana durch die betreffende Regierung zu bestellen wäre. Diese Anregung, der gegenüber Révoil allerdings die Notwendigkeit betonte, das politische Element fernzuhalten, wurde allgemein gut aufgenommen, und Sir A. Nicolson empfahl dieselbe zu näherer Prüfung.

Wir glauben ein Eingehen auf diese Anregung umsomehr empfehlen zu können, als dabei die deutsche staatliche Einwirkung noch besser gesichert wäre als durch drei aus dem diplomatischen

Korps in Tanger zu bestellende Zensoren. Der Rest des Bankentwurfs soll am Sonnabend, den 10. d. Mts., zu Ende beraten werden. Von größeren Fragen bleibt dafür nur noch diejenige der Bankanteile.

In anschließender Komiteesitzung über die Polizeifrage habe ich zunächst unsern Standpunkt dargelegt, worauf der Entwurf Herrn Révoils vorgelesen und von ihm begründet wurde*.

Graf Welsersheimb brachte dann seinen Vermittlungsvorschlag ein**. Der Eindruck dieser österreichischen Aktion war allgemein recht günstig.

Herr Révoil nahm ihn ad referendum. Marquis Visconti Venosta sprach sich heute darüber noch nicht in der Konferenz aus. Er hatte auch noch nicht die letzte Instruktion erhalten, will in der nächsten Sitzung dafür eintreten. Die Beratung der beiden Vorschläge wird Sonnabend in der Komiteesitzung weiter geführt.

Radowitz

Nr. 7079

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 Algeciras, den 8. März 1906

Im Anschluß an Telegramm Nr. 106***.

Marquis Visconti Venosta bezeichnet heutige Sitzung als erheblich günstiger; nunmehr sei die Mehrzahl der Vertreter auf unsere Seite getreten und habe dem französischen zu erkennen gegeben,

---

* Er lautete: „Une troupe de police chérifienne dont les effectifs et les cadres inférieurs seront recrutés parmi les musulmans marocains et placés sous l'autorité de commandants marocains sera organisée dans les huit ports ouverts au commerce. Pour venir en aide au Sultan dans l'organisation de cette police des officiers et sousofficiers instructeurs seront mis à sa disposition par les gouvernements français et espagnols qui soumettront leur désignation et leur affectation à son agrément. Ces instructeurs seront chargés pour une durée de trois années d'assurer l'instruction et la discipline des corps de police marocains et devront en particulier surveiller leur bonne administration et contrôler le paiement régulier de la solde. Ils prêteront aux autorités investies du commandement de ces corps de police leur concours technique. L'effectif total des troupes de police ne devra pas dépasser 2500 hommes ni être inférieur à 2000; il sera réparti suivant l'importance des ports par groupes variant de 150 à 500 hommes. Le nombre des officiers instructeurs sera de seize au maximum, celui des sousofficiers de 32. Les fonds nécessaires à l'entretien et au paiement de la solde de troupes de police seront avancés au trésor chérifien par la Banque d'Etat."

** Vgl. Nr. 7077.

*** Siehe Nr. 7078.

daß weiterer Widerstand ungerechtfertigt wäre. Marquis Visconti Venosta hat, wie er sagt, eine ernste und eindringliche Unterredung darüber mit Révoil gehabt, der seinerseits ohne neue Instruktion aus Paris nicht weitergehen zu können erkläre. Rouvier hätte ihm zuletzt telegraphiert, zunächst trete keine Änderung in der Leitung der auswärtigen Politik ein, die bisherigen Weisungen beständen fort. Danach hat Révoil um neue Instruktion gebeten.

Ich habe Marquis Visconti Venosta bestimmt gesagt, daß wir nun am Ende aller Konzessionen angelangt seien, und ihn gebeten, dies noch einmal Révoil zu erklären. Er möge jetzt in beiden Fragen seine Entschließung treffen.

Ob und wie die Ministerkrisis in Paris* auf die hiesge Verhandlung zurückwirken kann, ist hier bisher nicht zu ermessen.

Radowitz

Nr. 7080

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 90 Paris, den 8. März 1906

Gleichzeitig mit Prinz Albrecht, Regent von Braunschweig, ist der Fürst von Monaco gestern abend hier eingetroffen. Derselbe ist spät abends zu mir gekommen und hat mir sehr erfreut die Unterhaltung mitgeteilt, die er mit Ew. Durchlaucht gehabt. Ich resümiere dieselbe kurz dahin, daß mit Einverständnis Ew. Durchlaucht 1. die Polizei von Frankreich und Spanien ausgeübt werde und unter der äußerst diskreten Kontrolle eines kleinstaatlichen Offiziers (etwa Schweizer oder Holländer) zu stehen haben werde; 2. daß für Regelung von Konflikten das Gericht etwa von Lausanne anstatt eines französischen Tribunals gewählt werde; 3. was die Bank anlange, so würde der französische Anteil zu reduzieren sein, da der bisher verlangte (fünf Prozent) übertrieben hoch sei.

Der Fürst erfuhr bei mir den Sturz des Ministeriums. Dessenungeachtet hat er durch seinen Vertrauensmann und intimen Freund Rouviers, Herrn Joseph Reinach, heute früh vorstehende Punkte zur Kenntnis des Herrn Rouvier gebracht. Derselbe hat nach der

* Am 7. März war infolge einer Interpellation über die Unruhen bei Durchführung des Kirchengesetzes der Sturz des Kabinetts Rouvier erfolgt; am 13. März kam es dann zur Bildung des Kabinetts Sarrien, in dem Bourgeois das Äußere übernahm. Der belgische Gesandte in Paris Leghait nennt in seinem Berichte vom 8. März (Zur Europäischen Geschichte 1897—1914, ed. B. Schwertfeger II, 107) den Sturz Rouviers „le résultat de la situation faite au Ministère par la démonstration du Roi d'Angleterre en faveur de M. Delcassé".

Äußerung Reinachs sich disponiert erklärt, der Sache näherzutreten. Der kleinstaatliche Offizier scheine ihm auch empfehlenswerter als die Kontrolle durch das diplomatische Korps. Die vorgeschlagene Verlegung des Tribunals erachtet Herr Rouvier als zulässig; die Bankbeteiligungsfrage werde keine vitalen Schwierigkeiten bieten. Es ließe sich darüber Näheres verhandeln. Herr Rouvier erklärte sich Herrn Reinach gegenüber bereit, trotz seiner Erschöpfung während der ganz wahrscheinlich ziemlich langen Kabinettskrisis die Leitung des Auswärtigen Ministeriums mit voller Machtvollkommenheit und Verantwortlichkeit weiterzuführen, sodaß eine Unterbrechung der Verhandlungen in Algeciras nicht erforderlich wäre. Herr Rouvier würde unverzüglich die Befehle des Präsidenten der Republik einholen. Aus seiner Unterhaltung mit Herrn Rouvier hat Herr Reinach den Eindruck, daß der von Österreich-Ungarn einzubringende Vorschlag jedem andern vorzuziehen wäre.

Radolin

Nr. 7081

Der Geschäftsträger in Madrid Wilhelm von Stumm an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 91 Madrid, den 9. März 1906

Ich sagte Herrn de Ojeda heute, daß das Eintreten der spanischen Delegierten in Algeciras für die französische Auffassung in letzter Zeit mir doch über das durch die spanisch-französischen Abmachungen gebotene Maß hinauszugehen scheine. Auch hätte ich beobachtet, daß die Haltung der Delegierten in auffallender Weise mit einem Umschwung übereinstimme, der in einem Teil der hiesigen Regierungspresse neuerdings Deutschland gegenüber zu bemerken gewesen sei. Ohne diese Tatsachen direkt zu bestreiten, sagte mir der Unterstaatssekretär, daß vor einiger Zeit Frankreich und England unter ziemlich unverhüllten Drohungen und unter Hinweis auf die hilflose politische Lage Spaniens über die Haltung der spanischen Delegierten auf der Konferenz ganz energisch Beschwerde geführt hätten.

Die Äußerungen Herrn de Ojedas bestätigen mir, was ich schon längere Zeit vermutete, daß vor nunmehr beinahe drei Wochen von den beiden genannten Mächten hier ein starker Druck ausgeübt worden ist, und daß sie von Spanien anscheinend die Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen nicht nur dem Wortlaute, sondern auch dem Geiste nach verlangt haben. Die betreffenden Demarchen scheinen hier durch Herrn Cambon und in Paris durch den englischen gegenüber dem spanischen Botschafter gemacht worden zu sein.

Stumm

Nr. 7082

Der Geschäftsträger in Madrid Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 65 Madrid, den 9. März 1906

Zum Teil in Anknüpfung an den Übertritt der Prinzessin von Battenberg*, zum Teil unter Hinweis auf das Zusammentreffen des Königs von Spanien mit dem Könige von England in Biarritz hat die hiesige sowohl wie die auswärtige Presse Nachrichten gebracht, die von einem bevorstehenden engeren Anschluß Spaniens an England, ja von einem Bündnisse beider Länder zu berichten wissen. Ich bin hierüber nicht sonderlich überrascht gewesen[1], da mir bereits vor acht Tagen als eine in hiesigen finanziellen Kreisen kursierende Version folgende Beurteilung der politischen Lage mitgeteilt worden war. Die Mittelmeermächte hätten sich[2], so wurde gesagt, auf der Marokkokonferenz allmählich von der Absicht Deutschlands überzeugt, sich auf dem Wege über Marokko eine Position am Mittelmeer zu schaffen[3]. England, das diesen Plänen Deutschlands nicht gleichgültig gegenüberstehen könne, sei infolgedessen fest entschlossen, in dem voraussichtlichen Fall des Scheiterns der Konferenz die Sache Frankreichs unbedingt zu der seinen zu machen und einen Versuch Deutschlands, seine Absichten gewaltsam durchzuführen, eventuell als Kriegsfall anzusehen. König Eduard werde bei seinem bevorstehenden Besuche in Paris** hierüber verhandeln. Spanien, das die Aussichtslosigkeit und Zwecklosigkeit eines Zusammengehens mit Deutschland eingesehen habe[4], beabsichtige, sich in der Zukunft enger an England anzulehnen, von dem es auch auf Schutz gegen etwaige französische Übergriffe rechnen könne[3]. Die Behauptung, daß auch die italienische Politik sich auf derselben Linie bewege, läßt erkennen, wieviel Phantasie hierbei im Spiele ist[5]. Trotzdem bin ich der Ansicht, daß diese Symptome für das Vorhandensein von Strömungen, die auf einen engeren Anschluß Spaniens an England[6] hinarbeiten, nicht ganz unbeachtet bleiben dürfen.

Es war mir deshalb doppelt interessant, von Herrn Ojeda unlängst folgende Darstellung der spanischen Politik bezüglich Marokkos in der Vergangenheit zu erhalten. Während der acht Jahre meines Aufenthalts in Marokko, so sagte mir der Unterstaatssekretär, bin ich der Inspirator unserer marokkanischen Politik gewesen. Sie war sehr einfach. Schien England die Oberhand zu

---

* Am 7. März war die Prinzessin Viktoria Eugenie von Battenberg, nachmal. Königin von Spanien, zur katholischen Kirche übergetreten.

** 3. März. Vgl. Nr. 7059, Fußnote †.

gewinnen, so stellten wir uns auf die französische Seite; schien Frankreich zu stark zu werden, so wurden wir englisch. Dieser Politik wurde ein Ende bereitet, als England in seinem bekannten Kolonialabkommen mit Frankreich letzterem Marokko gab[7], über das es gar nicht verfügen konnte, und, um in diesen Freudenbecher einen Wermutstropfen zu träufeln, ihm die bekannte Rücksichtnahme auf die spanischen Interessen auferlegte. Damals schloß die konservative Regierung das verhängnisvolle Abkommen mit Frankreich. Ich bin ein ausgesprochener Gegner Frankreichs, so sagte mir Herr Ojeda, und wenn ich zu wählen habe, bin ich entweder Engländer oder Deutscher[8]. Ich bin aber Deutscher und habe dem englischen Botschafter, der mich einmal fragte, ob ich denn in Marokko Deutschland weniger fürchte als Frankreich, diese Frage ganz offen bejaht.

Diese Ausführungen des Unterstaatssekretärs spiegeln, glaube ich, die Sachlage sehr treffend wieder. Der von Frankreich drohenden Gefahren wohl bewußt, werden die spanischen Staatsmänner stets zwischen Deutschland oder England schwanken, und es ist nur zu hoffen, daß sie sich nicht einmal in einem unbedachten Augenblick letzterem ebenso in die Arme werfen, wie sie sich bereits Frankreich gegenüber in einer ihren Interessen direkt zuwiderlaufenden Weise kompromittiert haben[9].

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ich auch nicht
[2] nämlich durch Englands Lügen!
[3] !
[4] Danke für die Mittheilung
[5] nicht im Geringsten! die Sache stimmt
[6] ist im Gange
[7] richtiger Ausdruck, aber er gefällt ihm nicht
[8] natürlich das Erstere!
[9] sie werden das sicher thun, weil sie Lateinischer Race angehören! Und zumal, wenn sie erst in Marokko die Italienische Handelsrivalität empfinden werden, welche durch England und Frankreich dahinein lanzirt werden wird!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Die ganzen jämmerlichen, verkommenen lateinischen Völker werden nur Instrumente in Englands Händen, um den Deutschen Handel im Mittelmeer zu bekämpfen. Wir haben nicht nur keine Freunde mehr, sondern dieses Eunuchengeschlecht des alten Röm[ischen] Völkerchaos haßt uns aus vollster Seele! Es ist wie zur Zeit der Hohenstaufen und der Anjous! alles bei den Romanischen Hundsföttern verräth uns nach Rechts und Links, und springt England in die geöffneten Arme, die sie gegen uns verwenden werden! Ein Kampf zw[ischen] Germanen und Lateinern auf der ganzen Linie! und leider sind die Ersteren getheilt!

Nr. 7083

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 58 Wien, den 9. März 1906

Herr von Merey*, den ich soeben sah, las mir ein Telegramm des Grafen Welsersheimb von gestern abend vor. Nach diesem Drahtbericht waren dem Grafen die von mir veranlaßten letzten Instruktionen bezüglich des von ihm zu machenden Vorschlags in der Nacht zum Donnerstag zugegangen. Er hatte des Marquis Visconti Venosta erst gestern morgen eine halbe Stunde vor Beginn der Konferenzsitzung habhaft werden können und denselben ersucht, sich seinerseits dem nunmehr endgültig formulierten Vermittlungsvorschlag anzuschließen.

Wie Graf Welsersheimb meldet, ist der Marquis in große Erregung geraten und hat erklärt, er könne sich diesem Vorschlag nicht anschließen, da derselbe sich mit demjenigen des Berliner Kabinetts, den er zu vertreten habe, nicht decke — eine Wendung, die dem Sektionschef und mir unverständlich ist. Er hat von der Einbringung dieses Vorschlags dringend abgeraten und schließlich sogar bemerkt, derselbe werde auf der Konferenz einen schlechten Eindruck machen.

Der erste österreichisch-ungarische Delegierte hat darauf erklärt, die ihm zugegangenen Instruktionen lauteten bestimmt dahin, den Vorschlag am Donnerstag einzubringen. Zu einer Rückfrage fehle die Zeit, und da er die Verantwortung für eine Vertagung der Unterbreitung des Vorschlags nicht zu übernehmen vermöge, werde er denselben nunmehr allein vor die Konferenz bringen.

Nach meiner Ansicht gebührt dem Grafen Welsersheimb Dank, daß er der Marquis Visconti Venostaschen Aufforderung auf Zurückstellung bis zum Sonnabend nicht Folge gab, weil dem englischen Vertreter angesichts des nunmehr vorliegenden, weit entgegenkommenden Vermittlungsvorschlags die Sprengung der Konferenz nicht mehr so leicht sein dürfte. Wedel

Nr. 7084

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 110 Algeciras, den 10. März 1906

In heutiger Plenar- und Komiteesitzung über Bank und Polizei hat sich die konziliante Stimmung noch verstärkt, sodaß jetzt all-

* Erster Sektionschef im K. u. K. Ministerium des Äußeren.

gemein die Aussicht auf günstigen Abschluß vorherrscht. In beiden Fragen ist definitive Abmachung in Redaktionskommission verwiesen. Révoil hat letztes Wort wegen der Bankanteile und Überlassung von Casablanca an Inspektionsoffizier noch vorbehalten. Alle anderen Fragen sind erledigt. Weitere Meldung folgt.

Radowitz

Nr. 7085

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 111 Algeciras, den 10. März 1906

In heutiger Sitzung habe ich folgende Erklärung abgegeben: „Je suis en mesure de déclarer notre adhésion en principe aux propositions formulées par Monsieur le premier délégué d'Autriche-Hongrie, propositions dont les détails seraient soumis à la discussion. Si par cette adhésion nous renonçons à une partie essentielle des demandes que nous avions jusqu'ici maintenues relativement à la question de la police marocaine nous le faisons uniquement dans l'espoir d'amener ainsi un accord général ..." folgt der Vorschlag, beide Projekte gemeinsam in die Redaktionskommission zu verweisen.

Radowitz

Nr. 7086

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 112 Algeciras, den 10. März 1906

In heutiger Plenarsitzung wurden die inzwischen von Fes eingetroffenen Erklärungen des Sultans zu der Konferenzfrage vorgelegt und zur Prüfung der Übersetzungen den Konferenzdolmetschern überwiesen. Hervorzuheben ist daraus, daß der Sultan an dem Wunsch festhält, die Zuschläge zu den Einfuhrzöllen statt auf 2½ % auf 5% zu normieren.

Demnächst wurde die Erörterung der Bankfrage mit Artikel 23 des Entwurfs wieder aufgenommen. Bezüglich der Anteile, die dem französischen Bankkonsortium zu gewähren seien, erklärte Révoil, er glaube seiner Regierung eine Ermäßigung der französischen Forde-

rung vorschlagen zu können, doch scheine ihm ein Anteil für das Anleihevorrecht kaum genügend, während über die Vorrechte aus Artikel 32 die französischen Inhaber der Anleihetitel zu entscheiden hätten. Er erklärte sich aber damit einverstanden, die Frage der Redaktionskommission zu näherer Verständigung zu überweisen.

Mit dem deutschen Vorschlag, die Zensoren aus den vier großen Staatsbanken zu entnehmen, erklärten sich Révoil und die übrigen Konferenzvertreter im Prinzip einverstanden.

In der Komiteesitzung verteidigte Graf Welsersheimb seinen Vermittlungsvorschlag in Polizeifrage gegen die von Perez Caballero dagegen erhobenen Einwendungen. Er bewies die Notwendigkeit, dem Generalinspektor neben der allgemeinen Inspektionsbefugnis auch die Instrukteurbefugnisse für einen Platz, Casablanca, zu gewähren.

Ich erklärte darnach unser prinzipielles Einverständnis mit dem österreichischen Vorschlag und beantragte darüber Kommissionsberatung. Mein Vorschlag wurde von Marquis Visconti Venosta unterstützt und darauf allgemein angenommen.

Der englische Vertreter erhob noch einige Bedenken gegen die Ausstattung des Generalinspektors mit Instrukteurbefugnissen für Casablanca, bezeichnete aber selbst seine Einwendungen nur als observations académiques. Révoil schloß sich diesen Bedenken an, erklärte aber, daß er dem Prinzip der Inspektion im österreichischen Vorschlage eventuell beitrete. Außerdem sprach er besonders seinen Dank aus für die konzilianten Gesinnungen, die in Graf Welsersheimbs Ausführungen und meinen Bemerkungen dazu zum Ausdruck gelangt wären. Nächste Plenarsitzung Dienstag, bis dahin Kommissionsberatung.

Radowitz

Nr. 7087

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 Wien, den 11. März 1906

Als ich dem Grafen Goluchowski gestern während einer Soiree beim Erzherzog Friedrich begegnete, nahm er mich sofort beiseite, um mich zu fragen, was ich zu dem neuesten Ausbrechen des Marquis Visconti Venosta sage. Der Minister fügte hinzu, er hätte einige Tage vorher von Welsersheimb Andeutungen erhalten, nach welchen Herr Nicolson auf eine Sprengung der Konferenz abzuzielen scheine. Er habe deswegen in die am Mittwoch abend nach Algeciras

expedierten letzten Instruktionen in betreff des am Donnerstag einzubringenden Vermittelungsvorschlags noch einen eigenhändigen Zusatz eingefügt, durch welchen der erste österreichisch-ungarische Delegierte angewiesen worden sei, seinen Vorschlag, im Falle sein italienischer Kollege die Mitwirkung versagen sollte, unter Berücksichtigung der allgemeinen Situation selbständig einzubringen. Die Motive für die merkwürdige Haltung Visconti Venostas vermag sich Graf Goluchowski nicht zu erklären.

Wedel

Nr. 7088

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 113 Algeciras, den 11. März 1906

Marquis Visconti Venosta hat in letzter Zeit sich besonders bemüht, außerhalb der Konferenzsitzungen auf die Franzosen in Bank- und Polizeifrage im Sinne unseres Verlangens einzuwirken, was sicher von Nutzen gewesen ist und weiter sein kann. Es ist mehr darin von ihm Vorteil zu ziehen als wie von seinem direkten Eingreifen in die Konferenzverhandlung, das er möglichst vermeidet*.

Radowitz

Nr. 7089

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 114 Algeciras, den 11. März 1906

In heutiger Kommissionssitzung blieben die Fragen der Zensoren und der französischen Anteile streitig, trotzdem die gestrige Plenarsitzung allgemein die Erwartung erregt hatte, daß nun auf fran-

* Zu diesem Telegramm Radowitz' bemerkte Fürst Bülow: „Ich teile die Ansicht von Radowitz, daß uns Visconti außerhalb der Konferenzsitzungen nützlicher sein kann als in den Konferenzverhandlungen. Er hat auch aus vielen Gründen mehr Einfluß auf die Franzosen als der vortreffliche Welsersheimb. Wir dürfen ihn jetzt nicht verstimmen, sondern müssen sehen, daß wir rebus sic stantibus möglichsten Nutzen aus ihm ziehen."

zösischer Seite in diesem Hauptpunkt der Widerstand aufgegeben werden würde.

Die Franzosen wollen den vier zentralen Notenbanken von Deutschland, England, Frankreich und Spanien die Wahl je eines Zensors überlassen; die Berichte der Zensoren sollen den betreffenden Banken mitgeteilt werden. Wir verlangten unbedingt, daß die vier Regierungen je einen Zensor aus dem Personal ihrer Notenbank ernennen, und daß die Signatärmächte Abschriften der Berichte der Zensoren erhalten, weil nur auf diese Weise der internationale staatliche Charakter des Aufsichtsrechts gesichert ist, ein Standpunkt, der unseres Erachtens unter allen Umständen aufrechterhalten werden muß.

Die Franzosen fordern ferner für Abtretung der Rechte aus Artikel 32 und 33 des Anleihevertrages von 1904 zwei Gründeranteile und außerdem für Übertragung des Anleihedienstes und der Kontrollrechte aus Artikel 15 und 16 des Anleihevertrags noch einen Gründeranteil. Wir haben die Forderung entschieden abgelehnt. Unseres Erachtens könnte auf dieselbe nur dann eingegangen werden, wenn die deutsche Vorschußbankgruppe für Übertragung des Vorschußdienstes an die Staatsbank gleichfalls einen Anteil erhielte. Dann hätte Frankreich mit dem Anleihekonsortium vier, Deutschland mit dem Vorschußkonsortium zwei Gründeranteile statt, wie bisher von uns konzediert, drei gegen einen. Die Mitbeteiligung der französischen Banken an dem Vorschußgeschäft dürfte, soweit von hier zu übersehen, solcher Regelung nicht entgegenstehen.

Dürfen wir diesen Vermittelungsvorschlag machen und im übrigen auf unserem Standpunkt beharren?

In allen sonstigen Punkten wurde Einverständnis erzielt. Morgen soll in der Kommission über die Polizeifrage, die heute nicht berührt worden, weiter diskutiert werden.

Die heute im Gegensatz zu seiner gestrigen Haltung hervorgetretene Intransigenz des französischen Delegierten scheint wieder darauf zu beruhen, daß gesucht wird, von uns Konzession in der Polizeifrage (Aufgeben der Stellung des Inspektionsoffiziers in Casablanca) gegen Verzicht auf einen Bankanteil herauszudrücken. Ebenso ist unzweifelhaft, daß Révoil seit gestern mehr auf Rückhalt, bei größerer hiesiger Hartnäckigkeit, im neuen Ministerium in Paris rechnet. Von hiesigen französischen Journalisten wird er stark in diesem Sinne bearbeitet. Mir ist hier von sämtlichen Kollegen, auch vom englischen, gesagt worden, daß sie jetzt nach unserem Verhalten in der Gesamtsitzung das französische Festhalten an den von uns als definitiv unannehmbar bezeichneten Punkten nicht mehr für gerechtfertigt halten würden und sich demgemäß Révoil gegenüber geäußert haben.

Radowitz

Nr. 7090

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 115 Algeciras, den 12. März 1906

Marquis Visconti Venosta sagte mir heute abend: „Je vous dis en confiance, vous ne vous arrangerez pas avec Révoil sans une intervention positive du Gouvernement à Paris à laquelle il doit céder."

Radowitz.

Nr. 7091

Direktiven des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Reinschrift

Eilt sehr! Berlin, den 12. März 1906

Ich bitte, mir sofort Telegramme nach Wien, Rom, St. Petersburg und London vorzulegen, in welchen die Lage der Konferenz auf Grund der letzten Meldung von Radowitz*, der Mitteilung von Visconti**, des Telegrammes aus Algeciras im heutigen „Montag"*** unseren Vertretern dargelegt wird. In diesem Telegramm kommt es nicht darauf an, die Berechtigung unserer Forderung mit juristischen Gründen nachzuweisen; auch muß jede Schärfe und Schroffheit vermieden werden, die die fremden Kabinette in diesem Augenblick nur ungünstig beeinflussen würde. Worum es sich handelt ist: Den fremden Kabinetten klarzumachen, daß durch weitgehendes, ihren und den Wünschen von Europa entsprechendes Entgegenkommen von unserer Seite eine Verständigung in allernächste Nähe

* Siehe Nr. 7089.

** Identisch mit Nr. 7090.

*** Der „Lokalanzeiger" hatte in seiner Montagsausgabe vom 12. März ein Telegramm seines Spezialberichterstatters in Algeciras gebracht, das die unerwartet unnachgiebige Haltung Révoils in der Kommissionssitzung vom 11. und den dadurch bedingten Umschwung in der Stimmung der anderen Konferenzteilnehmer in drastischer Weise schilderte. Nach der Meldung des „Lokalanzeigers", die offenbar übertrieb, hätten die Franzosen selbst „zunächst ihre völlige Isolierung im Schoße der Kommission herbeigeführt". Der weitere Lauf der Dinge hat gezeigt, daß das doch keineswegs der Fall war. Das unvorsichtige Telegramm des „Lokalanzeigers", das natürlich von den Franzosen geschickt ausgebeutet und gegen die deutsche Regierung ausgespielt wurde (vgl. Tardieu, La Conférence d'Algésiras, p. 316 s.), hat nicht wenig dazu beigetragen, die für Deutschland günstige Wendung der Dinge in Algeciras zu paralysieren.

gerückt und so gut wie sicher gemacht worden war, als durch plötzliche, unerwartete und bei den Haaren herbeigezogene Schwierigkeiten von französischer Seite alles in Frage gestellt wurde. Wenn die fremden Kabinette wünschen, daß die Konferenz zu einem glücklichen Ausgange gelange und damit eine Periode der Beruhigung, der Sicherheit und des wirtschaftlichen Aufschwungs eintritt, so mögen sie in Paris dahin wirken, daß dort wieder die Stimme der Vernunft die Oberhand gewinnt und gegenüber so großen Zugeständnissen von unserer Seite auch einiges Entgegenkommen gezeigt wird.

Abschrift dieses Telegramms geben wir pro informatione nach Algeciras.

Ich bitte, mir auch ein kurzes Telgramm in französischer Sprache für Mendelssohn aufzusetzen: Alles war in Ordnung, allgemeine Harmonie in Algeciras, Verständigung unmittelbar bevorstehend, als plötzlich Franzosen neue, von niemand erwartete Schwierigkeiten erhoben. Allen Vertretern in Algeciras unerfindlich, weshalb. Ernstes Wort von Witte in Paris kann noch alles gut machen und Einigung und Beruhigung mit ihren Folgen sichern*.

Nach Paris wohl nur kurzes Resümee der Situation ohne Auftrag für Rouvier. Es empfiehlt sich aber meines Erachtens, Monaco (und vielleicht auch Courcel?) au courant der Lage zu setzen.

Wie wir Washington und Madrid (Druck mit Kaiserreise?) behandeln, stelle ich zur Erwägung.

Ich halte es für notwendig, daß die vorstehenden Telegramme heute vor 1 Uhr abgehen.

Bülow

Nr. 7092

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel***

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Kriege

Nr. 60 Berlin, den 12. März 1906

Durch das weitgehende, den Wünschen der fremden Kabinette und Europas entsprechende Entgegenkommen, das wir auf der

---

* Das Telegramm an den damals zwecks Verhandlungen über russische Anleihepläne in Petersburg weilenden Chef des Bankhauses Mendelssohn & Co. ging in diesem Sinne noch am 12. nach Petersburg ab. Es ist dies das Telegramm, das nach Tardieu, La Conférence d'Algésiras, p. 319, von Bülow direkt an Graf Witte gerichtet worden wäre.

** Derselbe Erlaß erging wortgetreu und ohne Zusatz an die Botschaften in London (Nr. 82), Petersburg (Nr. 56) und Rom (Nr. 63). Nach Paris und Algeciras wurde der Erlaß ebenfalls ohne Zusatz oder Weglassung zur Orientierung von Radolin bzw. Radowitz mitgeteilt. Mit dem Wortlaut des

Marokkokonferenz in der Sonnabendsitzung bewiesen haben, war eine Verständigung in allernächste Nähe gerückt und so gut wie sicher gemacht worden, als durch plötzliche, unerwartete und bei den Haaren herbeigezogene Schwierigkeiten von französischer Seite alles in Frage gestellt wurde. Dem Botschafter von Radowitz ist von sämtlichen Kollegen, auch von dem englischen, gesagt worden, daß sie jetzt nach unserm Verhalten in der Sonnabendsitzung das französische Festhalten an den von uns als unannehmbar bezeichneten Punkten nicht mehr für gerechtfertigt halten und sich demgemäß Révoil gegenüber geäußert haben*.

Marquis Visconti Venosta hat unserm Botschafter am Sonntag vertraulich gesagt:

„Je vous dis en confiance, vous ne vous arrangerez pas avec Révoil sans une intervention positive du Gouvernement à Paris à laquelle il doit céder."

Wenn also die fremden Kabinette wünschen, daß die Konferenz zu einem glücklichen Ausgange gelangt und damit eine Periode der Beruhigung, der Sicherheit und des wirtschaftlichen Aufschwungs eintritt, so würden sie in Paris dahin zu wirken haben, daß dort wieder die Stimme der Vernunft die Oberhand gewinnt und weiterer Widerstand aufgegeben wird. Euere pp. bitte ich, diese Sachlage zur Kenntnis der dortigen Regierung zu bringen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Bülow

Nr. 7093

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 85 Berlin, den 12. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 72**.

Ich bitte die beifolgende Antwort Seiner Majestät an Präsident Roosevelt*** zu übergeben. Die Antwort, de dato Wilhelmshaven S. M. S. „Kaiser Wilhelm II.", den 12. März 1906, lautet:

Erlasses vergleiche man, was Tardieu, La Conférence d'Algésiras, p. 318, über das „berühmte Zirkular des 12. März" zu sagen weiß: „Les ambassadeurs sont invités à communiquer ces renseignements aux gouvernements auprès de qui ils sont accrédités. Il va de soi que la communication sera faite avec les nuances voulues. A Londres, on insistera surtont sur l'attitude de la Russie; à St. Pétersbourg sur celle de l'Angleterre, et ainsi de suite."

* Vgl. Nr. 7089.

** Siehe Nr. 7074.

*** Es ist dies die einzige direkte Mitteilung, die Kaiser Wilhelm II. dem Präsidenten Roosevelt während der Algeciraskonferenz hat zugehen lassen.

„Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für Ihre wiederholten und freundschaftlichen Bemühungen um eine allseitig befriedigende Lösung der Marokkofrage und kann es nur mit Freude begrüßen, daß Sie sich nicht haben abhalten lassen, zur Erledigung der noch schwebenden Differenzen mitzuwirken.

Was die von Ihnen erwähnte Mitteilung meines Botschafters betrifft, so kann ich Ihnen auch selbst nur versichern, daß ich gern bereit bin, alle Ratschläge, die Sie, Herr Präsident, erteilen, als Basis einer Verständigung anzunehmen. In diesem Sinne ist auch Ihr in dem Schreiben des Herrn Root vom 19. v. Mts. enthaltener Vermittelungsvorschlag* von vornherein in ernste Erwägung gezogen und ihm, vorbehaltlich einer Ausbildung nach der internationalen Seite hin, grundsätzlich zugestimmt worden.

Auch Ihren jetzigen Ausführungen habe ich in allen Punkten diejenige Aufmerksamkeit gewidmet, die ihnen nach ihrem Inhalte wie nach der Stelle, von der sie herrühren, zukommt. Ich stimme Ihnen darin völlig bei, daß rechtlich ein von der Konferenz an Frankreich und Spanien erteiltes Mandat sich sehr wesentlich von einer Aktion Frankreichs unterscheidet, die nur auf Sonderabkommen mit England und Spanien beruht hätte. Tatsächlich könnte aber ein solches Mandat Frankreich eine Art Monopolstellung in Marokko geben, die auch wirtschaftlich die Gleichstellung anderer Nationen beeinträchtigen würde, wenn nicht ein ausreichendes internationales Gegengewicht hergestellt wird. Dieser Gedanke ist auch in Ihrem Vermittelungsvorschlag anerkannt worden, und es konnte ein Zweifel nur darüber bestehen, ob die zu diesem Zwecke dort vorgesehenen Aufsichtsmaßregeln nach der internationalen Seite hin völlig genügende Garantien bieten würden.

In dieser Hinsicht hat der Gedanke eine, wie mir scheint, nicht unzweckmäßige Ergänzung in dem inzwischen von Österreich-Ungarn gebrachten Vermittelungsvorschlage gefunden, der sich im übrigen mit Ihrem Vorschlage fast vollständig deckt. Ich habe daher meine Vertreter in Algeciras anweisen lassen, sich dem österreich-ungarischen Vorschlage grundsätzlich anzuschließen, und möchte glauben, daß ein gedeihlicher Ausgang der Konferenz sichergestellt würde, wenn Sie, Herr Präsident, diesen Vorschlag, der mir als eine annehmbare Ausgestaltung Ihres Vorschlags erscheint, gleichfalls genehm halten wollten. Wilhelm I. R.“

Hierzu bemerke ich folgendes: Euerer pp. wird es beim Vergleich Ihres Schreibens an den Präsidenten Roosevelt vom 28. Juni 1905

Tardieus Angaben über einen doppelten direkten Appell des Präsidenten an den Kaiser, „pour lui recommander purement et simplement la solution franco-espagnole“, und über einen doppelten und direkten Abschlag des Kaisers (a. a. O., p. 249 ff.) bedürfen hiernach der Berichtigung.

* Vgl. Kap. CLII, Nr. 7019.

mit meinem Telegramm Nr. 155 vom 27. Juni 1905* nicht entgangen sein, daß Sie über den Ihnen erteilten Auftrag in doppelter Richtung hinausgegangen sind. Einmal waren Sie nach meinem Telegramm nur zu der Erklärung ermächtigt, daß ich bei Seiner Majestät etwaige Vermittelungsvorschläge des Präsidenten befürworten würde, während Sie deren unbedingte Annahme im Namen Seiner Majestät selbst zugesagt haben. Ferner haben Sie durch den Zusatz „during the coming conference" Ihre Zusage auf die zwischen uns und Frankreich während der Konferenz sich ergebenden Meinungsverschiedenheiten abgestellt, während ich lediglich die damals noch speziell zwischen uns und Frankreich zu führenden Vorverhandlungen im Auge hatte.

Seine Majestät würden nach den von Ihnen abgegebenen Erklärungen, sofern nicht etwa deren Desavouierung in Frage kommen sollte, kaum umhin können, den vorliegenden Vermittelungsvorschlag des Präsidenten Roosevelt auf dessen wiederholtes Verlangen hin anzunehmen. Der österreichische Vorschlag ist aber mehr geeignet, den auch vom Präsidenten Roosevelt gewünschten internationalen Charakter zu gewährleisten. Es kommt hinzu, daß dieser Vorschlag wegen dieser seiner Eigenschaften inzwischen von den Vertretern aller anderen Staaten — sogar von Sir A. Nicolson — als Basis für eine definitive Verständigung auf der Konferenz angenommen worden ist. Dem praktischen Blick des Präsidenten Roosevelt kann es nicht entgehen, daß jetzt alles darauf ankommt, die solcher Art gewonnene Basis nicht durch einen neuen Vorschlag zu verschieben, sondern durch Unterstützung der österreichischen Vermittlung in Algeciras und in Paris die Lösung der marokkanischen Streitfrage möglichst bald herbeizuführen.

Euere pp. bitte ich, alsbald unter voller Einsetzung Ihres amtlichen und persönlichen Einflusses im vorstehenden Sinne auf den Präsidenten Roosevelt einzuwirken. Ich konstatiere nochmals, daß nach einem Telegramm des Botschafters von Radowitz vom 11. März diesem von allen Kollegen, mit Einschluß des englischen und des amerikanischen, gesagt worden ist, daß sie nach den weitgehenden Zugeständnissen, die wir in der Sonnabendsitzung gemacht haben, den französischen Widerstand nicht mehr für gerechtfertigt halten und sich demgemäß Révoil gegenüber geäußert haben.

Bülow

---

* Siehe Bd. XX, Kap. CXLVIII, Nr. 6744.

Nr. 7094

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 116 Algeciras, den 12. März 1906

Über Kommissionssitzung von heute vormittag meldet Graf Tattenbach:

„Spanischerseits ist angeregt worden, die Verteilung der von der französischen und spanischen Regierung dem Sultan zur Verfügung zu stellenden Offiziere auf die Hafenorte der Vereinbarung dieser beiden Staaten mit der marokkanischen Regierung zu überlassen, vielleicht unter formeller Hinzuziehung des Inspektors. Der französische Delegierte hat das Inspektorat im Prinzip anerkannt, aber nachzuweisen versucht, daß die gleichzeitige Übertragung der Funktion als Kommandant eines Polizeikorps seinem Ansehen und seiner Wirksamkeit nur schädlich sein könne. Er ist ferner mit ziemlicher Bestimmtheit für die Wahl eines schweizerischen Offiziers als Inspektor eingetreten.

Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder hat sich für eine Vermehrung der Instruktionsoffiziere von 16 auf 20, der der Unteroffiziere von 32 auf 40 ausgesprochen.

Heute wird die Besprechung unter Zuziehung der Marokkodelegierten fortgesetzt werden.

Die Übertragung von Kommandobefugnissen an den Inspektor in Casablanca wird also von französischer Seite nach wie vor abgelehnt, während Generalinspektor in Tanger mit entsprechenden Befugnissen und Garantien, aber ohne spezielles Truppenkommando zugegeben werden würde.

Die französischen Delegierten sagen heute selbst, daß sie jetzt zunächst an die aus Paris zu erwartenden Weisungen gebunden seien." Radowitz

Nr. 7095

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 St. Petersburg, den 13. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 56*.

Hiesige Regierung erkennt dankbar unser weitgehendes Entgegenkommen in Marokkofrage an und kann sich die in letzter

* Vgl. Nr. 7092, Fußnote **.

Stunde von französischer Seite erhobenen Schwierigkeiten nur aus dem augenblicklichen Mangel einer verantwortlichen Regierung in Paris erklären. Russische Regierung scheint gern bereit, in Paris im Sinne des Nachgebens einzuwirken. Bestimmtes über letzteren Punkt werde ich noch heute erfahren, sobald Graf Lamsdorff von Vortrag in Zarskoje Selo zurück sein wird.

Schoen

Nr. 7096

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 118 Algeciras, den 13. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 118*.

Die hiesigen Kollegen, auch der englische, der seine Haltung überhaupt jetzt im Sinne friedfertiger Einwirkung geändert hat, fahren fort, Herrn Révoil zur Verständigung zu raten, erwarten aber Erfolg erst nach seinen Weisungen aus Paris. Inzwischen hetzt ein Teil der französischen Presse weiter, ein anderer sucht einzulenken, speziell der hiesige Vertreter des „Temps". Es wäre wünschenswert, daß unsere offiziöse Presse die Lage ernst, aber mit Mäßigung in Form und ohne Spitze gegen hiesige französische Delegierte bespräche. Nicht Anlaß zu geben, daß die Polemik zuviel auf persönliches Terrain verlegt werde.

Radowitz

Nr. 7097

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 48 Rom, den 13. März 1906

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 63**.

Graf Guicciardini hat auf Grund meiner Demarche gemäß Telegramm Nr. 56 schon am 7. Graf Tornielli angewiesen, Herrn Rouvier um Annahme österreichischen Kompromißvorschlags zu bitten. Rouvier erwiderte, daß Herr Révoil unbeschränkte Vollmacht besitzt und alle Anträge bei ihm einzubringen sind. Gestern hat Marquis Visconti

* Vgl. Nr. 7092, Fußnote **.
** Identisch mit Nr. 7092.

Venosta hierher telegraphiert, daß Révoil nur auf direkten Befehl von Paris nachgibt. Graf Tornielli erhält demzufolge Befehl, nochmals in Paris vorzustellen, daß Italien unsere Konzessionen als unerwartet weitgehend betrachtet und dringend bitte, Kompromiß anzunehmen. Monts

Nr. 7098

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 98 Paris, den 13. März 1906

Inhalt Telegramm Nr. 97* soeben nachdrücklich Rouvier mitgeteilt, der sich Notizen gemacht. Er erwiderte mir offiziell, daß unter den gegenwärtigen Umständen, wo das neue Kabinett von einem Moment zum andern sich wahrscheinlich bilden würde, er von meinen Erklärungen nur Akt nehmen könne und sie seinem eventuellen Nachfolger übergeben würde. Privatim müsse er mir aber sagen, daß Révoil keineswegs neue Schwierigkeiten erhebe, und daß möglicherweise in der Polizeifrage ein ähnliches Mißverständnis wie bezüglich der Zensoren in der Bankfrage obwalte. Er hätte bestimmt angenommen, daß es sich nur um die Inspektion durch einen kleinstaatlichen Offizier, nicht aber um ein eigenes Kommando desselben in Casablanca handele. Erstere hätte er als äußerstes französisch-spanisches Zugeständnis betrachtet und annehmen können, letzteres wäre für Frankreich unannehmbar. Auch erachte Rouvier es für angezeigt, daß es Frankreich und Spanien überlassen bleibe, zu bestimmen, wie die Verteilung der spanisch-französischen Offiziere in den einzelnen Häfen zu erfolgen habe. Wie Rouvier zum Schluß bemerkte, findet die nächste Sitzung nicht heute, sondern morgen, Mittwoch, statt. Radolin

Nr. 7099

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Wien, den 13. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 60**.

Auch Graf Welsersheimb hat in gleichem Sinne hierher berichtet, und führt französischen Widerstand teils auf die Pariser Preßhetzen,

* Vgl. Nr. 7092, Fußnote **.
** Siehe Nr. 7092.

teils auf die Ministerkrisis, die Rouvier verhindere, gemäßigte Instruktionen zu erteilen, zurück. Der Graf meldet, daß Marquis Visconti Venosta und A. White wohl privatim vermittelnd auf Révoil einzuwirken bestrebt seien, doch klagt er darüber, daß jene beiden Herren in den Sitzungen aus ihrer Reserve nicht heraustäten und daher die Konferenz über ihre wirkliche Stellung in Zweifel ließen. Der erste österreichisch-ungarische Delegierte richtet endlich an seinen Minister die Bitte, in Paris einen Druck im Sinne einiger Nachgiebigkeit des französischen Kabinetts ausüben zu lassen. Graf Goluchowski versprach mir, nachdem ich ihm auch meinerseits auf Grund Ew. Durchlaucht oben angeführten Telegramms die Situation dargelegt, noch heute den Graf von Khevenhüller anzuweisen, bei der französischen Regierung zu intervenieren, damit dieselbe ihren schroffen Standpunkt aufgebe und die Hand zum Ausgleich biete. Der Minister ist dabei der Ansicht, daß ein unmittelbarer Umschwung sich kaum erwarten lasse, weil Herr Bourgeois, den er persönlich recht gut kenne, sich zweifellos erst werde orientieren wollen und schwerlich wagen würde, seinen Amtsantritt schon mit einem Akte der Nachgiebigkeit zu beginnen. Der Graf äußerte endlich noch, Spanien scheine wegen der beabsichtigten Überweisung Tetuans an Frankreich Einwendungen zu erheben, doch werde ein Arrangement in dieser Richtung wohl auf keine ernsten Hindernisse stoßen.

W e d e l

Nr. 7100

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 London, den 13. März 1906

Habe Inhalt von Telegramm Nr. 82* an Sir E. Grey heute mündlich mitgeteilt.

Der Minister drückte seine besondere Freude und Genugtuung über unsere in der Sonnabendsitzung bekundete entgegenkommende Haltung aus, die beweise, daß uns das Gelingen des Konferenzwerkes am Herzen liege. Er selber blicke daher auch mit großer Zuversicht in die Zukunft. Er hoffe, da das Werk der Einigung so weit gediehen sei, daß auch über die Frage des mit der Überwachung der Polizeiorganisation zu betrauenden Offiziers eine Verständigung erzielt werden könne. Es scheine ihm, daß dieser Offizier

* Vgl. Nr. 7092, Fußnote **.

eine freiere und unabhängigere Stellung habe und in der Ausübung seiner Funktionen unbehinderter sei, wenn er nicht eine eigene Polizeitruppe in Casablanca auszubilden hätte. Er setzte sich sonst der Gefahr aus, da er nicht dieselbe Lokalkenntnis wie ein spanischer oder französischer Offizier besitze, daß die Polizeitruppe in Casablanca weniger wirksam ausgebildet würde wie die an den anderen Orten. Außerdem nähme ihm die Ausbildung der Polizei in Casablanca die Zeit fort, welche er auf die Oberaufsicht zu verwenden habe. Er, der Minister, hoffe daher, daß wir in dieser Frage kein unüberwindliches Hindernis zu einer Verständigung erblickten.

Da ich seit etwa drei Wochen keine amtlichen Mitteilungen über den Verlauf der Konferenzverhandlungen und über die Begründung unserer Anträge daselbst erhalten habe, so befinde ich mich dem Minister gegenüber einigermaßen im Nachteil. Da ich aber weiß, daß Sir E. Grey Argumenten zugänglich ist und sie möglichst unparteiisch abzuwägen sucht, so gab ich ihm die meinigen, und hoffe damit auch die der Kaiserlichen Regierung richtig erraten zu haben.

Ich erwiderte, er selbst und die Delegierten der Mächte in Algeciras erkennten unsere entgegenkommende Haltung und die großen Zugeständnisse, die wir gemacht hätten, rückhaltlos an. Es könne daher billigerweise von uns nicht verlangt werden, noch weitere Zugeständnisse zu machen, sondern es sei jetzt die Reihe an Frankreich, guten Willen zu zeigen. Die Ausbildung einer Polizeitruppe durch den neutralen höheren Offizier in Casablanca sei aus verschiedenen Gründen wichtig. Einem neutralen Offizier, der nicht selbst die Ausbildung einer Polizeitruppe, wenn auch nur im beschränkten Maße und in dem geringen Umkreis von Casablanca, übernehme, würde die erforderliche praktische Kenntnis zur Reorganisation der marokkanischen Polizei entgehen, und er würde damit sein Amt der wirksamen Oberaufsicht nur mangelhaft verwalten können. Es würde ihm, wenn er nicht festen Fuß innerhalb der Polizeimannschaft im eigenen Wirkungskreis fasse, an der nötigen Autorität über die fremden Instrukteure in den Hafenstädten und auch bei dem Machsen und dem Sultan mangeln. Ich könne ferner nicht das Argument, daß der neutrale Offizier bei Ausbildung einer eigenen Polizeitruppe seine Sache schlechter machen müsse als die übrigen fremden Instrukteure, als richtig anerkennen. Es erscheine mir im Gegenteil, daß ein tüchtiger Offizier einer neutralen Macht einen Ansporn in der Konkurrenz finden und bemüht sein werde, daß seine Truppe mindestens ebenso gut ausgebildet sei wie die Polizeitruppen der anderen ihm unterstellten Instrukteure. Sodann trete der wichtige Punkt hinzu, daß durch die Überlassung von Casablanca an den neutralen Offizier das Prinzip der europäischen, im Gegensatz zu der ausschließlich französisch-spanischen Polizeireform gewahrt bleibe. Für das Prinzip der europäischen und nicht

ausschließlich französischen Reform in Marokko seien wir vor und während der Konferenz eingetreten. Dies Prinzip bildet den Kernpunkt unserer Politik, und es beruht auf Verträgen. Frankreich besitzt keinerlei Rechte auf die Ausübung der Polizeireform auf eigene Faust. Wenn wir nun trotzdem und lediglich aus versöhnlicher Gesinnung die überwiegende Mehrheit der marokkanischen Polizeitruppen durch Frankreich ausbilden lassen wollten, so müsse nun aber auch die französische Politik in dem für sie unwesentlichen Punkte von Casablanca sich versöhnlich zeigen, wenn sie eine Einigung wünsche.

Sir E. Grey erwiderte, die beiderseitigen Gesichtspunkte hätten zwar manches für sich, er wünsche aber aus seinen Äußerungen den Gesamteindruck bei mir zu hinterlassen, einerseits seine aufrichtige Befriedigung über unser entgegenkommendes Verhalten in der Sitzung vom Sonnabend, andererseits seine Hoffnung, daß wir den von uns in der Casablancafrage eingenommenen Standpunkt nicht als unabänderlich betrachteten.

Ich entgegnete, meinerseits wünschte ich ihm den Eindruck zu hinterlassen, daß wir in der Versöhnlichkeit bis zur letzten Grenze gegangen seien, und daß nunmehr auch Frankreich seine versöhnliche Gesinnung zu beweisen habe.

Ich habe dem Minister zwar in Ausführung des Telegramms Nr. 82 gesagt, daß jetzt nur noch durch direkte Einwirkung in Paris etwas zu erreichen sei, ich habe ihn aber nicht ausdrücklich um seine Einwirkung in Paris ersucht, da er diese doch nicht zugesagt haben würde. In seinen Äußerungen stellte er sich vielmehr mit Bezug auf Casablanca vorwiegend auf den französischen Standpunkt und suchte ihn zu verteidigen*.

Falls inzwischen nicht Aussicht auf eine andere annehmbare Lösung eingetreten ist, und wenn wir daher unbedingt, auch unter Gefahr der Auflösunng der Konferenz, an der Ausbildung einer Polizeitruppe durch den neutralen Offizier in Casablanca festhalten müssen, so stelle ich Euerer Durchlaucht Erwägung gehorsamst anheim, ob ich Sir E. Grey kurz und ohne weitere Begründung, etwa durch Privatbrief und gewissermaßen als Antwort auf unsere heutige Unterredung, mitteilen soll, daß wir mit Bezug auf die Polizei- und Bankfrage bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen sind und unter keinen Umständen weitere Zugeständnisse machen werden.

Metternich

---

* Nach Tardieu, La Conférence d'Algésiras, p. 318, hätte Sir E. Grey sogar ganz frostig zu Metternich gesagt: „Ce que vous me dites là n'est pas possible."

Nr. 7101

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 Algeciras, den 14. März 1906

Über heutige Kommissionsbesprechung meldet Graf Tattenbach: „Zur Diskussion über Polizeifrage hat der zweite französische Delegierte einen Redaktionsentwurf eingebracht, der der in der gestrigen Sitzung erfolgten prinzipiellen Verständigung über verschiedene Punkte keine Rechnung trägt, vielmehr nur in Aussicht nimmt, daß in allen acht Häfen die Polizei von französischen [und] spanischen Offizieren organisiert werden soll und alle Detailbestimmungen der künftigen Vereinbarung zwischen diesen Offizieren und dem marokkanischen Kriegsminister vorbehalten werden. Das Inspektorat, das gestern von den Franzosen im Prinzip anerkannt und eingehend diskutiert worden war, wird überhaupt in diesem Entwurf nicht erwähnt, ebensowenig auf die übrigen Punkte des österreichischen Vorschlags Rücksicht genommen. Natürlich ist auf Grund dieses Entwurfs keine Einigung möglich."

Die Franzosen erwarten übrigens heute, wie Révoil verschiedenen Kollegen gesagt hat, genauere Instruktionen aus Paris. Es bleibt abzuwarten, ob sich danach ihre jetzige Haltung ändern wird.

Radowitz

Nr. 7102

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Washington, den 14. März 1906

Der Präsident äußerste sich über österreichisch-ungarischen Vorschlag soeben mir gegenüber folgendermaßen:

„This Austrian proposal in my mind is absurd because it favors the very ideas the conference has been trying to eliminate namely partition and spheres of influence[1]. Placing Spanish and French officers in the same ports gives according to my view a safer guarantee than placing them separately in single ports. This has distinctly the flavor of a French, a Spanish and a Dutch or Swiss sphere of influence. I also do not see how the duties of the police inspector can be made compatible with military discipline[2]. Austria wants an officer, who performs the same duties in the port of Casablanca as his French and Spanish comrades do, to act in all ports as their superior[3] and inspector. That would bring friction

at the start. The proposal I suggested is the better and safer and the only one I can support."

Nachdem ich den Präsidenten auf die Beziehungen Marquis Visconti Venostas zu Herrn Révoil aufmerksam gemacht, die politischen Gründe hervorgehoben, welche die Hinzuziehung Italiens in hohem Grade bedenklich machen würden[4], und auf die Pläne der französischen Banken in Marokko hingewiesen hatte, kam er, nachdem Staatssekretär inzwischen erschienen war, auf die beiden Vorschläge zurück und ersuchte mich, einen Vorschlag zu machen. Da Präsident Heranziehen von Holland für unpolitisch hielt, suggerierte ich, da der Präsident sich so emphatisch gegen Befürwortung des österreichischen Vorschlags erklärt hatte, und der Staatssekretär den Standpunkt des Präsidenten ebenso energisch verteidigte, als meine persönliche und vielleicht annehmbare Idee folgendes:

Verteilung der französischen und spanischen Offiziere verbleibt wie in seinem Vorschlage über alle Häfen. Die Schweiz stellt einen höheren Offizier als Inspektor über diese Offiziere, der direkt an das diplomatische Korps in Tanger und nicht an die Regierungen berichtet. Das diplomatische Korps in Tanger mit Kontrollmacht zu versehen, hielt der Präsident für bedenklich, da dies seiner Ansicht nach zu endlosen Intrigen führen würde, er bemerkte aber, daß dieser Punkt nach Etablierung der Polizei leicht zu regeln sein würde. Präsident bemerkte, daß ihm dieser Vorschlag durchaus gerecht und praktisch erschiene, und daß er den internationalen Charakter wahre. Er sei bereit, auf Frankreich im Sinne desselben einzuwirken.

Sternburg

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Das muß widerlegt werden

[2] dito

[3] ?!

[4] worauf bezieht sich das? in welcher Beziehung ist von einer Hinzuziehung Italiens die Rede?

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Wir müssen Sternburg sofort ein klares Bild der Sachlage geben, damit nicht ein ungeschicktes Vorgehen des Präsidenten unsere jetzt gar nicht ungünstige Lage verdirbt.

Nr. 7103

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 98 Rom, den 11. März 1906

Wenn anders meine Nachrichten richtig sind, vertieft sich in Deutschland die noch als Folge des Loubet-Besuches* gerade nicht

* Vgl. Bd. XX, Kap. CXLII.

rosige Stimmung gegen Italien. Namentlich aus Süddeutschland erhalte ich entsprechende Meldungen. Dort reflektiert wohl auch bei den engen Wechselbeziehungen zwischen Bayern und Tirol der Innsbrucker Universitätsstreit. Es ist dabei ein eigentümliches Spiel des Zufalls, daß das deutschfreundlichste und ehrlichste[1] Ministerium, welches seit langem in Italien am Ruder gewesen ist, Fehler und Unterlassungen seiner Vorgänger jetzt ausbaden muß. Bei gerechter Erwägung aller Umstände werden wir aber nicht umhin können, gerade in der Marokkofrage Italien mildernde Umstände zuzubilligen.

Bei der ersten Erneuerung des Dreibundes wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Berliner Regierung das westliche Becken des Mittelmeeres sozusagen aus dem Nexus des Allianzverhältnisses herausgelöst. Alle Mittelmeerfragen, so wurde den Italienern verschiedentlich von uns versichert, berührten Deutschland als Nichtmittelmeermacht in keiner Weise. Die römischen Botschafter erhielten wiederholt den Befehl, den Italienern zu sagen, daß ein Ausgleich[2] mit Frankreich uns durchaus nicht unsympathisch wäre.

In den letzten zehn Jahren haben sich indes die politischen und noch mehr die merkantilen Verhältnisse so verschoben, daß Deutschland, wenn auch nicht direkt Mittelmeermacht geworden, so doch durch Schiffahrts- und Handelsinteressen an allen das Mittelmeer betreffenden Vorgängen großen Anteil sich errungen hat. Wiederholt habe ich in meiner wirtschaftlichen Berichterstattung darauf hingewiesen, daß Genua und Neapel als Hafenorte heute schon einen halbdeutschen Anstrich gewonnen haben. Auch sonst hat in Italien, um gar nicht der unter türkischer Oberherrschaft stehenden Mittelmeerprovinzen zu gedenken, deutscher Handel und deutsche Industrie trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen erfreuliche Fortschritte gemacht. Die wechselnden italienischen Regierungen haben dies nicht erkannt oder wollten es vielleicht nicht erkennen. Es wurde unbekümmert und ohne Rücksicht auf das sich immer unerfreulicher gestaltende Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich die berühmte freundschaftliche Entente mit Frankreich hergestellt, ja es wurden sogar mehrfach schriftliche Abmachungen getroffen, deren Inhalt uns nie genau[3] mitgeteilt wurde, der sich indes aus Indizien, gelegentlichen Indiskretionen hiesiger Staatsmänner und der Presse so ziemlich erraten ließ. Freilich erhielten wir alsbald beruhigende Versicherungen der hiesigen Regierung, daß die Abmachungen keine Spitze gegen Deutschland haben und zu keiner aktiven Antidreibundpolitik verpflichteten. Als die Marokkofrage indes durch den Besuch unseres allergnädigsten Herrn in Tanger in ein akutes Stadium geriet, machte sich hier eine große Verlegenheit geltend. Der damalige Ministerpräsident gab mir allgemeine freundschaftliche Zusagen der Dreibundstreue und Anhänglichkeit an Deutschland pp. ab. Der gute Mann wußte aber, wie ich mehrfach meldete, augenscheinlich gar nicht,

worum es sich handelte, da die Papiere der Konsulta vor kurzlebigen Ministern und Ministerpräsidenten tunlichst sekretiert werden. Herr Tittoni, dem ich mehrfach die Pistole auf die Brust setzte, wand und drehte sich und gab schließlich die Erklärung ab, daß Italien sich in der Marokkofrage Frankreich gegenüber desinteressiert hat, im übrigen aber dreibundtreu sich verhalten würde. Im Herbst kehrte der Minister von Baden-Baden* mit der tröstlichen Gewißheit zurück, daß zwischen uns und Frankreich alles Wesentliche geordnet ist, und daß die Konferenz nur Ja und Amen zu dem Arrangement Rosen-Rouvier zu sagen habe. Marquis von San Giuliano ging einen Schritt weiter wie sein Vorgänger. Er erklärte, Italien müsse beiden Verpflichtungen in loyaler Weise gerecht werden, er würde indes das französisch-italienische Abkommen so germanophil wie angängig auslegen. Meine Bitte, uns die Abmachungen mit Frankreich zugänglich zu machen, lehnte der Marchese mit dem Hinweis ab, daß die beiden Mächte sich deren Geheimhaltung zugesichert hätten[4]. Dann erfolgte wieder ein Ministerwechsel, und im Laufe der Konferenz von Algeciras stellte sich heraus, daß Herr Tittoni nur bedingt und halb die Wahrheit gesagt hatte. Italien hat sich nicht lediglich desinteressiert, sondern die Verpflichtung übernommen, der französischen Marokkoaktion in keiner Weise entgegenzutreten. Es ist indes ein wesentlicher Unterschied, ob ich jemand sage, ich will nichts für mich von irgendeiner von mir und soundsoviel Miteigentümern besessenen Sache haben, oder ob ich mich verpflichte, mich seinen Bemühungen um Besitzergreifung dieser Sache, an der einem intimen Freunde von mir Eigentumsrechte zustehen, nicht zu widersetzen, bezw. ihm gegen ein Trinkgeld verspreche, meinem Freunde, der sein Eigentum doch wohl gutwillig nicht fahren lassen wird, nicht zu helfen, wie es eigentlich meine Freundespflicht gebietet[5]. Denn der Madrider Vertrag stipulierte unleugbar für Deutschland und alle Vertragsstaaten sehr wichtige Rechte an und in Marokko Die Franzosen wußten wohl, was sie taten, als sie diese Rechte England, Italien und Spanien mit zum Teil bedeutenden Opfern abkauften. Eine einigermaßen weitsichtige Staatsleitung in Italien hätte den Konflikt voraussehen müssen zwischen Deutschland und Italien[6], als bedingungslose Verkäufer einer Sache, an der doch auch dem Verbündeten wesentliche Rechte zustehen, an den Gegner dieses Verbündeten.

Es ist möglich, daß ein anderer Unterhändler, namentlich Graf Nigra, dessen diplomatische Schulung doch wohl über der mehr staatsmännischen des Marquis Visconti Venosta steht, diesen Zwie-

---

* Er hatte dort am 29. September 1905 eine Zusammenkunft mit Fürst Bülow gehabt.

spalt des Dreibundes in Algeciras besser verdeckt hätte. Wie fast in allen europäischen Zentren scheint aber auch in Algeciras, um mich eines Börsenausdrucks zu bedienen, im allgemeinen keine Stimmung für uns und keine Stimmung für unsere Marokkopolitik im besonderen vorhanden gewesen zu sein[6]. Es blies ein so prononciert französischer Wind, der Druck der drei vereinigten Großstaaten Frankreich, England und Rußland war so erheblich, daß Marquis Visconti Venosta davon sichtlich impressioniert wurde und stark auf die französische Seite neigte. Der Marquis hätte füglicherweise die Gewichte etwas anders verteilen können, zumal ihm die ausgesprochen dreibundfreundliche Gesinnung des jetzigen Kabinetts kein Geheimnis bleiben konnte. Aber sei es, daß er wie viele hiesige Politiker dem parlamentarisch tatsächlich sehr schwachen Kabinett keine Lebensdauer schenkte, sei es, daß er die französischen Konzessionen für hinreichend erachtete, er schwamm inklusive seines Helfers White mit dem Strom und erinnerte sich scheinbar erst in den allerletzten Tagen unter starker Pression des hiesigen Kabinetts seiner Bündnispflicht.

Das jetzige Ministerium beklagt aufs tiefste, wie ich direkten Äußerungen von Baron Sonnino entnehme — „Monsieur Prinetti a fait une politique de fou" —, die Arrangements mit Frankreich. Wäre es nun möglich gewesen, einen Bruch der eingegangenen Verpflichtungen sozusagen in zwölfter Stunde zu erreichen? Diese Frage möchte ich absolut verneinen. Marquis Rudini vertrat zwar in einer neulichen, auch nach Berlin weitergegebenen Unterredung* diese Ansicht. Eng beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Herr Sonnino ist zu kurze Zeit im Amt. Die ersten Wochen waren Wochen schwerer Sorge für ihn und mühevollster parlamentarischer Vorbereitung. Zu einer Frontveränderung in der seit Jahren befolgten frankophilen Politik besaß er weder die Zeit noch die Macht, es wäre weiter nichts als ein politischer Selbstmord gewesen. Ich möchte es zunächst als absolut ausgeschlossen betrachten, daß Seine Majestät der König Viktor Emanuel dem bis gestern sozusagen in der Luft schwebenden Kabinett zu einer so einschneidenden Maßregel wie der Kündigung der Freundschaft an Frankreich seine Zustimmung gegeben hätte[7]. Denn in der breiten Masse der Bevölkerung Italiens überwiegen zurzeit die Sympathien für Frankreich im hohen Grade[6], ein Umstand, der dem Scharfblick des Trägers der Krone schwerlich entgangen sein wird. Auch wäre Baron Sonnino, wenn sich unter dem Druck eines derartigen Gewaltstreiches alle hiesigen Franzosenfreunde mit den vielen anderen Gegnern des leitenden Staatsmannes zusammengetan

---

* Vgl. Nr. 7050.

hätten, wahrscheinlich sofort bei Zusammentritt der Kammer gestürzt worden.

Zu diesem innerpolitischen Grunde gesellen sich noch Rücksichten auf die äußere Konstellation, Rücksichten, die auch den deutschfreundlichsten italienischen Staatsmann von einem plötzlichen Systemwechsel abhalten werden. Zwischen Frankreich und England hat sich in der Marokkofrage eine solche Intimität herausgestellt, daß ein schwaches, offenes Küstenland wie Italien sich sehr hüten muß, in scharfe Gegensätze zu diesen das Mittelmeer unbedingt beherrschenden Nationen zu treten. Rußland, das augenblicklich eine Ruhepause seiner Revolution durchmacht und im Begriff ist, seine große Mandschurei-Armee im mobilen Zustande heimzubefördern, hat sich trotz schöner, an Deutschland verschwendeter Worte als absolut zuverlässiger Helfer Frankreichs in Algeciras erwiesen[6]. Spaniens Vertreter auf der Konferenz war beinah französischer wie die Franzosen. Dauert diese Gruppierung der Mächte an, so wäre sogar für Italien in Erwägung zu nehmen, ob es sich nicht dem antideutschen System anschließt[8], namentlich wenn ihm eine Garantie gegen eine eventuelle Offensive Österreichs geboten wird. Wie sich Euere Durchlaucht erinnern werden, habe ich seinerzeit die Meinung vertreten, daß unter anderem Frankreich auch Versprechungen für den Fall eines österreichisch-italienischen Krieges hier abgegeben haben könnte. Gelänge es Frankreich, seine Verbündeten zum Beitritt zu einer solchen Assekuranz zu veranlassen, so, glaube ich, erneuert Italien den Dreibund nicht wieder[6]. Gelingt es uns jedoch, mit einer der beiden Westmächte in feste oder freundschaftliche Verbindungen zu treten, bleibt die italienische Politik in den alten Bahnen.

Monts

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Hervorragend!

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] ? Relativ!
[2] solange er loyal mitgetheilt wird!
[3] garnicht
[4] genau dieselbe Antwort gab im Herbst der König Alfons an den Reichskanzler
[5] bravo!
[6] richtig
[7] niemals
[8] wird es noch

Schlußbemerkung des Kaisers:
Italien bleibt nur solange bei uns als wir mit England befreundet sind. Kommt das nicht wieder so wird es aus dem 3 Bund ausscheiden!

Nr. 7104

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 105 Paris, den 14. März 1906
[aufgegeben am 15. März]

Nachts 2 Uhr.

Der österreichisch-ungarische Botschafter sagte mir soeben, er habe aus Wien den Auftrag erhalten, möglichst eindringlich auf die französische Regierung im Sinne der Verständigung in den beiden brennenden Punkten der Konferenz einzuwirken, und würde er sich wohl morgen, Donnerstag, dieses Auftrags bei Herrn Bourgeois entledigen können. Graf von Khevenhüller deutete mir an, daß seines Wissens keiner der anderen Kollegen bisher eine derartige Demarche gemacht hätte. Dies gab den Anlaß, Graf Tornielli, der, sowie die übrigen Botschafter, zur Soiree bei mir war, zu fragen, ob er nichts Neues bezüglich der Konferenz habe. Er antwortete mir zunächst: „Nein, nicht viel", und bemerkte dann etwas zögernd, er würde möglichst versuchen, Herrn Bourgeois nachgiebig zu stimmen, wiewohl er sich nicht viel davon verspreche. Der russische Botschafter* sagte mir so ziemlich dasselbe, nur deutete er mir viel unumwundener vertraulich an, daß er nicht glaube, irgend etwas zu erreichen. Der eben antretende Minister, der den weitgehendsten Ruf der Versöhnlichkeit habe, könne mit dem besten Willen eine so weitgehende prinzipielle Konzession in der Polizeifrage [1] nicht machen, ohne sich von vornherein eine unmögliche Stellung zu schaffen. Wenn dies von Herrn Rouvier nicht zu erreichen gewesen, würde es weder von Herrn Bourgeois noch von einem anderen Minister zu erreichen sein. Frankreich habe hierbei allzu große Prestigeinteressen im Spiel. Ähnlich sagte mir M. Estournelles de Constant, der sicherlich bemüht ist, auf Grund seiner engen Freundschaft mit Herrn Bourgeois und gleichzeitig seiner deutschfreundlichen Gesinnung den Minister auf den Weg der allergrößten Nachgiebigkeit zu führen. Hierbei erfuhr ich von zuverlässiger Seite, daß Herr Rouvier, um aus der Sackgasse zu kommen, keinen anderen Ausweg gefunden, als sich freiwillig stürzen zu lassen [2]. Es herrscht die allgemeine Ansicht, daß in diesem Ministerium, wo der Kopf nicht im Verhältnis zu einigen starken Gliedern steht, der impetuose und unzweifelhaft überaus geschickte Herr Clemenceau sehr bald die Oberhand gewinnen wird [3], gegen den auch der ideal angelegte Herr Bourgeois nicht wird aufkommen können, dessen Friedensliebe und dessen dringender Wunsch, mit Deutschland sich zu verständigen, bekannt ist.

---

* A. I. Nelidow.

Herr Bourgeois hat seit den 24 Stunden seines Amtsantritts noch niemand von dem diplomatischen Korps sehen können. Er hat sich in freundlichster Weise heute spät abends noch bei mir wegen Überhäufung mit Arbeit entschuldigen lassen. Ich werde ihn morgen (Donnerstag) bei dem Diplomatendiner im Elysée sehen. Ich kenne Herrn Bourgeois recht gut, bin viel mit ihm in den letzten Jahren zusammengekommen, habe lange Unterhaltungen mit ihm gehabt und verspreche mir die beste Beziehung mit ihm. Auch wird es mir nicht schwer, ihn im Sinne des Telegramms Nr. 98 zu verständigen. Wie ich erfahre, hat die sehr diskrete Demarche des Fürsten von Monaco Herrn Bourgeois überaus gefreut und geschmeichelt.

Radolin

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Welche denn?
[2] ?
[3] Läßt sich keine Fühlung mit ihm gewinnen?

Nr. 7105

Der Erste Delegierte bei der Konferenz in Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 122 Algeciras, den 15. März 1906

Ich habe Graf von Welsersheimb heute gebeten, ganz vertraulich von sich aus zu sondieren, ob der Vorschlag, eventuell Generalinspektor nur mit Beaufsichtigung der Gesamtpolizeitruppe zu beauftragen und in Casablanca neutrale Polizeistation einzurichten*, Aussicht auf Annahme haben würde. Er hat darüber mit Révoil geredet, der als seine persönliche Meinung es ablehnte, auch bestimmt meinte, daß es in Paris unannehmbar befunden werden würde, weil man dort, wie ihm wiederholt mitgeteilt worden, überhaupt keine Internationalisierung eines marokkanischen Hafens zugeben könne. Révoil hat nur vermutlich Instruktion im Sinne der in Telegramm Nr. 122 mitgeteilten offiziösen „Temps"-Äußerung erhalten. Er ist aber auch beauftragt, zunächst noch einen Generalbericht über die ganze Frage für den neuen Minister auszuarbeiten und damit jetzt beschäftigt. Darin will er auch den obenerwähnten Vorschlag mitteilen. Marquis Visconti Venosta, der stets den Franzosen erklärt hat, daß wir an Casablanca festhalten würden, glaubt nicht mehr an französisches Nachgeben in diesem Punkte.

---

* Dieser Eventualvorschlag war dem Botschafter von Radowitz mittels Telegramm Nr. 122 vom 14. März von Berlin aus suggeriert worden.

Welche Garantien eventuell für Wirksamkeit des Generalinspektors in Frage kämen, ist schon in Telegramm Nr. 95 vom 5. d. Mts.* angedeutet worden. Es wäre vielleicht noch der Versuch zu machen, wenn auf gleichzeitiges Kommando in Casablanca verzichtet würde, zu bestimmen, daß dann der Generalinspektor nicht einem neutralen kleinen Staate, sondern einer Großmacht, am besten Österreich, angehören könnte.

Wir vermögen sonst keine anderen Garantien zu bezeichnen als diejenigen, welche in der kurzen Dauer der beabsichtigten Organisation für deren praktische Erprobung liegen.

Schließlich will ich noch erwähnen, daß Marquis Visconti Venosta als seine Privatansicht zu erwägen gibt, ob es sich nicht als zweckmäßig herausstellen würde, wenn die Konferenz ihr wirtschaftliches Prognostikon, einschließlich die Bankfrage, zum befriedigenden Abschluß zu bringen vermöchte, — aber auch nur dann! — die Polizeifrage bis auf weiteres in suspenso zu lassen und weitere direkte Vereinbarung unter den Kabinetten vorzubehalten.

Radowitz

Nr. 7106

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 89 Berlin, den 16. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 76**.

Der Präsident Roosevelt erachtet den österreichisch-ungarischen Vermittelungsvorschlag zur Polizeifrage für „absurd", weil dieser, im Widerspruche mit dem Grundgedanken der Konferenz, in Marokko französische, spanische, niederländische oder schweizerische Einflußsphären schaffen würde. Diese Gefahr soll nach Ansicht des Präsidenten dadurch vermieden werden, daß die französischen und spanischen Offiziere nicht, wie der österreichisch-ungarische Vorschlag vorsieht, auf bestimmte Häfen verteilt werden, sondern in den einzelnen Häfen zusammenwirken.

Dem Gedanken des Präsidenten, in Marokko keine fremden Einflußsphären zu schaffen, würde ich an sich nur beitreten können. Doch scheint mir dieser Gedanke auf der Konferenz bisher keine praktische Förderung gefunden zu haben. Denn, abgesehen von dem österreichisch-ungarischen Vermittelungsvorschlag, überlassen alle bisherigen Vor-

* Siehe Nr. 7060.
** Siehe Nr. 7102.

schläge zur Polizeifrage, insbesondere der jetzt vorliegende französische, die Verteilung der französischen und spanischen Offiziere auf die einzelnen Häfen und in den einzelnen Häfen vollständig, wenn auch unter dem Vorbehalt einer formellen Zustimmung Marokkos, der freien Verständigung zwischen Frankreich und Spanien. Bei der Stellung des durch einen geheimen Vertrag an Frankreich gebundenen Spaniens ist es aber selbstverständlich, daß Frankreich die überwiegende Zahl der Häfen und jedenfalls alle Haupthäfen oder bei gemeinsamen Garnisonen die unbedingte Vorherrschaft für sich in Anspruch nehmen würde. Auf diese Weise würden fast alle Hafenplätze mit Polizeiorganisation ohne weiteres zu französischen Einflußsphären werden. Ein solche Einflußsphären ausschließendes Gleichgewicht würde nur dann einigermaßen gesichert sein, wenn die Konferenz selbst genaue Bestimmungen darüber träfe, wie in den einzelnen Häfen die französischen und spanischen Offiziere und Unteroffiziere mit Einschluß der Leitung in einer sich vollständig die Wage haltenden Weise zu verteilen wären.

Solange dies nicht der Fall ist, würde die Zuweisung bestimmter Häfen an französische und spanische Offiziere gemäß dem österreichisch-ungarischen Vorschlage für den internationalen Charakter der Polizeiorganisation entschieden weniger bedenklich sein, weil den spanischen Offizieren in den ihnen überlassenen Häfen eine gewisse Selbständigkeit gegeben sein würde und so wenigstens diese Häfen von der französischen Einflußsphäre einigermaßen ausgeschlossen wären. Damit der internationale Charakter der ganzen Organisation auch nach außen, insbesondere in Marokko selbst, erkennbar hervortritt, dürfte besonderer Wert darauf zu legen sein, daß wenigstens in einem marokkanischen Hafen eine neutrale Polizeistation unter Ausschluß von Franzosen und Spaniern eingerichtet wird. Von diesem Gesichtspunkte geht der österreichisch-ungarische Vorschlag aus, wenn er die Organisation der Polizei in Casablanca einem niederländischen oder schweizerischen Generalinspektor zuweist. Von einer Einflußsphäre der Niederlande oder der Schweiz wird nicht wohl gesprochen werden können, da diese Mächte in Marokko irgendwelche politische Aspirationen nicht verfolgen.

Der Besorgnis des Präsidenten Roosevelt, daß durch die Zuweisung einer eigenen Organisationstätigkeit an den Generalinspektor die militärische Disziplin leiden könnte, wird entgegenzuhalten sein, daß in dem österreichisch-ungarischen Vorschlag eine Kommando- oder Disziplinargewalt des Generalinspektors über die Polizeitruppen außerhalb Casablancas überhaupt nicht vorgesehen ist. Sollte übrigens eine solche Doppelstellung dem Präsidenten zu besonderen Bedenken Anlaß geben, so würden wir uns auch mit einer Trennung der beiden Stellungen einverstanden erklären können, dergestalt, daß der Generalinspektor auf die Inspektion der gesamten Polizeitruppe zu beschränken

und in Casablanca oder in einem anderen Hafen eine neutrale Polizeistation unter Ausschluß von Franzosen und Spaniern einzurichten wäre.

Wie sich aus den vorstehenden Ausführungen ergibt, ist in den von Euerer pp. dem Präsidenten gegenüber gemachten Vorschlägen der springende Punkt, nämlich die Einführung einer neutralen Polizeistation, unberücksichtigt geblieben. Ich würde daher, sofern der Präsident einen Vermittelungsvorschlag dieser Art vorbringen sollte, genötigt sein, entweder die in Ihrem Schreiben vom 28. Juni 1905 im Namen Seiner Majestät des Kaisers abgegebenen Erklärungen zu desavouieren oder den Vorschlag mit der Empfindung anzunehmen, daß der Präsident in einem Zeitpunkte, wo Österreich-Ungarn, Italien, Rußland und Spanien in unserm Sinne auf die französische Regierung einwirken, auf der gegnerischen Seite gestanden hat.

Euere pp. bitte ich, dem Präsidenten obige Gesichtspunkte darzulegen und dabei der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der Präsident, wenn er nicht für den österreichisch-ungarischen Vorschlag miteintritt, wenigstens zu dessen Gunsten von seinen jetzigen Vorschlägen Abstand nimmt.

Bülow

Nr. 7107

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 Paris, den 15. März 1906
[aufgegeben am 16. März]

Graf von Khevenhüller hat, wie er mir soeben im Elysée sagte, heute mit Nachdruck seinen Instruktionen gemäß dem Minister Bourgeois gegenüber gesprochen und alle ihm zu Gebote stehenden Argumente vorgehalten, aber eine entschiedene Ablehnung in der Polizeifrage erfahren. Im Prinzip gibt der Minister die Bestallung des Inspektors zu, lehnt aber die Zuteilung eines Kommandos desselben in einem besonderen Hafen (Casablanca) ab. Bezüglich der Bank erklärte der Minister sich für noch nicht genügend orientiert, um sich zu äußern. Bourgeois bestätigt, die bisherige Instruktion an Révoil erneuert zu haben.

Wie mir Graf von Khevenhüller weiter mitteilt, wäre dem Minister der Gedanke gekommen, ob es nicht angezeigt wäre, Österreich von beiden Seiten mit einem Vermittelungsversuch zu betrauen, um die Schärfe einer eventuellen direkten Ablehnung und dadurch eine dauernde ernste Verstimmung zu vermeiden. Graf Tornielli, der eben-

falls den Minister heute gesprochen, hat genau dieselbe Antwort von Bourgeois erhalten wie mein österreichischer Kollege. Der italienische Botschafter bemerkte mir, es sei von der größten Wichtigkeit, die Verhandlungen nicht zum Abbruch kommen zu lassen, um dem hiesigen Ministerium Zeit zu lassen, sich zu orientieren. Wie er den Charakter Bourgeois' kenne, müßte man vermeiden, ihm die Pistole auf die Brust zu setzen; denn wenn er, zu einer definitiven Entscheidung gedrängt, einmal einen Entschluß fasse, würde er von demselben nicht mehr abzubringen sein. Herr von Nelidow, der ohne besonderen Anlaß eben mit dem Großkreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet wurde und mit diesem Orden geschmückt am heutigen Diplomatendiner im Elysée teilnahm, zu dem auch Herr Delcassé und die übrigen früheren auswärtigen Minister mit Ausnahme Rouviers erschienen waren, bestätigte mir, nachdem er den Minister ebenfalls gesprochen, was er mir gestern bereits gesagt hat, daß in der Polizeifrage ein weiteres Nachgeben Frankreichs ausgeschlossen sei. Der englische Botschafter deutete mir an, daß Nicolson in Algeciras sich bemühe, versöhnlich zu wirken*, ließ aber nicht erkennen, ob er hier irgendeinen Schritt getan. Der Schweizer Gesandte** teilte mir gesprächsweise vertraulich mit, die Schweiz wäre mit der Entsendung e i n e s Inspektors einverstanden, ohne ihm aber Leute, die er befehligen sollte, mitzugeben.

Ich habe heute abend im Elysée eine längere freundschaftliche Unterhaltung mit Bourgeois gehabt, ohne indes den brennenden Punkt zu berühren, da der Ort nicht geeignet war und ich erst das Resultat der Einwirkungen meiner Kollegen auf ihn abwarten wollte, um ihn zu sprechen, zumal er durch Rouvier vom Inhalt des Telegramms Nr. 97*** unterrichtet worden war. Nachdem ich von den erfolglosen Schritten meiner Kollegen Kenntnis erhalten, bitte ich gehorsamst um Instruktion, ob und wie weit ich mit Herrn Bourgeois die Angelegenheit eingehend berühren soll. Ich muß ihm morgen oder spätestens übermorgen seinen heutigen Antrittsbesuch erwidern.

Der Präsident der Republik sprach in seiner gewohnten Freundlichkeit die ernste Hoffnung aus, daß eine Verständigung (in der Marokkofrage) erzielt werden möge, ohne sich auf Einzelheiten einzu-

---

* Genau das Gegenteil war der Fall. Die erhaltenen Instruktionen ließen ihm auch keine Wahl; schrieben sie ihm doch vor: „1) D'une façon générale maintenir à la France, dans l'avenir comme dans le passé, pour toutes les questions encore à trancher un appui absolu et sans réserve. 2) Plus spécialement appuyer énergiquement la France dans son refus d'admettre que l'inspecteur de la police ait le commandement du port de Casablanca ou de quelque autre que ce soit et qu'ainsi ce port soit soustrait à la police franco-espagnole". Tardieu, La Conférence d'Algésiras, p. 430, note 2.

** C. Lardy.

*** Vgl. Nr. 7092, Fußnote **.

lassen. Der neue Kabinettspräsident Sarrien sagte mir bei seinem Antrittsbesuch, welchen Wert er auf die Pflege der guten Beziehungen beider Länder lege. Auch Herr Clemenceau bemühte sich bei seinem heutigen Besuch, ungemein liebenswürdig zu sein, und erwähnte mit Bewunderung die Aufopferungsfähigkeit der deutschen Bergleute ohne Anbetracht der Nation*.

Radolin

Nr. 7108

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 104 Berlin, den 16. März 1906
[abgegangen am 17. März]

Antwort auf Telegramm Nr. 107**.

Graf Tornielli hat recht, wenn er meint, wir müßten dem neuen Ministerium in Paris Zeit zur Orientierung lassen und dürften insbesondere Herrn Bourgeois nicht die Pistole auf die Brust setzen. Wir haben kein Interesse daran, daß die Verhandlungen zum Abbruch kommen, dürfen dies die Franzosen aber natürlich nicht merken lassen.

Euere pp. bitte ich hiernach, bei Ihrer Unterredung mit Herrn Bourgeois weder Nachgiebigkeit oder gar Ängstlichkeit von unserer Seite durchblicken zu lassen, noch Ihren Ausführungen den Charakter eines Ultimatums zu geben.

Bülow

Nr. 7109

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 123 Algeciras, den 16. März 1906

Wir haben die Abtretung des Anleihevorrechts aus Artikel 7 des deutschen Vorschußvertrags an die staatliche Bank formuliert und durch Vermittelung des Marquis Visconti Venosta, der sich für die Bankfrage besonders interessiert, zur Kenntnis Herrn Révoils gebracht. Letzterer hat ihm geantwortet, er werde den Vorschlag zur Kenntnis seiner Regierung bringen.

---

* Am 10. März hatte sich in Courrières ein großes Grubenunglück ereignet; deutsche Bergleute suchten am 12. den Eingeschlossenen mit Rettungsapparaten zu Hilfe zu kommen.

** Siehe Nr. 7107.

Marquis Visconti Venosta antwortete dem Grafen Tattenbach auf die Frage, welchen Eindruck er von Herrn Révoils gegenwärtiger Haltung gewonnen habe, es scheine ihm, daß Herr Révoil mit seinem neuen Chef nicht mehr die enge Fühlung habe wie mit Herrn Rouvier und deshalb wegen jeder Kleinigkeit in Paris anfrage. Die Einrichtung einer neutralen Polizeitruppe in Casablanca habe er aber als unannehmbar bezeichnet.

Graf Tattenbach hat dem Marquis Visconti Venosta erwidert, wir hätten unsererseits in der Bank wie in der Polizeifrage Vorschläge gemacht, die den allgemeinen Beifall fast aller Delegierten gefunden hätten. Wenn diese Vorschläge den Franzosen unannehmbar erschienen, so sei es an ihnen, nun mit der Sprache uns gegenüber herauszurücken und Vorschläge für die Lösung der G e s a m t materie in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht zu machen. Ein abgelehnter Vorschlag müsse mit einem Gegenvorschlage beantwortet werden. Die bloße Verneinung sei nicht loyal und müsse bei uns den Eindruck erwecken, daß man französischerseits eine Verständigung überhaupt nicht wolle.

Marquis Visconti Venosta stimmte dieser Auffassung bei, machte sie sich zu eigen und versicherte, er werde Révoil in diesem Sinne ernste Vorstellungen machen. Sir Nicolson kam heute zu mir, um mir vertraulich zu sagen, in Paris würde die Zulassung eines neutralen Instruktionsoffiziers für Casablanca definitiv abgelehnt, und das englische Kabinett müsse darin die Franzosen unterstützen. Dagegen halte er die Einsetzung eines Generalinspektorats in Tanger für annehmbar.

R a d o w i t z

Nr. 7110

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 124 Berlin, den 16. März 1906
[abgegangen am 17. März]

Antwort auf Telegramm Nr. 122*.

In der Polizeifrage erscheinen nachstehende Lösungen annehmbar:

1. Der Welsersheimbsche Vorschlag mit der Modifikation, daß der Generalinspektor auf die Inspektion der gesamten Polizeitruppe beschränkt und in Casablanca eine neutrale Polizeistation unter Ausschluß von Franzosen und Spaniern eingerichtet wird.

* Siehe Nr. 7105.

2. Der am Schlusse des dortigen Telegramms mitgeteilte Vorschlag des Marquis Visconti Venosta wegen vorläufiger Suspendierung der Polizeifrage.

3. Frankreich stellt die Instrukteure für Tanger und Larache, Spanien für Rabat und Casablanca, während die Organisation in den übrigen vier Häfen durch Marokkaner erfolgt und dem Sultan allein übertragen wird. Die Inspektion über alle acht Häfen wird durch den Generalinspektor einer dritten Macht ausgeübt. Wegen dieses Vorschlags verweise ich auf die Rouviersche Note vom 1. August 1905 (Gelbbuch Seite 257), wo es ausdrücklich als „téméraire" bezeichnet wird, vom Sultan zunächst mehr als die Organisation von vier Häfen mit Hilfe fremder Instrukteure zu verlangen.

Unsere durch den Welsersheimbschen Vorschlag verbesserte taktische Stellung würde meines Erachtens weiter befestigt werden, wenn wir drei Auswege aus der gegenwärtigen Lage zur Wahl stellten und dies alsbald bekannt werden ließen. Erbitte Drahtbericht, ob Vorschlag 3 Ew. und den Ihnen beigegebenen Unterhändlern für uns unbedenklich erscheint. Ew. während des ganzen bisherigen Verlaufs der Konferenzverhandlungen bewährten Umsicht stelle ich anheim, wie Sie mit obigen Vorschlägen operieren wollen, und bitte um drahtliche Äußerung darüber, ob es sich mehr empfiehlt, daß wir von hier aus in Wien zu entsprechender österreichischer Vermittelung auffordern, oder daß Euere pp. beim Marquis Visconti Venosta den Gedanken wegen Einbringung eines solchen oder ähnlichen Vermittelungsvorschlags selbständig anregen.

Bülow

Nr. 7111

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 Algeciras, den 17. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 124*.

ad. 1. Herr Révoil hat heute dem Grafen Welsersheimb erklärt, daß Frankreich die Überlassung von Casablanca an neutrale Polizeioffiziere in keiner Form zugeben könne. Nach seinen jetzt erhaltenen Instruktionen halte Frankreich unbedingt an drei Punkten fest: Casablanca für die franko-spanische Polizei, ebenso wie die anderen sieben Häfen, Verteilung der Häfen zwischen Frankreich und Spanien lediglich als Sache der Abmachung beider Regierungen mit dem Sultan[1]

* Siehe Nr. 7110.

und Zulassung eines Generalinspektorats für die ganze Polizeiorganisation in Tanger. Andere Vorschläge habe er nicht zu machen. Damit wäre also der Vorschlag ad 1 von vornherein abgelehnt.

ad 2. Die Suspendierung der Polizeifrage bei Abschluß der Konferenz wäre das letzte Auskunftsmittel, falls kein anderes Einverständnis mehr möglich.

ad 3. Unserem Interesse würde es keinenfalls entgegen, sondern vorteilhaft sein, wenn in den vier Häfen Marokkaner die Polizeiorganisation übernehmen könnten, mit Einsetzung eines Generalinspektors in Tanger.

Der neue Vermittelungsvorschlag wäre im Anschluß an bisheriges Verfahren am besten möglichst bald von Österreich einzubringen. Marquis Visconti Venosta ist für formellen Vorschlag erst dann zu haben, wenn er vorher der französischen Zustimmung sicher wäre, während er immer zur persönlichen und privaten Unterstützung bereit.

Radowitz

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Ist diese Forderung neu?

Nr. 7112

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 Washington, den 17. März 1906

Präsident besprach gestern nachmittag eingehend mit mir Marokkofrage, und trat sein Wunsch an den Tag, daß Algeciraskonferenz bald zu einem befriedigenden Ende kommen möge. Aus seinen Äußerungen ging klar hervor, daß er zu glauben beginnt, Deutschland wolle einen Krieg mit Frankreich nicht. Ich betonte, daß Seiner Majestät Politik in Algeciras auf Sicherung des Friedens hinarbeite. Präsident bemerkte dann, daß unter seinen Beratern und im Kongreß die Ansicht immer mehr Boden fasse, daß Deutschland durch seine Verschleppungspolitik Frankreich zu erniedrigen beabsichtige. Dies ginge, wie man dort glaube, auch aus den Reden Seiner Majestät des Kaisers hervor. Dadurch, daß Deutschland seine Demarche gegen Frankreich[1] unter Fanfaren veröffentlicht, habe es seine anfangs so starke Stellung sofort geschwächt. Ein scharfer vertraulicher Protest unter Androhung militärischer Maßregeln würde nach Ansicht hiesiger Staatsmänner weit leichter und für Deutschland vorteilhafter zum Ziel geführt haben. Das gekränkte empfindliche Frankreich wolle vor den Augen der Welt sich nicht noch mehr erniedrigen lassen. Es sei selbstverständlich, daß diese unter den leitenden Politikern

des Landes verbreitete Ansicht, die immer mehr die Ansicht der öffentlichen Meinung hier werde, seine Rolle als Vermittler immer schwieriger mache. Senatoren drängen fortwährend auf ihn ein, sich jeder Einmischung in Algeciras zu enthalten und seine Delegierten möglichst bald zurückzuziehen.

Aber, fuhr der Präsident fort, er habe auch Meldungen erhalten, daß Deutschlands übertriebene Forderungen selbst unter den in Algeciras vertretenen übrigen Mächten Mißstimmung erregten. Österreich und Rußland hätten bereits auf ihn eingewirkt, um ihn zu veranlassen, Deutschland den Rat zu geben, seine Forderungen zu mäßigen, da dieselben mehr als die Offene Tür beanspruchten. Er habe bestimmt verweigert, dies zu tun. Auf den österreichischen Vorschlag zurückkommend, verhehlte der Präsident nicht, daß die Absicht, einen Schweizer und einen Holländer mit der Polizeiverwaltung in Casablanca zu beauftragen, unter seinen Beratern und im Kongreß sofort Mißtrauen erregt hätte. Der österreichische Vorschlag gelte hier als von Deutschland inspiriert, und man glaube, daß Deutschland hinter demselben eine Einflußsphäre und einen Hafen im Mittelmeer anstrebe. Ich betonte nochmals emphatisch, daß die Politik Seiner Majestät des Kaisers in Marokko die Erhaltung des Friedens erstrebe und jeden Hintergedanken ausschließe.

Was der Präsident von der in hiesigen staatsmännischen und politischen Kreisen verbreiteten Meinung über Deutschlands Politik in Marokko sagt, habe ich dort in vertraulichen Gesprächen in letzter Zeit bestätigt gefunden. Auf meine Einwendungen werden mir in der Regel Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers vorgehalten, welche darauf hinzielten, Frankreich zu demütigen, und einen durchaus kriegerischen Geschmack hätten. Diese Herren betrachten hier die Konferenz als eine Angelegenheit Europas, in welche die Vereinigten Staaten nach der Konstitution sich schlechterdings nicht einmischen dürften. Die Vereinigten Staaten wüßten genau, was sie zu tun haben würden, falls ihre vertragsmäßigen Rechte in Marokko angetastet werden sollten. Genau so denkt hier die öffentliche Meinung, und in diesem Sinne bewegt sich die Presse. Die leitenden Blätter enthalten wieder täglich lange Hetztelegramme aus London und Paris, aber trotzdem haben sie bis jetzt eine abwartende Haltung im allgemeinen bewahrt. Nur die sensationelleren und schlechter informierten Blätter, namentlich im Westen, kritisieren die Reden Seiner Majestät des Kaisers[1] und machen diese in erster Linie für die Friktionen in Algeciras verantwortlich. Äußerst scharf und offen spricht sich der hiesige französische Botschafter* über dieselben aus, namentlich greift er auch den Charakter des Grafen von Tattenbach an[2]. Da derselbe beim Präsidenten und in maßgebenden Kreisen einen sehr starken Halt hat, zweifle ich nicht, daß seine Äußerungen

* Jusserand.

auf fruchtbaren Boden fallen. Präsident ersuchte mich, Seiner Majestät dem Kaiser mitzuteilen, wie in hohem Grade es ihm unangenehm sei, eine Vermittlerrolle in Algeciras zu übernehmen[3], da die Welt ihn als Stänker (busy boy) betrachten würde; hier habe er bereits diesen Ruf.

Inzwischen ging Telegramm Nr. 89 ein. Werde nochmals mit Präsidenten sprechen und Ergebnis telegraphieren.

Sternburg

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Welche?
[2] ! ! !
[3] das wollen wir ja gar nicht

Nr. 7113

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 Washington, den 18. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 89 vom 16. März*.

Habe soeben Inhalt mit Präsidenten besprochen. Präsident antwortete: Er könne nur auf seinem Standpunkt verharren und betrachte den österreichisch-ungarischen Vorschlag trotz der Erklärungen für unklug und nicht im Einklang mit den Prinzipien der Konferenz. Die Saat, welche er säen solle, trüge schon den Keim des Übels in sich; die Pflanze, die nach einigen Jahren daraus entspringen würde, könne nur schlechte Früchte tragen. Der Vorschlag lege den Grund für Interessensphären, die später in Besitz ausarten könnten. Er zitierte geschichtliche Beispiele und bemerkte, daß er nicht verstehen könne, wie die Mächte einen solchen Vorschlag befürworten könnten, dessen Annahme seitens Frankreichs er bezweifle. Präsident betonte, daß der Vorschlag (cfr. Telegramm Nr. 76) der bei weitem bessere sei und den internationalen Charakter voll berücksichtige. Er habe nicht die geringste Absicht, den österreichischen Vorschlag mit einem neuen Vorschlage zu durchkreuzen, würde ersterer angenommen, so würde er seine Zustimmung geben. Nur im Falle ...** die Konferenz zusammenbräche, würde er sich veranlaßt sehen, die zwischen ihm und gewissen Mächten mit Bezug auf dieselbe stattgefundene Korrespondenz zu veröffentlichen, um darzulegen, welche Rolle die Vereinigten Staaten bei derselben gespielt hätten. Hierauf hatte ich mit Staatssekretär eine Unterredung. Auch er griff den österreichischen Vorschlag trotz der Erklärungen scharf an, bemerkte aber, daß Vereinigte Staaten ihrerseits von Vorschlägen absehen würden.

---

* Siehe Nr. 7106.
** Zifferngruppe fehlt, vermutlich „daß".

Präsident sagt mit Bezug auf hiesige Vorstellungen Österreichs über die exorbitanten Forderungen Deutschlands, daß diese sehr emphatisch und in sehr deutlicher Sprache gehalten gewesen wären; vertraulich erfahre ich, daß Staatssekretär heute Deutschlands Verhalten auf der Konferenz als kleinlich und einer großen Nation unwürdig bezeichnet hat. Seine anfangs so starke Stellung in Algeciras habe Deutschland gänzlich verloren und stehe im Begriff, das Vertrauen der Welt zu verlieren.

Sternburg

Nr. 7114

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 Paris, den 17. März 1906

Ich benutzte meinen heutigen offiziellen Besuch bei dem Minister Bourgeois, um ihm die reiche Spende der rheinisch-westfälischen Bergwerksbesitzer von 100 000 Mark für die verunglückten Familien in Courrières zu übergeben, für welche er im Namen der französischen Regierung seinen tiefgefühlten Dank aussprach.

Ich wollte nicht aussehen, als käme ich zu ihm, die Marokkofrage anzuschneiden. Ich wollte den Minister vielmehr mit derselben an mich herankommen lassen und verhielt mich, als er die Frage berührte, streng nach der mir heute früh erteilten Weisung*. Ich ließ Herrn Bourgeois keinerlei Nachgiebigkeit noch Ängstlichkeit durchblicken und sprach mit Festigkeit, aber in konziliantem Tone ganz gesprächsweise, ohne einen bestimmten Auftrag vermuten zu lassen, die Hoffnung aus, daß er wohl selbst zur Einsicht kommen würde, daß nach unserem überaus großen Entgegenkommen wir meiner Ansicht nach an der Grenze dessen ständen, was wir billigerweise nachgeben könnten. Ich war überaus vorsichtig, meiner Unterhaltung nicht den Charakter eines Ultimatums zu geben. Ich war erstaunt, in den Worten des Herrn Bourgeois die Wiedergabe dessen zu finden, was der „Temps" heute abend schreibt.

Er wiederholte mir wörtlich, was ich von Graf von Khevenhüller gestern gehört, nur fügte der Minister hinzu, er stehe auf der Defensive, trete voll für die bisherige Politik Rouviers und Révoils ein, welchem letzteren er die bisherige Instruktion erneuert habe, hätte sich im Prinzip mit der Anstellung eines Oberinspektors von einem Mittelstaat „quitte à discuter les détails" einverstanden erklärt, dem er aber unter keinen Umständen ein commandement oder eine collaboration

* Vgl. Nr. 7108.

zuerkennen würde. Das sei eine Prinzipienfrage, eine question vitale für Frankreich und dessen Prestige in Algerien. Übrigens sei, falls die Konferenz resultatlos auseinander gehen sollte, der Status quo kein Nachteil für Frankreich. Deutschland, nicht Frankreich hätte die Konferenz verlangt.

C'est à vous maintenant à parler, mais pas de la police, c'est peine perdue. Er sagte mir hierauf, indem er betonte, daß diese ganze Konversation einen rein privaten, freundschaftlichen Charakter haben solle, daß er das gleiche meinen Kollegen mitgeteilt habe, die auftragsgemäß versucht hätten, einer nach dem anderen, ihm Vorstellungen zu machen; er könne mir aber nicht verhehlen, daß er die Überzeugung habe, diese Demarche sei nur auf einen ungewöhnlich starken Druck von Berlin aus erfolgt, und hätten einige Botschafter ihm das auch durchblicken lassen. Was England anlange, stehe es ganz und gar auf französischer Seite. (Die heute im „Temps" wiedergegebene Instruktion an Nicolson läßt dies allerdings vermuten.) Ich konnte nicht umhin, Herrn Bourgeois sehr ernst und nachdrücklich zu erwidern, daß die Demarche der Botschafter darauf zurückzuführen sei, daß sich sämtliche Delegierte in Algeciras, selbst der englische, Herrn von Radowitz gegenüber dahin geäußert hätten, daß sie jetzt nach unserem Verhalten auf der Sonnabendsitzung das französische Festhalten an dem uns unannehmbar scheinenden Punkt nicht mehr für gerechtfertigt halten und sich Herrn Révoil gegenüber demgemäß geäußert hätten. Auch wiederholte ich Herrn Bourgeois die Äußerung Marquis Visconti Venostas nach Telegramm Nr. 97* und benutzte alle mir zur Verfügung stehenden Argumente aus den früheren Verhandlungen, um ihm nachzuweisen, daß wir stets bestrebt gewesen seien de réserver l'avenir ohne Amputation des Sultans, womit auch die französische Regierung sich stets einverstanden erklärt hätte.

Ich erkläre mir die Haltung Bourgeois' damit, daß er als neuer Besen dieselbe Angst wie sein Vorgänger vor der vermeintlichen öffentlichen Meinung hat, welche übrigens anfängt, gelangweilt und marokkomüde zu werden, und nur künstlich durch Blätter wie der „Temps" in unverantwortlicher Weise in Atem gehalten wird.

Charakteristisch war nur, daß Bourgeois, als ich ihn auf die gefährliche Einwirkung Tardieus aufmerksam machte, nicht darauf reagieren wollte.

Zum Schluß möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß Graf von Khevenhüller mir heute abend wiederholte, er glaube, Bourgeois würde einem österreichischen Vermittlungsversuche geneigter sein, und hätte er nach Wien in diesem Sinne geschrieben. Er, der österreichische Botschafter, habe aber den bestimmten Eindruck, daß ein Nachgeben Frankreichs in der Polizeifrage nicht zu erreichen wäre.

Radolin

* Vgl. 7092, Fußnote **.

Nr. 7115

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Washington, den 18. März 1906

Staatssekretär Root sendet mir soeben folgende Note:

„Excellency: It may be useful for me to restate in writing the answer of the United States already given to you orally*, to the questions which you have asked regarding our course upon the proposal made by Austria on the 8th into the Algeciras conference.

We do not approve that proposal. We regard it as an essential departure from the principle declared by Germany and adhered to by the United States, that all commercial nations are entitled to have the door of equal commercial opportunity in Morocco kept open, and the corollary to that principle that no one power ought to acquire such a control over the territory of Morocco as to justify the belief that she might ultimately come to regard and treat that territory as her own, to the exclusion of others.

This view of international right was interposed against the claim of France to organize the police in Moroccan ports through the agency of her officers alone. France has yielded to this view of international right to the extent of offering to become, jointly with Spain, the mandatory of all the powers for the purpose of at once maintaining order and preserving equal commercial opportunities for all of them. It was further proposed that an officer of a third power, acting in behalf of all the powers, should have the right of general inspection for the purpose of keeping the powers advised whether their agents, France and Spain, were observing the limits and performing the duties of their agency. This arrangement seemed to us to accomplish the desired purpose. It seemed with two mandates jointly charged, no individual claim of possession or control was likely to grow up: that, with the constant reminder of the general right involved in the inspectorship, the duties of the agency were not likely to be forgotten, and it seemed that the proximity of France and Spain to Morocco, and their special interest in having order maintained in that territory, made it reasonable that they should be selected as the mandatories rather than any other powers.

The Austrian proposal offers an alternative to the arrangement wich I have described. It is that the 8 Moroccan ports shall be distributed; that in 4 the police shall be organized by the French; in 3 the

---

* Vgl. Nr. 7113.

police shall be organized by Spanish; and that in the eighth port the police shall be organized by Swiss or Dutch. This seems to us to provide for a potential partition of the territory in violation of the principle upon which we have agreed with Germany. From our point of view all the reasons which existed against leaving to France the control of all the ports exist against leaving to France the control of some, to Spain the control of some, and to Switzerland, either in its own interest or in the interest of any other power, the control of one. The very fact of division of the ports implies the existence of a special right on the part of the 3 countries in the ports assigned to them respectively. The immediate effect can only be the creation of three separate spheres of influence, with inferior right and opportunity on the part of all other powers. And the nations to whom these spheres are assigned may be expected in the ordinary course of events to enter into complete control. We do not care whether the inspector, if there shall be one, is Italian or Swiss. We do not care whether he reports to his own Government, or to the corps diplomatique in Tangiers, or communicates the information he obtains to the powers in any other way. We do consider that the distribution of ports to separate single powers is wrong in principle, and destructive of the declared purpose of both Germany and the United States. If we had sufficient interest in Morocco to make it worth our while, we should seriously object, on our own account, to the adoption of any such arrangement.

We have not however any such substantial interest in Morocco as to lead us to take that course. Our chief wish is to be of service in promoting a peaceable settlement of the controversy which brought the conference together. Under the guidance of that wish we shall accept whatever arrangement the European powers represented at Algeciras, agree upon. If the agreement is upon the Austrian proposal, or upon any modification of it which includes the principle of distribution of ports, we shall regret what we deem to be the failure of the truly principle to which we have given our adherence. We still hope that there may be no such result."

Sternburg

Nr. 7116

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Algeciras, den 18. März 1906

Graf Welsersheimb teilte mir eine gestern erhaltene Instruktion mit, der zufolge nach bestimmten Erklärungen des Ministers Bour-

geois an Graf von Khevenhüller die Forderung der neutralen Polizei für Casablanca als unerfüllbar aufgegeben werden müsse. Graf Welsersheimb soll nun vertraulich mit mir erwägen, ob etwa folgender Vorschlag gemacht werden könne. Polizei in Casablanca bleibt den Franzosen, die Tetuan an Spanien überlassen. Kontrolle über die ganze Polizeiorganisation hat das diplomatische Korps in Tanger, dessen Ausführungsorgan wird der einer kleinen Macht zu entnehmende Generalinspekteur mit Sitz in Tanger.

Bei diesem Abkommen müßte aber Frankreich unbedingt die deutschen Forderungen in der Bankfrage erfüllen und sich mit drei Anteilen begnügen. Eventuell solle Graf Welsersheimb versuchen, ob Herr Révoil selbst diese Vorschläge sich aneignen und als Antwort auf die österreichischen vorbringen wolle.

Ich habe meinem österreichischen Kollegen gesagt, ich hätte Grund anzunehmen, daß bereits über einen anderen Vorschlag zwischen unseren Regierungen Meinungsaustausch stattfinde und es daher zunächst geraten sei, das Ergebnis abzuwarten.

Inzwischen sagt Herr Révoil, er sei bereit, andere Vorschläge zu diskutieren, die nicht die Zulassung einer dritten Macht in Casablanca verlangen. Es ist klar, daß er auch mit weiterer Erklärung in Bankfrage zurückhält, bis prinzipielle Verständigung über Polizei erfolgt sein könnte. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, neue Sitzung anzuberaumen, die nur die noch vorhandenen Gegensätze konstatieren könnte.

Radowitz

Nr. 7117

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 130 Berlin, den 19. März 1906
[abgegangen am 20. März]

Antwort auf Telegramme Nr. 126*, 128.

Graf Wedel telegraphierte am 18. März:

„Graf Goluchowski sagte mir soeben, er werde noch heute nachmittag telegraphische Weisung an Herrn von Szögyény ergehen lassen, Euerer Durchlaucht etwa folgende Mitteilung zu machen.

* Siehe Nr. 7116. Nach Telegramm Radowitz' Nr. 128 vom 18. März hätte Graf Welsersheimb bezüglich der Polizeifrage noch keine anderen Instruktionen als die tags zuvor gemeldeten.

Angesichts des Umstandes, daß Frankreich sich in der Polizeifrage festgelegt habe und daher die Teilnahme einer dritten Macht an der Polizeiorganisation nicht zulassen werde, sowie in Anbetracht der Tatsache, daß der Vorschlag zur Organisation der Hafenpolizei von Casablanca durch schweizer oder niederländische Offiziere von Österreich-Ungarn stamme und uns daher nicht direkt engagiere, biete er seine Vermittelung im Falle unseres Einverständnisses dahin an, daß der Graf Welsersheimbsche Vorschlag eine gewisse Modifikation erfahre, indem man die neutrale Hafenpolizei in Casablanca fallen lasse und einen schweizerischen oder niederländischen Generalinspektor als Organ des diplomatischen Korps und als Repräsentant des internationalen Charakters der marokkanischen Polizei in Tanger etabliere. Einem solchen Vorschlag dürfte Frankreich seiner Ansicht nach zustimmen und sich dann auch in der Bankfrage nachgiebiger zeigen. Wenigstens habe Bourgeois ihn bitten lassen, in der letzteren Frage einen Vorschlag zu machen, da er, der französische Minister, die Initiative nicht ergreifen könne. Graf Goluchowski fügte schließlich noch hinzu, daß, nachdem Italien jetzt die Stelle eines Bankzensors für sich verlange, auch Österreich-Ungarn den gleichen Anspruch für sich erheben werde."

Herr von Szögyény hat hier am 19. März einen entsprechenden Vermittelungsvorschlag vorgelegt. Ich habe das Anerbieten seiner Regierung mit Dank angenommen, es dabei aber als erwünscht bezeichnet, daß wegen weiterer Besprechung dieses Vorschlags die auf den 20. März angesetzte Konferenzsitzung noch um ein oder zwei Tage verschoben werde.

Wie ich zu Euerer pp. vertraulichen Kenntnis bemerke, ist nämlich inzwischen die amerikanische Regierung auf die in meinem Telegramm Nr. 127 erwähnte Anregung zurückgekommen, wonach die französischen und spanischen Offiziere nicht, wie der österreichisch-ungarische Vorschlag vorsieht, auf bestimmte Häfen verteilt werden, sondern in den einzelnen Häfen zusammenwirken sollen. Sie hat dabei in scharfer Weise wiederholt dem Bedenken Ausdruck gegeben, daß durch die in dem österreichisch-ungarischen Vorschlage vorgesehene territoriale Abgrenzung Interessensphären der einzelnen Mächte geschaffen werden würden, aus denen sich allmählich ein dauernder Besitzstand entwickeln könnte*.

Der amerikanische Vorschlag erscheint uns als der erheblich günstigere, vorausgesetzt, daß das Zusammenwirken der französischen und spanischen Instrukteure in den einzelnen Häfen zu ungefähr gleichen Teilen erfolgt. Der amerikanischen Regierung ist daher erwidert worden, daß wir jedem Vorschlag auf der Konferenz beitreten würden, der ein solches gemischtes System sowie den von

* Vgl. Nr. 7112, 7113.

Frankreich im Prinzip bereits zugestandenen Generalinspektor vorsieht. Ob die amerikanische Regierung einen entsprechenden Vorschlag einbringen wird, steht noch dahin. Sollte Herr White mit einer Anregung in diesem Sinne hervortreten, so wäre es sehr erwünscht, wenn in dem österreichisch-ungarischen Vorschlag an Stelle der dort vorgesehenen Territorialverteilung das System des Zusammenwirkens beider Nationen Aufnahme fände. In jedem Falle wird aber unbedingt daran festzuhalten sein, daß die Verteilung der französischen und spanischen Offiziere auf die einzelnen Häfen oder in den einzelnen Häfen nicht der freien Verständigung zwischen Frankreich und Spanien vorbehalten bleibt, sondern daß dieser Punkt durch die Konferenz geregelt wird.

Um bei der so geschaffenen neuen Sachlage für weitere Instruktionen und Vorbesprechungen Zeit zu gewinnen, erscheint eine Vertagung der Konferenz erforderlich. Euere pp. bitte ich daher, den Grafen Welsersheimb zu veranlassen, daß er einen Vertagungsantrag stellt, weil ein neuer österreichisch-ungarischer Vermittelungsvorschlag in Vorbereitung sei.

Bülow

Nr. 7118

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 93 Berlin, den 19. März 1906

Aus den letzten Meldungen Ew. Exzellenz* sehe ich mit Erstaunen, daß dort der Verdacht Eingang gefunden hat, Deutschland strebe nach Sondervorteilen und würde sogar zur Erreichung seiner Sonderzwecke vor einem Kriege mit Frankreich nicht zurückschrecken. In Wirklichkeit denkt Deutschland weder an Sondervorteile noch an Krieg. Der Kaiser hat nie an einen Krieg wegen Marokkos gedacht, der auch vom deutschen Volke nicht verstanden werden würde. Wir hatten nie einen andern Zweck, als das Prinzip der Offenen Tür, d. h. der wirtschaftlichen Gleichberechtigung in Marokko zu sichern, und haben die Konferenz beantragt, weil diese uns als der geeignetste Weg erschien, um die marokkanische Angelegenheit zweckmäßig und friedlich zu erledigen. An der Schaffung von Interessensphären hat das Deutsche Reich ebensowenig ein Interesse wie die Mehrzahl der übrigen Vertragsstaaten. Wir würdigen daher den Grundgedanken des amerikanischen Vorschlags: Zusammenwirken französischer und spani-

* Vgl. Nr. 7113, 7115.

scher Offiziere zu ungefähr gleichen Teilen in jedem Hafen; wir würden jedem Vorschlag auf der Konferenz beitreten, der dieses gemischte System sowie den von Frankreich im Prinzip bereits zugestandenen Generalinspektor — eventuell auch ohne Kommandogewalt — enthält. Wir verzichten auf alle Einzelheiten, um nicht durch diese — was bisher in gewissem Grade der Fall gewesen zu sein scheint — die Klarheit der großen Linien zu beeinträchtigen. Im Hinblick auf die verschiedenen großen politischen Erfolge des deutsch-amerikanischen Zusammengehens während der letzten zwei Jahre — Lokalisierung des Krieges, Wahrung der internationalen Ordnung und endlich Wiederherstellung des Friedens — erscheint mir die Erhaltung des bisherigen Vertrauens zwischen Berlin und Washington, die unverzügliche Beseitigung aller Mißverständnisse wichtiger als die ganze Marokkoangelegenheit.

Bülow

Nr. 7119

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 133 Algeciras, den 21. März 1906

Graf Welsersheimb hat heute weitere Instruktion zum Vermittelungsvorschlag im Sinne der Meldung in meinem Telegramm Nr. 126* und der Mitteilung im dortigen Telegramm Nr. 130** erhalten. Vorausgesetzt dabei ist Einverständnis unsererseits, also auch damit, daß wir auf Anregung wegen der vier Häfen für Marokko nicht bestehen[1]. Der amerikanische Vorschlag (dortiges Telegramm 130) wegen Zusammenwirken der französischen und spanischen Instrukteure ist nicht aufgenommen, es würde aber jedenfalls gefordert werden, daß Verteilung der Häfen durch Konferenz geschehen muß. Der amerikanische Botschafter hatte bis heute keine Weisung in Beziehung auf diesen Vorschlag. Er selbst meint, es werde starker französischer Widerstand dagegen sein.

Sitzung soll auf morgen nachmittag anberaumt werden.

Ich habe zuletzt Euerer Durchlaucht hohe Weisung in Telegramm 130 vom 19. erhalten.

Soll ich nunmehr dem österreichischen Vorschlag im Prinzip zustimmen? doch wohl mit der Maßgabe, daß eventuell nach Casablanca spanische, nicht französische Polizei kommen müsse, wenn das kombinierte System nicht angenommen wird?

Radowitz

---

* Siehe Nr. 7116.
** Siehe Nr. 7117.

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ich bitte um umgehende Vorlage eines Telegramms auf Grund nachstehender Marginalien. B. 22/3.
Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Natürlich nicht
Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:
Wir stimmen dem österreichischen Vorschlag im Prinzip zu. Ob nach Casablanca spanische oder französische Polizei kommt, ist uns an und für sich gleichgültig; die taktische Verwertung dieses Punktes überlassen wir den Delegierten. Es bleibt dabei, daß wir — sofern der amerikanische Vorschlag wirklich gestellt wird — in erster Linie für diesen, in zweiter selbstverständlich für den österreichischen stimmen.

Nr. 7120

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 133 Berlin, den 22. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 133*.

Wir stimmen dem österreichisch-ungarischen Vorschlag im Prinzip zu, ohne auf unserer Anregung wegen der vier Häfen für Marokko zu bestehen. Ob nach Casablanca französische oder spanische Instrukteure kommen, ist uns an sich gleichgültig; die taktische Verwertung dieses Punktes bleibt unsern Delegierten überlassen.

Sollte der amerikanische Vorschlag wegen annähernd gleichen Zusammenwirkens der französischen und spanischen Instrukteure in den einzelnen Häfen gestellt werden, so würden wir in erster Linie für diesen, in zweiter selbstverständlich für den österreichisch-ungarischen Vorschlag stimmen.

Bülow

Nr. 7121

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 Washington, den 21. März 1906

Ich hatte gestern abend eine eingehende Unterredung mit dem Präsidenten über den Inhalt von Telegramm Nr. 93**; ich fand ihn

* Siehe Nr. 7119.
** Siehe Nr. 7118.

in sehr gehobener Stimmung, und er bemerkte: „Übermitteln Sie Seiner Majestät dem Kaiser meinen aufrichtigsten Glückwunsch zu diesem epochemachenden politischen Erfolg in Algeciras. Die Politik Seiner Majestät in der Marokkofrage ist von Anfang bis Ende eine meisterhafte gewesen. Der Kaiser hat auf der Konferenz alles das durchgesetzt, was er durchsetzen wollte, und die Welt muß ihm für das Resultat tiefen Dank wissen. Sagen Sie Seiner Majestät, daß ich ihm noch schriftlich meinen Glückwunsch durch Sie werde übermitteln lassen."

Wenn auch das Vorstehende nicht mit den Tatsachen übereinzustimmen scheint, so habe ich doch die feste Überzeugung, daß die von dem Präsidenten gesprochenen Worte ganz und gar von Herzen kamen. Er betonte nochmals, daß er in seinem Vorschlag die besten Garantien für eine Administration Marokkos im internationalen Sinne erblicke.

Präsident bemerkte ferner, daß er wünsche, der Welt in klarer Weise zu verkündigen, wie hoch Amerika die selbstlose und musterhafte Politik Seiner Majestät in Marokko zu würdigen wisse. Er wolle hierzu einen Modus wählen, welcher den durchschlagendsten Erfolg verspreche, und ersuchte mich, diesbezügliche Vorschläge zu machen. Ich riet die Entsendung einer Deputation des New Yorker Kriegerbundes nach Washington, um dem Präsidenten den Glückwunsch der deutschen Krieger anläßlich des abermaligen und so erfolgreichen Zusammenwirkens des Präsidenten und des Deutschen Kaisers in der Marokkofrage zu übermitteln. Dies würde ihm eine Gelegenheit geben, in der Antwort seinen Worten besonderen Nachdruck zu verleihen. Der Präsident antwortete: „That is capital, I put all into your hands."

Sternburg

Nr. 7122

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 65 Berlin, den 22. März 1906

Euer pp. wird durch die Presse bekannt geworden sein, daß der „Temps" unter gestrigem Datum den angeblichen Wortlaut einer Instruktion des Grafen Lamsdorff an den Grafen Cassini bringt, in der es als unrichtig bezeichnet wird,

1. daß Rußland Frankreich den Rat gegeben hätte, den österreichischen Vorschlag bezüglich der Polizeiorganisation anzunehmen,

2. daß Rußland es für annehmbar halte, daß Frankreich die Polizeiorganisation in Casablanca durch eine neutrale Macht zulasse. Rußland habe niemals aufgehört und werde niemals aufhören, sich Frankreich

gegenüber als treuer Alliierter zu benehmen, in der Überzeugung, auf die Art am besten an der versöhnlichen Lösung zu arbeiten, welche Rußland wünsche.

Graf Osten-Sacken hat hier im Laufe des gestrigen Tages diese Instruktion zur Kenntnis gebracht in einer Fassung, an deren Schluß es heißt: „Ses efforts (d. h. die der russischen Regierung) sont exclusivement dirigés vers un but élevé de conciliation, tendant à trouver une issue des complications survenues, qui serait digne des deux parties."

Dieser Schlußsatz ist weniger rücksichtslos als die vom „Temps" wiedergegebene Fassung. Immerhin jedoch bleibt dieses russische Vorgehen bedauerlich für die deutsch-russischen Beziehungen. Auch die Einigung in Algeciras, die Rußland doch zu wünschen scheint, wird dadurch nicht erleichtert, da wir uns gegenüber einer solchen Sprache nicht so entgegenkommend zeigen können wie unter anderen Umständen. Die Wirkung auf die deutsche öffentliche Meinung kann eine solche sein, daß eine deutsche Beteiligung an den bevorstehenden russischen Finanzoperationen unmöglich gemacht wird.

Euer pp. wollen die Sachlage, so wie dieselbe sich hiernach darstellt, in ruhig ernstem Tone mit dem Grafen Lamsdorff besprechen und dabei als Endzweck ins Auge fassen, daß Rußland unter der Hand den Franzosen zur Nachgiebigkeit in den jetzt noch übrigbleibenden Detailfragen rät, beziehungsweise die aufreizenden Folgen, welche die Veröffentlichung jener Instruktion auf die Stimmung Deutschlands haben muß, durch irgendeine Art von Interpretation herabmildert. Daß letzteres im gegenwärtigen Augenblicke noch mehr im russischen als im deutschen Interesse liegt, wird Graf Witte vielleicht eher fühlen als Graf Lamsdorff. Ich darf es daher dem Ermessen Euer pp. überlassen, ob Sie es für angezeigt halten, den Ministerpräsidenten in die Erörterung hineinzuziehen*.

Bülow

Nr. 7123

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 101 St. Petersburg, den 23. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 65**.

Habe Grafen Lamsdorff sehr nachdrücklich vorgestellt, daß nicht nur Veröffentlichung, sondern auch Inhalt der Instruktion an Graf von

* Vgl. auch Nr. 7124.
** Siehe Nr. 7122.

Cassini bei uns peinlichen Eindruck hinterlassen habe und unsere öffentliche Meinung, die schon durch die Zollsachen unangenehm berührt und enttäuscht[1], in einer für die russischen finanziellen Interessen nachteiligen Weise beeinflussen dürfte.

Graf Lamsdorff, einigermaßen betroffen, erklärte, die Instruktion sei unumgänglich geworden, um dem in Algeciras aufgetauchten und auch von Presse aufgenommenen unbegründeten Gerücht von einem russischen Frontwechsel entgegenzutreten, da ein unabsehbarer schädlicher Preßkrieg zu befürchten stände. England habe sich zu ähnlichem Vorgehen veranlaßt gesehen*. Die tendenziöse Veröffentlichung im „Temps" habe folgende Vorgeschichte:

Nachdem Euere Durchlaucht den Grafen von der Osten-Sacken auf das verderbliche Treiben dieses Blattes aufmerksam gemacht und Einwirkung in Paris anheimgestellt, habe Herr von Nelidow entsprechenden Auftrag erhalten und ausgeführt. Herr Bourgeois habe aufrichtige Entrüstung über Sprache des „Temps", zugleich aber sein Bedauern geäußert, nach wiederholtem Versuch machtlos zu sein, vielleicht könne er, der russische Botschafter, direkt einen besseren Erfolg bei Presse erzielen. Herr von Nelidow habe alsdann mit einem Redakteur des „Temps"** gesprochen[2] und dieser habe die Instruktion in lügnerischer Entstellung wiedergegeben, was schärfste, entrüstete Zurückweisung verdient. Er werde morgen, wenn nicht noch heute, eine öffentliche Richtigstellung, die hoffentlich auch bei uns beruhigend wirken werde, veröffentlichen lassen.

Sein ganz von Seiner Majestät dem Kaiser gebilligtes Verhalten, betonte Graf Lamsdorff feierlich, sei entsprechend der Freundschaft, die Rußland mit uns verbinde, und dem allbekannten Verhältnis zu Frankreich von dem aufrichtigen Bestreben beseelt, einer Verständigung förderlich zu sein. Er habe wiederholt und nicht ohne Erfolg in Paris zu Nachgiebigkeit geraten, namentlich zu prinzipieller Annahme des Generalinspektors. Eine Verleugnung des russischen Standpunkts bezüglich Casablanca würde der Einigung nicht dienlich gewesen sein. Schoen

---

* Vgl. dazu A. Tardieu, La Conférence d'Algésiras, p. 330.

** Es handelt sich um André Tardieu. Die Darstellung, die Tardieu in seinem Buche „La Conférence d'Algésiras" (p. 331 ss.) von dem Vorfall gibt, läßt in keiner Weise erkennen, wie scharf das Vorgehen des „Temps" vor allem von dem nächstbeteiligten russischen Botschafter Nelidow (vgl. Nr. 7124), aber auch von Graf Lamsdorff, der sie rundweg als „Fälschung" kennzeichnete (vgl. Nr. 7125), und Graf Witte beurteilt wird. Vgl. dazu Graf Witte, Erinnerungen, S. 454 f. In einem bei den Akten befindlichen Briefe Graf Wittes an den Chef des Bankhauses Mendelssohn vom 23. März 1906 wird die Veröffentlichung des „Temps" als „unqualifizierbar" und weiterhin als eine Intrige bezeichnet, die den Zweck gehabt habe, die Eintracht zwischen Deutschland und Rußland und das von ihm, Witte, erstrebte Zusammengehen Deutschlands, Rußlands und Frankreichs zu stören.

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Richtig
Randbemerkung von Tschirschkys:
[2] Und hat ihm ein „Exzerpt" der Instruktion persönlich in die Hand gegeben, wie mir Osten-Sacken vertraulich gestand.

Nr. 7124

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 Paris, den 25. März 1906

Der russische Botschafter gab mir gestern abend nachstehende Erklärung mit der Bitte, dieselbe zur Kenntnis Euerer Durchlaucht zu bringen, und bemerkte, daß er den ganzen Sachverhalt bereits an Graf von Osten-Sacken mitgeteilt.

Gleich nachdem er die bekannten Instruktionen von Graf Lamsdorff erhalten, hätte er Tardieu, den er zufällig traf, ganz flüchtig und in allgemeinen Redensarten davon gesprochen [1], wäre kurz darauf zum Minister Bourgeois gegangen, um ihm die amtliche Mitteilung seines Auftrags zu machen. Inzwischen hätte er im „Temps" die ganz unerhörte Entstellung der Wahrheit gelesen, was er zum Gegenstand einer Beschwerde bei Bourgeois gemacht. Der Minister hätte ihm sein lebhaftes Bedauern über die Taktlosigkeit des Herrn Tardieu ausgesprochen und hinzugefügt, daß er, der Botschafter, sich bei dieser Gelegenheit selbst überzeugen könne, wie machtlos die Regierung der Presse gegenüber dastehe. Auch ihm lege die Presse Worte in den Mund, die er nie getan. Hierauf habe Herr von Nelidow — wie er mir weiter sagte — Tardieu zu sich gerufen, um ihm in energischster Weise seine Meinung zu sagen und ihn zu fragen, wie er dazu käme, eine so weittragende Nachricht in vollkommen entstellter Weise zu bringen. Die Antwort wäre gewesen, er hätte in den Büros des Auswärtigen Ministeriums die von ihm gebrachte Version erfahren und sie, wie geschehen, veröffentlicht. Auf die weitere Beschwerde des Herrn von Nelidow wäre bisher nicht festzustellen gewesen, wer der Urheber gewesen.

Wie allgemein gesagt wird, ist Tardieu von grenzenlosem Größenwahnsinn befallen, hält sich für den wichtigsten Mann in Frankreich und glaubt, durch sein Auftreten die Regierung in seine chauvinistische Bahn zu zwingen, ohne zu bedenken, welche Gefahren dieses Verhalten in sich birgt. Der Umstand, daß er bei allen Botschaften intim verkehrt und als Vertrauensmann in politischen Salons behandelt wird, hat ihm den Kopf vollkommen verdreht.

Ich gebe die vorstehende Darstellung meines russischen Kollegen genau wieder, kann aber nicht verhehlen, daß es mir auffallend er-

scheint, daß er mir nicht sofort gleich nach dem Zwischenfall davon Kenntnis gegeben. Ebenso möchte ich die angebliche Äußerung des Herrn Bourgeois, daß er Tardieu gegenüber machtlos sei, um so mehr skeptisch aufnehmen, als wir täglich Gelegenheit haben festzustellen, wie die Ausführungen des „Temps" den gelegentlich bekannt werdenden Äußerungen des Ministers fast wörtlich entsprechen.

Radolin

Randbemerkung von Tschirschkys:
[1] Er hat ihm ein Exzerpt übergeben.

Nr. 7125

*Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 112 St. Petersburg, den 25. März 1906
[pr. 30. März]

Bei einer ad hoc erbetenen Unterredung habe ich den Grafen Lamsdorff nicht im Zweifel darüber gelassen, daß seine Kundgebung über Rußlands Stellung zur marokkanischen Polizeifrage die Kaiserliche Regierung nicht angenehm berührt habe und der baldigen Erreichung einer Verständigung in Algeciras nicht förderlich war. So sehr Euere Durchlaucht es dankbar anerkannten, daß er sich beeilt habe, der Fälschung des „Temps" durch Mitteilung des authentischen Wortlautes der Instruktion an den Grafen Cassini entgegenzutreten, so bleibe doch immer, selbst angenommen, daß die russische Regierung an jener tendenziösen Veröffentlichung keinerlei Anteil habe, die Tatsache bestehen, daß sie sich aus Gründen, die nicht zu Tag liegen, veranlaßt gesehen habe, zu einem Zeitpunkte, wo man einer Verständigung in Algeciras sehr nahegekommen war, ihre Unterstützung Frankreichs stark zu unterstreichen. Es sei zu befürchten, daß unsere bereits durch das geringe Entgegenkommen der russischen Regierung in der Frage des aufgehaltenen deutschen Warenimports ungünstig gestimmte öffentliche Meinung durch jene Kundgebung weiter in einer Weise beeinflußt werde, welche den finanziellen Interessen Rußlands sehr abträglich werden könnte**. Um ganz offen

---

* Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen.
** Tatsächlich hat das Verhalten Rußlands auf der Algeciraskonferenz, das in Berlin trotz der Beschwichtigungsversuche Graf Lamsdorffs und Graf Wittes als ein unfreundliches empfunden wurde, dazu beigetragen, daß die deutsche Reichsregierung bei der Frage der großen internationalen Anleihe, die Rußland eben damals unterzubringen suchte, kühle Zurückhaltung wahrte. Vgl. dazu

zu reden, die deutsche öffentliche Meinung sei nach allem, was von unserer Seite während des Krieges, der Unruhen und sonst Freundliches und Gefälliges für Rußland geschehen, enttäuscht, nunmehr auf die Betonung eines Standpunktes Rußlands in der ihm fernliegenden Marokkofrage zu stoßen, der eine offene und ausschließliche Parteinahme für Frankreich bedeute.

Die Kundgebung sei leider wenig geeignet, zur Überwindung der letzten in Algeciras bestehenden Schwierigkeiten beizutragen, da unsere persönlichen Dispositionen keine Ermutigung aus derselben schöpfen könnten. Ich gäbe zu bedenken, ob es nicht angezeigt scheinen dürfte, die — vielleicht nicht beabsichtigte — aber tatsächlich eingetretene ungünstige Wirkung jener Kundgebung im Interesse der Verständigung über Marokko sowohl wie der allgemeinen deutsch-russischen Beziehungen durch eine geeignete Veröffentlichung und eine mehr paritätische Stellungnahme in den letzten Phasen der Algecirasverhandlungen abzuschwächen[1]. Es dürfte dem anscheinend auch von der russischen Regierung sehnlich erwarteten Einigungswerk förderlich sein, wenn die durch das russische Vorgehen zweifellos wieder gestärkte französische Kampfeslust gedämpft werde.

Graf Lamsdorff, dem meine in ebenso höflichem wie ernstem Tone vorgetragenen Worte ersichtlich starken Eindruck machten, erwiderte, es sei ihm sehr erwünscht, sich erklärend und berichtigend aussprechen zu können.

Was zunächst die tendenziöse Veröffentlichung des Temps betreffe, so könne er sie nur mit Entrüstung als einen höchst frivolen, niederträchtigen Akt bezeichnen. Zustande gekommen scheine dieselbe auf folgende Art zu sein: Euere Durchlaucht hätten vor kurzem dem russischen Botschafter Grafen Osten-Sacken von der verderblichen Tätigkeit der französischen Presse, speziell des „Temps", gesprochen und zu verstehen gegeben, daß eine russische Mahnung in Paris zur Zügelung der Presse von Nutzen sein könnte. Auf den Bericht Osten-Sackens habe alsdann der russische Botschafter in Paris sogleich den Auftrag zu entsprechendem Handeln erhalten. Herr Léon Bourgeois, welchem Herr Nelidow, wie Graf Lamsdorff sarkastisch beifügte, jedenfalls „mit großem Redeschwall" Vorstellung gemacht, habe dem Botschafter erwidert, er rede ihm aus der Seele, auch er sei entrüstet über das schädliche Gebaren der „Temps" und anderer Blätter, alle Versuche jedoch — und es habe an solchen nicht gefehlt —, die Presse zum Einlenken zu bringen, seien vergeblich gewesen, vielleicht gelinge es ihm, dem russischen Botschafter mit seinem Ansehen und Geschick, einen besseren Erfolg zu erzielen.

---

[1] Graf Witte, Erinnerungen, S. 456 ff., und den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 11. April 1906, Zur Europäischen Geschichte 1897—1914, ed. B. Schwertfeger II, 110 ff.

Nelidow habe dann, sagt Graf Lamsdorff, mit einem Redakteur des „Temps“ gesprochen und scheine ihm dabei, in der Absicht einer Beruhigung, oberflächlich[2] von der ihm soeben mitgeteilten Instruktion an Cassini gesprochen zu haben, die nun der „Temps“ in lügnerischer Entstellung veröffentlicht habe. Er, Graf Lamsdorff, sei hierüber aufs höchste empört[3].

Was ferner die Veranlassung zu jener Instruktion und ihrer Mitteilung an die Kabinette betreffe, so sei es die in Algeciras und anderwärts verbreitete Meinung eines vollständigen Frontwechsels Rußlands[4] gewesen. Diese irrtümliche Auffassung habe die russische Politik nicht bestehen lassen dürfen, denn andernfalls wäre in Frankreich und hier ein erbitterter Preßkrieg losgebrochen, der die Schwierigkeiten nur erheblich gesteigert haben würde[5]. England habe sich aus gleichem Anlasse zu einer ähnlichen Verwahrung, jedoch in schärferer Form, genötigt gesehen[6].

Der Vorwurf, Rußland habe sich in der Marokkosache ausschließlich auf französische Seite gestellt, würde unbegründet sein. Jedermann wisse, in welchem Verhältnis Rußland zu Frankreich stehe, eine Verleugnung dieses Verhältnisses würde in Frankreich in hohem Grade beunruhigend gewirkt und unabsehbare Folgen gezeitigt haben[7]. Andrerseits stehe Rußland zu Deutschland in aufrichtiger Freundschaft[8], sein ganzes Bestreben gehe dahin, diese zu vertiefen und dem Laufe der Dinge eine Wendung in dem Sinne zu geben, daß die drei Staaten in ungetrübter Freundschaft sich zusammenfinden[9]. Die russische Politik sei daher in Algeciras auf das Ziel einer Verständigung gerichtet, welche den berechtigten Interessen beider in erster Linie dort streitenden Teile volle Rechnung trage[10]. Er brauche kaum zu wiederholen, daß er nicht etwa nur in Berlin, sondern wiederholt und nachdrücklich auch in Paris zum Nachlassen aussichtsloser Ansprüche[11] geraten habe, speziell auch in der Frage des Generalinspektors. Nachdem Rußland sich allgemein zugunsten einer französisch-spanischen Polizei, der einzigen, die es aus praktischen Rücksichten für angezeigt erachtete, ausgesprochen, habe es sich einem Ausschlusse von Casablanca um so unbedenklicher nicht geneigt zeigen können, als Deutschland diesen Punkt nicht als conditio sine qua non zu betrachten schien. Er sei sich voll bewußt, in jedem Stadium der Marokkofrage streng loyal[12] und in Übereinstimmung mit den großen Gesichtspunkten gehandelt zu haben, über welche eine so glückliche Einigkeit zwischen den beiden hohen Souveränen bestehe[13].

Übrigens habe er eine zur offiziösen Veröffentlichung bestimmte Richtigstellung bereits vorbereitet, die, wie er hoffe, beruhigend wirken, bei uns gewisse Befürchtungen, in Paris gewisse überspannte Hoffnungen abschwächen werde.

Ich habe hierauf erwidert, die Darstellung über Veranlassung und Veröffentlichung der Zirkulardepesche verändere allerdings einiger-

maßen die Basis meiner Ausführungen[14], immerhin bleibe nach wie vor etwas Wesentliches bestehen, der Gesamteindruck nämlich, daß die russische Politik ihre Gaben in der Marokkofrage ungleich verteilt habe[15], ein Eindruck, der nicht so bald verwischt werden dürfte, wenn die russische Politik in Handlungen[16] fortfahren sollte, die den Anschein erwecken müssen, daß sie unsere Freundschaft nicht nach ihrem wahren Werte einschätzt.

Bei dem Grafen Witte, den ich am folgenden Tag sprach, habe ich die ungünstige Wirkung des russischen Verhaltens gerade auf diejenigen deutschen Kreise, deren gute Stimmung für Rußland von erheblichem Wert sein dürfte, noch deutlicher betont. Der Ministerpräsident gab sich den Anschein, über diesen Punkt mit Leichtigkeit hinwegzugehen. Der Vorwurf ungleichen, um nicht zu sagen unfairen Spiels der russischen Politik sei durchaus unbegründet[17]. Graf Lamsdorff habe, wie er sich reichlich zu überzeugen Gelegenheit gehabt, sich stets vollkommen korrekt benommen, sei nie einen Zoll breit von der Grundlinie der Freundschaft nach beiden Seiten[18] abgewichen und habe nie etwas anderes im Auge gehabt wie eine für beide Teile ehrenvolle Verständigung in Algeciras. Im gleichen Geiste wie Lamsdorff sei er, Witte, wiederholt für Nachgiebigkeit in Paris tätig gewesen, nicht ohne Erfolg[18]. Leider sei Rußland dort in sehr unglücklicher Weise vertreten. Herr Nelidow sei ein ganz unfähiger Diplomat, ein Mann, der sich mehr wie ein Agent Frankreichs[19] wie als ein russischer Botschafter geriere. Er habe schwere Taktlosigkeiten und Fehler begangen, namentlich in seinem Verkehr mit der Presse. „Sie sind ein Mann, der mir Vertrauen einflößt," fuhr Graf Witte wörtlich fort, „mit Ihnen kann man offen reden. Ich will Ihnen folgendes im allerstrengsten Vertrauen erzählen: Als kürzlich Seine Majestät der Kaiser Herrn Rouvier anläßlich dessen Rücktritts dekorierte — das konnte in Berlin keinen Anstoß erregen, denn Rouvier dürfte auch dort als versöhnlicher und anständiger Mann gelten —, weigerte sich Nelidow, die Dekoration zuzustellen, wenn nicht auch Delcassé eine solche erhielte. Lamsdorff, der mir das sogleich mit dem Bemerken mitteilte, das sei nun wieder eine der großen Dummheiten Nelidows, hoffentlich die letzte[20], hat sich mit Entrüstung gegen dieses Ansinnen ausgesprochen. Ich selbst habe geäußert, ich würde unverzüglich meinen Platz verlassen[21], wenn ein derartiger Vorschlag hier auch nur zur Erwägung zugelassen würde. Eine russische Dekorierung Delcassés, noch dazu im jetzigen Augenblick, wäre ein unerhörter direkter Affront gegen Ihren kaiserlichen Herrn gewesen[22], dem wir alle, und ich ganz besonders, Dank und höchste Verehrung zollen, und dessen Bild, wie Sie sehen, hier stets vor meinen Augen steht. Und mit solchen diplomatischen Vertretern muß man sich behelfen — es ist jammervoll!"

Hiernach scheint man sich hier mit einer vertraulichen Bezeichnung Nelidows als Sündenbock und mit der offiziösen Richtigstellung, die

gestern abend von der „Petersburger Telegraphen-Agentur“ verbreitet wurde, und die sachlich wenig Neues bringt, aus der Affäre ziehen zu wollen.

v. Schoen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Schoen hat seine Sache gut gemacht; ihm telegr[aphisch] mitth[eilen]! fest und klar, auch wenn nöthig grob, das ist den Slaven gegenüber nöthig
Randbemerkungen des Kaisers:
1 Sehr gut
2 !
3 faule Ausreden! und dieses Lügengewebe Lamsdorffs sollen wir glauben! Das ist zu plump!
4 ?
5 so blau! und geradezu unverschämt!
6 also mit England Uebereinstimmung
7 Das ist nicht so! Die Gallier haben sich schon zu England geflüchtet!
8 Ich danke für solche „Aufrichtigkeit“. Da möchte ich doch mal die „unaufrichtige“ erst sehn!
9 Das sieht ganz danach aus!
10 ! unglaublich unverschämt!
11 So? ! !
12 fauler Lügner!
13 Schurke! auch noch Ironie!
14 Nein!
15 stimmt
16 wie mit dem Gen[eral]Stabschef! *
17 also er zieht mit Lamsdorff am selben Strang
18 ! !
19 wenn man das weiß, dann berufe man den Kerl ab
20 es liegt ja an Lamsdorff sie dazu zu machen
21 na, na!
22 ja! so wie die Diner Einladung bei E[duard] VII. ** es war!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Diese faulen, lügenhaften Russen, nehmen eine dummdreiste Haltung ein, schwören ein paar Meineide, lügen noch was hinzu, um ihr face zu retten! Auf uns kommt es ihnen schon gar nicht mehr an! Diese Art der Behandlung ist geradezu empörend! Adding insult to injury

---

* Der Kaiser denkt an die ebendamals als bevorstehend gemeldete Entsendung des russischen Generalstabschefs General Palizyn nach Paris. Über das bei dieser Gelegenheit zwischen dem russischen und dem französischen Generalstabschef am 21. April abgeschlossene Protokoll, das beiden Mächten die Verpflichtung auferlegte, schon bei der ersten Nachricht von einer deutschen Mobilmachung „sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte mobil zu machen“, vgl. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskys 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 29 f., 368 f. Nach Mitteilungen des österreich-ungarischen Botschafters in Paris Grafen Khevenhüller zu dem Militärattaché in Wien Oberstleutnant von Bülow wäre Palizyn damals von dem französischen Generalstabschef auch sehr dringlich ersucht worden, die russischen Garnisonen an der deutschen und der österreichischen Grenze erheblich zu verstärken, sonst könne Frankreich seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Bericht von Bülows Nr. 84 vom 22. Mai 1906.
** Vgl. Nr. 7059, Fußnote †.

Nr. 7126

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 Washington, den 22. März 1906

Staatssekretär teilt mir soeben mit, daß hiesige Regierung nicht wünsche, daß ihr Vorschlag in Algeciras von Washington ausgehe. Botschafter White ist infolgedessen instruiert worden, Österreich zu veranlassen, den Vorschlag zu proponieren.

Unter den Mächten, die Deutschlands Politik in Algeciras mißtrauten und hier vorstellig geworden sind, befindet sich auch Belgien.

Sternburg

Nr. 7127

Mitteilung des österreich-ungarischen Botschafters in Berlin von Szögyény-Marich

Unsignierte und undatierte Notiz, dem Staatssekretär von Tschirschky am 23. März übergeben

Dem Grafen Goluchowski sind bereits verläßliche Nachrichten darüber zugekommen, daß Spanien den jüngsten amerikanischen Vorschlag nicht annehmen wird.

Nachdem eine ablehnende Haltung gegen diesen, technisch kaum durchführbaren Vorschlag auch seitens Frankreichs mit Sicherheit erwartet werden kann, ist Graf Goluchowski der Ansicht, daß eine Aufnahme der amerikanischen Propositionen in den österreichisch-ungarischen Vorschlag den letzteren ernstlich gefährden und auf jeden Fall eine neuerliche Verschleppung der Verhandlungen zur Folge haben würde.

Er hat daher den Grafen Welsersheimb in diesem Sinne instruiert, und würde es dem Ermessen Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bülow anheimstellen, ob die Einbringung des amerikanischen Vorschlages angesichts seiner Aussichtslosigkeit nicht besser unterbliebe, zumal es der Kaiserlich Deutschen Regierung wohl weniger auf die Verteilung der Hafenplätze unter den Franzosen und Spaniern als vielmehr darauf ankommen dürfte, die Polizeiorganisation mit genügenden Garantien zu umgeben, damit sie ihrer Aufgabe allen fremden Interessen gegenüber unparteiisch entspreche.

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ganz einverstanden! Wir sollten nur dafür sorgen, daß Roosevelt nicht glaubt, w i r hätten ihm seinen Lieblingsplan durchkreuzt. Diesbezügliches Telegramm nach Washington bitte ich mir b a l d vorzulegen. B. 23/III

Bemerkung von Tschirschkys hierzu:
Ich habe Telegramm Nr. 135, worin Radowitz meldet, daß Nicolson, Frankreich und auch Spanien dem amerikanischen Vorschlage Widerstand entgegenstellen,

an Sternburg gegeben. Damit dürfte sich Eurer Durchlaucht Anregung wohl erledigen. Ty.
Bemerkung des Fürsten von Bülow hierauf:
Einverstanden. B.

Nr. 7128

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 137 Algeciras, den 23. März 1906

Graf Welsersheimb hat die formelle Einbringung seines Vermittelungsantrags den Franzosen gegenüber davon abhängig gemacht, daß die noch schwebenden Differenzen in Bankfrage wenigstens im Prinzip erledigt würden. Révoil erwiderte ihm heute darauf, nach seiner neuesten Instruktion könne er nur folgendes anbieten:

1. Franzosen verlangen zwei Anteile für § 32 und 33 ihres Anleihevertrags, jedoch ohne Kontrolle § 15 und 16, über die sie keine Verfügung hätten.

2. Franzosen erbieten sich zu Bestimmung, wonach Bank verpflichtet werde, bei Rückzahlung deutschen Vorschusses von zehn Millionen die Hälfte der dafür erforderlichen Anleihe der deutschen Bankgruppe zu überlassen.

Da dieses Anerbieten französische Konsortialparter auf zwei beschränkt, und wir bei jetziger Lage nicht erwarten können, daß noch günstigere Anerbieten in dieser Frage gemacht werden, so dürfte darin annehmbare Grundlage liegen. Wir möchten, falls Euere Durchlaucht nicht anders befehlen, Graf Welsersheimb erklären, daß darauf weiter verhandelt werden könne.

Radowitz

Nr. 7129

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Ersten Delegierten auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 138 Berlin, den 24. März 1906
[abgegangen am 25. März]

Durch die Veröffentlichung der russischen Instruktion*, die als ein versuchter Druck ausgelegt werden kann oder könnte, sind wir vor die Notwendigkeit gestellt, genauer als bisher zu prüfen, welche endgültige Stellung zu den einzelnen noch streitigen Punkten wir zur Wahrung

* Vgl. dazu Nr. 7122.

unseres Ansehens einnehmen sollen. Soweit hier zu übersehen ist, handelt es sich um folgende vier Punkte:

1. Verteilung der vom Sultan zu berufenden französischen und spanischen Instrukteure. In diesem Punkte wäre wohl daran festzuhalten, daß beide Nationen an der Organisation in annähernd gleicher Weise beteiligt werden, und zwar sowohl in Ansehung der Leitung, als auch in Ansehung der Zahl der zu verwendenden Offiziere und Unteroffiziere. Erwünscht wäre es, wenn die Verteilung der Instrukteure auf die einzelnen Häfen oder in den einzelnen Häfen durch die Konferenz bewirkt oder wenigstens sanktioniert würde. Doch könnte vielleicht die Einzelverteilung der Vereinbarung zwischen Frankreich, Spanien und Marokko überlassen bleiben, wenn die Konferenz für die Verteilung gleichmäßigen Einflusses an Frankreich und Spanien Sorge trüge. Mit dieser Lösung dürfte der neue österreichisch-ungarische Vorschlag vereinbar sein, ebenso aber auch die letzte Instruktion des Präsidenten Roosevelt an den Botschafter White, da die von dem Präsidenten für notwendig erachtete gemeinschaftliche Verantwortlichkeit Frankreichs und Spaniens für jeden Hafen von Spanien nur dann getragen werden könnte, wenn ihm für die gesamte Polizeiorganisation im wesentlichen der gleiche Einfluß wie Frankreich eingeräumt würde.

2. Der Generalinspektor. Dieser soll eine wirksame internationale Kontrolle der Tätigkeit der Polizeitruppe garantieren. Es frägt sich, welche Befugnisse ihm übertragen werden müssen, damit er dieser Aufgabe genügen kann.

3. Die französische Beteiligung an der Staatsbank. Mit den französischen Vorschlägen in dem dortigen Telegramme Nr. 137* sind wir einverstanden. Das hiernach den französischen Anleihebanken vorbehaltene Zollkontrollrecht dürfte indes nicht dahin führen, daß den französischen Kontrollorganen über die ihnen vertragsmäßig im Interesse der Gläubiger übertragenen Rechte hinaus auch eine staatliche Kontrolle des gesamten Zolldienstes international übertragen wird; für eine solche Kontrolle würden vielmehr, wie in dem dortigen Telegramme Nr. 48 vorgeschlagen ist, nur Delegierte der Staatsbank in Betracht kommen.

4. Das Zensorenkollegium. Die Zusammensetzung und die Funktionen dieses Organs sollen den staatlichen und internationalen Charakter der Staatsbank garantieren. Es frägt sich, an welchen Forderungen wir zu diesem Zwecke festhalten müssen.

Ich bitte die beiden Herren Delegierten, sich über die vorstehenden Punkte gutachtlich zu äußern. Mit Rücksicht darauf, daß die nächste Plenarsitzung am Montag stattfindet, sehe ich einer tunlichst umgehenden Antwort entgegen.

Bülow

---

* Siehe Nr. 7128.

Nr. 7130

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 91 Washington, den 24. März 1906

Teilte soeben Präsident Inhalt von Telegramm Nr. 99 vom 23. d. Mts.* mit. Präsident rief Staatssekretär, und nach einer Besprechung bemerkte er, daß er gegen den Widerspruch Englands, Frankreichs und Spaniens emphatisch protestieren würde. Besonders scharf kritisierte Präsident Haltung englischer Delegierter, glaubt, daß England hinter Frankreich steckt und die Hauptschwierigkeit verursacht. Hierauf faßte er seine Äußerungen in einem Telegramm an Botschafter White zusammen. Telegramm lautet: „We care nothing whether the actual administrative exigencies necessitate in some ports, as they doubtless will in Tangiers for instance, the employment of both French and Spanish officers, while at other points either French or Spanish officers may be employed or at one time French and at another time Spanish, provided that both countries accept a joint responsibility for every port.

All this distribution of officers can and should be settled as a matter of detail between the two mandatory powers which undertake to preserve order, provided it is understood that the mandate is joint and not several and the responsibility is universal and not local or distributive. The inspector who, on behalf of all the powers inquires into the execution of the mandate will be wholly unaffected in the performance of his duty by any consideration as to which particular power at any particular time happens to have its officers at a particular point."

Sternburg

Nr. 7131

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 139 Algeciras, den 25. März 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 138**.

ad 1. Nach unserer Ansicht ist daran festzuhalten, daß beide Nationen in annähernd gleicher Weise an Polizei beteiligt werden,

---

* Durch Telegramm Nr. 99 war ein Telegramm Radowitz' (Nr. 135) vom 22. März nach Washington mitgeteilt worden, wonach laut Äußerungen Sir A. Nicolsons der Vorschlag Roosevelts auf den Widerstand Englands, Frankreichs und Spaniens stoße. Vgl. Nr. 7127 samt Bemerkungen.

** Siehe Nr. 7129.

sowohl in bezug auf Leitung wie auf Zahl der Offiziere und Unteroffiziere. Die Verteilung ist durch die Konferenz zu sanktionieren. Der neue österreichische Vorschlag stimmt damit überein. Der amerikanische Botschafter hat bis jetzt noch keine weitere Anregung im Sinne der durch Telegramm Nr. 137 mitgeteilten Instruktion gemacht.

ad 2. Nach unserem Vorschlag soll die Polizei kontrolliert werden durch diplomatisches Korps, dem der vom Sultan ernannte Generalinspektor zur Seite steht. Dieser erstattet alljährlich Bericht über seine Inspektion in sämtlichen Häfen an den Sultan durch Vermittlung des Doyen des diplomatischen Korps, außerdem berichtet er in derselben Weise so oft es ihm erforderlich scheint. Diese Punkte wären nach unserer Meinung ausreichende Garantie.

ad 3. Der Wunsch, den auf Grund des französischen Anleihevertrags in den Häfen organisierten Kontrollapparat auf den gesamten Zolldienst auszudehnen, ist französischerseits in einem vorgestrigen in der Kommissionssitzung eingebrachten Antrag besonders scharf hervorgetreten und von uns zurückgewiesen worden. Die früher von uns befürwortete Übertragung der Zollkontrolle an Delegierte der Staatsbank können wir jetzt nicht mehr empfehlen, seit diplomatisches Korps als Aufsichtsbehörde ausgeschaltet ist. Wir werden dem französischen Wunsch gegenüber eine ablehnende Haltung auch fernerhin einnehmen, was schließlich dahin führen wird, daß die französischerseits angestrebte Kontrolle des Zolldienstes überhaupt nicht zustandekommt, die Organisation vielmehr auf die Warenwertschätzung nach ägyptischem Muster beschränkt wird, und die zurzeit unwirksame und bedeutungslose französische Anleihekontrolle unverändert bestehen bleibt.

ad 4. Staatlichen und internationalen Charakter der Staatsbank halten wir für genügend gesichert, wenn Wahl der Zensoren durch die großen Zentralnotenbanken derjenigen Staaten erfolgt, die Beteiligung bei der Wahl erlangen (bisher Deutschland, Frankreich, England, Italien, Spanien, Österreich), vorausgesetzt, daß diese Wahl der Genehmigung der betreffenden Regierungen unterliegt, und daß in der Konferenzakte ausdrücklich bestimmt wird, daß die von den Zensoren auszuübende Aufsicht im Namen der Signatarmächte geschieht, und ihre Berichte den Mächten amtlich mitzuteilen sind.

Graf Welsersheimb will seinen Vorschlag morgen einbringen, er ist noch mit den Franzosen in vertraulicher Besprechung über die einzelnen Punkte, bisher war es ihm unmöglich, von ihnen eine bestimmte Äußerung über ihre Stellungnahme zu erhalten. Vielleicht erklären sie sich bis morgen. Ich werde mich zunächst darauf beschränken, dem österreichischen Antrag prinzipiell zuzustimmen, weitere Besprechung vorbehalten.

Außer den genannten Punkten steht noch die bisher ganz beiseite gelassene Frage der Travaux publics aus, deren Erörterung zu

den wesentlichen Aufgaben der Konferenz zählen muß. Wir haben einstweilen einen Entwurf dafür vorbereitet und vertraulich mit einigen Kollegen besprochen. Behalte mir gehorsamst Meldung darüber vor.

Radowitz

Nr. 7132

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 140 Algeciras, den 26. März 1906

Im Laufe des gestrigen Tages hatten zwischen Grafen Welsersheimb und Révoil scharfe Auseinandersetzungen stattgefunden, wobei letzterer frühere Zugeständnisse zurückzunehmen suchte. Erst spät in der Nacht ist wesentlich mit unserer Hilfe Einigung soweit erfolgt, daß heute Plenarsitzung für Polizeifrage möglich wurde. Zuvor haben wir von den Franzosen feste Erklärung über Verteilung der Bankanteile verlangt und erhalten. Graf Welsersheimb hat seine Vorschläge in Form von Amendements zum Bericht der Redaktionskommission eingebracht. Ich habe erklärt, wir könnten an der Diskussion nur unter der Voraussetzung teilnehmen, daß des garanties sérieuses et efficaces pour le contrôle de la police et pour le fonctionnement d'un inspecteur général geschaffen würden, und habe im Laufe der Verhandlung die Kontrolle der Polizei durch diplomatisches Korps als absolute Forderung aufrechterhalten. Dagegen sprach Frankreich, England und Spanien, dafür mit uns Graf Welsersheimb. Die Frage ist in Kommission zurückgezogen, wo wir sie weiter als conditio sine qua non behandeln werden. Genauer Bericht über Sitzung folgt. Morgen nachmittag und nun jeden künftigen Tag weitere Plenarsitzungen, dazwischen Kommissionsarbeiten. Im ganzen war heute der Eindruck vorherrschend, daß alle Teile bestrebt sind, zum Ausgleich zu kommen.

Radowitz

Nr. 7133

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 141 Algeciras, den 26. März 1906

In heutiger Plenarsitzung wurde das von der Redaktionskommission ausgearbeitete vorläufige Projekt über die Polizei beraten.

Einleitend erklärte Graf Welsersheimb, daß er auf die in seinem Vermittelungsvorschlag vorgesehene Ausstattung des Generalinspektors mit den Befugnissen eines Instrukteurs in Casablanca angesichts des dagegen erhobenen Widerspruchs unter der Voraussetzung werde verzichten können, daß den von ihm zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Redaktionskommission zu stellenden Amendements Rechnung getragen werde.

Ich erklärte darauf, daß ich zwar dem jetzigen Standpunkt des österreichisch-ungarischen Delegierten nachgeben wolle, aber unter keinen Umständen auf die Kontrolle der Polizeiorganisation durch das diplomatische Korps verzichten könne.

Die Marokkaner erklärten, daß sie zu dem gesamten Entwurf erst Stellung nehmen könnten, sobald sie seinerzeit über die von der Konferenz zuvor zu vereinbarenden Bestimmungen die Instruktionen des Sultans eingeholt hätten.

Über Artikel 2 des Entwurfs, enthaltend die allgemeinen Grundzüge der Organisation, Anstellung und Bezahlung der Instrukteure bezüglich der scherifischen Regierung, stellte sich Übereinstimmung heraus, vorbehaltlich der genaueren der Redaktionskommission überlassenen Formulierung.

Zu Artikel 3, wozu Graf Tattenbach vorschlug, die Dauer der Organisation vor der Ratifikation des Schlußprotokolls festzusetzen, erklärte Herr Révoil und ihm folgend Herr Perez Caballero, zunächst ihren Regierungen darüber referieren zu müssen.

Gegen die in demselben Artikel vorgesehene Genehmigung des speziellen Polizeireglements durch das diplomatische Korps in Tanger hatte Herr Révoil Bedenken, die er jedoch in vorsichtiger Weise nur zur Erwägung stellen wollte.

Hinsichtlich der Verteilung der Polizeitruppen auf die einzelnen Plätze machten Herr Révoil und Sir A. Nicolson geltend, daß es nicht nützlich sei, den Sultan von seiner Verantwortung dabei zu entlasten. Der Artikel wurde schließlich vorbehaltlich der Redaktion angenommen.

Die Artikel 6 und 7 über die Stellung des Generalinspektors wurden, nachdem Graf Welsersheimb dazu seine bekannten Anträge in der Form von Amendements eingebracht hat, der Redaktionskommission überwiesen, ebenso Artikel 8, wo die Frage, ob die vorgesehene Besoldung des Generalinspektors von 25 000 Francs pro Jahr nicht zu niedrig sei, der Beurteilung der Redaktionskommission überwiesen wurde.

Radowitz

Nr. 7134

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 142 Algeciras, den 27. März 1906

Nach langen privaten Verhandlungen ist heute vormittag Einigung über die den Generalinspektor betreffenden Artikel des Polizeireglements erzielt worden. Dieselben sollen danach lauten:

„Article 6. Le fonctionnement de la police sera pendant la même période de cinq années[1] l'objet d'une inspection générale qui sera confiée par Sa Majesté Chérifienne à un officier supérieur de l'armée néerlandaise ou suisse dont le choix sera proposé à son agrément par le Gouvernement néerlandais ou fédéral suisse.

Cet officier prendra le titre d'inspecteur général et aura sa résidence à Tanger[2]. Il inspectera au moins une fois par an les divers corps de police et à la suite de ces inspections il établira un rapport qu'il adressera au Maghzen. En dehors des rapports réguliers il pourra, s'il le juge nécessaire établir des rapports spéciaux sur toute question concernant le fonctionnement de la police.

Sans intervenir directement dans le commandement ou dans l'instruction l'inspecteur général se rendra compte des résultats obtenus par la police chérifienne au point de vue du maintien de l'ordre et de la sécurité dans les locaux où cette police sera installée.

Article 7. Les rapports et communications, faites au Maghzen par l'inspecteur général au sujet des sa mission, seront en même temps remis en copie au doyen du corps diplomatique afin que le corps diplomatique soit mis à même de constater que la police chérifienne fonctionne conformément aux décisions prises par la conférence et de surveiller, si elle garantie d'une manière efficace et conforme aux traités, la sécurité des personnes et des biens des ressorts étrangers ainsi que celle des transactions commerciales[3].

Article 8. En cas de réclamations dont le corps diplomatique serait saisies par la légation intéressée le corps diplomatique pourra, en avisant le représentant du Sultan, demander à l'inspecteur de faire une enquête et d'établir un rapport sur ces réclamations à toute fin utile.

Article 9. L'inspecteur général recevra un traitement annuel de 25 mille francs, il lui sera aloué en outre une indemnisation de 6 mille francs pour frais de tournées. Le Makzen mettrait à sa disposition une maison convenable."

Die Redaktion der Artikel 7 und 8 stammt aus einem Vorschlag von Mr. White.

Heute nachmittag wird das Plenum der Konferenz das Reglement mit den obigen Artikeln beraten.

Radowitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] !
[2] das ist die wirksame Kontrolle
[3] verstärkte Kontrolle!

Nr. 7135

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 143 Algeciras, den 27. März 1906

In heutiger Kommissionssitzung wurde die Abtretung der Rechte französischen Anleihekonsortiums aus Artikel 32 und 33 Anleihevertrags gegen 2 Anteile endgültig vereinbart. Einverständnis über die Funktionen der Zensoren ist im allgemeinen erzielt, Übermittlung ihres Jahresberichts an die Signatarmächte ist von den Franzosen zugestanden. Letztere weigern sich nur noch formell anzuerkennen, daß Zensoren im Namen der Signatarmächte tätig sind. Unseren Instruktionen gemäß werden wir auf diesen Punkten mit Entschiedenheit bestehen.

Radowitz

Nr. 7136

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 144 Algeciras, den 27. März 1906

Plenarsitzung heute hier hat Polizei und Bank erledigt. Einzelne Punkte sind noch zurückgestellt, über alle Hauptfragen ist Einverständnis erzielt. Genauere Meldung folgt. Morgen Kommissionssitzung. Donnerstag früh Plenarsitzung. Der Eindruck befestigt sich, daß nunmehr die Aufgabe der Konferenz zum befriedigenden Abschluß gelangt.

Radowitz

Nr. 7137

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 48 Algeciras, den 28. März 1906

Seit vorgestern scheint in der Geschichte der Konferenz von Algeciras der entscheidende Wendepunkt eingetreten zu sein. Noch am Tage zuvor zeigte sich bei den Verhandlungen des Grafen Welsersheimb mit den französischen Delegierten ein so hartnäckiger und in so erregter Form sich aussprechender Widerstand gegen seine Vermittlungsvorschläge, daß der österreichische Vertreter glaubte, auf weitere Bemühung verzichten und seine Regierung bitten zu müssen, ihn von der Fortführung der Vermittlerrolle entbinden zu wollen. Dann haben wir nach vielfältigen Besprechungen mit den Kollegen von Italien und Amerika es dahin gebracht, daß diese eine neue und nachdrückliche Einwirkung auf die Franzosen ausübten, wobei auch der russische Vertreter seine Unterstützung nicht versagte. Namentlich trat diesmal Mr. White wieder mehr in Aktion und ließ es sich angelegen sein, nach transaktionellen Formeln zu suchen, die uns annehmbar erscheinen konnten und Gelegenheit gaben zu beurteilen, ob die Franzosen überhaupt noch die Verständigung suchten oder auf den Bruch hinarbeiteten. Denn darüber ließen wir keinen Zweifel, daß nunmehr in den übriggebliebenen Hauptfragen für Bank und für Polizei an unserem grundsätzlichen Standpunkte nichts mehr zu ändern, die endgültige Entscheidung jetzt darüber zu treffen sei. Wir seien darauf vorbereitet, im Falle der Ablehnung die Konferenz als beendet anzusehen.

In später Nachtstunde vom 25. d. Mts. war es den vereinten Bemühungen gelungen, von den Herren Révoil und Regnault genügende Erklärungen zu erlangen, sodaß für den nächsten Tag eine Plenarsitzung mit der Bank- und der Polizeifrage als Tagesordnung erfolgen konnte, die erste Sitzung nach 14tägiger Unterbrechung. Diesmal zeigten sich die französischen Delegierten in völlig veränderten Dispositionen. Es wurden noch von ihnen gegen einzelne Punkte der von uns gewünschten — durch den österreichischen Vertreter eingebrachten — Formulierungen Anstände erhoben, die zum Teil in die Redaktionskommission zurückgingen, in den Hauptsachen aber war der französische Widerstand weggefallen, sodaß sowohl für Bank wie für Polizei die schließliche vollständige Einigung nicht mehr unerreichbar erschien. Für die Einzelheiten darf ich auf meine telegraphischen Meldungen mich beziehen. Immerhin wird es auch danach noch darauf ankommen, den Rest der Differenzen so zum Austrage zu bringen, daß unsere berechtigten Forderungen genügend durchdringen.

Der Umschlag in letzter Stunde bei den Franzosen ist möglicherweise auf neueste, aus Paris spät am 25. d. Mts. eingetroffene Instruktionen zurückzuführen, jedenfalls aber durch die Wahrnehmung beschleunigt worden, wie wenig hier auch von ihren wärmsten Alliierten ihre weitere Obstruktion gebilligt wurde, und wie alle nur den Wunsch an den Tag legten, auf Grund der letzten deutschen Zugeständnisse und mit Nachgeben in unseren Kompensationsforderungen der Sache ein Ende zu machen.

Die bis jetzt festgelegten Beschlüsse der Konferenz enthalten, was unter den gegebenen Verhältnissen von uns irgend erreichbar gewesen ist. Wenn nun demnächst, nach Überwindung der noch vorhandenen Schwierigkeiten, das Ende erreicht werden wird, so darf mit Recht gesagt werden, daß der lange und ausdauernd geführte Kampf ohne vainqueurs, ni vaincus ausgelaufen ist, und jedenfalls in seinem Abschlusse größeren zukünftigen Verwickelungen vorgebeugt hat.

Radowitz

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Bravo!

Nr. 7138

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras Botschafter von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 156 Algeciras, den 31. März 1906

Heute am Jahrestage des Besuchs Seiner Majestät des Kaisers in Tanger ist die Aufgabe der Konferenz in Plenarsitzung durch die definitive Vereinbarung über alle vorliegenden Materien zum Abschluß gelangt.

Endgültig genehmigt wurde: das Reglement über Unterdrückung der Waffenkonterbande, das Zollreglement, die Maßregeln für Verbesserung der Staatseinkünfte, das Bankreglement, die Polizeiorganisation, die Grundsätze für Vergebung der öffentlichen Arbeiten.

Euere Durchlaucht wollen aus den im einzelnen bereits gemeldeten Texten ersehen, daß durchweg, soweit es nach Lage der Verhältnisse irgend möglich gewesen, unser Standpunkt der Wahrung wirtschaftlicher Gleichberechtigung und wirksamer Kontrolle der Bank- und Polizeiorganisation durchgedrungen ist.

Unter den Konferenzmitgliedern herrscht große Befriedigung über das Erreichte.

Marquis Visconti Venosta hat mich nach der Sitzung mit den Worten angeredet: „Je vous félicite sincèrement, et c'est le sentiment

général si je vous dis que cette fin de la conférence signifie le gain de cause pour la politique allemande."

Die Marokkaner sind noch nicht geneigt, alle die Konferenzbeschlüsse annehmen zu wollen, und behalten sich Erklärung bis nach Berichterstattung an den Sultan vor.

Nächste Sitzung zur Feststellung des Schlußprotokolls und für sonstige formelle Fragen Montag oder Dienstag, bis Sonnabend, 7. April, werden hoffentlich die Exemplare zur Unterschrift fertiggestellt sein*.

Radowitz

Nr. 7139

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph von Österreich

Telegramm. Konzept

Berlin, den 5. April 1906

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Dir im gegenwärtigen Augenblick, wo die Verhandlungen der Marokkokonferenz einem allseitig befriedigenden Abschluß entgegengehen, meine Dankbarkeit auszusprechen für das warme und erfolgreiche Eintreten Deiner Regierung für den Ausgleich der Interessen in Algeciras, und für die unermüdliche Tätigkeit, die Dein ausgezeichneter Delegierter dort entfaltet hat. Es wird mir eine besondere Genugtuung bereiten, wenn Du mir erlauben würdest, die Verdienste des Grafen Welsersheimb um den glücklichen Ausgang der Konferenz durch eine Ordensauszeichnung noch besonders anerkennen zu dürfen**.

Wilhelm

---

* Tatsächlich sind die Generalakte und das Schlußprotokoll der Konferenz von Algeciras am 7. April gezeichnet. Siehe den Text u. a. in: Das Staatsarchiv, Bd. 73, S. 275 ff.

** Nachdem ein Antworttelegramm Kaiser Franz Josephs vom 6. dessen Zustimmung zu der Dekorierung Graf Welsersheimbs erklärt hatte, richtete Kaiser Wilhelm II. am 13. April an den Grafen Goluchowski das bekannte Telegramm: „In dem Augenblick, da ich mit Genehmigung Ihres allergnädigsten Herrn dem Grafen Welsersheimb das Großkreuz des Roten Adlerordens übersende zum Dank für seine erfolgreichen Bemühungen in Algeciras, drängt es mich, Ihnen von Herzen aufrichtigen Dank zu sagen für Ihre unerschütterliche Unterstützung meiner Vertreter. — Eine schöne Tat des treuen Bundesgenossen. — Sie haben sich als brillanter Sekundant auf der Mensur erwiesen und können gleichen Dienstes in gleichem Falle auch von mir gewiß sein." Ein Konzept des Telegramms liegt nicht bei den Akten; es dürfte also ohne Mitwirkung des Auswärtigen Amtes entstanden sein. Als dann in der Reichstagsdebatte vom 24. Mai der Abgeordnete Bassermann den Wert der Goluchowski-Depesche bemängelte, erklärte Staatssekretär von Tschirschky: „Wenn Seine Majestät für eine solche Depesche den Weg des persönlichen Telegramms gewählt hat,

Nr. 7140

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 125 Rom, den 3. April 1906

In deutschen offiziösen Blättern wird der Aktion des Marquis Visconti Venosta in Algeciras mit sehr anerkennenden Worten gedacht. Ich möchte warnen, hierin ja nicht noch weiterzugehen, da gerade bei unseren zuverlässigsten römischen Freunden die sogenannte Vermittlerrolle Viscontis und der Umstand, daß Italien Österreich allein die Kastanien aus dem Feuer holen ließ, sehr verstimmt hat. Die italienischen Parteigänger des Dreibundes erkennen es zwar dankbar an, daß in der der Regierung nahestehenden deutschen Presse kein Wort des Tadels über Italien oder die Haltung seines Delegierten laut wird. Wenn unsere Freunde aber jetzt Lobpreisungen begegnen, würden sie an ihrer eigenen Meinung irre werden. Sowieso verlassen jetzt manche Mitläufer das Banner des Dreibundes. Aber auch über-

---

so ist Seine Majestät unzweifelhaft dazu berechtigt, ebenso steht ihm auch die Wahl der Worte durchaus frei wie jedem Privatmann. Für den Inhalt des Telegramms übernimmt selbstverständlich der Reichskanzler die Verantwortung, nicht aber für die Preßerörterungen, die sich daran geknüpft haben."
Die Veröffentlichung des kaiserlichen Telegramms an Graf Goluchowski ist von Wien aus erfolgt, anscheinend ohne daß eine Anregung dazu deutscherseits gegeben wäre. In der österreichischen Presse kam die Genugtuung über die dem italienischen Bundesgenossen durch das Telegramm erteilte Lektion unverhüllt zum Ausdruck. Mit gleicher Genugtuung verzeichnete auch der österreich-ungarische Botschafter in Berlin von Szögyény in seiner Berichterstattung scharfe Äußerungen Kaiser Wilhelms II. über die italienische Haltung. Wenn Szögyényi einen dieser erregten kaiserlichen Aussprüche am 8. April mit den Worten wiedergab: „Über Italien wolle er nicht viele Worte verlieren und nur die Versicherung abgeben, es würde ihm eine große Genugtuung gewähren, bei gegebener Gelegenheit, welche bei der unverläßlichen Politik des Königreichs nicht ausgeschlossen sei, dem letzteren im Verein mit uns, eventuell auch mit den Waffen in der Hand, eine heilsame Lektion zu erteilen", und denselben Ausspruch dann zwei Tage später in einem Briefe an Goluchowski in die Worte kleidete: „Es sei zwar etwas ganz Unerhörtes, daß man an die Möglichkeit eines Krieges gegen einen Bundesgenossen denken könne; dennoch müsse er mir versichern, er würde, falls sich Italien zu Österreich-Ungarn feindselig stellen sollte, mit wahrem Enthusiasmus die Gelegenheit ergreifen, mit uns auf dasselbe mit dem Aufgebote seiner ganzen militärischen Macht loszuschlagen" (Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, 264, nebst Fußnote 324), so stellt diese doppelte Version entweder der Fähigkeit des österreichischen Botschafters, Gehörtes auch nur mit einiger Sicherheit festzuhalten, oder seinem guten Willen, zuverlässig und genau zu berichten, ein schlechtes Zeugnis aus. Mit Grund schließt Pribram aus dem Verhalten Kaiser Wilhelms II. in Wien Mitte Juni, wo er sich entschieden für das Verbleiben Italiens im Dreibunde einsetzte, daß seine Äußerungen gegen Szögyényi nur als Ausfluß augenblicklicher Erregung aufgefaßt werden könnten.

zeugte Triplizisten gewöhnen sich mehr und mehr an das bequeme Axiom, daß das Bundesverhältnis ihrem Vaterlande nur Rechte gibt und keinerlei Pflichten auferlegt.

Marquis Vitelleschi, bekanntlich ein ebenso einflußreicher wie deutschfreundlicher Senator, speiste neulich auf der Botschaft und benutzte dies, um mir über den Marquis Visconti sein Herz auszuschütten. Diese Art von Vermittelung habe er denn doch nicht für möglich gehalten. Noch vor der Abreise hätte er zwei Unterredungen mit dem ihm seit langem auch politisch befreundeten Visconti gehabt. Wenn schon von vornherein nach Inhalt der französisch-italienischen Abmachungen keine Hoffnungen an diese Konferenz zu knüpfen gewesen wären, so habe man doch wohl erwarten dürfen, daß Marquis Visconti bei seiner Erfahrung, Klugheit und Geschicklichkeit die für Italien vorhandene Zwangslage verschleiern und auf Intimität sowie freundschaftliches Zusammengehen mit seinem österreichischen Kollegen Bedacht nehmen würde. Herr von Visconti hätte um so germanophiler auftreten können, als die Dreibundfreundlichkeit des jetzigen Ministerpräsidenten über jeden Zweifel erhaben ist. Durch die Schuld seines mit unumschränkten Vollmachten ausgestatteten Vertreters habe Italien leider die einzige Gelegenheit versäumt, wo es uns endlich einmal einen Dienst leisten konnte. Es dränge ihn, mir dies auszusprechen. Ich möchte glauben, daß so wie er viele wirklich allianztreue Italiener fühlten, ohne aber bei der heutigen politischen Lage vor der großen Öffentlichkeit ihre wahre Meinung frei heraussagen zu können*.

Monts

Nachschrift

Rom, den 5. April 1906

Der beredte Mund, dessen Äußerungen ich vorstehend Euerer Durchlaucht vorzutragen mir erlaubte, ist für immer verstummt. Heut

---

* Das scharfe Urteil Marquis Vitelleschis über das nicht eben bundestreue Verhalten Marquis Visconti Venostas in Algeciras deckt sich im wesentlichen mit dem Urteil Marquis San Giulianos, sowie dem Graf Goluchowskis (vgl. Nr. 7145 und Kap. CLIV, Nr. 7155). Es findet sich auch nicht, daß Fürst Bülow, obwohl er zu einem nachsichtigen Urteil über den ihm von früher nahestehenden italienischen Staatsmann neigte (vgl. Nr. 7088, Fußnote), und Staatssekretär von Tschirschky der aufrichtigen Empörung Kaiser Wilhelms II. und weiter, selbst italienischer Kreise über Marquis Visconti Venostas Haltung irgend entgegengetreten wären. Nachträglich hat allerdings Fürst Bülow in seiner „Deutschen Politik“ (S. 69 f.) sich überraschend milde über die Haltung des italienischen Staatsmannes geäußert. Radowitz, auf den sich Bülow beruft, hat in seiner Berichterstattung über Algeciras kein persönliches Urteil über Marquis Visconti Venosta gefällt. Da Radowitz unmittelbar nach Algeciras auf Urlaub ging, ist er auch nicht mehr dazu gekommen, einen abschließenden Bericht über die Konferenz zu erstatten.

nachmittag erlag Marquis Vitelleschi, nachdem er noch Montag ausgeritten war, im Alter von 75 Jahren einer Erkältung. Wir verlieren in ihm einen unserer treuesten Parteigänger, der u. a. auch während der hochgehenden Loubet-Begeisterung ohne jede Furcht seine warnende und tadelnde Stimme erhoben hatte. Als ganz integrer, unbestechlicher Charakter genoß Vitelleschi bei Freund und Feind hohe Achtung, und kein Senator war von den windigen, sich liberal nennenden letzten Ministerien mehr gefürchtet als der sarkastische und immer zum Ziel treffende greise Marchese.

Monts

Nr. 7141

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 128 Rom, den 4. April 1906

Als ich die Absicht des Marquis San Giuliano meldete, Herrn Silvestrelli durch Marquis Visconti in Algeciras zu ersetzen, fügte ich hinzu, daß der italienische Vertreter, wer er auch wäre, in der von Euerer Durchlaucht geforderten unumwundenen Weise nicht für uns eintreten wird. Bestenfalls wäre vielleicht zu hoffen, daß der italienische Delegierte, bei Entwickelung besonderer Geschicklichkeit, auf der Konferenz einen Eiertanz aufführt und wenigstens nicht vor aller Welt den Dissens der Dreibundmächte bloßlegt.

Herr von Visconti, der alte schlaue Fuchs, wie ihn Marquis San Giuliano bezeichnete, wäre ganz der Mann eines solchen Eiertanzes gewesen. Weshalb aber erfüllte er nicht die auf ihn gesetzten Hoffnungen? Es verlohnt der Mühe, die Beweggründe des alten Herrn, der bekanntlich durchaus nicht naiv oder le premier venu ist, etwas unter die Lupe zu nehmen.

Marquis Visconti wird sich in Algeciras zunächst orientiert und sofort festgestellt haben, woher der Wind dort eigentlich wehte. Auch die durchaus nicht deutschfreundliche Stimmung der großen Masse der Italiener kann ihm kein Geheimnis geblieben sein. Wie fast jedem Staatsmann wohnt auch dem Marquis ein starkes Popularitätsbedürfnis inne. Er wußte, daß jede Nuance frankophiler Haltung ihm mit Zins und Zinseszinsen in der italienischen und der für diese maßgebenden französischen Presse vergütet werden würde.

Visconti Venosta ging ferner, wie ich seinerzeit zu melden mich beehrte, mit einem wohl ziemlich allgemein geteilten Vorurteil gegen unseren zweiten Delegierten nach Algeciras. Es ist auch möglich, daß die mehrfachen Versuche, ihn von Rom aus zu dirigieren, sein

Mißfallen erregt haben. Wenigstens entnehme ich Äußerungen sowohl des Ministers wie des Direktors im Auswärtigen Amt, daß die Fühlung mit Marquis Visconti im Grunde nur eine einseitige gewesen ist. Berichtet habe derselbe nie und sich lediglich auf seltene Telegramme sowie Einreichung der offiziellen Protokolle pp. beschränkt.

Bei den unleugbar großen Eigenschaften Viscontis glaube ich indes nicht, daß all diese Umstände ausschlaggebend für seine Haltung gewesen sind. Er steht als Staatsmann zu hoch, um nicht in einer für sein Vaterland so heiklen Angelegenheit wie der marokkanischen ernsten sachlichen Erwägungen alle Nebenpunkte unterzuordnen. Es wird daher nötig sein, die politische Konstellation, wie sie sich für Italien und seine Interessen in Algeciras enthüllte, vom italienischen Standpunkte aus zu zergliedern:

Italien hat ganz gewiß nicht mit einem so festen Zusammenhalten des antideutschen Blocks gerechnet. Von den geheimen Abmachungen Frankreichs mit Spanien und dessen unbedingter Verpflichtung war hier auch nichts bekannt. Man glaubte ferner in Rom, daß England zwar im großen und ganzen die französischen Ansprüche unterstützen, es aber innerlich nicht ungern sehen würde, wenn wir den Franzosen möglichst große Stücke ihrer marokkanischen Beute aus den Zähnen rissen. Auch die Haltung Rußlands, das durch dick und dünn mit Frankreich ging, wird Visconti ebenso wie viele andere Politiker überrascht haben, angesichts der großen Dienste, die Deutschland unausgesetzt Rußland geleistet hat. Die so hergestellte geschlossene Phalanx hat den Marquis zweifelsohne höchst nachdenklich gestimmt und ihn veranlaßt, eine Haltung einzunehmen, die alles andere wie bundes- und deutschfreundlich erscheint.

Man hört hier jetzt oft sagen, Herr von Visconti sei von jeher ein Franzosenfreund gewesen, er stehe noch immer im Gedankenkreise der alten Consorteria, seiner feinen Natur sei das oft grobe und präpotente neudeutsche Wesen zuwider usw. Derarte Behauptungen mögen zum Teil zutreffend sein, meines unmaßgeblichen Erachtens erzeigte sich aber Visconti in Algeciras nicht als frankophiler Gefühls- sondern als kühler Realpolitiker, bestimmend war für ihn die Haltung von Sir Arthur Nicolson.

Ich darf ehrerbietigst daran erinnern, daß im Sommer, als die Konferenzfrage aufs Tapet kam, Herr Tittoni immer nach England seine ängstlichen Blicke richtete und wiederholt fragte, wie stellt sich England zu der Sache? Das feste Zusammenhalten beider Westmächte, die sich anbahnende englisch-russische Entente und die unbedingte Gefolgschaft, welche, auch wieder unter Englands Patronanz, die iberische Halbinsel der gallischen Republik leistete, mußten den Steuermann des Schiffes der apeninnischen Halbinsel, wenn anders dieser Pilot ein Staatsmann war, mit ernster Sorge erfüllen. Diese

Konstellation der Mächte, sowie die vorsichtige Zurückhaltung aller kleineren Staaten, trotz starker deutscher Sympathien derselben, schienen Anlaß genug, um sich nicht unnötigerweise für einen Alliierten zu engagieren, der sich sowieso mit den französisch-italienischen Mittelmeerarrangements wohl oder übel schon abgefunden hatte.

Ebenso wie sich Marquis Visconti über die Bitten und Beschwörungen der Konsulta kalt lächelnd hinweggesetzt hat — es scheint eine gewisse Analogie Rouvier-Révoil und Guicciardini-Visconti zu bestehen —, ebenso hätte er sich schlimmstenfalls auch über die Abkommen hinweggesetzt, welche die von ihm aufs tiefste verachteten Künstler Prinetti und Tittoni abzuschließen für nötig gehalten hatten. Nicht das den Franzosen gegebene Versprechen, der französischen Marokkopolitik in keiner Weise hinderlich zu sein, sondern die Isolierung Deutschlands respektive die gegnerische Übermacht hat die Politik Viscontis in ausschlaggebender Weise beeinflußt. Der Marquis wollte angesichts der sich jetzt ergebenden Neugruppierung der Mächte für alle Fälle seinem Vaterlande freie Hand bewahren, einem Lande, das bei seiner militärischen, maritimen und finanziellen Schwäche, bei seinen langgestreckten und schutzlosen Küsten tatsächlich mehr auf das Wohlwollen einer durch Rußland verstärkten Allianz der Westmächte als wie auf den Faktor Deutschland angewiesen ist.

Monts

Nr. 7142

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 99 London, den 4. April 1906

Die „Westminster Gazette," das führende liberale Organ, welches am getreuesten die in der Regierung herrschenden Ansichten wiedergibt, äußert sich heute abend zum Abkommen von Algeciras. Letzteres sei „fair and satisfactory"*. Das Blatt erkennt den versöhnlichen Geist an, den auch Deutschland bei dem Abschluß des Vertrags be-

* Angesichts des sympathischen Echos, das der Abschluß der Algeciraskonferenz in einem Teile der englischen Presse fand — „Daily Telegraph" erkannte sogar an, daß Deutschland auf der Konferenz seine Friedensliebe nicht nur durch Worte, sondern durch Taten bekundet habe —, ist festzuhalten, was der belgische Gesandte in Berlin Baron Greindl in einem Bericht vom 5. April („Belgische Aktenstücke 1905—1914", herausgegeben vom Auswärtigen Amt, S. 20) bemerkt: „La presse anglaise a fait tout ce qu'elle a pu pour empêcher la conférence d'Algésiras d'aboutir. Elle s'est montrée plus intransigeante

wiesen habe. Jetzt wo der Marokkokonflikt vorüber, hofft die „Westminster Gazette“ auf die von ihr so sehr gewünschte Aussöhnung mit Deutschland, gegen welches die entente cordiale keine Spitze habe.

Das Blatt geht dann dazu über, ein Abkommen mit Rußland über Zentralasien zu befürworten.

Den Artikel reiche ich per Post ein.

Metternich

Nr. 7143

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 131 Rom, den 6. April 1906

Das „Giornale d'Italia“ widmet heut seine ersten Spalten Euerer Durchlaucht. An längere Telegramme über das gestrige Unwohlsein* knüpft das Blatt in sehr warmen Worten seine Wünsche für

---

que les journaux français et n'a jamais cessé de propager de prétendus plans d'agression allemande qui n'ont jamais existé. — On ne voit pas qu'à Algésiras l'ambassadeur d'Angleterre ait fait le moindre effort pour trouver une solution conciliant les vues de l'Allemagne et de la France. On s'attendait certainement à ce qu'elle soutînt la politique française; mais les engagements contractés ne l'empêchaient nullement de jouer un rôle modérateur.“

* Am 5. April hatte Reichskanzler Fürst Bülow im Reichstage einen schweren Ohnmachtsanfall erlitten, nachdem er in einer Rede der Konferenz von Algeciras und ihren Ergebnissen einen Epilog gewidmet hatte, der in die Worte ausklang: „Die Konferenz von Algeciras hat, wie ich glaube, ein für Deutschland und Frankreich gleich befriedigendes, für alle Kulturländer nützliches Ergebnis geliefert.“ Nach O. Hammann (Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 232f., Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 37 f.) wäre die Erkrankung Bülows einmal darauf zurückzuführen, daß der Kanzler in der zweiten Phase der Konferenzverhandlungen „die aufreibende Mühe auf sich lud, alle Ein- und Ausgänge bis in alle Einzelheiten zu bearbeiten und zu überwachen, damit Holstein nicht wieder Pflöcke zwischen die Türangeln steckte; sodann auf die schon seit längerer Zeit latente ‚Holsteinkrise‘.“ Die Akten ergeben in der Tat, daß Fürst Bülow sich seit März 1906 in ganz ungewöhnlichem Umfange mit den Geschäften selbst befaßt hat. Es liegen zahlreiche Direktiven des Fürsten in Notizenform vor, die sich namentlich auch über die Behandlung der Marokkoaffäre bzw. der Konferenzverhandlungen in der Presse auslassen. Über die Holstein-Krise bieten die Akten nur wenig. Das nach Hammann (Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 233; Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 38) Ende März eingereichte „letzte“ Entlassungsgesuch Holsteins liegt nicht vor, dafür ein an den Reichskanzler gerichtetes Gesuch Holsteins vom 7. April, das um Urlaubsverlängerung „bis zum Zeitpunkt der Erledigung meines Eurer Durchlaucht jetzt vorliegenden Gesuchs“ bittet. Der Zweck dieses letzteren Gesuches war offenbar der, zu verhüten, daß das Entlassungsgesuch während der Erkrankung Bülows von dem Staatssekretär erledigt werde. Tatsächlich hatte von Tschirschky den Kaiser schon am Morgen des 5., also unmittelbar vor Bülows Erkrankung, im Einverständnis mit diesem von der Einreichung des Holsteinschen Abschiedsgesuchs in Kenntnis gesetzt. Wie Hammann berichtet,

baldigste Wiederherstellung. „Denn sicher wäre es ein großes Unglück, wenn der kluge und weise Pilot auch nur auf kurze Tage seinen Ehrenposten verlassen müßte." Auf weitere persönliche, sehr sympathisch gehaltene Bemerkungen läßt schließlich das Blatt eine genaue telegraphische Wiedergabe der gestrigen Marokkorede folgen.

Ganz anders die „Tribuna". Während das Blatt als recentissime auf der letzten Seite einige Alarmdepeschen über Euerer Durchlaucht Unwohlsein bringt und die eindrucksvolle Rede verschweigt, wird die erste Stelle einem giftigen Rückblick auf den Verlauf der Konferenz reserviert. Ungeachtet aller Angriffe auf uns muß die „Tribuna" aber schließlich gestehen, daß Frankreich in Marokko nichts gewann.

Die Enunziation ist in mancher Beziehung beachtenswert. Die „Tribuna" war früher im allgemeinen dreibundfreundlich. Dies beruhte auf der allmonatlichen Liebesgabe der Regierung von 15 000 frs. und den persönlichen Beziehungen des Senators Roux zu Herrn Giolitti. Letzterer ist sicher nicht verantwortlich zu machen für solche pöbelhaften Angriffe wie den vorliegenden, immerhin hätte er bei seiner Intimität mit Roux und bei den früher so oft gemachten Versicherungen seiner unbedingten Dreibundtreue[1] es wohl längst der Mühe für wert erachten können, auf die „Tribuna" mildernd einzuwirken. Oder sollte auch Giolitti zu denjenigen italienischen Politikern zählen, denen der Dreibund jetzt nur noch als eine historische Reminiszenz erscheint[2]? Endlich ist die Haltung der „Tribuna" bezeichnend für die Position des Kabinetts. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Baron Sonnino unter dem Eindruck der tadelnden Äußerungen eines Teils unserer und der österreichischen Presse und infolge der Vorstellungen von mir und Graf Lützow eine Gegenwirkung gegen die frankophile Strömung der italienischen Zeitungen einleitete. Auch aus der Provinz höre ich, daß diese Aktion nicht ohne Wirkung blieb. Wenn sich ein solcher Revolverjournalist und gesinnungsloser Erpresser wie Roux über die wohlbegründeten Warnungen der Regierung hinwegsetzt, so ist das leider ein Zeichen für die große Schwäche des aus verständigen und honetten Leuten zusammengesetzten Kabinetts. Monts

---

hätte der Kaiser Tschirschky zu dem Abgang Holsteins gratuliert; er war also von vornherein damit sehr einverstanden. Der eigentliche Vortrag Tschirschkys wegen des Entlassungsgesuches Holsteins erfolgte erst am 16. April, und zwar im Auftrage des noch nicht vom Krankenlager aufgestandenen Fürsten Bülow. Der Auftrag des Reichskanzlers wird erwiesen durch ein bei den Akten befindliches Schreiben des Oberstleutnants Karl Ulrich von Bülow, eines Bruders des Reichskanzlers, an den Staatssekretär von Tschirschky vom 14. April, in dem es heißt: „Euer Exzellenz beehre ich mich zu benachrichtigen, daß mein Bruder mich gestern ersuchte, ich möge Euer Excellenz bitten, die Angelegenheit bezüglich des Herrn von Holstein im Wege mündlichen Vortrages bei Seiner Majestät zu erledigen." Holsteins Angabe, man habe seinen Abgang durchgedrückt, während Fürst Bülow als Kranker abgesperrt gelegen habe (Briefe des Geheimrats von Holstein, „Süddeutsche Monatshefte", März 1919, S. 421), ist hiernach nicht richtig.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Alles blauer Dunst!
[2] sicher ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Wir haben in Italien für[s] Erste ausgespielt.

Nr. 7144

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 128 St. Petersburg, den 7. April 1906

Mein hiesiger französischer Kollege Bompard, der in Erinnerung an die Zeit, wo er Abteilungschef am Quai d'Orsay war und ich häufige geschäftliche Berührungen mit ihm hatte, mir eine vertrauensvolle Freundschaft entgegenbringt, hat mich aufgesucht, um mir, nachdem die Algeciraskonferenz erledigt sei und „man frei sprechen könne", sein Herz auszuschütten.

Er könne die Folgen der Konferenz leider nicht in so günstigem Lichte sehen, wie er wünschen möchte. Zwar sei in Algeciras eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht, aber im Grunde nicht zugunsten einer rückhaltlosen Freundschaft, die doch beide Nationen ersichtlich wünschen, sondern eher auf Kosten einer solchen. Anstatt auf eine direkte Verständigung mit Frankreich einzugehen, zu deren Abschluß der Zeitpunkt nach dem Sturze Delcassés sehr günstig gewesen sei und zu welcher Rouvier wiederholt aufrichtig die Hand geboten, habe Deutschland nicht nur Frankreich, sondern auch die anderen Mächte sehr gegen ihren Willen nach Algeciras gezogen und dort im Laufe der Verhandlungen eigentlich wenig Entgegenkommen an den Tag gelegt, wobei es allerdings fraglich sei, ob die vorkommenden Schwierigkeiten nicht etwa mehr auf Rechnung der Persönlichkeiten der deutschen Vertreter zu setzen seien wie auf die der Kaiserlichen Regierung. Jedenfalls habe schon von vornherein die gegen den freundschaftlichen Wunsch Rouviers erfolgte Ernennung des Grafen Tattenbach, der vor der Konferenz das Instrument des Kampfes gewesen, einen unangenehmen Eindruck in Paris gemacht, und dieser habe sich infolge der wenig verbindlichen Formen dieses Diplomaten noch vertieft.

In Frankreich könne man sich noch heute keine klare Vorstellung über die Motive der deutschen Marokkopolitik machen. Nachdem Deutschland 35 Jahre hindurch zahlreiche Beweise friedfertiger Gesinnung und einer gewissen, zu schönen Hoffnungen berechtigenden Freundlichkeit gegeben, sei es plötzlich Frankreich in seiner afrikanischen Politik in aufsehenerregender Weise in den Weg getreten. Der

Eindruck in Frankreich sei ein gewaltiger gewesen, allgemein habe man an eine kriegerische Aggression geglaubt, und Frankreich habe sich dementsprechend vorbereiten müssen. Die Hoffnung, daß die Sache mit dem Sturze Delcassés erledigt, die begangenen Fehler gesühnt seien, habe sich leider nicht erfüllt. Übrigens habe man Delcassé, den er genau kenne, in Deutschland entschieden zu tragisch genommen. Daß er Deutschland das englisch-französische Abkommen nicht mitgeteilt, sei allerdings ein schwerer Fehler gewesen, der aber nicht etwa aus dunklen Absichten sondern lediglich aus Ungeschicklichkeit entsprungen sei. Delcassé sei aber weit davon entfernt gewesen, der große politische Ränkeschmied und Feind Deutschlands zu sein, für den man ihn bei uns gehalten habe. Die Tatsache, daß man sich trotzdem in Frankreich beeilt habe, ihn als Stein des Anstoßes zu beseitigen, sei leider in Deutschland nicht in ihrer großen Bedeutung gewürdigt worden.

Was habe nun die Konferenz in Algeciras, zu welcher Deutschland so sehr gedrängt, ergeben? Zunächst eine Zusammenschweißung Frankreichs und Englands, die ersterem in diesem Maße gar nicht erwünscht war. Sodann eine nahezu vollständige Isolierung Deutschlands und vermutlich ein nicht unerhebliches Quantum von übler Laune bei allen Mächten, die sich genötigt sahen, zu Fragen öffentlich Stellung zu nehmen, für die sie eigentlich wenig Interesse hatten. Schließlich auch anscheinend noch eine Verstimmung zwischen Rußland und Deutschland. Es sei richtig, die Konferenz habe weder Sieger noch Besiegte hinterlassen, Deutschland habe die Internationalisierung, Frankreich eine gewisse Anerkennung seiner Sonderstellung erlangt. Damit schienen ihm aber nicht die bestehenden Reibungsflächen beseitigt, eher neue geschaffen. Die wirtschaftliche Gleichberechtigung sei ein Prinzip, das Frankreich von vornherein anerkannt habe und loyal respektieren werde, politisch aber müsse es im Interesse Algeriens einen vorwiegenden Einfluß in Fes haben, den es sich weder von Deutschland noch von irgendeiner anderen Macht weder direkt noch indirekt schmälern lassen könne.

Die französische Regierung hoffe, daß sich aus diesen Fragen nicht neue Schwierigkeiten ergeben, und sie werde den besten Willen zur Vermeidung solcher bewahren, aber der Boden sei nun einmal durch die internationale Lösung der Marokkofrage nicht so rein gefegt, wie es bei einer direkten deutsch-französischen Verständigung der Fall gewesen wäre. Die Konferenz mit ihrer Vorgeschichte hinterlasse bei der französischen Nation ein gewisses Mißtrauen, das nicht so bald schwinden dürfte und auf Jahre hinaus der aufrichtigen freundschaftlichen Annäherung im Wege stehe, die man auf beiden Seiten wünsche, und der man bereits so nahe war.

Das alles, meinte Herr Bompard schließlich, sei vermutlich nicht so gekommen, wenn die Kaiserliche Regierung über die in allen maßgebenden Kreisen Frankreichs herrschenden Absichten und Strömungen

zutreffend unterrichtet gewesen wäre und Vertreter gehabt hätte, welche es verstanden hätten, die leitenden französischen Personen zu vertrauensvoller Aussprache zu ermutigen. Man habe schon seit einiger Zeit am Quai d'Orsay die Empfindung, daß die Fäden, die früher mit der Rue de Lille bestanden, abgerissen seien, und daß die deutschen Diplomaten mit Vorliebe in einer Welt verkehrten, in welcher sie zutreffende Eindrücke über französische Gefühle nicht empfangen könnten.

Ich brauche kaum zu erwähnen, daß ich den Ausführungen meines Kollegen mit sachlichen Argumenten entgegengetreten und auf die persönlichen Andeutungen nicht eingegangen bin. Im übrigen habe ich ihm für den Takt gedankt, mit dem er eine Aussprache über die Marokkosache bis zu einem Zeitpunkte verschoben hat, wo sie nur noch retrospektive Bedeutung hat.

v. Schoen

Nr. 7145

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 133 Rom, den 8. April 1906

Marquis San Giuliano, welcher sich nach Auflösung des Ministeriums Fortis für zwei Monat nach Sizilien zurückgezogen hatte, stattete mir, vor einigen Tagen nach Rom zurückgekehrt, heut einen längeren Besuch ab.

Der Marquis lenkte nach einigen einleitenden Worten sofort das Gespräch auf Italiens Haltung in Algeciras. Herr von Visconti hätte sich zwar nicht auf unsere Seite stellen können, aber seine Haltung sicher anders gestalten müssen. Er erkläre sich dies Benehmen etwa folgendermaßen:

Der alte Herr habe bei seinem Fortgang von Rom sich außerordentlich frisch erzeigt, im vollsten Besitz seiner Geistes- und Körperkräfte. Von Senilität könne also keine Rede sein. Wohl aber sei der Marquis stets eitel und reizbar gewesen. Der Schmeichelei der Franzosen, der offiziellen und der Preß-Vertreter habe er sich augenscheinlich ziemlich zugänglich erzeigt. Vielleicht auch seien ihm unsere und die österreichischen Herren weniger sympathisch gewesen, überhaupt wäre Visconti mehr ein Mann der alten Schule, dem nichts so zuwider ist wie selbstbewußtes Auftreten. Er hätte sich dem durchaus antideutschen in Algeciras wehenden Wind nicht entzogen[1] und sei so allmählich auf eine schiefe Ebene gelangt, welche ihn immer weiter von uns hätte wegrutschen lassen.

Ich entgegnete, all dies sei vielleicht zutreffend, aber doch mehr nebensächlich, und könne mir nicht erklären, wie ein geistig so bedeutender Mann entgegen dem klaren Vorteil Italiens und entgegen seinen Instruktionen sich viel mehr als nötig frankophil gegeben hat.

Herr von San Giuliano sagte hierauf, sein Nachfolger hätte vielleicht energischer auftreten müssen. Es sei nicht richtig, daß er, San Giuliano, dem Marquis Visconti völlig freie Hand gelassen. Ein Minister dürfe, so hoch auch sein Delegierter steht, nicht auf das ihm zustehende oberste Recht diesem gegenüber verzichten, denn damit würde das Verhältnis von Mandat und Mandatar auf den Kopf gestellt. Die sogenannten Instruktionen Viscontis seien in einer Konferenz à trois zwischen diesem, ihm und Graf Lanza fixiert worden. — Vielleicht gibt sich Gelegenheit, letzteren gelegentlich auf den Zahn zu fühlen, ob diese Erzählung auf Wahrheit beruht. — Hierbei wären dem Marquis als Spielraum seiner Tätigkeit der Dreibund sowie die Arrangements mit Frankreich vorgezeichnet und ihm eine möglichst germanophile Auslegung letzterer empfohlen worden. Der Marquis habe sich hierbei erneut als unbedingter Triplizist zu erkennen gegeben, der aus freien Stücken die Allianz mit uns als feste Basis der Machtstellung und der Politik Italiens bezeichnete. Das neue Kabinett habe also durchaus nicht nötig gehabt, nur zu bitten, von absolutem plein pouvoir sei gar keine Rede gewesen.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung kamen wir auf die französisch-englische Entente zu sprechen und wie hier vielfach geglaubt wird, daß Italien als Dritter im Bunde sein bisheriges politisches System anders orientieren muß. Marquis San Giuliano erwähnte, derartige Möglichkeiten würden von manchen unverantwortlichen Politikern jetzt hier wohl erwogen. Es sei auch nicht zu leugnen, daß ein eventueller Druck der Westmächte auf Italien schwer lasten muß, er glaube aber nicht[2], daß Marquis Visconti derartigen Erwägungen entscheidenden Einfluß auf sein Handeln eingeräumt hat.

So ergab sich eigentlich aus San Giulianos Äußerungen bezüglich Visconti Venosta ein non liquet. Einen gelegentlichen Versuch von mir, meinen Besucher zu einer präziseren Mitteilung über den Inhalt der französisch-italienischen Arrangements zu veranlassen, wies dieser mit dem Bemerken zurück, es sei beiderseits Geheimhaltung bedungen worden[3]. Schließlich bemerkte der frühere Minister des Äußern, daß man erst den alten Herrn hören müsse, um ein klareres Bild über sein allerdings schwer erklärliches Verhalten zu gewinnen.

Bezeichnend war übrigens noch folgende, in die Äußerungen eingestreute Einzelheit. Marquis Visconti habe sich von der Reise über Paris nicht abbringen lassen[4]. Die Konsulta hätte aber sofort an Graf Tornielli telegraphiert, daß, wenn Visconti Herrn Rouvier spricht, ein Ersehen mit Fürst Radolin für unerläßlich erachtet wird. Vom

Botschafter sei geantwortet worden, der Befehl solle ausgeführt werden, doch müsse er zu bedenken geben, daß Herr Rouvier Hausherr, Fürst Radolin nur ein Fremder in Paris ist[5].

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] ! !
[3] Es stehen üble Sachen darin, daher auch gegen den Alliierten! dieselbe Antwort die uns der König von Spanien gab
[4] ebenso wie Alfonso nach seinem Besuch bei uns
[5] Donnerwetter ! ! !

Nr. 7146

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 136 Rom, den 9. April 1906

Bei verschiedenen, meist die Mailänder Ausstellung* betreffenden Besprechungen mit Graf Guicciardini hatte dieser das Thema Algeciras vermieden. Auch ich erachtete es nicht für angezeigt, die Initiative zu einer Aussprache über den inzwischen erfolgten Abschluß der Konferenz pp. zu ergreifen. Beim heutigen Empfangstag hielt mich der Minister, als ich nach Erledigung meiner Geschäfte mich empfehlen wollte, zurück und sagte bekümmerten Tons, die ihm aus Deutschland zugehenden Nachrichten über die Stimmung der Nation, Italien betreffend, beunruhigten ihn aufs lebhafteste[1]. Auch der Ton vieler Zeitungen sei ein auffallend antiitalienischer. Er erkenne es zwar mit Dank an, daß die Haltung der offiziösen Blätter nach wie vor eine durchaus korrekte sei, weite und angesehene Kreise unseres Volkes urteilten aber sehr hart und unfreundlich. Eine tiefgehende Verstimmung über Italiens Haltung auf der Konferenz wäre unverkennbar[2].

Ich erwiderte, daß die Agenten des Ministers, wenn ich aus den Äußerungen der zahlreichen deutschen Italienfahrer Rückschlüsse ziehen dürfte, ihm richtig berichtet haben. Immer wiederholt hätte ich hier darauf hingewiesen, daß der Ton der italienischen Blätter unmöglich ohne Echo bleiben könne[3]. Eine Gegenwirkung der italienischen Regierung wäre ja erfolgt, aber viel zu spät und nicht umfassend genug. Auch möge er sich erinnern, daß ich nicht müde geworden bin, den Aufträgen meiner Regierung folgend, auf eine germanophilere Haltung des Marquis Visconti in Algeciras zu dringen. Daß sich Italiens Politik von der Österreichs, vom deutschen Gesichtswinkel betrachtet, nicht eben vorteilhaft abgehoben, sei leider nicht zu leugnen[3]. Das große Publikum bei uns, das man unmöglich in alle Verzweigungen der Politik

* Ende April wurde in Mailand eine internationale Verkehrsausstellung eröffnet.

einweihen könne, denke nicht anders, als daß Italien uns sitzen gelassen, und daß Marquis Visconti die Loslösung vom Dreibund eingeleitet hat[4]. Ich flocht auch noch die letzten Tadelsäußerungen ein, die der verstorbene Marquis Vitelleschi über Herrn von Visconti zu mir getan. Diese Äußerungen des auch von Guicciardini hochverehrten Politikers machten sichtlich einen tiefen Eindruck.

Der Minister fragte schließlich, was sei zu tun? So intensiv weiter arbeiten, wie er dies die letzten Wochen getan, könne er nicht länger. Es müsse allmählich eine détente eintreten und mit ihr eine Beruhigung der Gemüter[5].

Meine Entgegnung lautete, dies sei auch meine Ansicht. Ich könne nur bitten, daß dem frechen Treiben der italienischen Presse mit Ernst und Nachdruck[6] von oben, soweit als irgend möglich, entgegengetreten wird. Vielleicht würden sich die Gemüter dann schneller beruhigen. Im übrigen wäre zunächst nichts zu tun, als kaltes Blut zu bewahren und das Eintreten der détente abzuwarten.

Der Minister will morgen oder übermorgen zu seiner Familie nach Florenz gehen und hat mir dort für die Ostertage Rendez vous gegeben.

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Na! das ist doch eine kleine Freude
[2] allerdings
[3] richtig
[4] gut!
[5] sobald nicht!
[6] und Geld! Engl[isch] französ[isches] Geld rollt in Masse in d[ie] Ital[ienische] Presse

Nr. 7147

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 142 Rom, den 12. April 1906
Streng vertraulich

Herr White, soeben von Algeciras per mare zurückgekehrt, stattete mir heute einen Besuch ab und äußerte sich dabei mit der Bitte um Diskretion folgendermaßen:

Der Sieger der Konferenz ist England[1]. Es hat alles eingesteckt, was ihm Frankreich seinerzeit für Marokko gewährte, in diesem Lande aber haben ihm andere open door und Internationalisierung der Polizei sowie der Finanzen erkämpft. Übrigens ist die Bank viel wichtiger als die Polizei. Bezüglich letzterer möchten wir ruhig sein, Franzosen und Spanier gehen keineswegs gut zusammen. Auf der Konferenz selbst hielt

der Vertrag, dem stolzen und einsilbigen Spanier aber ist der leichtblütige, erregbare Franzose in der Seele zuwider. Ein sehr großer deutscher Erfolg ist die Einschiebung des diplomatischen Korps als Polizeiaufsichtsinstanz. In den Detailfragen wurde viel nützliche Arbeit geleistet. Jedenfalls ist die geplante Tunisierung Marokkos für immer zur Unmöglichkeit geworden[2].

Das Unglück der Konferenz war das Preßungeziefer. Die Delegierten sind auf Schritt und Tritt von diesem Gesindel verfolgt, belästigt und belogen worden. Ohne die 70 Journalisten wäre man sechs Wochen früher zu einer Einigung gekommen. Übrigens waren einige lobenswerte Ausnahmen unter den Reportern zu konstatieren. Herr Cortesi, der Vertreter des „Journal des Débats", und die drei deutschen Korrespondenten haben sich als vollkommene gentlemen erwiesen, voller Takt und Diskretion.

So langweilig allen Delegierten schließlich die Sache wurde, so hat man doch die taktischen Rücksichten gewürdigt, die uns so zäh unseren Standpunkt verteidigen ließen. Ohne den unglücklichen Zwischenfall des Sturzes von Herrn Rouvier war der Spezialhafen für den Polizeioberkommandanten erreichbar. Die italienische Polizei, für die er, White, und Visconti zu Anfang gefochten haben, wäre vielleicht durchzusetzen gewesen, wenn nicht sofort die antideutsche Presse sich der Sache bemächtigt und dieselbe in perfidester Weise entstellt hätte.

Der Botschafter ging nunmehr auf die einzelnen Delegierten ein. Für Sir Arthur Nicolson bringt er, ganz wie ich erwartet hatte, die größten Sympathien heim. Derselbe ist im innersten Grunde seines Herzens sehr erfreut gewesen, daß die Franzosen so wenig erreichten, bei den Verhandlungen aber war er ein unbedingter Jasager für Frankreich. Herr Révoil, ein Mann von wenig Weltläufigkeit, hat durch seine nicht gerade hervorragenden Manieren die Aufgabe der Vermittler durchaus nicht erleichtert. Als echter Advokat hat er immer die Gebräuche des Gerichtssaales in die Konferenz einführen und vor allem andern für sich rednerische Erfolge einheimsen wollen. Unter Rouvier völlig unumschränkt, wurde ihm durch Herrn Bourgeois sofort der Brotkorb höher gehängt. Herr Regnault vertrat scheinbar mehr finanzielle Spezial- wie allgemeinfranzösische Interessen. Sehr sympathisch gab sich Herr von Chérisey. Marquis Visconti Venosta hat hinter der Szene viel Gegensätze ausgeglichen und manches Unheil verhindert. Ohne ihn wäre es wahrscheinlich sehr schnell zum Bruch gekommen. Daß Visconti dem letzten österreichischen Polizeivorschlag nicht seine Unterschrift gab, liegt daran, daß Graf Welsersheimb erst unmittelbar vor der Sitzung mit Entzifferung seiner Instruktion fertig geworden. Herr von Visconti hatte somit keine Zeit, die Sache zu studieren.

Über unsere Delegierten sagte Herr White folgendes: Zunächst erkenne er dankbarst an, daß mit ihnen als hommes du monde der Verkehr immer ein leichter und angenehmer war. Herr von Radowitz

hat sich allseitige Sympathien erworben. Seine vortrefflichen Formen und seine Liebenswürdigkeit gaben ihm von Anfang an ein soziales Übergewicht über die ungeleckten Franzosen, die mehr in Journalisten- wie in Diplomatenkreisen heimisch wären. Ebenso erwies sich Graf Tattenbach als gebildeter und angenehmer Gesellschafter. Wenn derselbe vielleicht hier und da etwas nervös war, so bildete die ruhige Abgeklärtheit unseres ersten Delegierten ein nützliches Gegengewicht, auch griff gelegentlich die freundliche Gräfin Tattenbach mit Erfolg mildernd ein. Graf Tattenbach ist der beste Kenner des Landes Marokko, er war außerordentlich fleißig ebenso wie Geheimrat Klehmet, dessen stille, sachliche Arbeit ihm viele aufrichtige Freunde erwarb. So könnten wir mit unserer Vertretung in Summa sehr zufrieden sein, und ist der Dank Seiner Majestät des Kaisers ein wohl verdienter gewesen.

Als Hauptsache erscheint sowieso das friedliche Endresultat. Herr White ist der Ansicht, daß ohne die Konferenz eine direkte Aussprache zwischen Frankreich und Deutschland schneller und leichter zum Ziele geführt hätte[3]. Er hofft, daß sich auf Grund des erreichten Einverständnisses allmählich freundlichere Beziehungen zwischen den beiden großen Nachbarreichen herstellen. Auch für ein besseres englisch-deutsches Verhältnis ist nunmehr die Bahn frei. Sir Arthur Nicolson, der durchaus kein Deutschfresser ist, hat sich in diesem Sinne mehrfach zu ihm ausgesprochen. Ende gut, alles gut, möchte man jetzt sagen, und daß sich die Diplomatie um die Ruhe und den Frieden der Welt wohl verdient gemacht hat.

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig! Wie der Artikel im Deutschen es besagt
[2] Hauptsache
[3] ?

Nr. 7148

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 155 Rom, den 18. April 1906

Marquis Visconti Venosta ist gestern nacht nach Rom zurückgekehrt. Graf Guicciardini sagte mir, der Marquis rechtfertige in folgender Weise seine Haltung in Algeciras:

Er habe nie einen französischen Wunsch unterstützt oder im französischen Interesse seine Kollegen zu beeinflussen versucht. Wohl aber sei er unablässig bemüht gewesen, deutschen Wünschen bei den Herren

Révoil und Genossen Eingang zu verschaffen. Speziell den Casablancavorschlag habe er sowohl bei Sir Arthur Nicolson wie auch bei Graf Cassini als das letzte deutsche Zugeständnis und als eine für Frankreich durchaus annehmbare Basis wärmstens empfohlen. Seine unablässigen Einwirkungen auf die genannten Herren sowohl wie auf die Franzosen hätten gewiß ihr Teil beigetragen, um ein Scheitern der Konferenz zu verhindern. Seine Unterschrift unter den Casablancavorschlag habe er nicht geben können, da Italien verpflichtet ist, der Einflußnahme Frankreichs auf Marokko nicht im Wege zu sein[1], und Frankreich die neutrale Polizei in Casablanca trotz allen Zuredens endgültig verwarf. Den zweiten Vorschlag Welsersheimbs hätte er nicht unterzeichnet, weil der K. u. K. Delegierte ihm und Herrn White denselben erst unmittelbar, etwa 15 Minuten vor der Sitzung vorlegte.

Ich hielt dem entgegen, daß die vermittelnde Tätigkeit des italienischen Herrn Vertreters, so nützlich sie auch gewesen sein mag, doch der größeren Öffentlichkeit verborgen geblieben, daß die verweigerte Unterschrift für den Casablancavorschlag von uns dringend erbeten und für uns von der größten Wichtigkeit gewesen wäre, und daß endlich die Entschuldigung, weshalb der Marquis selbst die modifizierte und von den Franzosen schon angenommene zweite und letzte Proposition Welsersheimb nicht unterzeichnete, kaum stichhaltig erscheint. Herrn von Visconti treffe, so mild man ihn auch beurteilen mag und so dankenswert auch sein persönliches Zureden gewesen, doch der Vorwurf, daß er vor Europa den Dreibund bloßgestellt hat[2].

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Richtig

Nr. 7149

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 413 Paris, den 23. April 1906

Nach beendigter Marokkokrisis wird es nicht ohne Interesse sein, den augenblicklichen Eindruck in Frankreich festzustellen.

Bei aufmerksamer Bereisung des Landes und fortgesetzter Verfolgung auch der Provinzpresse habe ich in letzter Zeit Gelegenheit gehabt, der hiesigen Stimmung näherzutreten.

Vor allen Dingen fiel das Interesse auf, das in täglichen Leitartikeln der marokkanischen Angelegenheit und speziell der Beendigung der Konferenz entgegengebracht wurde. Die auswärtige Verwickelung ist

hier zweifellos weit intensiver empfunden worden als in Deutschland; die Besorgnisse sind größere gewesen, und der nächste Eindruck der Beendigung ist derjenige eines Aufatmens und der Befriedigung, ernsteren Komplikationen entgangen zu sein. Überall trat daneben die Anschauung zutage, daß allerdings Frankreich die Einmischung Deutschlands und Europas auf einem Gebiete habe hinnehmen müssen, das es bereits als seinem Einflusse vorbehalten betrachtet habe, daß aber auch Deutschland schließlich gegenüber seinen früheren Forderungen habe Zugeständnisse machen müssen, und daß materiell beide Parteien im großen und ganzen mit dem Ausgange der Angelegenheit zufrieden sein können. Irgendein Gefühl des Sieges ist mir nirgends bekannt geworden, ebensowenig der Wunsch, die nunmehr für Frankreich in Marokko entstandene Situation durch rücksichtslos aktives Vorgehen im scherifischen Reiche einseitig für Frankreich auszubeuten. Dagegen wurde fast überall mit Genugtuung der Umstand verzeichnet, daß ganz überwiegend die Sympathien der europäischen Mächte sich auf Frankreichs Seite befunden hätten.

Diese Stimmung entspricht im großen und ganzen auch den Äußerungen der hauptstädtischen Presse. Die Animosität gegen Deutschland, die mehr noch als durch das Objekt selbst durch die lange Dauer der Verhandlungen in dem ungeduldigen und nervös erregbaren Volke erzeugt worden ist, kommt naturgemäß noch in häufigen Ausfällen gegen uns zum Ausdruck. Das dürfte zunächst auch noch so bleiben und wird mit Ruhe und Geduld von uns hingenommen werden müssen. Trotzdem darf man die Hoffnung hegen, daß es bei ruhiger und stetiger Fortentwickelung unserer Politik gegenüber Frankreich, — ohne Schroffheit, aber auch ohne allzu große, hier der Gefahr einer mißverständlichen Auffassung ausgesetzte Avancen — möglich sein wird, die deutsch-französischen Beziehungen, wenn auch nicht in freundschaftliche, so doch in korrekte und normale Bahnen zurückzuleiten.

Denn einerseits ist das Bedürfnis nach einer ruhigeren und friedlicheren Gestaltung der auswärtigen Politik zu groß und wird durch die mancherlei dunklen Punkte am innerpolitischen Horizonte zu sehr genährt, als daß man nicht bestrebt sein sollte, auch mit dem östlichen Nachbarn wenigstens nicht in gefahrdrohenden Beziehungen zu bleiben. Die französische Nation zeigt Spuren des Alters; sie will im ruhigen Lebensgenuß, im stillen Erwerb und ihrer ausgesprochenen Spartätigkeit nicht durch auswärtige Verwickelungen gestört werden. Auch haben wir trotz des letzten Konfliktes nicht völlig aufgehört, hier in gewissen Schichten Sympathien zu haben. Alles, was zur wissenschaftlichen, schriftstellerischen und technisch schaffenden Welt gehört, hat stets mit Interesse und Anerkennung auf die Kultur jenseits der Vogesen geschaut; in diesen Kreisen sind die Leute zu finden, die uns Achtung und Sympathie entgegenbringen, und die die gegenwärtige Entfremdung der Nationen mit aufrichtigem Bedauern empfunden haben.

Bei Beurteilung der Lage wird man die Augen nicht verschließen dürfen vor dem Faktum, daß in der Tat eine gewisse Annäherung weiter französischer Kreise an England erfolgt ist. Man glaubte sich hier bedroht und glaubt noch in weiten Kreisen, daß Frankreich nur dadurch gerettet worden ist, daß Deutschland in Marokko der französisch-englischen Entente begegnete[1]. Ein gewisses Gefühl der Dankbarkeit dafür ist geblieben. Aber die Engländerliebe sitzt nicht tief im französischen Empfinden; abgesehen von den obersten Gesellschaftsschichten, wo die auch hier zu findende Anglomanie sie fördert, ist in der breiten Masse der Bevölkerung die Wirkung des vielhundertjährigen geschichtlichen Kampfes mit England noch allzu stark, als daß sie durch die Tagespolitik plötzlich und dauernd zerstört werden könnte. Man wird nicht vergessen dürfen, daß im Krimkriege Engländer und Franzosen schon einmal Schulter an Schulter standen. Trotzdem haben wir wiederum ein Faschoda erlebt[2].

Von wesentlicher Bedeutung wird es sein, ob die zahlreichen Kräfte der großen Finanz- und Geschäftswelt in Paris und London, die zweifellos in erster Linie der französisch-englischen Annäherung dienstbar gewesen sind, nach beendeter Krisis fortfahren werden, in der gleichen Richtung tätig zu sein und ihren großen Einfluß auf die Presse auszuüben. Nicht minder wichtig ist die Frage, ob es gelingen wird, die Interessengemeinschaft, die sich zwischen hervorragenden Londoner und Pariser Blättern durch Nachrichtenaustausch gebildet hat, und die praktisch eine Unterwerfung der französischen öffentlichen Meinung unter die englische Stimmungsmache bedeutet, in eine für Deutschland günstigere Bahn zu lenken oder sie durch eine Gegenorganisation zu paralysieren.

Flotow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Bravo!
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] !
[2] Was wiederum vergessen wurde
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut und richtig beobachtet.
Flotow mein Lob telegraphieren
Ein ähnlicher Situationsbericht aus London wäre für mich sehr erwünscht.